

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE FORSCHUNG

Beiheft 55

Der Bruch des Vertrages

Die Verbindlichkeit
spätmittelalterlicher Diplomatie
und ihre Grenzen



Duncker & Humblot · Berlin

Der Bruch des Vertrages

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE FORSCHUNG

Vierteljahresschrift zur Erforschung des Spätmittelalters u. der frühen Neuzeit

Herausgegeben von

Birgit Emich, Nikolas Jaspert,

Klaus Luig, Peter Oestmann, Matthias Pohlig,

Heinz Schilling, Bernd Schneidmüller,

Barbara Stollberg-Rilinger

Beiheft 55

Der Bruch des Vertrages

Die Verbindlichkeit
spätmittelalterlicher Diplomatie
und ihre Grenzen

Herausgegeben von

Georg Jostkleigrewe

unter Mitarbeit von Gesa Wilangowski



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Printed in Germany

ISSN 0931-5268

ISBN 978-3-428-15454-8 (Print)

ISBN 978-3-428-55454-6 (E-Book)

ISBN 978-3-428-85454-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der vorliegende Band dokumentiert den größten Teil der Vorträge, die vom 17. bis zum 19. September 2014 anlässlich der internationalen Tagung „Der Bruch des Vertrages. Die Verbindlichkeit der Diplomatie und ihre Grenzen“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster gehalten worden sind. Die Tagung bildete gewissermaßen den Höhepunkt und öffentlichen Abschluß des von Prof. Dr. Martin Kintzinger geleiteten und von mir bearbeiteten DFG-Forschungsprojekts „Symbolische Kommunikation und kulturelle Differenz. Visualisierung interkultureller Diplomatie im westeuropäischen Spätmittelalter“. Dieses Projekt führte Fragestellungen fort, die wir bereits im 2011 ausgelaufenen SFB 496 „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme“ entwickelt hatten.

Mit der Frage nach der Erzeugung grenzüberschreitender politischer Verbindlichkeit thematisiert der Band eine Problemstellung, die keineswegs nur für die spätmittelalterliche Geschichte relevant ist. Die für die Publikation geplante Ausweitung der Perspektive auch auf frühneuzeitliche Beispiele ist bedauerlicherweise nicht gelungen. Umso erfreulicher ist es andererseits, daß der Band ein breites geographisches Spektrum abdeckt und Fallbeispiele nicht nur aus Lateineuropa, sondern auch aus dem arabischen und byzantinischen Kulturraum umfaßt. Ebenso erfreulich ist die thematische Spannbreite der Beiträge, die unterschiedlichen Disziplinen und nationalen Fachtraditionen entstammen.

Mein Dank gilt all denjenigen, die zum Gelingen dieser Publikation beigetragen haben. Zu nennen sind hier zum einen Claudia Garnier, Wolfram Drews und Peter Oestmann, die als Moderatoren und Diskutanten an der Tagung teilgenommen und gemeinsam mit Jean-Marie Moeglin und Martin Kintzinger im abschließenden Round-Table-Gespräch wichtige Impulse gegeben haben. Zum anderen möchte ich den Kollegen am Münsteraner Spätmittelalter-Lehrstuhl danken: Nils Bock, Julia Crispin und vor allem die Mitherausgeberin Gesa Wilangowski haben die Diskussionen im Umfeld von Projektarbeit und Tagungskonzeption bereichert. Zu danken habe ich auch dem Herausgeberkreis der ZHF, der den Band kritisch begutachtet hat. Ein besonderer Dank gilt den Hilfskräften: Leonie Finke hat die Tagungsorganisation logistisch unterstützt; Willem Fiene und Hendrik Scholten haben Tagungsvorbereitung und

Projektarbeit durch ihre tatkräftige Mithilfe begleitet; Hendrik Scholten, M.Ed., hat zudem den Index konzipiert und erstellt; Lena Schaffer hat den Index noch einmal kontrolliert. Vor allem aber möchte ich den Beiträgerinnen und Beitragern danken: Ohne ihre geduldige Mitarbeit würde es den Band schließlich nicht geben.

Münster, im Januar 2018

Georg Jostkleigrewe

Inhaltsverzeichnis

Vom Umgang mit Verträgen. Probleme diplomatischer Verbindlichkeit und ihrer Erforschung	9
Von Georg Jostkleigrewe	9
Idealtypische Diplomatie? Vertragsschluß und Vertragsbruch zwischen spätmittelalterlichen europäischen Souveränen	
Perfekter Pakt? Herausforderungen der Diplomatie zur Zeit Maximilians I.	43
Von Gesa Wilangowski	43
Pourquoi n'y a-t-il pas eu de paix finale pendant la guerre de Cent ans ? À propos des traités de Brétigny-Calais (1360) et de Troyes (1420)	63
Par Jean-Marie Moeglin	63
Fragiles traités ? L'exemple des relations diplomatiques des rois d'Aragon avec les rois de France et de Castille (XII ^e siècle–début du XV ^e siècle)	91
Par Stéphane Péquignot	91
Vertragsschluß und Vertragsbruch im Mittelmeerraum: Inter- und intrakulturelle Konstellationen	
Making Peace Within the Islamic World. Islamic Tradition and the “Letter-Treaty” in Mamluk Diplomacy	127
By Malika Dekkiche	127
Auch den Ungläubigen muss man Treue halten. Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen im ersten Jahrhundert der Kreuzzüge	157
Von David Crispin	157
Das Abkommen zwischen Kaiser Manuél I. Komnēnos und Sultan Kılıç Arslan II. (1161/1162). Mechanismen zur Absicherung von Verträgen und ihr Scheitern	175
Von Martin Marko Vučetić	175
<i>Fides Graecorum et Venetorum.</i> Absicherung und Nichterfüllung vertraglicher Bestimmungen als Faktor in den venezianisch-griechischen Beziehungen des 13. bis 15. Jahrhunderts	203
Von Sebastian Kolditz	203

**Grenzüberschreitende Diplomatie und Vertragsbeziehungen
innerhalb von Herrschaftsverbänden: Mittel- und nordeuropäische
Konstellationen des Vertragsbruchs**

<i>Advocati ecclesiae – zwischen Schutz und Eigennutz. Oder: Warum die Grafen von Görz die Verträge mit der Aquileier Kirche brachen</i> Von Anja Thaller	247
<i>Das zerstückelte Versprechen. Thronfolgeabkommen im jagiellonischen Polen um 1400</i> Von Julia Burkhardt	283
<i>Der Vertrag von Sallinwerder (1398) und sein Bruch aus der Sicht des Deutschen Ordens – mit einem Quellenanhang</i> Von Sebastian Kubon	309
<i>Die Vertragsbrecher sind immer die anderen. Der Waffenstillstand von Lindholm (1395) und seine Nachgeschichte im Kontext der zeitgenössischen Diplomatie</i> Von Gregor Rohmann	337
<i>Konkurrenzverbot und Kontorsverlegungen, oder: Wie das institutionelle Setting den Vertragsbruch erklärt</i> Von Ulla Kypta	369
<i>Die Beiträgerinnen und Beiträger</i>	<i>393</i>
<i>Personen-, Orts-, Sach- und Quellenverzeichnisse (von Hendrik Scholten)</i> ..	395

Vom Umgang mit Verträgen. Probleme diplomatischer Verbindlichkeit und ihrer Erforschung

Von Georg Jostkleigrewe

Quanto sia laudabile in uno principe mantenere la fede (...) ciascuno lo intende: non di manco si vede (...) quelli principi avere fatto gran cose che della fede hanno tenuto poco (...) ; e alla fine hanno superato quelli que si sono fondati in sulla lealtà.¹

Niccolò Machiavelli (1469–1527)

Il n'est point de clause si nette qui ne souffre quelque interprétation, et dès lors qu'on a pris la résolution de se dédire, on en trouve aisément le prétexte. (...) Quand la raison qui a fait promettre ne subsiste plus, on trouve peu de gens qui fassent subsister leurs promesses.²

Ludwig XIV., König von Frankreich (1638–1715)

I. Das Problem des Vertragsbruchs

Am 2. August 1339 urkundete König Eduard III. von England im Feldlager bei Brüssel, daß sein Vertrag mit Kaiser Ludwig IV. („dem Bayern“) nicht gebrochen sei; das Abkommen bestehe auch weiterhin. Der Kaiser habe seine Obliegenheiten in keinem Teil verletzt: Das Bündnis sei von beiden Seiten pünktlich beobachtet worden, und solange der Kaiser und er selbst lebten, werde es auch künftig treu einzuhalten sein³. Zu diesem Zeitpunkt diskutierte man im Reich bereits seit Monaten, ob Ludwig der Bayer seine Verpflichtungen gegenüber dem englischen König überhaupt

¹ Machiavelli, Il Principe, 64.

² Ludwig XIV., Mémoires, 207.

³ Vgl. Erklärung König Eduards und der Gesandten Kaisers Ludwigs über die Fortdauer des englischen Bündnisses (2. August 1339), ediert bei Schwalm, Reiseberichte, 359: *Ut emulorum falsa suggestio confutetur (...), sciant tam presentes quam futuri, quod uniones, lige et ordinaciones inter dominum Ludovicum imperatorem et nos Edwardum regem Anglie (...), prout conscripte sunt, per dominum imperatorem et nos Edwardum predictos coniunctim et divisim sunt mutuo observante nec in aliqua sui parte lese quomodolibet vel confracte, et quamdiu ipse dominus imperator et nos vixerimus, fideliter et firmiter conservande.*

zu honorieren gedenke und ob er nach dem Erhalt von Subsidien tatsächlich zusammen mit Eduard gegen den französischen König Philipp von Valois ziehen werde. Der kurtrierische Rat Rudolf Losse etwa verfaßte ein Memorandum, in dem er dringend zum Krieg gegen Frankreich riet und dem Bayern die negativen Folgen eines Bündnisbruches vor Augen stellte. In seinem Nachlaß findet sich darüber hinaus ein wohl 1339 verfaßtes Gedicht (‘Carmen Smunzil’), das von der Forschung als Kritik an Ludwigs unentschlossener Haltung gelesen worden ist⁴. Ungeachtet solcher Äußerungen zögerte der Kaiser aber weiterhin, aktiv in den englisch-französischen Konflikt einzugreifen: Die Chronisten Johann von Winterthur und Matthias von Neuenburg bezeichneten sein Verhalten wenig später denn auch unverblümt als Vertragsbruch bzw. berichteten von entsprechenden Vorwürfen⁵.

Was war geschehen? Nach dem Scheitern seiner Bemühungen, durch französische Vermittlung die Lösung vom Kirchenbann zu erlangen, hatte sich der exkommunizierte Kaiser dem englischen König angenähert, der als einziger überlebender Enkelsohn Philipps IV. von Frankreich seit 1337 Anspruch auf den französischen Thron erhob. Im selben Jahr schloß Ludwig unter dem Vorwand französischer Übergriffe im Cambrésis mit Eduard III. ein Bündnis ab, in dem er sich gegen Subsidienzahlung zur Teilnahme am Krieg gegen Frankreich und zur Stellung von 2000 „Helmen“ verpflichtete⁶. Im Herbst 1338 ernannte der Kaiser den englischen König zudem zum Reichsvikar. Während eines aufwendig inszenierten Treffens beider Herrscher ließ Ludwig feierlich mehrere Kaisergesetze verkünden, die die Stellung seines Vikars stärkten und diesen ausdrücklich in den Schutzbereich des Majestätsrechts einbezogen; er wurde ermächtigt, gegen Friedstörer und Usurpatoren von Reichsrech-

⁴ Vgl. Stengel, *Nova Alamanniae*, Bd. 1, 388–390, Nr. 581 (Memorandum über den Krieg gegen Frankreich); ebd., Bd. 2, 430–432, Nr. 631 (‘Carmen Smunzil’). Welche Rolle Losses Memorandum am kurtrierischen Hof und darüber hinaus gespielt hat, ist unklar; zur Deutung von Memorandum und „Schmunzellied“ vgl. Thomas, Ludwig der Bayer, 317–320, sowie Spiller, Spurensuche.

⁵ Vgl. Johann von Winterthur, *Chronica*, 176: *Hic rex Anglie ante egressum suum de terra Anglie ad terram Francie Ludwico imperatori mangnam peccuniam se daturum reprobuit, ut cum Alemannis, maxime autem Swevis in auxilium sui venire dignaretur. Qui se facturum sub iuramenti asseveracione sposondit et, cum peccunie aliquam partem receperisset, ut quidam aiunt, a proposito resilivit et suum promissum cum hominum displicencia et scandalo non modico infregit.* Ähnlich Matthias von Neuenburg, *Chronica*, 154: *Princeps [sc. Ludowicus] autem pretendens lapsum termini (...), cum magno vituperio Alamannorum remansit.*

⁶ Vgl. Trautz, Könige von England, 272f.; Thomas, Ludwig der Bayer, 316f.

ten vorzugehen und alle Reichsangehörigen zur Unterstützung aufzufordern.⁷

Die Bestallung zum Reichsvikar gab Eduard die Möglichkeit, sein eigenes politisches, finanzielles und militärisches Potential im niederländisch-französischen Grenzraum weit effektiver einzusetzen als zuvor. Der Kaiser verlieh seinen Handlungen zusätzliche Legitimität, erleichterte ihm die Anwerbung weiterer Bundesgenossen und gab diesen die erforderliche Deckung für ihre Parteinaahme gegen den französischen König Philipp⁸. So gesehen, war der Vertragsschluß für die englische Seite selbst dann ein Gewinn, wenn der Kaiser die versprochene militärische Hilfe nie leistete – wie es trotz Zahlung eines erklecklichen Teils der englischen Hilfsgelder auch tatsächlich geschah.

Der Bruch des Vertrages stellte für Eduard ein weit größeres Problem dar als die bloße Nichterfüllung wichtiger militärischer Bestimmungen. Angesichts der oben skizzierten politischen und legitimatorischen Potentiale seines Bündnisses mit dem Kaiser konnte er den Bayern nicht einfach als vertragsbrüchig bezeichnen, auch wenn dieser von ihm 80.000 Florenen entgegengenommen hatte, ohne dafür materielle Gegenleistungen zu erbringen. Dichter und Chronisten im Reich mochten ebenso wie spätere Historiker den „Vertragsbruch“ des Bayern mit scharfen Worten geißeln; solange es nur darum ging, den Kaiser zu kritisieren oder lautstark eine antifranzösische Politik zu propagieren, war dies nicht weiter schädlich⁹. Für den englischen König war ein solches Verhalten hingegen

⁷ Vgl. *Trautz*, Könige von England, 272–277; *Schwedler*, Herrschertreffen, 46–67. Zum Reichsvikariat Eduards vgl. mit einer abweichenden Deutung der Vorgänge in Koblenz auch *Heckmann*, Reichsvikariat Eduards III., 167–188.

⁸ Da zwischen den betreffenden niederländischen Herren – wie etwa dem Grafen von Hennegau – und König Philipp VI. von Frankreich zum größeren Teil Hommagien bestanden (vgl. *Trautz*, Könige von England, 290), war die rechtsrechtliche Legitimierung der Parteinaahme für Eduard und des militärischen Vorgehens im Cambrésis, einem Teil des Reiches, von großer Wichtigkeit, um dem allfälligen Felonie-Vorwurf entgegenzutreten.

⁹ Die Mediävistik hat die vereinzelten Bekundungen antifranzösischer bzw. anti-welscher Ressentiments im 13. und 14. Jahrhundert bis in die jüngere Zeit als Ausdruck eines erwachenden Nationalgefühls gelesen, vgl. etwa *Schnell*, Deutsche Literatur, 271 ff.; *Sprandel*, Frankreich, 37; sowie vor allem *Thomas*, Nationale Elemente, 364 ff. Das besondere Augenmerk dieser Arbeiten gilt der südwestlichen oberdeutsch-elsässischen Chronistik und deren zeitgenössischen Rezipienten (wie etwa Ottokar von Steiermark), die zum Teil sehr deutlich auf einen Gegensatz zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Welschen‘ abheben. Wie *Moeglin*, Gallia, 37–48, hier 40, Anm. 8, zu Recht ausführt, resultieren die betreffenden Polemiken indes weniger aus ‚nationalen‘ denn aus lokalen Gegensätzen im Grenzraum zur lothringisch-burgundischen Reichsromania – was indes nicht bedeutet, daß entsprechende Vorstellungen nicht regelmäßig dazu genutzt worden wären, „künstlich dynas-

nicht opportun: Sein Umgang mit dem Bündnisvertrag und der Nichterfüllung kaiserlicher Hilfszusagen mußte komplexeren politischen Realitäten Rechnung tragen.

Das Beispiel des englisch-kaiserlichen Vertrages und seiner Nichterfüllung ist geeignet, wichtige Aspekte der vielschichtigen Problematik von Vertragsschluß und Vertragsbruch zu illustrieren. Dabei soll der Begriff des Vertragsbruchs keine objektive Phänomenklasse bezeichnen, die trennscharf von anderen Formen des Umgangs mit Verträgen zu unterscheiden wäre – zu denken wäre etwa an Vertragsverletzung und Vertragsverstöße, Beendigung des Vertrags oder auch die „bloß formale Vertragserfüllung“. Vielmehr handelt es sich in erster Linie um ein Zuschreibungsphänomen: Tatsächlich ist die Beobachtung von Vertragsbruch in hohem Maße standortabhängig und auch interessegeleitet.

Gerade in der Vormoderne stellte diese Situation für die Beteiligten oft eine Zumutung dar, die zur Positionierung und zur Entscheidung zwang: Ob eine Nichterfüllung von Vertragspflichten vorlag, war in vielen Fällen bewertungsabhängig – und ob der beobachtete Vertragsbruch in weiteren Kommunikationen als solcher behandelt und gegebenenfalls öffentlich denunziert werden sollte, blieb immer Gegenstand einer Entscheidung¹⁰. Diese Entscheidung fand indes nicht im luftleeren Raum statt: Sie wurde wesentlich durch variable kulturelle, religiöse und rechtliche Rahmenbedingungen des Umgangs mit Verträgen und deren Verbindlichkeit beeinflußt. Im Umgang mit dem Vertragsbruch treten daher wesentliche Charakteristika der beteiligten Gesellschaften zutage.

* * *

tisch-territoriale Fehden zu Konflikten zwischen Welschen und Deutschen aufzubauschen“ (vgl. *Moeglin*, Kaisertum, 213), wie dies für die ‚Burgunderkriege‘ des 15. Jahrhunderts von *Sieber-Lehmann*, Spätmittelalterlicher Nationalismus, untersucht worden ist. Zur Verschiebung des ursprünglich regional verankerten Narratifs eines deutsch-welschen Gegensatzes auf die Ebene eines ‚nationalen‘ deutsch-französischen Gegensatzes vgl. demnächst auch *Jostkleigrewe*, *Terra – populus – rex*, bei Anmerkung 41.

¹⁰ Der Gegenstand dieses Bandes verweist damit implizit auf eine Problematik, deren epochen- und kulturübergreifender Erforschung sich der 2015 eingerichtete Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“ widmet: ‚Entscheiden‘ thematisiert die Kontingenz menschlichen Handelns und stellt insofern eine Herausforderung dar, die in verschiedenen Konstellationen je unterschiedlich bearbeitet wird. Zum Programm des Sonderforschungsbereiches vgl. dessen Programm (www.uni-muenster.de/SFB1150/forschung/forschungsprogramm.html, zuletzt abgerufen am 13.5.2017). Zur Erforschung von ‚Kulturen des Entscheidens‘ vgl. grundlegend *Stollberg-Rilinger*, *Cultures of Decision-Making*; sowie aus mediävistischer Perspektive *Jostkleigrewe*, *Cultures de la décision*.

Wer den Vertragsschluß und dessen Hintergründe verstehen will, der muß den Vertragsbruch untersuchen – so könnte man die bisher angestellten Überlegungen pointiert verallgemeinern. Tatsächlich stellt der Bruch des Vertrags in den meisten Fällen nicht das Ende der Beziehungen, sondern den Anfang neuer Verhandlungen dar. Wo prospektiv Vorekehrungen gegen den Vertragsbruch getroffen werden, wo an der Einhegung von Vertragsverstößen gearbeitet wird, aber auch dort, wo Verhandlungen durch Konfliktkommunikationen, Boykottmaßnahmen oder Kampfhandlungen unterbrochen werden – überall bleibt der erneute Vertragsschluß in den Sinnhorizont des Vertragsbruches eingeschlossen. Diplomatische Beziehungen scheitern nicht deshalb, weil Verträge gebrochen werden; sie sind vielmehr dann gescheitert, wenn auf den Vertragsschluß (oder den Vorwurf des Vertragsbruchs) keine weiteren Kommunikationen mehr folgen.

Spätmittelalterliche Vertragsbeziehungen sind daher nicht als Einzelereignisse zu analysieren, sondern als Sequenzen unterschiedlich geformter diplomatischer Handlungen – als Abfolge von Vertragsschlüssen und Denunziationen des Vertragsbruchs. Der Sinn des Vertragshandelns ergibt sich dabei nicht nur aus den materiellen Interessen und Zielsetzungen der Parteien, wie die ältere Diplomatiegeschichte vermutet hätte. Er läßt sich auch nicht auf die mikropolitischen Agenden der beteiligten Diplomaten bzw. Mittelsleute reduzieren (wobei am Rande gleich bemerkt sei, daß akteurszentrierte Forschungen gerade im Blick auf das Spätmittelalter ein erhebliches, bei weitem nicht ausgeschöpftes Potential besitzen). Vielmehr wird der Sinn des diplomatischen Handels stets auch durch die Geschichte des jeweils betrachteten diplomatischen Teilsystems bestimmt – durch frühere Verhandlungen und Konfliktkommunikationen, durch den Ballast abgekapselter (d. h. ungelöster, aber nicht länger thematisierter) Konflikte, durch die Tradition der in diesen Kontexten produzierten (Vertrags-)Texte und vor allem durch die Vertragsbruchsvorwürfe, die den erneuten Vertragsschluß ja gerade nötig machen. Ein solcher prozessualer Blick auf Dokumente der spätmittelalterlichen diplomatischen Praxis kann dazu beitragen, einen zentralen Gegenstand der älteren Diplomatiegeschichte – die Vertragsschlüsse – neu zu beleuchten.

Die Beiträge dieses Bandes, die Konstellationen aus den verschiedenen Kulturräumen des spätmittelalterlichen Euromediterraneums in den Blick nehmen, nutzen den ‚Vertragsbruch‘ insofern als Perspektiv – als Beobachtungsinstrument – für die Untersuchung spätmittelalterlicher diplomatischer Praxis. Das Ziel der gemeinsamen Forschungsarbeit besteht dabei nicht in der Untersuchung eines phänomenologisch klar abgrenzbaren Untersuchungsgegenstandes. Vielmehr geht es darum, wie die

zeitgenössischen Akteure und Beobachter das Problem der diplomatischen Verbindlichkeit behandelten – und wie sie mit der problematischen Verbindlichkeit diplomatischer Akte umgingen. Welche Bindungskraft schrieb man Verträgen zu – für welche Verbindlichkeitserwartungen konnte man Konsens unterstellen? Welche Ressourcen nutzte man zur Herstellung diplomatischer Verbindlichkeit? Wo und wie nutzte man im Gegenzug die Nichterfüllung von Verträgen als diplomatische Ressource? Kurz: Welche Formen des Umgangs mit Verträgen und ihrer problematischen Verbindlichkeit sind zu beobachten?

II. Die Verbindlichkeit der Diplomatie als Forschungsgegenstand

Mit dem Problem der Verbindlichkeit berührt der Band einen Kerngegenstand der historischen und sozialwissenschaftlichen Analyse. Gesellschaftliche Abläufe und Strukturen hängen wesentlich damit zusammen, wie und an welchen Orten Verbindlichkeit entsteht. Die jüngere Soziologie hat diese Momente sozialer Stabilisierung als spezifische Leistung von Institutionen analysiert. Institutionen beziehen ihre Wirkmacht in erster Linie daraus, daß ihre Existenz – und die damit einhergehenden Geltungsbehauptungen – als selbstverständlich hingenommen werden¹¹. Ihre Stabilisierungsleistung erbringen sie, indem sie Sinn in soziale Handlungszusammenhänge injizieren¹²: Institutionalisierte Praxen, Rollenmodelle oder Wertesysteme verleihen konkreten Handlungen bestimmte Bedeutungen und ermöglichen dadurch transsituative Erwartungsbildung¹³. Sie erlauben es, bestimmten Handlungsoptionen einen höheren Grad an Wahrscheinlichkeit zuzuschreiben als anderen – und zwingen daher die Akteure dazu, entsprechende Erwartungen zur Grundlage ihrer eigenen Erwartungsbildung zu machen.

Untersuchen wir politische Verbindlichkeit als institutionelles Phänomen im oben definierten Sinn, so lenkt dies den Blick auf Handlungserwartungen und Geltungsbehauptungen, gegen die man zwar verstößen, die man aber nicht ignorieren kann. Insofern besteht die Funktion verbindlichkeitsstiftender Institutionen keineswegs darin, soziales Handeln

¹¹ Vgl. Brunsson, Decision-Making, 1: Institutionen sind soziale Strukturen „[that] are taken for granted“; Giddens, Constitution of Society, 17.

¹² Vgl. etwa Scott, Institutions and Organizations, 56: „Institutions (...) provide stability and meaning to social life“; Rehberg, Institutionelle Analyse, 424f., 430–433.

¹³ Vgl. Berger/Luckmann, Konstruktion der Wirklichkeit, 62–65; Scott, Institutions and Organizations, 59f.

vollständig zu determinieren. Sowohl im Bereich der Diplomatie als auch in anderen Zusammenhängen bleibt Zu widerhandlung immer möglich – und man sollte sich hüten, die inhärente Stärke institutionell verbürgter Verbindlichkeitserwartungen mit der tatsächlichen Befolgung der jeweiligen Handlungsvorgaben gleichzusetzen. Institutionen erlauben es vielmehr, bestimmten Handlungen spezifische Wertigkeiten zuzuweisen und sie in Folgekommunikationen etwa als Vertragsverstoß, als Treubruch oder als Verrat zu behandeln. Akte der Verbindlichkeitsstiftung verschieben also den kommunikativen Rahmen des Handelns. Insofern besteht die Wirkmacht verbindlichkeitsstiftender Institutionen in erster Linie darin, Legitimationsbedürfnisse zu verlagern und neue Rechtfertigungszwänge zu schaffen: Sie entlasten erwartungskonformes Verhalten von der Notwendigkeit weiterer Begründungen und erlegen deviantem Verhalten entsprechende Rechtfertigungspflichten auf.

Das hier zugrundegelegte soziologische Verständnis von Institutionen und Institutionalität entspricht nur zum Teil dem in der älteren diplomatiegeschichtlichen Forschung verbreiteten, alltagssprachlich fundierten Gebrauch des Begriffs: Als Institutionen werden dort vor allem Organisationen (wie das Auswärtige Amt) und formale Institutionen (wie eine geschriebene Verfassung) bezeichnet¹⁴. Wichtiger, wirkmächtiger und verbreiteter sind indes informelle Institutionen, wie sie gerade die Vormoderneforschung im Zuge der kulturgeschichtlichen Analyse des Politischen in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt in den Blick genommen hat¹⁵. Der Fokus lag dabei zum einen auf allgemeinen Normen und Wertesystemen, die den Zusammenhalt vormoderner Herrschaftsverbände stabilisieren und die politische Interaktion strukturieren: Zu nennen wären hier etwa die ‚Spielregeln‘ der mittelalterlichen Politik und die

¹⁴ Vgl. zur Institutionenanalyse *Meyer/Rowan*, Institutionalized Organizations, 340–363; *Jepperson*, Institutions; sowie die (nicht um den Begriff der Institution herum entworfene, aber thematisch eng verwandte) „theory of structuration“ von *Giddens*, Constitution of Society, besonders 16–34. Institutionenanalytische Ansätze spielen in diesem Band eine besondere Rolle im Beitrag von Ulla Kypta (vgl. besonders S. 369–371). Das Verhältnis von Organisation und Institution diskutiert Kypta auch in ihrer Dissertation: *Kypta*, Autonomie der Routine, 276f., sowie dies., Von Brügge nach Antwerpen, 161–181, besonders 171f. Zum davon abweichenenden Gebrauch des Begriffs ‚Organisation‘ in der von Niklas Luhmann inspirierten Systemtheorie vgl. *Luhmann*, Soziale Systeme, 15f., 642f.: Luhmann fasst Organisation neben ‚Interaktion‘ und ‚Gesellschaft‘ als einen von drei Typen sozialer Systeme.

¹⁵ Zum Begriff der ‚informellen Institutionen‘ vgl. aus politikgeschichtlicher Perspektive *Helmke/Levitsky*, Informal Institutions, 725–740; zur ‚Kulturgeschichte des Politischen‘ vgl. grundlegend *Stollberg-Rilinger*, Kulturgeschichte des Politischen.

Bedeutung politischer Rituale¹⁶, aber auch die – allerdings kritisch diskutierten – Konzepte von Herrschersakralität und imperialer Herrschaft, die in jüngerer Zeit insbesondere von der transkulturell-vergleichenden Geschichtswissenschaft angewandt worden sind¹⁷.

Zum anderen hat gerade die Mediävistik solche Institutionen untersucht, die weniger der Stiftung abstrakter, transpersonaler Verbindlichkeit innerhalb von Herrschaftsverbänden als vielmehr der Stabilisierung konkreter, personaler Bindungen dienen. Dies gilt etwa für Formen der Vertrauensbildung oder das (forschungs-)geschichtlich nicht unbelastete Konzept der (Gefolgschafts-)Treue¹⁸. Besonders relevant für die Thematik unseres Bandes ist die soziale Institution der Freundschaft, der im

¹⁶ Vgl. hierzu grundlegend *Althoff*, Die Macht der Rituale; *Koziol*, Begging Pardon. Die Bedeutung politischer Ritualität und symbolisch dargestellter und hergestellter gesellschaftlicher Ordnung ist in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur in vielen Einzelarbeiten, sondern auch von mehreren Sonderforschungsbereichen erforscht worden, deren Ergebnisse hier auch ansatzweise nicht zusammengefaßt werden können. Vgl. *Stollberg-Rilinger/Neu/Brauner*, Alles nur symbolisch; *Brosius/Michaels/Schröde*, Ritual und Ritualdynamik.

¹⁷ Zur vergleichenden Untersuchung herrscherlicher Sakralität siehe etwa *Oesterle*, Kalifat und Königstum; *Drews/Höfert/Gengnagel*, Sakalität, 175–238; *Schley*, Herrschersakralität; diese Arbeit lehnt sich explizit an entsprechende Konzepte der ‚europäischen‘ Mediävistik an, vgl. etwa *Erkens*, Herrschersakralität. Zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Paradigma der Herrschersakralität und seiner mediävistischen Anwendung vgl. prägnant *Körntgen*, Herrschaftslegitimation, 369–389; *ders.*, „Sakrales Königstum“; sowie *ders.*, Königsherrschaft. Zur transkulturell-vergleichenden Untersuchung imperialer Konzepte vgl. etwa *Drews*, Imperiale Herrschaft, 1–39; *Höfert*, Kaisertum und Kalifat. Daß auch der Wirkungsbereich und die politische Funktionalität imperialer Konzepte im Einzelfall kritisch zu überprüfen sind, unterstreicht demnächst *Jostkleigrewe*, ‚Rex imperator in regno suo‘.

¹⁸ Epochenübergreifende „historische Annäherungen“ an das Phänomen ‚Vertrauen‘ bietet *Frevert*, Vertrauen. Zu den mittelalterlichen Konzepten von „*fides*“ (als ‚Vertrauen‘) und „*triuwe*“ und ihrer Deutung als theologisches Konzept, Rechtsinstitut und Herrschaftsinstrument vgl. die Beiträge des Themenhefts von *Lepsius/Reichlin*, *Fides/Triuwe*. Bereits in ihrer Einleitung unterstreichen die Herausgeberinnen, daß die auf Georg Simmel zurückgeföhrte und von Niklas Luhmann aufgegriffene Deutung vormodernen Vertrauens als Charakteristikum vornehmlich personalen Bindungen wohl zu kurz greift (vgl. ebd., 221 f.). Mehrere Beiträge untersuchen Vertrauen bzw. ‚*fides*‘ daher auch als abstrakte Rechtskategorie, mit deren Hilfe die verbindlichkeitsstiftende Kraft von Verträgen analysiert werden kann, vgl. insbesondere *Thier*, Von der gehaltenen und den gebrochenen *fides*, 327–343. Zur forschungsgeschichtlichen Problematik des Begriffs „*Treue*“ vgl. *Buschmann/Murr*, „*Treue*“ als Forschungskonzept?, 11–35. Zum verwandten Begriff der Loyalität vgl. die Beiträge des Sammelbandes von *Sonntag/Zermatten*, Loyalty in the Middle Ages, mit einem knappen forschungsgeschichtlichen Überblick der Herausgeber: Loyalty in the Middle Ages: Introductory Remarks on a Cross-Social Value, xiif.

Mittelalter eine wesentliche Bedeutung für die Begründung, Darstellung und Deutung von Vertragsverhältnissen zukam. Bündnisbeziehungen und prinzipiell auf Gleichrangigkeit angelegte politische Bindungen wurden in der Regel als ‚Freundschaft‘ beschrieben – sowohl zwischen den Angehörigen größerer Herrschaftsverbände wie auch zwischen voneinander unabhängigen fürstlichen Akteuren¹⁹. Die auf diesem Gebiet angestellten Untersuchungen haben sich als umso wichtiger erwiesen, als das Feld der Freundschaft in der Vormoderne anders strukturiert war als heute. Auf der einen Seite bedeutete politische ‚amicitia‘ oft nicht viel mehr als den Verzicht auf gegenseitige Schädigung²⁰. Auf der anderen Seite wurden freundschaftliche Beziehungen zwischen Herrschern, die sich am Vortag bisweilen noch bekämpft hatten, auf eine Weise zum Ausdruck gebracht, die heute nur noch innerhalb von Intimverhältnissen zu beobachten ist: Man küßte sich auf den Mund und schließt in einem Bett²¹. Gerade in der symbolischen Darstellung und Herstellung politischer Bindungen unterschieden sich die vormodernen Gesellschaften deutlich von heutigen Formen der Verbindlichkeitstiftung – und zwar sowohl innerhalb von Herrschaftsverbänden wie auch im Blick auf grenzüberschreitende, diplomatische Kontakte.

Der Fokus des vorliegenden Bandes liegt auf der Untersuchung diplomatischer Verbindlichkeit im Spätmittelalter; er richtet sich mithin auf einen Sektor politischen Handelns, den wir aus heutiger Perspektive –

¹⁹ Zur Bedeutung von Freundschaft als Grundelement politischer Bindung im Mittelalter vgl. Althoff, Verwandte, Freunde und Getreue; Epp, Amicitia; mit Fokus auf Vertragsschlüsse vgl. exemplarisch die Arbeiten von Garnier, Amicus amicis (im Blick auf die Bündnisse der rheinischen Kurfürsten). Zur Bedeutung von ‚amicitia‘ im mittelalterlichen diplomatischen Verkehr vgl. den sowohl historischen wie forschungsgeschichtlichen Überblick bei Moeglin/Péquignot, Diplomatie, 147–155; daneben exemplarisch van Eickels, Inszenierter Konsens; sowie aus epochenübergreifender Perspektive Oschema/von Thiessen, Freundschaft, 23–52.

²⁰ Vgl. in diesem Sinn Epp, Amicitia, 176; van Eickels, Inszenierter Konsens, 19 ff.; sowie Oschema, Freundschaft und Nähe, 100 f. Wie Oschema, Freundschaft oder „amitié“? 81–108, hier 105, ausführt, „würde [es] nun aber zu kurz greifen, wollte man (...) aus all dem den Schluß ziehen, dass in langen Phasen des späteren Mittelalters schlicht jene als Freund angesprochen werden mussten, mit denen man lediglich im Sinne einer Nicht-Einmischung die gegenseitige Duldung ver einbart hatte. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Auswirkung auf die je eigene Wahrnehmung der sozialen Realitäten das Dasein in einem zweipolig organisierten Umfeld hatte.“

²¹ Vgl. hierzu prägnant van Eickels, Inszenierter Konsens, vor allem 14–29, 183–208. Daraüber hinaus hat van Eickels in einer Reihe von Aufsätzen die spezifischen Strukturen vormoderner Intimität und ihrer (nicht nur, aber auch) politischen Nutzung in den Blick genommen: van Eickels, Freundschaft; ders., Gewalt und Intimität.

zweifellos anachronistisch – als ‚Außenpolitik‘ bezeichnen würden. Die Beiträge nehmen also in erster Linie Konstellationen in den Blick, die durch Kontakte und Bindungen über die Grenzen einzelner Herrschaftsverbände hinweg geprägt sind²². Deren Untersuchung hat nach einer langen Phase relativer Bedeutungslosigkeit seit etwa zwei Jahrzehnten wieder Konjunktur in der Vormoderneforschung. Inspiriert von jüngeren Ansätzen einer Kulturgeschichte des Politischen einerseits sowie der akteurszentrierten Analyse grenzüberschreitender Verflechtung andererseits hat vor allem die Frühneuzeitforschung das Verständnis vormoderner diplomatischer Interaktion revolutioniert²³. Doch auch die mittelalterlichen Außenbeziehungen sind mittlerweile der Gegenstand einer reichen Forschung. Seit den grundlegenden Studien, die im späten 20. Jahrhundert wesentlich zur mediävistischen Erneuerung dieses Forschungsfeldes beigetragen haben²⁴, ist eine Vielzahl einschlägiger Arbeiten und jüngst auch die magistrale Synthese von Jean-Marie Moeglin und Stéphane Péquignot erschienen, die einen fundierten Überblick über die mittelalterliche Außenpolitik und ihre Erforschung bietet²⁵.

²² In Anlehnung an eine terminologische Klärung, die Dieter Berg bereits 1987 gegeben hat, werden die Begriffe ‚Außenpolitik‘ und ‚Diplomatie‘ hier zur Bezeichnung all derjenigen Kommunikationen bzw. Interaktionen verwendet, die den Bereich des Herrschaftsverbandes überschreiten, denen die betreffenden Akteure angehören; vgl. *Berg*, England und der Kontinent, 4: „Verzichtet man auf die Annahme, daß von ‚Außenpolitik‘ erst im Zusammenhang mit dem Entstehen souveräner, gleichberechtigter Staaten zu sprechen sei, so wird man jede politische Aktion eines Herrschers, die über die Grenze des eigenen Machtbereiches hinausweist (...), als Akt außenpolitischen Handelns bezeichnen können“. Zum Ersatz des Terminus „Machtbereich“ durch „Herrschaftsbereich“ vgl. *Jostkleigrewe*, Expansion, 67, Anm. 7.

²³ Zu nennen sind hier neben den französischen Arbeiten von Lucien Bély und seiner Schule (vgl. u. a. *Bély*, Espions et ambassadeurs; *ders.*, Les relations internationales; kürzlich noch *Schnakenbourg*, Entre la guerre et la paix; *Gellard*, Une reine épistolaire.) vor allem die von Christian Windler und Barbara Stollberg-Rilinger angeregten und betreuten Arbeiten, u. a. *Dade*, Madame de Pompadour; *Bastian*, Verhandeln in Briefen; *Haug*, Ungleiche Aussenbeziehungen; *Köhler*, Strategie und Symbolik; *May*, Zwischen fürstlicher Repräsentation und adliger Statuspolitik; *Hennings*, Russia and Courtly Europe; *Pohlig*, Marlboroughs Geheimnis. Vgl. daneben auch von *Thiessen*, Diplomatie und Patronage; mit besonderem Fokus auf Verflechtungen zwischen ökonomischen und politischen Handlungszusammenhängen *Zunckel*, Diplomatische Geschäftsleute.

²⁴ Vgl. neben der bereits genannten Arbeit von *Berg*, England und der Kontinent (wie Anm. 23) hier grundlegend *Wefers*, Versuch; *Reitemeier*, Außenpolitik; *Kintzinger*, Westbindungen.

²⁵ Gerade die französische, italienische und iberische Forschung hat in den letzten Jahren weiterführende Arbeiten vorgelegt, die akteurszentrierte bzw. mikrohistorische und kulturgeschichtliche Ansätze miteinander verbinden, vgl. hier u. a. die Sammelbände von *Ferrer i Mallol*, Negociar; *Andretta*, Paroles; *ders.*, De

Daß die vormodernen – genauer: die spätmittelalterlichen – Außenbeziehungen im Zentrum der Arbeiten dieses Bandes stehen, liegt indes nicht nur an der Lebendigkeit dieses Forschungsfeldes. Vielmehr stellt die Diplomatie gerade des Mittelalters ein privilegiertes Beobachtungsfeld für die Stiftung politischer Verbindlichkeit und den zeitgenössischen Umgang mit den dadurch erzeugten Bindungskräften und Geltungsbehauptungen dar. Dies liegt an der besonderen Stellung vormoderner Diplomatie innerhalb des politischen Feldes. Bis ins 17. Jahrhundert (und vielleicht auch noch darüber hinaus) läßt sich ‚Außenpolitik‘ zwar als Phänomenbereich von anderen Gebieten herrschaftlicher Interaktion abgrenzen, bildet aber noch keinen institutionalisierten, ausdifferenzierten Politikbereich. Die Zeitgenossen unterscheiden daher nicht kategorial zwischen den Regeln, die in diplomatischen Kontexten gelten, und denen, die die Interaktion innerhalb der ‚politischen Gesellschaft‘ einzelner Herrschaftsverbände leiten²⁶. Außenpolitische Interaktion stellt insofern einen Spezialfall des allgemeinen politischen bzw. herrschaftsbezogenen

l’ambassadeur; vgl. zur letztgenannten Thematik auch Stéphane Péquignots gründliche Untersuchung der diplomatischen ‚Infrastruktur‘ im aragonesischen Königreich Jakobs II: *Au nom du roi. Zur mikrohistorischen Erklärung längerfristiger außenpolitischer Unternehmungen*, vgl. auch die aufschlußreiche Studie von Lévy, *La monarchie et la commune*. Ein auch nur annähernd erschöpfender Überblick über relevante Ansätze der jüngeren Forschung ist an dieser Stelle nicht möglich; hier sei daher allein auf die oben genannte Synthese von Moeglin/Péquignot, *Diplomatie* (wie Anm. 19) verwiesen, die eine fast 3000 Titel umfassende, systematisch gegliederte und aktuelle Bibliographie der internationalen Forschung zur mittelalterlichen Außenpolitik enthält.

²⁶ Zum Begriff der ‚politischen Gesellschaft‘, der in Teilen der französischen und amerikanischen mediävistischen Forschung die Gesamtheit der an herrschaftsbezogenen Aushandelungsprozessen beteiligten Akteure bezeichnet, vgl. grundlegend Cazelles, *Société politique*, 9, mit der Skizze eines engeren und eines weiteren Verständnisses. Zu den Vorzügen dieses in der deutschen Mediävistik wenig rezipierten Begriffes zählt die – den spätmittelalterlichen französischen Verhältnissen angemessene – ständische Offenheit, die ihn von konkurrierenden Begriffsbildungen (wie etwa ‚Adelsgesellschaft‘) abhebt. Zugleich betont der Begriff der ‚politischen Gesellschaft‘ den ganz wesentlich sozialen Charakter politischer Aktion, der auch von der diplomatiegeschichtlichen Frühneuzeitforschung hervorgehoben wird, vgl. in knapper Zusammenfassung etwa Haug, *Ungleiche Außenbeziehungen* (wie Anm. 23), 15, unter Verweis auf Bélys Konzept der „Société des princes“ und Münsteraner Forschungen zur symbolischen Kommunikation: „In der Praxis wurde [Souveränität] aber nicht als abstrakter völkerrechtlicher Rang bestimmt, sondern blieb an symbolische Praktiken sozialer Schätzung gebunden, die mehr für die Einbindung von Außenbeziehungen in eine stratifizierte Adels- bzw. Fürstengesellschaft denn in die Strukturen eines Systems prinzipiell gleichberechtigter Staaten sprechen“. In ähnlicher Weise betonen aus mediävistischer Perspektive auch Moeglin/Péquignot, *Diplomatie*, 9 f., die grundsätzliche Ähnlichkeit diplomatischer und nicht-diplomatischer politischer Interaktion.

Handelns dar, der aufgrund der Überlieferungslage wie auch des Interesses der Zeitgenossen in vielen Fällen vergleichsweise gut zu beobachten ist.

Aber auch aus systematischer Perspektive stellt die Untersuchung diplomatischer Konstellationen ein besonders vielversprechendes Beobachtungsfeld für die Untersuchung von Grundlagen wie Grenzen politischer Verbindlichkeit dar. Es ist plausibel anzunehmen, daß die institutionalisierten Selbstverständlichkeiten, die das spätmittelalterliche politische Handeln generell prägen, in der Situation grenzüberschreitenden Kontakts ein Stück weit verunsichert werden – und gerade deshalb für den historischen Beobachter besser zu beobachten sind. Bei aller Ähnlichkeit, die die spätmittelalterlichen politischen Gesellschaften zumindest im lateineuropäischen Raum miteinander verbindet, kommen in diplomatischen Kontexten doch stets auch unterschiedliche politische Kulturen miteinander in Berührung. Herrschertreffen und Gesandtschaften bringen unterschiedliche Rangsysteme, unterschiedliche politische Leitideen, Geschichtsbilder und Moden miteinander in Kontakt. Diese können einander wechselseitig befruchten, schaffen aber auch Unsicherheiten bezüglich der sozialen und normativen Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses und seiner Aushandlung. Kurz: Die spätmittelalterliche Diplomatie stellt gerade deshalb ein privilegiertes Feld für die Untersuchung der Ressourcen und Mechanismen politischer Verbindlichkeitsstiftung dar, weil deren Verbindlichkeit in diplomatischen Kontexten geschwächt erscheint.

Eine essentialistische Aufladung und Ontologisierung politischer Grenzziehungen ist mit diesen forschungspraktischen Erwägungen ausdrücklich nicht verbunden. Es geht nicht darum, den grenzüberschreitenden Kontakten und Bindungen spätmittelalterlicher Akteure von vornherein eine spezifische Qualität oder auch eine besondere Fragilität zu unterstellen. So, wie es sinnvoll ist, in grenzüberschreitenden Konstellationen nach Momenten einer „Verunsicherung des Selbstverständlichen“ zu suchen, so muß zugleich auch notwendig gefragt werden, ob die diplomatische Verbindlichkeitsstiftung deshalb in besonderem Maße problematisch wird – ob Vertragsschluß und Vertragsbruch in diplomatischen Kontexten also Probleme aufwerfen, die in anderen, nicht-diplomatischen Kontexten nicht zu beobachten sind. Die Beiträge dieses Bandes nehmen daher ganz bewußt auch die Randbezirke unseres Untersuchungsbereichs in den Blick. Sie untersuchen auch solche Konstellationen, die wir heute nicht dem Bereich der Außenpolitik zuordnen würden, die aber strukturelle Ähnlichkeiten oder sachliche Überschneidungen aufweisen. So analysiert etwa Ulla Kypta die systemische Funktion des Vertragsbruchs sowohl hinsichtlich „politischer“ Handelsverträge zwi-

schen den niederdeutschen Hansestädten und Flandern wie auch im Blick auf Gesellschaftsverträge zwischen einzelnen Kaufleuten²⁷ – wie überhaupt die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen ‚politischen‘ und ‚ökonomischen‘ Konstellationen, zwischen den Verträgen der Herrscher und den Handels- und Finanzbeziehungen ihrer Untertanen künftig noch viel intensiver zu untersuchen wären²⁸. Im vorliegenden Band spielen entsprechende Erwägungen auch im Umfeld der Beiträge von Gregor Rohmann und vor allem Sebastian Kolditz eine Rolle²⁹.

Aber auch in anderen Beziehungen erweist es sich als höchst sinnvoll, die Untersuchung nicht nur auf idealtypische Konstellationen diplomatischer Interaktion zu beschränken. So thematisieren Anja Thaller und Julia Burkhardt den Umgang mit vertraglicher Verbindlichkeit innerhalb von Herrschaftsverbänden und nehmen dazu den Aquilejer Lehnsvband und die polnisch-litauische Rzeczpospolita in den Blick; sie untersuchen mithin zwei politische Strukturen, die in unterschiedlichem Maße durch herrschaftliche Bindungen zwischen den beteiligten Akteuren geprägt sind³⁰. Im Gegenzug betrachtet Malika Dekkiche die Vertragsverhältnisse zwischen den späten Mamlükensultanan und den türkischen Karamaniden, die das südöstliche Anatolien beherrschten: Diese Beziehungen – die wir heute wohl am ehesten dem Bereich der Außenpolitik unabhängiger Herrscher zuordnen würden – wurden in der Kommunikation der Zeitgenossen als Herrschaftsbeziehungen be- und verhandelt³¹.

²⁷ Vgl. *Kypta*, Konkurrenzverbot und Kontorsverlegungen.

²⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang die einschlägigen Plädoyers von *Lazzarini*, *Circuiti mercantili della diplomazia italiana*, 156: „Sia negli studi recenti sulla diplomazia, sia d’altro canto anche – mi pare – nelle ricerche sulle comunità mercantili, il senso di questo rapporto stretto et originario fra reti di traffici, mercanti e prassi diplomatica sembra essersi diluito, andando le due tradizioni di studio in direzioni apparentemente divergenti“; *Zunckel*, Diplomatische Geschäftsleute – geschäftstüchtige „Diplomaten“, 31: „Zwar profitieren die florierende Hof- und Adels- sowie die historische Städteforschung gleichermaßen vom akteurszentrierten Perspektivenwandel und der kultur- und kommunikationswissenschaftlich inspirierten Erneuerung. Bei den Bemühungen um eine neue Kulturgeschichte des Politischen, die den frühmodernen Handlungszusammenhängen gerecht wird, bleibt die ökonomische Sphäre jedoch unterbelichtet. Am deutlichsten wird dieses Defizit auf dem Gebiet der Außenbeziehungen: Zwar operiert nicht nur die Handels-, sondern auch die neue Politikgeschichte mit netzwerk- bzw. akteurszentrierten Ansätzen. Synergieeffekte sind bislang aber vor allem auf dem Gebiet des interkulturellen Austausches mit der außereuropäischen Welt beziehungsweise für die „Sattelzeit“ des 18./19. Jahrhunderts zu verzeichnen“.

²⁹ Vgl. *Kolditz*, *Fides Grecorum et Venetorum*; *Rohmann*, Vertragsbrecher sind immer die anderen.

³⁰ Vgl. *Thaller*, *Advocati ecclesiae*; *Burkhardt*, Zerstückeltes Versprechen.

³¹ Vgl. *Dekkiche*, Mamluk diplomacy.

Zum Zweck einer vergleichenden Untersuchung wird die ‚Verbindlichkeit der Diplomatie‘ so in ein breites Spektrum von Konstellationen des Vertragsschlusses und Vertragsbruchs eingebettet.

III. Analysefokus I: Die Herstellung diplomatischer Verbindlichkeit und deren Grenzen

Die Beiträge dieses Bandes untersuchen den Umgang mit vormodernen diplomatischen Geltungsbehauptungen und Verbindlichkeitserwartungen mittels zweier analytischer Schwerpunktsetzungen. Ein erster Schwerpunkt betrifft zunächst die grundlegende Frage nach den Mechanismen der Verbindlichkeitsherstellung und deren sozialer, medialer und kultureller Begrenztheit – eine Frage, die sich im Blick auf grenzüberschreitende politische Beziehungen des Spätmittelalters in besonderer Schärfe stellt. Tatsächlich sahen sich diplomatische Akteure – das heißt idealtypisch die Häupter oder Vertreter zweier unabhängiger Herrschaftsverbände – in besonderem Maße mit der Herausforderung konfrontiert, Verbindlichkeitserwartungen zu erzeugen und zu stabilisieren. Weniger noch als in anderen Kontexten konnte Erwartungssicherheit hier durch den Rekurs auf herrschaftlich geprägte Erzwingungsapparate erzeugt werden. Gerade im Spätmittelalter fehlten zudem allgemein anerkannte, säkulare Rechtssetzungen, auf deren Grundlage „transnationale“ Schieds- und Gerichtsinstanzen, wie sie im Spätmittelalter ja immer wieder einmal angedacht wurden, überhaupt hätten funktionieren können³²: Bis weit in die Frühe Neuzeit hinein gab es bekanntlich kein explizites Völkerrecht³³.

Gleichwohl rekurrierten mittelalterliche und frühneuzeitliche Akteure natürlich auch in diplomatischen Kontexten auf Mechanismen der Verbindlichkeitsherstellung. Wir müssen auch davon ausgehen, daß Könige, Fürsten und andere Herrschaftsträger, die Botschafter entsandten, Verhandlungen führten und Verträge schlossen, ihre Beziehungen nicht in einem rechtsfreien Raum angesiedelt sahen: Die Interaktion zwischen Herrschern und Gesandten wurde vermutlich durchaus als regelgeleitet wahrgenommen. Nur beruhte die Gültigkeit dieser Regeln und die Verbindlichkeit von Verträgen nicht auf spezifisch völkerrechtlichen Grund-

³² Bekanntestes spätmittelalterliches Beispiel ist wahrscheinlich der Vorschlag eines europäischen Fürstenbundes durch den böhmischen König Georg von Podiebrad im Jahr 1464; vgl. hierzu die jüngst erschienene rechtsgeschichtliche Studie von Schusterová, Der Friedensvertrag Georgs von Podiebrad.

³³ Zur Herausbildung der impliziten Normen einer Diplomatie „avant la lettre“ im Spätmittelalter vgl. die Arbeiten von Martin Kintzinger, insbesondere *Kintzinger, Diplomatie avant la lettre?*; *ders.*, Thinking International Law.

lagen. Sie ergab sich vermutlich eher aus allgemeinen, vielleicht natur- oder römisrechtlich begründeten Normvorstellungen, aus religiös verbürgten Grundsätzen und nicht zuletzt aus sozialständischen Ehrkonzepten. Die Werkzeuge, mittels derer Vertragsschlüsse zumeist bekräftigt wurden, waren religiöse Eide, rechtsförmliche Instrumente und symbolische Inszenierungen, die auch außerhalb diplomatischer Kontexte zum Einsatz kamen. Welche Bedeutung wurde diesen Mechanismen von den Zeitgenossen zugemessen? Welche Wirkung entfalteten sie in der diplomatischen Interaktion, und wo verliefen die Grenzen ihres Einflusses?

1. Soziale und mediale Grenzen diplomatischer Verbindlichkeitstiftung

Unser Interesse gilt zum einen der Frage nach den sozialen und medialen Grenzen diplomatischer Verbindlichkeitstiftung. Beide Aspekte sind eng miteinander verflochten: Wen banden bestimmte Formen der Verbindlichkeitstiftung – und welches Publikum erreichten sie überhaupt? Welche Akteure bzw. Akteursgruppen wurden durch welche Mechanismen mit Verbindlichkeitserwartungen konfrontiert, mit denen sie sich auch tatsächlich auseinandersetzen mußten? Und wo konnten andererseits bestimmte Mechanismen schon aus medialen Erwägungen heraus überhaupt keine Wirkung erzielen? Die Frage mag trivial erscheinen – aber wurden etwa die dem römischen Recht entlehnten Sicherungsklauseln eines lateinischen Vertrags von den vertragsschließenden Fürsten überhaupt verstanden? Konnten sie als Elemente der Verbindlichkeitstiftung wahrgenommen werden und insofern in der politischen Interaktion Wirkung entfalten? Oder handelt es sich bei der Einfügung entsprechender Klauseln in Vertragstexte nur um den nicht ganz uneigennützigen Kunstgriff juristisch geschulter Fachleute – um eine prospektive Reaktion auf den vorweggenommenen Vertragsbruch, die im Falle des Falles denselben Fachleuten den Aufbau einer juristisch kohärenten Verurteilung erlauben sollte, für die sich am Ende aber auch wieder nur die Juristen interessierten?³⁴

In anderen Fällen wird man mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen dürfen, daß entsprechende Sicherungsklauseln das Ziel verfolgten, möglichst weite Kreise zu erreichen und auch zu binden. Dies gilt etwa für die Absicherung von Verträgen durch die Zustimmung aller oder einzelner vertragsschließender Parteien zur automatischen Verhängung des Interdikts im Falle eines Vertragsverstoßes. Diese Maßnahme, die regelmäßig beispielsweise von den flämisch-französischen Verträgen des frü-

³⁴ Vgl. hierzu auch unten S. 29–31.

hen 14. Jahrhunderts vorgesehen wurde, trug wohl zur größtmöglichen Publizität der Vertragsschlüsse bei, insofern sie bereits vorab von den Kanzeln verkündet werden mußte³⁵. Daß auch weiterhin Verträge gebrochen wurden, verhinderte sie natürlich dennoch nicht.

Bisweilen schärft der Fokus auf die medialen Wirkmöglichkeiten der verschiedenen Beglaubigungsstrategien auch den Blick dafür, gegenüber welchen Akteuren sich die vertragsschließenden Parteien in erster Linie banden. Als etwa Kaiser Ludwig der Bayer und König Eduard III. von England während des eingangs bereits erwähnten Herrschertreffens von Koblenz ihr Bündnis mit größtmöglichem Prunk in Szene setzten, da diente der zeremonielle Aufwand wohl nicht nur dazu, die beiden Monarchen auf die zwischen ihnen geschlossenen Verträge zu verpflichten. Vielmehr band die spektakuläre Inszenierung den Kaiser vor allem gegenüber den anwesenden rheinischen und niederländischen Fürsten und Herren, die angesichts ihrer prekären Stellung im Spannungsfeld von englischer und französischer Krone darauf angewiesen waren, daß der Kaiser ihre mit Eduard III. abgeschlossenen Verträge nicht ohne weiteres desavouieren konnte³⁶.

2. Kulturelle Grenzen diplomatischer Verbindlichkeitsstiftung

Zu diskutieren ist zum anderen die Frage der kulturellen Grenzen diplomatischer Verbindlichkeit. Die hier veröffentlichten Beiträge greifen damit eine Problemstellung auf, die in den letzten zehn Jahren intensiv untersucht worden ist: Welchen Einfluß üben (makro-)kulturelle Differenzen zwischen der lateineuropäischen, der byzantinischen und der islamischen Welt auf interkulturelle politische Beziehungen aus? Wie gingen die Zeitgenossen bei kulturübergreifenden diplomatischen Kontakten mit den durch die kulturelle Diskontinuität erzeugten Problemen um?³⁷ Daß kulturelle Unterschiede zwischen vertragsschließenden Parteien im Spätmittelalter Probleme aufwerfen, liegt auf der Hand: Da kulturüber-

³⁵ Zu entsprechenden Bestimmungen des Vertrags von Athis-sur-Orge vgl. *Bau-tier*, Artikel „Athis sur Orge, Vertrag v“, 1167 f. Zur Nutzung dieser Klausel durch das französische Königtum nach dem Bruch des in Péronne 1312 erneuerten Vertrags vgl. die Publikationsurkunde der „Condemnatio Flemingorum“ und ihres Grafen Robert durch Ludwig X. (Juli 1315): Archives nationales, P 2290, 278 f.

³⁶ Vgl. dazu oben, S. 10 f.

³⁷ Vgl. hierzu etwa die Beiträge bei *Burschel/Vogel*, Audienz; *von Thiesen/Windler*, Akteure der Außenbeziehungen; allgemeiner im Blick auf Prozesse von ‚cultural brokerage‘ an mittelalterlichen mittelmeerischen Höfen auch *von der Höh/Jaspert/Oesterle*, Cultural Brokers; vgl. darin aus diplomatiegeschichtlicher Sicht insbesondere *von der Höh*, Muslim Embassies, 163–182.

greifende Normen eines internationalen Rechts fehlen, erfolgt die Beglaubigung von Vertragsschlüssen und die Bekräftigung von Vertragstreue mithilfe kulturspezifischer Rechtstraditionen und vor allem religiöser Werte und Institutionen, die in interkulturellen Konstellationen nicht ohne weiteres angewandt werden können. Im oben erwähnten Fall der Vertragssicherung durch Interdikt ist dies offensichtlich nicht möglich; und bei der Bezugnahme auf konkrete Rechtsnormen ergeben sich ebenfalls Probleme. Auch der Gebrauch symbolischer Inszenierungen erlaubt es nur begrenzt, die eigenen Verbindlichkeitserwartungen und -angebote zu kommunizieren: Angesichts unterschiedlicher Symboluniversen erfordern interkulturelle diplomatische Inszenierungen oft komplexe Übersetzungsleistungen oder werden von der Gegenseite gar nicht erst als solche verstanden³⁸. Kurz: Die Effektivität der oben skizzierten Beglaubigungsstrategien beruht auf der Anerkennung gemeinsamer Normen, Werte und kommunikativer Gepflogenheiten – und diese ist in kulturübergreifenden Kontexten häufig nicht gegeben.

Die Vermutung liegt daher nahe, daß Konstellationen kulturübergreifenden Kontakts üblicherweise auch Konstellationen sind, in denen Verträgen eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung entgegengebracht wird. Um so wichtiger ist es, diese Vermutung historisch zu überprüfen. Rechnen die Zeitgenossen tatsächlich damit, daß interkulturelle Verträge leichter gebrochen werden als andere – rechtfertigen sie hier möglicherweise sogar den Bruch des Vertrags? Stellt kulturelle Differenz zwischen Vertragspartnern vor allem eine Bürde dar, oder bietet sie zugleich Ressourcen zur Bearbeitung dieser Bürde?

David Crispin, Sebastian Kolditz und Sebastian Kubon gehen diesen Fragen im Blick auf christlich-muslimische, lateinisch-griechische und

³⁸ Vgl. Burschel, Die Audienz. Einleitung, 8 f.: „Wer versucht, die Audienz aus interkultureller Perspektive in den Blick zu nehmen, kann beobachten, was passiert, wenn kulturelle Grenzen in der symbolischen Kommunikation überschritten werden. Denn hier – in diesen Begegnungsarrangements von ‚liminaler‘ symbolischer Dichte und Spannung – lassen sich nicht nur wechselseitige Übersetzungsleistungen und deren Grenzen geradezu idealtypisch rekonstruieren; hier lässt sich auch untersuchen, wie aus interkulturellen Begegnungen, Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen entsteht, was man mit einiger Vorsicht ‚Transkulturalität‘ (...) nennen könnte. In anderen Worten: Hier zeigt sich, unter welchen symbolischen Bedingungen frühneuzeitliche politische Kommunikation in interkulturellen Begegnungssituationen funktionierte bzw. nicht funktionierte“. Zur Schwierigkeit einer angemessenen interkulturellen Dechiffrierung symbolischer Akte vgl. aus mediävistischer Perspektive auch Jost Kleigrew, Ritual, 109–124; zu bemerken ist dabei, daß die zu beobachtenden Fehlinterpretationen des fremden Symbolhandelns das wechselseitige Einvernehmen nicht notwendig beeinträchtigen und bisweilen sogar befördern.

christlich-heidnische bzw. preußisch-litauische Konstellationen nach³⁹. Ihre Beiträge lassen wenig Zweifel daran, daß kulturelle Diskontinuitäten – und insbesondere religiöse Differenz – in der Tat ein Problem darstellen, mit dem die Akteure in kulturübergreifenden diplomatischen Konstellationen umgehen müssen. So scheinen kulturelle bzw. religiöse Gegensätze immer wieder reduzierte Verbindlichkeitserwartungen zu begründen. Genauer: Sie erlauben es den Akteuren, entsprechende Erwartungen plausibel zu kommunizieren, wie die von Sebastian Kubon untersuchte hochmeisterliche Korrespondenz über die preußisch-litauischen Beziehungen zeigt. Und auch die historiographischen Beobachter interkultureller politischer Beziehungen geben öfter zu erkennen, daß sie eine Beeinträchtigung vertraglicher Verbindlichkeit etwa durch religiöse Gegensätze zumindest für denkbar halten. In David Crispins Lektüre lateinischer Kreuzfahrerchroniken wird dies deutlich greifbar. Wenn Wilhelm von Tyrus, der Chronist der Kreuzfahrerherrschaften in Outremer, betont, daß auch die Ungläubige Anspruch auf Vertragstreue hätten – *quod etiam infidelibus fidei tenor observandus sit*⁴⁰ – so räumt er gerade damit der Gegenposition eine unleugbare Relevanz ein.

Vergleicht man interkulturelle diplomatische Konstellationen indes mit Beispielen intrakultureller diplomatischer Beziehungen, wie sie andere Beiträge dieses Bandes in den Blick nehmen, so ergibt sich andererseits kein Hinweis darauf, daß interkulturelle diplomatische Beziehungen in der Praxis tatsächlich durch eine höhere Instabilität gekennzeichnet wären als intrakulturelle Beziehungen. Oder besser: Es gibt keinen Hinweis auf eine höhere Stabilität intrakultureller Beziehungen. Angeichts dessen scheint es sinnvoll, in der Annahme reduzierter Verbindlichkeit in Konstellationen kulturübergreifenden Kontakts weniger eine Beschreibung historischer Realitäten als vielmehr eine Ressource diplomatischer (Konflikt-)Kommunikation zu sehen: Die Unterstellung reduzierter Verbindlichkeit erlaubt es, der Gegenseite die Verantwortung für beobachtete oder erwartete Vertragsbrüche zuzuschreiben.

Allerdings stellt sich ebenso die Frage, ob kulturelle Differenz nicht auch im positiven Sinne als stabilisierende Ressource interkultureller Diplomatie wirken kann – ob mit anderen Worten das Problem nicht auch Lösungspotentiale bereitstellt. So wäre etwa zu überlegen, ob der improvisierte Charakter kulturübergreifender diplomatischer Inszenierungen und die Notwendigkeit transkultureller Übersetzungsleistungen neben Verunsicherung nicht zugleich auch Freiräume schaffen, indem sie

³⁹ Vgl. Crispin, Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen; Kolditz, Fides Grecorum et Venetorum; Kubon, Vertrag von Sallinwerder und sein Bruch.

⁴⁰ Wilhelm von Tyrus, Historia, hier l. XVIII, cap. 11, 826.

etwa von der Rückbindung an institutionalisierte Vorerwartungen entlassen, wie sie in intrakulturellen Konstellationen zum Tragen kommen. Schließlich wäre auch zu fragen, ob der ostentativen Zurschaustellung kultureller und religiöser Differenz innerhalb von Vertragsbeziehungen nicht geradezu eine beglaubigende, verbindlichkeitsstiftende Funktion zukommen kann. Gerade in Konstellationen, die durch scharfe religiöse Gegensätze geprägt sind, ist es nicht unplausibel, daß die demonstrative Herausstellung der eigenen religiösen Identität und die Verwendung intrareligiöser Beglaubigungsformen das Vertrauen der Gegenseite in die eigene Vertragstreue eher erhöhen als verringern. In diesem Sinne lassen sich entsprechende Beglaubigungsstrategien in den von Marc von der Höh untersuchten Verträgen magrebinischer Herrscher mit den italienischen Seerepubliken deuten, die während der diesem Band zugrundeliegenden Tagung diskutiert worden sind⁴¹.

IV. Analysefokus II: Reflexion und Thematisierung des „Vertragsbruchs“

Neben dem Blick auf die sozialen, medialen und kulturellen Grenzen diplomatischer Verbindlichkeitsstiftung verfolgt der Band einen zweiten, schärfer auf das Konzept des Vertragsbruchs fokussierten Analyseansatz. Wie eingangs bereits ausgeführt, untersuchen die Beiträge den Bruch des Vertrags nicht als ein gewissermaßen objektiv abgrenzbares Phänomen, sondern vielmehr als Gegenstand zeitgenössischer Zuschreibungen⁴². Was wir analysieren, ist die Konstruktion von Vertragsbruch bzw. dessen Beobachtung durch die Zeitgenossen. Die der historischen Untersuchung zugänglichen Konstruktionsakte weisen dabei zwei unterschiedliche Zeitstrukturen auf. Die Beobachtung von Vertragsbruch kann zum einen aus der Retrospektive erfolgen – als Rekonstruktion oder Interpretation *ex post*. Sie kann aber auch prospektiv als Vorwegnahme oder Erwartung des Vertragsbruchs angelegt sein. Die Beiträge dieses Bandes analysieren beide Formen.

Die retrospektive Konstruktion von Vertragsbruch tritt in vielfältigen Formen auf. Sie erfolgt bisweilen in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den als Vertragsbruch interpretierten Akten, bisweilen aber auch aus großem

⁴¹ Marc von der Höh, „Interreligiöse Absicherungsstrategien. Das Beispiel der Verträge der italienischen Seestädte mit muslimischen Herrschern“ (Vortrag Münster, 18.9.2014). Das Manuskript des entsprechenden Aufsatzes konnte zum großen Bedauern der Herausgeber bis zur Drucklegung des Bandes nicht fertiggestellt werden.

⁴² Vgl. oben S. 12.

zeitlichem Abstand. Sie kann durch unmittelbar am Vertragsgeschehen beteiligte Akteure, aber auch durch mehr oder weniger unbeteiligte Beobachter erfolgen, die oft eine eigene Agenda verfolgen. Die Beobachtung von Vertragsbruch wird in Dokumenten der politischen Praxis greifbar, lässt sich aber ebenso als historiographisches Narrativ fassen. Gerade die Chronisten schreiben die Verantwortung für den Vertragsbruch dabei keineswegs durchgängig dem gegnerischen Lager zu. So wie die ‚Reichspublizisten‘ des 14. Jahrhunderts das vertragsbrüchige Verhalten Ludwigs des Bayern gegenüber dem englischen König kritisieren⁴³, so geißelt Wilhelm von Tyrus das vertragsbrüchige Handeln christlicher Großer in den lateinischen Kreuzfahrerherrschaften – auch und gerade im Falle christlich-muslimischer Abkommen, wie David Crispin in seinem Beitrag herausarbeitet⁴⁴. Doch auch die Beobachtung gegnerischen Vertragsbruchs kann zur Äußerung von Kritik am eigenen Herrscher verwendet werden, wie Martin Vučetić im Blick auf die Darstellung des Bündnisschlusses zwischen dem seldschukischen Herrscher Kılıç Arslan II. und dem byzantinischen Kaiser Manuel I. Komnenos in zwei byzantinischen Chroniken ausführt.

Oft genug richtet sich die historiographische Beobachtung von Vertragsbruch freilich gegen die gegnerische Seite, wie Sebastian Kubon im Blick auf einschlägige Vorwürfe gegen den litauischen Großfürsten Vytautas in der Deutschordenschronistik darlegt⁴⁵. Hier wie in anderen Beiträgen überschneidet sich die historiographische Polemik mit den Versuchen der beteiligten Parteien selbst, den Vorwurf des Vertragsbruchs zur Verbesserung der eigenen Position zu benutzen. Die von Kubon in diesem Band analysierte und in zwei Stücken auch edierte Korrespondenz des Hochmeisters Konrad von Jungingen dient zur Mobilisierung potentieller Unterstützung im reichsfürstlichen Adel; die von Jean-Marie Moeglin untersuchte französische Chronistik und Traktatliteratur aus der Zeit des sogenannten Hundertjährigen Krieges wendet sich in Teilen möglicherweise schon an eine breitere Öffentlichkeit⁴⁶. In solchen beinahe schon propagandistischen Kontexten sind „immer die anderen die Vertragsbrecher“, wie Gregor Rohmann im Blick auf die mecklenburgisch-dänischen Auseinandersetzungen um die Erbfolge im Königreich Schweden formuliert⁴⁷.

⁴³ Vgl. oben S. 9 f.

⁴⁴ Vgl. Crispin, Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen.

⁴⁵ Vgl. Kubon, Vertrag von Sallinwerder und sein Bruch.

⁴⁶ Vgl. Moeglin, À propos des traités de Brétigny-Calais et de Troyes.

⁴⁷ Vgl. Rohmann, Vertragsbrecher sind immer die anderen.

Der taktische Einsatz von Vertragsbruchsvorwürfen ist aber auch im unmittelbaren Kontext von Verhandlungen zu beobachten, die auf eine Erneuerung der vertraglichen Bindungen abzielen⁴⁸. Angesichts der oben skizzierten publizistischen Verwendungsmöglichkeiten dienen entsprechende Vorwürfe in der Regel wahrscheinlich dazu, die jeweilige Verhandlungsposition vor den eigenen Unterstützern und Untertanen zu legitimieren und gegebenenfalls wohl auch die Gegenseite unter Druck zu setzen. Man wird aber ebenso fragen müssen, ob der gezielte Verweis auf vergangene Vertragsverletzungen nicht auch innerhalb des eigentlichen Verhandlungsprozesses eine wichtige Rolle spielt, insofern er die Forderung zusätzlicher Garantieklauseln gegen den erwarteten Vertragsbruch rechtfertigt. Über die Verantwortung für den Bruch des Vertrags läßt sich trefflich streiten; doch auch wenn die Erinnerung an frühere Vertragsverstöße zwischen den Parteien strittig sein mag, nimmt sie gleichwohl ein Stück weit der Unterstellung die Spitze, daß die jeweiligen Verhandlungspartner auch zukünftig gegen ihre Verpflichtung verstossen werden und daß der Einbau entsprechender Sicherungsmechanismen deshalb unerlässlich ist.

Die vorweggenommene Bearbeitung des erwarteten Vertragsbruchs, die sich in der Vereinbarung entsprechender Garantieklauseln äußert, bildet ein weiteres wichtiges Forschungsfeld für die Untersuchung spätmittelalterlicher diplomatischer Verbindlichkeit. Die Fallbeispiele, die in den Beiträgen dieses Bandes behandelt werden, bieten ein breites Spektrum einschlägiger Maßnahmen zur Absicherung von Verträgen. Genutzt wurden zum einen materielle Garantieklauseln, Pfand- und Bürgschaftsleistungen, wie sie etwa Anja Thaller am Beispiel der Verträge zwischen den Görzer Grafen und den Patriarchen von Aquileja beobachten kann.⁴⁹ Zum anderen kamen überall auch immaterielle Sicherungsinstrumente zum Einsatz: Verträge wurden beschworen, sie wurden als – bisweilen wechselseitige – Privilegien ausgefertigt; sie wurden besiegelt oder notariell beglaubigt und einer von Fall zu Fall unterschiedlich großen Öffentlichkeit präsentiert. Kurz: Sie wurden auf ähnliche Weise mit Rechtskraft ausgestattet wie privatrechtliche Geschäfte oder herrschaftliche Akte innerhalb des eigenen Untertanenverbands. Welch große Bedeutung die Zeitgenossen solchen Beglaubigungsvorgängen zumaßen, zeigt der Bericht über die – allerdings wohl nicht alltägliche – öffentliche Zerstörung

⁴⁸ Vgl. hierzu die Beiträge von *Wilangowski*, Perfekter Pakt; *Kypta*, Konkurrenzverbot und Kontorsverlegungen.

⁴⁹ Vgl. *Thaller*, *Advocati ecclesiae*; materielle Sicherheitsleistungen werden auch in anderen Beiträgen betrachtet, etwa bei *Rohmann*, Vertragsbrecher sind immer die anderen; *Kubon*, Vertrag von Sallinwerder und sein Bruch.

einer Vertragsurkunde im Rahmen einer polnischen Reichsversammlung, den Julia Burkhardt untersucht⁵⁰.

Sehr aufschlußreich für den prospektiven Umgang mit dem Problem des Vertragsbruchs sind diejenigen Vertragsklauseln, die gar nicht auf die Erzwingung vertragskonformen Verhaltens abzielen, sondern vielmehr die Auswirkungen der erwarteten Vertragsverletzungen einzuhegen suchen. In seiner umfassenden Analyse der aragonesisch-kastilischen und aragonesisch-französischen Vertragsschlüsse des Spätmittelalters stellt Stéphane Péquignot einschlägige Regelungen vor, deren Zielsetzung darin besteht, die Weitergeltung der Vertragsverhältnisse trotz punktueller Verstöße zu sichern⁵¹. Andere Vertragsbestimmungen, die die Möglichkeit des Vertragsbruchs im voraus reflektieren, sind auf den ersten Blick weniger interessant. Dies betrifft etwa bestimmte Klauseln, mit denen juristisch gebildete Notare und Ratgeber die römischrechtlichen Hintertüren zu verstopfen suchen, die der Gegenpartei die Nichterfüllung des Vertrags ermöglichen könnten. Bisweilen aber ist die Analyse der teils abstrus anmutenden Vorkehrungen gegen den erwarteten Vertragsbruch aufschlußreicher als die Analyse der materiellen Abmachungen.

Dies gilt etwa für den Vertrag von Valognes, den Johann ‚der Gute‘ von Frankreich und Karl ‚der Böse‘ von Navarra 1355 abschließen⁵². Dieser Vertrag regelt einige praktische Probleme, die sich aus einem vorherigen Vertrag ergeben haben; er legt darüber hinaus fest, daß Johann und Karl – der mit Johanns Tochter verheiratet ist – einander wie Vater und Sohn lieben sollen. Zum überwiegenden Teil aber besteht das Abkommen aus Sicherungsklauseln. Die vertragsschließenden Parteien beeiden nicht nur die getroffenen Abmachungen. Sie verpflichten auch ihre Untergebten, die Gegenseite von etwaigen Zu widerhandlungen in Kenntnis zu setzen⁵³. Sie verpflichten sich, keine päpstliche Dispens von den Vertragseiden anzustreben; sie verpflichten sich, eine gleichwohl erteilte Dispens nicht zu nutzen⁵⁴. Sie verpflichten die großen Lehensfürsten, die Agnaten der Herrscherdynastie, den navarresisch gesintneten Adel, die na-

⁵⁰ Vgl. Burkhardt, Zerstückeltes Versprechen.

⁵¹ Vgl. Péquignot, Fragiles traités, S. 96–98; ähnlich auch Thaller, *Advocati ecclésiae*, S. 253; Kolditz, *Fides Grecorum et Venetorum*, S. 210.

⁵² Edition des Vertrags von Valognes (10.09.1355) bei Secousse, *Recueil de pièces*, 582–596. Für eine umfassende Analyse des Vertrags und eine Neudeutung seiner Vorgeschiede – des Bruchs zwischen König Johann und den Évreux-Navarra – verweise ich auf das sechste Kapitel meiner demnächst veröffentlichten Habilitationsschrift: *Jostkleigrewe*, Monarchischer Staat.

⁵³ Vgl. Secousse, *Recueil de pièces*, 587, 589, §§ 9, 13.

⁵⁴ Ebd., 593, § 22: *Est accordé que Mons. le Roy & nous Roy de Navarre, renoncerons en faisant les seremens dessusdiz, à toutes dispensacions eues & à avoir sur*

mentlich genannten Räte und Amtsträger des Königs, ja sogar die Trésoriers de France, den Vertragsschluß ebenfalls zu beeiden. Und schließlich verpflichten sie den Kanzler des französischen Königs, den Vertrag binnen zweier Monate auch tatsächlich als Urkunde auszufertigen⁵⁵. Es wird niemanden verwundern, daß der solcherart geschlossene Vertrag kaum sechs Monate hält. Die gleichsam pathologische Wucherung der Garantieklauseln unterstreicht den vollständigen Zusammenbruch des Vertrauens nicht nur zwischen den vertragsschließenden Parteien, sondern auch in deren weiterer Umgebung: Im verzweifelten Versuch, die Verbindlichkeit des Vertrags zu sichern, tritt bereits die Unausweichlichkeit des Bruchs zutage.

* * *

Die Norm des „*pacta sunt servanda*“ und das Faktum ubiquitärer Vertragsverstöße, die Einforderung von Verbindlichkeit und die Möglichkeit zum Bruch des Vertrags konstituieren den Sinnhorizont diplomatischen Handelns. Vertragsschluß und Vertragsbruch spannen einen Handlungs- und Deutungsrahmen auf, innerhalb dessen vielfältige Formen des historiographischen, juristischen und praktisch-politischen Umgangs mit diplomatischer Verbindlichkeit zu beobachten sind. Eine adäquate historische Analyse muß beide Pole dieses Spannungsfeldes in den Blick nehmen. Der ausschließliche Rekurs auf die moralische Norm, daß Verträge einzuhalten seien, greift analytisch ebenso zu kurz wie die zynische Feststellung, daß Verträge in aller Regel gebrochen werden. Beide Standpunkte sind für sich genommen nicht falsch, doch tragen sie wenig zum historischen Erkenntnisgewinn bei. Die Analyse vormoderner Diplomatie muß beiden Aspekten Rechnung tragen. Genauer: Sie muß sich in das skizzierte Spannungsfeld hineinbegeben und untersuchen, wie die zeitgenössischen Akteure und Diskurse normative Ansprüche und politische Realitäten miteinander vermittelten, wie sie reduzierte Verbindlichkeitserwartungen normativ einzuholen suchten, wie sie den Rekurs auf die Norm als Waffe in der politischen Auseinandersetzung einsetzten und wie sie bei all dem immer wieder scheiterten. Die Beiträge des hier vorgelegten Bandes unterziehen sich dieser Aufgabe, die nicht nur ein vertieftes Verständnis mittelalterlicher Diplomatie verspricht, sondern darüber hinaus auch grundlegende Strukturen vormoderner Gesellschaften in den Blick zu nehmen erlaubt.

ce; & se octroïées estoient, que Mons. le Roy ne nous Roy de Navarre n'en userons, ne aucuns des autres qui feront les seremens dessusdiz.

⁵⁵ Ebd., 593, § 23.

V. Die Beiträge

Die hier versammelten Beiträge untersuchen die Praxis wie auch die historiographische und publizistische Beobachtung von Vertragsschluß und Vertragsbruch in intra- und interkulturellen Konstellationen. Sie beziehen dabei das gesamte Euromediterraneum in die Betrachtung ein. Eine erste Gruppe von Beiträgen nimmt die Vertragspraxis mittel- und westeuropäischer Souveräne – also gewissermaßen den Idealtypus vor-moderner Diplomatie – in den Blick. *Gesa Wilangowski* untersucht die lange Reihe der Vertragsschlüsse, die der französisch-habsburgische Konflikt um die burgundischen Niederlande hervorgebracht hat. *Jean-Marie Moeglin* analysiert die vertraglichen Versuche, den Hundertjährigen Krieg „endgültig“ beizulegen, und diskutiert die Ursachen des Scheiterns. *Stéphane Péquignot* bietet eine umfassende Aufarbeitung der „fragilen“ aragonesisch-kastilischen und aragonesisch-französischen Verträge.

Eine zweite Gruppe analysiert Beispiele von Vertragsschluß und Vertragsbruch im Mittelmeerraum. *Malika Dekkiche* Beitrag stellt gewissermaßen das Bindeglied zu den ersten drei Aufsätzen dar: Sie untersucht die Verträge der mamlukischen Sultane mit den mehr oder minder unabhängigen türkischen Herrschern von Karaman. Die beiden folgenden Aufsätze beschäftigen sich mit der historiographischen Beobachtung von Vertragsschluß und Vertragsbruch in interkulturellen Konstellationen. *David Crispin* bearbeitet die Darstellung von christlich-muslimischen Abkommen bei den Chronisten des 1. Kreuzzuges sowie bei Wilhelm von Tyrus. *Martin Marko Vučetić* analysiert die – gegensätzliche – Darstellung und Interpretation des byzantinisch-seldschukischen Abkommens, das Manuel Komnenos und Kılıç Arslan 1161 oder 1162 mittels eines Herrschertreffens bekräftigten, bei zwei Chronisten. *Sebastian Kolditz* betrachtet ebenfalls interkulturelle Beziehungen, wendet sich aber wieder der archivalisch dokumentierten Vertragspraxis zu: Anhand des Korpus' der byzantinisch-venezianischen Verträge des Spätmittelalters untersucht er das Widerspiel von Absicherung und Nichterfüllung vertraglicher Bestimmungen.

Ein dritter Block betrachtet inter- und intrakulturelle Vertragsbeziehungen im mittel-, ost- und nordeuropäischen Raum. Die ersten beiden Beiträge dieser Gruppe thematisieren dabei den Umgang mit Vertragsschluß und Vertragsbruch innerhalb von Herrschaftsverbänden. *Anja Thaller* analysiert die lange Reihe der Konflikte und Friedensschlüsse zwischen den Patriarchen von Aquileja und ihren Vögten, den Grafen von Görz. *Julia Burkhardt* untersucht den Umgang mit Verträgen, die die jagliellonischen Könige von Polen mit ihren Großen schlossen. Auf der Grundlage umfänglicher Archivrecherchen diskutiert *Sebastian Kubon*

die problematische Verbindlichkeit von Verträgen zwischen dem Deutschen Orden und dem litauischen Großfürsten Vytautas. *Gregor Rohmann* legt eine Neudeutung der als Vitalienbrüder bekannten ‚Gewaltdienstleister‘ vor: Während die ältere Forschung diese als arbeitslos gewordene Söldner gesehen hat, die sich nach ihrer Entlassung auf illegalen Seeraub verlegt hätten, deutet Rohmann deren weitere Tätigkeit als den Versuch einer anti-dänischen Koalition, bestimmte Bedingungen des Waffenstillstands von Lindholm zu umgehen, ohne sich dem Vorwurf des Vertragsbruchs auszusetzen. *Ulla Kyptas* Beitrag schließt den Kreis. Sie schlägt den Bogen zum westeuropäischen Raum zurück, indem sie die Verträge zwischen den niederdeutschen Hansestädten und den flämischen Behörden mit Gesellschaftsverträgen zwischen einzelnen Kaufleuten vergleicht und in beiden Fällen nach der Funktionalität des Vertragsbruchs fragt.

Quellen

Johann von Winterthur, Chronik (Chronica Iohannis Vitodurani), hrsg. v. Friedrich Baethgen (MGH SRG NS III), Berlin 1924.

Louis XIV, Mémoires, ed. v. Jean Lognon, Paris 2001.

Machiavelli, Niccolò, Il Principe, ed. v. Luigi Firpo, Turin 1961.

Matthias von Neuenburg, Chronik, hrsg. v. Adolf Hofmeister (MGH SRG NS IV), Berlin 1924/1940.

Nova Alamanniae. Urkunden, Briefe und andere Quellen besonders zur deutschen Geschichte des 14. Jahrhunderts, vornehmlich aus den Sammlungen des Trierer Notars und Offizials, Domdekans von Mainz Rudolf Losse aus Eisenach in der Ständischen Landesbibliothek zu Kassel und im Staatsarchiv zu Darmstadt, Bd. 1-2, hrsg. v. Edmund Ernst Stengel, Berlin/Hannover 1921.

Recueil de pièces servant de preuves aux mémoires sur les troubles excités en France par Charles II dit le mauvais, roi de Navarre et comte d'Évreux, hrsg. von Denis-François Secousse, Paris 1755.

Schwalm, Jakob, Reise nach Holland, Belgien, Nordfrankreich und dem Niederrhein im Sommer 1894. Reise nach Italien im Herbst 1894. Reise nach Italien im Herbst 1898. Mit Nachtrag Reise nach Oberitalien und Burgund im Herbst 1901 mit Beilagen, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, Bd. 23 (1898), 9–50.

Literatur

Althoff, Gerd, Die Macht der Rituale. Symbolik und Herrschaft im Mittelalter, Darmstadt 2003.

– Verwandte, Freunde und Getreue. Zum politischen Stellenwert der Gruppenbindungen im frühen Mittelalter, Darmstadt 1990.

Andretta, Stefano/Péquignot, Stéphane/Waquet, Jean-Claude (Hrsg.), De l'ambassadeurs. Les écrits relatifs à l'ambassadeur et à l'art de négocier du Moyen Âge au début du XIXe siècle, Rom 2015.

- u. a. (Hrsg.), *Paroles de négociateurs. L'entretien dans la pratique diplomatique de la fin du Moyen Âge à la fin du XIX siècle, Rom 2010.*

Bastian, Corina, Verhandeln in Briefen. Frauen in der höfischen Diplomatie des frühen 18. Jahrhunderts, Köln u. a. 2013.

Bautier, R.-H., Artikel „Athis sur Orge, Vertrag v“, in: LexMA I, Sp. 1167 f.

Bély, Lucien, Les relations internationales en Europe (xvii^e–xviii^e siècle), Paris 1992.

- Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV, Paris 1990.

Berg, Dieter, England und der Kontinent. Studien zur auswärtigen Politik der anglonormannischen Könige im 11. und 12. Jahrhundert, Bochum 1987.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt/Main 1966.

Brosius, Christiane/Michaels, Axel/Schrode, Paula (Hrsg.), Ritual und Ritualdynamik. Schlüsselbegriffe, Theorien, Diskussionen, Göttingen 2013.

Brunsson, Nils, The consequences of Decision-Making, Oxford 2007.

Burschel, Peter/Vogel, Christine (Hrsg.), Die Audienz. Ritualisierter Kulturkontakt in der frühen Neuzeit, Köln u. a. 2014.

Buschmann, Nikolaus/Borromäus Murr, Karl, „Treue“ als Forschungskonzept? Begriffliche und methodische Sondierungen, in: Treue. Politische Loyalität und militärische Gefolgschaft in der Moderne, hrsg. v. dens., Göttingen 2008, 11–35.

Cazelles, Raymond, La Société politique et la crise de la royauté sous Philippe de Valois, Paris 1958.

Dade, Eva K., Madame de Pompadour. Die Mätresse und die Diplomatie, Köln u. a. 2010.

Drews, Wolfram/Höfert, Almut/Gengnagel, Jörg, Sakralität und Sakralisierung in transkultureller Perspektive, in: Monarchische Herrschaftsformen der Vormoderne in transkultureller Perspektive, hrsg. v. Wolfram Drews/Antje Flüchter u. a., Berlin/Boston 2015, 175–238.

- Imperiale Herrschaft an der Peripherie? Hegemonialstreben und politische Konkurrenz zwischen christlichen und islamischen Herrschern im früh- und hochmittelalterlichen ‚Westen‘, in: Frühmittelalterliche Studien 46 (2012), 1–39.

van Eickels, Klaus, Gewalt und Intimität im Mittelalter: An den Grenzen des Erlaubten oder Grundlage sozialer Kohäsion?, in: Tabu. Über den gesellschaftlichen Umgang mit Ekel und Scham, hrsg. v. Anja Hesse, Berlin 2009, 33–56.

- Freundschaft im (spät)mittelalterlichen Europa: Traditionen, Befunde und Perspektiven, in: Freundschaft oder „amitié“? Ein politisch-soziales Konzept der Vormoderne im zwischensprachlichen Vergleich (15.–17. Jahrhundert), hrsg. v. Klaus Oschema, Berlin 2007, 23–34.

- Vom inszenierten Konsens zum systematisierten Konflikt. Die englisch-französischen Beziehungen und ihre Wahrnehmung an der Wende vom Hoch- zum Spätmittelalter, Stuttgart 2002.

Epp, Verena, Amicitia. Zur Geschichte personaler, sozialer, politischer und geistlicher Beziehungen im frühen Mittelalter, Stuttgart 1999.

Erkens, Franz-Reiner, Herrschersakralität im Mittelalter. Von den Anfängen bis zum Investiturstreit, Stuttgart 2006.

Ferrer i Mallol, Maria Teresa u. a. (Hrsg.), Negociar en la Edad Media/Négocier au Moyen Âge. Actas del coloquio celebrado en Barcelona los días 12, 13 y 14 Octubre del 2004, Paris 2005.

Frevert, Ute (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.

Garnier, Claudia, Amicus amicis, inimicus inimicis. Politische Freundschaft und fürstliche Netzwerke im 13. Jahrhundert, Stuttgart 2000.

Gellard, Matthieu, Une reine épistolaire. Lettres et pouvoir au temps de Catherine de Médicis, Paris 2015.

Giddens, Anthony, The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration, Cambridge 1984.

Haug, Tilman, Ungleiche Außenbeziehungen und grenzüberschreitende Patronage. Die französische Krone und die geistlichen Kurfürsten (1648–1679), Köln u. a. 2015.

Heckmann, Marie-Luise, Das Reichsvikariat Eduards III. von England „per Alemaniā et Galliā“ (1338–1341). Eine Neuinterpretation, in: Regionen Europas. Europa der Regionen. Festschrift für Kurt-Ulrich Jäschke zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Peter Thorauf/Sabine Penth/Rüdiger Fuchs, Köln/Weimar/Wien 2003, 167–188.

Helmke, Gretchen/*Levitsky*, Steven, Informal Institutions and Comparative Politics: A Research Agenda, in: Perspectives on Politics 2 (2004), 725–740.

Hennings, Jan, Russia and Courtly Europe. Ritual and the Culture of Diplomacy, 1648–1725, Cambridge 2016.

Höfert, Almut, Kaisertum und Kalifat. Der imperiale Monotheismus im Früh- und Hochmittelalter, Frankfurt/Main 2015.

von der Höh, Marc, Muslim Embassies in Renaissance Venice. The Framework of an Intercultural Dialogue, in: Cultural Brokers at Mediterranean Courts in the Middle Ages, hrsg. v. dems./Nikolas Jaspert/Jenny Rahel Oesterle, Paderborn 2013, 163–182.

Jepperson, Ronald L., Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism, Chicago 1991.

*Jostkleigrew*e, Georg, Monarchischer Staat und ‚Société politique‘. Politische Interaktion und staatliche Verdichtung im spätmittelalterlichen Frankreich [Habilitationsschrift Münster 2015].

- Terra – populus – rex: La communauté du royaume vue de dehors. Regards allemands sur la France et les Français, in: *Communitas regni: la „communauté du royaume“ (Angleterre, Écosse, France, Empire, Scandinavie), de la fin du X^e siècle au début du XIV^e siècle. Théories et pratiques*, hrsg. v. Dominique Barthélémy/Isabelle Guyot-Bachy/Frédérique Lachaud/Jean-Marie Moeglin [im Druck].
- Les „cultures de la décision“ dans l'espace bourguignon. Le sujet et son étude: Introduction méthodologique, in: *Les Cultures de la décision dans l'espace bourguignon. Acteurs, conflits, représentations*, hrsg. v. Alain Marchandisse/Gilles Docquier/Nils Bock, Neuchâtel 2017, S. 11–25.
- „Rex imperator in regno suo“ – an ideology of Frenchness? Late medieval France, its political élite, and juridical discourse, in: *Imagined Communities: Constructing Collective Identities in Medieval Europe*, hrsg. v. Andrzej Pleszczyński [im Druck].
- Ritual – Kultur – Grenze. Kulturelle Differenz und grenzüberschreitender Ritualgebrauch, in: *Grenzen des Rituals. Wirkreichweiten – Geltungsbereiche – Forschungsperspektiven*, hrsg. v. Andreas Büttner/Andreas Schmidt/Paul Töbelmann, Köln/Weimar/Wien 2014, 109–124.
- Expansion – Macht – Legitimität. Diplomatie und grenzüberschreitende Kommunikation zwischen ‚staatlichen‘ und ‚nicht-staatlichen‘ Akteuren, in: *Europas Aufstieg. Eine Spurensuche im späten Mittelalter*, hrsg. v. Thomas Ertl, Wien 2013, 63–83.

Kintzinger, Martin, Thinking International Law in Late Medieval Europe, in: Universality and Continuity in International Law, hrsg. v. Thilo Marauhn/Heinhard Steiger, Den Haag 2011, 311–322.

- Europäische Diplomatie avant la lettre? Außenpolitik und internationale Beziehungen im Mittelalter, in: *Aufbruch im Mittelalter – Innovationen in Gesellschaften der Vormoderne. Studien zu Ehren von Rainer C. Schwinges*, hrsg. v. Christian Hesse/Klaus Oschema, Ostfildern 2010, 245–268.
- Westbindungen im spätmittelalterlichen Europa. Auswärtige Politik zwischen dem Reich, Frankreich, Burgund und England in der Regierungszeit Kaiser Sigismunds, Stuttgart 2000.

Köhler, Matthias, Strategie und Symbolik. Verhandeln auf dem Kongress von Nimwegen, Köln u. a. 2011.

Körntgen, Ludger, Möglichkeiten und Grenzen religiöser Herrschaftslegitimation. Zu den Dynastiewechseln 751 und 918/919, in: *Der frühmittelalterliche Staat – europäische Perspektiven*, hrsg. v. Walter Pohl/Veronika Wieser, Wien 2009, 369–389.

- „Sakrales Königtum“ und „Entsakralisierung“ in der Polemik um Heinrich IV., in: *Heinrich IV.*, hrsg. v. Gerd Althoff (Vorträge und Forschungen, 69), Ostfildern 2009, 127–160.

- Königsherrschaft und Gottes Gnade. Zu Kontext und Funktion sakraler Vorstellungen in Historiographie und Bildzeugnissen der ottonisch-frühsalischen Zeit, Berlin 2001.

Koziol, Geoffrey, Begging Pardon and Favor. Ritual and Political Order in Early Medieval France, Ithaca (NY) 1992.

Kypta, Ulla, Von Brügge nach Antwerpen. Institutionen statt Organisationen, in: Hansischer Handel im Strukturwandel vom 15. zum 16. Jahrhundert, hrsg. v. Rolf Hammel-Kiesow/Stephan Selzer, Trier 2016, 161–181.

- Die Autonomie der Routine. Wie im 12. Jahrhundert das englische Schatzamt entstand, Göttingen 2014.

Lazzarini, Isabella, I circuiti mercantili della diplomazia italiana nel Quattrocento, in: Il governo dell'economia. Italia e Penisola Iberica nel basso Medioevo, hrsg. v. Lorenzo Tanzini/Sergio Tognetti, Rom 2014, 155–177.

Lepsius, Susanne/*Reichlin*, Susanne (Hrsg.), Fides/Triuwe (Das Mittelalter, 20/2), Berlin u. a. 2015.

Lévy, Fabien, La monarchie et la commune. Les relations entre Gênes et la France. 1396–1512, Rom 2014.

Luhmann, Niklas, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1984.

May, Niels F., Zwischen fürstlicher Repräsentation und adliger Statuspolitik. Das Kongresszeremoniell bei den westfälischen Friedensverhandlungen, Ostfildern 2016.

Meyer, John W./*Rowan*, Brian, Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: American Journal of Sociology, Bd. 83/2 (1977), 340–363.

Moeglin, Jean-Marie/*Péquignot*, Stéphane, Diplomatie et „relations internationales“ au Moyen Âge (ix^e–xv^e siècle), Paris 2017.

- La Gallia entre la Francia et la Germania au cours des derniers siècles du Moyen Âge, in: Relations, échanges, transferts en Occident au cours des derniers siècles du Moyen Âge. Hommage à Werner Paravicini, hrsg. v. Bernard Guénée/Jean-Marie Moeglin, Paris 2010, 37–48.
- Kaisertum und allerchristlicher König. 1214 bis 1500 (Deutsch-Französische Geschichte), Darmstadt 2010.

Oesterle, Jenny R., Kalifat und Königtum. Herrschaftsrepräsentation der Fatimiden, Ottonen und frühen Salier an religiösen Hochfesten, Darmstadt 2009.

Oschema, Klaus/Hillard von Thiessen, Freundschaft, Fürsten, Patronage. Personale Beziehungsmuster und die Organisation des Friedens im Ancien Régime, in: Jahrbuch für europäische Geschichte 12 (2011), 23–52.

- Freundschaft und Nähe im spätmittelalterlichen Burgund. Studien zum Spannungsfeld von Emotion und Institution, Köln 2006.

- Freundschaft oder „amitié“? Ein politisch-soziales Konzept der Vormoderne im zwischensprachlichen Vergleich (15.–17. Jahrhundert) (*Zeitschrift für historische Forschung*, Beiheft/40), Berlin 2007.
- Péquignot*, Stéphane, *Au nom du roi. Pratique diplomatique et pouvoir durant le règne de Jacques II d’Aragon (1291–1327)*, Paris 2004.
- Pohlig*, Matthias, *Marlboroughs Geheimnis. Strukturen und Funktionen der Informationsgewinnung im Spanischen Erbfolgekrieg*, Köln u. a. 2016.
- Rehberg*, Karl-Siegbert, *Institutionelle Analyse und historische Komparatistik*, in: *Dimensionen institutioneller Macht. Fallstudien von der Antike bis zur Gegenwart*, hrsg. v. dems./Gert Melville, Köln u. a. 2012, 417–443.
- Reitemeier*, Arnd, *Außenpolitik im Spätmittelalter. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Reich und England 1377–1422*, Paderborn 1999.
- Schley*, Daniel, *Herrschersakralität im mittelalterlichen Japan. Eine Untersuchung der politisch-religiösen Vorstellungswelt des 13.–14. Jahrhunderts*, Münsster 2014.
- Schnakenbourg*, Éric, *Entre la guerre et la paix. Neutralité et relations internationales, XVII^e–XVIII^e siècles*, Rennes 2013.
- Schnell*, Rüdiger, *Deutsche Literatur und deutsches Nationsbewußtsein im Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, in: *Ansätze und Diskontinuität deutscher Nationalitätsbildung im Mittelalter*, hrsg. v. Joachim Ehlers, Sigmaringen 1989, 247–319.
- Schusterová*, Magda, *Der Friedensvertrag Georgs von Podiebrad vor dem Hintergrund der spätmittelalterlichen Vertragspraxis*, Göttingen 2016.
- Schwedler*, Gerald, *Herrschertreffen des Spätmittelalters. Formen – Rituale – Wirkungen*, Ostfildern 2008.
- Scott*, W. Richard, *Institutions and Organizations. Ideas and Interest*, Los Angeles 2014.
- Sieber-Lehmann*, Claudio, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, Göttingen 1995.
- Sonntag*, Jörg/*Zermatten*, Coralie (Hrsg.), *Loyalty in the Middle Ages. Ideal and Practice of a cross-social value. Essays in honour of Gert Melville*, Turnhout 2015.
- Spiller*, Miriam, *Spurenrecherche. Zeitgenössische Diskurse und Diskutanten über Probleme in der Reichspolitik des deutschen Spätmittelalters*. [Phil.-Diss. Gießen 2004] (<http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2006/2701/pdf/SpillerMiriam-2004-06-28.pdf>, letzter Zugriff am 02.08.2017).
- Sprandel*, Rolf, *Frankreich im Spiegel der spätmittelalterlichen Historiographie Deutschlands*, in: *Kultureller Austausch und Literaturgeschichte im Mittelalter/Transferts culturels et histoire littéraire au moyen âge*. Colloque tenu à l’Institut Historique Allemand de Paris 16.–18. mars 1995, hrsg. v. Ingrid Karsten/Werner Paravicini/René Pérennec, Sigmaringen 1998, 35–45.
- Stollberg-Rilinger*, Barbara, *Cultures of Decision-Making*, Londres 2016.

Stollberg-Rilinger, Barbara/Neu, Tim/Brauner, Christina (Hrsg.), Alles nur symbolisch? Bilanz und Perspektiven der Erforschung symbolischer Kommunikation, Köln 2013.

- Einführung, in: *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, hrsg. v. ders. (= Zeitschrift für Historische Forschung. Beihefte 35), Berlin 2005, 9–24.

Thier, Andreas, Von der gehaltenen und der gebrochenen fides. Zur fides in den Vertragsrechtskonzeptionen der Kanonisten seit dem 12. Jahrhundert, in: *Fides/Triewe* (Das Mittelalter, 20/2), hrsg. v. Susanne Lepsius/Susanne Reichlin, Berlin u. a. 2015, 327–343.

von Thiessen, Hillard, Diplomatie und Patronage. Die spanisch-römischen Beziehungen 1605–1621 in akteurszentrierter Perspektive, Köln u. a., 2010.

von Thiessen, Hillard/Windler, Christian (Hrsg.), Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel, Köln/Weimar 2010.

Thomas, Heinz, Ludwig der Bayer (1282–1347). Kaiser und Ketzer, Graz 1993.

- Nationale Elemente in der ritterlichen Welt des Mittelalters, in: *Ansätze und Diskontinuität deutscher Nationsbildung im Mittelalter*, hrsg. v. Joachim Ehlers, Sigmaringen 1989, 345–376.

Trautz, Fritz, Die Könige von England und das Reich. 1272–1377, Heidelberg 1961.

Wefers, Sabine, Versuch über die ‚Außenpolitik des spätmittelalterlichen Reiches‘, in: *ZHF* 22 (1995), 291–316.

Zunckel, Julia, Diplomatische Geschäftsleute – geschäftstüchtige „Diplomaten“: Akteure der genuesischen Außenbeziehungen in der Frühen Neuzeit zwischen Wirtschaft und Politik, in: *Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität*, hrsg. v. Hillard v. Thiessen/Christian Windler, Köln/Weimar, 2010, 31–44.

**Idealtypische Diplomatie?
Vertragsschluß und Vertragsbruch zwischen
spätmittelalterlichen europäischen Souveränen**

Perfekter Pakt? Herausforderungen der Diplomatie zur Zeit Maximilians I.

Von Gesa Wilangowski

„Jedem ist klar, daß es lobenswürdig ist, wenn ein Fürst sein Wort hält und mit Rechtschaffenheit und ohne Hinterlist seinen Weg geht. Allein die Erfahrung unserer Tage lehrt, daß bloß jene Fürsten mächtig geworden sind, die es mit Treu und Glauben leicht nahmen [...].“

Ein kluger Fürst darf daher sein Versprechen nie halten, wenn es ihm schädlich ist oder die Umstände, unter denen er es gegeben hat, sich geändert haben. [...] Es wird ihm auch nie ein Vorwand fehlen, den Bruch desselben zu beschönigen. Tausend neuere Beispiele könnte ich anführen, um zu zeigen, welche Menge von Friedensschlüssen, von Zusicherungen und Verträgen durch wortbrüchige Fürsten null und nichtig geworden sind [...].“¹

Machiavellis pragmatische Rechtfertigung des Wortbruchs ist heute sicher ein viel zitiertes Passus. Wie Machiavelli reflektierten auch die frühen Völkerrechtstheoretiker im 16. Jahrhundert zunehmend den Vertragsbruch. Kernbestand der frühneuzeitlichen Vertragstheorien² war immer auch die fragliche Wirksamkeit eines Vertrages unter gewandelten Bedingungen. Möglichkeiten der legitimen Vertragsaufhebung greifen ideengeschichtlich bekanntlich weiter zurück und sind dabei untrennbar verwoben mit dem kanonisch-rechtlichen Konzept des *bellum iustum*,³ welches den Krieg zum Zweck der Selbstverteidigung und damit implizit auch den Bruch eines vertraglich vereinbarten Friedens

¹ Machiavelli, Politische Schriften, 97.

² Vgl. insgesamt und für den Forschungsstand den Sammelband von Lesaffer (Hrsg.), Peace treaties and international law. Künftig ausführlich dazu: Wilangowski, Frieden schreiben. Zu den Grundlagen frühneuzeitlicher Vertragstheorie; *Tutori*, Reception of ancient international law, 1012–1033.

³ Zur Reflexion des Vertragsbruches in den theoretischen Einschätzungen des 16.–17. Jahrhunderts vgl. Klesmann, Friedensvertrag als Kriegsgrund, Abschn. 111ff. Zum *bellum iustum* im Mittelalter Kintzinger, Bellum iustum, 3–30. Die päpstliche Erzwingungsgewalt von Verträgen betonte im 15. Jahrhundert Martinus Garatus und band diese zurück an die pontifikale Aufgabe der Friedensstiftung zwischen den Souveränen. Dazu Kleinschmidt, Völkerrecht, 107f. Speziell zur theoretischen Legitimation des Eidbruches vgl. Nussbaum, Forms and observance of treaties, 192f.

oder Waffenstillstandes rechtfertigte. Der in der Antike verwurzelte Grundsatz *pacta sunt servanda* konnte durch derartige Konstruktionen in der Praxis des tagespolitischen Diskurses konterkariert werden.⁴ Der Vorwurf des Vertragsbruchs und die Notwendigkeit der Selbstverteidigung zählen zu den prägenden Elementen frühneuzeitlicher Kriegsbegründungen⁵ und finden sich als argumentative und handlungspraktische Grundlagen bereits im Zusammenhang spätmittelalterlicher Vertragsbruchsdiskurse. Letztlich ging es immer darum, den Ursprung der Vertragsverletzung der Gegenseite zuzuschreiben oder im Nachhinein die Ungültigkeit eines Vertrages herzuleiten. Geht man von dem Anspruch aus, den der französische Kanzler Guillaume Cousinot⁶ formulierte: „*Il fault que ledict traictie soit parfaict d'un part d'autre sans ce quil claudique deca et dela*“,⁷ liegt die Problematik auf der Hand. Welcher Vertrag ist schon dauerhaft für beide Parteien akzeptabel, wenn sich dessen Abschluss doch meist als diplomatischer Drahtseilakt darstellte?

In den Kontakten zwischen Frankreich und römisch-deutschem Reich der Regierungszeit Maximilians I. werden zahlreiche Vertragsschlüsse – und eben Vertragsbrüche – zum Ausdruck beständiger Uneinigkeit.⁸ Im Streit um das territoriale Erbe Karls des Kühnen von Burgund,⁹ welches Maximilian nach seiner Eheschließung mit der Erbtochter Maria beanspruchte, stützte man sich auf alte Verträge und schloss neue. Einigkeit bestand nie dauerhaft: Die burgundischen Gebiete blieben krisenbehaftet, Eheverträge zwischen den Häusern Habsburg und Valois wurden zweimal geschlossen und gelöst, parallel dazu entwickelte sich Italien seit 1494/5 zum weiteren Konfliktherd der beiden Mächte.¹⁰ Da mag Machiavelli als Zeitgenosse zu seinen „tausend neuere[n] Beispiele[n]“ durchaus auch deutsch-französische Vertragsbrüche subsumiert haben, denn der eingangs zitierte Rat an den Fürsten aus dem Jahr 1513 resul-

⁴ Zur Durchsetzung dieses Prinzips im Spannungsfeld von kanonistischer Doktrin und römischem Recht seit dem 12. Jahrhundert ausführlich *Landau*, *Pacta sunt servanda*, 457–474.

⁵ Eine Vorstellung der „Gattung“ Kriegsbegründung liefert ausführlich *Tischer*, Kriegsbegründungen, insbes. 146.

⁶ Autor des berühmten: „*Pour ce que plusieurs*“. Dazu *Taylor* (Hrsg.), Debating the Hundred Years War, 5–12.

⁷ Cousinots Memorandum entstand im Zuge der Erbschaftsstreitigkeiten um Burgund. BNF, MS fr. 5042, fol. 150r.

⁸ Dazu künftig ausführlich: *Wilangowski*, Frieden schreiben.

⁹ Zur Vorgeschichte vgl. *Ehm*, Burgund und das Reich.

¹⁰ Literatur in Auswahl: *Noflatscher*, Der Fall „Burgund-Österreich“, 721–743. *Kamp*, Burgund. *Mallet/Shaw*, The Italian Wars 1494–1559.

tierte eben aus einer etablierten Praxis.¹¹ Welcher Darstellungs- und Rechtfertigungsmuster bedurfte es also, um vermeintlich sichere Abkommen auszuhebeln? Vor wem musste sich ein Herrscher im Falle einer Vertragsverletzung rechtfertigen und in welchen Diskursen, über welche Kanäle und von welchen Personengruppen wurden Vertragsbrüche reflektiert und beklagt?

Ich nähre mich diesem Fragenkomplex in zwei Schritten: Erstens war der Bruch eines Abkommens immer auch Ausgangspunkt neuer Konsensfindung. Verträge und Vertragsbrüche wurden zur argumentativen Grundlage diplomatischer Einigungsversuche und zum Leitfaden der Unterhändler, wie im Folgenden zu zeigen ist. Zweitens fand die Aufkündigung schriftlicher Übereinkünfte nicht im Schutzraum bilateraler Verhandlungen statt. Der Bruch des Vertrages musste vor einer größeren, europäischen Öffentlichkeit¹² verbreitet und vor potentiellen Bündnispartnern gerechtfertigt werden.

I. Bilaterale Diplomatie im Vorfeld neuer Einigungen

Jean D'Auffay¹³, ein ehemaliger Jurist des Parlaments von Mechlen sowie Berater der burgundischen Erbtochter Maria und ihres Gatten Maximilian, verfasste zwischen 1477 und 1479 einen Traktat zur Klärung der strittigen Erbschaftsansprüche und entwarf damit auch den argumentativen Leitfaden für weitere diesbezügliche Verhandlungen und Instruktionen der kommenden Jahre. Grundlage seiner Ausarbeitungen waren investigative Analysen von Registereinträgen, Briefen und Urkunden¹⁴ mit denen er die Rechte des Herzogpaars auf die Verträge von Arras (1435),¹⁵ Conflans (1465) und Péronne (1468) zurückführte. Die bestehende Gültigkeit dieser Abkommen galt es zu stärken. Einst hatten die Verträge der Macht- und Gebietsakkumulation der burgundischen Herzöge gedient und stellten jetzt, einzeln minutiös rezipiert, noch immer das schriftliche Fundament der Besitzansprüche ihrer Erben dar.

¹¹ Zu Machiavellis Kontakt mit Maximilian und dem Reich vgl. Rösemeier, Machiavellis erste Legation, 22.

¹² Tischer, Kriegsbegründungen, 79–89.

¹³ Zur Person D'Auffays und der schriftlich-diskursiven Manifestation des Burgundkonfliktes: Daly, Jean d'Auffay, 603–618. Dies., French pretensions to Valois Burgundy, 9–22.

¹⁴ BNF, MS fr. 18730, fol. 1r.

¹⁵ Zur großen Friedenskonferenz von Arras 1435 vgl. Müller, Le congrès d'Arras, 109–130. Zum Vertrag und dessen Umsetzung: Spitzbarth, L'application du traité d'Arras, 50–56, im Anhang findet sich ediert die Rede des Richard Olivier, der als Gesandter Karls VII. seine Beschwerde vor Philipp dem Guten vorbrachte.

Mit dem Vertrag von Péronne¹⁶ waren 1468 faktisch der französische Teil Flanderns aus dem Rechtsbereich des Pariser Parlements herausgelöst¹⁷ und die Gebietsabtretungen der vorherigen Abkommen von Arras und Conflans bestätigt worden. Karl der Kühne habe damals, so d'Auffays Darstellung, eigens Unterhändler zum König geschickt, um dessen Zustimmung und später die ordnungsgemäße Ratifikation des Vertrages zu gewährleisten. Mit dem Einverständnis des königlichen *procureur* wurde dann tatsächlich die Bestätigung der alten Verträge ausgestellt. Es fand zudem die übliche Registrierung der Urkunde bei allen notwendigen Institutionen, dem *parlement de Paris*, der *chambre des comptes*, der *chambre du tresor* und im *grand conseil*, statt. Umfangreichere Absicherungen hätte man sich nicht vorstellen können, resümierte d'Auffay seine Ausführungen und akzentuierte damit zugleich tragenden Elemente eines seiner Wahrnehmung nach „perfekten Paktes“.¹⁸

Praktische Verwendung fanden die eben geschilderten, aus einem umfassenden Mémoire stammenden Gedanken d'Auffays in den Instruktionen¹⁹ zu burgundisch-französischen Ausgleichsverhandlungen der kommenden Jahre bis zum Vertragsschluss von Arras 1482. D'Auffay selbst trat dabei als Unterhändler in Aktion.²⁰ Der dialogischen Struktur von Instruktionen²¹ entsprechend, sind die drei Verträge (Arras, Conflans, Péronne) argumentativ in ein Wenn-Dann-Muster integriert. Eine mögliche Unterstellung der Gegenseite, dass die Abkommen und daraus resultierende Ansprüche auf burgundischer Zwangsausübung beruhten, solle bei den Verhandlungen unbedingt abgewiesen werden. Der Herzog von Burgund sei schließlich nie mächtig genug gewesen, um den König zu einem Vertragsschluss nötigen zu können. Sollte ein solcher Vorwurf dennoch erhoben werden, waren die Diplomaten instruiert, mit dem entsprechenden schriftlichen Gegenbeweis zu argumentieren: Der König habe die potentiell umstrittenen Verträge beschworen, bestätigt und ratifi-

¹⁶ Cauchies, Louis XI et Charles le Hardi, 5–33.

¹⁷ So der entsprechende Artikel des Vertrages. „[...] que selon le droit du País de Flandres, la Cour de Parlement ne doit avoir aucunes appellations [...] car le ressort doit premier appartenir à mondit Sieur [Karl der Kühne]“. Du Mont (Hrsg.), Corps universel, 3,1, 399.

¹⁸ BNF, MS fr. 18730, fol. 67r.

¹⁹ Hier speziell in der Instruktion Marias von Burgund für Verhandlungen mit Unterhändlern Ludwigs im Oktober 1480. ADN, B 343, 17732.

²⁰ Ebd. Fol. 2r. Jean d'Auffay, Jacques von Savoyen (Romont), Gofwin Hardinc, Ferry de Cluny, Jean de la Bouverie, Jean de Chalon (Orange), Philippe I. de Croÿ, comte de Chimay, Jean de Dedizelle, Guy de Rochefort und Gerard Numan.

²¹ Zur Textsorte der Instruktionen und ihrer Bedeutung in diplomatischen Kontexten vgl. künftig Péquignot, Documents de la pratique. Für die deutschsprachige Forschung Hipfinger/Löffler/Niederkorn (Hrsg.), Ordnung durch Tinte und Feder.

ziert unter Zeugenschaft der *princes du sang*.²² Die Gesandten konnten sich hier also ganz auf die vorherigen Recherchen d'Auffays stützen. Interpretationen und Auslegungen der strittigen Sachverhalte erfolgten nicht situativ vor Ort, sondern wurden im Verhandlungskontext instruktionsgetreu vorgebracht. Eine solche, antizipierende Vorbereitung erforderte logischerweise gewisse Vorinformationen. Man konnte als bekannt annehmen, dass die französische Partei auf Vertragsbruch plädieren, die vermeintlich unerschütterlichen Pakte argumentativ aushebeln und Begründungen für deren legitime Auflösung finden würde. Der genaue Informationsfluss lässt sich zwar nicht rekonstruieren, den Hintergrund entsprechender burgundisch-habsburgischer Erwartungen stellte aber sicher der Prozess *post mortem* gegen die als Majestätsverbrechen eingestuften Aktionen Karls des Kühnen dar.²³ Fest steht auch, wer der Urheber der französischen Gegenargumentation war: Mit dem Kanzler d'Orolie hatte Ludwig XI. einen erfahrenen Akteur engagiert. Bereits zur Zeit Karls des Kühnen agierte dieser als Protagonist französisch-burgundischer Vertragsschlüsse²⁴ und betrieb nun deren Auflösung – wobei seine eigenen Ausführungen faktisch das Gegenstück zu Jean d'Auffays Mémoire darstellten.

Die schärfste Kritik zielte auf den Vertrag von Péronne und setzte bereits bei den Umständen der Aushandlung an. D'Orolie zitierte als Beweis burgundischer Zwangsausübung ein Schreiben, mit dem König Ludwig einst zu Friedensgesprächen nach Péronne geladen worden war. Die eigenhändige Unterschrift des Herzogs garantierte ihm Sicherheit bei den Verhandlungen,²⁵ welche letztlich aber doch mit der Gefangenennahme des Königs endeten. Seine Freilassung habe er nur durch einen für ihn ungünstigen Vertragsabschluss erreichen können.²⁶ Das Argument des Zwangs, *contrainte*,²⁷ stellte sich hier ganz konkret dar, blieb

²² ADN, B 343, 17732, fol. 6v-7r, § 40.

²³ Zum Prozess gegen Karl den Kühnen vgl. künftig *Blanchard, Pouvoir, péril, Péronne*. Ich beziehe mich im Folgenden und in Absprache mit Herrn Blanchard auf die Vorabversion, welche unter dem Titel: „Du nouveau sur Péronne: l'histoire revisitée par minutes et procès“ online zur Verfügung steht: <http://lamop.univ-paris1.fr/IMG/pdf/blanchard.pdf> (Abgerufen am 03.03.2015).

²⁴ Ebd. Blanchard bietet eine vorläufige Edition des Textes BNF, MS fr. 5042. Ich verwende im Folgenden das Original.

²⁵ [...] une cedulle toute escripte et signee de sa main, laquelle il envoya au roy [...]. BNF, MS fr. 5042, fol. 74r.

²⁶ *Cauchies*, Louis XI et Charles le Hardi, 5–33.

²⁷ BNF, MS fr. 5042, fol. 70r. Dazu *Blanchard, Péronne*, s. p. Auch im Zusammenhang mit der Widerlegung des Vertrages von Troyes auf der Friedenskonferenz in Arras 1435 findet sich dieses Argument im Hinblick auf den unliebsamen Vertragsschluss des geistig kranken Karl VI. „[...] Rex Karolus tempore quo dicte

aber nicht der einzige Schwachpunkt des Abkommens. Denn, so behauptete es zumindest die französische Seite, der König war gar nicht über alle Vertragsdetails informiert, als er die Urkunde, freilich allein zum Zweck der Friedenswahrung, ratifizierte.²⁸ Spätere Bestätigungen entlarvte d’Oriole als offensichtliche Fälschungen, die zwar mit dem königlichen Siegel versehen, aber offensichtlich von jemand anderem unterschrieben und umdatiert worden waren.²⁹ Vertragsgarantien, welche von burgundischer Seite als Gültigkeitsbeweis angeführt wurden, standen also letztlich in keinem Bezug zum eigentlichen Vertragstext. Ein gegen den König gerichteter Vorwurf des Eidbruches konnte bei derartigen Formfehlern als unhaltbar gelten, denn nicht nur der König, sondern auch das *parlement de Paris* hätte den Vertrag von Péronne allein aus Zwang und unter Protest des *procureur générale* und weiterer Juristen bestätigt. D’Oriole war sicher, „que la court de Parlement n’eust jamais receu ne publié ung si faulx, mauways et inique tracté que celuy de Peronne“³⁰.

Offensichtlich hatte bereits Karl der Kühne das Problem erkannt, dass er durch die erwähnten Repressionen einen möglicherweise nicht legitimen Vertrag abgeschlossen hatte und aus diesem Grund nachträglich zahlreiche Bestätigungen eingefordert – jene eben, die jetzt von Jean d’Auffay als Beweis für dessen Geltungskraft herangezogen werden konnten. Auch wenn schriftliche Bestätigungen des Vertragsschlusses angezweifelt werden konnten und ihre Verbindlichkeit offensichtlich dekonstruierbar war, so besaßen sie aber doch einen ganz praktischen Nutzen: Einmal registrierte Urkunden bleiben dauerhaft nutzbar.

Der Klagenkatalog d’Orioles zielte argumentativ aber noch auf eine weitere Ebene. Auch wenn der Vertrag von Péronne aus französischer Perspektive als aufgezwungen und damit ungültig zu betrachten war,

convenciones facte fuerunt non erat in potestate sua, sed in potestate ipsius Regis H. & sic non voluntarie sed metu pocius facte censentur [...]“. Der Vertrag beruhe damit nicht auf Freiwilligkeit. Aus dem Gutachten des Ludovico de Garsiis gedruckt bei *Plancher*, Bourgogne, Bd. 4, Preuves, S. Clii. Unter den Theologen der Frühen Neuzeit war das Argument des Zwangs und die daraus resultierende Nichtigkeit eines Vertrages durchaus umstritten. Vgl. dazu Decock, Katholische Moraltheologie und Vertragsrecht, 21f. Nussbaum, Forms and observance of treaties, 194.

²⁸ „[L]e roy acorda onques les articles dudit tracté, ne luy furent bien noteez et ne savoit qu’ilz contenoient, mays seulement dist qu’il passa et accordoit toutes les choses que ses gens et ceulx dudit Charles de Bourgongne [...] feroyent ensemble, par quoy l’on ne porroit dire qu’il eust donné consentement a chose que onques il ne sceust ne ne entendit [...]. BNF, MS fr. 5042, fol. 75v.

²⁹ BNF, MS fr. 5042, fol. 75.

³⁰ BNF, MS fr. 5042, fol. 77v.

konnte man ihn gleichwohl dazu nutzen, der Gegenseite Vertragsbruch vorzuwerfen: Karl der Kühne habe dem französischen König den Vertrag von Péronne zuerst hinterlistig aufgezwungen und sich anschließend nicht einmal selbst an die Vertragsbestimmungen gehalten! So habe er sich der vereinbarten Restitutionen gewaltsam bemächtigt und sei darüber hinaus Allianzen mit den Engländern, mit offenen Feinden des Königs also, eingegangen.³¹ Die Einheit des Königreiches sei damit erschüttert worden.³² Karl hatte folglich nicht nur den Frieden, das übergeordnete Vertragsziel, gefährdet, sondern zugleich auch gegen den Text des Vertrages gehandelt, der Bündnisse mit dem englischen König ausschloss.³³ Die Verantwortung für die Hinfälligkeit des Vertrages lag damit gleich in mehrfacher Weise beim burgundischen Herzog.³⁴

In den Ausführungen d’Orioles werden die verschiedenen Möglichkeiten deutlich, die Gültigkeit eines Vertragsschlusses bzw. seine fortlaufende Wirksamkeit in Frage zu stellen. Sie bilden damit zugleich das argumentative Rüstzeug für neue Verhandlungen: Erfolgte ein Vertragsschluss unter Zwang – *contrainte* – war dies als Verstoß gegen das Konsensprinzip zu werten.³⁵ Der Vertrag musste nicht gehalten werden und verlor seine Gültigkeit. Trotzdem blieb es zur Rechtfertigung der eigenen Handlungen wichtig, den Vertragsbruch an einem Verstoß der Gegenseite festzumachen. Wie die Gesamtschau der Diskurse zwischen 1477 und 1508 zeigt, waren militärische Angriffe dabei gewichtiger als der Verstoß oder die Nichterfüllung einzelner Artikel.³⁶ Der Grund dafür mag ein ganz prak-

³¹ BNF, MS fr. 5042, fol. 79r–81r. Mit der Erhebung dieses Vorwurfs griff d’Oriole ein gängiges Argument auf, welches schon im Nachgang des Vertrages von Arras 1435 Verwendung fand. „[...] ne seroit pas juste de faire paix, tresves, ou autre pactions et appoinctemens avec les ennemys publics [...] sans l’autorité du roy [...]“, klagte Richard Olivier in seiner Rede vor Philipp dem Guten, ediert bei *Spitzbarth, Vassalité*, 69.

³² BNF, MS fr. 5042, fol. 75r.

³³ Vgl. den Vertragstext von Péronne, gedruckt bei *Du Mont* (Hrsg.), *Corps universel*, 3,1, 397.

³⁴ Der Gedanke, dass auch ein beschworener Vertrag nach dem begangenen Bruch der Gegenpartei nicht gehalten werden muss, findet sich schon im Gutachten des Ludovico de Garsii. *Plancher, Bourgogne*, CLII. Dort heißt es, Pflichten gegenüber der französischen Krone und dem *bien publice* stehen vor Vertragspflichten. Dieser Argumentationsstrang prägt nicht nur die Friedensdiskurse im Umfeld des Vertrages und Kongresses von Arras (1435), er wird auch in späteren Konflikten zwischen Maximilian I. und den französischen Königen tragend. Zu den Debatten 1435 vgl. exemplarisch die Ausführungen des burgundischen Kanzlers Rolin, gedruckt bei *Schneider, Friedenkongreß von Arras*, 192.

³⁵ *Tuori, Reception*, 1027f. *Bauer, Medieval Canon Law*, 198f. *Landau, Pacta sunt servanda*, 464ff., 474.

³⁶ Dazu künftig *Wilangowski*, Frieden schreiben.

tischer gewesen sein: Jeder Krieg war als Ereignis augenscheinlich, ein Waffengang datierbar und der Frieden der Christenheit als Maximalziel ein identitätsstiftendes Element königlicher Herrschaft.³⁷ Der Verstoß gegen einzelne Artikel hingegen konnte als Verzögerung relativiert werden, deren propagandistisches Potential sicher nur begrenzt war. Wie wichtig dieser Aspekt ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass Vorwürfe des Vertragsbruchs nicht nur an die Adresse des Vertragspartners, sondern vor allem an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet sind.

II. Vertragsbruch und Öffentlichkeit

Wer waren nun die Rezipienten von Vertragsbruchsvorwürfen? An wen adressierten die Vertragspartner ihre Klagen und vor wem galt es letztlich die Wiederaufnahme des Krieges gegen den Vertragsbrüchigen oder eben den eigenen Vertragsbruch zu rechtfertigen? Welche Muster wurden dazu bemüht, welche Medien? Die divergenten Positionen zu Bruch und Einhaltung eines Abkommens blieben nicht nur Handrechnungen für Diplomaten. Es ergab sich vielmehr ein Problem, welches 1435 auf dem Friedenskongress von Arras, auf dem der burgundische Herzog während des Hundertjährigen Krieges den Wechsel vom englischen zum französischen Bündnis vollzog,³⁸ mehrfach und in aller Deutlichkeit formuliert worden war: „Wer will schon einen Bündnispartner, der Verträge bricht?“³⁹

³⁷ Collard, Rhétorique de la paix, 344.

³⁸ Im Arras wurde durch den Vertragsschluss zwischen König Karl VII. von Frankreich und Herzog Philipp dem Guten von Burgund der jahrelange Bürgerkrieg der Armagnacs und Bourguignons beigelegt. Friedensvermittlungen zwischen England und Frankreich scheiterten und England verlor mit Burgund seinen wichtigen Bündnispartner. Zugunsten der französischen Krone änderte sich dadurch das politische Kräfteverhältnis im fortwährenden Hundertjährigen Krieg. Zum Hundertjährigen Krieg grundlegend: Anne Curry: Der Hundertjährige Krieg (1337–1453). Darmstadt, 2012.

³⁹ „[L]es Anglois envoieront leurs lettres et messages à tous les princes chreptiens pour les informer de ceste matiere en reprochant mondit seigneur de parjurement, foy mentie et seelle enfaingt [...]. Item et se ung prince est reproouchié de parjurement, foy mentie et seelle enfaingt qui sera jamais [...] qui vueille prendre amistiés, confederacions, aliances ne traictiez avec lui.“ Die Gefahr, welche der Bruch des in Troyes geleisteten Eides für Philipp den Guten bergen würde, formulierte sein Kanzler Rolin im Kontext zur Begründung des Sonderfriedens mit Frankreich auf dem Friedenskongress von Arras 1435. Schneider, Friedenskongreß von Arras, 201f. Die englischen Erwägungen, den Eidbruchsvorwurf zu Ungunsten Philipps zu verbreiten bei Plancher, Bourgogne, 212. Weiter heißt es, Philipp möge sich seiner Ehre vor dem Hintergrund der von ihm selbst gestifteten Statuten des Ordens vom Goldenen Vlies bewusst werden.

Ein Vertragsbruchsdiskurs war folglich öffentlich zu führen, damit die Kontrahenten nicht etwa „*dem gemainen man mit irn lügen und ungegründten worten die augen füllen möchte[n]*“⁴⁰. Das befürchtete Maximilian im Zusammenhang des Konfliktes, den wir als „bretonischen Brautraub“⁴¹ kennen: Im Spätherbst 1491 heiratete der französische König Karl VIII. Anna von der Bretagne. Er spannte damit dem römisch-deutschen König seine zumindest prokuratorisch angetraute Ehefrau aus und brach im gleichen Zug das in Arras 1482 vertraglich arrangierte Verlöbnis mit Maximilians Tochter Margarete von Österreich. Dies waren Ereignisse, die letztlich nur ein bereits gut gefülltes Fass zum Überlaufen brachten. Der Klagenkatalog umfasste inzwischen auch vertragswidrige Waffengänge vergangener Jahre. Karl selbst rechtfertigte sein Verhalten in Briefen, unter anderem vor dem englischen König, der, um es stark verkürzt darzustellen, stets zwischen Reich und Frankreich taktierte.⁴² In einem europaweit⁴³ verbreiteten, gattungsprägenden Kriegsmanifest mit dem Titel „*Contra falsas francoru[m] litteras*“, welches auch nach England gelangte, verbreitete Maximilian 1491 seine eigenen Positionen als Wechselrede zu den französischen Begründungsversuchen.

Beide Parteien rechtfertigten ihr Verhalten, wenn es um den Vorwurf des Vertragsbruches ging, nach dem *cessante causa cessat effectus*⁴⁴ Schema, welches in seiner Chronologie in Maximilians Publikation besonders deutlich wird:

⁴⁰ RTA, MR, 4,2, 850, Nr. 697.

⁴¹ Die historischen Fakten zum Brautraub exemplarisch bei *Wiesflecker*, Kaiser Maximilian I., Bd. 1, 326 ff.

⁴² Die von Heinrich VII. gegenüber Maximilian vorgebrachte Klage über das Verhalten Karls VIII. und eine mögliche Allianz gegen den französischen König in: RTA, MR, 4,2, 1017–1019, Nr. 828. Den Ausgleich mit England fand Heinrich dann 1492 im Vertrag von Étaples. Vgl. dazu die Überblicksdarstellung von *Bulst*, Karl VIII., 341.

⁴³ „*Contra falsas francoru[m] litteras* 1491 pro defensione honoris serenissimi Romano[rum] Regis semper Augusti“. General Collection, Beinecke Rare Book and Manuscript Library, Yale University, fol. 4v. (im Folgenden zit. als „*Contra falsas francorum*“). Anuschka Tischer verweist auf die Exemplare aus Paris BNF, Res GM18 (1) = M10588 (1) und Käsmark, Lyzealbibliothek, Slowakei N 66954 sowie auf weitere lateinische oder lateinisch-deutsche Ausgaben aus Bamberg, Zürich, Basel, Uppsala, Moskau und der Biblioteca Palatina. *Tischer*, Kriegsbegründungen, 86 mit Anm. 31; 270. Eine zeitgenössische lateinische Abschrift befindet sich in Lille ADN, B 362, 16453. Eine deutsche Version ist ediert in RTA, MR, 4,2, 848–862, Nr. 697 mit Anm. 4 mit Hinweisen zu weiteren Stücken und ältere Editionen.

⁴⁴ Vgl. zum Wechselverhältnis von scholastischer Lehre und Völkerrecht *Kintzinger*, From the late Middle Ages to the Peace of Westphalia, 607–627. Für die Frühe Neuzeit neuerdings grundlegend *Decock*, Theologians, 344 ff.

„Ex quo patet falso iactare gallos: capto oppido morinensi anno octuagesimo-sexto nostros priores illam pacem violasse: quam ipsi octuagesimoquattro et quinto⁴⁵ iam penitus sustulerant: quin et in ea sua solita fallendi fidem foederaque frangendi consuetudine continue permanserunt usque ad annum domini millesimum quadrigentesimum octuagesimum nonum.“⁴⁶

Maximilian argumentiert hier so, dass der Vertrag, dessen Bruch ihm die französische Seite für das Jahr 1486 vorwirft, bereits im Vorjahr von den Franzosen selbst gebrochen worden sei. Der vertragsbegründende Friedenszustand habe seitdem nicht länger Bestand, denn der französische König hatte gegen Treu und Glauben verstoßen, womit das Abkommen seine Gültigkeit verlor.⁴⁷ Regeln auf römisch-rechtlicher Basis wurden im Mittelalter zu Gemeinplätzen scholastischer, rechtlicher und moraltheologischer Argumentation⁴⁸ und so auch von Maximilian zur hier vorliegenden Begründung seines „gerechten Krieges“⁴⁹ bemüht. Dabei wurde weder in rechtlichen⁵⁰ noch in herrschaftlich-propagandistischen Kontexten semantisch eindeutig zwischen Eidbruch, Vertragsbruch oder Friedensbruch differenziert. Man beklagte in einem Atemzug Vergehen gegen Ehre, Eid, Brief, Siegel, Handzeichen und Versprechen sowie die Missachtung von Verträgen und Bündnissen⁵¹ und den Verstoß gegen Treu und Glauben.⁵²

Konkrete Verträge wurden im Zusammenhang solcher Diffamierungsdiskurse durch den Verweis auf Artikel, Ort oder eben die Datierung angeführt und damit identifizierbar. 1507 beschuldigte Maximilian in einem Reichstagsausschreiben den französischen König: „dass Er den obe-

⁴⁵ Durch die Unterstützung der Rebellion in Flandern und der Lütticher in den Jahren 1484–1485.

⁴⁶ Contra falsas francorum, fol. 4v. In der deutschen Version ist von „zerbrechung irer treu und zusagens“ die Rede. RTA, MR, 4,2, 859, Nr. 697.

⁴⁷ Zum Konzept des Vertrages als selbstverpflichtendes Gesetz vgl. Decock, Katholische Moraltheologie und Vertragsrecht, 17.

⁴⁸ Ders., Theologians, 344 ff.

⁴⁹ Die Unterscheidung zwischen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Kriegshandlungen wird in dem Stück deutlich. Insbesondere die Handlungen Ludwigs werden als unrechtes Blutvergießen und finale Zerstörung des Friedens dargestellt. [...] que pacem illam non modo violasse sed etiam omnino sustulisse censem. Contra falsas francorum, fol. 4v. Verhindert würde dadurch ein [...] honestum tamque necessarium bellum contra turcas [...]. Ebd. fol 3v.

⁵⁰ Vgl. exemplarisch den Beweisgang der Löwener Juristen bei Le Glay (Hrsg.), Négociations diplomatiques, 1, 195–199. Eine diesbezüglich umfassende Untersuchung der spätmittelalterlichen *consilia* steht noch aus.

⁵¹ Diese Beschwerde über den französischen König tragen Maximilians Räte auf dem Konstanzer Reichstag 1507 vor. RTA, MR, 9,1, 324, Nr. 166a. Müller, Reichs-Tags-Staat, 585.

⁵² RTA, MR, 9,1, 334, Nr. 166a. Müller, Reichs-Tags-Staat, 603.

*stimpten Tractat, zü Hagenaw aufgericht, zerbrochen [...].*⁵³ Konkreter wurde es, wenn bestimmte Handlungen als Zuwiderhandlungen direkt mit dem Vertragstext und seinen Artikeln in Bezug gesetzt wurden. Auf dem Konstanzer Reichstag warf Maximilian als Erwiderung zu den Ausführungen des französischen Gesandten Crivelli dem französischen König vor, er sei gewaltsam nach Italien und in die Stadt Genua eingedrungen, „dadurch er sich gegen dem röm. Kg. und Hl. Reich nit als ain freund, sonder als ain veind erzaigt hat, auch nach laut des tractats die ausgetrieben Maylender noch nit einkomen noch inen ire güter volgen lassen [...].“⁵⁴ Die Vorwürfe werden hier unmittelbar an den entsprechenden Vertragsartikeln festgemacht, im Falle der remittere et remittit-Formel sogar mit wörtlichem Bezug. Dabei war man sich offensichtlich schon vor Vertragsabschluss darüber im Klaren, dass das Abkommen nicht von Dauer sein würde und „das der tractat, zu Hagenau gemacht, von herzen der Franzosen mainung nie gebest [...].“⁵⁵ Der fehlende innerliche Vorsatz zur Vertragseinhaltung tangierte hier nach Maximilians Auslegung aber nicht die Verbindlichkeit des Abkommens. Die von Maximilian verneinte Frage, ob eine *reservatio mentalis*, ein geheimer Vorbehalt die Gültigkeit des Vertragsschlusses und damit seine Bindungswirkung beeinträchtigen könnte, blieb freilich in den folgenden Jahrzehnten juristisch und theologisch durchaus diskussionswürdig.⁵⁶

Erste derartige Reflexionen lassen sich jenseits der öffentlich ausgetragenen, propagandistischen Diskurse in einem Rechtsgutachten⁵⁷ aus dem Jahr 1506 fassen. Namhafte Löwener Juristen prüfen darin die Problematik des 1504 für Prinzessin Claudia von Frankreich und Karl von

⁵³ RTA, MR, 9,1, 110, Nr. 5.

⁵⁴ RTA, MR, 9,1, 322, Nr. 166a. Im Vertrag war entsprechend formuliert worden: „[...] erunt amici amicorum et inimici inimicorum [...].“ Bezüglich der Mailänder hatte man festgehalten: „[...] Quo ad bannitos Mediolanenses prefatus Christianissimus Rex est contentus remittere et remittit eis bona eorum [...].“ HHStA, AUR, 1504 IX. 22.

⁵⁵ RTA, MR, 9,1, 95, Nr. 4.

⁵⁶ Praktisch galt es hier theologische und juristische Konzepte zusammenzudenken. Das Gewissen der Vertragspartner und ihr freier Wille beim Vertragschluss werden damit zu entscheidenden Faktoren bei der Bewertung eines Vertragsbruches. Dazu ausführlich Decock, Katholische Moraltheologie und Vertragsrecht, 11 ff.

⁵⁷ In gekürzter Form gedruckt bei Le Glay (Hrsg.), Négociations diplomatiques, 1, 195–199. Die Mitwirkung u. a. des Nicolas Everardi legt die Einordnung des Stückes unter die Gattung der *consilia* nahe. 1516 erschien Everardis Handbuch zur juristischen Argumentation, der „Topicorum sive de locis legalibus liber“ als Exempel einer Entwicklung juristischer Reflektion, posthum (1554) die „Consilia Sive Responsa“. Zu Everardi vgl. Vervaart, Nicolaus Everardi, 635–652. Zu den *consilia* der Frühen Neuzeit Falk, Consilia.

Luxemburg geschlossenen Ehevertrages⁵⁸ und verwenden dabei einen stark textbezogenen Argumentationsgang. Zur Prüfung stand unter anderem die Frage: „*Le roi et la reine de France, sont-ils coupables de parjure pour n'avoir pas accompli l'obligation contractée par eux, sous serment [...]?*“⁵⁹ Das französische Königspaar hatte mit der Verlobung zwischen Claudia und Franz von Angoulême⁶⁰ faktisch die Auflösung des vorhergehenden, vertraglich vereinbarten Ehebündnisses bewirkt und sich potentiell des Meineides schuldig gemacht. Der im Rechtsgutachten wörtlich zitierte Eidtext von 1505⁶¹ weist auf die zentrale Bedeutung der im Kontext des Ehevertragsschlusses geleisteten Schwurhandlung hin. Die Juristen formulierten und bearbeiteten entsprechend auch nicht primär die Problematik des Vertragsbruchs, sondern das Vergehen des Meineides, dessen Ahndung sich auch König und Königin in der Beeidungsformel unterstellt.⁶² Die formale Gültigkeit des alten Ehevertrages wurde dem Beweisgang des Gutachtens zufolge nicht angezweifelt, die Lösung des Falles und die Beurteilung des vermeintlichen Meineidsvorwurfs aber wurde letztlich in eine – notwendig hypothetische – Zukunft verlagert. Das Abkommen, so die Schlussfolgerung der Juristen, basierte auf der Heiratsvereinbarung zwischen Prinzessin Claudia und Maximilians Enkel Karl und könne erst mit Volljährigkeit⁶³ der Kinder, also in ferner Zukunft, als gebrochen angenommen werden.

Unmittelbare realpolitische Konsequenzen ergaben sich im Zusammenhang der habsburgisch-französischen Konflikte freilich weder aus den geleisteten Eiden und deren juristischer Bewertung noch aus öffentlichen Klagen und Anschuldigungen: Mochte man auch Eide und Verträge gebrochen, den Konsens aufgekündigt und Waffen in die Hand genommen und dadurch die wechselseitigen Beziehungen wieder destabilisiert

⁵⁸ Vertrag bei *Du Mont* (Hrsg.), *Corps universel*, 4,1, 56–58.

⁵⁹ „*Quo casu presupposito, circa eumdem moventur diverse questions, quarum prima est circa primam promissionem juramento vallatam: an videlicet rex et regina, virtute hujusmodi prime promissionis, sub pena perjurii, procurare et sollicitare teneantur ut hujusmodi matrimonium, adveniente legitima etate, fiat; et supposito quod sic, an prefati rex et regina sue promissioni per contracta sponsalia contravenerint et penam perjurii incurrerint.*“ *Le Glay* (Hrsg.), *Négociations diplomatiques*, 195–198.

⁶⁰ *Du Mont*, *Corps universel*, Bd. 4,1, 88.

⁶¹ „*Et postea in fine ejusdem tractatus, ipse idem rex et regina, confirmantes hujusmodi tractatus in singulis suis clausulis, dicunt hec verba formalia: [...].* Es folgt der komplette Text des Eides. *Le Glay* (Hrsg.), *Négociations diplomatiques*, 195–198.

⁶² *Ebd.* 197 f.

⁶³ So formulierten es die Juristen im Gutachten, *Le Glay* (Hrsg.), *Négociations diplomatiques*, 195.

haben,⁶⁴ als urteilende Instanz und Rächer des Meineids blieb, wie Maximilian selbst dies formulierte, nur Gott.⁶⁵ Wir sollten uns den Vertragsbruch daher nicht (nur) als initialen Akt einer diplomatischen Ereigniskette vorstellen, sondern ihn als ein argumentatives Konstrukt aus rechtlichen, kontextbezogenen und christlich-moralischen Elementen betrachten, welches im hier überblickten Zeitraum in Form von gedruckten Kriegsbegründungen und Reichstagsausschreibungen fassbar wurde.

Sowohl Maximilian wie die französischen Könige beschränkten sich im übrigen nicht darauf, ihre Darstellung gegnerischer Vertragsbrüche per Manifest zu veröffentlichen und deren weitere Interpretation dann potentiellen Bündnispartnern zu überlassen. Überzeugungsarbeit wurde zusätzlich durch gezielte diplomatische Missionen geleistet. 1506 legitimierten Ludwig XII. und die in Tours versammelten Generalstände die Aufhebung des Ehevertrages zwischen Claudia und Karl von Luxemburg, dem späteren Karl V. Im Anschluss galt es dann, diesen Akt auch vor dem englischen König Heinrich VII. zu rechtfertigen, strebte man doch eine künftige Zusammenarbeit mit ihm an. Vor diesem Hintergrund ist die Mission des Claude de Seyssel zu verstehen. Nach der Auflösung des Eheabkommens zwischen Habsburg und Valois entsandte Ludwig XII. den Gelehrten in diplomatischer Mission nach England. Die Exklusivität des Kontaktes visualisierte das im Rahmen der Begrüßung überreichte Buchgeschenk. In der Einleitung zu der von Seyssel selbst vorgenommenen Übersetzung von Xenophons *Anabasis* hebt der Übersetzer die Hochrangigkeit und Singularität des Empfängers, Heinrichs VII., hervor.⁶⁶ Zielgerichtet ist auch die nachfolgende Rede⁶⁷ zur Rechtfertigung des Vertragsbruches. Betont wurde stets die tadellose französische Vertrauensfähigkeit, die in Bezug auf England als ungebrochen gelten könnte. Entsprechend sei die Auflösung des Eheabkommens mit den Habsburgern auch nicht leichtfertig geschehen, sondern nach langem Zögern, auf

⁶⁴ Die destabilisierende Wirkung von Eidbrüchen beklagte schon Jean Gerson, *Gerson, Oeuvres*, X, 242. Vgl. dazu von Moos/Melville (Hrsg.), Öffentliches und Privates, 172–176, 186.

⁶⁵ RTA, MR, 5,1,1, 576, Nr. 458.

⁶⁶ Boone, War, Domination, and the Monarchy of France, 39–41. Zur politischen Idee *Eichel-Lojkine* (Hrsg.), Claude de Seyssel, 95f.

⁶⁷ Dieser Text ist in lateinischer und französischer Sprache gedruckt und verbreitet worden. *De Seyssel, La Monarchie de France*, 14. Die französische und die lateinische Version finden sich gedruckt und unter dem Titel „La proposition et harengue …“ in: *Histoire de Louis XII*, 1, 205–236, insbes. 229. Dazu Bakos, Images of kingship, 20f. Inhaltlich weist die Rede einige Ähnlichkeiten und Überschneidungen mit Seyssels Text von 1508, „Les Louenges du roy Louys XIIe de ce nom“, auf. *De Seyssel, Les Louenges*, 93 mit Anm. 3, dazu vgl. auch die Einleitung der Herausgeber des Textes, 15f.

Druck der eigenen Bevölkerung und letztlich zum Selbstschutz. Das Königreich dürfe schließlich nicht an Fremde fallen und partiell veräußert werden. Damit sei die Beeidung des Eheabkommens hinfällig und bedauerlicherweise nicht mit dem höherrangigen Krönungseid zu vereinbaren gewesen.⁶⁸ Ein kluger Fürst, um mit Machiavelli zu sprechen, darf eben sein Versprechen nicht halten, wenn es ihm schädlich ist. In den Ausführungen Seyssels lässt sich für uns nun ein neues, universal anwendbares Argument für den Vertragsbruch greifen: Der Selbstschutz. Angst (*craintre*) als Handlungsmotivation liefert den gerechten Kriegsgrund für den initialen Vertragsbrecher.

Konnte Maximilian zeitgleich vor den zum Konstanzer Reichstag versammelten Reichsständen das Verhalten des von ihm gerade erst mit Mailand belehnten⁶⁹ französischen Königs als *crimen laese majestatis* und Feloniefall beklagen und die Gefahr für Kaisertum und Reich herausstellen,⁷⁰ so griff Ludwig vor dem englischen König auf ein ganz ähnliches Argument zurück: Anlass und Begründung seines Vertragsbruchs war die Angst um Königreich und Untertanen. Letztlich waren es hier innere Strukturen und Elemente des königlichen Selbstverständnisses, welche die ultimative Begründung des Vertragsbruches lieferten. Das Ziel, die Rechtfertigung der vertragswidrigen Umsetzung persönlicher und machtpolitischer Interessen vor den eigenen Untertanen und potentiellen Bündnispartnern, war unter Berufung auf diesen Allgemeinplatz universal legitimiert.

III. Zusammenfassung

In dem hier zu überblickenden Zeitraum von 1435–1508 lässt sich im Kontext von Vertragsbrüchen eine einheitliche diskursive Praxis für den westeuropäischen Raum erkennen.

Juristen und Gelehrte wie Jean D'Auffay banden umstrittene Rechtsansprüche unter anderem an vergangene Vertragsschlüsse zurück und befassten sich in diesem Kontext eingehend mit der Gültigkeit solcher Abkommen. Die diskursive Aufarbeitung burgundischer Erbschaftsansprüche nach dem Tod Karls des Kühnen zeigte sich dabei untrennbar verwoben mit den Problematiken der Friedenskonferenz von Arras (1435) und den darauf folgenden französisch-burgundischen Vertragsschlüssen von Arras, Conflans und Péronne. Diesbezügliche Reflexionen ließen sich

⁶⁸ Histoire de Louis XII, 229–233.

⁶⁹ Die Urkunde in: RTA, MR, 8,1, 237–240, Nr. 86.

⁷⁰ Müller, Reichs-Tags-Staat, 576 ff.

dann im Kontext der seit 1482 stattfindenden Vertragsverhandlungen zwischen Maximilian und den Valois nutzbar machen. Vorwürfe des Vertragsbruches fanden ihre strategische Anwendungen einmal in argumentativen Vorbereitungen und Instruktionen für neue Friedensgespräche. Inhaltlich und strukturell waren diese der Hauptverhandlungsleitfaden agierender Diplomaten. Auf Basis vergangener, schriftlich niedergelegter Einigungen – die sozusagen die Verhandlungsmasse darstellten – mussten neue Lösungen gefunden werden, die für beide Seiten akzeptabel waren. Aber nicht nur zwischen den Kontrahenten und im Zusammenhang von deren unmittelbarem diplomatischem Kontakt, sondern auch vor potentiellen Bündnispartnern und Untertanen mussten Vertragsverletzungen gerechtfertigt oder angeprangert und zu diesem Zweck propagandistisch aufbereitet werden. Mit der öffentlich artikulierten, zunehmend in Druckform verbreiteten Klage über Eid-, Vertrags- und Friedensbruch endete die Phase geforderter Vertragseinhaltungen und wechselseitiger Treuebekundung. Der Friedensdiskurs wird zum Kriegsdiskurs, bis letztlich wieder ein neuer oder erneuter Vertrag den Beginn eines weiteren Zyklus begründete. Der Vorwurf des Vertragsbruchs, dem man sich durch sein oft nicht vertragstreues Handeln ausgesetzt hatte, ließ sich in der eigenen Darstellung letztlich immer abwenden.

Zum Einsatz kam in der Praxis königlicher Propaganda ein Konglomerat aus kanonistischen, römisch-rechtlichen und moraltheologischen Grundsätzen, die letztlich die Wiederaufnahme eines neuen, vor allem aber gerechten Krieges rechtfertigten. Abkommen, die unter Bezugnahme auf gemeinsame christliche Werte, mit Zustimmung zuständiger Gremien und Versammlungen wie Reichstag, États généraux und Parlement de Paris und unter Befolgung der üblichen verbindlichkeitsstiftenden Akte wie Eidesleistung und Besiegelung geschlossen worden waren, konnten dabei nach dem immer gleichen Muster gebrochen werden, das wir schon von Machiavelli kennen: „Ein kluger Fürst darf [...] sein Versprechen nie halten, wenn es ihm schädlich ist oder die Umstände, unter denen er es gegeben hat, sich geändert haben“.⁷¹ Waffengewalt, Verstöße gegen einzelne Bestimmungen (oder seltener Formfehler der Gegenseite) machten einen Vertrag anzweifelbar: Das vertragswidrige Verhalten der Gegner bewies in der eigenen Darstellung deutlich, dass der einstmals gefundene Konsens – und damit die Basis für den Vertragsschluss – nicht (mehr) gegeben war. Vor allem aber erwies sich der „Zwang“ als universal anwendbare Begründung für die Aufkündigung eines Vertrages: Erzwungene Verträge beruhten eben nicht auf dem Konsensprinzip und waren damit von Grunde auf hinfällig. Auch *ex post* angewendet war der

⁷¹ Machiavelli, Politische Schriften, 97.

Zwang als Argument kaum auszuhebeln. So konnten Selbstschutz oder die Angst um das Wohl der Untertanen der Grund für einen Vertragschluss sein, wie sie im Gegenzug auch jederzeit den Bruch des Vertrages zwingend notwendig machten. Die herrscherlichen Pflichten gegenüber den eigenen Untertanen standen damit praktisch vor jenen der Vertragstreue. Der Blick blieb nach innen, auf das eigene Herrschaftsgefüge und letztlich nicht auf die Einhaltung übergreifender Normen gerichtet. Den unangreifbaren „perfekten Pakt“, wie er dem französischen Kanzler Cousinot vorschwebte, kann es daher nur geben, solange dessen Inhalt für beide Seiten akzeptabel ist. Der Bruch des Vertrages aber wird im erneuteten Streitfall in Form von Manifesten artikulier- und datierbar und somit letztlich auch als Zäsur greifbar.

Gedruckte Quellen

De Commynes, Philippe, Mémoires, Bd. 3., hrsg. v. Lenglet du Fresnoy, Paris 1747.

Corps universel diplomatique du droit des gens, contenant un recueil des traitez d'alliance, de paix, de trêve ... depuis le Regne de l'Empereur Charlemagne jusques à présent, Bd. 3,1 und Bd. 4,1, hrsg. v. Jean Du Mont, Amsterdam/La Haye, 1726.

Des Heil. Römischen Reichs, Teutscher Nation, Reichs-Tags-Staat von anno MD. biß MDIIX. So wohl unter Keysers Maximiliani I selbsteigner höchsten Regierung, hrsg. v. Johann Joachim Müller, Jena 1709.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 4,2: Reichsversammlungen 1491–1493, bearb. v. Reinhard Seyboth, München 2008.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 5,1: Reichstag von Worms 1495, Tl. 1: Akten, Urkunden und Korrespondenzen, bearb. v. Heinz Angermeier, München 2008.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 8,1: Der Reichstag zu Köln 1505, bearb. v. Dietmar Heil, München 2008.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 9,1: Der Reichstag zu Konstanz 1507, bearb. v. Dietmar Heil, München 2014.

Gerson, Jean, Oeuvres complètes, Bd. 10: L' oeuvre polémique, (492–530), suppléments – documents – tables, hrsg. v. Palémon Glorieux, Paris 1973.

Histoire de Louis XII roy de France depuis l'an 1498 jusque a l'an 1515, Bd. 1, hrsg. v. Théodore Godefroy, Paris 1615.

Histoire générale et particulière de Bourgogne, Bd. 4: Preuves, hrsg. v. Urbain Plancher, Dijon 1781.

Machiavelli, Niccolò, Politische Schriften, hrsg. v. Herfried Münkler, Frankfurt a.M. 1990.

Négociations diplomatiques entre la France et l'Autriche durant les trente premières années du XVIe siècle, Bd. 1, hrsg. v. André J. G. Le Glay, Paris 1845.

De Seyssel, Claude, Les Louenges du roy Louys XIIe de ce nom (1508), hrsg. v. Patricia Eichel-Lojkine/Laurent Visière (Les classiques de la pensée politique, 21), Genf 2009.

De Seyssel, Claude, La Monarchie de France et deux autres fragments politiques, hrsg. v. Jacques Poujol, Paris 1961.

Ungedruckte Quellen

ADN, B 343, 18284

BNF, MS fr. 5042

BNF, MS fr. 18730

HHStA, AUR, 1504 IX. 22

Frühe Drucke

Contra falsas francoru[m] litteras 1491 pro defensione honoris serenissimi Romano[rum] Regis semper Augusti. (Yale University).

Literatur

Bakos, Adrianna, Images of Kingship in Early Modern France. Louis XI. in Political Thought, 1560–1789, London/New York 1997.

Bauer, Dominique, The Importance of Medieval Canon Law and the Scholastic Tradition for the Emergence of the Early Modern International Legal Order, in: Peace Treaties and International Law in European History. From the Middle Ages to World War One, hrsg. v. Randall Lesaffer, Cambridge 2004, 198–221.

Blanchard, Joël, Pouvoir, péril, Péronne, in: La légitimité implicite, hrsg. v. Jean-Philippe Genet, Rom 2014 [im Druck].

Boone, Rebecca A., War, Domination, and the Monarchy of France. Claude de Seyssel and the Language of Politics in the Renaissance, Leiden 2007.

Bulst, Neithard, Karl VIII. (1483–1498), in: Die französischen Könige des Mittelalters. Von Odo bis Karl VIII. 888–1498, hrsg. v. Joachim Ehlers/Heribert Müller/Bernd Schneidmüller, München 1996, 363–382.

Cauchies, Jean-Marie, Louis XI et Charles le Hardi. De Péronne à Nancy (1468–1477). Le conflit (Bibliothèque du moyen âge, Bd. 8), Brüssel 1996.

- Collard, Frack, La royauté française et le renvoi de Marguerite d'Autriche. Remarques sur la rhétorique de la paix et du rex pacificus à la fin du XVe siècle, in: Frieden schaffen und sich verteidigen im Spätmittelalter. Faire la paix et se défendre à la fin du Moyen Âge, hrsg. v. Gisela Naegle (Pariser historische Studien, Bd. 98), München 2011, 343–356.*
- Curry, Anne, Der Hundertjährige Krieg (1337–1453), Darmstadt 2012.*
- Daly, Kathleen, Jean d'Auffay. Culture historique et polémique à la cour de Bourgogne, in: Le Moyen Age 12/3–4 (2006), 603–618.*
- French Pretensions to Valois Burgundy: History and Polemic in the Fifteenth and Early Sixteenth Centuries, in: Marguerite de York et son temps. Rencontres de Malines (25 au 27 septembre 2003), hrsg. v. Jean-Marie Cauchies (Publication du Centre Européen d'Études Bourguignonnes, Bd. 44), Neuchâtel 2004, 9–22.
- Decock, Wim, Katholische Moraltheologie und Vertragsrecht. Die Umwandlung der Vertragslehre des Gemeinen Rechts (16./17. Jh.), in: Forum Historiae Iuris 17 (2013), s.p. <http://www.forhistiur.de/zitat/1306decock.htm> (Abgerufen am 19.03.2015).*
- Theologians and Contract Law. The Moral Transformation of the *Ius Commune* (ca. 1500–1650) (Studies in the History of Private Law, Bd. 4), Leyden 2013.
- Ehm, Petra, Burgund und das Reich. Spätmittelalterliche Außenpolitik am Beispiel der Regierung Karls des Kühnen (1465–1477) (Pariser Historische Studien, Bd. 61), München 2002.*
- Eichel-Lojkine, Patricia (Hrsg.), Claude de Seyssel (c. 1450–1520). Écrire l'histoire, penser le politique en France, à l'aube des temps modernes (Collection histoire), Rennes 2009.*
- Falk, Ulrich, Consilia. Studien zur Praxis der Rechtsgutachten in der frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 2006.*
- Hipfinger, Anita/Löffler, Josef/Niederkorn, Jan Paul (Hrsg.), Ordnung durch Tinte und Feder? Genese und Wirkung von Instruktionen im zeitlichen Längsschnitt vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Bd. 60), Wien 2012.*
- Kamp, Hermann, Burgund. Geschichte und Kultur, München 2007.*
- Kintzinger, Martin, From the late Middle Ages to the Peace of Westphalia, in: The Oxford Handbook of the History of International Law, hrsg. v. Bardo Fassbender/Anne Peters, Oxford 2012, 607–627.*
- Bellum iustum. Gerechter Krieg oder Recht zum Krieg?, in: Macht und Recht. Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, hrsg. v. Ulrich Lappenküper/Reiner Marcowitz (Wissenschaftliche Reihe Otto-von-Bismarck-Stiftung, Bd. 13), Paderborn 2010, 3–30.
- Klesmann, Bernd, Der Friedensvertrag als Kriegsgrund. Politische Instrumentalisierung zwischenstaatlicher Abkommen in europäischen Kriegsmanifesten der Frühen Neuzeit, in: Kalkül – Transfer – Symbol. Europäische Friedensverträge*

der Vormoderne, hrsg. v. Heinz Duchhardt/Martin Peters (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft online 1), Mainz 2006, 109–121. <http://www.ieg-mainz.de/vieg-online-beihefte/01--2006.html> (Abgerufen am 28.05.2014).

Landau, Peter, *Pacta sunt servanda. Zu den kanonistischen Grundlagen der Privatautonomie*, in: „Ins Wasser geworfen und Ozeane durchquert“. Festschrift für Knut Wolfgang Nörr, hrsg. v. Mario Ascheri/Friedrich Ebel/Martin Heckel u. a., Köln 2003, 457–474.

Lesaffer, Randall (Hrsg.), *Peace Treaties and International Law in European History. From the Middle Ages to World War One*, Cambridge 2004.

– War, Peace, Interstate Friendship and the Emergence of the *Ius Publicum Europaeum*, in: Frieden und Krieg in der Frühen Neuzeit. Die europäische Staatenordnung und die außereuropäische Welt, hrsg. v. Ronald G. Asch/Wulf Eckart Voß/Martin Wrede. München 2001, 87–114.

Mallet, Michael/Shaw, Christine, *The Italian Wars 1494–1559. War, State and Society in Early Modern Europe*, Harlow 2012.

von Moos, Peter/Melville, Gert (Hrsg.), *Gesammelte Schriften zum Mittelalter. Bd. 3: Öffentliches und Privates, Gemeinsames und Eigenes*, Berlin 2007.

Müller, Heribert, *La division dans l'unité. Le congrès d'Arras (1435) face à deux diplomatisations ecclésiastiques*, in: *Arras et la diplomatie européenne. XVe–XVIe siècles*, hrsg. v. Denis Clauzel/Charles Giry-Deloison/Christophe Leduc, Arras 1999, 109–130.

Noflatscher, Heinz, *Von Maximilian zu Karl V. Der Fall „Burgund-Österreich“*, in: *La cour de Bourgogne et l'Europe. Le rayonnement et les limites d'un modèle culturel*, hrsg. v. Werner Paravicini, Ostfildern 2013, 721–743.

Nussbaum, Arthur, *Forms and Observance of Treaties in the Middle Ages and the Early Sixteenth Century*, in: *Law and Politics in the World Community. Essays on Hans Kelsen's Pure Theory and Related Issues in International Law*, hrsg. v. George Arthur Lipsky, Berkeley 1953.

Péquignot, Stéphane, *Figure et normes de comportement des ambassadeurs dans les documents de la pratique. Un essai d'approche comparative (ca. 1250–ca. 1440)*, in: *De l'ambassadeur. Les écrits sur les ambassadeurs et l'art de négocier de la fin du Moyen Âge à la fin du XVIIIe siècle*, hrsg. v. Dems./Stefano Andrettam/Jean-Claude Waquet (Collection de l'Ecole française de Rome), [angek. Rom 2014].

Rössemeier, Hermann, Niccolò Machiavellis erste Legation zum Kaiser Maximilian. Und seine drei Schriften über Deutschland, Bückeburg 1894.

Schneider, Friedrich, *Der europäische Friedenskongress von Arras, die Friedenspolitik Papst Eugens IV. und des Basler Konzils*, Greiz 1919.

Spitzbarth, Anne-Brigitte, *De la vassalité à la sujéton. L'application du traité d'Arras (21 septembre 1435) par la couronne*, in: *Revue du Nord* 85 (2003), 43–73.

Taylor, Craig David (Hrsg.), Debating the Hundred Years War. Pour ce que plusieurs (la loy salicque) and a Declaracion of the Trew and Dewe Title of Henry VIII (Camden fifth series, Bd. 29), London 2006.

Tischer, Anuschka, Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit. Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis (Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 34), Berlin 2012.

Tuori, Kaius, The Reception of Ancient International Law in the Early Modern Period, in: The Oxford Handbook of The History of International Law, hrsg. v. Bardo Fassbender/Anne Peters, Oxford 2012, 1012–1033.

Vervaart, Otto, Argumentation in Practice. Nicolaus Everardi (1462–1532) on Canon Law and Custom in the Low Countries, in: Proceedings of the Tenth International Congress of Medieval Canon Law Syracuse, hrsg. v. Kenneth Pennington, Vatikanstadt 2001, 635–652.

Wiesflecker, Hermann, Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, Bd. 1: Jugend, burgundisches Erbe und Römisches Königtum bis zur Alleinherrschaft. 1459–1493, Wien u. a. 1971.

Wilangowski, Gesa, Frieden schreiben im Spätmittelalter. Vertragsdiplomatie zwischen Maximilian I., dem römisch-deutschen Reich und Frankreich (Series: Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 44), Berlin/Boston 2017.

Ziegler, Karl-Heinz, The Influence of Medieval Roman Law on Peace Treaties, in: Peace Treaties and International Law in European History. From the Middle Ages to World War One, hrsg. v. Randall Lesaffer, Cambridge 2004, 147–161.

Pourquoi n'y a-t-il pas eu de paix finale pendant la guerre de Cent ans ? À propos des traités de Brétigny-Calais (1360) et de Troyes (1420)

Par *Jean-Marie Moeglin*

Plus que l'histoire d'une guerre, d'une succession d'épisodes guerriers, la guerre de Cent ans est à proprement parler l'histoire de la recherche d'une paix finale, c'est-à-dire d'un traité de paix éternelle et définitive entre les deux adversaires qu'étaient le roi de France et le roi d'Angleterre et surtout entre leurs royaumes.

Cette évolution n'était pas forcément prévisible au départ. Édouard III s'était d'abord présenté en 1337 comme la victime d'un tort incommensurable pour lequel il demandait réparation : on l'avait en 1328, profitant de son jeune âge, de son inexpérience et de circonstances politiques difficiles, privé de la couronne de France qui lui revenait de droit à la mort de son oncle Charles IV. Désormais, il avait pris conscience de son droit et il en réclamait la restitution par la voie de justice si elle pouvait être empruntée ou par la voie de paix, c'est-à-dire par le recours à des médiateurs et à la « tractation ». Mais comme son adversaire refusait d'emprunter l'une ou l'autre de ces voies, il n'avait pas d'autre choix que, comme tout seigneur lésé dans son honneur et ses biens, de recourir à la voie de guerre. C'était le défi qu'un roi-chevalier lançait à son ennemi suivant les règles et les codes de la chevalerie.

Se présentant par conséquent en nouveau roi Arthur, lorsqu'il faisait reconstruire en 1344 le château de Windsor et rêvait d'y installer un nouvel ordre de la table ronde, ou en fidèle de saint Georges, lorsqu'il créait l'ordre de la Jarretière¹, Édouard s'était lancé à corps perdu dans cette « voie de guerre » qui devait lui permettre de retrouver son honneur et son droit.

Parallèlement cependant, et sans que nous devions voir entre ces deux aspects une véritable contradiction, Édouard III développait une stratégie de négociation qui devait lui permettre de récupérer en toute souve-

¹ Cf. en dernier lieu *Keen, Chivalry ; Moeglin, « paix finale ».*

raineté le duché d'Aquitaine en échange de son abandon de la revendication de la couronne de France. Récupérant et instrumentalisant le discours clérical et pontifical sur la nécessité de rétablir la paix entre princes chrétiens, de mettre fin au cortège de malheurs et de misères qu'entraînait leur querelle², instrumentalisant les cardinaux chargés par le pape de rétablir la paix coûte que coûte entre les deux rois³, il laissait entendre avec de plus en plus d'insistance qu'il pourrait renoncer à son « emprise », non pas que son droit ne fût pas au dessus de toute contestation, mais simplement par amour de la paix et de Dieu. Il lui fallait bien constater en effet que sa juste querelle contre un usurpateur sans scrupule s'était transformée en une guerre entre les deux royaumes de France et d'Angleterre, une guerre hautement néfaste aux populations innocentes. Il fallait y mettre fin.

Il ne pouvait cependant le faire sans une juste compensation qui lui permettrait de préserver son honneur ; cette compensation, il ne lui revenait pas de la définir ; elle était d'ailleurs en soi introuvable ; mais ses négociateurs laissaient deviner de plus en plus clairement qu'Édouard III pourrait se satisfaire d'un duché d'Aquitaine qui lui serait remis en toute souveraineté⁴.

Ainsi dès les années 1340 et de plus en plus nettement dans les années 1350, le discours tenu par Édouard III avait évolué : au discours chevaleresque sur l' « emprise » menée par un noble chevalier pour la récupération de son droit et de son honneur, aux proclamations martiales empruntées à la « rhétorique du pouvoir » de Pierre de la Vigne et de ses émules (Édouard avait été trop longtemps l'enclume ; désormais il allait être le marteau ...) ⁵, se substituait de plus en plus un discours sur la déploration des malheurs de la guerre, sur la nécessité d'y mettre fin, sur l'impérieuse obligation de conclure un traité de paix finale entre les deux rois et les deux royaumes de France et d'Angleterre, sur les sacrifices que le roi d'Angleterre serait prêt à faire au nom de cet objectif bien que son droit soit incontestable et, en principe, intangible.

C'est ainsi par conséquent que ce que l'on appellera plus tard la guerre de Cent ans s'était constituée dans le discours comme une guerre des deux royaumes de France et d'Angleterre à laquelle un traité de paix finale devait impérativement mettre fin. Les deux adversaires étaient d'ac-

² Cf. *Offenstadt*, Faire la paix. Sur l'instrumentalisation de ce discours de la paix, cf. Moeglin, Récrire l'histoire de la Guerre de Cent ans.

³ Cf. *Willershausen*, Päpste.

⁴ Cf. Moeglin, Négocier et concilier.

⁵ Grévin, Rhétorique.

cord sur ce point : c'est vers ce but que devaient converger tous les efforts.

Rétablissement la paix ; conclure un traité de paix « finale ». À deux reprises, l'on put croire que ce but avait été atteint ; à deux reprises un traité de paix finale a été conclu entre les deux rois et leurs royaumes ; une première fois lors du traité de Brétigny-Calais en 1360 ; une seconde fois lors du traité de Troyes en 1420. Mais à chaque fois, le traité a été rompu et la guerre a repris. Et la guerre finalement s'est éteinte en quelque sorte toute seule sans que jamais un traité de paix finale ait été véritablement conclu.

C'est cette rupture des deux traités de paix qui auraient dû mettre fin à la guerre de Cent ans que j'analyserai successivement avant de tirer quelques conclusions sur le caractère conjoncturel, accessoire, ou nécessaire de la rupture des traités.

I. Le traité de Brétigny-Calais

Le traité de Brétigny-Calais a été conclu en 1360. Sans revenir sur le détail de sa mise au point⁶, je préciserais seulement qu'elle a été longue et qu'elle a abouti à un résultat complexe. Un pré-traité a été conclu à Brétigny, non loin de Chartres, en mai 1360 ; précédé d'un long préambule, stéréotypé mais important, sur les méfaits de la guerre qui obligeaient les deux rois à tout faire pour ramener la paix, bref à faire passer la paix avant la justice et le droit, il établissait en 40 articles très précis les conditions de la paix entre les deux rois et les deux royaumes : la rançon du roi Jean fixée à 3 millions d'écus et surtout l'attribution à Édouard III d'un grand duché d'Aquitaine dont les frontières étaient précisément décrites ; le roi de France Jean le Bon renoncerait explicitement à la souveraineté sur ces terres ; en échange, Édouard III renoncerait à la couronne de France et s'engageait à évacuer les forteresses qu'il tenait au royaume de France en dehors de ce grand duché d'Aquitaine. Le traité avait été juré par les deux grands représentants des deux rois, le Prince Noir, fils aîné d'Édouard III d'un côté, le Dauphin futur Charles V, fils aîné de Jean le Bon d'un autre côté ; il avait été également approuvé par les deux rois à Londres le 14 juin lors d'un grand banquet. Il ne s'agissait cependant pas encore du traité définitif qui devait être ratifié, juré et échangé par les deux rois lors d'une rencontre solennelle. Cette rencontre et cette ratification solennelle eurent lieu à Calais le 24 octobre. Toutefois, du pré-traité de Brétigny au traité définitif de Calais intervint une

⁶ Cf. *Delachenal*, Histoire de Charles V, t. I-II; *Autrand*, Charles V.

modification non négligeable : dans le traité définitif, on retira les stipulations figurant dans une partie du 11^e article et dans le 12^e article qui prévoyait l'échange des renonciations; le traité de Calais ne comprenait plus donc que 39 articles. Ces dispositions retranchées furent insérées dans un additif au traité intitulé d'après ses premiers mots « c'est assavoir ». Cet additif, que les deux rois jurèrent également, stipulait qu'aurait d'abord lieu le transfert des territoires, puis aurait lieu l'échange des renonciations dans un délai allant jusqu'à la saint André (30 novembre) 1361, au couvent des augustins à Bruges. À Calais par conséquent, en jurant solennellement sur le corps du Christ et sur les évangiles l'ensemble des documents qui constituaient le traité de paix finale, les deux rois n'avaient pas procédé à la double renonciation ; ils s'étaient simplement engagés à y procéder dans un délai d'un an.

Or l'échange de ces renonciations n'a jamais été réalisé. La faute en revient incontestablement au roi d'Angleterre qui s'est obstinément refusé à prononcer cette renonciation à la couronne de France qu'il aurait dû effectuer, malgré les demandes pressantes de Jean le Bon et même, peut-être, l'attitude au départ plutôt favorable à la réalisation du traité de Charles V. J'ai essayé ailleurs de montrer qu'Édouard s'était pris en quelque sorte à son propre jeu : son honneur royal lui interdisait de prononcer cette renonciation qui aurait été politiquement si opportune⁷.

Le traité fut rompu ou plutôt il fut déclaré par la partie française en 1368/1369 non exécuté par le roi d'Angleterre et donc nul et non avenu. La remise en cause du traité de Brétigny-Calais comme traité de paix finale a en réalité une histoire qui ne se résume pas à sa rupture *de facto* en 1369 mais elle fait l'objet d'un processus de longue durée, signe de l'enjeu que ce traité est resté pendant longtemps. L'on peut identifier trois phases dans la remise en cause du traité de Brétigny-Calais par la partie française.

La première est celle qui a lieu en 1368/1369 : appuyé sur de nombreux avis de légistes, Charles V ne rompt pas le traité mais déclare qu'il en a fidèlement rempli les clauses ; en revanche il n'en est pas de même pour la partie anglaise. Le roi d'Angleterre en effet n'a jamais effectué la clause de renonciation à la couronne de France alors que le traité l'obligeait à y procéder dans un délai d'un an ; par conséquent, le roi de France conserve sa souveraineté sur les territoires cédés au roi d'Angleterre. Il peut recevoir les appels gascons et affirmer sa souveraineté sur la Guyenne sans que le souverain anglais puisse prétendre qu'il n'a pas fait ce à quoi le traité de Brétigny-Calais l'obligeait. Une telle attitude est au

⁷ Cf. Moeglin, L'honneur d'Edouard III.

contraire parfaitement conforme au traité de paix. C'est ce que démontre très clairement la première partie de la réponse faite par le roi et son conseil à la « bille » de 1369 dans laquelle Édouard III sommait Charles V de remplir les conditions du traité de paix et de refuser les fameux « appels gascons » : « Que le roy d'Angleterre et son Conseil ne se doivent point merveillier de ce que le roy de France a receu les appellacions dessus dites, car par le traictié de la paix [= le traité de Brétigny-Calais], le roy Jehan, dont Dieux ait l'ame, avoit promis à surseoir de user des dites souverainetez et ressorts jusques à certain temps, c'est assavoir jusques à la Saint-Andrieu qui fu l'an LXI, si comme par le traictié de la dite paix puet apparoîr, et par especial en une lettre en la quelle est contenue la clause : c'est assavoir. Et ne povoit reffuser les dites appellacions, veues les sommations et requestes d'iceuls appellans, qu'il ne leur fausist de justice et qu'il ne pechast mortellement, veu le dit traictié de la paix »⁸ ; et la réponse du roi de France insiste lourdement sur cet aspect : lui-même a respecté en tout point le traité conclu : « par le dit traictié de la paix, en la clause c'est asavoir, les dites souverainetez et ressorts demeurent au roy de France, en autel estat comme elles estoient au temps du traictié de la paix, sanz ce que elles puissent estre dictes ou réputées transportées au roy d'Angleterre, par lettres quelconques, comprises ou dit traictié, ou autres données ou à donner par dit quelconques »⁹ ; et plus loin encore, toujours à propos de la question de la réception des appels : « en ce n'a riens fait contre la paix, mais selon la forme et teneur d'icelle »¹⁰. Le roi de France a donc parfaitement respecté les obligations qui lui incombaient en vertu du traité de paix et le roi d'Angleterre va au contraire contre le traité de paix lorsqu'il fait la guerre au roi de France sous prétexte qu'il a reçu les appels gascons : « en venant par pluseurs foiz et par pluseurs manières contre le traictié de la paix ». Dans un second temps, la réponse du roi de France démontre que si lui-même a parfaitement respecté ce à quoi il était obligé en vertu du traité vis-à-vis du roi d'Angleterre, l'on ne peut en revanche en dire autant du roi d'Angleterre qui, lui, a violé de manière éclatante les obligations que lui fixait le traité vis-

⁸ Chronique des règnes de Jean II et de Charles V, vol. II, 87–88.

⁹ *Ibid.*, 90.

¹⁰ *Ibid.* L'on trouve encore bien d'autres références au traité de paix que le roi de France assure avoir parfaitement respecté, par exemple p. 92 « le roy de France n'a fait aucuns actemptaz contre la dite paix en recevant les dites appellacions, ainçois a fait ce qu'il povoit et devoit faire par la dite paix [...] la quelle chose ne soufifist pas, considéré la fourme du traictié de la paix [...] les quelles choses il convenist par le traictié de la paix ... (p. 93) certaines terres, les quelles, par le traictié de la paix, ne regardent en riens le fait des renonciacions ... et le roy de France dit que elles ne doivent point appartenir au dit roy d'Angleterre par le traictié de la paix ».

à-vis du roi de France : « Et pour ce que plus clerement appere l'entende-ment des choses dessus dites, et pour monstrar les justificacions du roy de France en ces choses, s'ensuivent ci-apres aucunes requestes que le roy de France lui dut faire par le traictié de la paix, et les quelles les mes-sages du roy de France dessuz diz ont faites au dit roy d'Angleterre; mais ycelui roy d'Angleterre, ne son Conseil, n'y ont fait ne voulu faire res-ponse »¹¹ et la réponse d'énumérer toutes les entorses du roi d'Angleterre au traité, le fait par exemple qu'il n'a pas fait évacuer les forteresses que tenaient en son nom dans le royaume de France les routiers ; le tout mar-telé de clausules « comme au dit traité de paix » ; « comme par traité de paix » ; « comme par le dit traité de paix »¹². Charles V avait donc parfaitem-ent respecté le traité de Brétigny-Calais ; c'était le roi d'Angleterre qui s'était mis en tort.

En 1372, lorsque les deux adversaires font mine, pour peu de temps, de reprendre les négociations sous l'égide des représentants du pape, c'est encore ce même point de vue que martèlent les instructions données aux représentants du roi de France¹³. La première partie du document est une sorte d'art de négocier, c'est-à-dire d'instruction sur la manière de laisser l'autre découvrir son jeu sans découvrir le sien ; la seconde partie (à partir de l'article 8) est une longue réfutation des prétentions que les représentants du roi d'Angleterre pourraient émettre à partir du traité de Brétigny-Calais ; l'importance des modifications apportées par le passage du pré-traité de Brétigny au traité définitif de Calais y est clairement soulignée et il est parfaitement établi que c'est le roi d'Angleterre et le Prince son fils « qui ont rompu la dite paix et aussi ont forfait tous les demaines qu'ils auoient ou royaume de France tant par la paix comme autrement »¹⁴.

La seconde phase de la remise en cause du traité se situe en 1376-77 lors de l'épisode final des négociations de Bruges. Elle s'appuie sur la dé-monstration des années antérieures mais lui donne une nouvelle dimen-

¹¹ *Ibid.*, 102-103.

¹² *Ibid.*, 103 : « La première : Comme ou dit traictié, entre les autres choses, est contenu ou xxvii et ou xxviii articles, et sur ce faites lectres des II roys, que le roy d'Angleterre est tenuz de faire widier et délivrer, à ses propres coux et fraiz, toutes les forteresses, prises et occupées par lui, par ses subgiez, adherens ou aliez ou royaume de France [...] La seconde : Comme entre les II roys, par le dit traictié de la paix, soient faites et passées alliances contre toutes personnes [...] La quinte : Que comme par le traictié de la paix il soit dit, c'est assavoir ou IXE article [...] La sizieme : Que, comme par le dit traictié de la paix les souverainnetez et ressors du Roy nostre sire lui doivent demourer entièrement,... ».

¹³ *Perroy, Anglo-French Negotiations*, 69-74.

¹⁴ *Ibid.*, 72.

sion. Face à l'ultime proposition de conciliation entre les deux adversaires envoyée par les deux nonces pontificaux à Charles V – elle prévoyait la remise au roi Édouard III en toute souveraineté d'une « petite » Guyenne – Charles V remit à l'abbé de Saint-Vaast une cédule extrêmement claire : il était hors de question qu'il renonce à la souveraineté sur quelque portion du territoire du royaume de France tout simplement parce qu'il n'en a pas le droit ; et dans la foulée, le roi remettait en question le traité de Brétigny-Calais : le traité était en soi illégal ; lui-même n'y avait consenti que parce qu'il lui fallait tout faire pour libérer son père ; par miracle, le roi d'Angleterre l'avait tiré d'affaire en ne prononçant pas la renonciation qu'il devait faire et en rendant ainsi caduque l'obligation réciproque du roi de France mais, et c'est là le point important, même si le roi d'Angleterre avait fait les renonciations, elles n'auraient pas eu de valeur : « Si tiennent les sages que supposé que faites eussent estée, si n'eussent elles eu valeur pour les raisons dessusdites ... »¹⁵. Le traité de Brétigny-Calais ne pouvait véritablement engager Charles V et n'aurait en tout cas pas engagé son fils qu'il n'avait pas le droit de priver de son héritage. Parallèlement, dans le *Songe du Vergier*, rédigé selon son éditrice entre le 16 mai 1376 et le 6 février 1378¹⁶, en deux chapitres qui, pour l'essentiel, n'ont pas de correspondant dans la version latine¹⁷, le chevalier dénonce de la même façon le traité de Brétigny-Calais ; il démontre d'abord que la partie anglaise ne peut invoquer les clauses du traité de Brétigny-Calais : le traité de Brétigny lui-même ne peut être allégué car il ne s'agissait que d'un document préparatoire et non un traité définitif ; quant au traité définitif de Calais, il laissait la souveraineté au roi de France et les renonciations n'ont jamais

¹⁵ « la iiie si estoit pour cause de son ainsné fils le Dolphin auquel il avoit semblable affection que ses peres avoit eu a lui et ses predecesseurs avoient eu a leurs enfanz, lesquelz avoient laissié leur royaume tout enterin sens diminucion de ressort et souverainneté chascun apres soy aux rois. Et se il mesmes consenti autrefois au contraire, ce estoit pour cause de recouvrer et geter son père de prison, laquelle chose li estoit de raison moult necessaire. Si est avenu ainsi que par miracle que en faite des Angloiz ce n'avoit eu effect que par grant malice n'avoient volu pour lors les renunciacion etc. Si tiennent les sages que supposé que faites eussent estée, si n'eussent elles eu valeur pour les raisons dessusdites. Et aussi a cause dudit Dolphin, il y purroit avoir ancores un trop grant inconvenient, car quant il se sentiroit roy et aagié, il se purroit doloir de ceux qui ainsi auroient conseillé le Roy a present qui autrement auroit laissié son royaume a lui que n'auroient ses predecesseurs à son père, de quoy il les purroit grever a mort et pourroit estre cause de nouvelle guerre et de rompre ceste paix se ainsi estoit faite ... » (*Perroy, Jean le Fèvre*, 296).

¹⁶ *Schnerb-Lièvre*, Le songe du vergier, XLIX-L.

¹⁷ *Ibid.*, LIII.

été échangées¹⁸. On note au demeurant que la vision du traité de Brétigny-Calais que donne l'auteur du *Songe du Vergier* a évolué depuis la réplique de 1369 ; si dans le document de 1369, le roi de France mettait d'abord longuement en avant le fait que le roi d'Angleterre avait omis de prononcer la renonciation à la couronne de France qui conditionnait la renonciation du roi de France à la souveraineté sur l'Aquitaine, il n'est plus fait mention de cela explicitement dans le *Songe du Vergier* ; l'auteur insiste seulement, en exagérant beaucoup, sur le fait que le roi de France avait dans le traité de Calais explicitement réservé sa souveraineté. En revanche, l'accent est clairement mis sur les multiples entorses que le roi d'Angleterre aurait faites aux obligations qui lui incombait d'après le traité de Calais, laissant le royaume être mis à feu et à sang contrairement à ses engagements¹⁹. Que le *Songe du Vergier* mentionne à peine le fait que le roi de France avait tout de même promis de renoncer sa souveraineté, même s'il n'a pas eu à le faire, s'explique par la suite de sa démonstration dans ce même chapitre, en parfait accord avec la cédule de l'abbé de Saint-Vaast : le roi de France n'avait pas et n'a pas, en réalité, le droit de renoncer à sa souveraineté : « concluons donques, par lez raysons cy dessus touchees, que la ditte alienacion de la souveraineté et du ressort, selon Droit et selon rayson, ne povet, ne ne devoit sortir aucun effect »²⁰. L'engagement que Jean le Bon avait pris dans le traité de Calais n'avait aucune valeur ; le traité était nul et non avenu²¹. La même argumentation contre la valeur du traité de Brétigny-Calais que les Anglais voudraient invoquer à l'appui de leur droit se retrouve dans les « réponses faites en

¹⁸ *Ibid.*, 277 : « primierement car le roy de France ou traictié qui fust fait a Calays, par mos exprés et par protestacion, retint et reserva la souveraineté et le darrenier ressort de Guyenne. Et si ne devés mie alleguer le traitié de Bretygny, car celluy traitié ne fust onques aconpli ne parfait, mez se rapporterent lez trac-teurs a tout ce que lez Roys y voudroient ajouster ou dyminuisier, ouquel traitié de Calays il fust assez dit que le Roy sursoiret d'user de sa souveraineté et ressort en Guyenne, jusques a un an tant seulement, et de ce ressort, ne possession en pro-priété ne furent onques transportés au roy d'Angleterre ».

¹⁹ C'est aussi la perspective de la *Chronique des quatre premiers valois* sur le traité : « Et pour ce que les Angloiz n'accomplissoient pas bien le traictié et que en plusieurs manières l'avoient enfrant tant par les compengnes que par plu-sieurs autres meffaiz, Charles, le roy de France, tramist messagers au roy d'Angle-terre, c'est assavoir le comte de Sallebruce » (*Chronique des Quatre Premiers Va-lois*, éd. *Luce*, 197).

²⁰ *Schnerb-Lièvre*, Le songe du vergier, 286.

²¹ Il est intéressant de constater que c'est exactement au même moment qu'a été fait le grattage dans le manuscrit de l'*ordo du sacre* que Charles V avait fait éta-blir en 1365 afin de rajouter dans le serment du roi l'engagement de ne pas aliéner les biens de la couronne, cf. *Delachenal*, Histoire de Charles V, t. III, 82 ; cf. aussi les références données par Žurek, L'usage comparé, t. II, 233.

1389 » par la partie française lors des négociations, décisives, de Leulinghen : « item quant a la paix de l'an lx, a ce que dient le roy d'Angleterre ou ses gens que – parce que lors le roy Jehan et les plus grans seigneurs du royaume estoient prisonniers et que le roy d'Angleterre tenoit grant foison de villes, chasteaulx et forteresses ou royaume – fust ceste paix plus raisonnable, mieulx causee et mieulx a tenir de la partie de France, etc. ... : response que le roy ne veult pas dire que lui et son père ne l'eussent tenue de son costé, ce qu'il ne fist pas, comme dessus a esté montré. Pour quoy le roy fust deslié des obligacions, sermens et seurtez apposéz ou traicté de ladite paix. Et de present, le roy est franc et en plaine franchise, et n'est pas – Dieu mercy – si abstraint ne en telle nécessité qu'il doye faire une tele paix si dommageable que fist son ayeul l'an lx. Et oultre, ladite paix fut desraisonnable, en tant qu'il fut dit et accordé par icelle que, par certaine forme et maniere, le roy renonceroit aux hommaiges, ressorts et souverainetés des terres et païs qui furent baillies au roy d'Angleterre; les quelz hommages ressorts et souverainetez de droit et de raison ne peuvent estre separez de la couronne de France »²², et le texte continue en énumérant longuement les multiples atteintes faites par le roi d'Angleterre à ses engagements du traité de Brétigny-Calais²³.

Le chroniqueur normand de la Chronique dite des quatre premiers Valois pouvait ainsi bien écrire à la fin du XIV^e siècle en parlant du traité de Brétigny que le Dauphin avait accepté le traité de Brétigny « à son tres grant grief et prejudice de lui et du royaume dont il estoit le droit héritier, nonobstant ce, pour mettre son père hors de prison et des mains de ses ennemis ... Trop fut ce traictié legierement accordé eu grant grief et prejudice du royaume de France ... Et si prejudicia trop ce dit traitté à la couronne de France. ... Il est à supposer que ceulx qui firent ce dit traitté le firent à bonne entencion à leur adviz au bien du royaume et pour la delivrance du roy Jehan de France.»²⁴. Et Christine de Pisan parlait de la « déshonorabile paix »²⁵.

La remise en cause du traité de Brétigny-Calais par la partie française va enfin connaître une troisième phase, complémentaire des deux premières mais plus radicale encore. Elle repose sur l'idée que les Anglais ne

²² Ce texte a été recopié par Jean de Montreuil – il y avait accès en tant que secrétaire de la chancellerie – et utilisé par lui dans ses œuvres polémiques ; il est édité à partir de cette copie de Jean de Montreuil dans *Montreuil, Opera*, III, 79–80.

²³ La même argumentation revient dans la première pièce du dossier de chancellerie constitué par Jean de Montreuil « La matiere au vray de la guerre d'entre les roys Grossement abregee », *Montreuil, Opera*, III, 53–76.

²⁴ Chronique des quatre premiers valois, éd. *Luce*, 116–117.

²⁵ *Ibid.*, 546.

respectent jamais un traité de paix; ils n'en concluent que pour tromper l'autre partie.

L'idée avait déjà été esquissée par Charles V au cours des négociations des années 1370 lorsqu'il dénonçait la non-application du traité de Brétigny-Calais par le roi d'Angleterre et refusait d'accepter une nouvelle version du traité de paix : il ne servait à rien de vouloir renégocier un nouveau traité avec eux car, de toute manière, ils ne le respecteraient pas plus que celui de Brétigny-Calais. Développée de manière quelque peu circonstancielle par Charles, elle devient dans la première moitié du XV^e siècle un *leitmotiv* de l'argumentation française.

Après la chute de Richard II et le coup d'état des Lancastre, se développe en effet un genre nouveau, celui des traités polémiques contre les Anglais, qui va connaître un grand succès pendant les trois premiers quarts du siècle²⁶. C'est Jean de Montreuil qui inaugure dans les années 1406–1418 cette tradition. Il va en formuler les thèmes essentiels que ses épigones vont ensuite reprendre, moduler et développer en fonction du contexte politique dans lequel ils écrivent.

Jean de Montreuil est d'abord l'héritier des débats antérieurs au sujet du traité de Brétigny-Calais et il les reprend de manière détaillée. L'analyse du traité de Brétigny-Calais démontre que le roi de France n'a jamais renoncé à sa souveraineté, qu'il a rempli toutes les obligations qui lui incombaient mais que le roi d'Angleterre en revanche a accumulé les violations du traité. Par ailleurs, le traité de Calais, même si les Anglais l'avaient appliqué au lieu de le violer, n'aurait eu aucune valeur car il est fondé sur « faulz tiltre et injuste guerre »²⁷. Mais Jean de Montreuil va

²⁶ Sur les traités politiques anti-anglais au XV^e siècle, cf. notamment *Barbey*, La Fonction royale; *Pons*, La propagande de guerre française; *Ead.*, La Guerre de Cent Ans; *Ead.*, Ennemi extérieur; *Ead.*, La défense; *Daly*, 'Pour vraye connoissance avoir'; *Taylor*, Debating the Hundred Years War.

²⁷ *Traité contre les Anglais*, étape I, Montreuil, publié dans *Montreuil*, Opera, vol. II, 213 : « Pour respondre a cheulx qui, combien qu'ilz confessent par che qu'il est argué et montré par chy devant que le roy Edouart d'Angleterre n'ot onques droit a la couronne de France, toutteffoiz demandent ilz comment le roy de France se peut excuser qu'il ne tiengne et accomplisse ce qui fu fait et accordé entre lez roys de France et d'Angleterre par le traictié de Calaiz depuis la guerre commencée entre lesdiz roys, par lequel lez Angloiz debvoient avoir la duché de Guienne et la conté de Pontieu et de Monstereul et certaine grant somme d'argent. A quoy premierement on peut dire que ledit traittié estoit fondé sur faulz tiltre et injuste guerre, comme il est montré et declairié en che petit livre et ailleurs plus largement, et par consequent il ne deust lors par raison ne doibt maintenant avoir aucune vertus ou efficace pour les Angloiz ... et si on dit que le roy de France s'y lia et obliga et on doibt tenir sa parole et promesse, cechi est vray quant on le fait en liberté et a bonne et juste cause. Et tout le contraire est en nostre cas »; égale-

aussi plus loin en exposant, d'œuvre en œuvre et de rédaction en rédaction, qu'il est vain de vouloir conclure un traité de paix avec les Anglais car les Anglais sont par nature des gens déloyaux qui ne respectent pas les traités qu'ils conlient. Il répond ainsi à un interlocuteur imaginaire qui conseillerait de traiter avec les Anglais : « Maiz, l'autre dira, il vault mieulx traictier avec eulx. Et, je vous pri, quel traicité pensez vous qu'ilz vous tiengnt quant le roy Edouart mesme fist par deux foiz hommaige au roy Philippe de Valois ... Toutesfoiz rompi il tout ce en se nommant roy de France et en faisant rebellion et guerre. Maiz aussi, puis par le traictié de paix du temps du roy Jehan, qui si plainement et loyaulment et plus que loyaulment leur tint ses convenances et ce qu'il leur promist ... ; mais iceulx Angloiz se (garderent) bien d'y envoier et faire ce qu'ilz devoyent de leur costé ... »²⁸. En fait, martèle Jean de Montreuil, les Anglais « ne desirent riens tant que gaster et destruire ce royaume, dont Dieu le gart, et que a tous leurs voisins ilz ont guerre mortele, je les ay en tele abominacion et haine que j'aime ceulz qui les heent et hez ceulz qui les aiment »²⁹. Chez Jean de Montreuil, bien avant le traité de Troyes, une idée forte se faisait jour : le roi de France, son royaume et les Français sont en butte depuis quelque 70 ou 80 ans (selon le moment où Jean de Montreuil écrit) à une guerre de conquête et de pillage lancée par les Anglais ; ces derniers invoquent de faux prétextes dont ils savent bien eux-même l'inanité. Il ne sert à rien de vouloir conclure un traité de paix avec eux ; ils n'ont jamais eu la moindre intention de le respecter ; ils veulent simplement détruire et conquérir le royaume de France. Le traité de Brétigny-Calais montre bien d'ailleurs que les arguments des Anglais ne sont que de faux prétextes car comment le roi d'Angleterre aurait-il pu accepter de renoncer à son titre de roi de France si ce dernier avait quelque légitimité que ce soit³⁰ ? La seule attitude raisonnable vis-à-vis des An-

ment 201 « dudit traitié de Calais, qui toutefois estoit fondé sur desrainnable guerre et injuste querelle »; également p. 205 « et si cuidons estre certains qu'il est bien clerement monstré et declairié par cy devant, et est vérité, que le roy de France ne renonça onques a sa souveraineté, ne il ne le pouoit faire, car ycelle souveraineté est aussi inseparable de la couronne de France, ainsy a parler, comme est un corps d'ombre ».

²⁸ Jean de Montreuil, *Traité à toute la chevalerie*, daté de 1413 publié dans *Montreuil*, Opera, vol. II, 123–124.

²⁹ *Ibid.*, 126.

³⁰ Cf. par exemple *Traité contre les Anglais*, étape 1, dans : *Montreuil*, Opera, II, 174 : « et n'est point a presumer que, se le roy d'Angleterre eust fermement cudié ou sceu de certain qu'il eust eu droit a la couronne de France qu'il y eust renoncié ou offert a renoncer [comme il offri] pour la duché de Guienne et la conté de Pontieu et de Monstrereul qu'il disoit estre siennes de son hertage; et mesmement ou temps qu'il promist a y renoncer, que le royaume de France estoit en la plus

glais est donc de leur faire la guerre et de les chasser définitivement de France.

Cette démonstration de l'inanité de tout traité de paix avec les Anglais – des gens qui ne veulent pas la paix mais n'ont qu'un seul but, conquérir le royaume de France – va bien évidemment trouver une actualité particulière dans le contexte du traité de Troyes en 1420. Elle est en tout état de cause un élément central de la démonstration historico-juridique exposée par les auteurs de traités polémiques dans la première moitié du XV^e siècle³¹.

grande adversité qu'il feust onques. Ou qu'il faut qu'il deist un et pensast autre pour venir a son entente. ».

³¹ Cf. par exemple le traité anonyme *Débats et appointements* : « II est certain que, durant le temps que ledit roy Jehan estoit prisonnier, certain traictié fut pourparlé entre les François et les Anglois touchant la paix d'entr'eulx et la délivrance dudit roy Jehan; par lequel traictié, se ferme et complecté eust esté, devoient demourer audit roy d'Angleterre pluseurs villes et chasteaux estans ou pais de Guienne, de Gascoigne et de Guynes et Pontieu. Et cependant ledit roy Jehan morut entre leurs mains. Et puis par lesdites parties fut appointé et prins certain jour nommé pour estre et comparoir a Bruges en Flandres, pour enteriner et accomplir ledit traictié ainsi que pourparlé avoit esté; ausquelx lieu et jour lesdiz François comparurent et illec attendirent lesdiz Anglois par l'espace de trois sepmaines; lesquelx n'y alerent ne envoyerent aucunement. Et par ce ledit traictié fut nul et demourerent les choses dessusdictes comme non advenues. [...] Et ainsi povez clerement veoir et entendre par ce que dit vous ay paravant comment tous les roys, qui depuis (ledit commencement) ont esté en France, ont tousjours fait leur devoir, et assez plus qu'ilz n'estoient tenuz, pour nourrir paix et transquilité, eschever et fourir toute effusion du sang humain et tous autres inconveniens, ont tousjours quis paix avecques lesdiz Anglois et leur ont laissié aler de leur terres, baillé leurs filles par mariage avec grant somme de deniers, et semblablement prins de leurs filles et niepces par mariage. Mais nonobstant tout ce, lesdiz Anglois après lesdiz traictiez et mariages faiz, quant ilz ont eu la possession des terres et la saisine des deniers, ilz ont enfrainct leur serment et cassé lesdiz traictiez malicieusement et par fraude. Et tousjours ont en leur très grant tort recommencé la guerre comme il appert par ce que par avant est dit, combien qu'ilz eussent tout quictié ce qu'ilz avoient en France par le moyen desdiz mariages, excepté les terres dessusdictes esquelleles ilz n'avoient riens, et que mesmes ledit roy Edouart par son orgueil quicta tout ce qu'il avoit et tenoit en France par hommage, comme dit est; et non pour tant il n'y povoit ne devoit aucune chose demander car il n'y avoit ne devoit riens avoir Si povez et devez certainement savoir que les Anglois n'ont nul droit en la couronne de France ne esdices duchiés de Guienne et Normandie ne aussi en nulles des autres terres, et que la guerre qu'ilz ont faicte et font est faulse, desloyale et dampnable. Mais ils sont ung septe de gens maudite, contredisans a tout bien et a toute raison, loups ravissans, orgueilleux, pompeux, papelars, decevans et sans conscience, tirans et persecuteurs de chrestiens, et qui boivent et transgloutissent le sang humain, resemblans a la nature des oyseaulx de proye qui vivent de rapine et aux despens a leurs simples et debonnaires voisins.» (Pons, « L'honneur de la couronne de France », 17–79, ici 62–

Après 1453 et la prise de Bordeaux néanmoins, le roi de France avait réalisé le programme que les auteurs de traités polémiques l'appelaient à mener à bien ; il avait chassé de France les Anglais. Dans ces conditions, le roi de France était à nouveau fort intéressé à conclure un traité de paix

64, 66). Dans un autre traité anonyme, le *Fluxo biennali spacio*, à l'Anglais demandant s'il n'y a pas eu conclusion de trêves et de paix, le Français répond qu'elles ont toutes été violées par la faute des Anglais à cause de leur impiété, faute et malice : « multi enim tractatus initiati cum illo illustrissimo domino Johanne de Francia qui pro consummacione tractatus rediit Angliam, et ibi occisus. Et licet habueritis hominem, redemptionem habere vel petere non veremini in gladii viribus, quibus plures ex vestris quam ex nostris interempti, et longe plures habetis viduas et orphans quam nos, Dei misericordia, habeamus, justissimo Dei judicio illud disponente ut qui sanguinem sitis, sanguinem patiamini et bibatis » (*Pons*, « L'honneur de la couronne de France », 140–201, ici 193). Jean Juvénal des Ursins affirme à son tour dans le traité *Audite celi* : « Et quant au regard du traictié de Calaix qui comprint et corrige celuy de Bretigny fait l'an mil CCC LX, par lequel tu dis que Guienne [te] competa et appartint et aultrez terres sans ressort, foy, hommaige et souverainneté, je te respons par plusieurs moyens. Car le roy Jehan, ne son filz, ne le povoient faire, pour ce que s'estoit une alienación, et le roy ne peut aliener son demaine, comme dessus est dit; et au moins ne pourroit il valablement renoncer au ressort et souverainneté et hommaige lige, et ne pourroit on faire que ilz se separassent et feussent ostés de la personne du roy, car ilz sont annexés à la couronne, et ne sauroit on faire que quicuncques seroit roy n'eust l'ommaige, ressort et souverainneté de tout le royaume, et mesmement des XII pers, qui soustiennt ladite courone et qui sont astraincts a la garder et conserver, dont Guienne est l'une des principales. » (*Lewis*, Écrits politiques de Jean Juvénal des Ursins, vol. 1, 206–207). Et Jean Juvénal poursuit avec une réfutation juridique du traité de Brétigny-Calais dont les clauses n'ont de toute façon pas été respectées par le roi d'Angleterre. Le *traité compendieux* du même Jean Juvénal contient également une critique en règle du traité de Brétigny qui n'aurait jamais dû être conclu : « [[Comment le traictié de Bretigny estoit fait contre toute raison, et comment ceulx qui le firent et accordèrent ne le povoyent faire accorder ne promettre tenir; et aussi comment les Anglois le rompirent ... » (*ibid.*, vol. 2, 132). Le traité était juridiquement impossible (le roi n'a pas le droit d'aliéner les terres du royaume) et de toute façon absurde : « [E]t encores, qui voulroit aulcunement/arquer, il semble que au dit traictié de Bretigny y eult faulte evident, car il est contenu es lectres faisans mention des renonciations que le roy Jehan de France et son ainsné filz devoyent renoncer ausditz souvraineté, ressortz, foy et hommage, et après le roy d'Engleterre ou royaume et a la couronne de France, et devoyent faire cessions et transportz d'un costé et d'autre. Or est il vray que le dit Edouart contre raison ne tenoit point le roy Jehan roy de France : de lui demander doncques de renoncer a ce que partie adverse ne confessoit pas qu'il eust, s'estoit une inepte demande ... » (*ibid.*, 134–135). Robert Blontel réfute également la validité du traité de Calais-Brétigny dans son *Oratio historialis* écrite vers 1450 : « remonstrant que, depuis la premiere guerre d'entre les deux royaumes de France et d'Angleterre, qui commença du temps du vieil roy Edouart, jusques au temps cy devant declaré que cedit livret fut fait, ont été fait, par plusieurs foiz et en divers temps, jusques a douze traitez que lesdits Anglois avoient et ont tous fraudeusement et faulcement rompus contre les seremens des feaultez qu'ilz avoient sollemp-

finale avec les Anglais dans lequel ces derniers reconnaîtraient qu'ils n'avaient ni aucun droit à la couronne, ni aucun droit sur quelque territoire français que ce soit. Dans un traité du début des années 1460, appelé d'après ses premiers mots « Pour ce que plusieurs » – texte qui allait avoir un succès considérable et qui fut notamment imprimé à plusieurs reprises dès la fin du XV^e siècle – l'auteur (sans doute Guillaume Cousinot le jeune) dressait une synthèse magistrale de toute l'argumentation que ses prédécesseurs avaient réunie contre les prétentions anglaises : mais il s'agissait désormais de convaincre la partie anglaise de conclure un traité de paix finale dans lequel elle renoncerait à toutes ses prétentions. L'auteur reprend donc le dossier du traité de Brétigny-Calais – une réfutation qui lui semble presque éculée tant elle a été si souvent fournie³². Les arguments qu'il donne sont les arguments classiques sur le fait

nellement faiz et jurez tenir a la couronne de France, et denyé les devoirs qu'ils y debvoient a cause et par raison des terres et seigneuries qu'ilz en tenoient par quoy, vuez les moiens et les raisons contenues et declarées en ce dit livret, l'en pourra congnoistre clerement que lesdits Anglois n'ont aucun droit ou tiltre valable ne coulouré en tout ne en aucune partie de ce royaume de France, et que jamais les François ne doibvent contracter ou faire traictié avecques eux ne y avoir fiance. [...] Puis que par les gestes cy devant remenbrées nous appert clerement que toutes et chascunes les alliances et ralliances des roys de France et des roys d'Angleterre (qui) depuis la premiere guerre d'entre les deux royaumes de France et d'Angleterre jusques a ore ont esté tousjors par eux rompues et nostre chose publicque de France destruict, qui sera desormaiz homme françois si simple de croire que la postérité de si desloiaulx tirans nous tiengne promessene foy plus ferme que leurs peres ont fait? Certes je ne croy pas que jamais homme de sain entendement s'y fiaist, car aussi les enffans yssuz de mauvaise semences ont communement pires que leurs parens. Qui sera donc si aveugle François de oser conseillier que les trêves et alliances, nagueres par les Anglois requises et par eux mesmes sans deffier rompues, soient reiterées de plus belle? Et n'est point encores apparu a noz predecesseurs ne a nous François que les dictes ronptures de paix ne aucune d'icelles aient oncques esté fäictes pour cause raisonnable, mais tousjors par la malice exquise et mauditice convoitise desdiz Anglois. Et pour ce ne se doit aucun a hurter a croire que l'ambicion des Anglois de dominer sur nous François pour y temporiser longuement, se diminue ou appetice, car pour certain la lecherie qu'ilz ont trouvée et trouvent en possidant noz biens qu'ilz ont ravis, et joyssent des delices de ce royaume dont ilz sont devenuz gras comme porceaulx, les enflameroit plus ardemment a vouloir transglouter le surplus qui nous veoient encor avoir, que de lessierde leur gré ce qu'ilz en tiennent» (Robert Blondel – *Oratio historialis*, dans : *Blondel*, Œuvres de Robert Blondel, 365, 451).

³² « Et pour ce que les Anglois se vantent depuis toutes ces choses que au traité de Bretigny toutes ces questions et debas furent appointiez et que par traitié de paix final et que a tort et sans cause on les en a forclos et déboutés. Responce. Le traitié de Bretigny a esté par tant de foiz debatu et en tant de lieux et en la presence de tant de princes et de prelas et meismez de nostre saintc pere et des legas et autrement que chascun a peut assez et puet congnoistre que les Anglois n'ont aucune cause ... » (Taylor, Debating the Hundred Years War, 105).

que les Anglais ont multiplement violé les clauses du traité ; mais il n'est plus nécessaire, en ce début des années 1460 où la présence anglaise n'est presque plus qu'un mauvais souvenir et où l'on voudrait conclure un traité de paix finale, de signaler l'illégitimité du traité, et moins encore d'exposer qu'il ne sert à rien de conclure un traité avec les Anglais. L'auteur ne reprend donc pas ces deux points de l'ancienne argumentation³³.

* * *

Si les propagandistes du roi de France ont consacré un tel intérêt, longtemps après qu'il avait été conclu, au traité de Brétigny-Calais, c'est évidemment parce qu'ils étaient confrontés à l'utilisation de ce traité par la partie anglaise. Les protestations anglaises contre la rupture du traité ne se limitent en effet pas à la protestation solennelle émise par Édouard III en 1369 avant qu'il ne reprenne son titre de roi de France. Le traité de Brétigny-Calais, qui avait été objectivement un succès majeur de la diplomatie anglaise, n'a en effet jamais été oublié en Angleterre.

Les chroniqueurs anglais tout au long de la seconde moitié du XIV^e siècle donnent un grand écho à la conclusion du traité, rapportent longuement la manière dont il a été conclu et ratifié solennellement conformément à toutes les règles en vigueur, muni des garanties les plus sacrées ; ils en donnent également le long contenu.

La diplomatie anglaise s'y est référée fréquemment dans les négociations entre les parties française et anglaise et ceci bien longtemps après que le traité soit devenu caduque ; ainsi les pouvoirs donnés le 8 juillet 1395 par Richard II aux ambassadeurs qu'il envoyait à Paris négocier un (impossible) traité de paix finale devaient par exemple réclamer « toute la duchee de Guyene ... [avec toutes ses appartenances] ... si entierement et si avant come ils estoient grantez au roy Edward en le darrein pees et

³³ Cf. *Taylor*, Debating the Hundred Years War. Après une longue reprise des arguments traditionnels prouvant que c'est le roi d'Angleterre qui n'a pas respecté le traité, l'auteur est en mesure de conclure à l'inanité des prétentions que les Anglais pourraient vouloir asseoir sur le traité de Brétigny-Calais : « Au moyen des quelles choses dessus declairiez est tout cler, notoire et manifeste que a bonne et juste querele non obstant le traitié de Bretigny, les predecesseurs du roy qui a present est depuis le temps du Roy Charles le Ve jusques a leur trespass et au droit et moyen d'eulx, le roy qui au jour d'huy regne a bon et juste tiltre en la duchié de Guyenne et en toutes les autres terres et seignouriez estans de present en son obeissance que les Anglois souloient tenir ou royaume de France, ensemble es terres de Calais, Guynes et autres que iceulx Anglois tiennent ainçoiros et occupent oudit royaume, et que a tort et sans cause lesdis Angloiz a cause dudit traitié de Bretigny ne autrement en font aucune question ou demande. » (*ibid.*, 110).

accord que se fist a Caleys entre luy et le roy Johan de France »³⁴. Après la chute et l'assassinat de Richard II, lorsque s'engagent de difficiles discussions avec la partie anglaise autour de la restitution de la jeune épouse de Richard, Isabelle, et surtout de sa dot et de son trousseau, les ambassadeurs anglais invoquent la rançon non payée du roi Jean telle qu'elle avait été fixée par le traité de Calais pour refuser de rendre la dot et réclamer le reliquat³⁵. Les ambassadeurs d'Henri V l'invoquent à leur tour lorsque leur roi tente d'arracher de vastes concessions à ses adversaires, par exemple dans les ultimes négociations qui précèdent la campagne d'Azincourt³⁶ ou bien lors des négociations d'Alençon en novembre 1418; signe de l'importance accordée par les Anglais à ce traité de paix, le traité reçoit désormais le nom dans ces documents de « grande paix » (« magna pax » ; « greet pees »)³⁷. De fait, la chancellerie anglaise avait soigneusement conservé le traité dans ses archives et l'a fait recopier à différentes reprises³⁸. Encore, vers 1500, l'on fait recopier dans un registre tous les documents de la paix de Brétigny-Calais.

Le roi d'Angleterre n'a donc jamais admis la remise en cause du traité de Brétigny-Calais ; pour lui, ce traité gardait toute sa force et devait simplement, enfin, être appliqué par la partie française.

En même temps pourtant, les Anglais ont été à l'évidence gênés par les arguments français remettant en cause la validité du traité. Il est significatif à cet égard de noter l'oubli qui se manifeste dans l'historiographie anglaise du fait que le traité de Brétigny avait fait l'objet d'une nouvelle rédaction à Calais qui avait abouti à sortir du traité proprement dit les deux clauses essentielles concernant la double renonciation. Le processus complexe d'aboutissement du traité n'est jamais clairement reconstruit dans l'historiographie anglaise comme il l'avait été dans la continuation des Grandes Chroniques de France réalisée sur l'ordre de Charles V

³⁴ Palmer, England, France and Christendom, 256, cf. également 169–170.

³⁵ Rymer, Foedera, t. VIII, 315.

³⁶ Chronique du Religieux de Saint-Denys, vol. 3, 524 : « quarum rerum et possessionum, rigore tractatus finalis pacis, recolendissime memorie Eduardus, progenitor domini nostri regis, pacificam possessionem adeptus est et nonnullis temporibus in pacifica possessione permansit et quieta ... ».

³⁷ Protocole des négociations dans Rymer, Foedera, t. IX, 632–645 ; cf. aussi *ibid.*, 779 ; cf. Fresne de Beaucourt, Histoire de Charles VII, vol I, 287. Un mémoire anglais contemporain intitulé « the causes why that the king disposereth hym to trete with the Dauphin ayeinst the duc of Bourgogne been theese that foloweth » (Harris, Proceedings and ordinances, t. II, 350 et BNF Bréquigny 80,f. 50) recommandait d'entrer en négociations avec le dauphin mais de ne négocier que sur les bases de ce qu'on appelait la « grande paix » (the « greet pees », *ibid.*, 352), c'est-à-dire le traité de Brétigny, avec en plus l'abandon de la Normandie tout entière.

³⁸ Cf. Gransden, Historical Writing in England, t. II, 203, n. 67.

par son chancelier Pierre d'Orgemont. Ainsi le *Chronicon anonymi cantuariensis*, une continuation du *Brut* latin sans doute écrite en 1367³⁹ célèbre l'avènement d'une juste paix entre deux rois et leurs royaumes grâce au traité de Brétigny-Calais ; il est considéré comme l'aboutissement de tous les efforts anglais. Le centre de la chronique est bien l'exposé du traité de Brétigny-Calais dont la conclusion à Calais est solennellement rapportée et dont toutes les clauses sont énumérées. Toutefois, l'auteur a repris la version conclue à Brétigny sans tenir compte des transformations faites à Calais⁴⁰. L'auteur de *l'anomimale chronicle* qui va de 1333 à 1381 expose qu'une paix en bonne et due forme a été conclue entre les rois et leurs royaumes en 1360 ; il s'agissait bien d'une paix complète et définitive ; il ne fait aucune allusion à des renonciations qui n'auraient pas été échangées, ni même à l'existence de deux versions du traité, celle de Brétigny et celle de Calais, mentionnant simplement que le roi anglais s'était engagé à « laisser les armes et le nom de France »⁴¹. Le chroniqueur Henry Knighton qui écrit dans les dernières décennies du XIV^e siècle (sa chronique se termine en 1396) donne seulement un extrait du traité sous la forme d'un résumé des concessions territoriales du roi de France ; il ne dit rien sur le renoncement à la couronne de France de la part du roi d'Angleterre⁴². Thomas Walsingham à son tour, le grand chroniqueur anglais de la fin du XIV^e siècle et du début du XV^e siècle, ne reprend lui aussi que ce qui concerne la remise de territoires et la rançon du roi français ; il ne fait aucune allusion à l'échange des renonciations ni même à la question du titre de roi de France. Il donne d'ailleurs un récit très lacunaire de l'établissement et de la ratification du traité et ne fait qu'une allusion rapide à l'existence de deux phases, Brétigny et Calais, sans signaler que Calais a apporté une modification importante.

³⁹ Scott-Stokes/Given-Wilson, *Chronicon anonymi cantuariensis*.

⁴⁰ Pourtant l'auteur sait que la version de Calais a été modifiée : « premiere-ment, il a iuré, conferme et approuve par serement la paes et tot la accord fait a bretigny par la manere q'il est escript et depuis corrigie a caleys, et ycelui es touz ces poynz et articles, pour tant come luy touche accomplir ... » (*ibid.*, 106).

⁴¹ The *anomimale chronicle*, ed. *Galbraith*.

⁴² « Circa translationem sancti Thome transit Johannes de Valoys rex Francie et alii prisonarii ad Calesiam et tractauerunt cum proceribus de concordia et finali pace inter regna Anglie et Francie. Et concordatum est sub tali forma. Rex Anglie habere debet totam Aquitanniam et Vasconiam pro perpetuo absque reuerso. Civitatem quoque de Peyters cum castello» (*Knighton, Chronicle*, éd. Martin, 180) ; « et ad ista firmiter et inuiolabiliter perpetuis temporibus obseruanda, iurauerunt utrique reges super sacramento corporis Iesu Cristi. Simili modo iurauerunt magnates utriusque partis pro se et heredibus atque successoribus suis, coram iii archiepiscopis et viii episcopis, cum indenturis per sigilla ambarum parcium munitis, et pro redempcione regis Francie darent ... » (*ibid.*, 182).

Walsingham avait en revanche beaucoup insisté sur le fait que cette paix avait été demandée par les Français⁴³.

Dans ces conditions, la « rupture » du traité de Brétigny-Calais est évidemment décrite par les chroniqueurs anglais comme un viol scandaleux de la parole donnée, un témoignage d'extrême perfidie ; elle a totalement pris de court le roi anglais qui ne pensait, lui, qu'à remplir parfaitement les conditions du traité⁴⁴. Thomas Walsingham rapporte ainsi comment, alors que Charles V avait déjà lancé ses hommes à la conquête du Ponthieu, il envoyait d'un autre côté à Édouard III des pipes de vin et l'assurait qu'il allait remplir toutes les conditions du traité de Calais ; Édouard III refusait donc de croire aux avertissements que son fils le Prince Noir lui envoyait ; tout cela n'avait pas empêché les Français d'attribuer malicieusement et frauduleusement aux Anglais la cause de la rupture de la paix (« causam fractionis pacis »)⁴⁵. D'autres chroniqueurs laissent entendre que le roi de France n'avait jamais eu l'intention de respecter le traité de paix mais n'attendait que le moment opportun pour le rompre. Selon Henry Knighton, la perfidie française s'était révélée de façon éclatante lors de la venue à Londres du roi Jean le Bon en 1364 ; Jean aurait fait secrètement réunir par ses hommes de main des quantités considérable d'or et d'armes qu'il voulait faire passer sur le territoire français afin de reprendre la guerre; mais lorsqu'il a vu qu'il allait mourir, sur son lit de mort, il a confessé sa perfidie, il a également reconnu qu'il

⁴³ *Walsingham*, Historia anglicana, t. I, 290–294.

⁴⁴ « Mesme celle an mille CCCLXIX monsire Charles roi de Frauns malicieusement pensaunt coment la acorde fuist fait parentre le roi Dengleterre Edward le tierce, et luy sur certains condicioneis avaunt parles lesqueux ne furent pas profitables a luy come il fuist avyse ne plesaunt a sa volunte, purceo ne voldroit il tener les ditz covenantz avaunt faitz, mes denaturelement et tortuousement et en contre soun serement qil avoit fest, enfreyna la peas et les ordinaunceis avaunt ordinez par commune conseil et assent des ambedeux les roialmes, mandaunt soun efforce du Frauns sur les terres et seignourage le roi Dengleterre, pur destruyer les ditz terres, corauns sur les liges gentz le dit roi demurauntz en Pountif et en autres pais, ravisaut del dit roi Dengleterre diversez cites, villes et burghes et countes et seignouryez, del queux le unez furent appertenantz a luy par decent de heritage et les unez par acorde fait parentre les deux rois et lour conseil purceo qil deveroit lesser outrement le noune et les armes de Frauns ... Et de ses affers et de sa inuite novelis vendrent al roi en Engleterre qe fuist en purpose et bone volonte de vivre peiseblement et loialment tener les covenantz et ordinaunceis avaunt faitz; et pur ceo durement se amerolla de celle affaire maundaunt ses lettres au dit roi du Frauns et as autres seignours des cestz inuires et extorciones a luy faitz, priaunt de redresce et amendes saunz pluis debate fair. » (The Anonimallie chronicle, ed. Galbraith, 58–59).

⁴⁵ *Walsingham*, Historia anglicana, t. I, 306–307. L'affaire des pipes de vin est authentique, cf. *Delachenal*, Histoire de Charles V, t. II.

n'avait aucun droit au trône de France jusqu'à la conclusion du traité de Calais et il a demandé pardon à Édouard III ; ce dernier le lui a accordé mais a fait saisir tous les biens rassemblés, arrêter et punir sévèrement les traîtres⁴⁶.

Pourtant, il est parfaitement établi que non seulement la partie anglaise disposait bien évidemment dans ses archives de la version exacte et définitive, celle de Calais, du traité mais aussi qu'elle avait parfaitement conscience que les arguments français contre la validité du traité devaient être pris au sérieux. Cet embarras anglais est révélé dans un document que le chroniqueur Adam d'Usk a reçu et qu'il reproduit entièrement dans sa chronique ; il rapporte avoir été le destinataire en 1400, immédiatement après la déposition de Richard II auquel il s'était associé et alors que doivent commencer les négociations sur le retour en France de la jeune Isabelle et la restitution de sa dot, d'un questionnaire adressé à de nombreux savants du royaume qui soutenaient la cause lancastrienne. Ils étaient tous invités à donner leur expertise sur la bonne manière d'agir pour se sortir au mieux de ces délicates négociations. L'on constate en lisant ce long document que la partie anglaise en 1400 connaît parfaitement non seulement le traité de Brétigny-Calais (dans la version de Calais, c'est-à-dire avec l'affaire des renonciations) mais aussi les objections de fond à la validité du traité qui ont été faites par la partie française depuis 1369⁴⁷.

Finalement, la riposte anglaise à la mise en cause par les Français du traité de Brétigny-Calais pourrait bien avoir été de diffuser un contre-récit à la mise en cause française de la mauvaise foi anglaise. Les Français étaient des gens sans foi ni loi qui n'avaient jamais eu d'autre idée que de tromper la bonne foi d'Anglais braves et honnêtes et même un peu naïfs ; ils y étaient parvenus lors de la négociation de Brétigny-Calais. C'est ce qu'un curieux récit de Froissart laisse entendre ; à l'insu des Anglais, les

⁴⁶ « Hic in primo suo aduentu in Angliam habuit homines suos secretos apud Londonias, et in aliis locis, qui secretiori modo congregauerunt electum aurum regni et fecerunt in platas, et miserunt in barellos ferratos ad abducendum in Franciam. Et emerunt arcus et sagittas et posuerunt in saccis lanarum ad summam mille arcuum, et congregauit magnam plenitudinem armorum ad ducendum in Franciam. Et eciam rogauit regem Edwardum condonare sibi de redemptione sua. Sed noluit. Cum igitur egrotaret, et mortem approximare intelligeret, misit pro Edwardo rege et recognouit coram eo omnes prodiciones antedictas et causas pro quibus attemptata fuerunt. Ac eciam quod inique et iniuste regnum Francie occupauerat, usque ad concordiam initam apud Calesiam. Et peciit ab eo ueniam de omnibus. Rex Edwardo benigne condonauit ei omnia predicta. Et rex Edwardus fecit arrestare cuncta que sic collegerat, et Anglicos quosque huius rei consenteaneos, rex grauiter puniuit » (*Knighton, Chronicle*, éd. Martin, 190).

⁴⁷ *Adam Usk, Chronicle*, éd. Given-Wilson, 102–114, spécialement 106.

négociateurs français seraient parvenus à introduire dans le traité des clauses hautement défavorables au roi d'Angleterre et à son droit. Ils auraient glissé dans le traité des mots français à double sens dont la partie anglaise n'avait pas compris la portée ; c'est cela qui leur aurait permis de pratiquer un « droit de challenge »⁴⁸. C'est aussi cette idée qui pourrait avoir en partie inspiré l'exigence des ambassadeurs du roi Henri V que les négociations avec les Français soient menées en latin et non en français car, soutenaient-ils, les Français exploitaient la mauvaise maîtrise de la langue française par les Anglais pour les tromper⁴⁹.

II. Le traité de Troyes

Depuis les années 1370, les efforts anglais avaient été concentrés vers un seul but : obtenir sinon l'application du traité de Brétigny-Calais, du moins la négociation d'un nouveau traité reprenant les stipulations de Brétigny-Calais.

Lorsque Henri V devient roi en 1413 et qu'il reprend vigoureusement la querelle anglaise vis-à-vis du roi de France, c'est dans cette perspective qu'il rejoue très consciemment la partie qu'avait jouée Édouard III et qui avait conduit au traité de Brétigny-Calais. Avec à l'arrière-plan une pression militaire renouvelée et renforcée, ceci dans le contexte favorable de la guerre civile française, il déploie un discours bien rôdé : mise en avant de son droit intangible sur la couronne de France et sur les anciens territoires des Plantagenêts en France, mais aussi l'affirmation de son souhait ardent de rétablir la paix entre les deux royaumes de France et d'Angleterre afin de mettre fin aux immenses malheurs que la guerre entraînait et de rendre possible la croisade contre les infidèles. Au nom de cette paix si nécessaire, il est prêt à des sacrifices douloureux ; Dieu cependant ne pourrait supporter que la paix passe complètement avant le droit et la justice ; il faut que justice soit rendue au moins partiellement au roi d'Angleterre dont le droit a été légitimé par Dieu de façon si éclatante lors de sa victoire d'Azincourt. Comme Édouard III en son temps, Henri V refusait de dire explicitement qu'il pourrait renoncer à obtenir

⁴⁸ *Froissart, Chroniques*, éd. Diller, vol. 3, 245 : « Enssi et sus ceste fourme fu la pés devisee, accordée et confremmee ; més lez cartrez ne furent mies si tost escriptez ne grosseez ; et quant elles furent escriptez, li conssaux de Franche y mirent ung point par manière de langage que les Englés au lire n'entendirent mie bien, ne examinèrent, mais le laissierent légèrement passer ; c'est chou qui depuis leur a empêché leur querelle ... »; cf. *Delachenal, Histoire de Charles V*, t. 2, 249–250.

⁴⁹ *Autrand, L'écrit et l'oral; Lusignan, Parler français; Reitemeier, Diplomaticischer Alltag; Thomas Haye, Lateinische Sprache.*

immédiatement la restitution de la couronne de France mais il laissait entendre qu'au nom de la paix, il pourrait accepter quelques sacrifices ; un double scenario était envisagé ; le premier, à l'évidence privilégié pendant longtemps, était celui d'un nouveau traité de Calais dans lequel il obtiendrait en toute souveraineté non plus seulement une grande Aquitaine mais l'ensemble des anciens territoires Plantagenêts dans le royaume de France. Un second scenario, au départ plus improbable, était celui d'une cession à terme de la couronne de France : Charles VI, roi sacré, resterait roi jusqu'à sa mort, mais ensuite la couronne de France passerait à Henri V qui deviendrait effectivement roi de France et roi d'Angleterre, les deux royaumes restant strictement indépendants car il ne s'agirait que d'une union personnelle. Ainsi la paix si attendue et si nécessaire serait rétablie sans que la justice ait été bafouée.

À la faveur de l'assassinat du duc de Bourgogne sur le pont de Montereau en 1419, c'est le second scenario qu'Henri V crut possible de réaliser. Il l'a fait accepter par le nouveau duc de Bourgogne, Philippe le Bon, et par la reine Isabeau de Bavière ; et ce scenario s'est concrétisé dans le traité de Troyes le 21 mai 1420.

Ce traité de Troyes n'était pas « le traité qui livrait la France aux Anglais »⁵⁰ ; il se présentait comme un traité de paix entre les deux royaumes de France et d'Angleterre ; Charles VI constatait en préambule que « Com bien que, pour réintégrer la paix et oster les discensions des royaumes de France et d'Angleterre, plusieurs notables et divers traictiez » avaient été passés entre les ancêtres des deux rois Charles VI et Henri V, mais hélas en vain ; ils n'avaient pas « apporté le fruct de paix pour ce désiré » ; de ce fait, Charles avait récemment repris cette œuvre de paix en « considérans et pesans en nostre cuer quans grans et irréparables maulx, quantes enormitez et quele dolereuse playe universal et incurable la division des deux royaumes dessusdis a jusques cy mis et apporté, non pas tant seulement ausdis royaumes, mais à toute l'église militant » ; lui et son « filz » Henri étaient ainsi parvenu au traité dont les clauses étaient ensuite énumérées. Elles réglaient le mariage d'Henri V avec la fille de Charles VI, Catherine, ce qui faisait d'Henri le fils de Charles ; elles garantissaient soigneusement la restitution et le maintien de l'intégrité territoriale du royaume de France ainsi que le maintien des droits, coutumes et priviléges de ses habitants ; elles laissaient le titre de roi de France à Charles VI tout en faisant passer immédiatement la réalité du pouvoir à son cher fils Henri ; elles établissaient l'union personnelle définitive des deux royaumes sous l'autorité d'Henri V, après la mort de Charles VI, et des descendants de son union avec Catherine, ceci afin, et c'était sans

⁵⁰ Les grands traités, 162.

doute la phrase la plus importante du traité, « que concorde, paix et transquillité entre les royaumes de France et d'Angleterre soient, pour le temps avenir, perpetuellement observées, et que l'en obvie aux obstacles et commencemens par lesquelz, entre lesdis royaumes, debas, dissencions ou discors pourraient sourdre ou temps avenir »⁵¹.

Le problème est que ce traité de Troyes n'est pas parvenu à se faire accepter comme le traité de paix entre les deux royaumes qu'il prétendait être. Certes, Henri V puis ses successeurs ont consacré tous leurs efforts à obtenir la ratification du traité en tant que traité de paix par tous ceux qui comptaient à l'intérieur du royaume de France. Il fallait notamment obliger tous les princes du royaume de France à ratifier le traité. Le pouvoir anglais a à cet égard remporté quelques succès, ainsi lorsque Bedford parvint en 1427 à contraindre le duc de Bretagne et les grands nobles de Bretagne à jurer le traité⁵² ; mais, sur le long terme, l'entreprise consistant à faire passer le traité de Troyes pour ce qu'il prétendait pourtant être, un traité de paix entre les deux royaumes, s'est révélée un échec. La contestation du traité de Brétigny-Calais avait préparé les esprits français, en tout cas delphinaux, à contester la validité du traité de Troyes bien avant même qu'il ne soit conclu : il ne pouvait s'agir d'un traité de paix car, en tout état de cause, les Anglais étaient des gens fondamentalement déloyaux, simplement préoccupés d'attaquer et de piller leurs voisins. Après la conclusion du traité de Troyes, ce dernier sera très vite dénoncé comme un simple habillage juridique d'une opération de brigandage et une manière de relancer et légitimer une guerre foncièrement injuste contre le vrai roi de France, le royaume de France et les Français ... « Et toutes gens d'entendement doibuent le tout reputer de nulle valeur ou effect », écrivait l'auteur de la chronique dite de Jean Ju-vénal des Ursins⁵³. Cette remise en cause du traité de Troyes ne se retrouve pas seulement chez les propagandistes « delphinaux » ; on la retrouve également chez les chroniqueurs bourguignons⁵⁴. Des expertises juridiques établies à l'occasion du congrès d'Arras, notamment celle du juriste bolognais Ludovicus de Garsiis, fournissaient la légitimation du rejet de ce traité⁵⁵. L'un des arguments donnés était d'ailleurs de faire remarquer que le traité de Troyes qui était censé ramener la paix n'avait qu'intensifié la guerre et ses malheurs ; il était donc normal que le

⁵¹ Les grands traités, 110–115. Sur les différentes copies du traité de Troyes, cf. Duparc, *La conclusion du traité de Troyes*.

⁵² Cf. *Contamine*, *Sermants bretons*.

⁵³ *Godefroy*, *Histoire de Charles VI*, 476–478.

⁵⁴ Cf. *Moeglin*, *Récrire l'histoire de la Guerre de Cent ans*.

⁵⁵ Cf. *Plancher*, *Histoire générale*, t. IV, Preuves, n°CXXII, cli ; cf. *Ferguson*, *English Diplomacy*, 169–174.

duc de Bourgogne cherche une autre voie pour aboutir à la paix. C'est ce qui permettra à Philippe le Bon, lors du congrès d'Arras en 1435, de déclarer qu'il n'était pas lié par le traité qu'il avait conclu avec Henri V à Troyes en 1420 et de se faire délivrer de ses scrupules de conscience par l'autorité du pape et celle du concile.

Un memorandum favorable à une paix séparée entre Bourgogne et France, rédigé à l'occasion du congrès d'Arras en 1435, parlait du traité de Troyes « que aucun appellerent le traité de la paix, mais il devroit mieux estre nommé le traité de la guerre et de la desolation du royaume »⁵⁶. L'auteur au début des années 1460 du traité « Pour ce que plusieurs », cité plus haut, explique que les prétentions d'Henri VI s'appuient sur « deux moyens », l'un parce qu'il se prétend le plus prochain héritier d'Édouard III, ce qui est évidemment faux, l'autre sur le « mauvais traitié qui fut fais a Troiez en Champaigne l'an mil quatrecens et vingt », ce « traitié lequel les Anglois appellent le traitié de paix final entre France et Angleterre »⁵⁷; un traité dont de nombreux auteurs avaient fourni la réfutation, par exemple Noël de Fribois⁵⁸.

Dans le cas du traité de Troyes, beaucoup plus encore que dans celui du traité de Brétigny-Calais, l'on ne pouvait parler de rupture du traité puisqu'il n'y avait pas eu de traité mais simplement, comme l'écrivait

⁵⁶ Cf. Dickinson, Congress of, 72.

⁵⁷ Cf. Taylor, Debating the Hundred Years War, 79.

⁵⁸ Noël de Fribois termine sa chronique par une réfutation du traité de Troyes : « brieve impugnacion et confutacion selon droit divin et humain d'une pretendue privacion que feu Henry, en son vivant usurpant le septre d'Angleterre, fist faire a l'aide et faveur de ses conspirateurs et conjurez par feu Charles le Debonnaire siziesme de ce nom, en son vivant roy de France, que Dieu absoille, a l'encontre du roy nostre sire a present regnant; laquelle impugnacion, qui est du temps dudit roy Charles siziesme, se pourra plus amplement asseoir en l'istoire d'icelui roy. Ledit Henry avecques ses conjurez conspira iniquement et damnablement de faire priver et desheriter le roy nostre sire lors estant dauphin, seul et vray heritier du dit roy Charles VIIme son père, de sa succession legitime a la couronne et au royaume de France ... » et Fribois réfute le déshéritement du futur Charles VII : « Item, se le filz a vertueusement deffendu l'onnerur de la dignité et le droit du saint septre de France, dont il estoit seul et vray heritier, a l'encontre de l'ancien et capital ennemy d'icellui et de ses conspirateurs et conjurez, a il pour ce commiz cause d'ingratitudo ? Il est tout cler selon droit divin et humain que non. Contre lequel Henry, ennemy tres cruel, ledit roy Charles VI etoit obligé par religion de serment de combatre jusques a la mort, se n'eussent esté les empeschemens dessusdiz. Se doncnes le filz, supployant les affaires de son père ainsi indisposé et detenu, faisoit juste guerre contre l'ennemy ancien et capital de luy et de son père, et aussi de la sainte couronne de France, en deffendant l'onnerur, la dignité et les droiz d'icelle, estoit il pour ce a priver et desheriter de sa legitime succession a la dictie sainte couronne ? Il est tout cler que non ... » (éd. Daly, Abrégé des chroniques de France, 213).

l'auteur à la fin du XV^e siècle d'une « moralité à cinq personnages », une « folle alliance »⁵⁹.

III. Conclusions

L'histoire de la guerre de Cent ans tourne tout entière autour de l'échec de deux traités de paix, celui de Brétigny-Calais en 1360 et celui de Troyes en 1420. À quoi tient cet échec ? Commynes écrira dans ses *Mémoires* que les Anglais sont imbattables à la guerre mais qu'ils ne savent pas négocier et conclure des traités. Plus exact aurait sans doute été de dire que les Anglais avaient échoué à rejeter sur l'autre partie la responsabilité de la rupture du traité de paix. Mais le problème était en fait plus profond. Il tenait à la nature même des traités. Conclure un traité, c'était fondamentalement établir une paix et une alliance, mettre fin à tous les éléments de haine qui opposaient deux princes ; effacer toutes les revendications et réclamations qu'une partie entretenait à l'égard de l'autre. Cela voulait dire par conséquent rétablir le droit et la justice, seul fondement sur lequel la paix pouvait être solidement établie. Le problème était qu'aucun des deux adversaires n'entendait, au moins officiellement, renoncer à son droit, admettre que son droit n'était pas incontestable et intangible. Pour échapper à la situation de blocage qui nécessairement apparaissait, la solution avait été, en tout cas à Brétigny-Calais et d'une certaine manière également à Troyes, de faire passer la paix avant le droit et la justice, de la même façon qu'un prince pouvait faire passer la miséricorde avant la justice. Ainsi aucune des deux parties, aucun des deux rois n'avait à craindre que son honneur ne sorte amoindri de cette « tractation ». L'on pouvait à la faveur de cette fiction tenter de développer une négociation que nous appellerions « gagnant/gagnant ». C'est ce qui avait été tenté à Brétigny-Calais, beaucoup plus à dire vrai qu'à Troyes. Il s'agissait néanmoins d'un équilibre fort précaire et d'un pari risqué. Ne faut-il pas penser que la rupture fréquente des traités au Moyen Âge repose fondamentalement sur une précarité qui tient en quelque sorte à l'essence de tous les traités au Moyen Âge ?

Sources

The anonymalle chronicle 1333 to 1381, hrsg. von V. H. Galbraith, London 1927.

Blondel, Robert, Œuvres de Robert Blondel historien normand du XVe siècle, hrsg. v. A. Héron, t. I, Rouen 1891.

⁵⁹ Moralité à six personnages.

Les grands traités de la guerre de Cent ans, hrsg. von Eugène *Cosneau*, Paris 1889.

Chronique des Quatre Premiers Valois (1327–1393), hrsg. von Siméon *Luce*, Paris 1862.

Chronique des règnes de Jean II et de Charles V, hrsg. von Roland *Delachenal*, 3 Bde., Paris 1910–1920.

Chronique du Religieux de Saint-Denys, hrs. von M. L. *Bellaguet* 1842), 3 Bde., Paris 1994.

Foedera, conventiones, litterae et cujuscumque generis acta publica inter reges Angliae et alias quosvis imperatores, reges, pontifices, principes vel communites, 17 Bde., hrsg. von Thomas *Rymer*, London 1704–1735.

Froissart, Jean, Chroniques : livre I, le manuscrit d'Amiens, hrsg. von George Diller, 5 Bde., Genf 1991–1998.

Knighton, Henry, Knighton's Chronicle 1337–1396, hrsg. v. G. H. Martin, Oxford 1995

« L'honneur de la couronne de France » – quatre libelles contre les Anglais (vers 1418 – vers 1429), hrsg. von Nicole *Pons*, Paris 1990.

Montreuil, Jean de, Opera, vol. II : L'œuvre historique et polémique, hrsg. von Nicole Grévy-Pons/Gilbert Ouy/Ezio Ornato, Paris 1975.

Montreuil, Jean de, Opera, vol. III : Textes divers, appendices et tables, hrsg. von Nicole Grévy-Pons/Gilbert Ouy/Ezio Ornato, Paris 1981.

Moralité à six personnages: BnF ms. fr. 25467, hrsg. von Joël *Blanchard*, Genf 2008.

Walsingham, Thomas, Historia anglicana, hrsg. v. H. T. Riley, 2 vol., London 1863–1864.

Littérature

Autrand, Françoise, L'écrit et l'oral dans les négociations diplomatiques entre France et Angleterre, XIVe–XVe siècles, in: Negociar en la Edad Media/Négocier au Moyen Age, hrsg. v. María Teresa Ferrer Mallol/Jean-Marie Moeglin/Stéphane Péquignot/Manuel Sánchez Martínez (Anejos del Anuario de Estudios Medievales, 61), Barcelona 2005, 305–320.

– Charles V le sage, Paris 1994.

Barbey, Jean, La Fonction royale. Essence et légitimité d'après les Tractatus de Jean de Terrevermeille, Paris 1983.

Contamine, Philippe, Serments bretons (8–15 septembre 1427), in: Le prince, l'argent, les hommes au Moyen Âge. Mélanges offerts à Jean Kerhervé, hrsg. v. Jean-Christophe Cassard, Yves Coativy/Alain Gallicé/Dominique Le Page, Rennes 2008, 123–132.

Daly, Kathleen (Hrsg.), Abrégé des chroniques de France, Paris 2006.

- « Pour vraye connoissance avoir » : Historical Culture and Polemic in the French Royal Chambre des comptes in Paris in the Fifteenth Century, in: *Nottingham Medieval Studies* 44 (2005), S. 142–189.
- Delachenal*, Roland, *Histoire de Charles V*, 5 Bde., Paris 1909–1931.
- Dickinson*, Joycelyne Gledhill, *The Congress of Arras 1435 – A study in medieval diplomacy*, Oxford 1955.
- Duparc*, Pierre, La conclusion du traité de Troyes, in: *Revue historique de droit français et étranger* 49 (1971), 50–64.
- Ferguson*, John, *English Diplomacy*, Oxford 1972.
- Fresne de Beaucourt*, Gaston du, *Histoire de Charles VII*, 6 Bde., Paris 1881–1891.
- Given-Wilson*, Chris (Hrsg.), *The chronicle of Adam Usk, 1377–1421*, Oxford 1997.
- Godefroy*, Théodore (Hrsg.), *Histoire de Charles VI roy de France*, Paris 1614.
- Gransden*, Antonia, *Historical Writing in England*, Bd. II: c. 1307 to the Early Sixteenth Century, London 1982.
- Grévin*, Benoît, *Rhétorique du pouvoir médiéval : Les lettres de Pierre de la Vigne et la formation du langage politique européen (XIIIe–XVe siècle)*, Rom 2008.
- Harris*, Nicolas (Hrsg.), *Proceedings and ordinances of the privy council of England*, 7 Bde., London 1834–37.
- Haye*, Thomas, Die lateinische Sprache als Medium mündlicher Diplomatie, in: *Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa*, hrsg. v. Rainer Christoph Schwinges/Klaus Wriedt (Vorträge und Forschungen – Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte, 60), Ostfildern 2003, 15–32.
- Keen*, Maurice Hugh, *Chivalry and English Kingship in the Later Middle Ages*, in: War, government and aristocracy in the British Isles, hrsg. v. Chris Given-Wilson/Ann Kettle/Len Scales, Woodbridge (Suffolk) 2008, 250–266.
- Lewis*, Peter (Hrsg.), *Écrits politiques de Jean Juvénal des Ursins*, 3 vol., Paris 1978–1992.
- Lusignan*, Serge, Parler français : les enjeux linguistiques des négociations entre Français et Anglais à la fin du Moyen Âge, in: *Entre Babel et Pentecôte, Différences linguistiques et communication orale avant la modernité (VIIIe–XVIe s.)*, hrsg. v. Peter von Moos, Berlin 2008, 409–429.
- Moeglin*, Jean-Marie, Récrire l'histoire de la Guerre de Cent ans – Une relecture historique et historiographique du traité de Troyes (21 mai 1420), in: *Revue Historique* 314 (2012), 887–919.
- À la recherche de la « paix finale » pendant la Guerre de Cent ans – L'exemple des relations entre les rois d'Angleterre et de France au XIVe siècle, in: Frieden schaffen und sich verteidigen im Spätmittelalter/Faire la paix et se défendre à la fin du Moyen Âge (actes du colloque de Paris, 11–12 janvier 2010), hrsg. v. Gisela Naegle, München 2012, 51–82.
- Négocier et concilier – Les « tractations » entre le roi de France et le roi d'Angleterre dans les premières décennies de la Guerre de cent ans (1137 – fin du

- XIVe siècle), in: Conciliation, réconciliation aux temps médiévaux et modernes, hrsg v. Franck Collard/Monique Cottret (actes de la Table ronde « Négocier et concilier » organisée à l'Université de Paris X le 11 octobre 2008, Bulletin du CHISCO), Paris 2012, 67–100.
- L'honneur d'Édouard III roi de France et d'Angleterre, in: Un Moyen Âge pour aujourd'hui – Mélanges offerts à Claude Gauvard, hrsg. v. Julie Claustre/Olivier Matteoni/Nicolas Offenstadt, Paris 2010, 137–151.
- Offenstadt*, Nicolas, Faire la paix au Moyen Âge : discours et gestes de paix pendant la guerre de Cent Ans, Paris 2007.
- Palmer*, John Joseph Norman, England, France and Christendom 1377–99, London 1972.
- Perroy*, Édouard, Un discours inédit de Jean le Fèvre abbé de Saint-Vaast et conseiller de Charles V (8 Décembre 1376), in: Études d'histoire médiévale hrsg. v. Édouard Perroy, Paris 1979, 289–298.
- (Hrsg.), The Anglo-French Negotiations at Bruges (Camden Miscellany vol. xix), London 1952.
- Plancher*, Dom Urbain, Histoire générale et particulière de Bourgogne, avec des notes, des dissertations et les preuves justificatives (...), t. IV, Paris 1781.
- Pons*, Nicole, La défense du pouvoir royal dans la seconde moitié du XVe siècle : l'héritage de Jean de Montreuil, in: La société politique à la fin du XVe siècle dans les royaumes ibériques et en Europe – élites, peuples, sujets, hrsg. v. Vincent Challet/Jean-Philippe Genet/Hipolito Rafael Oliva Herrero/Julio Valdeon Barroque, Valladolid/Paris, 2007, 65–87.
- Ennemi extérieur et ennemi intérieur : la double lutte des défenseurs du futur Charles VII, in: Memini. Travaux et documents publiés par la Société des études médiévales du Québec 3 (1999), 91–125.
- La Guerre de Cent ans vue par quelques polémistes français au XVe siècle, in: Guerre et Société en France, Angleterre et en Bourgogne XIVe–XVe siècle, hrsg. v. Philippe Contamine, Lille 1991, 143–169.
- La propagande de guerre française avant l'apparition de Jeanne d'Arc, in: Journal des Savants 1982, 191–214.
- Reitemeier*, Arndt, Diplomaticus Alltag im Spätmittelalter, in: Gesandtschaftswesen und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa, hrsg. v. Rainer Christoph Schwinges/Klaus Wriedt (Vorträge und Forschungen – Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte, 60), Ostfildern 2003, 135–167.
- Schnerb-Lièvre*, Marion (Hrsg.), Le songe du vergier édité d'après le manuscrit Royal 19 C IV de la British Library, Paris 1982.
- Scott-Stokes*, Charity, Chris Given-Wilson (Hrsg.), Chronicon anonymi cantuariensis, Oxford 2008.
- Taylor*, Craig, Debating the Hundred Years War : Pour ce que Plusieurs (La Loy Salique) and a Declaracion of the Trew and Dewe Title of Henry VIII (Camden Fifth Series, volume 29), London 2006.

Willershäusen, Andreas, Die Päpste von Avignon und der hundertjährige Krieg – Spätmittelalterliche Diplomatie und kuriale Verhandlungsnormen (1337–1378), Berlin 2014.

Žírek, Václav, L'usage comparé des motifs historiques dans la légitimation monarchique entre les royaumes de France et de Bohême à la fin du Moyen Âge, thèse de l'École des Hautes Études en science sociales et de l'Université Charles de Prague, 2014.

Fragiles traités ?

L'exemple des relations diplomatiques des rois d'Aragon avec les rois de France et de Castille (XII^e siècle-début du XV^e siècle)

Par Stéphane Péquignot

Du milieu du XII^e siècle jusqu'à la mort de Martin Ier (1410), synonyme d'extinction pour la « dynastie de Barcelone », les rois d'Aragon passent au moins une centaine de traités avec des autorités étrangères¹. Tour à tour, ils se lient sur parchemin à Gênes, à Pise, à Florence, à Lucques ou à Venise, aux rois du Portugal, de Navarre, de Majorque, d'Angleterre, de Sicile et de Naples, ou bien encore à leurs voisins puissants et quelquefois menaçants, les rois de France et de Castille. Avec ces derniers, certains traités revêtent la forme d'alliances offensives, soit contre la Navarre que l'on envisage de dépecer, soit, surtout, contre les puissances musulmanes². L'on précise alors d'emblée les parts respectives des territoires que l'on espère conquérir en al-Andalus, voire au-delà, au Maghreb. Telle est la fonction principale des traités de Tudellén (1151), de Cazola (1179, ratification d'un accord passé à Cuenca en 1177), d'Almizra (1244), de Campillo-Agréda (1281)³, de Monteagudo (1291)⁴ et d'Alcalá de Henares (1308)⁵. En 1339, le traité de Madrid vise pour sa part à pro-

¹ Il n'existe pas de publication réunissant l'ensemble de ces traités pour la période considérée. C'est l'objectif à terme d'une collection d'ampleur, mais dont seul le premier volume est paru : *Ferrer i Mallol, Riu i Riu* (dir.), *Tractats i negocis diplomàtics*. L'estimation avancée se fonde donc sur les éditions existantes, très dispersées. Afin d'éviter de surcharger cette note introductory de trop nombreuses références, on renvoie par commodité pour la période 1218–1386 aux listes établies dans Péquignot, *Les marchands*, 189sq., et, pour les autres éditions de traités et la bibliographie afférente, aux références indiquées *infra*.

² Vues d'ensemble dans : *Pascua Echegarray, Guerra y pacto en el siglo xii* ; *Guichard, Avant Tordesillas* ; *Riera i Melis, La delimitació*.

³ Sur ces quatre traités, voir *Riera i Melis, La delimitació*, avec les références aux sources et à la bibliographie.

⁴ *Dufourcq, L'Espagne catalane et le Maghrib, 220–221* ; *González Antón, Las Uniones aragonesas, I, 278–280* ; *Guichard, Avant Tordesillas* ; *Gourdin, Le « partage » du Maghreb*.

téger le détroit de Gibraltar des flottes et des troupes mérinides⁶. D'autres accords aspirent en revanche au règlement d'un conflit particulier, au rétablissement de la paix, à la reproduction, à la consolidation ou à la modification de l'ordre dynastique et politique dans les terres placées sous domination chrétienne. A Corbeil, le roi de France Louis IX renonce en 1258 aux droits français sur la Catalogne, tandis que Jacques Ier abandonne les prétentions de sa dynastie sur les territoires occitans⁷. En 1295, le traité d'Anagni proclame la fin de la guerre issue des Vêpres siciliennes, lors de laquelle les rois d'Aragon avaient dû affronter le pape, les rois de France et les Angevins⁸. En 1304–1305, les conflits opposant les Couronnes de Castille et d'Aragon sur la possession du royaume de Murcie et sur le sort des infants de la Cerda sont réglés par la sentence arbitrale de Torrellas et le traité d'Elche⁹. En 1313, à Poissy, Philippe le Bel accepte de remettre à Jacques II le Val d'Aran dont son père Philippe III s'était emparé en 1283 lors de la croisade d'Aragon et qui se trouvait depuis 1298 sous la tutelle du roi de Majorque. Un accord détaille également les procédures à respecter pour prévenir le déclenchement fâcheux de cycles de représailles¹⁰. Entre 1363 et 1366, plusieurs traités sont censés clore la *Guerra de los dos Pedros* entre le roi d'Aragon Pierre IV le Cérémonieux et son homonyme castillan, nommé tantôt le Justicier, tantôt le Cruel¹¹.

En première approche, ces traités nombreux et variés apparaissent comme des jalons qui marquent l'alternance entre des situations de

⁵ Giménez Soler, *La Corona de Aragón y el reino de Granada* ; Dufourcq, L'Espagne catalane et le Maghrib, 389–395; González Mínguez, Fernando IV, 201–206. Sur la croisade d'Almería, Baydal Sala, *La Croada d'Almeria*.

⁶ Masiá de Ros, *Relación castellano-aragonesa*, t. II, 352–357. Sur la guerre du Détrict, voir notamment López Pérez, *La Corona de Aragón y el Magreb*, *Ladero Quesada*, La guerra del Estrecho.

⁷ Voir les communications rassemblées pour le 750ème anniversaire du traité dans le numéro spécial de la revue *Paris et Ile-de-France. Mémoires*, vol. 60, 2009.

⁸ Salavert i Roca, *El tratado de Anagni* ; Kiesewetter, Die Anfänge der Regierung König Karls II. von Anjou, 275–298.

⁹ Voir, dans des perspectives très différentes, Torres Fontes, *La delimitación del sudeste peninsular* ; Del Estal, *Conquista y anexión*; Ferrer i Mallol, *La conquista de les comarques meridionals valencianes*; ead., *Entre la paz y la guerra* ; Menjot, *Murcie castillana et les contributions réunies dans Narbona Vizcaíno* (éd.), XVIII Congrés d'Història de la Corona d'Aragó, t. II, 1987–2223.

¹⁰ Lettre patente de Philippe le Bel du 26 avril 1313 (Ordonnances des roys de France de la troisième race, t. I, 516–517, ACA, C, reg. 336, fol. 114r-v); lettre patente de Jacques II du 29 mai 1313, à Barcelone (ACA, C, reg. 336, fol. 105r-v). Sur la question du Val d'Aran, voir *Regla*, Francia, la Corona de Aragón ; Riera Melis, *Del tractat d'Argelers al de Poissy*, 323–324 ; Sabaté, *Changement de frontières*.

¹¹ Ferrer i Mallol, *Entre la paz y la guerra* ; Lafuente Gómez, *Dos Coronas en guerra*; Kagay, *Disposable Alliances* ; Id., *Shifting Alliances*.

guerre et l'état de paix. La lecture de leur contenu conforte d'ailleurs cette impression, car les engagements pris par les acteurs impliqués y sont particulièrement solennels. Cependant, comme en témoignent abondamment les correspondances diplomatiques et les chroniques de l'époque, les traités s'inscrivent dans des processus plus complexes, leur effectivité s'avère souvent limitée, leur application difficile, les ruptures fréquentes. Il existe en réalité une tension récurrente entre l'obligation proclamée de respecter les traités et une pratique bien plus souple. Les relations entretenues avec les rois de France et de Castille en offrent une bonne illustration. On les envisagera ici sous trois perspectives complémentaires : les traités eux-mêmes, les processus diplomatiques dont ils forment une pièce centrale, la place assignnée à leurs ruptures dans les écritures de l'histoire.

Dans les traités, l'impossible rupture ?

Les « traités » examinés ne constituent pas un ensemble parfaitement homogène. Certains, les plus anciens, revêtent la forme d'un parchemin isolé ou d'une copie unique dans un registre ou un cartulaire¹². D'autres, conservés en plusieurs exemplaires, témoignent de la pratique du chirographe, mais aussi de la remise de copies à de multiples autorités, notamment à des représentants de villes ou à des nobles qui devront s'engager par serment à les respecter¹³. La teneur même des traités ne se limite pas nécessairement à un texte unique figurant sur un seul document-matrice susceptible d'être recopié à l'envi. Les contractants s'engagent fréquemment à respecter plusieurs accords consignés sur des documents différents. C'est en particulier le cas pour le « traité d'Anagni ». Le 20 juin 1295, les ambassadeurs du roi d'Aragon Jacques II s'accordent avec les autorités angevines et pontificales sur pas moins de cinq pièces couchées sur parchemin, auxquelles il faudra encore ajouter les ratifications ultérieures, parfois accompagnées de restrictions¹⁴. Sans ces validations indispensables, les traités demeureraient lettre morte. Le vocabulaire employé par les contemporains pour désigner ce que nous nommons « traités » par commodité de langage est un autre facteur de complexité. Les termes varient, de la *pax* au *pactum*, de la *concordia* aux *conventiones*

¹² Nombreux exemples rassemblés dans *Ferrer i Mallol, Riu i Riu* (éd.), Tractats i negociacions diplomàtiques.

¹³ Tel est le cas en particulier des différents accords de Torrellas et d'Elche (voir références note 9, notamment *Del Estal, Conquista y anexión, passim* et *Del Estal, Corpus documental del reino de Murcia*).

¹⁴ Voir le dossier de pièces justificatives éditées par *Salavert, El tratado de Anagni*.

(ou *co[n]vinences* en catalan), et parfois s'additionnent dans un même document, l'investissant de la sorte de significations supplémentaires¹⁵. Sans corrélation avec l'importance qui leur est prêtée, les traités se caractérisent également par de considérables écarts en termes de longueur, depuis la brève déclaration d'amitié aux parchemins saturés de clauses, devenus dominants au XIV^e siècle. Les langues de rédaction choisies évoluent pour leur part en consonance avec le rôle accru des vulgaires et la transformation générale des usages linguistiques dans les échanges diplomatiques¹⁶. Les traités avec les rois de France restent rédigés en latin. En revanche, dans les accords établis avec le roi de Castille, une place croissante revient au castillan et à l'aragonais. Une dernière modification notable affecte la composition des traités au cours de la période. Elle concerne les contractants et les témoins. Les rois demeurent indispensables, mais leurs héritiers sont de plus en plus présents dans les paraphes aragonais, alors même que la primogéniture masculine et l'indivisibilité de la Couronne se consolident¹⁷. Les nobles et les hommes des villes eux aussi apposent plus nombreux leurs noms au bas des parchemins, les traités engageant de la sorte non seulement des princes et des rois, mais aussi des pays¹⁸.

De formes diverses, inscrits dans des traditions documentaires spécifiques de chancellerie, les traités jouent à l'ordinaire un rôle important dans des cérémonies visant à signifier et à produire symboliquement l'accord entre les parties¹⁹, ils se rejoignent dans l'affirmation catégorique et solennelle de la volonté des protagonistes de ne pas les rompre. Des hommages et des serments prêtés corporellement sur les Evangiles viennent corroborer la force de ces engagements. Comme ailleurs en Occident, des garanties supplémentaires sont classiquement prévues : la remise réciproque de châteaux en gage, des mariages, par exemple celui célébré en novembre 1295 au monastère de Vilabertrán (Catalogne) entre la fille de Charles II d'Anjou, Blanche, et le roi Jacques II d'Aragon. Le but proclamé par les parties est alors de rendre l'accord indissoluble, de repousser son éventuelle rupture dans le domaine de l'impensable.

Pourtant, près de deux tiers des textes examinés comportent des clauses spécifiques envisageant aussi des cas improbables où le traité serait bafoué. Trois méthodes peuvent à cet égard être distinguées. Tout

¹⁵ Péquignot, *Les marchands dans la diplomatie*, 191. Une étude lexicale systématique et comparative permettrait ici certainement d'affiner le propos.

¹⁶ Voir Couto/Péquignot (dir.), *Les langues de la négociation*.

¹⁷ García-Gallo, *El derecho de sucesión*.

¹⁸ Sur ce point, voir Moeglin, *Les traités*.

¹⁹ Garnier, *Amicus amicis; Offenstadt, Faire la paix*.

d'abord, l'engagement de respecter un traité est parfois accompagné d'un autre engagement, explicite, de ne pas aller à son encontre. Le 21 mars 1137, dans la *convenientia et concordia* de Carrión, le comte de Barcelone Ramon Berenguer IV et le roi de Castille Alphonse VII se promettent ainsi d'agir sans tromperie (*sine enganno*) et de ne pas s'aboucher avec le roi de Navarre, alors leur ennemi désigné²⁰. A Cazola, en 1179, leurs successeurs Alphonse VIII de Castille et Alphonse II d'Aragon promettent à leur tour d'agir « sans fraude, sans ruse ou action malicieuse contre l'accord » (*sine omni fraude et dolo*)²¹. Un siècle plus tard, en 1281 à Campillo, Pierre III d'Aragon et Alphonse X *el Sabio* s'engagent à « ne jamais aller à l'encontre de ce qui a été dit »²². Dix ans après, les signataires du traité de Monteagudo, Jacques II d'Aragon et Sanche IV de Castille, font la promesse de ne pas réaliser de paix séparée²³. Sous leurs formes diverses, ces engagements récurrents donnent ensuite à ceux qui ne les enfreignent pas le loisir de se présenter en parangons de vertu, en rois de la parole tenue. A Alcalá de Henares, Ferdinand IV de Castille rappelle aux représentants de Jacques II d'Aragon n'avoir « jamais manqué à aucune sécurité ou assurance promises [par ses prédécesseurs] »²⁴.

Un tel engagement se double parfois de la menace de sanctions. Toujours à Alcalá en 1308, les rois d'Aragon et de Castille reconnaissent qu'ils deviendraient des briseurs de serment, de parole, d'hommage s'ils ne respectaient pas le traité²⁵. A cette macule irréparable à leur honneur

²⁰ *Tandem convenient inter se imperator et comes quod de supradictis honoribus unusquisque eorum valeat alteri per fidem sine enganno et nullus eorum treugam aut placitum cum prescripto Garcia [regi Navarrai] faciat sine alterius consilio* (Colección de Documentos inéditos del Archivo General de la Corona de Aragón, IV, 64–65). La datation, erronée (1139 au lieu de 1137), a été rétablie par Riera i Melis, *La delimitació*, 75, n. 8.

²¹ *Hanc itaque divisionem, concessionem atque diffinicionem, faciunt inter se et successores suos predicti reges, bona fide et sine omni fraude et dolo, libenti animo et spontanea voluntate, perpetuo valituram et duraturam. Et convenient inter se quod neuter alteri, de assignata sibi porcione, aliquid auferat vel diminuat, nec alter contra alterum super predictam divisionem aliquid impedimentum vel maliiciose machinentur* (González, Castilla en la época de Alfonso VIII, t. II, 529).

²² *Et nulla tempore veniemus contra predicta vel aliquod predictorum* (Cingolani, Diplomatari de Pere el Gran, t. I, doc. 243, 443).

²³ *Gairos de Ballesteros, Historia del reinado de Sancho IV*, t. III, doc. 384, CCL–CCLVI.

²⁴ *Et porque ninguna seguridad ni firmeza en lo que nos prometían nunca avemos fallado, prometemos á vos don Bernalt de Sarrian, almirante, el don Gonzalo Gomes, consejeros del muy noble don Jaymes por la gracia de Dios, rey de Aragón* (Benavides, Memorias de Fernando IV, t. II, 621).

²⁵ *El si non ficiessemos que por ende valamos menos así como aquell qui quebranta jura pleito et homenage* (*ibid.*).

s'ajouterait alors une sanction d'ordre matériel et territorial. L'autre partie disposerait en effet de mesures de rétorsion très fortes : la saisie de châteaux mis en gage, le retrait de l'autorité sur des territoires conquis, le non-accomplissement de l'accord, attendu que la réciproque n'aura pas été tenue²⁶. En 1304, les menaces énoncées se font plus effroyables encore, car il s'agit de pérenniser une entente acquise de haute lutte diplomatique. Le 9 août, Jacques II d'Aragon, Ferdinand IV de Castille, le roi du Portugal Denis et l'infant de Castille Juan s'engagent à entrer en guerre aux côtés de tous les autres signataires contre celui qui se hasarderait à remettre la paix en cause²⁷. Le lendemain, afin de solenniser l'alliance défensive et offensive entre les rois de Castille et d'Aragon – ce dernier excluant avec prudence la papauté et le royaume de France –, il est précisé avant l'apposition des sceaux de plomb que celui qui romprait l'accord encourrait « la colère de Dieu »²⁸.

Malgré tout, au cœur même des traités, la place faite à de potentielles ruptures s'avère parfois plus ambivalente. A Tudellén, une distinction nette est opérée entre plusieurs cas de figure. Si, pour une raison de maladie ou pour tout autre empêchement qualifié de « juste », le roi de Castille Alphonse VII, alors *imperator* d'Espagne, se trouve dans l'impossibilité d'aider le comte de Barcelone à conquérir Murcie comme le stipule le traité, il n'en pâtira aucunement, et Ramon Berenguer IV exercera son autorité sur ce nouveau territoire dans des conditions vassaliques semblables à celles valables à Saragosse. Si, sans que cela relève d'une ruse de sa part, le roi de Castille ne l'aide pas dans son entreprise, le comte aura sur Murcie une autorité respectant le modèle en vigueur à Valence, plus favorable pour lui²⁹. Dans le cas où Alphonse VII n'accomplirait pas

²⁶ Voir, par exemple, l'engagement pris par les rois de Castille et d'Aragon de ne pas remettre de territoires à Alfonso de la Cerda en cas de non respect des clauses du traité (*Del Estal*, Corpus documental del reino de Murcia, t. I/3, doc. 223).

²⁷ *Ibid.*, t. I/3, doc. 215.

²⁸ *Et si lo falleceremos que hayamos la ira de Dios. E porque esto sea firme e stable, mandamos seellar esta carta con nuestros seyellos de plomo* (*ibid.*, t. I/3, doc. 220).

²⁹ *Si vero imperator propter infirmitatem aut justum et cognitum impedimentum in quo nullus dolus interesseret predictum comitem adjuvare non posset nullum ex hoc imperator paciatur incomodum sed de quantocumque comes adquirere poterit de Murcia et ejus regno ita habeat per imperatorem sicut habet Cesaraugustam et regnum ejus. Sed si imperator predicto comiti eandem civitatem et regnum ejus adquirere et lucrari sine dolo non adjuvaret aut adjuvare nollet et ipse comes eandem civitatem et regnum ejus vel aliquid de eis quoquomodo adquirere poterit quicquid inde adquisierit habeat per jamdictum imperatorem eo modo quo habet Valenciam* (Colección de Documentos inéditos del Archivo General de la Corona de Aragón, IV, 170).

les *placita* et les *convenientiae*, il s'engage avec son fils à remettre au comte de Barcelone la *potestas* sur les quatre châteaux que ce dernier lui a confiés en gage³⁰. Si le Castillan « enfreint et ne respecte pas » les accords, deux tiers de l'*honor* de Pampelune reviendront alors au comte de Barcelone, sans que le roi coupable ne puisse nullement interférer³¹. L'on comprend dès lors l'insertion d'une clause finale, dans laquelle les parties déclarent qu'elles feront tout pour éviter les « mauvaises paroles d'où surgit la discorde » et pour n'accueillir ou n'aider aucun opposant à l'autre contractant³². Avec cette casuistique, un espace est ainsi ouvert à la possibilité d'une rupture, à la négociation, ou bien, selon l'interprétation qui sera donnée au texte, à un non-accomplissement du traité permettant à chacun de garder la face. Une même logique est à l'œuvre à Campillo. Si des malfaiteurs commettent des *gravamina* (*agrajeumientos*) et mettent en péril le traité établi entre Pierre III d'Aragon et Alphonse X, l'amour qui les unit devra continuer à primer ; si l'une des parties ébranle l'accord (*quebrantare la postura*), une compensation restera possible, en l'occurrence, pour chaque atteinte, 25.000 marcs d'argent, qui devront être remis dans un délai d'un an à la partie lésée. Celle-ci, en cas de non accomplissement, aura la faculté d'effectuer une saisie sur les biens de l'autre partie sans pour autant que le traité lui-même ne soit remis en cause³³. Les cas de rupture sont de la sorte limi-

³⁰ *Preterea ego imperator Ildefonsus et filius meus rex Sancius per predicta placita et convenientias que inter nos et vos superius scripte sunt solvimus tibi et impigneramus illa quatuor castella que per nos tenes nominativum Alagonem Riclam Mariam et Belxid cum omnibus eorum dominationibus et terminis eo modo quod si placita ut convenientias sicut inter nos et vos superius scripte sunt tibi non attenderemus et adimpleremus predicta IIII castella in tuam potestatem incurrerent* (*ibid.*, 172–173).

³¹ *Item super hec omnia ego imperator tibi comiti convenio quod, sicut erat ordinatum et comprehensum inter nos et vos de honore Pampilone, scilicet quod tu haberes inde duas partes et ego tertiam, si predictas istas convenientias et placita tibi infringarem et non attenderem, illas easdem duas partes habeas in terra illa sine aliquo interdictu mei vel meorum ...* (*ibid.*, 173).

³² *Et propter hoc quod nullus inter nos et te aliquod malum verbum pro quo discordia interveniret dicere possit, ego imperator et filius meus rex Sancius convenientius tibi, predicto comiti, quod aliquem hominem de terra tua nec retineamus nec adjuvemus in aliquo contra tuam voluntatem aliquo modo per fidem sine engan. Et ego Raimundus comes simili modo convenio vobis imperatori et filio vestro per fidem sine engan.* (*ibid.*).

³³ *E si pendras o algunos otros agreujamientos se fiziessen los omnes de regno a regno, que lo fagamos emendar, et que nuestro amor non se parta por ende, mas que finque firme para siempre, et los pleytos et las posturas que convuscios ave mos. E de más de todo esto que de suso es dicho, otorgamos que si nos o el infante don Alffonso, nuestro fijo, o algunos de los que en Aragón regnarén depués de nos, quebrantare la postura en fecho de la ayuda o del amor, que él que la quebrantare*

tés au préalable, réduits, intégrés dans un processus gradué et susceptible de corrections, d'amendements. Le maintien de la relation entre les protagonistes semble ici, théoriquement du moins, l'emporter sur toute autre considération. Dans le même sens, à Anagni, le 20 juin 1295, après s'être accordés sur le traité qui lie leur roi au pape, au roi angevin de Naples et au roi de France, les ambassadeurs de Jacques II d'Aragon précisent que ce dernier ne peut s'engager totalement pour ses hommes, car ils ont la capacité d'aller lutter où ils veulent « selon la coutume d'Espagne »³⁴. Si certains nobles viennent alors en aide à des ennemis des Français et des Angevins, il ne faudra pas en déduire que Jacques II est un briseur de paix³⁵. Dans la mesure du possible, il empêchera et punira même de tels agissements.

A Tudellén, à Campillo comme à Anagni, les traités restent donc des pièces essentielles dans des dispositifs politiques et symboliques contractuels visant à rendre un accord intangible, mais l'on prévoit aussi en leur sein même la possibilité de ruptures, et l'on définit des conditions pour qu'elles ne deviennent pas définitives. C'est là le signe que les acteurs sont conscients des atteintes dont les traités peuvent faire l'objet, de leur fragilité. Dès lors, certains rédacteurs de traités font le choix du roseau de la fable qui, à la différence du chêne vite brisé par trop grand vent, ploie, mais ne rompt pas. Ils préfèrent intégrer la rupture comme incident éventuel, plutôt que de mettre en péril l'amour entre princes par une rigidité excessive.

Rompre : une pratique ambivalente

La possibilité de rompre est donc envisagée à de nombreuses reprises dans les traités. Mais le phénomène est-il fréquent ? De quelle manière se produit-il ?

peche en pena al otro rey a qui fuere quebrantada veynt e cinco mille marcos de plata fasta un anno, el primero depués del quebrantamiento, por cada vez que la quebrantasse, e si los non pagasse fata este plazo, que aquel a qui fuese quebrantada le pudiesse pendrar de su voluntad sin otro embargo por estos veynt et cinco mille marcos, et aquel a qui pendrassen, que no defienda en ninguna manera la pendra por si nin por otro, et el amor et los pleytos et las posturas finquen firmes et valederas toda vía como de suso son dichas (Cingolani, Diplomatari de Pere el Gran, t. I, doc. 242, 439).

³⁴ Salavert, El tratado de Anagni, doc. XVII, 312.

³⁵ Sur le possible double jeu de Jacques II dans ses relations avec son frère Frédéric III, roi de Sicile depuis 1296, et, d'autre part, le pape, les Angevins de Naples et les Capétiens, je me permets de renvoyer à Péquignot, Le « premier voyage à Rome ».

Il s'avère tout d'abord que les traités ne sont pas systématiquement appliqués. Les rois chrétiens ne respectent pas nécessairement à la lettre leurs engagements solennels de combattre les musulmans, car ils peuvent éprouver des difficultés à réunir les armées nécessaires, et passent également de nombreux accords avec leurs ennemis déclarés³⁶. D'autres problèmes surviennent dans l'exécution des accords visant à mettre un terme à des conflits entre princes chrétiens. A la fin de l'été 1304, une fois proclamée la sentence de Torrellas censée régler la question du royaume de Murcie, après les réjouissances, les rencontres et les échanges de cadeaux sur la frontière castillano-aragonaise, la partition effective du territoire pris sur les musulmans se révèle rapidement problématique. Des tensions subsistent sur la définition précise des limites, les distributions des terres sont délicates au niveau local, et il est nécessaire de réunir des commissions spécifiques, puis, à Elche en 1305, de conclure un nouvel accord³⁷. Le statut disputé des terres du roi de Majorque fournit pour sa part le prétexte à de nombreuses anicroches dans la mise en œuvre des traités entre les rois d'Aragon et de France. En guise de représailles contre l'aide fournie par Jacques II de Majorque à Philippe le Hardi lors de la croisade d'Aragon en 1285, Pierre III d'Aragon a occupé une partie importante de cet ensemble hétérogène (îles Baléares, comtés de Roussillon, de Cerdagne, de Conflent, de Vallespir, droits sur Montpellier, baronnie d'Aumelas et vicomté du Carladès). En juin 1295, le traité conclu à Anagni stipule que le roi d'Aragon devra rendre au monarque majorquin « ses » territoires, mais ... il n'est pas possible d'établir de conditions précises sur la procédure à suivre, car les envoyés de Jacques II prétendent ne pas avoir de procuration à ce sujet. Dès lors, comme l'écrit dans une bulle le pape Boniface VIII à Philippe le Bel, le risque est grand « que ce traité si profitable à Dieu et au monde ne mène à rien, ne se termine dans le vide, ce dont pourraient s'ensuivre des maux très nombreux » (*ne tractatus tam Deo placidus mundoque proficuus perduceretur in cassum, quo multa periculosa discrimina sequi possent*)³⁸. Et, de fait, trois années encore seront nécessaires avant que le roi de Majorque reprenne enfin possession de ses terres, au prix d'ailleurs de lourdes concessions, puisqu'il lui faut

³⁶ Voir notamment *Giménes Soler*, La Corona de Aragón y Granada; *Masia de Ros*, La Corona de Aragón y los estados del norte de Africa ; *Eadem*, Jaume II : Aragó, Granada i Marroc; *Dufourcq*, L'Espagne catalane et le Maghrib ; *López Pérez*, La Corona de Aragón y el Magreb ; *Coulon*, Barcelone et le grand commerce d'Orient ; *Basso*, Tra crociata e commercio.

³⁷ Sur cette affaire, outre les travaux indiqués en n. 9, voir, de façon plus spécifique, *Ferrer i Mallol*, Negociacions per a una conquesta.

³⁸ Le 20 juin 1295, à Anagni (*Lecoy de la Marche*, Les relations politiques, t. I, doc. XXXIV, 459).

en 1298 prêter hommage au roi d'Aragon et, à nouveau, reconnaître qu'il tient de lui son royaume et ses autres terres en fief d'honneur (*feudum honoratum*)³⁹. Du traité non appliqué à la dénonciation d'une rupture, il est un pas que les protagonistes ne choisissent pas toujours de franchir. Dans les cas précédemment évoqués, le processus n'est pas véritablement mené à terme.

Comme pour les ruptures de serments en général, les ruptures de traités sont en fait distinguées dans la documentation par l'emploi d'un vocabulaire et d'expressions spécifiques⁴⁰, *infringere pacta* (Tudellén, 1151)⁴¹ ou *venire contra pacta* (Campillo, 1281)⁴² en latin, *quebrar* (rompre) et *quebramiento*⁴³ en castillan ou en aragonais, *trancar*, *trancament*⁴⁴ dans les chroniques catalanes. De telles ruptures ou du moins des violations des accords souscrits se produisent à plusieurs reprises durant la période considérée. L'intervention en Sicile de Pierre III d'Aragon après les Vêpres Siciliennes provoque une rupture avec la France et la papauté. Entre les rois de Castille et d'Aragon, les traités et les ententes sont fréquemment malmenés⁴⁵, en 1293 avec le renvoi de la princesse castillane Isabel qui devait épouser Jacques II d'Aragon⁴⁶, en 1296 avec le déclenchement par celui-ci d'une entreprise belliqueuse pour s'emparer de Murcie à la faveur d'une période de minorité dans le royaume voisin⁴⁷, à de très nombreuses reprises ensuite lors de la *Guerre des deux Pierre*. Selon Donald J. Kagay, le non-respect des engagements constituerait alors une pratique commune aux principaux protagonistes, les rois de France, de Navarre et de Castille. Bien que lié par des accords diplomatiques avec Pierre de Castille, Pierre d'Aragon ferait primer sa survie politique et l'agrandissement de ses territoires sur le respect de la parole jurée. Cela témoignerait, toujours d'après cet historien, d'une forme de machiavélisme avant la lettre⁴⁸. Quoi qu'il en soit, le recours à la rupture et, plus encore, la menace de l'accomplir ou la dénonciation du non-respect de la parole jurée apparaissent régulièrement dans les échanges diplomatiques. Il s'agit

³⁹ Sur ce point, voir par exemple *Riera Melis*, El regne de Mallorca; *Riera Melis*, Del tractat d'Argelers.

⁴⁰ *Prodi*, Il sacramento del potere, en particulier 170.

⁴¹ Colección de Documentos inéditos del Archivo General de la Corona de Aragón, IV, 173.

⁴² *Cingolani*, Diplomatari de Pere el Gran, t. I, doc. 243, 443.

⁴³ *Ibid.*, 439; *Benavides*, Memorias de Fernando IV, t. II, 621.

⁴⁴ Voir références *infra*.

⁴⁵ *Ferrer i Mallol*, Entre la paz y la guerra.

⁴⁶ *Péquignot*, Au nom du roi, 458–459.

⁴⁷ Voir les références données n. 9.

⁴⁸ *Kagay*, Disposible Alliances ; *Kagay*, Shifting Alliances.

de ressources que les protagonistes n'hésitent pas à mobiliser, en raison ou en dépit des injonctions morales qui s'opposent à la remise en cause de l'engagement.

Le terme de « rupture » véhicule néanmoins une connotation implicite de soudaineté qui peut s'avérer trompeuse, en tout cas voiler des processus complexes dont la « rupture » est seulement un aboutissement temporaire. L'identification ou la recherche des motifs de la rupture, le choix des modalités et les limites d'une dénonciation, sa mise en œuvre même forment un véritable travail : réunions en conseils, recherche de documents probatoires dans des archives dont l'organisation se perfectionne, notamment dans la couronne d'Aragon et en France, rédaction de lettres inspirées de formulaires de chancellerie éprouvés, mobilisation d'ambassadeurs et de juristes indispensables pour traiter de ces questions de droit, envoi de messagers, de chevaliers pour les défis. Produit de cette besogne de l'ombre quelque peu éclipsée par l'éclat de son déclenchement, la rupture constitue une étape dans un processus gradué. Ses formes, sa violence et sa publicité varient.

Une première méthode de rupture consiste à dénoncer devant notaire l'invalidité générale d'un traité au moyen d'une « protestation » (*protestatio*). Cette technique est employée à plusieurs reprises, notamment en 1319, par les rois de Majorque qui s'opposent aux traités inégaux qui leur sont imposés depuis 1279 par le roi d'Aragon⁴⁹.

Il est plus fréquent toutefois de protester contre le non-respect par l'autre partie d'engagements pris dans un traité, qui peut alors être produit à titre de preuve confondante. Certaines atteintes s'avèrent de simples accrocs, réparables, à la trame des traités, mais d'autres peuvent servir de prétexte pour rompre quand l'une des parties juge que les termes de l'accord sont devenus excessivement défavorables. En août 1295 par exemple, peu après la mort de Sanche IV de Castille, dans les lettres adressées par Jacques II d'Aragon aux responsables des châteaux confiés en gage au monarque voisin pour garantir le bon accomplissement du traité de paix de Monteagudo de 1291, il est procédé à une dénonciation en bonne et due forme des manquements du défunt. « De son vivant, [il] n'a pas respecté les *pacta et conventiones* qu'il était tenu d'accomplir pour nous et tels qu'ils avaient été promis selon des accords d'amitié et de concorde, spécialement en ce que le roi de Castille avait promis et devait faire, et il était tenu selon ces *pacta et conventiones* de faire la guerre au roi de France, ce qu'il n'a ni fait ni accompli alors qu'il l'avait promis. Bien au contraire, après que ces *pacta et conventiones*

⁴⁹ Péquignot, Au nom du roi, 288–292.

eurent été passés entre lui-même et le roi de Castille, ce dernier est allé à l'encontre des *pacta* et des *conventiones*, à l'encontre des traités d'amitié et de concorde, et il a renoué la paix, l'amour, et la concorde, entre lui et le roi de France, ce qu'il ne pouvait ni ne devait faire selon les *pacta* et *conventiones* susdites »⁵⁰. L'argumentation du roi d'Aragon se conclut par l'ordre d'appliquer strictement les clauses de sauvegarde de Monteagudo, et donc de lui faire remettre les châteaux gagés sur ses terres. Plus d'un demi-siècle après, c'est au tour du roi de Castille Pierre de dénoncer le non-accomplissement par Pierre IV d'Aragon d'un traité, en l'occurrence celui de Murviedro (1363). Le Cérémonieux se serait en effet refusé à accomplir une clause secrète qui prévoyait l'élimination physique de son beau-frère l'infant Ferdinand (Ferran) et celle du comte Henri de Trastamare, désormais ennemi juré du roi de Castille⁵¹.

Tout autant que les rois, leurs vassaux et leurs sujets mettent la fermeté des traités à l'épreuve. En 1296 et dans les années suivantes, en dépit des interdictions figurant dans le traité d'Anagni, des nobles catalans se rendent en Sicile pour aider Frédéric III, le nouveau roi. Jacques II d'Aragon fait alors l'objet d'attaques épistolaires de la part des Angevins et du pape, qui le soupçonnent, en partie à bon droit, de suivre une politique pour le moins ambivalente⁵². D'une part, l'Aragonais interdit que des navires soient affrétés pour emmener des hommes de ses terres en Sicile afin d'y porter soutien à Frédéric III⁵³, et les Catalans qui, tels le comte d'Urgell ou le fils de Gombau d'Entença, manifestent le désir de rejoindre Frédéric dans son entreprise sicilienne, se voient intimés de renoncer d'emblée à leur entreprise, car elle mettrait en péril le traité d'Anagni que le roi d'Aragon souhaite préserver à tout prix⁵⁴. Néanmoins,

⁵⁰ Lettres du 5 août 1295 aux *alcaldes* des châteaux d'Alicante, d'Orihuela, de Carthagène, de Cervea, d'Alfaro, d'Agreda et de Hita, lettre comparable du 12 mai 1296 à l'*alcalde* du château de Monteagudo (*Estal*, Corpus documental del reino de Murcia, t. I/3, doc. 1–5, doc. 7–8, doc. 37, extrait cité 110). Des nobles castillans sont également sollicités pour venir lutter contre le roi de Castille, briseur de pacte (*ibid.*, doc. 6).

⁵¹ Kagay, *Disposable Alliances*.

⁵² Kiesewetter, *Die Anfänge*, 200–298 ; Péquignot, Le ‘premier voyage à Rome’.

⁵³ *Estal*, Corpus documental del reino de Murcia, t. I/3, doc. 104.

⁵⁴ Lettre du 10 juin 1296, depuis Murcie, au comte d'Urgell : *Cum nos ex quo runderam fidei dignorum relatione veridica perceperimus quod illustris karissimus frater noster dompnus infans Fredericus non advertens ne considerans pacta et conventiones inter sacrosanctam romanam ecclesiam et illustrem dompnum Karolum, Jherusalem et Sicilie regem, socerum nostrum, et nos habitas et firmatas nuper in tractatu pacis habito inter nos et eosdem* [il lui a écrit pour demander de venir en Sicile avec des armes] *propterea nos hiis attendere volentes tamquam avidos et voluntarios, pacta et convenientias predictas tenere et inviolabiliter vos*

lorsque le pape lui enjoint de combattre frontalement sur mer le roi de Sicile à la fin des années 1290, Jacques II pratique souvent l'esquive. Frédéric III reste son frère.

De façon moins exceptionnelle, plus durable aussi, la vigueur des traités est éprouvée par les très nombreux accrochages dont marchands et voyageurs sont victimes en terres étrangères. C'est le problème considérable des cycles de représailles. Si l'on ne peut ici l'examiner en détails, on soulignera du moins trois aspects importants à cet égard⁵⁵. Les monarques aragonais, castillans et français tentent très souvent, singulièrement à partir de la deuxième moitié du XIII^e siècle, de limiter le recours aux lettres de marque ; ils en jouent néanmoins comme d'une arme diplomatique, ce qui peut fragiliser les traités ; enfin, en dépit d'accords de portée générale qui, à l'instar de celui de Poissy entre les rois de France et d'Aragon en 1313, sont censés réguler les procédures à suivre pour empêcher toute escalade incontrôlable, il s'avère pour les uns et les autres difficile de faire respecter leur autorité par les sujets et d'obtenir ou de rendre justice en la matière.

Dans ce panorama complexe, la forme la plus radicale de rupture d'un traité, le défi (*deseixament, diffidament, desafio* ou *diffidatio*), reste réservée au prince⁵⁶. Au terme d'un processus sur lequel on reviendra, c'est le choix fait en 1356 par le roi de Castille Pierre le Cruel lorsqu'il apprend qu'un sujet du roi d'Aragon s'en est pris à des Génois, ses alliés. Le plus souvent toutefois, la rupture des traités s'avère dans la pratique un phénomène plus ambivalent, ambigu, voire réversible.

La conclusion et la rupture des traités font donc partie de l'*instrumentarium* diplomatico-militaire dont usent les acteurs politiques. Avec la Castille plus qu'avec la France, certains traités ne semblent dès lors guère considérés comme intangibles, notamment durant les périodes de minorités et de guerres civiles du grand voisin ibérique, fréquentes aux XIII^e-XIV^e siècles.

Les ruptures de traités dans (les écritures de) l'histoire – Aragon, Castille, Catalogne

Qu'en est-il des textes historiographiques ? Quelle place y est assignée aux ruptures de traités ? Observe-t-on une même tension entre respect

providerimus transmittendum (*Estal*, Corpus documental del reino de Murcia, t. I/3, doc. 101). Voir aussi *ibid.*, doc. 102, 103 (lettre à Gombau de Entença).

⁵⁵ Péquignot, Les marchands dans la diplomatie.

⁵⁶ Cf. Kagay, Disposable Alliances, 2–3 ; Kagay, Diffidamentum.

obligé de la parole engagée et considérations plus pragmatiques ? On tentera ici d'apporter des éléments de réponse en examinant le sort réservé aux traités des rois d'Aragon et de Castille dans les historiographies aragonaise, castillane et catalane de la fin du XIIe siècle à la fin du XIVe siècle⁵⁷.

Les textes les plus anciens n'accordent qu'une faible importance aux traités écrits et, *a fortiori*, à leur rupture. Dans les *Gesta comitum barchinonensium* composées à la fin du XIIe siècle (et prolongées par plusieurs continuations au siècle suivant), il est question de promesses, d'engagements pris par les princes, mais le mot même de « traité » (*tractatus, tractat*) n'apparaît pas⁵⁸. L'historiographie produite en Castille demeure longtemps tout aussi discrète. A la fin du XIIe siècle et au début du XIIIe siècle, la *Crónica nagerense*, l'*Historia silensis* ou *Historia legiōnensis*, l'*Historia compostellana* de Diego Jelmírez et la *Cronica Adeffonsis imperatoris* du roi Alphonse VI font peu de cas des traités avec l'Aragon, secondaire dans ces textes⁵⁹. Il en va de même un demi-siècle plus tard encore dans le *Chronicon mundi* de Lucas de Tuy⁶⁰.

Cependant, d'autres œuvres historiographiques castillanes de grande ampleur rédigées durant la première moitié du XIIIe siècle évoquent plus en détail les rapports entre les rois d'Aragon et de Castille. Selon la *Chronica (latina) regum Castellae* attribuée à l'évêque Juan de Osma, le royaume voisin est une terre de princes courageux, belliqueux, mais leur engagement militaire se révèle parfois inapproprié, excessif, nuisible⁶¹. En réclamant des droits indus en Castille, Alphonse le Batailleur y favorise le développement de la guerre civile⁶². Lorsque, à la fin du XIIe siècle, le roi d'Aragon Alphonse II suscite par ses agissements des tensions avec Alphonse VIII de Castille, la *Chronica (latina) regum Castellae* met alors en avant la figure conciliatrice de l'épouse de l'Aragonais, Sancha. Originaire de Castille, elle est comparée à Abigaïl, dont l'époux, Nabal, un riche marchand, refuse de donner de la nourriture à David (*Livre*

⁵⁷ On se fonde ici sur l'examen des textes édités (voir références *infra*). Pour une première orientation générale dans l'historiographie médiévale de la péninsule Ibérique, voir *Linehan, Historia e historiadores* ; pour la Castille, *Gómez Redondo, Historia de la prosa medieval castellana*, et, pour l'historiographie catalane, deux synthèses récentes : *Cingolani, La memòria, Aurell ; Authoring the Past*.

⁵⁸ Voir par exemple la version en catalan : *Gestes dels Comtes de Barcelona*.

⁵⁹ *Chronica naierensis* ; *Crónica nagerense*; *Historia silense*; *Historia compostellana*; *Chronica Adefonsi imperatoris*.

⁶⁰ *Lucae Tudensis, Chronicon mundi*.

⁶¹ *Crónica latina de los reyes de Castilla*. Sur cette chronique, voir le dossier *Chronica regum Castellae*.

⁶² *Crónica latina de los reyes de Castilla*, § 4.

de Samuel, chapitre 25). Abigaïl se rend auprès du roi juif pour l'implorer d'accepter ses offrandes et de ne pas se venger. Sur ce modèle, Sancha s'efforce de favoriser la confédération entre son fils, le futur Pierre II d'Aragon, et le roi de Castille Alphonse VIII, qui est son neveu⁶³. Décrise avec les mots de la passion amoureuse – la critique s'est divisée sur la lecture et l'interprétation du terme « amita/amica », tante, amie ou amante –⁶⁴, l'intervention de la reine favorise en tout cas un résultat essentiel pour le chroniqueur : l'entente entre les princes de Castille et d'Aragon, conçue comme un préalable indispensable à la conquête des territoires d'al-Andalus.

L'archevêque de Tolède Rodrigo Jiménez de Rada plaide dans le même sens à plusieurs reprises au cours des livres VI et VII de son *Historia de rebus Hispaniae sive historia gotica*. Il juge l'entente des rois fondamentale pour la péninsule Ibérique comme pour l'ensemble de la Chrétienté. Que ce soit grâce au lien entre le roi-empereur Alphonse VII de Castille et Alphonse II d'Aragon, par le biais d'un *foedus* passé à Cuenca (1177), ou bien encore en vertu d'une amitié indissoluble, cette alliance doit, renforcée par l'union de l'Eglise de Tolède avec la monarchie castillane, permettre de réparer la blessure infligée par la conquête musulmane de la Péninsule en 711 et, dans une perspective néo-gothiciste, rendre par un combat séculaire possible l'expiation des péchés commis autrefois par les rois de l'*Hispania*⁶⁵. L'union sacrée de Pierre II d'Aragon et d'Alphonse VIII de Castille s'avère à ses yeux déterminante pour remporter la victoire sur les Almohades à Las Navas de Tolosa (1212). A l'inverse, Alphonse II d'Aragon aura dû payer sa rupture avec le roi de León, véritable « sacrifice », par une défaite militaire cinglante face aux troupes musulmanes⁶⁶.

En dépit de transformations notables dans les modalités d'écriture (travail en atelier sous l'autorité d'Alphonse X, passage au castillan), l'alliance entre les rois chrétiens demeure un horizon d'attente fondamental

⁶³ *Nacta igitur oportunitate, ignis amoris, qui aliquantulum latuerat in pectore regina in vita viri sui propter metum eiusdem, erupit in flamمام manifestam et filium suum confederavit firmissime regi Castille, procurans, tanquam prudens Abigail, qualiter et potenter regi Castelle subvenire (ibid., § 15).*

⁶⁴ Sur ce point, voir Arizaleta, *La Chronica*.

⁶⁵ Roderici Ximenii de Rada, *Historia de rebus Hispaniae, passim*. Pour une orientation générale dans l'oeuvre de Rodrigo Jiménez de Rada et la bibliographie à son sujet, voir Maser, *Rodrigo Jiménez de Rada*.

⁶⁶ *Verum rex Aragonie audivit ibidem Arabes suis finibus advenisse, et in eorum occursu properans, in loco qui Fraga dicitur cum Arabibus decertavit, et qui alias fere semper invictus fuerit, strenuitate Aragonum frigescente, sacrilegii quod Legione comiserat soluit penas, nam victus occiditur, et si occisus inventus fuerit, dubitatur (ibid., 224–225).*

dans l'historiographie alphon sine. Pour la *Versión primitiva* de l'*Estoria de España*, le texte le plus éloquent à cet égard, rompre un traité ou un accord entre l'Aragon et la Castille reste une erreur, une atteinte à l'ordre divin. C'est le fait non de dynasties dans leur entier, mais de princes égarés, par exemple, encore une fois, du roi Pierre II d'Aragon qui paie à Muret de sa vie son alliance avec les hérétiques cathares⁶⁷. Il s'agit d'enchaînements de circonstances malheureuses dont on espère toujours qu'elles pourront être surmontées.

L'historiographie post-alphon sine (fin du XIIIe siècle–milieu du XIVe siècle) laisse d'abord percer une même logique à l'œuvre. D'origine française, pour partie éduqué à la cour aragonaise, l'archidiacre de Tolède Jofré de Loaysa décrit certes dans sa *Crónica de los reyes de Castilla* de très vives tensions avec l'Aragon⁶⁸, il dénonce même « l'ignominie » du renvoi en Castille par Jacques II de la princesse Isabel qui lui était promise⁶⁹. Mais l'union des rois *concordes et ylares* à Torrellas l'emporte à nouveau en conclusion de sa chronique⁷⁰.

Les enfreintes aux traités et leurs ruptures sont néanmoins à partir du XIVe siècle plus fréquemment interprétées par les chroniqueurs aussi comme le signe de déchirures profondes entre les royaumes. Les épreuves infligées par de nombreux désaccords et conflits depuis le dernier quart du XIIIe siècle favorisent un infléchissement des discours, en particulier dans les versions successives de la *Crónica de San Juan de la Peña* (ou *Crónica real*)⁷¹. Rédigés durant la deuxième partie du règne de Pierre IV d'Aragon (1336–1387), au plus fort ou à l'issue de la Guerre des deux Pierre, ces textes recèlent des jugements plus durs contre les rois voisins. En dépit de ses engagements (« Et voyez de quelle mauvaise manière se transformèrent les promesses du roi de Castille ! »⁷²), Sanche IV aurait ainsi tenté en 1293 de mettre à profit une rencontre au sommet pour s'emparer du roi d'Aragon et le livrer à son pire ennemi d'alors, le roi

⁶⁷ La « *Estoria de España* » de Alfonso X, 394–395.

⁶⁸ *Jofré de Loaysa*, Crónica, § 38, 39, 44, 45, 46, 51.

⁶⁹ *Ibid.*, § 71.

⁷⁰ *Ibid.*, § 100.

⁷¹ Il s'agit en fait d'un ensemble de textes mis en forme durant le règne de Pierre IV d'Aragon. Trois versions successives en sont connues, et il conviendrait plutôt de parler d'une *Crónica real* pour ne pas les relier de façon abusive au panthéon royal de San Juan de la Peña (Catalán/Jerez [collab.], « *Rodericus* » romanizado, 151–277).

⁷² *Et veet los prometimientos del rey de Castiella en quuenta manera mala se convirtieron* (Crónica de San Juan de la Peña [versión aragonesa], cap. 38, 120–121). Voir aussi : Crónica general de Pere III el Cerimoniós, 158–159; Crónica de San Juan de la Peña, 202–203.

Charles II d'Anjou. Dès lors, en latin comme en aragonais et en catalan – l'on conserve des manuscrits de la *Crónica de San Juan de la Peña* dans les trois langues –, le caractère accidentel de la rupture des traités cède le pas à une dénonciation virulente de rois de Castille que l'on estime portés par leur nature comme par leurs lois à ne pas respecter leur propre parole. Pour preuve, ils passent même des accords secrets avec l'émir de Grenade⁷³. Telle une chimère, le retour à une alliance durable s'éloigne.

Malgré ces critiques plus générales portées à l'encontre de partenaires jugés peu fiables, l'horizon initial de l'union salvatrice entre les rois de Castille et d'Aragon ne disparaît pas. Presque contemporain des rédacteurs de la *Crónica de San Juan de la Peña*, le Castillan Pedro López de Ayala évoque deux décennies plus tard à plusieurs reprises de façon dépassionnée dans ses *Crónicas* les relations entre les deux Couronnes. De fait, il ne cesse de signifier combien la paix est l'état normal et souhaitable qui doit régir leurs relations. Nombreuses pendant la Guerre des deux Pierre, les ruptures de traités résultent toujours de circonstances malheureuses, de mauvais choix, d'individus mal intentionnés⁷⁴. Elles ne sont pas envisagées comme la preuve d'un abîme qui aurait été creusé de façon définitive entre les parties.

Accidents fréquents, mais pour l'essentiel réparables, rappels douloureux à l'horizon globalement commun d'une entente nécessaire contre les forces musulmanes, les récits ou même les évocations de ruptures de traités valent également comme révélateurs des qualités intrinsèques des princes. Dans sa *Crònica ou Llibre del rei en Pere* (ca. 1283–1288), Bernat Desclot, un membre de la chancellerie royale aragonaise, dénonce ainsi la rupture par Philippe le Hardi et ses troupes de trêves qu'il avait passées avec Pierre III d'Aragon. Il manque à sa foi, car, théoriquement, seule une rencontre en tête-à-tête aurait pu conduire à une telle issue⁷⁵. L'Arago-

⁷³ *Et statim congregata sua gente [Pierre IV d'Aragon] ascendit naues et venit in Cathaloniam dolore confusus, propter tractatus promisionum quas sibi fecerat Rex Castellæ. Quarum transgressio non fuit novum apud castellanos, nam talia facere jure quasi hereditario inest eis, quorum vsus inolevit sic apud eos, quod transit in naturam, quare non possent a talibus abstinere* (*Crónica de San Juan de la Peña*, 218–219). Dénonciations similaires dans les versions aragonaise et catalane éditées (*Crónica de San Juan de la Peña* [versión aragonesa], cap. 38, 130–131, l. 374–396 ; *Crónica general de Pere III el Cerimonios*, 168–169).

⁷⁴ Voir par exemple *Pero López de Ayala*, *Crónica*, t. I, 244–246, 298; t. II, 37, 64–68, 168, 379–384.

⁷⁵ *Quan lo rei En Pere d'Aragó e de Sicília sabé que els francès eren eixits de Navara e que se n'eren tornats en llur terra fo molt irat com així li eren escapats sens batalla e sens major damnatge que fet no els havia, per ço car sens acuidament li eren entrats en sa terra, que treves havia entre ell e el rei de França, les quals treves no es podien rompre per cartes ne per missatges si doncs parlant*

nais envoie des ambassadeurs signifier son mécontentement, mais ils se heurtent à la stratégie d'évitement de Philippe le Hardi. Conscient de sa faute – « car j'ai rompu les trêves avec lui alors que je ne le devais pas et sans le prévenir »⁷⁶ – le Capétien s'abrite derrière ses conseillers, refuse de recevoir les émissaires et d'entendre leur protestation. Soucieux de rehausser le caractère chevaleresque de Pierre III⁷⁷, Desclot oppose de la sorte schématiquement un roi de France briseur de trêves, couard et oblique, à un roi d'Aragon qui joue cartes sur table, et se déclare prêt à lutter au corps à corps en champ clos pour défendre son honneur. Dans un texte – dans un monde – où le respect des engagements constitue une valeur cardinale, la rupture volontaire ou injustifiée d'une traité s'apparente à un stigmate d'infamie.

Dès lors, pour des chroniqueurs engagés, il est tentant de masquer des ruptures gênantes. Quelques décennies après Bernat Desclot, le Valencien Ramon Muntaner passe sous le boisseau les dissensions et les ruptures entre les rois de Majorque, de Sicile et d'Aragon, membres d'une dynastie aragonaise élargie qu'il rassemble sous une même formule appelée à faire florès, le « faisceau de jones » (*mata de joncs*)⁷⁸. Il préfère insister sur le respect sourcilleux de leur parole par les rois d'Aragon. Lorsque Pierre III obtient une trêve avec Grenade pour mener à bien son expédition en Sicile, les Grenadins s'inquiètent ainsi de ne pas voir l'émir prendre de mesure de protection, ce à quoi il rétorque : « Ah, folles gens, qu'avez-vous ? Ne savez-vous pas que le roi d'Aragon a des trêves avec nous pour cinq ans ? Craignez-vous donc qu'il ne rompe (*trencàs*) ce qu'il a promis ? Ne vous inquiétez pas et, pour sûr, croyez qu'il est tel et d'un cœur si élevé que pour rien au monde, il n'adviendra moins que ce qu'il a promis »⁷⁹. Quel meilleur éloge, quel meilleur hommage que celui rendu par l'ennemi ?

amdós los reis ensems no ho feïen. Per què el rei n'era molt despagat com lo rei de França li havia trencades pau e treves ne n'havia trencada sa fe (Bernat Desclot, Crònica, 500).

⁷⁶ *E creu que reptar-m'han de part del rei d'Aragó, car li he trencades treves així com no deig e sens acuidament; que covinença era entre mi e ell que null temps no ens guerrejässsem si nós abdós, cos a cos, no ens acuidàvem* (Bernat Desclot, Crònica, 501).

⁷⁷ Voir l'interprétation de ce passage par Cingolani, Historiografía, 499–502.

⁷⁸ Ramon Muntaner, Crònica.

⁷⁹ *Ah, folla gent, què havets? ¿No sabets que el rei d'Aragon ha treves ab nós a cinc anys? Doncs ¿cuidàvets que ell nos trencàs ça que nos ha promès? No us ho cuidets, que per cert creegats que ell és tal e de tan alt cor que per tot lo món no vendria menys a res que hagués promès* (*ibid.*, 706).

L'opposition entre les « bons » princes respectueux de leur parole et les « mauvais » gouvernants briseurs d'accords constitue de la sorte un *topos* historiographique. Sous une forme ou sous une autre, il resurgit fréquemment. Affaire de parole, d'honneur et d'*èthos* royal, rompre s'avère toutefois, pour les chroniqueurs également, une pratique ambivalente, que les protagonistes peuvent envisager de façon pragmatique.

Dans le *Livre des faits* de Jacques I^{er} d'Aragon, ce dernier se dépeint sans surprise en véritable roi de paroles, aussi respectueux des traités passés par ses prédécesseurs avec les rois de Castille que des accords avec les musulmans⁸⁰. Auprès du jeune roi Alphonse X de Castille, il se fait le chantre de la parole promise : « Le premier conseil [que nous lui donnâmes] fut que, une fois qu'il avait promis sa parole à quelqu'un, qu'il l'accomplisse dans toutes les circonstances, car il valait mieux pour lui avoir la honte de dire non à celui qui lui demanderait quelque chose, que d'avoir en son cœur la douleur de ne pas accomplir ce qu'il avait promis »⁸¹. « Nous ne pouvons pas rompre notre accord »⁸² : voilà le principe érigé en maxime d'action, valable en toutes circonstances. Lorsque le noble aragonais Pero Aonés désire combattre l'émir de Valence en dépit de la trêve que lui a concédée Jacques I^{er}, celui-ci intime par conséquent à son sujet de « tenir ces trêves [défavorables] et de ne pas les rompre »⁸³. Devant le refus obstiné de Pero Aonés, le roi ordonne de se saisir de sa personne. Le noble s'oppose, tente même de dégainer son épée. Vouloir porter atteinte à l'engagement pris par son seigneur est un premier pas sur la voie de la désobéissance, qui se soldera par la mort du félon⁸⁴. Ici défenseur acharné de ses propres engagements, au péril de sa propre vie, Jacques I^{er} adopte pourtant dans ce même *Livre des faits* d'autres positions, au hiératisme moins prononcé. Sur le chemin de Xàtiva, au sud-ouest de Valence, le roi apprend que l'*alcalde* a malgré leurs accords permis que des chevaliers chrétiens soient faits prisonniers. Cette rupture flagrante du traité provoque sa joie : « Et quand il nous dit cette réponse, cela nous plut beaucoup, et nous nous tûmes, car il était plus dans notre

⁸⁰ Jaume I, Crònica o Llibre dels feits, en particulier § 177, 80–81.

⁸¹ *Lo primer consell fo que, pus sa paraula hagués promesa a negú que en totes guises la els complís, que més li valia haver vergonya de dir de no a aquell qui aquella cosa demandaria, que no haver dolor en son cor de no complir allò que hauria promès (ibid., § 498; 173).* Pour l'éloge du respect de la parole auprès des musulmans, voir par exemple son dialogue avec les représentants de la ville d'Elche (*ibid.*, § 416–417, 151–152).

⁸² *E nostra covinença no podem trencar (ibid., § 241, 102).*

⁸³ *Per què us pregam, don Pero Aonés, e us manam, que uós que tingats estas treugas e que no les trenquets (ibid., § 25, 15).*

⁸⁴ *Ibid.*, § 25–27; 15–17.

intention d'avoir Xàtiva que les chevaliers ». Quelques temps après, Jacques Ier fait preuve d'une réaction comparable à la nouvelle d'une chevauchée lancée par l'*alcalde* de Xàtiva en dépit de leurs accords. L'enfreinte n'est pas dénoncée en termes éthiques, mais envisagée de façon pragmatique. Elle apparaît comme un prétexte, une occasion dont il faut se saisir pour un gain supérieur : la conquête d'une ville sous contrôle musulman. De même, lorsqu'Alphonse X demande à Jacques Ier s'il lui faut accepter le soutien de l'émir de Grenade contre d'autres sarrasins, ou bien faire le choix inverse, l'Aragonais explique au Castillan qu'il doit aider le premier avec lequel il a passé une convention, pourvu que celui-ci ne l'ait pas rompue. Mais si tel est le cas, il pourra alors s'allier avec les autres chefs musulmans, la valeur de sa foi n'en sera pas mise en cause pour autant⁸⁵. Autrement dit, Jacques Ier se pose dans son *Livre des faits* à la fois en garant incorruptible des traités et en observateur sagace des atteintes qui leur sont portées, et qui peuvent être mises à profit. Dans cette approche casuistique qui préserve et renforce son image de roi de paroles, la rupture ne peut venir que de (la faute de) l'autre partie ; sa découverte puis sa dénonciation provoquent une joie légitime, à l'aune du gain escompté.

Un siècle plus tard, les différentes versions de la *Crónica de San Juan de la Peña* trahissent une tension comparable entre le respect impérieux par les rois d'Aragon de leurs engagements et des manières de faire plus pragmatiques⁸⁶. Au plus fort de la guerre issue des Vêpres siciliennes, alors que les territoires de la couronne d'Aragon sont menacés d'encerclement et d'attaques coordonnées par quatre ennemis puissants, le roi de France au Nord, le roi de Castille à l'Ouest, l'émir de Grenade au sud et l'Angevin de Naples en Sicile, de fidèles serviteurs de Pierre III d'Aragon prennent l'initiative⁸⁷. Pero Martínez de Bolea et Rodrigo Vizcarra sollicitent de leur monarque des lettres de créance, le premier pour se rendre auprès du roi de Castille, le second auprès de l'émir de Grenade. L'un et l'autre « traitent » en excédant leur mandat. Pero Martínez de Bolea laisse entendre au roi de Castille que Pierre III souhaite lui donner Calatayud avec ses dépendances, et obtient ainsi qu'il n'entre pas en guerre.

⁸⁵ *E nos consellam-li que a aquell a qui hauria feyta covinença primerament d'ajuda, que a aquel ajudas : e demanam-li qual era aquell, e ell dix-nos que el Rey de Granada. E nós dixem-li que si el Rey de Granada hauia covinença ab ell, e no la li havia trencada la covinença, que la li tengués : mas si el Rey de Granada li havia trencada covinença, que no la li atenés, ans fos ab los altres Raeçes, e que en podia pendre covinença ab ells, si que no en valria menys sa fe* (*ibid.*, § 507, 175).

⁸⁶ Voir par exemple 90, 91, 96.

⁸⁷ *Crónica de San Juan de la Peña* [versión aragonesa], 105–106.

Un mois plus tard, lorsque le roi de Castille demande la ville au roi d'Aragon, celui-ci s'étonne à bon droit, et les masques tombent. Pero Martínez de Bolea avoue la vérité à son seigneur, puis l'expose au roi de Castille : « Moi, dit-il, je suis venu devant vous, et ce que je vous ai promis de la part du roi d'Aragon, il n'en savait rien jusqu'à ce qu'il reçoive vos lettres, mais moi, son vassal et son naturel, j'ai fait cette promesse pour qu'il ne perde pas le royaume »⁸⁸. Le roi de Castille doit alors reconnaître la « bonté qu'il avait faite pour que son seigneur ne perde pas sa terre » et se résoudre au fait accompli⁸⁹. A Grenade, Rodrigo Vizcarra prétend que le roi d'Aragon l'envoie pour briser la trêve et porter un défi. L'émir s'effraie, s'empresse de demander une trêve pour cinq ans, et même de payer un tribut. Dans ces deux récits aussi exemplaires que difficilement assignables à des ambassades effectivement accomplies⁹⁰, un même ressort est à l'œuvre : des sujets fidèles manipulent la parole de leur souverain à son insu, inventent un traité ou sa rupture, pour pouvoir mieux tromper l'ennemi. La ruse est légitime. Elle dessert un étau militaire tout en préservant les engagements du prince. Il est donc possible de jouer de l'intangibilité des traités, pourvu que la responsabilité n'en incombe pas au roi. Les sujets doivent en la matière faire preuve d'imagination créatrice plutôt que d'une obéissance aveugle.

⁸⁸ *Yo, dixo, yo so venido ante vos, lo que vos prometie por mi sennyor el rey d'Aragón non de suppo res entro que agora recibie vuestras letras, mas yo como vassallo et natural suyo prometie aquesto porque non perdiessen el regno (ibid.).*

⁸⁹ *Et el rey, conociendo la bondat que avía feito en que su sennyor non perdiessen la tierra, fizole mercé et dixole : Yt e mala ora, que con vuestro tracto avemos perdido el regno de Aragón (ibid.).*

⁹⁰ Anna Cortadellas considère qu'il s'agit de « légendes » (*Cortadellas i Vallès, Repertori*, 27). L'affirmation mérite d'être précisée. Conformément à l'affirmation de la *Crònica*, les Bolea forment une famille noble aragonaise attestée pour le règne de Pierre III (*Cingolani, Diplomatari, passim* ; *Fantoni, Los Abarca de Bolea*), mais l'on ne trouve pas trace auparavant d'un Pero Martínez de Bolea. En revanche, l'existence d'un Rodrigo de Biscarra (autre forme de « Vizcarra ») est bien attestée pour une période de peu ultérieure aux événements relatés dans la *Crònica*. Il s'agit d'un écuyer, serviteur de Jacques II d'Aragon, richement possesionné – entre autres – dans le royaume de Murcie, et qui joue en 1303 un rôle essentiel dans l'organisation de sa défense contre les attaques castillanes (*Ferrer i Mallol, Organització*, 195–200 ; *Pocío Martínez, Comendadores*, 14–17 ; *Masia de Ros, Jaume II*, 86). Il fait office d'intermédiaire entre le roi d'Aragon et des villes où se forment des milices urbaines, tout en étant par ailleurs au service et au contact régulier de l'émir de Grenade, auquel Jacques II le recommande. Même si l'on ne peut identifier formellement les deux figures, il paraît probable que le récit exemplaire de l'ambassade de Rodrigo de Vizcarra dans la *Crònica* s'inspire du Rodrigo de Biscarra historique, peut-être pour exalter les services rendus par les membres de ce lignage à la dynastie aragonaise.

Au sein de l'historiographie castillane également, les coups portés aux traités suscitent à partir du XIV^e siècle des appréciations mêlant défense de l'*èthos* royal et considérations plus pragmatiques. Dans la *Crónica de los tres reyes* (Alphonse X, Sanche IV, Ferdinand IV) et la *Crónica de Alfonso XI*, l'auteur, très probablement le chancelier Ferran Sánchez de Valladolid, dépeint d'abord des tensions qui ne mènent pas au point de rupture⁹¹. Alphonse X de Castille et les rois d'Aragon luttent ensemble contre les puissances musulmanes, répriment conjointement des rébellions, et le Castillan vient même rendre une forme d'hommage posthume au Conquérant⁹². Mais cette époque dorée se termine à la fin du règne d'Alphonse X. Lorsque Sanche IV doit choisir entre le roi d'Aragon et le roi de France, le chroniqueur souligne alors sa prudence, son écoute du conseil où des avis contradictoires sont prononcés, et sa capacité à pencher finalement en faveur du roi de France, ce qui revient à rompre avec l'Aragonais⁹³. Par la suite, dans la *Crónica de Ferdinand IV*, le non-respect par Jacques II d'Aragon de son engagement à épouser l'infante Isabel est classiquement dénoncé⁹⁴. Ferdinand, alors un jeune enfant, paraît alors complètement démuni face à une double menace, d'une part le défi envoyé par un roi d'Aragon qui refuse de le reconnaître comme roi, de l'autre le soulèvement d'une partie de sa noblesse. Une telle faiblesse royale fait par contraste ressortir la compétence de la reine et régente de Castille María de Molina, qui « comprend très bien » la situation⁹⁵. Peu de temps après, en 1297, la conclusion du traité d'Alcañices avec le roi du Portugal confirme son habileté. Selon le chroniqueur qui fait son éloge, la reine tire en effet de l'accord deux avantages essentiels, à savoir l'arrêt du combat contre le Portugal et la rupture de l'entente du Portugais avec

⁹¹ Crónica de Alfonso X; Crónica del rey don Sancho el Bravo; Crónica del rey don Fernando; Crónica del rey don Alfonso Onceno.

⁹² Crónica de Alfonso X, 10–11, 22–23, 142, 157–165, 199.

⁹³ Crónica del rey don Sancho el Bravo, 70–71, 77, 86.

⁹⁴ Crónica del rey don Fernando, 97.

⁹⁵ É, estando la Reina atendiendo respuesta ende, llegó y un caballero del rey de Aragon é traia una su carta para el rey don Fernando, é non le llamó rey en ella, é diógela ante la Reina, su madre, é la carta era de creencia, é dijo al rey que le enviaba desafiar el rey de Aragon por sí é por el rey de Francia, é por el rey Carlos de Ceçilia, é por don Alfonso, fijo del infante don Fernando, á que é llamaba rey de los reinos de Castilla é de Léon, é por don Fernando, su hermano, é por el rey de Portogal é por el rey de Granada. E otro día llegó y un caballero de don Juan Nuñez al rey con su carta de creencia é envióse despedir del rey, é besóle la mano, é dijo que de allí adelante que non era su vasallo; é otrosí, se enviaron despedir del rey se dia Ferrand Ruiz de Saldaña, é Lope Rodriguez, é Rui Gil de Vilalobos, é otros muchos de sus vasallos, que no son aquí escriptos. E cuando la reina esto vió, entendió muy bien como eran éstos ya descubiertos para hacerlo, pero que pudiesen para desheredar al rey (*ibid.*, 100).

ses ennemis en Castille et avec le roi d'Aragon⁹⁶. Ferran Sánchez de Valladolid évoque encore une dernière rupture possible dans sa *Crónica de Alfonso XI*. La responsabilité en revient aux Navarrais, désireux de s'allier aux Aragonais contre la Castille. A l'agonie, Alphonse IV d'Aragon doit alors reconnaître à l'ambassadeur de Castille venu protester son « incapacité d'œuvrer sur quoi que ce soit de ce qu'il [Alphonse XI de Castille] lui envoyait dire, et que, d'autre part, si, sur ordre ou à la demande de son fils héritier l'infant Pierre, certains voulaient apporter de l'aide au gouverneur du roi de Navarre, il ne pourrait pas l'empêcher en raison de la souffrance qui le contraignait beaucoup : en effet, d'une tout autre manière, s'il était en bonne santé, il aurait grande volonté d'aider le roi Alphonse de Castille et de préserver les affaires et les accords qu'ils avaient ensemble »⁹⁷. Ferran Sánchez de Valladolid situe donc les ruptures de traités, réelles ou potentielles, dans des phases de fragilité de l'institution monarchique, lorsque le roi est enfant ou mourant. Dans de tels contextes, savoir apprécier les circonstances pour estimer la portée des ruptures, être capable d'agir pour les déclencher ou pour les empêcher sont des compétences précieuses pour les (bons) gouvernants, même s'ils doivent toujours proclamer publiquement leur attachement à la *fides* engagée.

La *Guerre des deux Pierre* offre ensuite aux historiens castillans et aragonais un riche motif pour de nouvelles réflexions sur les traités et leur rupture. Les deux témoignages les plus importants à cet égard sont le *Livre de Pierre IV d'Aragon*⁹⁸ et, du côté castillan, la *Crónica del Rey don Pedro y del Rey don Enrique, su hermano, hijos del rey don Alfonso Onceno* de Pero López de Ayala. Il n'est pas possible ici, sous peine de donner à cette étude des dimensions excessives, d'analyser dans le détail le traitement des ruptures dans ces œuvres fort vastes. On limitera par conséquent la comparaison à trois éléments cruciaux, le déclenchement du conflit, la responsabilité des ruptures, les tensions liées à l'interpréta-

⁹⁶ *Ibid.*, 109.

⁹⁷ *Et aquel rey don Alfonso de Aragon, estando en grand afincamiento de la dolencia de que murió, dixo que él non podía trabajarse de ninguna cosa de aquello quel rey le enviaba decir; et otrosí que si por mandado ó por ruego del infante don Pedro su fijo primero heredero, algunos quisiesen ir á hacer ayuda al gobernador del rey de Navarra, que él non ge lo podía tirar por la dolencia que él tenía mucho afincada : ca en otra manera, si él sano fuese, grand voluntat oviera de ayuda al rey don Alfonso de Castiella, et de le guardar los pleytos et posturas de amistad que de consuno avian* (*Crónica del rey don Alfonso Onceno*, 267).

⁹⁸ Pour une présentation générale du projet de cette chronique et une orientation bibliographique, voir, outre les ouvrages cités en n. 57, Péquignot, Un chemin de roi, avec une mise au point sur le choix de nommer l'œuvre « Livre » plutôt que « Chronique », en respectant ainsi les indications figurant dans les manuscrits.

tion de l'accord passé pendant la guerre entre Pierre le Cérémonieux et Henri de Trastamare contre leur ennemi commun, Pierre de Castille.

Les événements de 1356 occupent dans le *Livre* comme dans la *Chronique* une place centrale. Sous l'autorité de Pierre le Cérémonieux, la rupture définitive s'avère une affaire singulièrement lente, difficile, ralentie par des procédures juridiques, par le souci de respecter les règles comme par le temps requis pour franchir des espaces importants entre des princes itinérants. C'est une affaire technique, une affaire de droit, d'écriture et de scribes. Par lettres échangées entre princes, dont quatre sont retranscrites quasiment intégralement à partir de pièces des archives, par messagers échangés selon une solennité croissante et calculée, chacun des rois s'efforce des mois durant d'apparaître comme le plus offensé, de ne pas être celui qui aura poussé à la rupture⁹⁹. Dans la *Chronique* également, de manière plus synthétique et moins théâtralisée toutefois, la rupture est dépeinte comme un processus complexe qui, d'un incident mineur – l'attaque de marchands Génois par des sujets du roi d'Aragon –, se transforme en offense en raison du non-respect de l'autorité du roi de Castille dans l'un de ses ports, puis débouche sur une guerre¹⁰⁰.

Usant de moyens narratifs différents, les deux auteurs se rejoignent néanmoins, non sans paradoxe, dans le jugement qu'ils portent sur cette rupture. Pierre le Cérémonieux en impute la responsabilité à son ancien ennemi, Pierre le Cruel, dont il dénonce la malice, la lâcheté et le recours à une guerre injuste. Une telle attitude aurait selon l'Aragonais des mobiles plus profonds, cachés. Pierre de Castille ne serait pas un roi légitime, mais le fruit d'un échange malencontreux effectué au détriment du vrai roi, Henri de Trastamare. Une malédiction pèserait de surcroît sur l'imposteur. « D'après des personnes dignes de foi », il y eut en Castille un roi nommé Ferdinand (Ferdinand IV), désastreux, qui affirmait souvent « que s'il avait été comme Dieu en mesure de créer le monde, Dieu n'aurait pas créé beaucoup des choses qu'il avait faites, et il en aurait créé et fait beaucoup d'autres qui ne le sont pas »¹⁰¹. Le blasphème est

⁹⁹ *Pere el Ceremoniós*, Crònica, cap. VI, § 2–7, 1124–1130.

¹⁰⁰ *Pero López de Ayala*, Crónica del Rey don Pedro y del Rey don Enrique, t. I, 244–246.

¹⁰¹ En aquest sisè capítol és contengut e declarat lo fet de la guerra, la qual lo rei de Castella iniquament e maliciosa s'esforçà de fer contra nós rei En Pere dessús dit e nostres sotsmeses. E aquella continuà nou anys, qui començaren en l'any de nostre senyor Déu mil e tres-cents cincuenta-sis, e feniren en l'any de mil e tres-cents seixanta-cinc que cessà la dita guerra, per gran punició que Déus li tramès, així com aquell qui havia feta guerra injusta e contra tota raó, car nós en pau ferma érem ab lo re N'Anfós, pare del dit rei qui era apellat Pere. E dix-se per

immédiatement puni par un songe qui informe le roi de sa mort sous vingt jours et de la perte de son royaume dans quatre générations. Dans le récit du *Livre*, Ferdinand IV meurt effectivement dans le délai prévu, et le descendant-victime de la quatrième génération est évidemment Pierre le Cruel, dont le règne n'aura été qu'une suite de crimes abominables. Le récit de malédiction dynastique intègre donc la rupture de 1356 dans le plan divin¹⁰².

Pedro López de Ayala propose une interprétation moins grandiose, mais aboutit à un constat somme toute similaire : la guerre a été causée par le Castillan. Plus précisément, il en situe l'origine dans la concomitance d'un mauvais conseil donné par des favoris (*privados*) qui escomptent ainsi regagner leur influence déclinante, et d'un roi aussi jeune que fougueux, pressé de leur emboîter le pas dans un combat injustifié¹⁰³. La paix ensuite temporairement rétablie à Tarragone (1363) est selon Ayala de nouveau brisée à l'instigation de Pierre de Castille. Cette fois-ci, il ne suit pas des conseillers malveillants, mais prend lui-même l'initiative de rompre un traité qu'il juge forcé, et fait accroire qu'il va défendre le territoire castillan contre les routiers français (les « compagnies blanches »), alors qu'il se prépare à lutter de nouveau contre Pierre le Cérémonieux¹⁰⁴. Non content de tromper la bonne foi de ses sujets, Pierre

alguns que aquest rei Pere no fo fill del dit rei N'Anfós, ans fo camjat, per dubte del pare, qui tenia continuament una dona de Castella de nobles gents, la qual era apellada per tot son regne « la Rica Dona », de la qual hac molts fills masclles (Pere el Ceremoniós, Crònica, cap. VI, § 1, 1123–1124).

¹⁰² *Ibid.*, cap. VI, § 32, 1138–1139, *passim*.

¹⁰³ *El rrey don Pedro ovo su consejo como faria sobre esto que acaesçio del capitán de Aragon. E los sus privados del rrey eran ya en estado que el rrey ya non los queria bien como solia e non les yva tan bien en la privanza, e entendieron que si el rrey oviese menester de guerra que los presciaria mas, que ellos avian cobrado grand cabdal en la su merçed de gente e dineros e que en la guerra serian bien acompañados e mas presciados e el rrey los ternia en mayor cuenta que estonçē andavan. E dixeron al rrey que les parescçia que aquel capitán de las galeas del rrey de Aragon le avia fecho grand baldon e que seria mal de fincar assi este fecho, e que era bien que el rrey enbiasse al rrey de Aragon un cavallero o escudeiro fijo dalgo o a quien fuesse la su merçed, a le requerir que quisiese fazer justicia de aquel cavallero suo que dezian mossen Françes de Perellops e gelo enbiasse preso. E si lo assi fazer non quisiesse el rrey de Aragon, que lo desafiasse de partes del rrey e le fiziesse guerra. E el rrey fizolo asi segund le aconsejaron; ca el rrey era mançeo en hedat de veynete e tres años e era omne de grand coraçon e de bollicio e amava sienpre guerras e creyo a los que le aconsejaron esto (Pero López de Ayala, Crónica del Rey don Pedro y del Rey don Enrique, t. I, 243).*

¹⁰⁴ *El rrey don Pedro siempre tenia su voluntad en la guerra de Aragon, que tenia que la paz se fiziera entre el e el rrey de Aragon por el cardenal de Boloña legado, que la non fiziera de su talante, mas por rreçelo de la guerra que tenia que le queria fazer el rrey Bermejo, segund dicho es. E acordo con algunos sus priva-*

de Castille dupe ses alliés. Il s'engage ainsi dans une entraide mutuelle avec Charles II de Navarre, mais en tire prétexte pour la détourner de son esprit. La paix, argue-t-il, n'est générale que de manière forcée, car il a été constraint de s'entendre avec le roi d'Aragon. Par conséquent, conclut-il au terme d'une argumentation qu'Ayala juge particulièrement spécieuse, comme le roi de Navarre s'est engagé à le servir contre ses ennemis (*amicus amicis inimicus inimicis*), il doit l'aider dans sa lutte contre Pierre le Cérémonieux – et l'aide effectivement, dans la crainte d'être victime de rétorsions de son puissant voisin¹⁰⁵. Bref, Ayala souligne avec insistance le maniement inique des traités par Pierre de Castille et en fait un argument central dans le portrait à charge de son ancien souverain, qu'il a délaissé pour le compte d'Henri de Trastamare.

Reconnaissant tous deux le caractère processuel, long et complexe des ruptures de traités entre les rois de Castille et d'Aragon, s'accordant pour des motifs différents à en imputer une part de responsabilité essentielle au roi Pierre le Cruel, le *Livre* et la *Chronique* envisagent en revanche sur un mode singulièrement divergent le sort problématique du traité d'entraide passé au plus fort de la guerre entre Henri de Trastamare (le futur Henri II de Castille) et le roi d'Aragon. En vertu de cet accord par lequel il s'engageait à apporter au Trastamare une aide militaire, le roi d'Aragon aurait dû théoriquement récupérer des places situées en Castille et une importante somme d'argent. Or, pendant la guerre puis une fois monté sur le trône, Henri rechigne, et les deux parties s'engagent dans de longues tractations pour tenter de trouver une issue satisfaisante. Pour Ayala, le refus réitéré d'Henri d'accomplir les clauses est pleinement justifié par des circonstances qui l'en empêchent¹⁰⁶. Ce n'est pas qu'il ne veut pas exécuter le traité – cela serait inacceptable – mais ... il souhaite seulement le faire plus tard. Dès lors, les échanges se prolongent pendant des années. Les hommes du roi d'Aragon protestent contre le non-accomplissement du traité par la partie Trastamare, mais sans rompre ou dénoncer

dos de se yr encubierta mente a la guerra de Aragon por tomar algunas villas e castillos antes que el rrey de Aragon se aperçibiesse, ca sabia que el rrey de Aragon estava en una villa suya que dizian Perpiñan, que es en cabo de su rregno, e syn sospecha. E dixo a todos los señores e cavalleros e omnes de armas de sus rregnos que alli eran con el, que avia nuevas que una grand compaña que andava en Francia faziendo gerra, que dizian la compaña blanca, que queria venir en su rregno e que querian entrar por las partidas de Aragon o de Navarra, e que les roregava que todos fuessen prestos para yr con el, ca luego, de camino, yva para alla. E todos les dixeron que ellos estavan prestos para yr do la su merçed mandasse. E ninguno non podia entender que el rrey queria fazer guerra a Aragon ca todos cuydavan que eran pazes entre el rrey de Aragon e el (ibid., t. II, 64).

¹⁰⁵ *Ibid.*, t. II, 65–68.

¹⁰⁶ *Ibid.*, t. II, 379–384.

une rupture. La solution consiste finalement à modifier le traité au détriment du roi d'Aragon qui doit renoncer aux villes promises et accepter une commutation en argent. Pour Ayala, il s'agit simplement d'une modification logique du traité. En revanche, Pierre IV considère dans son *Livre* que le traité a de fait été rompu, mais que, sous contrainte, l'on doit s'accommoder de cette nouvelle situation pour préserver la paix¹⁰⁷. L'on comprend mieux, dès lors, une différence notable entre les deux approches : Ayala, on l'a vu, plaide encore pour une alliance entre les rois d'Aragon et de Castille qu'il juge favorable, tandis que Pierre IV, homme du désenchantement et marqué par l'expérience des combats, se résout certes à l'entente, mais sans enthousiasme. Les membres de la nouvelle dynastie au pouvoir en Castille paraissent en effet dans sa prose comme dans celle de la *Crónica de San Juan de la Peña* contemporaine de plus en plus intrinsèquement voués à ne pas respecter leurs engagements.

Conclusion

L'examen des traités, de la documentation diplomatique et des textes historiographiques des XIIe–XIVe siècles a donc fait apparaître de fréquentes atteintes aux traités entre les rois d'Aragon et leurs voisins castillans et français. Fondées sur divers motifs, les plus importants étant le non-respect d'un accord par la partie adverse et la difficulté pour les rois à maîtriser les agissements de leurs propres sujets, les ruptures de traités constituent un bouleversement de l'ordre diplomatique et une remise en cause de la parole jurée qu'aucun prince ne revendique ouvertement. Il s'agit de processus, envisagés comme tels, et dans lesquels, contrairement à l'image du défi, les parties impliquées ne s'engagent souvent qu'à reculons. Peu à peu, au XIVe siècle surtout, la capacité à voir advenir de possibles ruptures, l'art de les provoquer discrètement ou d'en empêcher le déclenchement sont reconnus comme des compétences précieuses dans l'exercice du gouvernement. De part et d'autre, l'on développe des réflexions pragmatiques sur la gestion des traités et leur possible rupture, tout en s'efforçant de maintenir à tout prix la fiction de la parole tenue et d'engagements intangibles. Dans les arcanes du pouvoir, la fragilité des traités est donc reconnue et, pour partie, exploitée, mais il faut attendre Commynes et, surtout, Machiavel, pour écrire, pour assumer ou-

¹⁰⁷ *E, per tal com les requestes lo dit rei de Castella nos feïa per raó del dit matrimoni de nostra filla, jatsia que nos desplagués molt, haguem-ho a fer, esguardant aquell temps en què companyes estranyes etaven aparellades contra nós del regne de França, e, així mateix, en nostres regnes havia mortaldats e fams; per què haguem a complir la voluntat del dit rei* (*Pere el Ceremoniós*, Crònica, cap. VI, § 64, 1153).

vertement qu'un prince ne doit pas toujours tenir parole. Auparavant, toute rupture a encore besoin d'un coupable, et c'est à l'autre partie que revient ce rôle.

Sources

- Benavides*, Antonio, *Memorias de D. Fernando IV de Castilla*, Madrid 1860, 2 vol.
- Bernat Desclot*, Crònica, éd. Ferran Soldevila, *Les quatre grans cròniques*, Barcelone, 1971, 403–664.
- Chronica Adefonsi imperatoris, éd. Luis Sánchez Belda, Madrid, 1950.
- Chronica Adefonsi imperatoris, éd. Antonio Maya Sánchez, in: *Chronica Hispana Saeculi XII*. Pars I, éd. Emma Falque/J. Gil/Antonio Maya Sánchez, Turnhout, 1990.
- Chronica Hispana Saecvli XII. Pars II: *Chronica Naierensis*, éd. Juan A. Estévez Sola, Turnhout, Brepols (*Corpus Christianorum. Continuatio Mediaevalis*, 81 A), 1995.
- Cingolani*, Stefano Maria, *Diplomatari de Pere el Gran*, t. 1: *Pergamins i cartes (1258–1285)*, Barcelone 2011.
- Colección de Documentos inéditos del Archivo General de la Corona de Aragón, dir. Prosper Bofarull y Mascaró, Barcelone 1849, t. IV.
- Crónica de Alfonso X según el Ms. II/2777 de la Biblioteca del Palacio Real (Madrid), edición, transcripción y notas por Manuel González Jiménez, índice por M.^a Antonia Carmona Ruiz, Murcie 1998.
- Crónica del rey don Alfonso Onceno, éd. Don Cayetano Rosell, in: *Crónicas de los reyes de Castilla desde don Alfonso el Sabio, hasta los Católicos don Fernando y Doña Isabel*, éd. Don Cayetano Rosell, Madrid 1875 [Biblioteca de Autores Españoles desde la formación del lenguaje hasta nuestros días, LXVI].
- Crónica del rey don Fernando, éd. Don Cayetano Rosell, in: *Crónicas de los reyes de Castilla desde don Alfonso el Sabio, hasta los Católicos don Fernando y Doña Isabel*, éd. Don Cayetano Rosell, Madrid 1875 [Biblioteca de Autores Españoles desde la formación del lenguaje hasta nuestros días, LXVI].
- Crónica del rey don Sancho el Bravo, éd. Don Cayetano Rosell, in: *Crónicas de los reyes de Castilla desde don Alfonso el Sabio, hasta los Católicos don Fernando y Doña Isabel*, éd. Don Cayetano Rosell, Madrid 1875 [Biblioteca de Autores Españoles desde la formación del lenguaje hasta nuestros días, LXVI].
- Crónica de San Juan de la Peña, éd. Antonio Ubieto Arteta, Valence, 1961.
- Crónica de San Juan de la Peña (versión aragonesa), éd. Carmen Orcastegui Gros, Saragosse, 1985.
- Crònica general de Pere III el Cerimoniós dita comunament Crònica de Sant Joan de la Penya, transcripció, prefaci i notes per Amadeu-J. Soberanas Lleó, Barcelone, 1961.

Crónica latina de los reyes de Castilla, éd. Luis Charlo Brea, in: *Chronica hispana saeculi XIII*, éd. Luis Charlo Brea, Juan A. Estévez Sola, Rocío Carande Herrero, Turnhout, Brepols (Corpus christianorum. Continuatio mediaevalis; 73), 1997.

Crónica najerense, éd. Antonio Ubieto Arteta, Saragosse, 1985².

Estal, José Manuel del, *Corpus documental del reino de Murcia bajo la Soberanía de Aragón (1296–1304/1305)*, Alicante, 1985–1999, 3 vol.

Estal, Juan Manuel del, *Conquista y Anexión de las tierras de Alicante, Elche, Orihuela y Guardamar al Reino de Valencia por Jaime II de Aragón (1296–1308)*, Alicante 1982.

Ferrer i Mallol, Maria Teresa/*Riu i Riu*, Manuel (dir.), *Tractats i negociacions diplomàtiques de Catalunya i de la Corona catalanoaragonesa a l'edat mitjana*, vol. I.1 : *Tractats i negociacions diplomàtiques amb Occitània, França i els estats italians 1067–1213*, estudis de Pere Benito i Monclús i M. Teresa Ferrer i Mallol, *corpus documental a cura de Pere Benito i Monclús, Pilar Sendra i Beltran i Carles Vela i Aulesa*, amb la col·laboració de Rafael Ginebra i Molins, Roberto Pili i Esther Redondo García, Barcelone 2009.

Gestes dels Comtes de Barcelona i Reis d'Aragó, éd. Stefano Maria Cingolani, Valencia, 2008.

Historia compostellana, éd. Emma Falque Rey, Turnhout, Brepols 1988 (Corpus Christianorum. Continuatio Mediaevalis, 70).

Historia silense, éd. Francisco Santos Coco, Madrid, 1921.

Jaume I, Crònica o Llibre dels feits, éd. Ferran Soldevila, *Les quatre grans cròniques*, Barcelone, 1971, 1–402.

Jofré de Loaysa, Crónica de los reyes de Castilla Fernando III, Alfonso X, Sancho IV y Fernando IV, éd. Antonio García Martínez, Murcie 1982².

La « Estoria de España » de Alfonso X : estudio y edición de la versión crítica desde Fruela II hasta la muerte de Fernando II, éd. Mariano de la Campa Gutiérrez, Málaga, 2009.

Lucae Tudensis [Lucas de Tuy], *Chronicon mundi*, éd. Emma Falque, Turnhout : Brepols (CC, Continuatio mediaevalis, lxxiv) 2003.

Masia de Ros, Ángeles, La Corona de Aragón y los estados del norte de Africa. Política de Jaime II y Alfonso IV en Egipto, Ifriquía y Tremecén, Barcelone 1951.

Masia de Ros, Àngels, Jaume II : Aragó, Granada i Marroc. Aportació documental, Barcelone 1989.

Masiá de Ros, Ángeles [*Masia de Ros*, Àngels], Relación castellano-aragonesa desde Jaime II a Pedro el Ceremonioso, Barcelone 1994, 2 vol.

Ordonnances des rois de France de la troisième race, éd. Denis-François Se-cousse/Louis-Guillaume de Vilevault/Louis George Oudard Feudrix de Bréquigny/Emmanuel Pastoralet/Jean-Marie Pardessus, Paris, 1723–1849, 22 vol.

Pere el Ceremoniós, Crònica, éd. Ferran Soldevila, *Les quatre grans cròniques*, Barcelone, 1971, 1001–1225.

Pero López de Ayala, Crónica del Rey don Pedro y del Rey don Enrique, su hermano, hijos del rey don Alfonso Onceno, éd. crítica y notas de Germán Orduna, Buenos Aires 1991.

Ramon Muntaner, Crònica, éd. Ferran Soldevila, Les quatre grans cròniques, Barcelona, 1971, 666–1000.

Roderici Ximenii de Rada [Rodrigo Jiménez de Rada], Historia de rebus Hispaniae sive Historia gothica, éd. Juan Fernández Valverde, Turnhout: Brepols (Corpus christianorum, Continuatio mediaevalis, LXXII), 1987.

Littérature

Arizaleta, Amaia, La *Chronica regum Castellae*: aledaños de la ficción, in: e – spania 2 (décembre 2006). En ligne : <https://e-smania.revues.org/517>.

Aurell, Jaume, Authoring the Past : History, Autobiography and Politics in Medieval Catalonia, Chicago, 2012.

Basso, Enrico, Tra crociata e commercio : le relazione diplomatiche fra Genova e i regni iberici nei secoli XII–XIII, in: Medievalismo : Boletín de la Sociedad española de estudios medievales 19 (2009), 11–56.

Baydal Sala, Vicent, La Croada d'Almeria, 1309–1310. La host de Jaume II i el finançament de la campanya, Saarbrücken, 2012.

Catalán, Diego, Enrique Jerez (collab.), « Rodericus » romanzado en los reinos de Aragón, Castilla y Navarra, Madrid, 2005.

Chronica regum Castellae, dossier de la revue électronique e-smania 2 (2006), en ligne : <https://e-smania.revues.org/31>.

Cingolani, Stefano Maria, Historiografía, propaganda i comunicació al segle XIII : Bernat Desclot i les dues redaccions de la seva crònica, Barcelone 2006.

– La memòria dels reis. Les quatre grans cròniques i la historiografia catalana, des del segle X fins al XIV, Barcelone 2007.

Cortadellas i Vallès, Anna, Repertori de llegendes historiogràfiques de la Corona d'Aragó, Barcelone 2001.

Coulon, Damien, Barcelone et le grand commerce d'Orient au Moyen âge : un siècle de relations avec l'Égypte et la Syrie-Palestine, ca 1330–ca 1430, Madrid/Barcelone 2004.

Couto, Dejanirah/Péquignot, Stéphane (dir.), Les langues de la négociation. Approches historiennes, Rennes 2017.

Dufourcq, Charles-Emmanuel, L'Espagne catalane et le Maghrib aux xiii^e et xiv^e siècles, Paris 1966.

Fantoni y Benedí, Rafael de, Los Abarca de Bolea, marqueses de Torres, in: Argensola. Revista de Ciencias sociales del Instituto de Estudios Altoaragoneses 112 (1998–2002), 243–258.

Ferrer i Mallol, Maria Teresa, La conquesta de les comarques meridionals valencianes per Jaume II, in: Quaderns de Migjorn. Revista d'estudis del sud del País Valencià 3 (1998), 9–26.

- Maria Teresa, Organització i defensa d'un territori fronterer. La governació d'Oriola en el segle xv, Barcelone 1990.
- Maria Teresa, Entre la paz y la guerra. La Corona catalano-aragonesa y Castilla en la Baja Edad Media, Madrid/Barcelone 2005.
- Maria Teresa, Negociacions per a una conquesta i rituals per a un canvi de sobirania : la conquesta del règne de Murcia per Jaume II, in: Negociar en la Edad Media/Négocier au Moyen Age, éd. avec Maria Teresa Ferrer Mallol/Jean-Marie Moeglin/Stéphane Péquignot/Manuel Sánchez Martínez, Barcelone 2005, 87–122.

Gaibrois de Ballesteros, Mercedes, Historia del reinado de Sancho IV, Madrid 1922–1928, 3 vol.

García-Gallo, Alfonso, El derecho de sucesión del trono en la Corona de Aragón, in: Anuario de Historia del Derecho Español 36 (1966), 5–187.

Garnier, Claudia, Amicus amicis, inimicus inimicis. Politische Freundschaft und fürstliche Netzwerke im 13. Jahrhundert, Stuttgart 2000.

Giménes Soler, Andrés, La Corona de Aragón y Granada : historia de las relaciones entre ambos reinos, Barcelone 1908.

Gómez Redondo, Fernando, Historia de la prosa medieval castellana, Madrid, 1998–2007, 4 vol.

González, Julio, El reino de Castilla en la época de Alfonso VIII, Madrid 1960, 2 vol.

González Antón, Luis, Las uniones aragonesas y las cortes del reino (1283–1301), Saragosse 1975, 2 vol.

González Mínguez, César, Fernando IV (1295–1312), Madrid 1995.

Gourdin, Philippe, Le « partage » du Maghreb entre l'Aragon et la Castille au traité de Monteagudo (1291), in: Le partage du monde. Échanges et colonisation dans la Méditerranée médiévale, dir. Michel Balard/Alain Ducellier, Paris 1998, 399–409.

Guichard, Pierre, Avant Tordesillas : la délimitation des terres de reconquête dans l'Espagne des xii^e et xiii^e siècles, in: Le partage du monde. Échanges et colonisation dans la Méditerranée médiévale, dir. Michel Balard/Alain Ducellier, Paris 1998, 453–460.

Kagay, Donald J., The Iberian « Diffidamentum » : From Vassalic Defiance to the « Code Dullo », in: The Final argument. The imprint of Violence on society in medieval and early modern Europe, éd. Donald J. Kagay/L. J. Andrew Villalon, Woodbridge, 1998, 73–82.

- Disposable Alliances. Aragon and Castile during the War of the Two Pedros and Beyond, in: Studies in Medieval and Renaissance history (Serie 3) 10 (2013).

- Shifting Alliances : The Unstable Bond between Castile and Aragon in the Late-Fourteenth Century, in: The Emergence of León-Castile, c. 1065–1500. Essays presented to J. F. O'Callaghan, dir. James F. Todesca, Farnham 2015, 121–140.
- Kiesewetter*, Andreas, Die Anfänge der Regierung König Karls II. von Anjou (1278–1296). Das Königreich Neapel, die Grafschaft Provence und der Mittelmeerraum zu Ausgang des 13. Jahrhunderts, Husum 1999.
- Ladero Quesada*, Miguel Ángel, La guerra del Estrecho. 1275–1350, in: Guerra y Diplomacia en la Europa Occidental 1280–1480. XXXI Semana de Estudios Medievales (Estella, 19 a 23 de julio de 2004), Pampelune, 2005, 255–293.
- Lafuente Gómez*, Mario, Dos Coronas en guerra : Aragón y Castilla, 1356–1366, Saragosse 2012.
- Lecoy de la Marche*, Albert, Les relations politiques de la France avec le royaume de Majorque, Paris 1892, 2 vol.
- Linehan*, Peter, Historia e historiadores de la España medieval, Salamanque, 2012.
- López Fernández*, Manuel, Algunas precisiones sobre la aplicación del Tratado de Madrid en 1339 entre Aragón y Castilla, in: Espacio, Tiempo y Forma, serie III – H.^a Medieval, 21 (2008), 185–208.
- López Pérez*, María Dolores, La Corona de Aragón y el Magreb en el siglo XIV (1331–1410), Barcelone 1995.
- López Pérez*, María Dolores/*Padilla Lapuente*, José Ignacio, La consolidación de una nueva estrategia en las relaciones entre la Corona de Aragón y el Magreb Hafisida : el tratado de 1403 y sus perspectivas mercantiles, in: Anuario de estudios medievales 40/2 (2010), 665–689.
- Maser*, Matthias, Rodrigo Jiménez de Rada, in: Christian–Muslim Relations. A Biographical History. Volume 4 (1200–1500), éd. David Thomas/Alex Mallett, Leyde, 2012, 343–355.
- Menjot*, Denis, Murcie castillane : une ville au temps de la frontière (1243–milieu du xv^e siècle), Madrid 2003, 2 vol.
- Moeglin*, Jean-Marie, Traité et relations internationales au Moyen Âge, in: Histoire des relations internationales au Moyen Âge, Jean-Marie Moeglin (dir.) – Stéphane Péquignot, Paris 2017, 485–592.
- Narbona Vizcaíno*, Rafael (éd.), La Mediterrània de la Corona d'Aragó, segles xiii–xvi. VII Centenari de la Sentència arbitral de Torrellas, 1304–2004. XVIII Congrés d'Història de la Corona d'Aragó (València, 2004), Valence 2005, 2 vol.
- Offenstadt*, Nicolas, Faire la paix au Moyen Âge, Paris, 2007.
- Pascua Echegarray*, Esther, Guerra y pacto en el siglo xii, La consolidación de un sistema de reinos en Europa Occidental, Madrid 1996.
- Péquignot*, Stéphane, Au nom du roi. Pratique diplomatique et pouvoir durant le règne de Jacques II d'Aragon (1291–1327), Madrid 2009.
- Le « premier voyage à Rome » de Jacques II d'Aragon (1296–1297), in: Relations, échanges, transferts en Europe dans les derniers siècles du Moyen Âge. Hom-

- mage en l'honneur de Werner Paravicini. Actes du colloque de Paris (palais de l'Institut, 4–6 décembre 2008), dir. Bernard Guenée/Jean-Marie Moeglin, Paris 2010, 135–164.
- « Un chemin de roi : Pierre IV d'Aragon dans son *Livre* », in: Pierre Monnet/Jean-Claude Schmitt (dir.), *Autobiographies souveraines*, Paris, 2012, 179–200.
 - Les marchands dans la diplomatie des rois d'Aragon, in: Il governo dell'economia. Italia e penisola iberica nel basso medioevo, dir. Lorenzo Tanzini/Sergio Tognetti, Rome 2014, 179–204.
- Pocío Martínez, Indalecio, *Comendadores y alcaides de Caravaca durante la Edad media. Cronología y noticias diversas*, in: Murgetana 125-año LXII (2011), 9–84.
- Prodi, Paolo, *Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'Occidente*, Bologne 1992.
- Reglà Campistol, Juan, *Francia, la Corona de Aragón y la frontera pirenaica. La lucha por el Valle de Arán (siglos xiii–xiv)*, Madrid 1951, 2 vol.
- Riera Melis, Antonio, *El regne de Mallorca en el context internacional de la primera meitat del segle xiv*, in: *Homenatge a la memòria del Prof. Dr. Emilio Sáez*, Barcelone, 1989, 45–68.
- Del tractat d'Argelers al de Poissy. El Regne de Mallorca entre la Corona Catalanoaragonesa i França (1298–1313), in: *Acta historica et archaeologica mediaevalia* 29 (2008), 299–325.
 - Antonio, La delimitació del sector meridional de la frontera entre la Corona catalanoaragonesa i el regne de Castella (1151–1305), in: *Acta historica et archaeologica mediaevalia* 25 (2003/2004), 73–93.
- Sabaté, Flocel, *Changement de frontières et perception de l'altérité en Catalogne (XIIe–XIVe siècles)*, in: *Annexer? Les déplacements de frontières à la fin du Moyen Âge*, dir. Stéphane Péquignot/Pierre Savy, Rennes 2017, 21–62.
- Salavert y Roca, Vicente, *El tratado de Anagni y la expansión mediterránea de la Corona de Aragón*, in: *Estudios de la Edad Media en la Corona de Aragón* 5 (1952), 209–360.
- Sánchez Martínez, Manuel, *La corona de Aragón y el reino nazarí de Granada durante el siglo xiv : las bases materiales y humanas de la cruzada de Alfonso IV (1329–1335)*, thèse soutenue à l'Universidad de Barcelona en 1974, 3 vol.
- Torres Fontes, Juan, *La delimitación del sudeste peninsular (Torrellas-Elche, 1304–1305)*, Murcie, 1951.
- Le traité de Corbeil (11 mai 1258). *Actes des journées d'études de Paris-Corbeil (14 et 15 mai 2008)*. Dossier in: *Paris et Île-de France Mémoires*, 60 (2009), 153–431.

**Vertragsschluß und Vertragsbruch
im Mittelmeerraum: Inter- und
intrakulturelle Konstellationen**

Making Peace Within the Islamic World. Islamic Tradition and the “Letter-Treaty” in Mamluk Diplomacy

By *Malika Dekkiche*

Introduction

Within the field of Islamic history, the theme of “war” – and therefore also, of “peace” – has always attracted much scholarly attention. The rules of war have been well studied,¹ yet those related to making peace are still highly debated, and for good reason: the principle of permanent war is generally recognized in this scholarship as the basis of the interactions between the Islamic world and its foreign counterparts.² However history has shown that making and maintaining peace has always been an important aspect of the Islamic way of dealing not only with the non-Muslim world, but with the Muslim world as well.

Indeed, scholars have generally focused most of their attention on cases of war and peace between Muslim and non-Muslim powers (i.e., against Byzantines, Crusaders, Mongols).³ Although similar cases within the Islamic world itself are plentiful they have been studied only superficially– with the important exception of the earliest cases of intra-Mus-

¹ Bonner, Jihad in Islamic History, Princeton 2006; Al-Dawoodiy, Ahmed, The Islamic Law of War. Justifications and Regulations (Palgrave Series in Islamic Theology, Law, and History), New York 2011. Extended bibliography can be found in those two works.

² Frick/Müller (eds.), Islam and International Law, especially part I: “The Use of Force: Contested Views on the *Jus Ad Bellum* and the *Jus in Bello* in Islamic International Law”, and part II: “Fostering Peace in International Relations Now and Then: Diplomacy and Rule of Law as a Genuine Contribution of Islamic International Law?”; Khadduri, Majid, The Islamic Law of Nations.

³ Bonner (ed.), Arab-Byzantine Relations in early Islamic times; Kennedy, Byzantine-Arab diplomacy in the Near East from the Islamic Conquests to the mid-eleventh Century; Köhler, Alliances and Treaties between Frankish and Muslim Rulers in the Middle East; Amitai-Preiss, Mongols and Mamluks: The Mamluk-Ilkhānid War, 1260–1281; Broadbridge, Kingship and Ideology in the Islamic and Mongol Worlds, Cambridge 2008.

lim hostilities or *fitnah* (civil wars),⁴ and later cases related to the Ottoman Empire.⁵ Most of the earlier wars among the Muslim community were related to the question of leadership (i.e., to the legitimacy of the caliph), but with the progressive fragmentation of the Islamic world (from 10th century onwards), interactions between the various Muslim actors grew more complex: as contacts between the increasing variety of Muslim groups increased, so too did conflicts and opposition. This is particularly striking after the collapse of the Abbasid caliphate of Baghdad at the hands of the Mongol troops (1258).

This period was characterized by a multiplicity of Islamic powers in the Middle East, Central Asia and North Africa. Although these powers frequently contended for legitimacy, recognition and resources, they nevertheless managed to make and keep peace among each other. The Mamluk sultanate played a central role in this world: one of the most long-standing powers in the region, the Mamluks ruled over Egypt, Syria, a part of Anatolia, and seasonally dominated the Hejaz (with the holy cities of Islam) for more than 250 years (r. 1250–1517). The period of Mamluk rule is one of the best documented in premodern Islamic history. The great number of chronicles, administrative works, and documents that have been preserved (both originals and copies) can give us insights into this period during which the Mamluks represent one of the major actors on the Middle Eastern scene – politically, militarily and economically.⁶

In this article, I investigate the issue of peace making within the Islamic world during the Mamluk period. I do not mean to reopen the debate about the possibility of peace under Islam,⁷ but rather to address a specific type of peace in Islam: peace between Muslim powers. At the basis of this study is a particular case in which a letter was sent by the Mamluk sultan al-Ashraf Īnāl (r. 857–865/1453–1460) to the Qaramanid ruler in Anatolia, İbrāhīm II (r. 827–869/1424–1464) after the latter invaded Cilicia and seized the Mamluk fortresses there in 860/1456. Though the copy of the document, kept in a collection of chancery productions (*munshā'ah*), is referred to as a letter, its content clearly resembles that of a treaty. The conclusion of treaties is generally

⁴ A general introduction to this conflict: *Kennedy*, The Prophet and the Age of the Caliphates. More recently, with updated bibliography: *Donner*, Muhammad and the Believers at the Origins of Islam (especially Chapter 4: The Struggle for Leadership of the Community 34–73/655–692).

⁵ *Har-El*, Struggle for Domination in the Middle East. The Ottoman–Mamluk War 1485–91; *Muslu*, The Ottomans and the Mamluks.

⁶ On Mamluk documents: *Bauden*, Mamluk Era Documentary Studies.

⁷ Cf. notes 1 and 2.

considered to be the primary means for settling conflicts among opposite groups, but in this case it appears that the Mamluk chancery found an alternative method that would also bypass some ambiguities of the law. In order to understand the details of this case, it is first necessary to contextualize it by explaining the issue of war- and peacemaking in Islamic tradition, more specifically in the legal tradition. Secondly, it is important to examine the case of the Qaramanid-Mamluk conflict through a brief presentation of the event and its stakes. Only after these two steps can we properly analyze the document kept in MS ar. 4440 with regard to the chancery rules of treaties and letters writing. Through this analysis I aim to show how the theory (law) and practice (administration) of peacemaking were combined and implemented within the Islamic world.

War and Peace in Islam: Theory

The legal conventions that regulated relations between Islam and the outside world were established very early through the development of a special branch of the *shari‘ah*, namely the *siyar* (commonly known as Islamic international law). The *shari‘ah*, or Islamic law, is divine in nature, and aims first and foremost to regulate the relationships between individuals and God. It derived primarily from two important sources: the *Qur’ān*, which in Muslim tradition is the word of God transmitted to his Prophet Muḥammad; and the *Sunnah*, which is the record of the words and deeds of the Prophet (and his companions). The first focus of the *shari‘ah* is on Islamic rituals and acts of worship, but very early on in Islamic history, religious scholars derived a whole set of rules from the *fiqh* (Islamic jurisprudence) that dealt with individuals and their relationships with each other (*mu‘āmalāt*), so that Islamic law came to cover all areas of life (i.e., family law, financial transaction, inheritance law, criminal law, etc.).⁸ Among these were rules concerning relations with the outside (non-Muslim) world.

The rules governing relations with the non-Muslim world that early scholars derived from *Qur’ān*⁹ had tremendous repercussions for the ways international Islamic law would subsequently develop. In the holy text it is very clear that humankind is primarily divided in two groups: the believers and the non-believers. The world also follows a same bipartite division: *dār al-Islām* (house of Islam)¹⁰ refers to all the lands and

⁸ Al-Dawoody, The Islamic Law of War, 72–75.

⁹ Ibid., 47.

¹⁰ Ibid., 92–93. It is also called *dār al-‘adl* or *dār al-salām*.

regions that come under Islamic authority; whereas *dār al-Harb* (house of war)¹¹ refers to the regions where Islam has not yet been recognized as the supreme rule, and that is supposedly hostile to it. In addition to the recognition of the Islamic sovereignty and the application of its law and rituals, there was another point that distinguished both houses: the safety of the believers within its territory (i.e., Muslims and protected communities – *ahl al-dhimmah*). Given the universalist ambition of Islam (a religion meant for all mankind) however, this division was only transitory until that moment when the house of war would officially recognize and accept Islam. Another house, the *dār al-Sulh*, was later defined by some jurists to refer to non-Muslim territories whose rulers were linked to the house of Islam through peace-treaty.¹²

Before addressing the question of peace in Islamic foreign relations, it is important to comment on its belligerent side, the *jihād*. Indeed, in a worldview in which the world was divided between *dār al-islām* and *dār al-harb*, the notion of *jihād* (holy or just war),¹³ acquired a position, as the means *par excellence* to achieve the Islamic goal of extending its message around the globe. Most historians have therefore understood *jihād* as the foundation of the relationship between the Muslim world and its non-Muslim neighbors. According to this view, the Islamic world could only exist in a permanent state of war with the unbelievers. Scholars have tried to nuance this common assumption, and contextualize the theory and practice of *jihād* historically.¹⁴ This scholarship has referred to the numerous chapters and works produced by Arab scholars on this topic, in which not only the meaning and the origin of *jihād*, but also the legal issues pertaining to its accomplishment – such as its justifications (*jus ad bellum*) and the rules that regulate it (*jus in bello*) – were discussed at length.¹⁵ Though many of these works were produced at times of heightened tensions between Muslim and non-Muslim rulers and had a clear propagandist role, the

¹¹ Ibid., 93. It is also called *dār al-jawr*.

¹² Ibid., 93–102. It is also called *dār al-‘ahd* or *dār al-muwāda ‘ah*. This house is, however, not recognized by all schools of law (only by the Shāfi‘ī). *Khadduri*, The Islamic Law of Nations, 12–13.

¹³ Common translation of the terms, though *jihād* is in nature very different than the holy wars initiated by Christian rulers in the Middle Ages. *Bonner*, Jihad, 1–18.

¹⁴ *Bonner*, Jihad; *Heck*, “Jihad” Revisited; *Afsaruddin*, The Syiar Laws of Aggression: Juridical Re-Interpretations of Qur’ānic Jihād and Their Contemporary Implications for International Law.

¹⁵ See a full bibliography in *al-Dawoodiy*, The Islamic Law of War, 220–240 (notes).

information they provide nevertheless goes back to the very fundamentals of the Islamic tradition.¹⁶

The two major sources of the Islamic law of war are the *Qur’ān* and the *Sunnah*. Combined with the precedents of the Prophet Muḥammad, they clearly established the principle of non-aggression as inherent to the *jihād*. In fact, none of the mentions of war in the *Qur’ān* explicitly calls the Muslim community to take up arms against unbelievers or convert them by force.¹⁷ According to Islamic tradition, Muslims were only allowed to fight in response to a clear aggression against their person or their faith. *Jihād* was originally designed as a defensive means to protect the community. In her 2013 study on *siyar* laws, Asma Afsaruddin demonstrated how, despite the Islamic tradition, the concept of non-aggression was later undermined by jurists to better fit political reality, and thus this concept was transferred to issues of status and immunities of non-combatants.¹⁸

Even if the notion of *jihād* theoretically evolved away from its basic and principles of being purely defensive and became a political tool in itself, war in Islam was nevertheless regulated and was only allowed on certain occasions. There exist in fact only three clear circumstances under which war in Islam was considered legitimate:

- a) War against those who prevent the preaching of Islam or against those who foment internal disorder and strife;
- b) War in defense of individuals and communities that are persecuted;
- c) War to repel a physical attack against oneself and one’s country.¹⁹

In addition to the rules pertaining to the Islamic *jus ad bellum*, scholars have also devoted much attention to how war should be regulated, as well as how it should be settled.²⁰ Beyond the discussion regarding booty and prisoners, the main points of focus were related to the status of combatants and non-combatants, the granting of immunities and the status of the conquered land. A great deal of the terms of peace depended on how the land had been conquered. There were also a number of basic principles for the protection of civilians, their faith and their

¹⁶ On that issue see: Heck, Paul L., “Jihad” Revisited, 95–128.

¹⁷ Al-Dawoody, The Islamic Law of War, 68. Cf. Qur’ān (2:190–194, 216–217); (4:75–76); (8:38–39, 61); (9:5, 29); (22:39–40); (60:8–9).

¹⁸ Afsaruddin, The Siyar Laws of Aggression, 45–63.

¹⁹ Ibid., 61: according to Whaba al-Zuhayli, *Athar al-ḥarb fī'l-fiqh al-islāmī: dirāsah muqaranaḥ*.

²⁰ Al-Dawoody, The Islamic Law of War; Khadduri, The Islamic Law of Nations.

resources.²¹ Such issues were a major concern of the specific branch of the *sharī‘ah*, known as the *siyar*.

Siyar is the plural version of the word *sīrah*, which in this context refers to behavior or conduct;²² that is the way Muslim states and individuals should behave towards their non-Muslims counter-parts. During the early period of Islamic history, the term was not clearly defined as a technical term on its own, but it was nevertheless already associated with other words dealing with such relations, such as *maghāzī* (wars of the Prophet against Mecca), and *jihād*.²³ Thus *siyar* was very much linked to the concept of war from the beginning. Unlike *jihād*, however, *siyar* was more concerned with questions of the status of conquered populations, prisoners of war and booty.²⁴ This reflected a clear distinction between the Islamic *jus ad bellum* and the Islamic *jus in bello*.²⁵ The question of how to deal with the conquered population was in fact a major issue for the nascent Islamic state, and therefore religious scholars addressed that issue from early on in works devoted to *siyar*.²⁶

Since it is derived from the *sharī‘ah*, the *siyar* is also considered to have emanated from God, and thus cannot be altered by humans. Its major sources are both the *Qur’ān* and the *Sunnah*, though most of its rules derived primarily from the model of the Prophet. Indeed, while the *Qur’ān* very often addresses the question of unbelievers and their status,

²¹ *Al-Khasawneh*, Awn S., Islam and International Law, in: Islam and International Law, 30.

²² *Khadduri*, The Islamic Law of Nations, 38–41.

²³ *Bsoul*, Labeeb A., International Treaties (*Mu‘āhadāt*) in Islam. Theory and Practice in the Light of Islamic International Law (*Siyar*) according to Orthodox Schools, Maryland 2008, 4–6.

²⁴ Some scholars, however, associated it to the act of campaigning and conquering. *Bsoul*, International Treaties (*Mu‘āhadāt*) in Islam, 6–7. (quoting al-Nasafī, d. 537/1132).

²⁵ *Al-Dawoody*, The Islamic Law of War, 4.

²⁶ Scholarly interest in foreign relations dates back to the early 8th century CE. Abū Ḥanīfah (d. 768), the famous Iraqi jurist, is supposedly the first to have devoted his efforts to that field. He would soon be followed by his disciples Abū Yūsuf (d. 798) and al-Shaybānī (d. 805). From that early period, only the works of the latter still exist: *al-Siyar al-saghīr*; *al-Siyar al-Kabīr*, which was later commented on and expanded upon by another scholar, al-Sarakhsī (d. 1090), in his *Shahr al-siyar al-Kabīr*. Based on the contents of these works, scholars in the field long believed that *siyar* was to be understood as the Islamic law of nations that regulated the conduct of war. Recent studies however have reopened the debate and demonstrated that *siyar*, did indeed deal with matters of war, but also extended to other areas related to the conduct of foreign relations more generally, in both matters of war and peace.

the precedents established by the Prophet in the way he dealt with non-Muslim communities constitutes the basis used by religious scholars to derive the law. In addition to those two major sources, other non-divine sources were progressively incorporated into the body of laws that composed the *siyar*. Since these were outside the sphere of the divine, they were associated with the customary practice of the people ('urf). Though originally pre-Islamic, some of these practices were approved by the Prophet and were thus integrated into the Islamic tradition (i.e., observation of treaties, inviolability of the "heads of states" and diplomats, permissibility of wars).²⁷ Furthermore, with the expansion of the Islamic state after the death of the Prophet (632) Islam confronted old imperial traditions (especially those of the Byzantine Empire) and through this interaction early caliphs introduced new customs into the treaties they established with non-Muslim communities.²⁸ Finally the consensus of religious scholars (*ijma'*) also constituted a source for the establishment of Islamic law in general, and *siyar* in particular, even though the status of consensus as law was often debated.

Most of the regulations described by the *siyar* concern groups of people linked to Muslims through treaties. Treaty-making was already a well-recognized and extensively used practice during the pre-Islamic period, especially among merchants. Though not a treaty per se, principle of *īlāf* (safe road), for example, allowed merchants to travel safely on the roads.²⁹ As mentioned above, many pre-Islamic customary practices ('urf) were approved by the Prophet and therefore integrated into the Islamic tradition. Among those, truce, peaceful settlement of disputes, alliances, recognition of title and the delimitation and transfer of territories became important tools in the foreign relations of Islamic states.³⁰ Indeed, quite contrary to commonly held assumptions that early Islam was inherently belligerent, contacts with foreign populations aimed more at peaceful co-existence than at permanent war and isolation.³¹

Within the diplomatic process, messengers played a major role, especially when it came to negotiate with the opposite party, so that questions regarding their powers and immunities were established early on. The task of Muslim messengers was originally to call unbelievers to join the *dār al-islām*, which could be done by conversion or by the conclusion

²⁷ Kamal, Meaning and Method of the Interpretation of Sunnah in the Field of *Siyar*: a Reappraisal.

²⁸ Bsoul, Islamic Diplomacy: Views of the Classical Jurists.

²⁹ Ibid., 127–128.

³⁰ Al-Khasawneh, Islam and International Law, 32–33.

³¹ Bsoul, Islamic Diplomacy, 127.

of a covenant of protection.³² If none of those options were accepted, fighting could (would) occur, though not without any attempt from the messenger to have the conflict settled through mediation and arbitration.³³ Whereas negotiation and mediation were two key aspects of earlier Islamic diplomacy, the principle of cooperation was no less important.³⁴ This is particularly striking after the establishment of the Islamic empire (mid-7th cent.), when formal recognition was conferred to major opponents (i.e., the Byzantines).³⁵ This was even more the case during the Mamluk period, when a great number of new Muslim powers emerged after the collapse of the Abbasid caliphate in Baghdad.³⁶ This principle of recognition of different communities and states finds its basis in the *Qur'ān* and is carried through to the *siyar*.³⁷

Although *siyar* originally dealt with the way Muslim state and individuals should behave towards their non-Muslims counterparts in hostile territory, it was soon also extended to the people “to whom the Muslims are bound by treaties”: *musta'minīn* (non-Muslim foreigner traveling under a safe-conduct), *dhimmi* (people of the book living in the *dār al-islām*), apostates and *ahl al-bāghī* (Muslim rebels).³⁸ The latter two points are particularly relevant for our topic since they address the issue of internal opposition within the Islamic world. Most of the above-mentioned rules in fact deal with the relation of Islam with the non-Muslim world. Early on, however, struggles and strife divided the Muslim community as well, and therefore needed to be handled on legal basis.

If two factions among the believers should fight, then make settlement between the two. But if one of them oppresses the other, then fight against the one that oppresses until it returns to the ordinance of Allāh. And if it returns, then make settlement between them in justice and act justly. Indeed, Allāh loves those who act justly. The believers are but brothers, so make settlement between your brothers. And fear Allāh that you may receive mercy.³⁹

Though no internal conflict among the Muslim community is known from the time of the Prophet, the *Qur'ān* nevertheless addresses the issue insisting on the need to reconcile opposing parties. Following the model

³² *Istanbuli*, Yasin, Diplomacy and Diplomatic Practice in the Early Islamic Era, Oxford 2001.

³³ *Bsoul*, Islamic Diplomacy, 131–132.

³⁴ *Kamal*, Meaning and Method, 129–130.

³⁵ It did not however, annihilate regular calls for *jihād*.

³⁶ *Dekkiche*, Diplomatics of Another Way to see the world.

³⁷ *Qur'ān* 11:118: “And if your Lord had willed, He could have made mankind one community; they will not cease to differ”.

³⁸ *Istanbuli*, Diplomacy, 109.

³⁹ *Qur'ān* 49:9–10.

of wars with non-Muslim communities, negotiation and mediation seemed like logical political tools for settling conflicts. But Muslim tradition also requires legal means for dealing with internal struggle, that is to say arbitration.⁴⁰ The first and most famous example of such arbitration took place during the first civil war in Islam between the caliph ‘Alī (r. 656–661) and the Umayyad al-Mu‘āwiya at the Battle of Siffin (657).⁴¹ Because of the importance of this event and the trauma it caused, jurists established it as a point of reference and precedent to follow.

In addition to fixing the rules and conditions for arbitration, scholars have also addressed the question of internal wars within the Muslim community. In this regard, the major concern was related to the legitimacy of the use of force against Muslims, the regulations for such wars, and the definition of the rebels involved in the struggle.⁴² Concerning the last point, new rules of war had to be established that clearly differentiate between internal and external conflicts, such as issues related to the sort of arms to be used, the restriction of fighting (i.e., no pursuit allowed), the seizure of booty (forbidden in internal conflict).⁴³ Concerning the question of the rebels, the above-mentioned definition of *siyar* refers to two groups along with the non-Muslim elements: the apostates and *ahl al-bāghī* (rebels). The first group is in fact considered as unbelievers, or even the worst of them, since they had first accepted Islam, and then denied it.⁴⁴ The second group, however, did not belong to that category, since jurists considered them merely as ignorant Muslims.⁴⁵ Classical jurists of the four schools were able to reach a consensus as for the technical definition of *al-bughāh* (sing.: *bāghī*):⁴⁶

A group of Muslims that possesses some power and organization (shawkah, ma‘nah, fay’ah) and that gathers, under the command of a leader, to fight against a just ruler claiming, whether rightly or wrongly, that they have a ta’wīl (just cause, plausible interpretation) for their rebellion, secession or non-compliance with an obligation.

⁴⁰ *Istanbuli*, Diplomacy, 78–9.

⁴¹ Ibid., 74–81.

⁴² *Al-Dawoody*, The Islamic Law of War, 148–9.

⁴³ *Istanbuli*, Diplomacy, 75.

⁴⁴ Al-Sarakhsī: “(...) the apostates who were considered the worst of the unbelievers, since they adjured after they accepted Islam”; quoted in *Khadduri*, The Islamic Law of Nations, 40.

⁴⁵ Al-Sarakhsī: “(...) rebels who were not counted as unbelievers, though they were ignorant and their understanding of Islam was considered to be inadequate”; quoted in *Ibid.*, 40.

⁴⁶ *Al-Dawoody*, The Islamic Law of War, 150.

The different elements of this definition clearly established the condition of war against the *bughāh*. Only those who had power, organization, justification, and had committed a clear act of rebellion (*khurūj*) could be fought.⁴⁷ While most jurists, in the different schools of law, agree on the broad outlines of this definition, it is interesting to note that they do not address them in the same kind of works. Indeed, whereas the Ḥanafīs integrated such discussion in their chapter on *siyar*, or even *jihād*, the Shāfi‘īs dealt with it in a separate chapter. The Mālikīs and Ḥanbalīs, however, integrated this discussion under the chapter of *hudūd* (punishment for crimes prescribed in the *Qur’ān* and *hadīth*).⁴⁸ This later classification stems from the fact that rebellion was generally initiated over the question of leadership in Islam. Opposing the supreme leader of the community was considered as an infringement of the law on the same level as other *hudūd* (i.e., adultery, wine drinking, theft, etc.) and, therefore, needed to be punished accordingly.

While discussing the definition of rebellion, scholars also addressed the major issue of legitimacy of such acts. Despite concerns about the troubles caused by rebellion and the infringement of Islamic unity, most admitted that rebellion was in fact permissible under certain conditions (i.e., if the ruler had ordered a command contrary to the *sharī‘ah*, if the ruler did not protect the religion or the community). In such cases a ruler who came to power through rebellion could even be considered as legitimate.⁴⁹

Although rebellion is the most discussed case of internal conflict in Islam, it is not the sole case recognized by law. There were in fact two other cases attested: the war against the *muḥāribūn* or *quttā‘ al-ṭarīq* (the bandits, highway robbers), and that against *al-khawārīj*. The *khawārīj* find their origins in the first civil war in Islam (Battle of Ṣiffīn) as a secessionist party within the troops of the caliph ‘Alī. It was considered as an extreme movement and therefore, its status was subject to many debates among jurists as to whether its members should be considered as apostates or rebels.⁵⁰ The *muḥāribūn* or *quttā‘ al-ṭarīq*, and the *bughāh*, on the other hand, were truly considered to be a Muslim dissident group against which war could be conducted. This group was commonly characterized by the use of threats and (armed) violence to intimidate and terrorize innocent, civilian victims.⁵¹ Unlike rebels however – who as we

⁴⁷ Ibid., 158–162.

⁴⁸ Ibid., 152.

⁴⁹ Ibid., 155.

⁵⁰ Ibid., 150.

⁵¹ Ibid., 171.

have seen were legitimized by the law in some cases – there was no justification for banditry and robbery in Islam as these were considered to be purely criminal acts.⁵² Therefore major differences existed between the punishments for rebellion on the one hand and for banditry and robbery on the other. Furthermore, even though rebellion was considered to be problematic for the unity of the community, it was nevertheless recognized as a true Islamic goal (in most cases) because sometimes it could be in pursuit of a just cause. Crime meanwhile was always unjust and thus deserved strong punishments, both in this world and the next.⁵³ The rules for waging war against bandits and robbers also differed from those governing war against rebels, since the *muḥāribūn* did not benefit from special treatment (i.e., they could be pursued, killed; their properties and goods could be seized, etc.).⁵⁴

As the previous pages have shown, even though, in theory, Islam only recognized and allowed war with the non-Muslim world, in practice internal conflicts were common from very early on. As in the case of relations with the unbelievers, Islamic law addressed those issues and clearly established the rules to follow in such situations, depending on the status and actions of the dissident groups. Another clear feature that was highlighted is also the formal recognition of peace making with those diverse opponents. The reflections of early Islamic jurists on the issues of rebellion and crime clearly contradict the commonly held view that sees the Islamic world as existing in a permanent state of war. In fact the community – following the precepts of the *Qur’ān* and the precedent of the Prophet and early caliphs – established negotiation and cooperation as the primary bases for conducting foreign relations (both internal and external).

In order to illustrate the case of peace making within the Muslim community, I will now turn to the specific case study involving the Mamluk sultan İnal and the Qaramanid ruler, İbrāhīm II, after the latter attacked and seized control of Mamluk strongholds in Cilicia.

⁵² Ibid., 176–177.

⁵³ Ibid., 177. The major punishments were: execution, crucifixion, amputation of a limb, banishment or imprisonment.

⁵⁴ Ibid., 176.

The Qaramanid Invasion of Cilicia in 860/1456: an Overview

In Muḥarram 859/December 1454,⁵⁵ a Qaramanid embassy dispatched by Ibrāhīm II reached Cairo to discuss the Ottoman expansion in Anatolia.⁵⁶ The Turkmen ruler was hoping to secure Mamluk support for the protection of his territory and therefore to resume a longstanding pattern of alliances between the two rulers. Indeed, at many times in the past, the Qaramanids had sought Mamluk help to fight against common enemies (i.e., the Ilkhanids), through the establishment of a patron-client relationship.⁵⁷ This type of relation, characterized by the nominal recognition by the client of the patron's authority (through *khutbah* and *sikkah*),⁵⁸ was most often limited in time. It assured the client's protection in times of danger in exchange of military service. It did not always involve payment of tribute, nor the annexation of the client's territory. When the danger was over, the client usually returned to complete independence.

The embassy of 859/1454 did not receive the reception or the response it expected however: Not only did sultan Īnāl completely neglect the Qaramanid emissary, but he also drafted quite an unpleasant response to Ibrāhīm.⁵⁹ Sultan Īnāl's strong reaction to Ibrāhīm's request is easily understood through the lens of the current events. On the one hand, after years of increasing tensions between the Mamluks and the Ottomans, the two powers had finally reached a cordial relationship since the reign of sultan Jaqmaq (r. 842–857/1438–1453). Furthermore, since Mehmet II's conquest of Constantinople in 857/1453 (r. 848–850/1444–1446; 855–886/1451–1481), the Ottomans were in a position of power in the region, which was not to be contested. On the other hand, the Qaramanids had

⁵⁵ *Ibn Taghrībirdī*, Hawādith al-duhūr fī madā al-ayyām wa 'l-shuhūr, ed. F. M. Shaltūt, Cairo 1990, 442 (19 Muḥarram); *Ibn Iyās*, Badā'i' al-zuhūr fī waqā'i' al-duhūr, vol. 2, ed. M. Muṣṭafā, Cairo 2008, 2nd ed.; 1st ed. 1982–1984, 322 (day not mentioned).

⁵⁶ *Ibn Iyās*, Badā'i' al-zuhūr, vol. 2, 322.

⁵⁷ The details of Mamluk-Qaramanid relationships can be found in Dekkiche, Malika, Crossing the Line: Mamluk Response to Qaramanid Threat in the Fifteenth Century According to MS ar. 4440 (BnF, Paris), in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies (forthcoming, 2016). On the "patron-client" relationship, see *Har-El*, Struggle, 13.

⁵⁸ The *khutbah* is the act of mentioning the patron's name during the Friday sermon at the mosque. The *sikkah* is the minting of coins in the patron's name. Both *khutbah* and *sikkah* represented the marks of authority among Muslim rulers.

⁵⁹ *Ibn Iyās*, Badā'i', vol. 2, 322.

recognized Ottoman authority in 848/1444, following their defeat at the battle of Yenişehir.⁶⁰ Mamluk interaction in favor of the Qaramanids would therefore have represented a serious infringement to Ottoman authority.

Ibrāhīm II's was quick to respond to the Mamluk rebuff. In Rajab-Sha'bān 860/June-July 1456,⁶¹ the news of the capture of the Mamluk fortresses Tarsus and Gülek, by the Qaramanids reached Cairo, infuriating sultan Īnāl. These fortresses, situated in the *thughūr* region (in Cilicia),⁶² constituted an important part of Mamluk northern border defenses.⁶³

The region was under the direct authority of the governor of Aleppo,⁶⁴ and the security of the border zone was assured by Mamluk clients and governors who had been dispatched to the region to form a strategic networks of strongholds in Cilicia. First among this group were the Dulkadirids in Ma'rash and Kayseri,⁶⁵ and the Ramadanids in Adana,⁶⁶ who had acted as Mamluk clients since the 14th century. They were in charge of containing the Turkmen beyliks' ambitions and preventing the extension of their territory into Mamluk lands. In addition to these clients, the Mamluks had appointed governors in eight fortresses along the major defense line, among which the fortified city of Tarsus, facing the Cilician gates, constituted the most important garrison.⁶⁷ The citadel of Gülek, north of Tarsus, was part of another sub-system of defenses in the region established by the Mamluks. Minor citadels,⁶⁸ were appended to each major garrison, and these were under the command of

⁶⁰ *Har-El*, Struggle, 74–75.

⁶¹ *Ibn Taghrībirdī*, Al-Nujūm al-zāhirah fī mulūk Miṣr wa 'l-Qāhirah, vol. 16, Cairo 2005–2006; 2nd ed.; 1st ed. 1963–1971, 97; *Ibn Taghrībirdī*, Ḥawādith, 513–514 (5 Sha'bān); 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl, Nayl al-amal fī dhayl al-duwal, vol. 5, ed. 'U. A. al-Salām Tadmurī, Beirut 2002, 462; *Ibn Iyās*, Badā'i', vol. 2, 334.

⁶² On the *thughūr* region see Bonner, Michael, The Naming of the Frontier: 'Awāsim, *Thughūr*, and the Arab Geographers, in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies [in Honour of J. E. Wansbrough] 57/1 (1994), 17.

⁶³ Especially since the conquest of the region by al-Ashraf Sha'bān in 776/1375.

⁶⁴ Dekkiche, Crossing the Line, based on the *masālik wa'l-mamālik* works (administrative geography).

⁶⁵ *Har-El*, Struggle, 39–42.

⁶⁶ Ibid.

⁶⁷ Ibid., 45–47, only lists seven cities, based on al-Qalqashandī's description: Malatya, Tarsus, Ayas, Darende, Sırfandıkār, Divriği, Qal'at Kūmī, Sis.

⁶⁸ *Al-Qalqashandī*, Subḥ al-a'shā' fī ṣinā'at al-inshā', vol. 4, Cairo 1963, 2nd impr. of the 1913–1914 edition, 135–137; Qal'at Bārī Karūk, Kāwarra, Kūlāk (Gülek), Kirzāl, Kūmī, Tall Ḥamdūn, al-Hārūwiyyatayn, Qal'at al-Nijmah, Qal'at Humaynīn, Qal'at Lu'lū'ah, Qal'at Tāmrūn, Saniyāt Kalā, Bilislūş.

Mamluk amirs, or Turkmen under the authority of the governor of Aleppo.⁶⁹ Gülek was attached to Tarsus, and was put under the command of a Turkmen tribe.

Due to the importance of Tarsus and Gülek, the two-year-long conflict that opposed the Mamluks to the Qaramanids following the latter's invasion, is well described in the chronicles (i.e., Mamluk chronicles). Copies of letters kept in the *munshā'ah*, MS ar. 4440 (BnF, Paris) further supplement our knowledge on the event.⁷⁰

On 17 Ramaḍān 860/19 August 1456,⁷¹ the first news concerning the evolution of the hostilities reached Cairo from the governor of Aleppo, who had been asked by Ibrāhīm to intercede with sultan Īnāl. Īnāl's call for the repairing and rendering of the besieged cities did not fit the Qaramanid ruler's ambitions however. The latter decided to address the sultan again in Dhū'l-Qa'dah/October 1456, this time, directly. In his second letter, Ibrāhīm requested to be granted the governorship of the cities he had seized.⁷² Upon sultan Īnāl's refusal, the Qaramanid troops resumed their incursions in Cilicia, taking back Tarsus⁷³ and heading as far as Sis and Adana, two other Mamluk strongholds in the region.⁷⁴ The Mamluk sultan then had no choice but to send reinforcements from Cairo (Rabī' II 861/March 1457).⁷⁵ The first news of Qaramanid retreat arrived in Cai-

⁶⁹ *Al-Qalqashandī*, Ṣubh, vol. 4, 135–137; *al-Sāḥmāwī*, *Al-Thaghr al-bāsim fī ḥinā'at al-kātib wa'l-kātim*, vol. 1, ed. A. M. Anas Mursī, Cairo 2009, 306–307; vol. 2, 706. *Har-El, Struggle*, 48–54.

⁷⁰ For a full description of the letters, as well as the edited text and translation, see *Dekkiche, Crossing the line*.

⁷¹ *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh al-Biqā'ī*, vol. 2, ed. M. S. Ibn Shadīd al-'Awfī, Jizah 1992, 202.

⁷² *Ibn Taghrībirdī*, *Ḩawādith*, 517; *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, *Nayl*, vol. 5, 464.

⁷³ In Muḥarram 861/December 1456, the Mamluk amir Sunqur al-Zardkash had succeeded entering Tarsus and killing the Qaramanid governor appointed there by Ibrāhīm. His head would be sent to Cairo and disposed on Cairo's gate, Bāb Zuwaylah. Day not mentioned: *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, *Nayl*, vol. 6, 11; *Ibn Iyās*, *Bada'i'*, vol. 2, 336–337. On 15 Muḥarram: *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh*, vol. 2, 230. A month later, however, Ibrāhīm II managed to take the city back. *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh*, vol. 2, 235.

⁷⁴ *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh*, vol. 2, 235.

⁷⁵ Day not mentioned: *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, *Nayl*, vol. 6, 16. On 6 Rabī' II: *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh*, vol. 2, 260; *Ibn Taghrībirdī*, *Nujūm*, vol. 16, 104–105. Departure of the troops the following month: *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, *Nayl*, vol. 6, 16–17; *Ibn Iyās*, *Bada'i'*, vol. 2, 339; *Al-Sakhāwī*, *Wajīz al-kalām fi'l-dhayl 'alā duwal al-islām*, vol. 2, ed. B. A. Ma'rūf, Beirut 1995, 703. They reached Anatolia in Sha'bān 861/June 1457: Day not mentioned: *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, *Nayl*, vol. 6, 19–20; *Ibn Iyās*, *Bada'i'*, vol. 2, 340. On 4 Sha'bān/27 June: *Al-Biqā'ī*, *Tārīkh*, vol. 2, 287; *Ibn Taghrībirdī*, *Nujūm*, vol. 16, 108–109.

ro from Alaya⁷⁶ on 20 Sha'bān 861/13 July 1457,⁷⁷ along with Ibrāhīm's excuses for his invasion. The final victory of the Mamluk troops was celebrated in great pomp in Cairo in Ramadān 861/July 1457.⁷⁸

The first Qaramanid letter of apology had in fact reached Cairo soon after the Mamluk troops' departure to Anatolia. Sultan Īnāl's response to it has been partially kept in MS ar. 4440 (letter XV).⁷⁹ Though we do not know exactly when the letter was sent, the title added by the secretary mentioned the reception of Ibrāhīm's excuses through his emissary, Shaykh Jamāl al-Dīn al-Balkhī, after the Mamluk troops had headed to Kayseri. The beginning of the letter transcribed mentioned the summary of Ibrāhīm's initial message, namely Qaramanids' promise to return to Mamluk obedience and their hope to regain the sultan's favor. An oral message along the same lines was also delivered. We are missing in this message Īnāl's proposal as for the peace condition, – which may have constituted the preliminary settlement of the conflict. But fortunately, those are kept in a second document kept in MS ar. 4440 (letter L).⁸⁰

The circumstances surrounding the drafting of that letter are well known thanks to the chronicles. According to these, a Qaramanid embassy led by 'Alam al-Dīn Sulaymān b. Germiyān, reached Cairo in Jumādā I 862/April 1458 – that is 10 months after the official end of hostilities.⁸¹ Chroniclers also inform us about the mission's motive: Ibrāhīm II not only addressed his excuses to the sultan once more, he also implored him for forgiveness and peace. After a month,⁸² sultan Īnāl dismissed the delegation and prepared his amir, Aydakī al-Ashrafī al-Khāṣṣakī,⁸³ to escort

⁷⁶ Today: Alanya.

⁷⁷ *Al-Biqā'i*, Tārīkh, vol. 2, 289–290.

⁷⁸ On 9 Ramadān/31 July: 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl, Nayl, vol. 6, 21; *Ibn Iyās*, Badā'i', vol. 2, 340–341; *Ibn Taghrībirdī*, Nujūm, vol. 16, 109–110. On 10 Ramadān/1 August: *Al-Biqā'i*, Tārīkh, vol. 2, 298–299.

⁷⁹ MS ar. 4440 (BnF, Paris), fols 55a–55b. See edition in *Dekkiche*, Crossing the Line.

⁸⁰ MS ar. 4440 (BnF, Paris), fols 194b–197b, which has been edited in *Dekkiche*, Crossing the Line.

⁸¹ Day not mentioned: 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl, Nayl, vol. 6, 38; *Ibn Iyās*, Badā'i', vol. 2, 346, *Al-Biqā'i*, Tārīkh, vol. 2, 356. On 28 Jumādā I/13 April: *Ibn Taghrībirdī*, Nujūm, vol. 16, 119. The identity of the Qaramanid emissary is mentioned in MS ar. 4440, fol. 194a.

⁸² Jumādā II 862/May 1458: Day not mentioned: 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl, Nayl, vol. 6, 39; *Ibn Iyās*, Badā'i', vol. 2, 346–347. On 10 Jumādā II/25 April: *Ibn Taghrībirdī*, Nujūm, vol. 16, 119. MS ar. 4440, fol. 194a mentions the date 20 Jumādā II 862/5 May 1458.

⁸³ *Al-Sakhāwī*, al-Ḏaw' al-lāmi' li ahl al-qarn al-tāsi', vol. 2, Cairo 1934–1936, 325.

them back home. Before departure, Īnāl gave his representative the letter of response to Ibrāhīm's letter, as well as a robe of honor.⁸⁴

The letter has been transcribed fully in MS ar. 4440. The letter follows the common structure of a Mamluk response. It is constituted of two parts. First is the opening introduction (*iftitāh*), including the invocations (“*dā'afa 'llāh ni'mat*”), titles (“*al-janāb al-'alī*”), *salutatio* (*taslīm*: “*sadarat hādhihi 'l-mukātabah*”), introduction to the text (“*waddaha*”) – all of which are determined by the addressee's status.⁸⁵ Second comes the text (*matn*).⁸⁶ This is usually divided in two in a similar way to the Latin Christian tradition: the *narratio* and the *dispositio*.⁸⁷ The first part represents a summary of the initial message sent by Ibrāhīm II. From this summary, we have confirmation that a previous exchange had taken place between sultan Īnāl and Ibrāhīm concerning the latter's excuses for his attack and his promise of loyalty. Īnāl had already accepted the apology and reciprocated the desire for peace and friendship. In this second exchange, the Mamluk sultan once more confirmed his forgiveness, though not without insisting on the great disturbance and discontentment the attack had provoked. The letter then confirms the reception of the oral message transmitted by the Qaramanid emissary and mentions the response to be transmitted to Ibrāhīm. The content of this response is greatly developed in the second part of the message. The *dispositio* begins with a statement of Mamluk expectations: Ibrāhīm should never enter in Mamluk territory nor disturb the peace there again. We learn further that sultan Īnāl had originally planned to send more troops to Anatolia, but this was aborted when he received Ibrāhīm's first message of excuses. The final part of the *dispositio* states the three peace conditions offered by the Mamluks. First, Ibrāhīm should restore the walls surrounding Tarsus to the way they were before the attack. Second, he should reconstruct the citadel of Gülek and return it to the Mamluk sultan. The letter also asks the Qaramanids to respect their neighbors among Mamluk governors and Turkmen, as well as the safety of the roads for travelers and merchants. Third, the Qaramanids should stop disturbing the peace on the island of Cyprus, which was under Mamluk authority. In

⁸⁴ 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl, Nayl, vol. 6, 39; Ibn Taghrībirdī, Nujūm, vol. 16, 119.

⁸⁵ Dekkiche, Diplomatics.

⁸⁶ The closing part of the letter, *khawātīm*, that includes religious invocation, date and registration notes, is missing however.

⁸⁷ The *narratio*, or *expositio*, sets the motive of the letter. In the case of a response, this part also mentions the reception of the initial letter and further provides a summary of it. The *dispositio* states the solutions and conclusion to the problem set in the *narratio*. Though chancery manuals do not distinguish between the two parts, they can clearly be recognized in the contents of the text.

the final part of the letter, we find mention of the Mamluk emissary designated to conduct the mission to Ibrāhīm II and to bring his response back, as well as a list of gifts, that were sent to the Qaramanid ruler.

If the reconstruction of Tarsus and Gülek, as well as their handing over to the Mamluks are quite obvious conditions, the last two statements concerning the safety of the roads in Anatolia and the case of Cyprus need clarification. The city of Tarsus was one major post station within the Mamluk network of routes, linking Cilicia to Syria.⁸⁸ These routes were important for communication within Mamluk territory, and were also often used by merchants visiting the numerous markets in the region. Out of the many commodities and goods produced and circulating in Anatolia, one was of particular interest for the Mamluks: military slaves from the Black Sea region (a trade controlled by the Genoese). Since the 14th century these *mamlūks* had been transported to Cairo via the overland routes in southern Anatolia. Due to the nature of the Mamluk army (based on slave soldiers), any disturbances in the overland route system had tremendous consequences. These routes were also used by many travelers, among which pilgrims who came to join the Syrian caravan in Aleppo and Damascus to travel to the Hijaz under Mamluk protection. Thus insecurity on these roads would not only prevent pilgrims from reaching Syria, but also greatly affect the Mamluks' reputation as protectors of the holy community.

The Mamluks wanted to maintain their role as protectors of Muslim travelers, but they also intended to maintain their position as guardians of the protected community (*ahl al-dhimmah*) who paid the *jizyah*.⁸⁹ This can be seen in the case of the Christian community of Cyprus after the Mamluk invasion of the island in 829/1426.⁹⁰ In 860/1456, John II, the ruler of the island, had sent a letter of complaint about Turkmen attacks to the Mamluk sultan. This explains the concern expressed by Īnāl in the letter.⁹¹ Letter L explicitly mentions the protected status of the inhabitants of Cyprus and the sultan's role as their patron and pro-

⁸⁸ Dekkiche, Crossing the line.

⁸⁹ *Jiziyah* is a tax or tribute paid by the non-Muslim community in exchange of protection.

⁹⁰ Cyprus remained under Mamluk authority until they were overcome by the Ottomans. The ruler of the island kept on sending the tribute every year during that entire period. Ziada, M. M., The Mamlūk Conquest of Cyprus in the 15th Century, in: Bulletin of the Faculty of Art 2 (1934), 42.

⁹¹ Ziada, The Mamlūk Conquest, 46. de *Mas Latrie*, M. L., *Histoire de l'île de Chypre sous le règne des Princes de la Maison de Lusignan*, vol. 3, Paris 1855, 48–56, kept copies of the exchanges between the great master of Rhodes and John II, as well as the letter of the latter to the sultan of Egypt in request for help.

tector. Qaramanid incursion on the island endangered the sultan's position and well as the *jizyah* payments. These payments were of crucial importance since the money was used for the maintenance of the holy cities in the Hijaz.

Chronicles do not inform us of the outcome of the Mamluk embassy sent to Ibrāhīm II. Only after sultan Khushqadam's accession to the throne in 865/1460–1, do we see the Qaramanids mentioned again, in a document confirming the good state of the relationship between the two rulers. Indeed, in Sha'bān 865/May 1461, Ibrāhīm II sent a letter congratulating the new sultan for his appointment, and expressing his desire to maintain peace among them.⁹² The relation between Mamluks and Qaramanids became even closer in the following period since they both saw the resumption of Ottoman territorial ambitions in the Anatolian region as a threat.⁹³

Peace Making in Islam: Practice

The document presented above, though clearly setting truce conditions between the Mamluks and the Qaramanids, belongs to the category of official letters, *mukātabāt*, and not to that of treaties. In order to understand the difference between those two categories of documents, I will now discuss the characteristics of the treaties as established by Mamluk administration, before I turn back to the specificities of the letter presented.

Peacemaking through the establishment of treaties is a longstanding tradition in Islam, dating back from the time of the Prophet. It is therefore well regulated. There were different types of treaties and agreements recognized in the tradition which were concluded between different categories of people and dealt with very diverse matters. Though we have

⁹² Day not mentioned: *'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, Nayl, vol. 6, 108. On 7 Sha'bān/18 May: *Ibn Taghrībirdī*, Nujūm, vol. 16, 228. On 12 Sha'bān/23 May: *Al-Biqā'ī*, Tārīkh, vol. 3, 257.

⁹³ Ibid., vol. 3, 356–357. The death of Ibrāhīm II in 868/1464 inaugurated a period of succession struggle within the Qaramanid realm, which will lead Mamluks and Ottomans to open confrontation, since they both supported a different candidate to the throne. *Yıldız*, Razing Gevele and Fortifying Konya: the Beginning of the Ottoman Conquest of the Karamanid Principality in South-Central Anatolia, 1468; *Har-El*, Struggle, 81. This increasing tensions will eventually turn in favor of the Ottomans since they were able to put an end to the Qaramanid rule (880/1475). Furthermore, the tensions between the Mamluks and Ottomans will keep increasing, leading to military encounters in 1485–1491, and eventually to the end of the Mamluk rule in 1517.

lost most of the original documents,⁹⁴ chancery manuals from the Mamluk period have recorded the copies of earlier specimens.⁹⁵ The most famous of these works, *Subh al-A'shā' fī ḥinā 'at al-inshā'*, produced by al-Qalqashandī, acts as a real encyclopedia of the chancery practice. Not only does he provide us with the rules of drafting documents in the Cairene chancery, but he also presents the regional varieties and their evolution over time, which he illustrates with examples taken from original documents (recorded in copies). Such material is truly a gold mine of information given the fact that most of the documents are now lost. On the other hand, when compared to the few originals kept, they also show how the theory described in the chancery manual fits with practice.

Al-Qalqashandī's *Subh al-A'shā'*, now edited in 14 volumes, is as mentioned above, a real encyclopedia devoted to chancery practice. We find in this work not only information concerning the state chancery itself (i.e., internal organization, nature and functions), but also its place within society. Secondly, he describes the figure of the scribe and the necessary skills and knowledge for the function. And finally, the major focus of the work pertains to the diverse documents produced by the chancery (letters, appointment diploma, decrees, and treaties). In those parts, al-Qalqashandī deals with the rules for drafting the documents, as well as the rules peculiar to their external and internal features, such as paper size, ink color, the different pens to be used for the different parts, the honorific titles of the addressee, and specific invocations depending of their status.⁹⁶

The ninth treatise of the encyclopedia is devoted to treaties ('*uqūd al-sulh wa'l-fusūkh*). It is divided into six chapters (*bāb*), each one on a particular type of treaty. According to the classification found there, the recognized treaties in Islam are: the safe-conduct (*amānāt*),⁹⁷ the burial of the sins (*dafn al-dhunūb*),⁹⁸ the contract with the protected community ('*aqd al-dhimmah*),⁹⁹ the armistice between Muslim and Christian kings (*hudan bayna mulūk al-islām wa mulūk al-kuffār*),¹⁰⁰ peace contract be-

⁹⁴ Save for commercial agreements and grantings of privileges to Christian merchants (i.e., Italy, Spain). For the list see *Bauden, Mamluk Era Documentary Studies*.

⁹⁵ Though the authenticity of such early piece is rather doubtful, those documents were nevertheless used at later time as model as for the phraseology and the structure used.

⁹⁶ *Dekkiche, Diplomatics.*

⁹⁷ *Al-Qalqashandī*, Subh, vol. 13, 321–351.

⁹⁸ *Ibid.*, vol. 13, 352–355.

⁹⁹ *Ibid.*, vol. 13, 352–387.

¹⁰⁰ *Ibid.*, vol. 14, 2–78.

tween Muslim kings (*'uqūd al-ṣulḥ bayna malikayn al-muslimayn*),¹⁰¹ and the revocation of peace (*al-fusūkh*).¹⁰² All chapters follow a similar structure, starting from a definition of the type of treaty, its origin, the conditions and rules required for its conclusion, and then a discussion of its form and contents. The latter part provides additional information on the different trends or schools and their divergences in the drafting of the documents, as well as on some exceptional cases that diverge from the norm. Each rule is supplemented by examples from among the most famous cases of the past. The chapters usually end with samples of treaties from the time of al-Qalqashandī.

Of all the categories of treaties, those on safe-conducts and armistices established between Muslim and Christian rulers have been the most studied.¹⁰³ Indeed, most scholarly efforts have focused on Muslim-Christian relations. This is due not only to the greater number of documents available for those relations (both in copies and originals), but also to a widespread scholarly interest in the nature of Islamic international law (*dār al-islam* vs. *dār al-harb*).

A primary distinction was made between the treaties established with non-Muslim communities (either protected – *dhimmī* – or not – *kuffār*) and with Muslims. Out of the non-Muslim communities, only the non-protected ones interest us here, since it is the one associated with what the law refers to as the *dār al-harb*. Surprisingly though, Mamluk administration does not use this legal term,¹⁰⁴ but rather refers to non-Muslims as *ahl al-kufr* (people of the unbelief), or *mulūk al-kuffār* (kings of the unbelievers), as opposed to *ahl al-islām* (people of Islam), *mulūk al-muslimīn* (kings of the Muslims).

When it came to peace making, the list of the treaties mentioned above clearly distinguished between the treaties established with non-Muslim and Muslim communities. The first type is referred to as *al-hudnāh* (plural: *hudan*; cessation, truce, armistice),¹⁰⁵ whereas the second is called '*aqd al-ṣulḥ* (*ṣulḥ*: (re-)conciliation; settlement, compromise, peace). The terms used already show a clear difference as to the nature of those two

¹⁰¹ Ibid., vol. 14, 79–107.

¹⁰² Ibid., vol. 14, 108–109.

¹⁰³ Holt, Early Mamluk Diplomacy (1260–1290). Treaties of Baybars and Qalāwūn with Christian Rulers; Wansbrough, The Safe-Conduct in Muslim Chancery Practice, 20–35; Bsoul, International Treaties.

¹⁰⁴ On the division of the world according to Mamluk administration, see Dekkiche, Diplomatics.

¹⁰⁵ Other terms are sometimes used: *al-muwāda 'ah*, *al-musālamah*, *al-muqāḍāh*, *al-muwāṣafah*. Ibid., vol. 14, 3.

documents: the first being a temporary interruption of conflict (from 4 months to 10 years),¹⁰⁶ while the second aimed to be permanent.¹⁰⁷ Both types of treaties could be established either unilaterally or bilaterally, which would cause some differences in phrasing. Despite some differences as to the nature of the documents and the parties involved, *hudnāh* and *sulh* nevertheless shared some common features concerning the conditions and rules required for their conclusion, as well as the general form and style of the document.¹⁰⁸ Among these rules, those regarding the form and style are common to both types of treaties: paper size (1/4, 1/3, 1/2),¹⁰⁹ the use of rhymed prose (*saj'*),¹¹⁰ themes to be developed in the introduction (references to *Qur'ān* and prophetic tradition), respect of the status and hierarchy (through the good use of the addressee's titles), mention of the oath (included on the written document) and the witnesses.¹¹¹

Regarding the peace agreement between Muslim kings ('*aqd al-sulh*) more specifically, *al-Qalqashandī* provides us with numerous details about its origin, form and contents.¹¹² After going back to the famous precedents of such cases (i.e., battle of *Siffin*,¹¹³ the conflict between *al-Ma'mūn* and *al-Amīn*),¹¹⁴ *al-Qalqashandī* distinguishes between the two types of treaties: bilateral¹¹⁵ and unilateral,¹¹⁶ for which he explains the rules to be followed in drafting them; he illustrates these with samples of past treaties. One of them dates back to the Mamluk period. It falls in under the category of bilateral treaty, and is a good example that illustrates the general rule of treaty-writing. It is a peace agreement established between sultan Faraj (r. 801–808/1399–1405, and 808–815/1405–1412) and the Turco-Mongol conqueror Tamerlane (r. 772–807/1370–1405) after the latter's invasion of Syria (the treaty was written in 805/1402).¹¹⁷ This treaty is quite important since it put an end to years of increasing

¹⁰⁶ Ibid., vol. 14, 8.

¹⁰⁷ Ibid., vol. 14, 14.

¹⁰⁸ Ibid., vol. 14, 9–15.

¹⁰⁹ *Dekkiche*, Diplomatics.

¹¹⁰ The *saj'* is considered as the most elaborated form of Arabic prose.

¹¹¹ *Al-Qalqashandī*, *Şubh*, vol. 14, 9–15.

¹¹² Ibid., vol. 14: 79–107.

¹¹³ First civil war in Islam between the fourth caliph, 'Alī b. Abī Ṭālib and *al-Mu'awiyah* in 657.

¹¹⁴ Civil war during the Abbasid time, between the sons of Hārūn al-Rashīd in 193–218/809–833.

¹¹⁵ *Al-Qalqashandī*, *Şubh*, vol. 14, 84–96.

¹¹⁶ Ibid., vol. 14: 97–107.

¹¹⁷ Sole sample of '*aqd al-sulh*' of the Mamluk period kept: Ibid., vol. 14, 102–107.

tensions between the two rulers, though it did so to the detriment of the Mamluks who were severely defeated.

Though the copy kept in al-Qalqashandī's *Subh* does not inform us of the paper size, nor the type of pen used, it nevertheless provides us with the full contents of the treaty, including the text on the *turrah* – the blank space at the beginning of the roll. The document is referred to there as “*marqūm sharif*” (noble writing),¹¹⁸ that constitutes a peace contract between Tamerlane and sultan Faraj (in response to the peace proposal sent by Tamerlane). The *turrah* also refers to the Timurid emissary (*safīr*)¹¹⁹ in charge of concluding the agreement, Mas'ud al-Kujujānī. Three blank sheets of paper separate the text of the *turrah* from the first line of the text (*basmalah*), the signature-motto ('*alāmah*), written in chrysography (*Allāh Amalī*). The text of the treaty is introduced with a sermon (*khuṭbah*), starting with the *hamdalah*, followed with the *tashahhud* and *ba' diyyah*.¹²⁰ The text itself first informs us of the reception of the conditions of peace transmitted by Tamerlane's emissary and his suite,¹²¹ namely the sending of Tamerlane milk-brother, Alṭamish (who was hostage at the Mamluk court),¹²² and the promise of respecting each parties' territory and borders. After the summary of Tamerlane's letter, the Mamluk sultan confirms his acceptance of the terms of peace, and so does the caliph in the presence of all the notables of the realm. Finally there is the oath and the repetition of the duties – introduced by *hādhā* – expected of the two parties involved in the peace process.

¹¹⁸ This is quite an uncommon expression. Secretaries generally referred to written document as *kitāb*.

¹¹⁹ The use of the term *safīr* is quite unusual. Though it is the term that designates „ambassador“ today, it was not used (in this sense) during earlier periods. *Qāṣid* (emissary) or *rasūl* (messenger) were generally preferred.

¹²⁰ “The *basmalah* designates the phrase ‘*bi'smi 'llāh al-rahmān al-rahīm*’, which introduces any important action, granting it benediction. The *hamdalah* or *tahmīd* follows the *basmalah* and is a phrase in praise to God. Four different forms of *hamdalah* are attested: ‘*yahmaduhu*’, ‘*nahmaduhu*’, ‘*alḥmaduhu*’, and the more commonly used ‘*al-ḥamdu li'llāh*’. The *tashahhud* is the formula of Muslim profession of faith and conversion ‘*ashhadu anna lā ilāh illā' llāh wa anna Muhammad rasūlu' llāh*’. The *tashahhud* follows the *hamdalah*, and then the *tasliyah* (*sallā Allāh 'alayhi wa sallama*) can come, which praises the Prophet Muhammad as well as his family and companions (*wa ṣalawātuhu 'alā sayyidinā Muhammad wa ālihi wa ṣaḥibihī*). Finally, the *ba' diyyah* ‘*ammā ba' du'* concludes *fawātiḥ*.” in Dekkiche, Crossing the Line.

¹²¹ Al-Shaykh Badr al-Din Ahmad b. al-Shaykh al-Imām al-'Ālim Shams al-Dīn Muḥammad b. al-Jazarī al-Shāfi'i and al-Ṣadr al-Ajall Kamāl al-Dīn Kamāl Aghā.

¹²² Broadbridge, Kingship and Ideology, 190–191.

Compared to the Mamluk-Qaramanid presented above, it seems that *sulh* and letter writing share many common features. This can for example be seen through the use of specific paper size (1/4, 1/3, 1/2), whose sheet are joined to form a roll, starting with a *turrah*. The use of chrysography for the signature is also similar, demonstrating the importance of the addressee.¹²³ Finally, the use of specific Islamic formulas (*khuṭbah*) in the introduction, such as the *ḥamdalah*, *tashahhud* and *ba' diyyah*, can also be seen in letters, though generally only those addressed to the most important kings. Because they had a lower status, the letter to the Qaramanids, only starts with an invocation (vs. sermon). Regarding the differences, the *sulh* can be distinguished from the letter as for the addition of the oaths, as well as for the use of a specific type of signature: the '*alāmah*-motto – by opposition to the '*alāmah*-signature. During the early Mamluk period the '*alāmah*-motto was used only in letters addressed to non-Muslim rulers, and in a certain type of decrees.¹²⁴ It was replaced in letters by three other types of signature: *akhūhu* (his brother), *wāliduhu* (his father), name of the sultan.¹²⁵

Though document L contains a set of peace conditions, its form and structure is, as I mentioned earlier, clearly a letter (*mukātabah*). Several elements need to be discussed however, since they differ somewhat from convention. First of all, the introduction of the letter – though drafted in the spirit of friendship and forgiveness is a clear response to the Qaramanid's apology letter – also carries a message of peace (*al-salām*, *al-sulh*), supported by Quranic verse (XLII:40: *but whoever pardons and makes reconciliation – his reward is [due] from Allāh*). This use of Quranic verse on the theme of peace in the introduction is in fact a formal requirement of treaty-writing.¹²⁶ Secondly, the use of the verb *rasama bi-* (to order) to introduce the terms of peace: *mā rasamnā bi-hi; fa-rasamnā bi-(...)*, *mā yarsimu bi-hi*. Though the use of the formula “*rusima*” (in the passive form) was, in earlier periods, strictly used to introduce the decrees (*marsūm*), it also came to be used in treaties during the Mamluk period, especially the *amānāt* (safe-conduct).¹²⁷ The use of *rasama bi-* in such documents illustrates the unilateral character of the agreement. This is quite obvious in the peace conditions set by the Mamluk sultan

¹²³ Only used for very important rulers (rivals).

¹²⁴ It was also much used in Turco-Mongol tradition. Since Mamluk chancery generally followed the chancery tradition of the correspondent in its response, it could explain the use of the '*alāmah*-motto in this case.

¹²⁵ *Dekkiche*, Diplomatics. For the Qaramanids, it should be “*wāliduhu*”.

¹²⁶ *Al-Qalqashandī*, *Şubḥ*, vol. 14, 12.

¹²⁷ *Wansbrough*, The Safe-Conduct, 29.

İnāl, which were not to be questioned. The use of *rasama* to introduce the condition strengthens the command. The use of this particular formula, that clearly shows an overlap between all those documents (treaties, decrees, letters) is rather confusing – especially when it comes to determining the nature of the document in our possession. Al-Qalqashandī, however, can once more help us to understand this overlap.

In his *Şubh al-a'shā'*, he described 20 themes used by the Mamluk chancery, that could generate initial letters/*ibtidā'*, and for which he informs us of the particularities in term of style, length and specific phraseology to be used.¹²⁸ Those themes are: 1 – Accession of a caliph, a king or a sultan;¹²⁹ 2 – Incentive to *jihād*,¹³⁰ 3 – Incentive to encourage obedience and forbid conflict and deviance,¹³¹ 4 – Letters to those who broke their agreement among transgressors,¹³² 5 – Letters to those who refuse to remain obedient;¹³³ 6 – Conquest or victory against the enemies of the state and the religion;¹³⁴ 7 – Apologies to the sultan after a defeat;¹³⁵ 8 – Threat to the deserters and the defeated party;¹³⁶ 9 – Imprisonment of criminals;¹³⁷ 10 – Ban on contesting the religion;¹³⁸ 11 – Orders,¹³⁹ 12 – Announcement of the coming of the pilgrimage and feasts;¹⁴⁰ 13 – Rising of the Nile and opening of the canal;¹⁴¹ 14 – Gathering at the Hippodrome for the rising of the Nile;¹⁴² 15 – Departure of the caliph for the pilgrimage;¹⁴³ 16 – Granting of grace, gift or robe of honor;¹⁴⁴ 17 – Praise and blame;¹⁴⁵ 18 – Granting of a horse (mount) or a bird of prey to the viceroy;¹⁴⁶ 19 – Birth

¹²⁸ He in fact described 24 themes that were used over time in Islamic chanceries. Five themes, however, were not in use anymore during the Mamluk period.

¹²⁹ Al-Qalqashandī, *Şubh*, vol. 8, 233–244.

¹³⁰ Ibid., vol. 8, 246–251.

¹³¹ Ibid., vol. 8, 252–259.

¹³² Ibid., vol. 8, 259–262.

¹³³ Ibid., vol. 8, 263–274.

¹³⁴ Ibid., vol. 8, 274–290.

¹³⁵ Ibid., vol. 8, 290–298.

¹³⁶ Ibid., vol. 8, 299–303. This type of letter is rare.

¹³⁷ Ibid., vol. 8, 303–305.

¹³⁸ Ibid., vol. 8, 306–307.

¹³⁹ Ibid., vol. 8, 308–310.

¹⁴⁰ Ibid., vol. 8, 312–313.

¹⁴¹ Ibid., vol. 8, 328–333.

¹⁴² Ibid., vol. 8, 333–335.

¹⁴³ Ibid., vol. 8, 336–339. This type of letter was rare during the Mamluk period.

¹⁴⁴ Ibid., vol. 8, 339–341.

¹⁴⁵ Ibid., vol. 8, 346–351.

¹⁴⁶ Ibid., vol. 8, 351–356.

of the caliph or sultan's child;¹⁴⁷ 20 – News of the sultan's recovery after a sickness.¹⁴⁸ All of these are also described when they are used in the response.¹⁴⁹

Out of these 19 themes, three are particularly relevant for our topic since they directly touch the issues of obedience, deviance and transgression to the supreme rule of the sultan: the incentive to encourage the obedience and forbid conflict/deviance, the letters to those who broke their agreement among the transgressors, and the letters to those who are disobedient. Most of the samples kept involved intra-Muslim cases. In the introductory part on those themes, al-Qalqashandī discusses the danger of such infringements for the ruler. He does so by referring to the general principles set by the law, though he refers to it as the *qānūn*, and not the *shari‘ah*.¹⁵⁰

Both the letter on the incentives to encourage obedience and forbid deviance, and the letter to those who refuse obedience are, in fact, more specific to the internal affairs of the Mamluk rule. The first is usually restricted to the viceroys and governors of the provinces,¹⁵¹ whereas the second involved by definition groups who had already previously accepted the ruler's authority. None of those two cases match the situation prevailing between the Mamluks and the Qaramanids at the time of the latter's invasion of Cilicia. The last theme is closer to our topic, however since it addresses those who broke their agreement among the transgressors. Describing this same theme, al-Qalqashandī does not speak of rebellion, but rather of competition, rivalry (*muzāḥamah*) between states (*duwwat*) and authority (*mulk*).¹⁵² It involved those allies or clients who violated their agreement, or who broke from the conditions of peace.

Following the rules of letter-writing in terms of structure and style, this specific case nevertheless contains some particularities about the theme to be developed in the introduction. Letters on such themes are usually supposed to begin with a *khutbah* introduction praising God for his blessing on the Muslim community, favoring his strength, superiority, consolidation, justice, but also his victory against the rebels (*bāghī*).¹⁵³ The

¹⁴⁷ Ibid., vol. 8, 356–357. During the Mamluk period, this type of letter was only addressed to the viceroy and the local population.

¹⁴⁸ Ibid., vol. 8, 357–358.

¹⁴⁹ Ibid., vol. 8, 358. It should be sent according to the necessary delay and with appropriate gifts.

¹⁵⁰ Ibid., vol. 14: 263. Based on Ibn Ḥalaf's *Mawādd al-bayān*.

¹⁵¹ Ibid., vol. 14: 256.

¹⁵² Ibid., vol. 14: 260, quoting Ibn Ḥalaf's *Mawādd al-bayān*.

¹⁵³ Ibid., vol. 14: 259, quoting Ibn Ḥalaf's *Mawādd al-bayān*.

events and situation leading up to the peaceful agreement should be recalled: The truce conditions should be set according to the extent of the raids or invasion, and the request for peace must be established according to God's command. The themes developed in this type of letter are subject to changes however, depending on the cases and situations in question. This occurs when for example responses are drafted. In a last remark, at the end of this section, al-Qalqashandī notes that this type of letter is no longer produced during his time, except in cases of settlement of truce (*hudan*) related to the particular event of competition between rulers.

Though al-Qalqashandī speaks of this letter as an alternative to *hudnah* (truce with non-Muslims), the details he provides attest that this type of letter was also used in place of a *sulh* (peace with Muslims). Comparing this type of letter with the Mamluk-Qaramanid one presented above, we see that the two clearly match in terms of their contents and themes. Document L is a Mamluk response to a previous call for peace by the Qaramanid and we see that some of the themes, for example on those focusing forgiveness and reconciliation, have been adapted in it. But it nevertheless follows the rules in its presentation the peace conditions.

Conclusion

Islamic tradition recognizes both the use of war and peace within the Muslim community and effective means to regulate such issues were established early on. Among those means, peace-treaties were the most obvious and the most firmly established (and regulated) tool. Indeed, Islamic law, through the development of the *siyar*, had clearly set the rules and cases under which war could occur among Muslim parties, and how those conflicts should be settled. Over time, however, with the fragmentation of the Islamic world, and the emergence of many competing Muslim powers, new types of wars developed that had not previously been defined by law. To counter such deficiencies in the law, it seems that Islamic administration was able to find alternative ways to allow the conclusion of peace among Muslim parties (through *qānūn*). While those alternative ways showed many points of overlap with the peace treaty, they were nevertheless looser in both form and content, and obviously borrowed many features from the letter and the decree.

The Mamluk-Qaramanid case presented in this article truly belongs to that trend and illustrates how the Mamluk administration used the “letter-treaty”, instead of the *sulh*, to establish peace conditions with a group of transgressors not clearly defined by law. Indeed, nowhere in the chronicles and in the chancery manuals are the Qaramanids labeled as *bāghī*,

or *muḥāribūn* – the two recognized rebels in Islam –, unlike for example Tamerlane (often referred to in chronicles as the *bāghī*), or the Ottomans later on. Despite some differences, such as the absence of oath and witnesses, the “letter-treaty” is very similar to the *sulh*, especially to those concluded unilaterally. As I mentioned earlier, the use of the phrase “*rasama bi*” preceding the peace condition strengthened the unilateral and injunctive tone of the agreement.

While the “letter-treaty” and the treaty are two documents of a different nature (especially on in legal terms), their outcome was nevertheless the same. It goes without saying that the “letter-treaty” would never acquire the status of the *sulh*-treaty in Mamluk process of peace making nor would it replace it. Nevertheless it did offer an alternative means of settling conflicts among Muslim rulers. Later cases involving the Ottomans’ invasion of Cilicia and the two fortresses of Tarsus and Gülek in 1488 (Battle of Ağa-Çayırı), would for example be settled, after long negotiation, through the establishment of a *sulh*-treaty (in 1491). Unfortunately, the text of the treaty has not been kept and does not allow for comparison with our Qaramanid case.

Sources

- 'Abd al-Bāsiṭ b. Khalīl*, Nayl al-amal fī dhayl al-duwal, ed. 'U. 'A. al-Salām Tadmuri, Beirut 2002.
- Al-Biqā'i*, Tārīkh al-Biqā'i, vol. 2, ed. M. S. Ibn Shadīd al-'Awfi, Jizah 1992.
- Al-Qalqashandī*, Ṣubḥ al-a'shā' fī ḥināt al-inshā', vol. 4, Cairo 2¹⁹⁶³.
- al-Saḥmāwī*, *Al-Thaghr al-bāsim fī ḥināt al-kātib wa'l-kātim*, 2 vols., ed. A. M. Anas Mursī, Cairo 2009.
- Al-Sakhāwī*, Wajīz al-kalām fī'l-dhayl 'alā duwal al-islām, vol. 2, ed. B. A. Ma'rūf, Beirut 1995.
- Al-Sakhāwī*, al-Daw' al-lāmi' li ahl al-qarn al-tāsi', vol. 2, Cairo 1934–1936.
- Ibn Iyās*, Badā'i' al-zuhūr fī waqā'i' al-duhūr, vol. 2, ed. M. Muṣṭafā, Cairo 2²⁰⁰⁸.
- Ibn Taghrībirdī*, Al-Nujūm al-zāhirah fī mulūk Miṣr wa 'l-Qāhirah, vol. 16, Cairo 2^{2005–2006}.
- Ibn Taghrībirdī*, Ḥawādith al-duhūr fī madā al-ayyām wa 'l-shuhūr, ed. F. M. Shaltūt, Cairo 1990.

Literature

- Afsaruddin, Asma, The Syiar Laws of Aggression: Juridical Re-Interpretations of Qur'ānic Jihād and Their Contemporary Implications for International Law, in:

- Islam and International Law. Engaging Self-Centrism from a Plurality of Perspectives, eds. Marie-Luisa Frick/Andreas Th. Müller, Leiden/Boston 2013, 45–63.
- Al-Dawoody*, Ahmed, The Islamic Law of War. Justifications and Regulations (Palgrave Series in Islamic Theology, Law, and History), New York 2011.
- Al-Khasawneh*, Awn S., Islam and International Law, in: Islam and International Law. Engaging Self-Centrism from a Plurality of Perspectives, eds. Marie-Luisa Frick/Andreas Th. Müller, Leiden/Boston 2013, 29–44.
- Amitai-Preiss*, Reuven, Mongols and Mamluks: The Mamluk-Īlkhānid War, 1260–1281, Cambridge 1995.
- Bauden*, Frédéric, Mamluk Era Documentary Studies: The State of the Art, in: *Mamlük Studies Review* 9:1 (2005), 15–60.
- Bonner*, Michael, Jihad in Islamic History. Doctrines and Practice, Princeton 2006.
- Bonner*, Michael (ed.), Arab-Byzantine Relations in early Islamic times, Aldershot 2004.
- Bonner*, Michael, The Naming of the Frontier: ‘Awāṣim, Thughūr, and the Arab Geographers, in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies [in Honour of J. E. Wansbrough] 57/1 (1994).
- Broadbridge*, Anne F., Kingship and Ideology in the Islamic and Mongol Worlds (Cambridge Studies in Islamic Civilization), Cambridge 2008.
- Bsoul*, Labeeb A., Islamic Diplomacy: Views of the Classical Jurists, in: Islam and International Law. Engaging Self-Centrism from a Plurality of Perspectives, eds. Marie-Luisa Frick/Andreas Th. Müller, Leiden/Boston 2013, 127–145.
- Bsoul*, Labeeb A., International Treaties (Mu‘āhadāt) in Islam. Theory and Practice in the Light of Islamic International Law (Siyar) according to Orthodox Schools, Maryland 2008.
- Dekkiche*, Malika, Diplomatics of Another Way to see the world, in: Mamlük Cairo: A Crossroad for Embassies, eds. Frédéric Bauden/Malika Dekkiche, Leiden/Boston 2017.
- Dekkiche*, Malika, Crossing the Line: Mamluk Response to Qaramanid Threat in the Fifteenth Century According to MS ar. 4440 (BnF, Paris), in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies 80/2 (2017), 253–281.
- Donner*, Fred M., Muhammad and the Believers at the Origins of Islam, Cambridge, MA 2010.
- Frick*, Marie-Luisa/Andreas Th. Müller (eds.), Islam and International Law. Engaging Self-Centrism from a Plurality of Perspectives, Leiden/Boston 2013.
- Har-El*, Shai, Struggle for Domination in the Middle East. The Ottoman-Mamluk War 1485–91 (The Ottoman Empire and Its Heritage. Politics, Society and Economy, vol. 4), Leiden/New York/Köln 1995.
- Heck*, Paul L., „Jihad“ Revisited, in: The Journal of Religious Ethics 32:1 (2004), 95–128.

- Holt*, Peter M., Early Mamluk Diplomacy (1260–1290). Treaties of Baybars and Qalāwūn with Christian Rulers (Islamic History and Civilization. Studies and Texts 12), Leiden/New York/Köln 1995.
- Holt*, Peter M., The Age of the Crusades. The Near East From the Eleventh Century to 1517 (A History of the Near East), New York 1986.
- Istanbuli*, Yasin, Diplomacy and Diplomatic Practice in the Early Islamic Era, Oxford 2001.
- Kamal*, Mohd H. M., Meaning and Method of the Interpretation of Sunnah in the Field of Siyar: a Reappraisal, in: Islam and International Law. Engaging Self-Centrism from a Plurality of Perspectives, eds. Marie-Luisa Frick/Andreas Th. Müller, Leiden/Boston 2013, 64–80.
- Kennedy*, Hugh, Byzantine–Arab diplomacy in the Near East from the Islamic Conquests to the mid-eleventh Century, in: Byzantine Diplomacy, eds. J. Shepard/S. Franklin, Aldershot 1992, 133–143.
- Kennedy*, Hugh, The Prophet and the Age of the Caliphates. The Islamic Near East From the Sixth to the Eleventh Century (A History of the Near East), London 1986.
- Khadduri*, Majid, The Islamic Law of Nations. Shaybānī's Siyar, Baltimore 1966.
- Köhler*, Michael A., Alliances and Treaties between Frankish and Muslim Rulers in the Middle East. Cross-Cultural Diplomacy in the Period of the Crusades, Leiden/Boston 2013.
- de Mas Latrie*, M. L., Histoire de l'île de Chypre sous le règne des Princes de la Maison de Lusignan, vol. 3, Paris 1855.
- Muslu*, Cihan Y., The Ottomans and the Mamluks. Imperial Diplomacy and Warfare in the Islamic World, New York 2014.
- Wansbrough*, John, The Safe-Conduct in Muslim Chancery Practice, in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies 34/1 (1971), 20–35.
- Yıldız*, Sara N., Razing Gevele and Fortifying Konya: the Beginning of the Ottoman Conquest of the Karamanid Principality in South-Central Anatolia, 1468, in: The Frontiers of the Ottoman World (Proceedings of the British Academy, 156), ed. A.C.S. Peacock, Oxford 2009, 307–330.
- Ziada*, M. M., The Mamlük Conquest of Cyprus in the 15th Century, in: Bulletin of the Faculty of Art 2 (1934), 37–57.

Auch den Ungläubigen muss man Treue halten. Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen im ersten Jahrhundert der Kreuzzüge

Von *David Crispin*

Am 19. Juni des Jahres 1157 erfuhr König Balduin III. von Jerusalem eine ebenso empfindliche wie überraschende militärische Niederlage. Noch kurz zuvor hatte alles nach einem Erfolg für den bedeutendsten Herrscher des Lateinischen Ostens ausgesehen: Balduin war mit einer beträchtlichen Streitmacht in Richtung der Stadt Banyas gezogen, um diese vor der Einnahme durch den türkischen Atabeg Nur ad-Din zu bewahren. Dessen Streitkräfte waren nach einer etwa einen Monat währenden Belagerung zwar bereits in die Stadt eingedrungen, jedoch im Folgenden an der Einnahme der Zitadelle gescheitert, und hatten sich ange-sichts des nahenden lateinischen Entsatzheeres kampflos zurückgezogen. Als der König sich jedoch wenig später auf den Rückweg nach Jerusalem begab, war er offenbar völlig ahnungslos, dass das türkische Aufgebot sich weiterhin in der Gegend aufhielt, und marschierte an der Jakobsfurt am oberen Jordan geradewegs in einen Hinterhalt. Während Balduin selbst mit Mühe in eine nahegelegene Festung entkommen konnte, geriet eine beträchtliche Anzahl hochrangiger Lateiner in Gefangenschaft und wurde von Nur ad-Din im Rahmen eines Triumphzugs durch Damaskus geführt.¹

Wilhelm von Tyrus, der wichtigste Chronist der Kreuzfahrerherrschaften des 12. Jahrhunderts², lässt kein gutes Haar an den Gefangenen: Die erfahrensten und besten Krieger hätten sich ebenso wie die Gemeinen nicht vor der „ewigen Schande“ gescheut und sich, nur um ihr „elendes Leben“ zu retten, wie die niedrigsten Sklaven ohne Gegenwehr ergeben.³

¹ Die zentrale Quelle zu den Ereignissen stellt der entsprechende Bericht Wilhelms von Tyrus dar. Siehe Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XVIII, cap. 12–14, 826–832. Vgl. dazu *Barber*, *Crusader States*, 210f. Zu Nur ad-Din vgl. *Hillenbrand*, *Crusades*, 117–141.

² Grundlegend zu Wilhelm von Tyrus und seinem Werk siehe *Edbury/Rowe*, *William of Tyre*, *passim*; *Hiestand*, *Zum Leben*.

³ Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XVIII, cap. 14, 830f.: *Capta est illa die de principibus nostris maxima multitudo, cesi vero pauci, nam omnes indifferenter, tam*

Dass es überhaupt zu einer solchen Tragödie kommen konnte, liegt nach Wilhelms Deutung der Ereignisse darin begründet, dass sich die Lateiner den Zorn Gottes zugezogen hätten. Im Gegensatz zu anderen Rückschlägen, die oftmals recht vage als Resultat der Sündhaftigkeit der Christen erklärt werden, führt der Chronist den göttlichen Zorn in diesem Fall auf einen ganz konkreten Anlass zurück: „Gerecht, wie wir es verdient hatten, gab uns der Herr die Früchte unseres Tuns zurück, und wir, die wir in Verachtung der Gesetze der Menschlichkeit die Unschuldigen und die, die auf unsere Treue bauten, unverschuldet überfallen hatten, wurden in gleichem Maße in Verwirrung gestürzt.“⁴

Damit nimmt Wilhelm auf eine Episode Bezug, über die er an früherer Stelle berichtet: Im Februar desselben Jahres hatte König Balduin eine Gruppe nomadischer Araber und Turkomanen überfallen, ein Blutbad unter ihnen angerichtet und zahlreiche Gefangene und reiche Beute gemacht.⁵ Ein solcher gewaltsamer Raubzug war an sich kaum ungewöhnlich, doch hatten die besagten Nomaden zuvor ein Friedensbündnis mit Balduin geschlossen und befanden sich mit königlicher Erlaubnis in der Region, um ihr Vieh weiden zu lassen. Folgt man Wilhelm, war Balduin getrieben von Geldnöten, schenkte deshalb dem Rat „gottloser Männer“ Gehör, und ließ sich von diesen dazu anstiften, das Abkommen zu verletzen und die Nomaden anzugreifen.⁶ Eben dieser Bruch des Abkommens provozierte jedoch den Zorn des Allmächtigen, der daraufhin als „gerechter Vergelter“ die sündigen Christen für ihr Verhalten bestrafte, mittels der folgenden Niederlage an der Jakobsfurt Verwirrung über sie

qui rei militaris dicebantur habere prudentiam et usum precipuum quam gregarii, hostibus, tanquam vilia mancipia ignominiose servitutis iugum et perpetue infamie notam non abhorrentes, ut misere vite consulerent sine contradictione se tradebant.

⁴ Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XVIII, cap. 14, 831: *Refudit nobis dominus iuxta meritum viarum nostrarum fructum et qui innocentes et de nostra presumentes fide spretis humanitatis legibus oppresseramus indebite, equa lance pensam reportavimus confusionem.* Zur Sündhaftigkeit der Christen als Erklärungsmodell für Rückschläge und Notsituationen in Wilhelms Chronik vgl. *Edbury/Rowe*, William of Tyre, 155–159; *Lehtonen*, By the Help of God, 74f.

⁵ Vgl. hierzu *Barber*, Crusader States, 210.

⁶ Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XVIII, cap. 11, 825f.: *Accesserunt porro ad dominum regem viri impii, filii Belial, domini timorem pre oculis non habentes, suggesteruntque ei, et in malicia sua facilius involverunt persuadentes, ut prodigus fidei et inmemor federis, quod cum eis pepigerat, subito in predictos viros, qui pabulandi gratia tam greges in silvam quam armenta introduxerant, irruptionem faceret et tam eos quam eorum peculia suis daret ad predam. (...) Rex enim, ere gravatus alieno et multis obligatus debitum cum non haberet unde creditoribus satisfacere posset, proclivis ad hoc ut quocumque modo se expediret, patulam pravis incitoribus aurem prebuit et eorum acquievit suggestionibus.*

brachte und damit zeigte, dass man „sogar den Ungläubigen die Treue halten müsse“.⁷

Im Hinblick auf die Frage nach Friedensbündnissen und sonstigen Abkommen und deren Gültigkeit über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg veranschaulicht Wilhelms Darstellung zunächst zwei grundlegende Punkte: Erstens waren im Vorderen Orient des 12. Jahrhunderts neben den anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Kreuzfahrerherrschaften und ihren muslimischen Nachbarn auch Bemühungen um friedliche Lösungen keinesfalls ungewöhnlich.⁸ Zweitens existierten zumindest aus Wilhelms Perspektive offenbar durchaus entsprechende Verbindlichkeitserwartungen, wie seine unverhohlene Kritik am Überfall auf die Nomaden deutlich macht. Es wird zu fragen sein, ob es sich hierbei um eine repräsentative Sicht der Dinge handelt.

Der vorliegende Beitrag nimmt die Zeit der frühen Kreuzzüge und der Etablierung der lateinischen Präsenz im Vorderen Orient in den Blick, deren Ende durch den Aufstieg Saladins und den Verlust Jerusalems sowie weiter Teile der Kreuzfahrerherrschaften im Jahr 1187 markiert wird. Dabei soll exemplarisch erörtert werden, in welchen Situationen und Konstellationen es zu interreligiösen Abkommen kam, welche Bestimmungen diese enthielten, und welcher Mittel man sich beim Vertragschluss bediente. Insbesondere im Blick auf den Bruch von Abkommen stellt sich zugleich die Frage nach deren Bewertung durch die Zeitgenossen: Welche Aufschlüsse geben diese zum Problem der Verbindlichkeit interreligiöser Verträge? Der Fokus der Untersuchung liegt auf der lateinisch-christlichen Perspektive. Da diplomatische Zeugnisse wie Vertrags-
texte und Eidesformeln erst aus dem späteren 13. Jahrhundert überliefert sind, bilden die Werke der zeitgenössischen Geschichtsschreiber die vorwiegende Quellengrundlage.⁹

Interreligiöse Diplomatie

Diplomatische Anstrengungen bildeten vom Beginn der Kreuzzugsbewegung an einen festen Bestandteil der Interaktion zwischen den Kreuz-

⁷ Ebd., XVIII, cap. 11, 826: *Sed iustus retributor dominus deus ultionum non diu passus est nos tam turpibus emolumentis letari, sed significans quod etiam infidelibus fidei tenor observandus sit illibatus, in nostram confusionem et commissi criminis penam adducens cum eo ultionem, pro omnibus peccatis nostris reddidit duplicita et multiplicato fenore intulit confusionem, sicuti in sequentibus legetis.*

⁸ Umfassend zur Thematik von Bündnissen und sonstigen Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen im 12. und 13. Jahrhundert siehe Köhler, Allianzen und Verträge.

⁹ Vgl. Köhler, Allianzen und Verträge, XVIII.

fahrern und den verschiedenen muslimischen Fraktionen der Region: So wird der Erste Kreuzzug zwar in der Regel sicherlich eher mit großen Schlachten wie der von Doryläum und berüchtigten Massakern wie im Fall der Einnahme Jerusalems assoziiert als mit interreligiöser Diplomatie, doch sind bereits im Rahmen dieser ersten Expedition in das Heilige Land diverse Abkommen greifbar.¹⁰ In diesem Zusammenhang ist grundsätzlich anzumerken, dass die Großen unter den Kreuzfahrern ungeachtet des gemeinsamen Ziels immer wieder eigene Machtinteressen verfolgten und in der Kriegsführung wie in der Diplomatie mitunter unabhängig voneinander, zum Teil auch in offenem Konflikt agierten, wovon an späterer Stelle noch die Rede sein wird. Zugleich stellt die islamische Welt der Levante im ausgehenden 11. Jahrhundert bekanntlich alles andere als einen einheitlichen Block dar.¹¹ Somit agierten die Kreuzfahrer von Anfang an innerhalb eines Beziehungsgeflechtes, dessen Frontlinien durchaus nicht nur entlang religiöser Grenzen verliefen.

Bereits die erste große Belagerung der Unternehmung – die des kleinasiatischen Nikäa – endete mit einer ausgehandelten Übergabe, bei der der türkischen Besatzung freier Abzug gewährt wurde.¹² Hierbei waren allerdings die den Kreuzzug begleitenden Byzantiner die treibende Kraft, während auf lateinischer Seite vor allem kritische Stimmen bezüglich der Abmachung zu vernehmen sind.¹³ So unterstellt etwa der anonyme Autor der *Gesta Francorum*, der im Gefolge Bohemunds von Tarent selbst am Kreuzzug teilnahm, dem byzantinischen Kaiser Alexios I. Komnenos, dieser habe geplant, die türkischen Krieger, die sich ihm ergeben hatten, zu einem späteren Zeitpunkt gezielt gegen die Kreuzfahrer einzusetzen.¹⁴

¹⁰ Ausführlich zu den diplomatischen Anstrengungen im Laufe des Ersten Kreuzzugs siehe Köhler, Allianzen und Verträge, 20–77. Zur Schlacht von Doryläum vgl. Smail, Crusading Warfare, 168–170; France, Victory in the East, 170–185. Zum Massaker von Jerusalem und seiner Beurteilung von den zeitgenössischen Geschichtsschreibern bis in die moderne Forschung siehe Kedar, Jerusalem Massacre.

¹¹ Zur islamischen Welt um 1100 vgl. Hillenbrand, Crusades, 33–50.

¹² Zur Belagerung Nikäas vgl. France, Victory in the East, 160–165; Rubenstein, Armies of Heaven, 101–115; Frankopan, First Crusade, 138–142.

¹³ Zu den Spannungen zwischen Lateinern und Byzantinern vgl. France, Victory in the East, 165; Lilié, Byzanz und die Kreuzzüge, 50 f.; Frankopan, First Crusade, 143 f.

¹⁴ Gesta Francorum, II, cap. 8, 17: *Tunc imperator, plenus uana et iniqua cogitatione, iussit illos impunitos abire sine ullo timore, ac sibi eos Constantinopolim cum magna fiducia adduci. Quos studiose seruabat, ut illos ad Francorum nocumta et obstacula paratos haberet.* Zu den *Gesta Francorum* siehe Oehler, Studien zu den *Gesta Francorum*; Morris, The *Gesta Francorum*; zuletzt Rubenstein, What is the *Gesta Francorum*.

Zu diplomatischen Lösungen kam es jedoch im weiteren Verlauf des Zuges auch unter Beteiligung lateinischer Parteien noch häufiger. Hierbei sticht besonders die Phase zwischen den Eroberungen Antiochias und Jerusalems hervor.

Die Einnahme der strategisch bedeutenden Stadt Antiochia im nördlichen Syrien gestaltete sich überaus schwierig und gelang erst nach monatelanger Belagerung, in deren Verlauf sich die Kreuzfahrer nicht nur verschiedener Entsatzeere erwehren mussten, sondern auch unter Versorgungsproblemen litten, die sich rasch zu einer massiven Hungersnot ausweiteten.¹⁵ Nachdem sie schließlich dank der Hilfe eines Bewohners Zugang zur Stadt erhalten hatten, wurden die christlichen Krieger wiederum selbst von einem Heer unter Kerbogha, dem Atabeg von Mossul, eingeschlossen, bis es ihnen letzten Endes gelang, diesen in einer offenen Feldschlacht in die Flucht zu schlagen.¹⁶ Der Kreuzzug geriet nach diesem Triumph zunächst ins Stocken: Innerhalb der Führungsriege herrschte Uneinigkeit darüber, ob man die Herrschaft über das ehemals byzantinische Antiochia an Kaiser Alexios abtreten sollte, und verschiedene Fürsten unternahmen Expeditionen ins Umland, um sich lokale Positionen zu sichern.¹⁷

Der auf diese Phase des Stillstands folgende Weitermarsch in Richtung Süden, auf den man sich im Frühjahr 1099 nicht zuletzt unter dem zunehmenden Druck der Masse der „einfachen Kreuzfahrer“ geeinigt hatte, ist von Michael Köhler als „Glanzzeit diplomatischer Kontakte“ der Unternehmung bezeichnet worden.¹⁸ Nachdem es im Zuge der Herrschaftsbildungen einzelner Großer zunächst noch zu langwierigen Belagerungen mit wechselndem Erfolg gekommen war, war man nun bereit, mit einer ganzen Reihe lokaler Machthaber Friedensabkommen zu schließen.

Die von Teilnehmern des Kreuzzugs verfassten Chroniken betonen hierbei immer wieder die Furcht, die sich nach der Einnahme Antiochias und besonders bei Wiederaufnahme des Marsches nach Süden unter den örtlichen Herrschern ausgebreitet habe.¹⁹ Tatsächlich scheint zumindest

¹⁵ Vgl. *France, Victory in the East*, 236–255; *Asbridge, First Crusade*, 153–187.

¹⁶ Zur Schlacht von Antiochia vgl. ausführlich *France, Victory in the East*, 269–296.

¹⁷ Zu dieser Phase des Kreuzzugs vgl. generell *Rubenstein, Armies of Heaven*, 229–271; speziell zur Frage der Herrschaft über Antiochia *Lilie, Byzanz und die Kreuzzüge*, 57–60; *Frankopan, First Crusade*, 166–171.

¹⁸ *Köhler, Allianzen und Verträge*, 51.

¹⁹ Siehe etwa Raimund von Aguilers, *Liber*, 103 f. und 107; *Gesta Francorum*, X, cap. 36, 87.

die Initiative für die folgenden Vereinbarungen in der Regel von den jeweiligen muslimischen Parteien ausgegangen zu sein. So berichten etwa die von einem anonymen Kreuzzugsteilnehmer verfassten *Gesta Francorum* von einem Abkommen mit dem Emir von Tripolis, gegen den man zuvor bereits mehrere erfolgreiche Gefechte geschlagen hatte.²⁰ Demnach wurden die Kreuzfahrer, während sie noch die nahegelegene Stadt Arqa belagerten, wiederholt von Gesandten aus Tripolis aufgesucht, die sie ersuchten, die Belagerung aufzulösen und zu einer Übereinkunft zu kommen.²¹ Gottfried von Bouillon, Raimund von St. Gilles und Robert von Flandern hielten daraufhin gemeinsam Rat, kamen zu der Entscheidung, dass eine zügige Vollendung der Reise nach Jerusalem wünschenswert wäre und begaben sich zu Verhandlungszwecken nach Tripolis: „Der König von Tripolis stimmte schließlich zu, sofort 300 Pilger, die dort gefangen gehalten wurden, freizulassen, und uns 1500 Byzantiner und 15 Pferde von großem Wert zu geben. Außerdem verkaufte er uns große Mengen von Pferden, Eseln und Proviant, so dass das ganze Heer Christi gut ausgestattet war.“²²

Derartige Friedensabkommen auf Basis von Tributzahlungen sind mehrfach überliefert und dienten in dieser Phase des Kreuzzugs dazu, den weiteren Weg nach Jerusalem zu beschleunigen und abzusichern.²³ In einem Brief an Papst Urban II. betonten die führenden Kreuzfahrer einige Monate später die geschwundene Größe des christlichen Heeres und stellten die Bereitschaft der Städte und Statthalter, sich als Tributpflichtige unterzuordnen, als Gnade Gottes dar.²⁴ Wo es sich bei den Abkommen um die Anerkennung förmlicher lateinischer Oberherrschaft

²⁰ *Gesta Francorum*, X, cap. 36, 85 f. Vgl. dazu *France, Victory in the East*, 321–323; *Asbridge, First Crusade*, 281 f.

²¹ *Gesta Francorum*, X, cap. 36, 85: *Rex quoque Tripolis sepe nuntios mittebat senioribus ut dimitterent castrum, et cum eo concordarentur.*

²² Ebd., X, cap. 36, 86: *Tandem concordatus est rex Tripolis cum senioribus, illosque continuo dissoluit plus quam trecentos peregrinos, qui illic capti erant; deditque illis quindecim milia bisanteos, et quindecim equos magni precii. Dedit etiam nobis magnum mercatum equorum, asinorum, omniumque bonorum, unde nimis ditata est omnis Christi militia.*

²³ Vgl. Köhler, Allianzen und Verträge, 50–54.

²⁴ *Epistulae et chartae*, Nr. 18, 170: *Deinde cum diuino monitu in interiora Hispaniae progrederemur, largissimam atque misericordem et uictoriosissimam manum omnipotentis patris nobiscum habuimus. etenim ciues et castellani regionis, per quam procedebamus, ad nos cum multis donariis legatos praemetibant, parati seruire et oppida sua reddere. sed quia exercitus noster non multus erat, et in Hierusalem unanimiter uenire festinabant, acceptis securitatibus tributarios eos fecimus quippe cum de multis una ciuitatibus, quae in maritimis illis sunt, plures homines haberet quam in exercitu nostro fuissent.*

und wo um bloße Friedensabkommen handelte, lässt sich indes nur schwer eindeutig bestimmen.²⁵

In diesem Zusammenhang ist eine Nachricht Raimunds von Aguilers, eines weiteren Teilnehmers und Chronisten des Kreuzzugs, über die Verhandlungen mit Tripolis besonders interessant:²⁶ „Daher schickten die Einwohner dieser Gegend Abgesandte mit vielen Bitten und Geschenken zum Grafen [Raimund von St. Gilles] und baten ihn, dass er ihnen seine Feldzeichen und kleine Fahnen zukommen lasse, so lange bis er ihre Städte und Burgen in Besitz nehmen ließe. Es war nämlich Sitte im Heer, dass, wenn das Feldzeichen eines Franken in einer Stadt oder einer Burg vorgefunden wurde, sie danach von niemandem eingenommen wurde. Daher stellte der König von Tripolis die Feldzeichen des Grafen in seinen Burgen auf.“²⁷

Das Aufstellen von Fahnen symbolisierte also einerseits die Inbesitznahme eines Ortes durch den jeweiligen Fürsten, andererseits auch ein Schutzversprechen für diejenigen, die sich ihm durch das Aufstellen der Feldzeichen sichtbar unterordneten. Eine Reihe weiterer Nachrichten zeigt, dass es sich hierbei um eine unter den Kreuzfahrern übliche Vorgehensweise handelte. In der muslimischen Bevölkerung war der Brauch offenbar bekannt, und es wird wiederholt berichtet, dass man aktiv mit der Bitte um eine Fahne an bestimmte Kreuzfahrer herantrat.²⁸

Auch das bereits angedeutete Konfliktpotential unter den lateinischen Großen kann anhand der Fahnenvergabe deutlich gemacht werden: So schildert etwa der lothringische Chronist Albert von Aachen, wie der Normanne Tankred die Kapitulation der Stadt Tarsus entgegennahm.²⁹ Tankred wies demnach die Unterworfenen an, seine Fahne auf dem

²⁵ Vgl. Köhler, Allianzen und Verträge, 70 f.

²⁶ Zu Raimund siehe immer noch Klein, Raimund von Aguilers, 29–34; zudem France, Anonymous Gesta Francorum, 44 f. und 56–58.

²⁷ Raimund von Aguilers, Liber, 107: *Terruerat enim totam illam regionem castelli expugnatio, quoniam numquam ante ab aliquibus potuit expugnari. Propterea illius incole regionis cum multis supplicationibus et muneribus ad comitem mittebant, precantes ut dum civitates et castella eorum recipi faceret, interim signa et sigilla sua eis dirigeret. Etenim mos erat in exercitu, ut si signum alicuius Franci in civitate aut castello reperiretur, a nullo postea expugnabatur. Quare rex Tripolis signa comitis in castellis suis posuit.*

²⁸ Zur Vergabe von Fahnen auf dem Ersten Kreuzzug vgl. weiter Prietzel, Kriegsführung, 224–230.

²⁹ Albert von Aachen, Historia Ierosolimitana, III, cap. 6–8, 146–150. Vgl. dazu Asbridge, First Crusade, 142–145. Zu Albert von Aachen und seinem Werk, das einmaligerweise unabhängig von den übrigen frühen Chroniken des Ersten Kreuzzugs verfasst wurde, siehe Edgington, Albert of Aachen, bes. 57 f.

höchsten Turm der Zitadelle zu errichten und wollte auf diese Weise den Ansprüchen ihm nachfolgender Kreuzfahrer zuvorkommen. Nur wenig später brachte jedoch Balduin von Boulogne die Einwohner der Stadt mit Versprechungen dazu, Tankreds Feldzeichen durch seine eigenen zu ersetzen und sich somit ihm zu unterstellen.³⁰

Auch wenn eine Stadt oder Festung nicht vom vornherein die Verständigung suchte oder sich direkt unterwarf, wurden oftmals diplomatische Lösungen gefunden, wobei ein regelmäßig wiederkehrender Ablauf erkennbar ist: Nach einer Zeitspanne mehr oder weniger intensiver Belagerungsanstrengungen trat man in Verhandlungen über eine Kapitulation. Die Eckpunkte waren in der Regel die Gewährung des freien Abzugs der Verteidiger im Gegenzug für eine kampflose Übergabe. Mehrfach erwähnt wird auch ein Bleiberecht der Bewohner gegen regelmäßige Tributzahlungen. Während die Kreuzfahrer zu Beginn des Ersten Kreuzzugs wie erwähnt mit der Übergabe Nikäas an die Byzantiner noch wenig zufrieden gewesen waren, finden sich vergleichbare Auslieferungsabkommen im Laufe des 12. Jahrhunderts immer wieder.³¹ Dies trifft nicht nur auf Fälle zu, in denen die Lateiner die Angreifer sind; vielmehr wird auch die entgegengesetzte Konstellation wiederholt beschrieben, in der muslimische Truppen Festungen und Städte auf diese Weise übernahmen.³²

Die diplomatischen Aktivitäten beschränkten sich darüber hinaus nicht auf Auslieferungs- und Friedensabkommen, wie eine weitere bei Wilhelm von Tyrus überlieferte Episode veranschaulicht: Im Jahr 1140 bedrohte der stetige Machtaufschwung des türkischen Atabeg Zangi – des Vaters des eingangs erwähnten Nur ad-Din – nicht nur die Kreuzfahrerherrschaften.³³ Anar, der Herrscher von Damaskus, richtete ein Hilfesuch an König Fulko von Jerusalem und bat um Beistand gegen den gemeinsamen Feind, wobei er den Lateinern für ihre Kooperation sowohl umfangreiche Zahlungen als auch Hilfe bei der Rückeroberung der Stadt

³⁰ Albert von Aachen, *Historia Ierosolimitana*, III, cap. 9, 152: *,Si uero nostre uoluntati in huius uexilli electione et urbis redditione satisfeceritis, uos exaltabimus super omnes in terminis hiis consedentes, et gloriosi in conspectu domni ac fratriis nostri ducis, et muneribus dignis honorati semper eritis.’ Hac spe bone et blande promissionis ciues et Turci illecti, Tancrado penitus ignorante, foedus et amiciciam cum Baldwinio firmauerunt, et sine mora uexillum Tancradi de culmine turris est amotum et procul a menibus in loco palustri uiliter electum, Baldwinii uero signum in eiusdem turris apice promotum est.*

³¹ Siehe etwa Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, X, cap. 13, 469; cap. 27, 487 und XIII, cap. 13, 600 f.

³² Siehe beispielsweise ebd., XII, cap. 11, 559 f. und XIII, cap. 16, 605.

³³ Zur Laufbahn Zengis vgl. *Hillenbrand, Crusades*, 112–116.

Banyas bot, sobald man Zengis Streitkräfte aus seinem Gebiet vertrieben habe. Zudem war er bereit, eine Anzahl von Söhnen hochrangiger Männer als Geiseln zu stellen.³⁴ Wilhelm zufolge beschlossen König Fulko und seine Großen nach eingehender Beratung, das Angebot anzunehmen und Anar beizustehen, damit nicht der mächtigere Feind zu ihrem Verderben das Reich von Damaskus gewinne und sein Reich auf ihre Kosten vergrößere.³⁵

Die folgende militärische Kooperation charakterisiert Wilhelm als einen ungewöhnlichen Anblick, bei dem Feinde von Feinden zum grimmen Kampf angeregt wurden und man nicht habe entscheiden können, wer ungestümer gegen den gemeinsamen Feind vorgegangen sei.³⁶ Solche Allianzen zwischen Lateinern und Muslimen, die sich gegen eine weitere muslimische Partei richten, sind jedoch ebenfalls bereits seit dem Ersten Kreuzzug greifbar, wenn sie in diesem Rahmen auch kaum alltäglich waren. So antwortete etwa Gottfried von Bouillon im Spätsommer 1098 auf ein vergleichbares Angebot Umars, des Gouverneurs von Azaz, der um Beistand gegen Ridwan von Aleppo bat.³⁷ Albert von Aachen zufolge fürchtete Gottfried zwar anfangs noch einen Betrugsversuch, ließ sich jedoch von der Ernsthaftigkeit des Angebots dadurch überzeugen, dass Umar seinen Sohn zur Sicherung des Bündnisses als Geisel zur Verfügung stellte. Im Folgenden wurden die gegenseitigen Zusicherungen schriftlich festgehalten, und nachdem Gottfried gemeinsam mit weiteren lateinischen Großen das mittlerweile belagerte Azaz

³⁴ Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XV, cap. 7, 684: *Et ne presumptuose gratis et sine multorum spe emolumentorum dominum regem et eius principes in sui subsidium videretur sollicitare, spondet pro impensis ad hoc opus necessaris mensibus singulis persolvenda aureorum vicena milia; insuper et hoste a finibus suis violenter abacto urbem Paneadensem, paucis ante annis a nobis violenter ablatam, pactis inserit nostris absque contradictione restituendam, et super his omnibus conventionum articulis, ut eis fides amplior habeatur, nobilium filios, quantos expedit, obsides se daturum pollicetur.*

³⁵ Ebd.: *His auditis dominus rex, convocans universos regni principes, legationis modum et verborum seriem eis diligentius aperit, consilium postulat quid eis super huiusmodi petitionibus respondendum videatur, tandemque communicato adinvicem consilio et deliberationis provido libramine partibus pensatis, optimum iudicant Ainardo et Damascenis contra hostem inmanissimum et utrique suspectum regno opem esse ferendam, ministranda etiam gratis subsidia, ne hostis, potentior per nostram desidiam, in nostram perniciem, regno adquisito, regni suscipiat incrementum.*

³⁶ Ebd., XV, cap. 9, 686: *Intueri erat ibi preter solitum hostes ab hostibus Marte sevissimo provocari et fictione deposita serio nimis in eorum armari perniciem, nec facile erat discernere utra protervius contra communes adversarios arma corriperet manus ...*

³⁷ Vgl. hierzu Köhler, Allianzen und Verträge, 45–48.

entsetzt hatte, wurde das Bündnis durch ein eidliches Treueversprechen Umars bekräftigt.³⁸

* * *

Die Bandbreite der diplomatischen Aktivitäten zwischen Lateinern und Muslimen reichte also von ausgehandelten Übergaben einzelner Orte und der Auslieferung von Gefangenen über umfassendere Friedensabkommen bis hin zu militärischen Allianzen gegen dritte Parteien.³⁹ Die genannten Beispiele zeigen, welcher Mittel man sich beim Abschluss und zur Sicherung der Abkommen bediente: Friedensbündnisse waren regelmäßig mit der Zahlung von Tributen verbunden; zudem verständigte man sich zuweilen über Handelsbeziehungen. Letzteres war gerade für aktiv auf einem Kreuzzug befindliche Heere mitunter essentiell, um in fremdem Territorium die Versorgung zu sichern. Tributzahlungen blieben für die etablierten Kreuzfahrerherrschaften eine wichtige Einnahmequelle. Die Vergabe von Fahnen als Symbol für Unterordnung und Schutzversprechen war seit dem Ersten Kreuzzug eine gängige Maßnahme, während man im Falle umfassender Bündnisse und Kooperationen zur Versicherung Geiseln stellte. Es ist erkennbar, dass die gegenseitigen Zusicherungen zuweilen offenbar sowohl schriftlich festgehalten als auch per Eid ratifiziert wurden, wobei diese Schritte nicht immer explizit genannt werden, und die Quellenlage für das 12. Jahrhundert keine detaillierten Einblicke hinsichtlich der jeweiligen Modalitäten zulässt.⁴⁰

Während der Brauch, den Besitzanspruch auf einen eroberten Ort mittels einer Fahne anzudecken, sich im westlichen Europa erst im Anschluss an den Ersten Kreuzzug ausgebreitet zu haben scheint, erinnern die üb-

³⁸ Albert von Aachen, *Historia Ierosolimitana*, V, cap. 8–12, 346–352: „*Consilio nostrorum ad te direximus pacem et concordiam inter nos componere, fidem et amiciciam statuere, et ad omnem bellicam necessitatem arma nostra esse communia.* (...) Princeps uero de Hasarth audiens ex legati sui relatione quia dux et sui de hac concordia hesitarent, et non multum in Turcorum promissis confiderent, duci filium suum, Mahumeth nomine, quem tenere diligebat, obsidem misit, ut certior statuende inter se pacis et foederis abhinc et deinceps redderetur. (...) Hec dux dum constanter polliceretur, legati de presidio Hasarth uehementor iocundati et letati sunt, et sine mora columbas duas aues gratas ac domitas secum allatas eduxerunt a sinu suo et, carta ducis responsis et promissis fidelibus inscripta caudis illarum filo innodata, e manibus suis has ad ferenda leta nuncia emiserunt. (...) Illic renouato foedere et amicicia inuiolabili duci coniunctus est in aspectu omnium qui aderant, promittens se stabilem et numquam alienari ab societate ipsius ducis et Christianorum familiaritate et dilectione.

³⁹ Vgl. auch Köhler, Allianzen und Verträge, 395.

⁴⁰ Vgl. ebd., 402.

riegen Maßnahmen zum Abschluss und zur Sicherung von Abkommen zwischen Lateinern und Muslimen zusammengenommen an die Konventionen, die bereits innerhalb der adeligen Kriegergesellschaften der lateinischen Christenheit gängig waren.⁴¹ Vereinzelt wird darüber hinaus die Konversion muslimischer Vertragspartner zum Christentum erwähnt, so auch im bereits behandelten Abkommen der Kreuzfahrer mit dem Emir von Tripolis.⁴² Dass es sich hierbei um eine gängige Voraussetzung für den Schluss von Bündnissen handelte, lässt sich jedoch nicht feststellen, wie überhaupt Missionsbemühungen im lateinischen Osten des 12. Jahrhunderts eine allenfalls untergeordnete Rolle spielten.⁴³

Gebrochene Abkommen

Dass Abmachungen zwischen Lateinern und Muslimen ungeachtet der verschiedenen Sicherungsmaßnahmen in der Praxis durchaus gebrochen wurden, hat das zu Beginn des Beitrags angeführte Beispiel des Überfalls König Balduins III. auf die muslimischen Nomaden, mit denen er zuvor ein Friedensbündnis geschlossen hatte, bereits gezeigt. Es sei noch einmal an den Umstand erinnert, dass der Chronist Wilhelm von Tyrus in diesem Kontext gerade religiöse Argumente nicht etwa dazu nutzt, den Bruch des Abkommens mit den Andersgläubigen zu rechtfertigen, sondern vielmehr grundsätzlich betont, dass die Missachtung des Friedensbündnisses Gott missfällt und spürbare Folgen für die christliche Seite nach sich zieht.⁴⁴

Eine vergleichbare Deutung findet sich im Rahmen von Wilhelms Darstellung eines – letztlich gescheiterten – Feldzugs König Amalrichs I. von Jerusalem im Jahr 1168. Hierbei handelte es sich um einen von insgesamt fünf Versuchen Amalrichs im Laufe der 1160er Jahre, den lateinischen Herrschaftsbereich auf Ägypten auszudehnen.⁴⁵ Zum Zeitpunkt der Un-

⁴¹ Hinsichtlich der Fahnen und ihrer Symbolik ist auch eine von den jeweiligen Fürsten verwendete, individuelle Farbe erstmals auf dem Ersten Kreuzzug erkennbar. Vgl. hierzu *Prietzl*, Kriegsführung, 228–236. Zu den Konventionen der gütlichen Konfliktbeilegung innerhalb der lateinisch-christlichen Adelsgesellschaft vgl. *Althoff*, Regeln der Gewaltanwendung; ders., Schranken der Gewalt.

⁴² *Gesta Francorum*, X, cap. 36, 86: *Pactus est uero cum illis, quia si bellum quod eis amiralius Babiloniae parabat possent deuincere, et Hierusalem apprehendere, ille Christianus efficeretur ...* Siehe auch etwa Raimund von Aguilers, *Liber*, 112.

⁴³ Zur Frage von Missionsbemühungen im Kontext der frühen Kreuzzugsbewegung vgl. zuletzt *Crispin*, Herrschaft Christi, 104–113.

⁴⁴ Vgl. oben, Anm. 4.

⁴⁵ Zu den Ägyptenfeldzügen der 1160er Jahre vgl. *Barber*, Crusader States, 237–255; speziell zur Unternehmung von 1168 ebd., 248–252.

ternehmung von 1168 bestand jedoch ein Bündnis mit Schawar, dem We-sir von Ägypten, so dass Wilhelm sich veranlasst sah, vor der Schilderung der eigentlichen militärischen Kampagne zunächst die Gründe für die Missachtung dieses Abkommens zu erörtern.⁴⁶ Hierbei stellt Wilhelm zwei divergierende Sichtweisen gegenüber und macht somit deutlich, dass der Feldzug Amalrichs offenbar nicht einvernehmlich befürwortet wurde. So habe zum einen die Nachricht kursiert, dass Schawar selbst plane, das Bündnis mit den Lateinern zu brechen, und dass er zu diesem Zweck bereits heimlich Nur ad-Din um Hilfe gebeten habe; Amalrichs Einfall in Ägypten, so sage man, sei aus „gerechter Empörung“ über diese Nachricht erfolgt.⁴⁷ Zum anderen verweist Wilhelm jedoch umgehend darauf, dass es auch zweifelnde Stimmen gegeben habe, die den Anschuldigungen an Schawar keinen Glauben schenkten, den folgenden Feldzug für ungerecht hielten und als Verstoß gegen das göttliche Gebot betrachteten. Nach Ansicht dieser Zweifler habe Gott deshalb den Christen seine Gunst entzogen und ihrer Unternehmung den Erfolg versagt.⁴⁸

Durch die Gegenüberstellung der beiden Erklärungsvarianten scheint Wilhelms Beurteilung der Ereignisse zwar etwas zurückhaltender als im Fall König Baldwins, doch legt schon der Umstand, dass er die kritische Perspektive überhaupt erwähnt, nahe, dass er selbst eben dieser Sichtweise zuneigt. In jedem Fall wird deutlich, dass der Geschichtsschreiber hier erneut die Missachtung eines Abkommens seitens der Lateiner mit göttlichem Missfallen und daraus folgend negativen irdischen Konsequenzen verbindet. Zwar wird man bei beiden Beispielen in Betracht ziehen müssen, dass es Wilhelm in erster Linie darum ging, eine Erklärung für den jeweiligen Misserfolg zu finden. Dass er hierfür jedoch gerade die Treuebrüche gegenüber den Andersgläubigen heranzieht, ist zweifelsohne bemerkenswert und zeigt, dass diese zumindest potentiell Anlass zur Kritik boten.

Blickt man nun ein weiteres Mal auf den Ersten Kreuzzug, fällt insbesondere die Eroberung Jerusalems ins Auge, in deren Kontext sich ein gehaltenes wie ein gebrochenes Abkommen zwischen den siegreichen Kreuzfahrern und den muslimischen Verteidigern nebeneinander finden.

⁴⁶ Wilhelm von Tyrus, *Chronicon*, XX, cap. 5, 917.

⁴⁷ Ebd.: *Unde rex, ut dicitur iusta indignatione motus, convocato regno universo, collectis equitum peditumque copiis in Egyptum festinat descendere.*

⁴⁸ Ebd.: *Sunt qui dicant predicta omnia facta fuisse et quod Ssavar soldano, innocentem et nichil tale merenti, pacta et conventionum tenorem bona fide servi, contra fas et pium illatum sit bellum, sed ut factum tam notabile aliquam haberet excusationem hic color videtur quesitus: unde et dominum, iustum secretorum et conscientiarum arbitrum, omnem nostris conatibus subtraxisse favorem asserunt et predictis moliminibus, iusticia vacuis, prosperos negasse successus.*

Hier berichten zwar sämtliche Chronisten, dass die christlichen Krieger bei der Einnahme der Heiligen Stadt ein gewaltiges Blutbad unter der nichtchristlichen Bevölkerung anrichteten, ebenso einstimmig schildern sie jedoch, dass der Besatzung des Davidsturms nach einer mit Raimund von St. Gilles ausgehandelten Abmachung der freie Abzug gewährt wurde.⁴⁹ Eine andere Gruppe von Muslimen hingegen verhandelte offenbar mit dem normannischen Kreuzfahrer Tankred und erhielt – ähnlich den Bewohnern von Tarsus im weiter oben genannten Beispiel – von diesem eine Fahne zur Sichtbarmachung ihrer Unterwerfung, wurde jedoch später nichtsdestotrotz erschlagen.⁵⁰ Die *Gesta Francorum* berichten, Tankred sei erzürnt über diesen Bruch des Schutzabkommens durch andere Kreuzfahrer gewesen, und lassen somit implizite Kritik an der Verletzung der Abmachung erkennen.⁵¹ In diesem Zusammenhang wäre freilich zu bedenken, dass die Missachtung des Schutzversprechens nicht zuletzt eine Missachtung von Tankreds Rang und eine Bedrohung für sein Ansehen darstellte. In der Chronik des Kreuzzugteilnehmers Peter Tudebode hingegen ist überliefert, dass der Normanne selbst den Befehl dazu gegeben habe, die Muslime niederzumachen – ohne die Verletzung der durch die Fahne symbolisierten Vereinbarungen weiter zu begründen.⁵² Letztlich klären lassen sich die Umstände nicht.

Eine Episode aus der auf den Erfolg des Ersten Kreuzzugs folgenden Formierungsperiode der Kreuzfahrerherrschaften kann schließlich stellvertretend für eine Problematik stehen, die im Zuge der Etablierung und Sicherung der lateinischen Präsenz im Vorderen Orient wiederholt auftrat. Bei der Eroberung Akkons im Jahr 1104 wurden die Streitkräfte des Königreichs Jerusalem von einer Flotte von Kreuzfahrern aus Genua und Pisa unterstützt. Die Verteidiger erklärten sich schließlich zur Kapitulation vor König Balduin I. bereit, der ihnen im Gegenzug den freien Abzug mitsamt ihrem Hab und Gut zugestand, wurden jedoch ungeachtet

⁴⁹ Zum Abzug der Besatzung des Davidsturms siehe *Gesta Francorum*, X, cap. 34, 92; Raimund von Aguilers, *Liber*, 151; Fulcher von Chartres, *Historia Hierosolymitana*, I, cap. 30, 308f.; Albert von Aachen, *Historia Ierosolimitana*, VI, cap. 28, 438.

⁵⁰ *Gesta Francorum*, X, cap. 38, 91f.

⁵¹ Ebd., X, cap. 38, 92: *Mane autem facto ascenderunt nostri caute supra tectum templi, et inuaserunt Saracenos masculos et feminas, decollantes eos nudis ensibus. (...) Hoc uidens Tancredus iratus est nimis.*

⁵² Peter Tudebode, *Historia Hierosolymitano Itinere*, 141: *Mane autem facto, fecit preconiare Tancredus, ut omnes irent ad templum occidere Sarracenos.* Die Chronik des Peter Tudebode stellt eine mit gelegentlichen Ergänzungen und Veränderungen versehene Bearbeitung des Textes der *Gesta Francorum* dar und ist in weiten Teilen mit diesem identisch. Zu Peter und seinem Werk siehe zuletzt *Rubenstein, What is the Gesta Francorum.*

dessen beim folgenden Auszug aus der Stadt von den christlichen Kriegern attackiert.⁵³ Albert von Aachen, der die Ereignisse ausführlich beschreibt, benennt eindeutig, wer für den Vertragsbruch verantwortlich gewesen sei: Demnach missachteten zuerst die Pisaner und Genuesen das Abkommen und fielen in ihrer Beutegier über die Kapitulierenden her, woraufhin sich ihnen auch Gefolgsleute Balduins anschlossen. Albert zu folge war der König außer sich vor Zorn über den Bruch des Abkommens und habe die Italiener zunächst bestrafen wollen, um den Eindruck zu vermeiden, es habe sich um eine List mit seiner Zustimmung gehandelt, sei jedoch durch den klugen Rat des Patriarchen von Jerusalem davon abgebracht worden.⁵⁴

Vergleichbare Situationen sind mehrfach bezeugt und verdeutlichen, dass Interessenskonflikte zwischen den im Vorderen Orient ansässigen Lateinern und temporär hinzugestoßenen Kreuzfahrern ein Faktor waren, der die diplomatischen Interaktionen mit der muslimischen Seite maßgeblich beeinflussen konnte.⁵⁵ Im Fall Akkons liegt jedoch nahe, dass Albert mit seinen Schuldzuweisungen an die Italiener in erster Linie König Balduin selbst vom Bruch des Abkommens freisprechen will. Fulcher von Chartres, ein weiterer Chronist der Ereignisse, der im Gegensatz zu Albert zur betreffenden Zeit selbst im Königreich Jerusalem ansässig war, schildert lediglich, dass man viele Sarazenen getötet, andere am Leben gelassen und sämtliches Hab und Gut an sich gebracht habe, und erwähnt keine besondere Rolle der Italiener.⁵⁶

Ungeachtet der tatsächlichen Rolle Balduins zeigt die Darstellung Albersts, der das Vorgehen der Pisaner und Genuesen explizit als Verbrechen

⁵³ Zur Eroberung Akkons vgl. Barber, Crusader States, 68 f.

⁵⁴ Albert von Aachen, *Historia Ierosolimitana*, IX, cap. 29, 674: *Pisani quidem et Genuenses, uidentes eos cum omni suppellectili egredi, et gazas illorum inauditas efferi, auaricia uehementi excecati, fidemque et pactum quod cum rege pepigerant oblii, subito per medium urbem irruentes, ciues occiderunt, aurum, argentum, os tra diuersi generis et plurima preciosa rapientes. (...) Hac iniusta seditione ad extremum sedata, rex uehementer indignatus est de illata sibi inuria a Pisani et Genuensibus propter iusiurandum, et ideo, ne in dolo et consensu ipsius fidem et pactum preuaricati crederentur, ammonitis sociis ac domesticis suis, hoc scelus grauiter ulcisci uoluit, nisi dominus patriarcha interueniens et eius pedibus frequenter aduolutus, prudenti consilio regem placatum reddidisset, et utrimque pacem et concordiam reparasset.*

⁵⁵ So beispielsweise auch bei der Einnahme von Tripolis im Jahr 1109. Vgl. dazu Köhler, Allianzen und Verträge, 103–106.

⁵⁶ Fulcher von Chartres, *Historia Hierosolymitana*, II, cap. 25, 464: *Urbe autem sic capta, de Saracenis plures occiderunt, quosdam vivere permiserunt, res eorum totas habuerunt.* Zu Fulcher und seinem Werk siehe grundlegend Giese, Untersuchungen zur *Historia Hierosolymitana* sowie Epp, Fulcher von Chartres, passim.

(*scelus*) bezeichnetet, jedenfalls, dass der Überfall auf die Kapitulierenden ein erklärungsbedürftiges Problem darstellte. Einen solchen Erklärungsbedarf seitens der Chronisten lassen auch die übrigen genannten Beispiele erkennen: Die explizit oder implizit geäußerte Kritik an tatsächlich oder vermeintlich Schuldigen bis hin zur religiös geprägten Verurteilung der jeweiligen gebrochenen Abkommen mit Muslimen weisen sämtlich darauf hin, dass derlei Vertragsbrüche kaum als legitim angesehen wurden.

Konklusion

Abschließend lässt sich festhalten, dass es vom Beginn der Kreuzzugsbewegung an offenbar nur wenig Scheu vor Abkommen mit Andersgläubigen gab, und dass diese pragmatisch geschlossen wurden, wenn sie den eigenen Interessen dienten. Auf lateinischer Seite waren finanzielle Bedürfnisse, sonstige Versorgungsprobleme und die Sicherung von eigenen Herrschaftsgebieten und Marschrouten sicherlich zentrale Motive. Die Mittel, mit denen man die Einhaltung der Abmachungen zu sichern suchte, waren mit innerchristlichen Konventionen vergleichbar, und es existierten durchaus Verbindlichkeitserwartungen über religiöse Grenzen hinweg. Nichtsdestotrotz konnten Abkommen mit Muslimen ebenso pragmatisch, wie sie geschlossen wurden, auch wieder gebrochen werden. Dass es trotz des erkennbaren Unbehagens der Chronisten angesichts der Missachtung zuvor getroffener Abmachungen und selbst der Annahme göttlichen Missfallens dennoch zu solchen Brüchen kam, ist eine Beobachtung, die sich sicherlich auch auf innerchristliche Verhältnisse übertragen lässt.

Michael Köhler hat angesichts der zahlreichen überlieferten Bündnisse und sonstigen diplomatischen Aktivitäten gefolgert, dass die *Integration* der Kreuzfahrerherrschaften in die politischen Verhältnisse des Vorderen Orients im Gegensatz zur *Konfrontation* von Lateinern und Muslimen das „eigentlich kennzeichnende Element weiter Teile der Epoche war“.⁵⁷ Jedoch sollte man nicht vergessen, dass trotz aller zwischenzeitlichen Diplomatie die Friedensabkommen in der Regel temporär waren und die kriegerischen Auseinandersetzungen fortwährend andauerten. Die Herrschaften des lateinischen Ostens waren auf Dauer von der Unterstützung aus dem Westen und dem Zustrom neuer Kreuzfahrer abhängig, um sich militärisch behaupten zu können. Wenn die Konfliktlinien in der Praxis auch keinesfalls ausschließlich entlang religiöser Grenzen verliefen, blieb doch das antimuslimische Feindbild der christlichen Kreuzzugspropa-

⁵⁷ Köhler, Allianzen und Verträge, 429.

ganda präsent, zumal nach herben Rückschlägen wie dem Verlust Edessas 1144 und Jerusalems 1187.⁵⁸ Dabei wurden die Ungläubigen zu Feinden Gottes stilisiert, gegen die es unter himmlischer Anleitung Krieg zu führen galt, um die heiligen Stätten der Christenheit von der Verunreinigung durch die Ungläubigen zu befreien und zu verteidigen.⁵⁹ Die Erinnerung an den Erfolg des Ersten Kreuzzugs, die in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielte, war vor allem mit der triumphalen Eroberung Jerusalems und dem damit einhergehenden Blutbad verbunden, und weniger mit diplomatischen Aktivitäten.⁶⁰

Wilhelm von Tyrus, der wie gezeigt den Bruch von Abkommen mit Andersgläubigen prinzipiell verurteilt, führt an anderer Stelle aus, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Lateinern und Muslimen schon allein aufgrund des Umstandes, dass sich Anhänger unterschiedlicher Religionen gegenüberstünden, besonders erbittert geführt würden, und gibt damit sicherlich Ansichten wieder, die auch unter seinen Zeitgenossen geläufig waren.⁶¹ Dass derselbe Gott, der von seinen Anhängern gewaltsames Vorgehen gegen seine irdischen Feinde forderte, gleichwohl auf der Einhaltung von Bündnissen bestand, die mit ebendiesen Feinden geschlossen waren, stellte für die religiösen Vorstellungen der Zeit keinen Widerspruch dar.

Quellen

Albert von Aachen, Historia Ierosolimitana. History of the Journey to Jerusalem, hrsg. v. Susan B. Edgington (Oxford Medieval Texts), Oxford 2007.

Epistulae et chartae ad historiam primi belli sacri spectantes, quae supersunt aeo aequales ac genuinae. Die Kreuzzugsbriefe aus den Jahren 1088–1100, hrsg. v. Heinrich Hagenmeyer, Innsbruck 1901.

Fulcher von Chartres, Historia Hierosolymitana (1095–1127), hrsg. v. Heinrich Hagenmeyer, Heidelberg 1913.

⁵⁸ Zur Kreuzzugspropaganda vgl. Cole, Preaching of the Crusades, hier bes. 39–42 und 62–65.

⁵⁹ Zum Motiv religiöser Verunreinigung in den Kreuzzugsquellen der hier untersuchten Periode vgl. *dies.*, Theme of Religious Pollution.

⁶⁰ Zum Massaker von Jerusalem vgl. zuletzt Althoff, Selig sind, 121–146; zur Erinnerung im weiteren Verlauf des Mittelalters Kedar, Jerusalem Massacre, 16–38.

⁶¹ Wilhelm von Tyrus, Chronicon, XIII, cap. 16, 606: *Solet enim in huiusmodi conflictibus odiorum incentivum et inimicitiarum fomitem dare maiorem sacrilegii et legis contempte dolor. Aliter enim et remissius solet inter consortes eiusdem legis et fidei pugna committi, aliter inter discolos et contradictorias habentes traditiones: hic enim sufficit ad materiam iugis scandali et perpetuorum iurgiorum quod in eisdem fidei articulis non communicant, et si nulla alia sit odiorum materia.*

Gesta Francorum et aliorum Hierosolimitanorum. The Deeds of the Franks and other Pilgrims to Jerusalem, hrsg. v. Rosalind Hill, London u. a. 1962.

Peter Tudebode, Historia de Hierosolymitano Itinere, hrsg. v. John H. Hill/Laurita L. Hill, Paris 1977.

Raimund von Aguilers, Liber, hrsg. v. John H. Hill/Laurita L. Hill, Paris 1969.

Wilhelm von Tyrus, Chronicon, 2 Bde., hrsg. v. Robert B. C. Huygens (Corpus Christianorum, Continuatio Mediaevalis 63–63A), Turnhout 1986.

Literatur

Althoff, Gerd, Regeln der Gewaltanwendung im Mittelalter, in: Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte, hrsg. v. Rolf Peter Sieferle/Helgau Breuninger, Frankfurt a.M./New York 1998, 154–169.

– Schranken der Gewalt. Wie gewalttätig war das „finstere“ Mittelalter?, in: Der Krieg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit: Gründe, Begründungen, Bilder, Bräuche, Recht, hrsg. v. Horst Brunner (Imagines Medii Aevi 3), Wiesbaden 1999, 1–23.

– ,Selig sind, die Verfolgung ausüben‘. Päpste und Gewalt im Hochmittelalter, Darmstadt/Stuttgart 2013.

Asbridge, Thomas, The First Crusade. A New History, London 2004.

Barber, Malcolm, The Crusader States, New Haven/London 2012.

Cole, Penny J., The Preaching of the Crusades to the Holy Land, 1095–1270, Cambridge/Mass. 1991.

– ,O God, the heathen have come into your inheritance‘ (Ps. 78.1). The Theme of Religious Pollution in Crusade Documents, 1095–1188, in: Crusaders and Muslims in twelfth-century Syria, hrsg. v. Maya Shatzmiller, Leiden/New York/Köln 1993, 84–111.

Crispin, David, Herrschaft Christi von Meer zu Meer. Eroberung, Gewalt und Mission im Rahmen der frühen Kreuzzüge, in: Schwertmission. Gewalt und Christianisierung im Mittelalter, hrsg. v. Hermann Kamp/Martin Kroker, Paderborn u. a. 2013, 93–113.

Edbury, Peter W./Rowe, John G., William of Tyre. Historian of the Latin East, Cambridge 1988.

Edgington, Susan B., Albert of Aachen Reappraised, in: From Clermont to Jerusalem. The Crusades and Crusader Societies 1095–1500, hrsg. v. Alan V. Murray, Turnhout 1998, 55–67.

Epp, Verena, Fulcher von Chartres. Studien zur Geschichtsschreibung des ersten Kreuzzuges (Studia humaniora 15), Düsseldorf 1990.

France, John, Victory in the East. A Military History of the First Crusade, Cambridge 1994.

- The Anonymous *Gesta Francorum* and the *Historia Francorum qui ceperunt Iherusalem* of Raymond of Aguilers and the *Historia de Hierosolymitano itinere* of Peter Tudebode: An Analysis of the Textual Relationship between Primary Sources for the First Crusade, in: *The Crusades and Their Sources. Essays Presented to Bernard Hamilton*, hrsg. v. dems./William G. Zajac, Aldershot 1998, 39–69.

Frankopan, Peter, *The First Crusade. The Call From the East*, London 2012.

Giese, Wolfgang, Untersuchungen zur *Historia Hierosolymitana* des Fulcher von Chartres, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 69 (1987), 62–115.

Hiestand, Rudolf, Zum Leben und zur Laufbahn Wilhelms von Tyrus, in: *Deutsches Archiv* 34 (1978), 345–380.

Hillenbrand, Carole, *The Crusades. Islamic Perspectives*, Edinburgh 1999.

Kedar, Benjamin Zeev, The Jerusalem Massacre of July 1099 in the Western Historiography of the Crusades, in: *Crusades* 3 (2004), 15–75.

Klein, Clemens, Raimund von Aguilers. Quellenstudie zur Geschichte des ersten Kreuzzugs, Berlin 1892.

Köhler, Michael A., Allianzen und Verträge zwischen fränkischen und islamischen Herrschern im Vorderen Orient. Eine Studie über das zwischenstaatliche Zusammenleben vom 12. bis ins 13. Jahrhundert, Berlin/New York 1991.

Lehtonen, Tuomas M. S., By the Help of God, Because of Our Sins, and by Chance. William of Tyre Explains the Crusades, in: *Medieval history writing and crusading ideology*, hrsg. v. dems./Kurt Villads Jensen (*Studia Fennica Historica* 9), Helsinki 2005, 71–84.

Lilie, Ralph-Johannes, *Byzanz und die Kreuzzüge*, Stuttgart 2004.

Morris, Colin, The *Gesta Francorum* as Narrative History, in: *Reading Medieval Studies* 19 (1993), 55–71.

Oehler, Hans, Studien zu den *Gesta Francorum*, in: *Mittellateinisches Jahrbuch* 6 (1970), 58–97.

Prietzl, Malte, Kriegsführung im Mittelalter. Handlungen, Erinnerungen und Bedeutungen (Krieg in der Geschichte 32), Paderborn u. a. 2006.

Rubenstein, Jay, What is the *Gesta Francorum* and who was Peter Tudebode, in: *Revue Mabillon* 16 (2005), 179–204.

- Armies of Heaven. The First Crusade and the Quest for Apocalypse, New York 2011.

Smail, Raimund Charles, *Crusading Warfare (1097–1193)* (Cambridge Studies in Medieval Life and Thought, New Series 3), Cambridge 1956.

Das Abkommen zwischen Kaiser Manuēl I. Komnēnos und Sultan Kılıç Arslan II. (1161/1162). Mechanismen zur Absicherung von Verträgen und ihr Scheitern

Von *Martin Marko Vučetić*

Einleitung

Zu dieser Zeit kam auch Sultan Klitziesthan [= Kılıç Arslan II., 1155–1192] freiwillig¹ nach Byzantion [= Konstantinopel], um für sich nützliche Dinge vom Kaiser [= Manuēl I. Komnēnos, 1143–1180] zu erbitten – eine äußerst erhabene Tat, äußerst wunderbar, die, soweit ich weiß, niemals zuvor den Römern [= Byzantinern] geglückt war. Denn welcher der sehr erhabenen [Kaiser] würde nicht übertroffen, da ein Mann, der so viel Land beherrscht und über so viele Völker gebietet, in Gestalt eines Sklaven vor den Kaiser getreten war?²

Mit diesen Worten beginnt der byzantinische Geschichtsschreiber Ioannēs Kinnamos seinen Bericht über den Besuch Kılıç Arslans II., des türkischen Sultans von Konya/Ikonion aus der Dynastie der Seldschuken, den dieser – irgendwann zwischen Oktober 1161 und Februar 1162 – dem byzantinischen Kaiser Manuēl I. Komnēnos in Konstantinopel ab-

¹ Der von Ioannēs Kinnamos an dieser Stelle verwendete Begriff αὐτόμολος ist in seiner Bedeutung ambivalent und kann sowohl im Sinne „freiwillig“ bzw. „Freiwilliger“ als auch im Sinne „Überläufer“ interpretiert werden. Vgl. *Beihammer*, Defection 635, Anm. 164, der im vorliegenden Fall für letzteres plädiert. Die sehr wenigen weiteren Belege im Geschichtswerk des Ioannēs Kinnamos für diesen Begriff sind nicht immer eindeutig, so dass eine Entscheidung aufgrund dieser schmalen Basis kaum getroffen werden kann. Schaut man etwa zum Vergleich in das – nur wenige Jahrzehnte ältere – Geschichtswerk Anna Komnēnē, so finden sich Belege für beide Bedeutungen; vgl. etwa *Anna Komnēnē*, Alexias 10,11,2 (317,30–32): eher in der Bedeutung „freiwillig“ bzw. „als Freiwilliger“; ebd. 7,9,1 (227,39 f.): eher in der Bedeutung „als Überläufer“.

² *Ioannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (204,22–205,5): Υπὸ τοῦτον τὸν χρόνον καὶ Κλιτζεσθῶλὸν ὁ σουλτάνος ἐξ Βυζάντιου αὐτόμολος ἦλθε περὶ τῶν αὐτῷ συμφόρων βασιλέως δεσπόμενος, πρᾶγμα ὑψηλὸν τε καὶ δαιμονίως ὑπέρογκον καὶ ὅσα ἔμε εἰδέναι οὕποτε ἄλλοτε Ῥωμαίοις εὐτυχῆθεν πρότερον. τίνος γὰρ καὶ τῶν μεγαλοπρεπεστέρων οὐχ ὑπέρκειται ἄνδρα τηλικαύτης ἡγεμονεύοντα γῆς καὶ τοσούτων κυριεύοντα ἐθνῶν βασιλεῖ Ῥωμαίοις ἐν οἰκέτου παρεστάναι σχήματι.

stattete.³ Kinnamos gibt damit den Rezipienten seines Werks eine Art „Gebrauchsanleitung“, gewissermaßen eine Hilfestellung zur rechten In-

³ Diese Datierung basiert auf folgenden Überlegungen: Laut *Michael Syrus*, Chronik 18,8 fand der Besuch AG (seleukidische Ära) 1473 statt, d.h. irgendwann zwischen Oktober 1161 und September 1162, und dauerte 80 Tage. Dass Michael Syrus in seiner Einordnung einzelner Ereignisse dieser Jahre durchaus korrekt ist, zeigen andere Datierungen im zeitlichen Umfeld des Besuchs. So datiert er Manuels Kilikien- und Syrienfeldzug auf AG 1470 (= Oktober 1158–September 1159) und den Tod des Kalifen Al-Muqtafi (12. März 1160) auf AG 1471 (= Oktober 1159–September 1160). In das gleiche Jahr wie den Besuch des Sultans datiert Michael Syrus darüber hinaus korrekt die Gefangennahme Rainalds von Châtillon (23. November 1161; vgl. *Mayer*, *Varia* 45–54). – Bei *Grigor Erēc'*, Žamanakagrut' iwn 132 (199) ist der Besuch auf das Jahr 610 der armenischen Ära datiert (= 9. Februar 1161–8. Februar 1162). – Beide Datierungen sind folglich kompatibel und führen auf einen möglichen Zeitraum von Oktober 1161 bis zum 8. Februar 1162. – Dass *Euthymios Malakēs*, *Logoi* 6,8 (168,26–29) in einer anlässlich des Besuchs verfassten Rede auf die *magoi*, d.h. die „Heiligen drei Könige“ anspielt, könnte darauf hindeuten, dass sich Kılıç Arslan über Weihnachten in der Stadt aufhielt (vgl. *Magdalino*, *Empire* 454f.). – Die byzantinische historiographische Überlieferung, die keine genaueren Daten nennt, ist in ihrer Chronologie verworren. *Nikētas Chōniatēs*, Chronikē diēgēsis gibt einen Ablauf der Ereignisse wieder, der keine genauere Datierung des Besuchs zulässt. Die im Folgenden beigefügten Daten basieren daher durchweg auf anderen Quellen: (i) 102,88–110,19: Manuels Kilikien- und Syrienfeldzug (Herbst 1158–April 1159) und Zug zurück nach Konstantinopel, wobei es zu feindlichen Auseinandersetzungen mit den Türken kommt (mit einem Exkurs über Manuels Vetter [und späteren Kaiser] Andronikos). (ii) 110,20–115,46: Exkurs über Theodōros Styppeiōtēs und Iōannēs Kamatēros. (iii) 115,47–116,66: Tod der Kaisergattin Bertha-Eirēnē (1160) und Wiederverheiratung Manuels mit Maria von Antiochien (25. Dezember 1162; vgl. zur Datierung *Mayer*, *Varia* 54–54). (iv) 116,67–118,37: türkische Angelegenheiten ab dem Tod des Sultans Mesud/Mas'ūd (1156): Teilung des Erbes unter seinem Sohn Kılıç Arslan (Ikonion) sowie seinen Schwiegersöhnen Yağıbasan/Yāğī Arslān (Amaseia, Ankyra, Kappadokien) und Zünnūn/Dū'-n-Nün (Kaisarea, Sebasteia); Krieg zwischen Kılıç Arslan und Yağıbasan, Manuél unterstützt letzteren, der die Oberhand gewinnt; Kılıç Arslan kommt nach Konstantinopel. – Bei *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē finden sich zwar ebenfalls keine genauen Daten, gleichwohl jedoch gelegentliche Zeitangaben, die zumindest teilweise eine genauere Einordnung einzelner Ereignisse zulassen. Kinnamos schildert folgenden Ablauf der Ereignisse (erneut, wenn nicht anders angegeben, mit Datierung anhand anderer Quellen): (i) 4,17–21 (178,3–191,6): Manuels Kilikien- und Syrienfeldzug (Herbst 1158–April 1159); Zug zurück nach Konstantinopel, wobei es zu feindlichen Auseinandersetzungen mit den Türken kommt. (ii) 4,22 (191,7–194,5): Kurz darauf Vergeltungszug des Kaisers (Winter 1159/1160 [Kinnamos nennt die Wintersonnenwende, also den 21. Dezember, als Zeitpunkt des Übersetzens nach Kleinasien]); Zug zurück nach Konstantinopel. (iii) 4,23 (194,6–198,13): erneuter Feldzug des Kaisers (Winter 1160/1161 [Kinnamos berichtet von heftigem Schneefall]). (iv) 4,24 (198,14–199,19): Gegenstöße der Türken (nach der Rückkehr des Kaisers nach Konstantinopel). (v) 4,24 (199,19–200,12): Vorbereitung eines großen Feldzugs durch Manuel, Gesandtschaft des Iōannēs Kontostephanos in den Osten

terpretation und Einordnung des von ihm im Anschluss geschilderten Aufenthalts an die Hand.⁴ Nach dieser Lesart war der Besuch *deshalb* ein exzeptionelles Ereignis, da ein sehr *mächtiger* Herrscher aus *freien* Stücken (bzw. als Überläufer⁵) *persönlich* nach Konstantinopel reiste und hier in *knechtischem* Habitus vor den Kaiser trat.

Nach der Schilderung des Ablaufs jenes Aufenthalts in der Kaiserstadt am Bosporus schließt der Autor seine Schilderung des eigentlichen Besuchs wie folgt:

(Frühjahr 1161; vgl. *Mayer*, Varia 45–54), Friedensangebot Kılıç Arslans. (vi) 4,24 (200,13–201,18): Rückkehr des Ioannēs Kontostephanos, dabei Sieg über Türken, Friedenschluss zwischen Manuel und Kılıç Arslan (ca. Herbst 1161). (vii) 4,24 (201,18–202,2): Zug Manuels an die Donau gegen die Kumanen. (viii) 5,1 (202,3–13): Manuel zur Erholung in Thrakien, Bertha-Eirene erkrankt und stirbt (bereits 1160[!]); Offensichtlich „springt“ Kinnamos mit Beginn seines fünften Buches zeitlich zurück). (ix) 5,1 (202,13–203,21): Gerüchte über Kriegsvorbereitungen Friedrichs I. Barbarossa; Zug Manuels nach Serdika, um angesichts der ungarischen Thronwirren die byzantinische Oberhoheit über die Ungarn zu sichern (Tod Gézas 31. Mai 1162); auf Manuels Betreiben wird Gézas Sohn Stefan III. gestürzt (1162). (x) 5,2 (203,22–204,21): Manuel zieht nach Philippopolis, um serbische Angelegenheiten zu regeln (zwei Revolten Primislavs, dessen Absetzung [1162; vgl. *Vizantijski izvori* 56, Anm. 134] bzw. Einsetzung von dessen Bruder Beluš, der wenig später abdankt; Einsetzung von Primislav's Bruder Desa). (xi) 5,3 (204,22–208,16): Zu dieser Zeit kommt Kılıç Arslan in Konstantinopel. (xii) 5,4 (208,17–211,13): Tod Berthas (bereits 1160[!]; Kinnamos macht erneut einen Zeitsprung zurück); erneute Nennung der Gesandtschaft des Ioannēs Kontostephanos (Frühjahr 1161); Werbung um Melisende von Tripolis als neue Frau Manuels (Sommer 1161); Entscheidung für Maria von Antiochen (nach Gefangennahme Rainalds von Châtillon [23. November 1161; vgl. *Mayer*, Varia 45–54]); Heirat in Konstantinopel (25. Dezember [von Kinnamos explizit angeführt] 1162; vgl. *Mayer*, Varia 45–54). – Die Chronologie bei Kinnamos ist, was die Einordnung des Besuchs des Sultans betrifft, folglich nicht stimmig. Manuels Zug auf den Balkan muss, folgt man den Jahresangaben des Besuchs bei Michael Syrus und Grigor Ereč, nach der Anwesenheit des Sultans in Konstantinopel erfolgt sein. Ansonsten müsste man den Besuch ein Jahr später (1162/1163) datieren, was ebenfalls zu chronologischen Problemen führte. Denn dann wäre Kılıç Arslan während der Hochzeit des Kaisers mit Maria von Antiochen in Konstantinopel gewesen, was, da dies dem Prestige des Kaisers enorm zuträglich gewesen wäre, Ioannēs Kinnamos in seinem Geschichtswerk und insbesondere Euthymios Malakēs in seiner Rede – beides Werke, die dem Kaiser gegenüber äußerst positiv eingestellt sind – wohl kaum verschwiegen hätten.

⁴ Zu Ioannēs Kinnamos und seinem Geschichtswerk s. unten S. 181. Zum Besuch Kılıç Arslans II. in Konstantinopel s. *Chalandon*, *Comnène* 462–467; *Lamma*, *Communi* 2: 31–32; *Magdalino*, *Empire* 76–78; *Angold*, *Empire* 222; *Korobeinikov*, *Sultan* 94–96; *Anca*, *Repräsentation* 8 und *passim* (s. Index); *Beihammer*, *Defec-tion* 634–639.

⁵ Vgl. oben Anm. 1.

„Nachdem er [= Kılıç Arslan] eine angemessene Zeit in Byzantion verbracht und das Vorangegangene mit weiteren Eiden bekräftigt hatte, kehrte er in seine Heimat zurück.“⁶

Kinnamos macht an dieser Stelle unmissverständlich deutlich, dass beide Herrscher in Konstantinopel lediglich ein Abkommen festigten, das bereits wenige Monate zuvor geschlossen worden war und über dessen Vorgeschichte und Abschluss er schon an früherer Stelle Auskunft gegeben hatte.⁷

Nach Jahren relativen Friedens waren im Jahr 1159 erneut kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Byzantinern und Türken ausgebrochen. Kinnamos schildert eindrücklich, wie die Byzantiner zwar ein ums andere Mal in ernste Schwierigkeiten geraten, doch dank Manuels persönlichen Einsatzes stets siegreich geblieben seien, ohne dass sie gleichwohl den Türken eine entscheidende Niederlage hätten zufügen können.⁸ Manuél habe daher schließlich umfassende diplomatische Maßnahmen zur Vorbereitung eines großen, mit anderen Gegnern des Sultans koordinierten Feldzugs gegen Konya eingeleitet. Dazu seien – unter anderem aus Serbien und Italien – vertraglich zugesicherte Hilfskontingente angefordert worden, während sich die Armenier in Kilikien sowie die Kreuzfahrer in Syrien und Palästina zu einem gleichzeitigen Angriff von Südosten her verpflichtet hätten. Zudem sei es Manuél gelungen, den Bruder sowie den Schwager des Sultans, die beide im nördlichen Kleinasien Herrschaften besaßen, auf seine Seite zu ziehen.⁹ Als Kılıç Arslan von diesen weitreichenden Maßnahmen erfuhr, habe er – laut Kinnamos – um Frieden gebeten und sich dazu bereit erklärt, dem Kaiser einige ehemals byzantinische, nun aber von den Türken besetzten Städte zu übergeben und byzantinischen Kriegsgefangenen die Freiheit zu schenken.¹⁰ Als es in dieser Verhandlungsphase zu einem eher zufälligen Zusammenstoß byzantinischer und türkischer Truppen kam, der mit einer Niederlage der letzteren endete, sei Kılıç Arslan dem Kaiser noch weiter entgegengekommen, habe angeboten, jährlich Hilfstruppen zu stellen, seine Untertanen von feindlichen Einfällen abzuhalten und diejenigen Türken, die trotz allem auch weiterhin byzantinisches Gebiet verheeren würden, mit Krieg zu überziehen. Manuél habe eingewilligt, den Sultan

⁶ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (207,14–16): ὁ δὲ ἐφ' ἵκανὸν ἐν Βυζαντίῳ διατρίψας τὰ προλαβόντα τε δευτέρους ὄρκοις πιστωσάμενος ἐπὶ τὴν ἔαντοῦ ἥλθεν.

⁷ Zum Folgenden s. Chalandon, Comnène 455–462; Cahen, Turquie 38–40; Beihammer, Defection 634.

⁸ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 4,21–24 (190,18–198,22).

⁹ Ebd. 4,24 (198,22–200,6).

¹⁰ Ebd. 4,24 (200,6–12). Vgl. Dölger/Wirth, Regesten Nr. 1441 a.

mit Eiden an sich gebunden und die Feindschaft beendet.¹¹ Kinnamos wendet sich im Folgenden Ereignissen der europäischen Reichshälfte zu,¹² bevor er auf den Besuch des Sultans in Konstantinopel und dessen Bekräftigung des Vertrages zu sprechen kommt.

Folgt man Kinnamos in seiner Schilderung des Ereignisverlaufs, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass – formell gesehen – diese Bekräftigung des Vertrags in der Hauptstadt überflüssig war.¹³ Zumindest nach modernen Maßstäben waren die Vorgänge, die im Kontext mit dem Besuch des Sultans in Konstantinopel standen, keinesfalls konstitutiv für den Vertragsschluss. Der byzantinisch-türkische Friedensschluss des Jahres 1161 bedurfte ebenso wenig wie andere Verträge zwischen einem byzantinischen Kaiser und einem fremden Herrscher¹⁴ deren persönlicher Zusammenkunft.¹⁵ Das herkömmliche Mittel, das zum Führen von Verhandlungen mit den Nachbarn und zum Abschluss von Verträgen genutzt wurde, war nämlich nicht die direkte Zusammenkunft mit dem anderen Machthaber, sondern die indirekte, nämlich in Form eines Gesandtenaustauschs.¹⁶ Dies hatte durchaus rationale Gründe. Denn eine unmittelbare Begegnung war nicht nur mit einem erheblichen logistischen Aufwand, sondern auch mit einem nicht minder erheblichen Sicherheitsrisiko verbunden. Herrschertreffen wurden immer wieder für Anschläge genutzt.¹⁷

¹¹ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 4,24 (200,13–201,18). Vgl. Dölger/Wirth, Regesten Nr. 1444.

¹² *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 4,24–5,2 (201,18–203,21).

¹³ Diese Zweiteilung des Verlaufs in 1. Vertragsschluss und 2. Besuch ist in der Forschung nicht immer genügend berücksichtigt worden. So rekonstruiert Magdalino, Empire 76 f. die Ereignisse derart, als ob der Vertrag in Konstantinopel geschlossen worden wäre. Konfus auch bei Dölger/Wirth, Regesten Nr. 1441 a, 1444 und 1446, wo sogar drei Friedensverträge impliziert werden.

¹⁴ Generell ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich bei diesem Abkommen formal gesehen nicht um Verträge im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr um Privilegien – häufig in Form eines so genannten *chrysobullos logos*, einer Urkunde mit kaiserlichem Goldsiegel – handelte, die der Kaiser an fremde Machthaber vergab. Vgl. Dölger/Karayannopoulos, Urkundenlehre 94–105.

¹⁵ Vučetić, Emperor 71 f. – Zu Treffen byzantinischer Kaiser mit anderen Machthabern vgl. meine Dissertation mit dem Titel „Zusammenkünfte byzantinischer Kaiser mit fremden Herrschern (395–1204): Vorbereitung, Gestaltung, Funktionen“, die demnächst als Band 8 der Reihe „Byzantinistische Studien und Texte“ erscheinen wird.

¹⁶ Vučetić, Emperor 71 f. – Zum byzantinischen Gesandtschaftswesen s. insbesondere Lounghis, Ambassades und Nerlich, Gesandtschaften.

¹⁷ So versuchte etwa im Jahr 813 Kaiser Leōn V., den bulgarischen Khan Krum im Zuge einer Zusammenkunft vor der Hauptstadt gefangen zu nehmen (*Scriptor incertus* 40,58–42,99) und im Jahr 1204 – ungefähr am gleichen Ort – der venezianische Doge Enrico Dandolo den byzantinischen Kaiser Alexios V. (*Nikētas*

Hatte das Treffen Besuchscharakter und begab sich ein Herrscher für längere Zeit in die Fremde, so schuf bereits der Umstand, dass jener seine Herrschaft für geraume Zeit zurückließ, *per se* eine prekäre Situation. Und nicht zuletzt barg eine solche Zusammenkunft auch auf zeremonieller Ebene Gefahren. Mochte der Empfang auch noch so ehrenvoll ausgestaltet sein: Der Gast fand sich gegenüber dem Gastgeber fast unausweichlich in einer untergeordneten Position wieder. Denn in aller Regel kam der rangniedere bzw. „schwächere“ Herrscher zum ranghöheren bzw. mächtigeren und erkannte damit den asymmetrischen Charakter ihres Verhältnisses an.¹⁸

Der Mehrwert von Herrschertreffen

Dass es unter diesen Umständen überhaupt zu direkten Zusammenkünften kam, mag daher überraschen. Offensichtlich hatte eine unmittelbare Begegnung im Vergleich zum mittelbaren Kontakt durch Gesandte einen gewissen Mehrwert, der den Aufwand und das Risiko lohnte. Dieser Mehrwert ist vor allem im Bereich der Repräsentation zu verorten. Vor den Augen einer (wie auch immer zusammengesetzten) Öffentlichkeit trafen die Akteure Aussagen über ihr Selbstverständnis, aber auch über ihre Sicht auf den Fremden. Sie inszenierten sich selbst, ihren Reichtum, ihre Herrschaft und ihre Macht gegenüber dem anderen Herrscher, aber auch gegenüber den eigenen Leuten. Direkte Zusammenkünfte wirkten somit prestigemehrend und herrschaftsstabilisierend. Darüber hinaus konnte eine persönliche Zusammenkunft bestehende Beziehungen festigen und vertiefen sowie die Verbindlichkeit bereits getroffener Vereinbarungen erhöhen.¹⁹

Es ist insbesondere dieser letzte Aspekt, auf den im Folgenden der Fokus gesetzt ist. Welche Mechanismen wurden also angewandt, um im Zuge der direkten Zusammenkunft zwischen Manuēl I. Komnēnos und Kılıç Arslan II. die Verbindlichkeit ihres zuvor auf dem Gesandtschaftsweg geschlossenen Vertrags zu erhöhen, und inwiefern griffen oder scheiterten diese Mechanismen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden exemplarisch zwei Quellen herangezogen, die zwei byzantinische Sichtweisen auf das Geschehen widerspiegeln: die bereits zitierte *Epitomē* des Iōannēs

Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 567,58–568,73). – Weitere Beispiele bei Vučetić, Emperor 72, Anm. 5.

¹⁸ Vgl. für den mittelalterlichen Westen Voss, Herrschertreffen, 23f. und Kolb, Herrscherbegegnungen, 52.

¹⁹ Vučetić, Emperor 72f.

Kinnamos sowie die *Chronikē diēgēsis* des Nikētas Chōniatēs.²⁰ Diese beiden Quellen sind nicht zuletzt deshalb interessant, da sie den Besuch und dessen Folgen höchst unterschiedlich bewerten und somit Aufschluss darüber geben, welchen Maßnahmen eine Erhöhung der Verbindlichkeit getroffener Vereinbarungen zugesprochen bzw. abgesprochen wurde.

Die Quellen

Iōannēs Kinnamos war ein Zeitgenosse Kaiser Manuēls I. und stand als Sekretär in dessen Diensten.²¹ Sein Geschichtswerk setzt mit der Machtübernahme des Kaisers Iōannēs II. Komnēnos im Jahr 1118 ein, dessen Herrschaft Kinnamos allerdings nur knapp behandelt, da sich die geschilderten Ereignisse vor seiner eigenen Zeit zugetragen hätten.²² Ausführlicher beschreibt der Autor dagegen die Entwicklungen ab dem Herrschaftsantritt Manuēls I. (1143). Die *Epitomē* bricht mitten in der Schilderung der Vorbereitungen für den kaiserlichen Feldzug des Jahres 1176 gegen Kılıç Arslan, der das 1161 geschlossene Abkommen endgültig zu Grabe tragen und mit der schweren byzantinischen Niederlage von Myriokephalon enden sollte,²³ unvermittelt ab.

Ein wenig jünger als Kinnamos war Nikētas Chōniatēs.²⁴ Auch dessen Werk beginnt mit der Herrschaft des Kaisers Iōannēs II., wobei er diese

²⁰ Außer in den beiden genannten Quellen ist der Besuch Thema in byzantinischen Kaiserreden (*Euthymios Malakēs*, Logoi 6,162–187; *Eustathios von Thessaloniki*, Logoi M 216,57–69) sowie in der syrischen, armenischen und arabischen Chronistik (*Michael Syrus*, Chronik 18,8; *Bar Hebraeus*, Chronik 328; *Grigor Erēc*, Žamanakagrut‘iwn 132:199; *Michael Syrus*, Chronik arm. 355 f.; *Ibn al-Aṭīr*, Al-Kāmil ad AH 560). – Das Verhältnis, in dem die Epitomē des Iōannēs Kinnamos zur Chronikē diēgēsis des Nikētas Chōniatēs steht, ist umstritten. Vgl. zusammenfassend *Simpson*, Niketas Choniates 215–224.

²¹ Zu Iōannēs Kinnamos und seinem Werk s. *Moravcsik*, Byzantinoturcica I: 324–328; *Rosenblum*, Jean Kinnamos, 5–15; *Brand*, Deeds, 1–11; *Hunger*, Literatur 1:409–416; *Karayannopoulos/Weiß*, Quellenkunde, Nr. 380 (429 f.); *A. Kazhdan*, ODB 2:1130, s. v. „Kinnamos, John“; *Ljubarskij*, Kinnamos; *Karpozelos*, Βυζαντινοί ιστορικοί, 625–641; *Treadgold*, Historians 407–416.

²² *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 1,1 (5,4–6): εἰρήσεται δέ μοι τὰ μὲν τοῦ Ἰωάννου κατ’ ἐπιτομὴν καὶ ὥσπερ ἐν κεφαλαίῳ, ὅτι μηδ’ ἐν τοῖς κατ’ ἐκεῖνον, ὅπερ ἦδη ἔφην, γέγονα χρόνοις.

²³ Ebd. 7,3 (300).

²⁴ Zu Nikētas Chōniatēs und seinem Werk s. *Moravcsik*, Byzantinoturcica I: 324–328; *van Dieten*, Niketas Choniates 1–57; *Hunger*, Literatur 1:429–441; *Karayannopoulos/Weiß*, Quellenkunde, Nr. 441 (460 f.); *A. Kazhdan*, ODB 1:428, s. v. „Choniates, Niketas“; *Karpozelos*, Byzantinoi historikoi, 699–728; *Simpson/Efthymiadis*, Niketas Choniates; *Simpson*, Niketas Choniates; *Treadgold*, Historians 422–456.

mit der gleichen Begründung ähnlich knapp wie Kinnamos behandelt.²⁵ Karriere machte der Autor insbesondere unter der Dynastie der Angeloi (1185–1203), als er bis zum *logothetēs* aufstieg. In seinem Geschichtswerk, der *Chronikē diēgēsis*, berichtet er als Augenzeuge in plastischer Art und Weise vom Verfall der Kaisermacht und des Reichs, der im Jahr 1204 schließlich in der Plünderung Konstantinopels durch die Teilnehmer des Vierten Kreuzzugs gipfeln sollte. Die *Chronikē diēgēsis* ist in verschiedenen Versionen überliefert, deren Verhältnis und Interpretation in der Forschung auch weiterhin umstritten sind. Sicher scheint indes, dass diese unterschiedlichen Versionen auf den Autor selbst zurückgehen und dass „Korrekturen“ in der Beurteilung einzelner Akteure und ihrer Entscheidungen der Biographie des Autors geschuldet sind, der durch die Eroberung seiner Heimatstadt fast alles verlor und im byzantinischen Exilreich von Nikaia nie richtig Fuß fassen konnte. Diese Divergenzen sind für die Herrschaft der Kaiser Iōannēs II. und Manuēl I. jedoch noch relativ gering; erst im späteren Verlauf des Werkes werden sie bedeutender.²⁶

Beide Quellen gehören der antikisierenden, „klassischen“ Geschichtsschreibung an, die weniger chronologisch denn thematisch strukturiert und organisiert ist.²⁷ Jahresangaben fehlen nahezu völlig, so dass eine Datierung einzelner Ereignisse nicht immer leicht fällt. Dies gilt auch für die Datierung des Besuchs Kılıç Arslans.²⁸ Dass der einigermaßen freie Umgang mit der Chronologie von den Autoren mitunter instrumentalisiert wurde, um den von ihnen geschilderten Ereignissen eine bestimmte Deutung zu geben, wird im Folgenden deutlich werden. Doch wie schildern Iōannēs Kinnamos und Nikētas Chōniatēs nun Kılıç Arslans Besuch in Konstantinopel, welche Mechanismen kamen ihnen zufolge zum Einsatz, um das zuvor geschlossene Abkommen bindender zu machen, und inwiefern waren diese aus ihrer Sicht erfolgreich oder auch nicht?

²⁵ *Nikētas Chōniatēs*, *Chronikē diēgēsis* 4,73–78: ἐν κεφαλαιώδεσι δ' ἐπιτομαῖς τὰ κατὰ τὸν αὐτοκράτορα Ἰωάννην τὸ ιστορεῖν διηγήσεται, ὃς Αλεξίω διάδοχος γεγένηται τῆς ἀρχῆς, οὐδὲ ἔμβραδυνεῖ ταῖς κατ' αὐτὸν ἀφηγήσεσιν, ὥσπερ ἐν τοῖς ἐφεξῆς ἐργάσεται λόγοις, οἷα καὶ ἡμῶν μὴ τὰ τοῖς ὄφθαλμοῖς ἐπὶ τῷδε παρειλημμένα συγγραφομένων κάντενθεν μηδὲ ἐπιτάδην ἔχοντων ταῦτα διεξιέναι, [...].

²⁶ Zu den verschiedenen Versionen der *Chronikē diēgēsis* s. die Einleitung van Dietens zu seiner Edition des Geschichtswerks: ebd. xciii-ci; Simpson, 1204.

²⁷ Allgemein zur byzantinischen Geschichtsschreibung s. Hunger, Literatur 1:243–256; Howard-Johnston, Writing.

²⁸ Vgl. oben Anm. 3.

Das Empfangsprozedere

Nach der bereits zitierten Einleitung, die den exzeptionellen Charakter des Ereignisses betont,²⁹ gibt Kinnamos eine derart detaillierte Beschreibung des Ambientes, in welchem das Empfangszeremoniell stattfand, wie sie sonst in byzantinischen Quellen nur äußerst selten begegnet.³⁰ Man habe ein glänzendes Podest errichtet, auf das ein sich weit über den Boden erhebender, ganz aus Gold gefertigter und mit einer Menge roter und blauer Edelsteine sowie zahllosen Perlen besetzter Thron gestellt worden sei.³¹ Dessen Aussehen beschreibt Kinnamos *en détail*³² und wendet sich anschließend dem auf ihm sitzenden Kaiser zu. Ein wunderbarer, purpurner, mit Edelsteinen und Perlen bestickter Mantel habe Manuēl umhüllt. Von dessen Brust habe an goldenen Bändern ein an Größe und Farbe außergewöhnlicher Edelstein, rot wie eine Rose, aber in Form eines Apfels gehangen.³³ Kinnamos verzichtet explizit auf eine – seiner Meinung nach überflüssige – Beschreibung des kaiserlichen Kopfschmucks³⁴ und kommt auf das Umfeld des thronenden Manuēl zu sprechen. Ihn habe der Tradition gemäß die kaiserliche Beamtenschaft umstanden, wobei Familienangehörigkeit und Rang die Position jedes Einzelnen bestimmt hätten.³⁵ Diese Inszenierung kaiserlicher Macht und Herrschaft habe ihren Zweck völlig erfüllt: Kılıç Arslan sei höchst beein-

²⁹ S. oben S. 175.

³⁰ Der ausführlichste Bericht der Vorbereitung eines (Gesandtschafts-)Empfangs (mit anschließender, vergleichsweise knapper Schilderung des Empfangs selbst) stellt Konstantinos Porphyrogenētos *De ceremoniis* 2,15 (570,16–586,15) aus der Mitte des zehnten Jahrhunderts dar. Hier wird unter anderem beschrieben, welcher Raum des Palastes von wem und auf welche Weise ausgeschmückt sowie wo welche Personengruppe (etwa verschiedene Ranggruppen, Leibgarden etc.) positioniert wurde.

³¹ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (205,6–10): [...], ἥρτο μὲν βῆμα λαμπρόν, καὶ δίφρος ἐπὶ πλεῖστον γῆθεν αἰρόμενος ἔκειτο, θέαμα λόγου πολλοῦ ἄξιον. εἴργαστο μὲν ἄπας χρυσοῦ, λίθων δὲ ἀνθράκων καὶ ὑακίνθων ἀφθονόν τι ἀπανταχόθεν τούτου διεστοίβαστο χρῆμα. μαργάρους δὲ οὐδὲ ἄντι μετίνειν ἔσχε.

³² Ebd. 5,3 (205,10–17).

³³ Ebd. 5,4 (205,17–206,2): ἐσθής δὲ αὐτὸν περιέθεεν ἀλουργίς, ἐξαίσιόν τι χρῆμα. ἄνωθεν ἄχρι καὶ ἐς τὰς βάσεις αὐτᾶς ἐπυρσοῦντο μὲν ἀνθραξίν, ηὐγίζετο δὲ μαργάροις, οὐκ ἀπεριέργως μέντοι, ἀλλὰ θαυμασίᾳ τις αὐτοὺς ἐποίκιλλε γραφική, ἀκίρατον δίπτον λειμῶνα σχεδιαζόντης τῷ πέπλῳ τῆς τέχνης. ἀπὸ μέντοι τραχήλου ἄχρι καὶ ἐπὶ στέρνα ὑπερφυής μεγεθεῖ καὶ χροὶ λίθος ἀπὸ χρυσέων καθεῖτο ἀμμάτων, πυρσίζων μὲν ἄτε ρόδον, σχήματι δὲ μήλῳ παρεμφερής μάλιστα.

³⁴ Ebd. 5,4 (206,2 f.): περὶ γάρ τοι τοῦ ἐπὶ κεφαλῆς κόσμου περιττὸν καὶ φράζειν ἥγοῦμαι.

³⁵ Ebd. 5,3 (206,3–5): ἐφ' ἑκάτερα δὲ τοῦ δίφρου ἡ τάξις ἐστήκει κατὰ τὸ ειωθός, γένους ἑκάστῳ καὶ τύχης πρυτανευόντων τὴν χώραν τῆς στάσεως.

drückt gewesen, als er den Empfangssaal betrat.³⁶ Dass dies ein wesentliches Ziel des Besuches war, macht Nikētas Chōniatēs, der den Empfang ansonsten als „ehrenvoll“ und „freundlich“ charakterisiert,³⁷ unmissverständlich deutlich:

„Manuēl gab sich nämlich der verlockenden Hoffnung hin, die Anwesenheit des Sultans und die ihm gewährte Gastlichkeit, die selbst einen prunksüchtigen Barbaren beeindrucken konnte, werde seine Stellung im Osten wesentlich verbessern und außerdem seinen eigenen Herrscherruhm vermehren.“³⁸

Dies ist eine der wenigen Stellen, an denen ein byzantinischer Autor explizit die (unterstellten) Intentionen wiedergibt, die der Kaiser mit dem Besuch eines fremden Herrschers am Bosporus verbunden habe, wobei Nikētas darauf anzuspielen scheint, dass sich die damit verbundene „verlockende Hoffnung“ letztlich als trügerisch erweisen sollte. Bereits hier zeigt sich Nikētas, was den Erfolg des kaiserlichen Ansinnens betrifft, weitaus kritischer als Kinnamos.

Dieser berichtet im Zusammenhang mit seiner überschwänglichen Schilderung des Empfangs noch von einem weiteren wichtigen Detail: Manuēl habe Kılıç Arslan aufgefordert, neben ihm Platz zu nehmen, was dieser zunächst ablehnte. Erst nach weiterem Drängen des Kaisers habe er sich demnach umstimmen lassen und sich – sehr demütig – auf einen niederen Stuhl neben dem hohen Thron des Kaisers gesetzt. Nachdem der Sultan das Angemessene gehört und gesagt habe, sei er zu der für ihn im Palast bereit gestellten Unterkunft gegangen.³⁹

³⁶ Ebd. 5,3 (206,6f.): Κλιτζεσθλὰν δὲ ἐπειδὴπερ εἰς μέσους παρῆλθε, θάμβους δόλος ἦν.

³⁷ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 118,32–34: καὶ φιλοφρόνως προσδεχθεὶς καὶ ἐντίμος οὐχ ἡττον ἐτῷ αὐτῷ βασιλέα διαχυθῆναι πεποίκεν, ἡπερ αὐτὸς ἐπὶ τῷ τῆς ἔννιας ἐνευφράνθη ἀπροσδεεῖ. – Die vom Autor verwendete Terminologie entspricht gewissermaßen dem „Standardvokabular“, mit dem byzantinische Autoren Empfänge zusammenfassend bezeichnen. Ganz ähnlich etwa ist die Charakterisierung der Aufnahme des petschenegischen Potentaten Kegen durch Kaiser Kōnstantinos IX. Monomachos im Jahre 1046 als φιλοφρόνως καὶ μεγαλοπρεπῶς/„freundlich und prachtvoll“ (*Iōannēs Skylitzēs*, Synopsis historiōn 456,6) sowie die Beschreibung des Empfangs des gestürzten Kaisers Iustinianos II. durch den bulgarischen Khan Tervel zu Beginn des achten Jahrhunderts als σὺν τιμῇ μεγάλῃ/„mit großer Ehre“ (*Nikēphoros*, Historia syntomos 42 [102,42f.]).

³⁸ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 118,34–37: οὐκ ἐλπίστι γὰρ μόνον χρηστοτέραις ὑπεσαίνετο Μανουήλ, ὃς εὖ τὰ κατὰ τὴν ἓο διάθοιτο διὰ τῆς τοῦ σουλτάνου παρουσίας καὶ τοῦ κεχαρισμένου τῆς ἔννιας δυναμένου γοητεύσαι φιλοχρήματον βάρβαρον, ἀλλὰ καὶ δόξαν αὐτῷ τῆς βασιλείας τὸ συμβάν φέτο. (Übersetzung nach *Grabler*, Kro-ne 158). Vgl. zu dieser Passage auch *Anca*, Repräsentation 77f.

³⁹ Iōannēs Kinnamos, Epitomē 5,3 (206,7–11): καὶ τοῦ βασιλέως καθίζησαι τοῦτον προτρεπομένου, ὁ δὲ τὸ μὲν πρῶτον ισχυρότατα ἀπέλεγεν, ὃς δὲ ἔτι μᾶλλον ἐγκείμενον ἔώρα τὸν βασιλέα, καθῆστο λοιπὸν ἐπὶ χαμαίζηλου τινὸς καὶ ἥκιστα ἐπὶ μετεώρου καθέ-

Mit seiner Schilderung verweist Kinnamos auf den ambivalenten Charakter des Empfangszeremoniells: Einerseits wurde der Gast geehrt, andererseits ihm jedoch auch die eigene Unterlegenheit klar vor Augen geführt. Dass im vorliegenden Fall der Sultan neben dem Kaiser auf einem niederen Stuhl Platz nahm, ist dabei jedoch in erster Linie nicht als öffentliche Demütigung, sondern vielmehr als Privileg zu deuten. Denn normalerweise hatte ein fremder Machthaber während des Empfangszeremoniells zu stehen.⁴⁰ Aus der Zeit Manuels sind weitere Fälle von Treffen überliefert, bei denen ein Herrscher – wie Kılıç Arslan – neben dem Kaiser Platz nehmen durfte. Bei diesen handelte es sich stets um Könige.⁴¹ Aufgrund ihres hohen Ranges konnte ihnen ein Stehen vor dem Kaiser offensichtlich nicht zugemutet werden. Trotz der exzeptionellen Ehrung verwies der niedrigere Platz indes auf den asymmetrischen Charakter des Verhältnisses zwischen Kaiser und Sultan, eines Verhältnisses, das der Sultan dadurch, dass er sich letztlich auf den niedrigeren Platz setzte, vor den Augen des Kaisers sowie der byzantinischen und türkischen Großen anerkannte – so zumindest die Botschaft, die Kinnamos seinen Rezipienten vermitteln will.

Der feierliche Einzug

Sowohl Iōannēs Kinnamos als auch Nikētas Chōniatēs wissen im Anschluss – wenn auch mit höchst unterschiedlichen Tendenzen – von einer aufsehenerregenden „Panne“ zu berichten. Laut Kinnamos beabsichtigte Manuēl, den Sultan an einem feierlichen Festzug teilnehmen zu lassen – ein Ansinnen, dem sich der konstantinopolitanische Patriarch Lukas Chrysoberges (1157–1169) mit dem Argument widersetzt habe, ein gottloser Mann dürfe nicht an geweihten Gegenständen und priesterlichem Schmuck vorbeischreiten. Spät in der Nacht habe plötzlich die Erde gebebt, was die Bewohner der Stadt irrigerweise als Zeichen dafür gedeutet hätten, dass die Beteiligung des „heidnischen“ Sultans an der christlich geprägten Zeremonie gegen Gottes Willen sei. In Wahrheit sei das Erdbeben jedoch ein Zeichen für die spätere Beinahe-Katastrophe – ge-

δρας, τὰ εἰκότα τε εἰπὼν καὶ ἀκούσας ἐξ τὴν ἀποτεταγμένην αὐτῷ ἐν παλατίῳ ἀπηλλάττετο καταγωγήν.

⁴⁰ Zur Bedeutung des Sitzens und Stehens beim byzantinischen Empfangszeremoniell s. Treitinger, Kaiser- und Reichsidee 95; Unruh, Mauern 39.

⁴¹ Es waren dies im Jahr 1147 der französische König Ludwig VII. (*Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 2,17 [83,1–4]), im Jahr 1159 König Balduin III. von Jerusalem (ebd. 4,20 [185,18f.] und *Wilhelm von Tyrus*, Historia 18,24,22–24 [824]) sowie im Jahr 1171 Amalrich I., ebenfalls König von Jerusalem (ebd. 20,23,23–26 [943f.]). – Vgl. dazu auch Beihammer, Defection 637.

meint ist die bereits erwähnte schwere Niederlage von Myriokephalon 1176 – gewesen, die nur durch den Kaiser verhindert worden sei.⁴²

Auch Nikētas Chōniatēs berichtet – wie bereits angemerkt – von den Geschehnissen, obgleich mit einem bedeutenden Unterschied: Der feierliche Einzug wurde demnach nicht *nach* einem nächtlichen Erdbeben abgesagt, sondern die Stöße hätten sich vielmehr *während* des Einzugs ereignet, der sich daraufhin in völligem Chaos aufgelöst habe.⁴³ Der Kaiser, so Nikētas, „schenkte ihm [= dem Festzug] keine Aufmerksamkeit mehr, nicht einmal so viel, dass den üblichen Formen Genüge getan worden wäre“.⁴⁴ Hier tritt in aller Deutlichkeit die Kritik des Autors am Kaiser hervor, zumal Nikētas im Gegensatz zu Kinnamos die auch von diesem angeführte Interpretation der Ereignisse als Strafe Gottes unkommentiert lässt, sie also nicht verwirft, sondern im Gegenteil sogar hinzufügt, dass auch der Kaiser das Beben in diesem Sinne gedeutet habe.⁴⁵

⁴² Iōannēs Kinnamos, Epitomē 5,3 (206,12–207,7): ὁ βασιλεὺς δὲ τῷ τῶν εὐτυχημάτων ὅγκῳ φιλοτιμούμενος θρίαμβον ἔξ αὐτῆς ἀκροπόλεως ἐπὶ τὸν περιλάλητον τῆς τοῦ θεοῦ Σοφίας ναὸν ἐποίησατο μὲν ἐμπαρασκευὴν ἐφ' ὃ σὺν ἑκείνῳ πομπεῦσαι· οὐ μὴν καὶ εἰς τέλος ἥγανε τὸ βουλευθέν. Λοῦκας γάρ ὁ τῷ τηνικάδε τοῖς ἐκκλησιαστικοῖς ἐφεστώς πράγμασιν ἀντίξους τῇ πράξει ἐγένετο, μὴ δεῖν εἶναι εἰπών δ' ἐπίπλων θείων καὶ κόσμων ιερῶν ἄνδρας διελθεῖν ἀσεβεῖς· τότε δὲ καὶ ἄλλο τι παρεμπεσεῖν προσέστη τῷ πράγματι. ἐπειδὴ γάρ πόρρω τῶν νυκτῶν ἦν, ἔξαίσιος τις βρασμὸς ἀθρόον ἐκλόνησε τὴν γῆν. Βυζάντιοι μὲν οὖν ἐνταῦθα τὰς Λουκᾶ παραινέσις ἐκβῆναι οἱόμενοι ἀπὸ γνώμης εἶναι θεῷ τὴν ἐγχείρησιν ἔφασκον. πεφύκασι γάρ ἄνθρωποι τοῖς παροῦσιν ἐκ τοῦ ἐπὶ πλεῖστον προσέχοντες πολυπραγμονεῖν περαιτέρω μηδέν. τὸ δὲ τὸν πράγματος τέλος τὴν τοῦ συνεχθέντος ἐναργῶς παρεστήσατο δήλωσιν. καὶ Κλιτίεσθιλάν τὸν μετὰ πολλοὺς ἐπιγενομένους χρόνους τῶν εἰς βασιλέα συνθηκῶν ἀλογήσας πανστρατὶ Ρωμαίους κατὰ Περσῶν ἐλθεῖν παρεσκεύασε. τύχῃ τέ τινι δυνχωρίᾳς ἐμπεσὸν τὸ στρατιωτικὸν τῶν ἐπὶ δόξης τε ἀποβεβλήκει πολλοὺς καὶ μεγάλου ἐγγὺς ἥλθε κακοῦ, εἰ μὴ βασιλεὺς ἐνταῦθα ἀνθρωπίνης ὄρον ἀρετῆς τὰ πολέμια παρελθόν ὥφθη.

⁴³ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 118,38–119,52: Εἰσιών τοίνυν ἄμα τῷ σουλτάνῳ τὴν Κωνσταντίνου κηρύττει θρίαμβον. καὶ ἦν εὐπρεπῆς ὁ θρίαμβος, καλλίστοις καὶ τιμήσιτι πέπλοις παμφαίνων καὶ τῷ τοῦ κόσμου πολυειδεῖ δαιδαλος· καὶ ἡμελλε βασιλεὺς διὰ τοῦ θρίαμβου προιέναι πρὸς αὐτῶν τῶν ἀστῶν κροτούμενος καὶ μέρος εἶναι τῆς τότε δορυφορίας τε καὶ λαμπτρότητος καὶ τῶν κυδρούντων τὸν αὐτοκράτορα καὶ σουλτάνον αὐτὸς ἐπιταριών. θεὸς δ' ἡκύρωσε τὰ τῆς ἡμέρας ἑκείνης λαμπτρά· ἢ τε γάρ γῆ κλονηθεῖσα πολλάς ἐπικαταβεβλήκει λαμπτρότάτας οἰκήσεις καὶ ὁ ἀλρα ταραχώδης ἦν ἐπιεικῶς καὶ ἀνώμαλος καὶ ἔτερ' ἄπτα ἐπισυμβάντα δείματα ἑκείνοις οὐ θρίαμβος ἡνακάκει προσεχεῖν τὸν νοῦν καὶ τὸ τῆς ψυχῆς ἐκύμαινε λογιζόμενον. ἔφασκον δὲ οἱ τοῦ θείου νεὸν καὶ τοῦ βήματος (καὶ αὐτὸς βασιλεὺς οὐκ ἀγαθὸς κληρδόνας ἐδέχετο τὰ λεγόμενα) μηνίειν τὸ θεῖον καὶ μηδ' ὅλως ἀνέχεσθαι προκύψειν δῶλος εἰς θρίαμβον μὴ θεοσεβείας ἄνδρα μετεσχηκότα, ὃν κοσμοδινὸν ἐπιπλα παναγῆ καὶ ἀγίων ἔκτυπα διειλήφασι καὶ χαρακτήρ καθαγιάζει Χριστοῦ. καὶ οὕτω μὲν εἰκαίως ὁ θρίαμβος ἐσχεδίαστο, [...].

⁴⁴ Ebd. 119,53 f.: [...], μηδαμῶς αὐτῷ προσεσχηκότος τοῦ αὐτοκράτορος οὐδὲ ὅσον τὸ ἔθος ἀφοσιώσασθαι. (Übersetzung nach Grabler, Krone 159).

⁴⁵ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 119,48 f.: καὶ αὐτὸς βασιλεὺς οὐκ ἀγαθὸς κληρδόνας ἐδέχετο τὰ λεγόμενα.

Trotz des unglücklichen Ausgangs des feierlichen Einzugs wird deutlich, dass Manuēl in ihm ein adäquates Mittel sah, um Kılıç Arslan enger an sich zu binden.⁴⁶ Die dem Sultan zugesetzte Rolle war dabei nicht diejenige eines unterlegenen Gegners, der im Triumph zur Schau gestellt wird; denn daran hätten die kirchlichen Repräsentanten wohl kaum Anstoß genommen. Vielmehr sollte Kılıç Arslan als „Staatsgast“ geehrt, aber auch das durch den Vertrag hergestellte freundschaftliche Verhältnis gegenüber der Öffentlichkeit zur Schau gestellt werden.

Bankette und Unterhaltungsprogramm

In diesem Sinne – also Inszenierung des Konsenses zwischen Kaiser und Sultan einerseits sowie Festigung des Abkommens andererseits – sind auch weitere Elemente des Besuchs zu deuten. Laut Kinnamos habe Manuēl seinen Gast zu Banketten geladen und ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm geboten. Er habe Pferderennen organisieren und gemäß der Tradition einige Boote durch griechisches Feuer entflammen lassen. Überhaupt habe der Sultan die Spektakel im Hippodrom geradezu verschlungen – Spektakel, durch welche die Großartigkeit Konstantinopels besonders deutlich werde.⁴⁷

Kinnamos führt an dieser Stelle Elemente an, die auch im Zusammenhang mit anderen Herrscherbesuchen am Bosporus überliefert sind. Das in der Regel von Musik, Gesang und Schauspiel begleitete Mahl stellte dabei einen festen Bestandteil dar. Es signalisierte Vertrautheit und Vertrauen, Konsens, ja Freundschaft und diente mitunter dazu, Reichtum und Großzügigkeit des Gastgebers zu inszenieren.⁴⁸

Auch das dem Gast bereitete Unterhaltungsprogramm ist ein gut-belegtes Element von Besuchen fremder Herrscher in Konstantino-

⁴⁶ Zum Triumphzug bzw. Adventus des Kaisers s. McCormick, Victory 35–230 (4.–11. Jh.); Hunger, Reditus; Anca, Repräsentation 19–52 (12. Jh.).

⁴⁷ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (207,9–14): ὁ δὲ βασιλεὺς ἐξ τὰ κατὰ νότον τῆς πόλεως ἀνάκτορα καταχθεὶς μεγαλοπρεπέστι τε ἐδεξιοῦτο δείπνους αὐτὸν καὶ διὰ φυλοφροσύνης ἦγεν ἀπάστης, εἴτα καὶ ἵππων αὐτὸν ἔθελξεν ἀμύλαις, ὑγρῷ τε πυρὶ κατὰ τὸ ἔθος λέμβους τινάς ἐνεπίμπρα καὶ ἀκάτους, καὶ ὥλως τῶν τῆς ἵπποδρομίας ἐγέμιζε τὸν ἄνδρα θεαμάτων, εἰς ὃν μάλιστα μεγέθη πόλεων φιλεῖ δείκνυσθαι.

⁴⁸ Zum gemeinsamen Mahl s. Althoff, Charakter (westliches Mittelalter); Schwedler, Herrschertreffen (spätmittelalterliche Herrschertreffen); Voss, Herrschertreffen (west- und ostfränkische bzw. französisch-deutsche Herrschertreffen); Unruh, Mauern 45–47; Malmburg, Dining (frühbyzantinische Zeit). – Eine ausführliche Beschreibung eines kaiserlichen Banketts gibt für die Mitte des zehnten Jahrhunderts der Gesandte Liudprand von Cremona (*Liudprandus Cremonensis*, Antapodosis 6,8 [148,107–121]).

pel.⁴⁹ Wie das Bankett diente es dazu, den Gast zu beeindrucken, aber auch die Bindungen beider Herrscher zu festigen und – etwa durch ein gemeinsames Anschauen von Pferderennen und anderen Veranstaltungen im Hippodrom – zur Schau zu stellen.⁵⁰ Die Inszenierung des griechischen Feuers dürfte dagegen vor allem eine Demonstration der militärischen Stärke des Reiches gewesen sein.⁵¹

Jedes dieser Elemente war somit in gewisser Weise eine Maßnahme zur Steigerung der Verbindlichkeit des Abkommens, indem es dem Sultan Reichtum, Macht und militärische Stärke des Kaisers vor Augen führte, ihn ehrte, zugleich aber auch – nicht zuletzt vor den Augen der eigenen Anhänger – dazu nötigte, seine Position an der Seite des Kaisers unmissverständlich anzuerkennen.

Von den Pferderennen, die Manuēl für den Sultan im Hippodrom ausrichten ließ, berichtet auch Nikētas Chōniatēs, obschon erneut mit gegensätzlicher Tendenz. Unmittelbar nach der Schilderung des desaströsen Festzugs weiß der Autor von einer neuerlichen Panne zu berichten, und dies in solcher Ausführlichkeit, dass an dieser Stelle nur eine knappe Zusammenfassung der Episode gegeben werden kann: Ein Türke sei – ausgestattet mit künstlichen Flügeln – auf eine Säule des Hippodrom gestiegen, um zu zeigen, dass er fliegen könne. Doch nach seinem Absprung sei er in die Tiefe gestürzt und gestorben, woraufhin sich in den folgenden Tagen die Bevölkerung über dessen Schicksal lautstark lustig gemacht habe. Als der Sultan dies erfuhr, sei er äußerst erzürnt gewesen, so dass Manuēl alle Mühe gehabt habe, ihn zu besänftigen.⁵²

⁴⁹ Detailliert beschrieben ist etwa das Unterhaltungs- und Sightseeing-Programm, das Manuēl I. wenige Jahre später Amalrich I., dem König von Jerusalem, bot: Besuch von hauptstädtischen Monumenten sowie Kirchen und deren Reliquien, Musik- und Schauspielaufführungen, Jagdausflüge sowie eine Schiffspartie auf dem Bosporus bis zu dessen Mündung ins Schwarze Meer; *Wilhelm von Tyrus*, Historia 20,23,54–20,24,21 (944f.). – Vgl. zum Unterhaltungsprogramm im Kontext von Besuchen fremder Herrscher auch *Anca*, Repräsentation 76–82.

⁵⁰ Zum Hippodrom Konstantinopels s. *Guilland*, Topographie 1:369–595; *Müller-Wiener*, Bildlexikon 64–71, *Berger*, Untersuchungen 543–556 und *C. Mango/A. Kazhdan/A. Cutler*, ODB 2:934–936 s. v. „Hippodromes“. – Zu Pferderennen in Byzanz s. *Kukulēs*, Bίος 3:7–80; *Guilland*, Hippodrome; *Cameron*, Circus Factions; *McCormick/Kazhdan*, ODB 1:412, s. v. „Chariot Races“.

⁵¹ Zum griechischen Feuer s. *E. McGeer*, ODB 2:873 s. v. „Greek Fire“ (mit Verweisen auf weitere Literatur).

⁵² Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 119,55–120,89. – *Anca*, Repräsentation 80 sieht dagegen in der Episode lediglich ein Mittel des Autors, den „Leser“ zu unterhalten, „denn die schlichte Erwähnung der Spiele und Veranstaltungen wirkten wohl zu langatmig auf ein Publikum, das mit solchen Sachen vertraut war“.

Laut Nikētas war das verunglückte Pferderennen bereits das zweite Element, das die ihm zugesetzte Wirkung völlig verfehlte. Kinnamos dagegen weiß von dieser zweiten Panne nichts und wendet sich stattdessen dem Ende des Besuchs zu.

Eidesleistung

Nachdem der Sultan eine angemessene Zeit in der Hauptstadt verbracht und seine vorherigen Zusagen mit weiteren Eiden bekräftigt habe, sei er in seine Heimat zurückgekehrt.⁵³ Anschließend geht Kinnamos nochmals konkret auf den Inhalt des Abkommens ein. Kılıç Arslan habe geschworen, Zeit seines Lebens des Kaisers Feinden Feind, des Kaisers Freunden jedoch Freund zu sein. Frieden mit einem Feind des Kaisers wolle er fortan nur mit dessen Einverständnis schließen und als Manuels Bundesgenosse gegen dessen Feinde – gleich ob im Westen oder im Osten – kämpfen. Den *Turkomanoi*⁵⁴ würde der Sultan nicht erlauben, das Reich zu schädigen. Die Kılıç Arslan begleitenden Großen hätten zudem geschworen, ihren Herrn, den Sultan, nach Kräften an einem Bruch dieser Zusagen zu hindern.⁵⁵

Besonders beachtenswert ist an dieser Stelle der Eid der türkischen Großen, stellte doch das Einbeziehen eines erweiterten Kreises in einen Vertragsschluss eine weitere Maßnahme zur Erhöhung von dessen Verbindlichkeit dar.⁵⁶

⁵³ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (207,14–16): ὁ δὲ ἐφ' ἵκανὸν ἐν Βυζαντίῳ διατρίψας τὰ προλαβόντα τε δευτέροις ὄρκοις πιστωσάμενος ἐπὶ τὴν ἑαυτοῦ ἥλθεν.

⁵⁴ Gemeint sind die nomadisch lebenden Türken, auf die der Sultan freilich oftmals nur wenig Einfluss hatte.

⁵⁵ *Iōannēs Kinnamos*, Epitomē 5,3 (207,16–208,5): εἶχε δὲ τὰ τῆς ὁμολογίας αὐτοῦ ὕδε: ἔχθρὰ μὲν διὰ βίου φρονήσειν οἵ το πρὸς βασιλέα τρέφοιτο ἔχθρος, φίλια δ' αὖ τοῖς τούναντίον εὔνοις αὐτῷ καθεστῶσι. πόλεών τε ὃν ἂν αὐτὸς περιγένοιτο τὰς μείζους καὶ ἀξιολογωτέρας βασιλεῖ διδόναι. εξεῖναι δὲ αὐτῷ οὐδαμῇ τῶν ἔχθρῶν τινι σπείσασθαι ὅτι μὴ βασιλέως κελεύοντος. δεῆσάν τε Ῥωμαίοις συμμαχήσειν, πανστρατι ἀπαντᾶν κανένας ἐφος κανένας ἐσπέριος ὁ πόλεμος εἴη. οὐ μὴν οὐδὲ τοὺς ὅσοι οὐπὸ τὴν αὐτοῦ μὲν κείνται παλάμην, κιλέμμασι δὲ διαζῆν ἐπίστανται, οὓς δὴ Τουρκομάνους έθος καλεῖν ἐστιν, ἀτιμωρήτους ἔαν όποιονοῦν τι ἐξ Ῥωμαίων ἡμαρτηκότας τὴν γῆν. ταῦτά τε αὐτὸς ὁμολόγηκε καὶ μεγιστάνων ὅσοι αὐτῷ εἴποντο, κανένανος αὐτῶν ἀμελοίη, τοὺς δὲ σθένει παντὶ κωλύειν τὴν ἐγχειρίστιν. Vgl. Dölger/Wirth, Regesten Nr. 1446.

⁵⁶ Deutlich wird dies etwa anhand des Abkommens von Deabolis/Devol, das Manuels Großvater Alexios I. Komnēnos mit dem Normannen Bohemund von Tarent, dem Fürsten von Antiocheia, im Jahr 1108 schloss. Der Wortlaut des Vertrags wurde von Anna Komnēnos in ihr Geschichtswerk integriert (*Anna Komnēne*, Alexias 13,12,28 [422,33–423,48]). Am Ende ist eine Liste der Zeugen (μάρτυρες) angeführt, die nicht nur anwesend (*παρουσιάσαντες*) waren, sondern den Vertrag auch unterschrieben (ὑπογεγραφότες).

Folgen des Abkommens bei Iōannēs Kinnamos

Den von Kinnamos suggerierten durchschlagenden Erfolg der kaiserlichen Maßnahmen macht der Autor nicht zuletzt dadurch deutlich, dass er auf die Folgen der Übereinkunft eingeht. Noch während Kılıç Arslan am Bosporus weilte, seien Gerüchte über das Abkommen zu anderen türkischen Herrschern – Gegnern des Sultans – gedrungen, die daraufhin Legaten nach Konstantinopel geschickt hätten, um durch Fürsprache des Kaisers Frieden mit Kılıç Arslan zu schließen.⁵⁷

Der Besuch Kılıç Arslans hatte also – folgen wir Kinnamos – seinen Zweck völlig erfüllt. Der Sultan war beeindruckt und hielt einen Vertrag ein, der zudem noch andere türkische Herrscher dazu anspornte, mit ihm Frieden zu schließen. Tatsächlich verschwinden die Türken zunächst aus dem Blickfeld des Autors. Zwar verweist er im Zusammenhang mit dem aufgrund des Erdbebens verunglückten feierlichen Einzug in Konstantinopel auf den Sultans Bruch der Vereinbarungen, doch fügt er erklärend hinzu, dass sich dies erst viele Jahre später ereignet habe.⁵⁸ Die Mechanismen, die der Kaiser zur Festigung des Abkommens im Zuge des Besuchs des Sultans anwandte, waren somit ein voller Erfolg; und so konnte Kinnamos sein Kapitel mit den Worten schließen: „Und von da an herrschte Frieden im römischen [= byzantinischen] Reich.“⁵⁹

Geschenke

Erneut ist es Nikētas Chōniatēs, der das Ergebnis des Besuchs erheblich pessimistischer einschätzt und dies anhand eines Elements von

⁵⁷ Iōannēs Kinnamos, Epitomē 5,3 (208,5–15): ταῦτα μὲν οὖν ἐν Βυζαντίῳ ἐτελεῖτο, ἡ δὲ φήμη φθάνει ἔξι Εὐρώπης ἐπὶ τὴν Ασίαν διαβάσα. τοίνυν καὶ οὐ πρὸς καλὸν αὐτοῖς ἔσεσθαι οἱ τῆδε νομίσαντες φύλαρχοι εἰ βασιλεὺς τὸν σουλτάνον εἰσπεποίηται, πρέσβεις πέμψαντες ἐδέοντο ὡς καὶ αὐτοὺς τῷ σουλτάνῳ διαλλάξαι· ὁ δὲ ἥκουσε μὲν αὐτῶν οὐκ ἀηδῶς, ἐς δὲ τὴν τοῦ σουλτάνου δῆθεν τὸ πᾶν ἀνατιθεὶς αἴρεσιν ἐπ’ ἐκείνον αὐτοὺς ἐπεμπεν ἐν παλατίῳ, καθάπερ εἰρηται, διατριβήν ἔχοντα. οἱ καὶ ἐπειδὴ τάχιστα πρὸς λόγους ἐκείνῳ κατέστησαν, διαλύσασθαι τε σφίσι τὴν ἔχθραν ἵσχυσαν καὶ ικέτην ὑπὲρ αὐτῶν βασιλεῖ γενέσθαι ἀνέπεισαν. ὁ δὲ ικετεύοντα προστκάμενος ἐν φίλων μούρᾳ καὶ αὐτοὺς ἐποήσατο, [...]. – Dass Manuēl die Legaten an Kılıç Arslan weiterleitete und ihm die Entscheidung über eine Annahme oder Ablehnung der Gesuche überließ, zeigt – nach der Lesart des Kinnamos – einerseits die neue Vertrautheit beider Herrscher, andererseits aber auch, dass Manuēl dem Sultan eine gewisse Oberhoheit über andere türkische Potentaten zugestand, ganz ähnlich wie im Falle König Amalrichs von Jerusalem gegenüber den anderen Kreuzfahrerherrschaften. Vgl. dazu *Magdalino*, Empire 77f.

⁵⁸ Vgl. oben S. 185 f.

⁵⁹ Iōannēs Kinnamos, Epitomē 5,3 (208,15 f.): [...], εἰρήνη τε τοῦ λοιποῦ σταθμηρὰ τὴν Ψωμαίων εἶχεν ἀρχήν.

Herrschertreffen deutlich macht, das Kinnamos in seinem Bericht völlig ausblendet: der Vergabe von Geschenken. Dieses Element findet sich mit einer derartigen Regelmäßigkeit in Darstellungen von Herrscherzusammenkünften, dass es in diesem Kontext geradezu als konstitutiv betrachtet werden muss:⁶⁰

„Der Kaiser wusste nämlich, dass kein Barbar dem Golde widerstehen kann. Deshalb wollte er vor Klitzasthlanes großtun und ihn zum Staunen über den Reichtum des römischen [= byzantinischen] Kaisertums bringen. Er ließ in einem der prächtigsten Säle seines Palastes der Reihe nach all das aufstellen, was er dem Sultan zu schenken gedachte. Das war zu Münzen geprägtes Gold und Silber, prächtige Kleidung, silberne Becher und goldene Trinkschalen, Stoffe aus dem allerfeinsten Gewebe und anderer auserlesener Schmuck, lauter Dinge, die sich ein Römer [= Byzantiner] leicht beschaffen kann, ein Barbar aber meist noch nie gesehen hat und nur sehr selten besitzt. Der Kaiser betrat also den Saal, ließ den Sultan hereinbidden und fragte ihn, ob er etwas von den aufgestellten Schätzen zum Geschenk haben wolle. Als jener antwortete, ihm werde alles erwünscht sein, was ihm der Kaiser zu schenken geruhe, fragte er weiter, ob wohl einer seiner Gegner dem Angriff der Römer [= Byzantiner] widerstehen könnte, wenn er diesen Schatz für sein eigenes Heer und für Söldner aufwendete. Der Sultan versicherte bewundernd, wenn er selbst Herr dieser so großen Schätze wäre, hätte er schon längst all seine Feinde ringsum unterworfen. Da sagte der Kaiser: „Es wird mir eine Ehre sein, Dir all das zu schenken, damit Du siehst, dass ich gerne und reichlich schenke und damit Du weißt, über welche Mittel jemand verfügt, der mit so vielem und so wertvollem Gut einen einzigen beschenken kann.“⁶¹

⁶⁰ Zu Geschenken s. Mauss, Essai; Grünbart, Geschenke. – Zu diplomatischen Geschenken s. Treitinger, Kaiser- und Reichsidee 202–204; Schreiner, Geschenke; die verschiedenen Beiträge in: Mitteilungen zur Spätantiken Archäologie und Byzantinischen Kunstgeschichte 4 (2005), die sich allesamt dem Thema „Austausch diplomatischer Geschenke in Spätantike und Byzanz“ widmen; Anca, Repräsentation 94–114.

⁶¹ *Niketas Chōniatēs*, Chronikē diēgēsis 120,94–121,17: ὁ γάρ αὐτοκράτωρ εἰδὼς μὲν καὶ ὅτι βάρβαρος ἄπας λημμάτων ἤτηται, λαμπρούνόμενος δὲ μάλιστα καὶ ἐκπλῆξαι θέλων τὸν Κλιτζασθλάνην ἐπὶ τοὺς πολυταλάντοις τῶν θησαυρῶν, οἵς ή βασιλείᾳ Ρωμαίων περιερρέετο, ἐνὶ τῶν κατὰ τὸ ἀρχεῖον λαμπροτάτων ἀνδρώνων ἔξῆς διατέθεικεν ὅσα τούτῳ παρασχέσθαι δῶρα προέθετο. ἦν δὲ ταῦτα χρυσός τε καὶ ἄργυρος κεκομμένος εἰς νόμισμα καὶ τρυφώσα ἑσθής ἀργύρεά τε ἐκπώματα καὶ Θηρίκλεια χρύσεα καὶ θόνοι τῶν ἔξι ύπερηφάνου ὑφῆς ἄλλοι τε κόσμοι ἔξαιρετοι, Ρωμαίοις μὲν καὶ πάνυ εὐπόριστοι, σπάνιοι δὲ παρὰ βαρβάροις αὐτοῖς καὶ τὰ πολλὰ μηδὲ θεατοί. εἰσιών δὲ ὁ βασιλεὺς τὸν ἀνδρῶνα καὶ τὸν σουλτάνον ἐκεῖσε μεταπεμψάμενος ἥρετο, εἰ δωρηθῆναι οἱ τὸν παρόντος βούλοιτο θησαυροῦ. τοῦ δὲ εἰπόντος ὡς αἱρεῖται ὅσιος αὐτὸν δωρήσεται βασιλεὺς, αὐθῆς ἐπήγαγεν, εἴ τις τῶν ἀντιτάλων Ρωμαίοις, αὐτὸν ταῦτα κενωσαμένου εἰς ξενικὸν καὶ ἐνδαπόντι στράτευμα, ὑπενέγκοι μὲν ὅλως τὴν κατ' ἐκείνου τῶν Ρωμαίων ὄρμην. τοῦ δὲ ἀγαμένουν καὶ εἰπόντος, ὡς εὶ δεσπόζων ἦν τοσούτων χρημάτων, εἶχεν ἀν̄ πάλαι τὸ κύκλω πολέμιον εἰς ὑπῆκοον αὐτῷ μεταθέμενος, „φιλοτιμοῦμαί σε τούτοις πᾶστ“ φησι βασιλεὺς, „ἴνα καὶ τούμὸν εἰδεῖς φιλόδωρόν τε ἄμα καὶ μεγαλόδωρον καὶ ὅσων ἐστὶ κύριος χρημάτων ὁ τόσοις ἔνα δωρούμενος.“ Übersetzung nach Grabler, Krone 160f. – Eine ganz ähnliche

Folgen des Abkommens bei Nikētas Chōniatēs

Nikētas macht in dieser Passage deutlich, welche Funktionen der Kaiser dem freigiebigen Schenken zusprach. Es beeindruckte das fremde Gegenüber, den „Barbaren“, band es an den Kaiser, indem es dessen Reichtum und Macht demonstrierte⁶².

Das Schenken im Kontext eines Treffens des Kaisers mit einem anderen Machthaber war in aller Regel ein asymmetrischer Vorgang, d. h. es war der *basileus*, der schenkte⁶³. Die Geschenke konnten dabei unterschiedlichen Charakters sein. Zu denken ist nicht nur an Geschenke im heutigen Sinne, sondern auch an Tribute (die von byzantinischen Quellen sehr häufig *pro forma* als Geschenke bezeichnet wurden) sowie an *roga*, d. h. an Zahlungen, die damit zusammenhingen, dass ein fremder Machthaber eine byzantinische Hofwürde bekleidete, und somit als Einkommen angeführt werden konnten.⁶⁴ Dass byzantinische Quellen – wie Nikētas Chōniatēs im vorliegenden Fall – die verschenkten Gegenstände im Einzelnen auflisten, ist eher ungewöhnlich. Häufiger beschränken sie sich auf Topoi, die lediglich Menge und Wert hervorheben⁶⁵. Finden sich detaillierte Beschreibungen der vom Kaiser geschenkten Objekte, dann tendenziell in Quellen, die aus der Sicht des fremden Herrschers die Geschehnisse berichten⁶⁶.

Anekdoten gibt *Anna Komnēnē*, Alexias 10,11,5 (319,70–79) in ihrer Schilderung des Besuchs Bohemunds von Tarent bei Kaiser Alexios I. Komnēnos in Konstantinopel (1097) im Kontext des ersten Kreuzzugs wieder. Alexios habe einen Raum mit Schätzen füllen und anschließend Bohemund hereinführen lassen. Dieser habe spontan ausgerufen, dass er Herr über viele Länder wäre, wenn er solche Schätze besäße, woraufhin der Diener des Kaisers entgegnet habe, dass ihm Alexios dies alles zu schenken gedenke.

⁶² Die Freigiebigkeit (*φιλοδωρία*) war geradezu eine kaiserliche Kardinaltugend, die mit großer Regelmäßigkeit im Kontext von Herrschertreffen begegnet; vgl. dazu *Reinsch*, Kultur sowie *Anca*, Repräsentation 97–108 mit einer Reihe weiterer Beispiele.

⁶³ *Anca*, Ehrerweis 190; *Prinzing*, Austausch; *Anca*, Repräsentation 97–99 und 101. – Dagegen dominierte im lateinischen Westen die Praxis eines reziproken Gabenaustauschs; s. *Voss*, Herrschertreffen 151–165.

⁶⁴ Zu den „*roga*“ s. *Lemerle*, „*Roga*“. – Zur byzantinischen Ämter- und Würdenstruktur im zwölften Jahrhundert s. *Hohlweg*, Beiträge; *Magdalino*, Empire 180–201.

⁶⁵ So auch *Anca*, Ehrerweisung 188. – Vgl. etwa das Treffen zwischen Kaiser Iustinianos II. und dem Bulgarenkhan Tervel (705): *Nikēphoros*, Historia syntomos 42,63 (104): [...], καὶ πλεῖστα παρασχόμενος δῶρα [...] sowie jenes zwischen Kaiser Rōmanos I. Lakapēnos und dem Bulgarenherrscher Simeon (924): *Symeōn Magistros*, Chronikon 136,37 (324,293f.): [...], δώροις μεγαλοπρεπέστι τοῦ βασιλέως δεξιωσα-μένου τὸν Συμεόν.

⁶⁶ Ein beeindruckendes Beispiel sind die Geschenke, die der armenische Katholikos und Geschichtsschreiber Yovhannēs Drasxanakertc'i im Kontext des Be-

Laut Nikētas Chōniatēs entfaltete diese kaiserliche Maßnahme in Form der reichen Beschenkung des Gastes zunächst die erhoffte Wirkung. Kılıç Arslan versprach, die Stadt Sebasteia samt Umland dem Kaiser auszuhändigen. Manuēl habe sich hierüber höchst erfreut gezeigt und weitere Gaben für den Fall versprochen, dass der Sultan seine Zusagen einhalte. Dazu habe er dem bereits zurückkehrenden Sultan erneut Geschenke nachgesendet.⁶⁷

Bis hierher scheint es also, als ob Manuēls Strategie völlig aufgegangen sei. Dann jedoch, d. h. unmittelbar im Anschluss an den Bericht über des Sultans Besuch, fügt der Autor Begebenheiten an, die sich in Wahrheit – zumindest teilweise – erst fast ein Jahrzehnt später ereigneten, nämlich den Bruch des Abkommens, der schließlich in den unglücklichen byzantinischen Feldzug des Jahres 1176 münden sollte.⁶⁸ Damit übt Nikētas Chōniatēs Kritik am Kaiser selbst⁶⁹, dessen Politik er indirekt als verfehlt charakterisiert, ohne dies freilich offen auszusprechen. Statt dessen lässt er den Sultan das Wort ergreifen:

„Spöttisch äußerte sich der Sultan zu seinen Vertrauten, je ärger er den Römmern [= Byzantinern] zusetze, umso größere Wohltaten werde er vom Kaiser erfahren. ‚Denn bei wem die Überlegenheit ist‘, sagte er, ‚bei dem pflegen sich die Geschenke einzustellen, damit er nicht noch weitere Siege erringe. Wer eine hitzige Krankheit hat, wird auch mehr umsorgt, damit die Krankheit nicht weiter um sich greift.‘“⁷⁰

Das freigiebige Schenken, das von Manuēl eigentlich als Maßnahme gedacht war, um Kılıç Arslan eng an sich zu binden, verfehlte demnach

suchs des armenischen Königs Ašot II. in Konstantinopel (914) erwähnt: Purpur, goldbestickte und -gesäumte Kleidung, ein mit Edelsteinen besetzter Gürtel, Pferde (geschmückt und gepanzert), Geschirr, Gefäße, Waffen etc.; *Yovhannēs Drasxanakertc i*, Patmut’iwn 212,23–213,6 und 221,27–33.

⁶⁷ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 121,17–27: ὁ δὲ ἡσθι τε καὶ ἔξεστη τῇ ἀπομαγδαλίᾳ τῶν χρημάτων, τυφλώττων πρὸς κέρδος, καὶ βασιλεῖ τὴν Σεβάστειαν καὶ τὴν ταύτης χώραν παρασχέσθαι κατεπαγγέλλεται. ὁ Μανουήλ δὲ τὴν ὑπόσχεσιν ταύτην ἀσμένιος δεξάμενος καὶ ἔτερα δώσειν ἔχνεθετο χρημάτα, εἰ τοὺς λόγους τοῖς ἔργοις πιστώσαιτο. Καὶ αὐτὸς μὲν τὴν τοῦ βαρβάρου προφθάνων ρόπτην καί, ἔως ἔτι ὁ σύδηρος ἐν ἀκμῇ, ἐνεργῷ χρήσασθαι τούτῳ βουλόμενος διεπεπράχει, ὡς εἰρήκει, μετὰ καιρόν στείλας γὰρ τὸν Γαβρῆν Κωνσταντίνον ἐξέπεμψεν αὐτῷ φιλοτιμήματα ἄλλα ἄττα συγχὰ καὶ παντοδαποὺς ὄπλισμούς.

⁶⁸ Ebd. 121,27–124,19.

⁶⁹ Zur Kaiserkritik in der byzantinischen Geschichtsschreibung s. Tinnefeld, Kategorien; Magdalino, Aspects.

⁷⁰ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 124,19–125,24: εἰρωνευόμενος δ’ ἔφασκε πρὸς τοὺς οἰκείους, ὃς ὅσῳ ἀν μείζω δράστεις Ρομαίους δεινά, τοσούτῳ μείζῳ ὑπὸ βασιλέως ἀγαθὰ πείσεται. „Ὥ γὰρ πάρεστι“ φησι „τὸ κρατεῖν, τούτῳ καὶ αἱ δωρεαὶ φιλοῦσιν ἐπιχειρεῖσθαι, ἵνα μὴ πλεῖστον ἢ τὸ νικᾶν, ἐπειδὴ καὶ τὰ φλεγμαίνοντα τῶν νοσημάτων τὰς νοσοκομίας ἐπισπῶνται πλείονας, ἵνα ἀντισπῶνται καὶ σταῖσιν τὰ πρόσω νεμόμενα“.

nicht nur seine intendierte Wirkung, sondern bewirkte gar das Gegenteil: Es wurde vom Sultan als Zeichen der Schwäche gedeutet.⁷¹

Das Scheitern der kaiserlichen Maßnahmen zur Festigung der Vereinbarungen macht Nikētas Chōniatēs also – wie bereits angemerkt – dadurch deutlich, dass er Ereignisse des Zeitraums von 1162 bis zum Beginn der 1170er Jahre zusammenzog bzw. stark raffte, ohne dass diese zeitliche Verdichtung dem Rezipienten seines Werkes deutlich würde. Unmittelbar nach der Rückkehr nach Konya/Ikonion habe Kılıç Arslan, den Nikētas an dieser Stelle als verschlagen (ἀπάτεων ὄν) charakterisiert, alle Zusagen „vergessen“, Sebasteia samt Umland verheert und alles unter seine Kontrolle gebracht.⁷² Anschließend schildert der Autor innertürkische Auseinandersetzungen, in denen sich Kılıç Arslan schließlich habe durchsetzen können.⁷³ Es folgt eine Beschreibung des (an einer körperlichen Missbildung leidenden) Sultans,⁷⁴ bevor sich Nikētas wieder Kılıç Arslans Einfällen auf byzantinisches Gebiet zuwendet – Einfällen, denen keine Kriegserklärung vorangegangen sei und die bestehende Verträge verletzt hätten.⁷⁵ Im Anschluss berichtet Nikētas erneut von innertürkischen Auseinandersetzungen, in denen Kılıç Arslan über den Emir von Melitene und seinen Bruder triumphiert habe. Beide seien nach Konstantinopel geflüchtet.⁷⁶ Nur an dieser späten Stelle gesteht Nikētas ein, dass sich dies später zugetragen habe.⁷⁷ Es folgt ein Bericht der weiteren türkisch-byzantinischen Auseinandersetzungen, der bis zu der unmittelbaren Vorge-

⁷¹ So auch *Beihammer*, Defection 638f.

⁷² Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 121,27–122,30.

⁷³ Ebd. 122,31–45. – Kılıç Arslan vertreibt seinen Schwager Dū 'n-Nūn (Dadunēs), nimmt Kaisareia ein und greift seinen Schwager Yağıbasan (Iagupasanēs) an, der zum Gegenschlag rüstet, jedoch stirbt (1164; vgl. Cahen, Turquie 40f.). Dū 'n-Nūn bemächtigt sich daraufhin Amaseias, wird jedoch von den Bewohnern vertrieben, die zudem Yağıbasans Witwe ermorden. Kılıç Arslan erobert Kappadokien und Amaseia (1171). – Kılıç Arslans Vormarsch wurde durch ein Einschreiten Nûr ad-Dîns (1172) jedoch aufgehalten und ein temporärer Ausgleich erzielt (vgl. Cahen, Turquie 42; Beihammer, Defection 639).

⁷⁴ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 122,45–54.

⁷⁵ Ebd. 122,54–123,62.

⁷⁶ Ebd. 123,62–67. – Kılıç Arslans Bruder Šâhânšâh flieht aus Galatien (1174) ebenso nach Konstantinopel wie der Emir Afrîdûn nach der Eroberung Melitenes (erst 1177!). – Darüber hinaus flüchtete sich auch Dū 'n-Nûn aus Sivas/Sebasteia (1175) an den Bosporus. – Zum mindest teilweise waren diese Ereignisse eine Folge des Todes Nûr ad-Dîns (15. Mai 1174), des Atabegs von Aleppo und Mosul, durch den Kılıç Arslans Widersacher im nördlichen Kleinasiens ihres Schutzherrn beraubt worden waren. ebenfalls; vgl. Cahen, Turquie 44; Beihammer, Defection 639).

⁷⁷ Nikētas Chōniatēs, Chronikē diēgēsis 123,68: Καὶ ταῦτα μὲν συμβέβηκεν ὕστεροι.

schichte des großen Feldzugs von 1176 gegen Konya/Ikonion heranreicht. Letzteren schildert Nikētas jedoch erst an viel späterer Stelle⁷⁸.

Divergierende Beurteilungen

Die Frage, inwiefern die Mechanismen zur Absicherung des geschlossenen Vertrages griffen oder scheiterten, beantworteten Ioānnēs Kinna-mos und Nikētas Chōniatēs folglich höchst unterschiedlich, indem sie teilweise dieselben Elemente der Zusammenkunft gegensätzlich deuteten. Die eigentlichen Ursachen des Scheiterns, des Bruchs des Vertrags, nennen beide Autoren dagegen nur ansatzweise. Denn sie lagen auf einer anderen Ebene, die mit dem Besuch des Sultans nichts zu tun hatte. Sie sollen daher abschließend nur summarisch angeführt werden.

Es war dies die zunehmende Isolation Manuēls im Westen, die den Kaiser höchstwahrscheinlich dazu animierte, im Osten eine den Kreuzfahrern sehr freundlich gesonnene Politik zu betreiben, um durch sie eben jene Isolation zu durchbrechen.⁷⁹ Zu denken ist aber insbesondere auch an den Tod Nūr ad-Dīns, des Atabegs von Mosul und Aleppo, durch den die dem Sultan feindlich gesonnenen kleinasiatischen Türken ihres Schutzherrn beraubt wurden und die sich – dem Druck Kılıç Arslans

⁷⁸ Ebd. 175,1–191,33.

⁷⁹ Am 12. März 1171 hatte Manuēl in einer von langer Hand geplanten Aktion den venezianischen Besitz konfiszieren und die Venezianer im Reich festnehmen lassen (*Dölger/Wirth*, Regesten Nr. 1500; vgl. dazu *Chalandon*, *Commène* 584–589; *Lilie*, Byzanz 200; *Lilie*, Handel 489–493; *Nicol*, *Byzantium* 97f.; *Georgi*, Friedrich Barbarossa 202 und 205 f.; *Magdalino*, *Empire* 93). Eine bereits einige Jahre zuvor eingeleitete Annäherung an Genua und Pisa, die Konkurrenten Venedigs, führte jedoch letztlich zu keinem greifbaren Ergebnis (vgl. *Lilie*, Byzanz 200 f.; *Lilie*, Handel 498–504 und 508 f.; *Georgi*, Friedrich Barbarossa 190–195). Im folgenden Jahr brach Manuēl zudem die Verhandlungen mit den Normannen Süditaliens über ein Ehebündnis ab, wohl in der Hoffnung auf ein Zusammengehen mit Friedrich I. Barbarossa (vgl. *Lilie*, Byzanz 200; *Lilie*, Handel 485–489; *Georgi*, Friedrich Barbarossa 202–205; *Magdalino*, *Empire* 92–94; *Oppi*, Friedrich Barbarossa 108 f.). Doch auch hier konnte der Kaiser keinen Erfolg verbuchen. Im Gegenteil näherte sich nun Friedrich selbst den Normannen an. Als 1175 auch noch ein normannisch-venezianisches Bündnis geschlossen wurde (vgl. *Lilie*, Byzanz 200 f.; *Lilie*, Handel 504–508; *Georgi*, Friedrich Barbarossa 239), fand sich Byzanz im Westen einer antibyzantinischen Front gegenüber, die zudem noch Einfluss auf die Kreuzfahrerherrschaften besaß. Manuēl versuchte in der Folge, diese Isolation mit Hilfe des Papsttums aufzubrechen, indem er Papst Alexander III. einen Kreuzzug gegen die Seldschuken Kılıç Arslans vorschlug. Denn eine Eroberung Konyas/Ikonions hätte die Landroute von Konstantinopel durch Kleinasien ins Heilige Land gesichert und zu einer Besserung der Lage der Kreuzfahrerherrschaften erheblich beigetragen (vgl. *Lilie*, Byzanz 201 f.; *Lilie*, Handel 497; *Magdalino*, *Empire* 96).

nicht mehr standhaltend – dazu gezwungen sahen, nach Konstantinopel zu fliehen.⁸⁰ Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, dass in den Grenzregionen islamische Glaubenskrieger ihrem „Handwerk“ nachgingen, über die der Sultan – wenn überhaupt – nur eingeschränkt Kontrolle auszuüben vermochte.⁸¹ Die daraus resultierende Festungsbautätigkeit Manuels wurde jedoch im Umkehrschluss vom Sultan als Bedrohung gesehen.⁸²

Es war dieses Konglomerat aus politischer Großwetterlage sowie Konflikten auf regionaler und lokaler Ebene, welches das Abkommen des Jahres 1161 schließlich zu Grabe tragen sollte; wenn auch erst gut zehn Jahre später, was wiederum – wenn man die byzantinisch-türkischen Beziehungen insgesamt betrachtet – kein allzu kurzer Zeitraum ist. Das Scheitern der 1161/1162 gefundenen Mechanismen zur Steigerung der Verbindlichkeit fand somit – im Fall des Nikētas Chōniatēs – primär auf literarischer, nur sekundär jedoch auf politischer Ebene statt.

Fazit

Der Besuch des türkischen Sultans Kılıç Arslan II. bei Kaiser Manuēl I. Komnēnos in Konstantinopel (1161/1162) fand zu einem Zeitpunkt statt, als beide Seiten bereits auf dem Gesandtschaftsweg Frieden geschlossen hatten. Das Treffen diente zur Absicherung dieses zuvor geschlossenen Vertrags. Anhand der beiden für das Ereignis maßgeblichen historiographischen Quellen – der so genannten *Epitomē* des Iōannēs Kinnamos sowie der *Chronikē diēgēsis* des Nikētas Chōniatēs – wurde im vorliegenden Beitrag untersucht, welche Mechanismen zum Zweck der Vertragsfestigung Anwendung fanden und ob ihnen Erfolg oder Misserfolg beschieden war. Diese Mechanismen der Absicherung bildeten die verschiedenen Bausteine bzw. Elemente, aus denen sich der Besuch zusammensetzte. Beide Autoren gehen zum Teil auf dieselben Bausteine ein: auf

⁸⁰ Vryonis, Decline 122; Magdalino, Empire 95.

⁸¹ Ebd. 36.

⁸² Manuēl ließ die niederliegenden Festungen Dorylaion und Sublaion wieder-aufbauen und die im Umland lebenden türkischen Nomaden vertreiben; vgl. etwa *Nikētas Chōniatēs*, Chronikē diēgēsis 176,49–177,90. – Magdalino, Empire 96 weist zu Recht darauf hin, dass Manuēl mit der Wiederrichtung der beiden Festungen seine bisherige Politik, lediglich die westkleinasiatische Ebene durch Festungen zu sichern, aufgab und stattdessen ins anatolische Hochland vorstieß. Zudem lagen Dorylaion und Sublaion an wichtigen Verkehrsrouten (vgl. Belke/Mersich, Phrygien 141–146 und 149–152). Mit ihrer Wiederrichtung schuf Manuēl somit die Grundlage für seinen späteren Feldzug gegen das seldschukische Zentrum Konya/Ikonion.

Empfang, feierlichen Festzug, Bankett und Pferderennen. Darüber hinaus finden sich jedoch auch Elemente, die nur in einer der beiden Quellen Erwähnung finden: so insbesondere Eidesleistungen und die Vergabe von Geschenken. Die Darstellung dieser einzelnen Bausteine bzw. Elemente nutzten die Autoren dazu, ihrer eigenen Bewertung der Geschehnisse Ausdruck zu verleihen. Dabei werden in beiden historiographischen Texten stark divergierende Tendenzen deutlich, die auf eine unterschiedliche Wertung des Ereignisses verweisen. Während Iōannēs Kinnamos in seiner Darstellung den Erfolg des Besuchs unterstreicht, nutzt Nikētas Chōniatēs seine Beschreibung dazu, den Misserfolg kaiserlichen Handels herauszuarbeiten. Diese gegensätzlichen Tendenzen werden auch anhand der Schilderung von Ereignissen deutlich, die sich zeitlich an den Besuch anschlossen. Während Iōannēs Kinnamos an dieser Stelle seines Werks eine Periode des Friedens zwischen Byzantinern und Türken beginnen lässt, verdichtet Nikētas Chōniatēs die Ereignisse der folgenden Jahre derart, dass Manuēls Politik gegenüber Kılıç Arslan als völliger Fehlschlag erscheinen muss. So diente die Schilderung des „Staatsbesuchs“ beiden Autoren dazu, Erfolg und Misserfolg der Türkopolitik Manuēls I. in ihrer Gesamtheit deutlich zu machen.

Quellen

Anna Komnēnē, Alexias. Annae Comnenae Alexias, rec. D. R. Reinsch/A. Kambylis (Corpus Fontium Historiae Byzantinae, 40,1), Berlin/New York 2001.

Bar Hebraeus, Chronik. Gregorii Barhebraei Chronicum Syriacum, ed. P. Bedjan, Paris 1890.

Eustathios von Thessaloniki, Logoi. Eustathii Thessalonicensis opera minora, magnam partem inedita, hrsg. von P. Wirth (Corpus Fontium Historiae Byzantinae, 32), Berlin/New York 2000.

Euthymios Malakēs, Logoi. Εὐθυμίου Τορνίκη Συγγραφαί, in: Noctes Petropolitanae. Сборникъ византійскихъ текстовъ XII–XIII вѣковъ, hrsg. von A. I. Papadopoulos-Kerameus, St. Petersburg 1913 (editionem phototypicam praefatione instruxit K. Treu [Subsidia Byzantina lucis ope iterata, 21]), Leipzig 1976, 103–187.

Grigor Erēc, Žamanakagrut’ iwn. Chronique de Grégoire le Prêtre, in: Recueil des Historiens des Croisades. Documents arméniens, publiée par les soins de l’Académie Impériale des Inscriptions et Belles-lettres, Bd. 1., Paris 1869, 152–201.

Ibn al-Aṭīr, Al-Kāmil. Al-Kāmil fi ’t-ta’rīḥ. Ibn el-Athiri Chronicum quod perfectissimum inscribitur, hrsg. von C. J. Tornberg, 14 Bde., Leiden/Uppsala 1851–1876 (ND Kairo 1956–1957).

Iōannēs Kinnamos, Epitomē. Ioannis Cinnami Epitome rerum ab Ioanne et Alexio Comnenis Gestarum, hrsg. von A. Meineke, Bonn 1836.

- Iōannēs Skylitzēs*, Synopsis historiōn. Ioannis Scylitzae Synopsis historiarum. Editio princeps, hrsg. von J. Thurn (Corpus Fontium Historiae Byzantinae, 5), Berlin/New York 1973.
- Kōnstantinos Porphyrogenētōs*, De ceremoniis. Constantini Porphyrogeniti imperatoris De ceremoniis aulae byzantinae libri duo, hrsg. von J. Reiske, Bonn 1839.
- Liudprandus Cremonensis*, Antapodosis. In: Liudprandi Cremonensis opera omnia, hrsg. von P. Chiesa (Corpus Christianorum Continuatio Mediaevalis, 156), Turnhout 1998, 1–150.
- Michael Syrus*, Chronik. Chronique de Michel le Syrien, patriarche jacobite d'Antioche (1166–1199), hrsg. von J.-B. Chabot, Paris 1904 (ND Brüssel 1963).
- Chronique arménienne. Extrait de la chronique de Michel le Syrien, in: Recueil des Historiens des Croisades. Documents arméniens, publiée par les soins de l'Académie Impériale des Inscriptions et Belles-lettres, Bd. 1., Paris 1869, 309–409.
- Nikēphoros*, Historia syntomos. Nikephoros, Patriarch of Constantinople, Short History, hrsg., übersetzt und kommentiert von C. Mango (Corpus Fontium Historiae Byzantinae, 13 = Dumbarton Oaks Texts, 10), Washington D.C. 1990.
- Nikētas Chōniatēs*, Chronikē diēgēsis. Nicetae Choniatae Historia, hrsg. von J. L. van Dieten (Corpus Fontium Historiae Byzantinae 11,1), Berlin/New York 1975.
- Scriptor incertus*. Introduzione di E. Pinto, testo critico, versione Italiana, note e indici a cura di F. Iadevaia, 2. Auflage, Messina 1997.
- Symeōn Magistros*, Chronikon. Symeonis Magistri et Logothetae Chronicōn, hrsg. von St. Wahlgren (Corpus Fontium Historiae Byzantinae, 44,1), Berlin/New York 2006.
- Wilhelm von Tyrus*, Historia. Guillaume de Tyr, Chronique, hrsg. von R. B. C. Huygens, 2 Bde. (Corpus Christianorum Continuatio Mediaevalis, 63), Turnhout 1986.
- Yovhannēs Drasxanakert'i*, Patmut'iwn. Ioannes Draschanacertensis Historia Armeniae (786–925 A.D.), textum armenicum cum versione georgica, hrsg. von E. V. Zagareišvili, Tiflis 1965.

Literatur

- Althoff*, Gerd, Der friedens-, bündnis- und gemeinschaftsstiftende Charakter des Mahles im früheren Mittelalter, in: Essen und Trinken in Mittelalter und Neuzeit, hrsg. v. Irmgard Bitsch/Trude Ehlert/Xenja von Ertzdorff, Sigmaringen 1987, 13–25.
- Anca*, Alexandru Štefan, Ehrerweisung durch Geschenke in der Komnenenzeit: Gewohnheiten und Regeln des herrscherlichen Schenkens, in: Mitteilungen zur Spätantiken Archäologie und Byzantinischen Kunstgeschichte 4 (2005) 185–194.
- Herrschaftliche Repräsentation und kaiserliches Selbstverständnis. Berührungen der westlichen mit der byzantinischen Welt in der Zeit der ersten Kreuzzüge

- (Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme, Schriftenreihe des SFB 496, 31), Münster 2010.
- Angold, Michael, The Byzantine Empire, 1025–1204. A Political History, London/New York* 1997.
- Beihammer, Alexander D., Defection across the Border of Islam and Christianity: Apostasy and Cross-Cultural Interaction in Byzantine-Seljuk Relation, in: Speculum* 86 (2011) 597–651.
- Belke, Klaus/Mersich, Norbert, Phrygien und Pisidien (Tabula Imperii Byzantini, 7 = Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Denkschriften, 211), Wien* 1990.
- Berger, Albrecht, Untersuchungen zu den Patria Konstantinopoleos (Ποικίλα βυζαντινά, 8), Bonn* 1988.
- Brand, Charles M., Deeds of John and Manuel Comnenus by John Kinnamos (Records of Civilization: Sources and Studies, 95), New York* 1976.
- Cahen, Claude, La Turquie Pré-Ottomane (Varia Turcica, 7), Istanbul/Paris* 1988.
- Cameron, Alan, Circus Factions: Blues and Greens at Rome and Byzantium, Oxford* 1976.
- Chalandon, Ferdinand, Les Comnène. Études sur l'Empire byzantin au XI^e et au XII^e siècles 2: Jean II Comnène (1118–1143) et Manuel I Comnène (1143–1180), Paris* 1912 (ND New York 1971).
- van Dieten, Jan-Louis, Niketas Choniates. Erläuterungen zu den Reden und Briefen nebst einer Biographie (Supplementa Byzantina, 2), Berlin/New York* 1971.
- Dölger, Franz, Regesten der Kaiserurkunden des oströmischen Reiches von 565–1453, 2. Teil: Regesten von 1025–1204. Zweite, erweiterte und verbesserte Auflage, bearbeitet von Peter Wirth (Corpus der griechischen Urkunden des Mittelalters und der neueren Zeit, Reihe A: Regesten, Abt. 1: Regesten der Kaiserurkunden des oströmischen Reiches), München* 1995.
- Dölger, Franz/Karayannopoulos, Johannes, Byzantinische Urkundenlehre. Erster Abschnitt: Die Kaiserurkunden (Byzantinisches Handbuch im Rahmen des Handbuchs der Altertumswissenschaft, 3,1,1), München* 1968.
- Georgi, Wolfgang, Friedrich Barbarossa und die auswärtigen Mächte. Studien zur Außenpolitik 1159–1180 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 442), Frankfurt am Main u. a.* 1990.
- Grünbart, Michael (Hrsg.), Geschenke erhalten die Freundschaft. Gabenaustausch und Netzwerkspflege im europäischen Mittelalter. Akten des Internationalen Kolloquiums Münster, 19.–20. November 2009 (Byzantinistische Studien und Texte, 1), Berlin/Münster* 2011.
- Guilland, Rodolphe, Études sur l'Hippodrome de Byzance: Les courses de l'Hippodrome, in: Byzantinoslavica* 27 (1966) 26–40.
- Études de topographie de Constantinople byzantin, 2 Bde. (Berliner Byzantinistische Arbeiten, 37), Amsterdam 1969.

Hohlweg, Armin, Beiträge zur Verwaltungsgeschichte des oströmischen Reiches unter den Komnenen (Miscellanea Byzantina Monacensis, 1), München 1965.

Howard-Johnston, James, Historical Writing in Byzantium (Kieler Felix-Jacoby-Vorlesungen, 1), Heidelberg 2014.

Hunger, Herbert, Die hochsprachliche profane Literatur der Byzantiner. Erster Band: Philosophie, Rhetorik, Epistolographie, Geschichtsschreibung, Geographie (Byzantinisches Handbuch im Rahmen des Handbuchs der Altertumswissenschaft, 5,1), München 1978.

– Reditus Imperatoris. In: Prinzing, Günter/Simon, Dieter (Hgg.), Fest und Alltag in Byzanz, München 1990, 17–35.

Karayannopoulos, Johannes/Weiss, Günter, Quellenkunde zur Geschichte von Byzanz (324–1453) (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa, 14), Wiesbaden 1982.

Karpozēlos, Βυζαντινοί ιστορικοί και χρονογράφοι, 3 (11^{ος}–12^{ος} αι.), Athen 2009.

Kolb, Werner, Herrscherbegegnungen im Mittelalter (Europäische Hochschulschriften, 3, 359), Bern u. a. 1988.

Korobeinikov, Dimitri, A Sultan in Constantinople: The Feasts of Ghiyāth al-Dīn Kay-Khusraw, in: Eat, Drink, and Be Merry (Luke 12:19) – Food and Wine in Byzantium. Papers of the 37th Annual Spring Symposium of Byzantine Studies, in Honour of Professor A. A. M. Bryer (Society for the Promotion of Byzantine Studies, Publications, 13), hrsg. v. Leslie Brubaker/Kallirroe Linardou, Aldershot/Burlington 2007, 93–108.

Krumbacher, Karl, Geschichte der byzantinischen Litteratur von Justinian bis zum Ende des oströmischen Reiches (527–1453) (Handbuch der klassischen Altertums-Wissenschaft, 9,1), München 1891.

Kukulēs, Phaidōn, Βυζαντινών βίος και πολιτισμός, 6 Bde., Athen 1948–1955.

Lamma, Paolo, Comneni e Staufer. Richerche sui rapporti fra Bisanzio e l'occidente nel secolo XII (Istituto Storico Italiano per il Medio Evo, Studi Storici, Fasc. 14–18 und 22–25), 2 Bde., Rom 1955–1957.

Lemerle, Paul, „Roga“ et rente d'état aux X^e–XI^e siècles, in: Revues des Études Byzantines 25 (1967) 77–100.

Lilie, Ralph-Johannes, Byzanz und die Kreuzfahrerstaaten. Studien zur Politik des Byzantinischen Reiches gegenüber den Staaten der Kreuzfahrer in Syrien und Palästina bis zum Vierten Kreuzzug (1096–1204) (Ποικίλα βυζαντινά, 1), München 1981.

– Handel und Politik zwischen dem byzantinischen Reich und den italienischen Kommunen Venedig, Pisa und Genua in der Epoche der Komnenen und Angeloi (1081–1204), Amsterdam 1981.

Ljubarskij, Jakov, John Kinnamos as a Writer, in: ΠΟΛΥΠΛΕΥΡΟΣ ΝΟΥΣ: Miscellanea für Peter Schreiner zu seinem 60. Geburtstag, hrsg. v. Cordula Scholz/Georgios Makris, (Byzantinisches Archiv, 19), München/Leipzig 2000, 164–173.

- Lounghis*, T. C., *Les ambassades byzantines en occident depuis la fondation des états barbares jusqu' aux croisades (407–1096)*, Athen 1980.
- Magdalino*, Paul, Aspects of Twelfth-Century Byzantine „Kaiserkritik“. In: *Speculum* 58 (1983) 326–346.
- The Empire of Manuel I Komnenos, 1143–1180, Cambridge 1993.
- Malmberg*, Simon, Dazzling Dining: Banquets as an Expression of Imperial Legitimacy, in: Eat, Drink, and Be Merry (Luke 12:19) – Food and Wine in Byzantium. Papers of the 37th Annual Spring Symposium of Byzantine Studies in Honour of Prof. A. A. M. Bryer, hrsg. v. Leslie Bruebaker/Kallirroe Linardou, (Publications of the Society for the Promotion of Byzantine Studies. Publications, 13), Aldershot 2007, 75–91.
- Mauss*, Marcel, *Essai sur le don*, Paris 1950 (dt. Übersetzung: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt am Main 1990).
- Mayer*, Hans Eberhard, *Varia Antiochena. Studien zum Kreuzfahrerfürstentum Antiochia im 12. und frühen 13. Jahrhundert* (MGH, Studien und Texte, 6), Hanover 1993.
- McCormick*, Michael, *Eternal Victory. Triumphal Rulership in Late Antiquity, Byzantium, and the Early Medieval West*, Cambridge u. a. 1986.
- Moravcsik*, Gyula, *Byzantinoturcica I. Die byzantinischen Quellen der Geschichte der Türkvölker*, 3. Auflage, Leiden 1983.
- Müller-Wiener*, Wolfgang, *Bildlexikon zur Topographie Istanbuls. Byzantion – Konstantinopolis – Istanbul bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts*, Tübingen 1977.
- Nerlich*, Daniel, *Diplomatische Gesandtschaften zwischen Ost- und Westkaisern 756–1002 (Geist und Werk der Zeiten, 92)*, Bern u. a. 1999.
- Nicol*, Donald M., *Byzantium and Venice. A Study in Diplomatic and Cultural Relations*, Cambridge u. a. 1988.
- ODB. The Oxford Dictionary of Byzantium, hrsg. von Alexander P. Kazhdan u. a., New York/Oxford 1991.
- Opll*, Ferdinand, *Friedrich Barbarossa*, Darmstadt *2009.
- Prinzing*, Günter, Zum Austausch diplomatischer Geschenke zwischen Byzanz und seinen Nachbarn in Ostmittel- und Südosteuropa, in: *Mitteilungen zur Spätantiken Archäologie und Byzantinischen Kunstgeschichte* 4 (2005), 139–171.
- Reinsch*, Diether Roderich, Die Kultur des Schenkens in den Texten der Komnenazeit, in: *Mitteilungen zur Spätantiken Archäologie und Byzantinischen Kunstgeschichte* 4 (2005), 173–183.
- Rosenblum*, J., Jean Kinnamos, *Chronique* (Publications de la Faculté des Lettres et des Sciences Humaines de Nice, 10), Paris 1972.

- Schreiner*, Peter, Diplomatische Geschenke zwischen Byzanz und dem Westen ca. 800–1200: eine Analyse der Texte mit Quellenanhang, in: Dumbarton Oaks Papers 58 (2004), 252–282.
- Schwedler*, Gerald, Herrschertreffen des Spätmittelalters. Formen – Rituale – Wirkungen (Mittelalter-Forschungen, 21), Ostfildern 2008.
- Simpson*, Alicia, Before and After 1204: The Versions of Niketas Choniates' *Historia*, in: Dumbarton Oaks Papers 60 (2006), 189–221.
- Niketas Choniates. A Historiographical Study, Oxford 2013.
- Simpson*, Alicia/*Ethymiadis*, Stephanos (Hgg.), Niketas Choniates. A Historian and a Writer, Genf 2009.
- Tinnefeld*, Franz Hermann, Kategorien der Kaiserkritik in der byzantinischen Historiographie von Prokop bis Niketas Choniates, München 1971.
- Treadgold*, Warren, The Middle Byzantine Historians, London 2013.
- Treitinger*, Otto, Die oströmische Kaiser- und Reichsidee nach ihrer Gestaltung im höfischen Zeremoniell, Jena 1938 (zit. nach ND Darmstadt 1956).
- Unruh*, Frank, Unsichtbare Mauern der Kaiserpaläste: Hofzeremonien in Rom und Byzanz, in: Palatia: Kaiserpaläste in Konstantinopel, Ravenna und Trier, hrsg. v. Eugenia Bolognesi Recchi-Franceschini/Ellen Riemer/Margarethe König (Schriftenreihe des Rheinischen Landesmuseums Trier, 27), Trier 2003, 33–48.
- Vizantijski izvori. Византијски извори за историју народа Југославије, Bd. 4, hrsg. von *Ostrogorski*, Georg/*Barišić*, Franjo (Византолошки Институт Српске Академије наука и уметности, Посебна издања, 12), Belgrad 1971.
- Voss*, Ingrid, Herrschertreffen im frühen und hohen Mittelalter: Untersuchungen zu den Begegnungen der ostfränkischen und westfränkischen Herrscher im 9. und 10. Jahrhundert sowie der deutschen und französischen Könige im 11.–13. Jahrhundert (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, 26), Köln/Wien 1987.
- Vryonis*, Speros, The Decline of Medieval Hellenism in Asia Minor and the Process of Islamization from the Eleventh through the Fifteenth Century (Publications of the Center for Medieval and Renaissance Studies, UCLA, 4), Berkeley/Los Angeles/London 1971.
- Vučetić*, Martin Marko, Emperor John II's Encounters with Foreign Rulers, in: John II Komnenos, Emperor of Byzantium: In the Shadow of Father and Son, hrsg. v. Alessandra Bucossi/Alex Rodriguez Suarez (Centre for Hellenic Studies, King's College London, Publications, 17), London/New York 2016, 71–90.

Fides Graecorum et Venetorum.
**Absicherung und Nichterfüllung vertraglicher
Bestimmungen als Faktor in den venezianisch-griechischen
Beziehungen des 13. bis 15. Jahrhunderts**

Von *Sebastian Kolditz*

Im Laufe seiner viele Jahrhunderte umfassenden Geschichte ist das Byzantinische Reich ohne Zweifel zahlreiche vertragliche Vereinbarungen mit anderen Mächten, vor allem mit seinen Nachbarn im Norden, Westen und Osten eingegangen.¹ Nur wenige davon sind freilich im Wortlaut oder gar in urkundlicher Form überliefert.² Aussagen zur byzantinischen Praxis des diplomatischen Vertragsschlusses ruhen also stets auf einer schmalen und prekären Quellengrundlage, besonders wenn sie auf allgemeine Verfahren oder Regeln zielen.³ Gleichwohl haben es Franz Dölger und Johannes Karayannopoulos in ihrer Urkundenlehre unternommen, gewisse regelhafte Grundzüge byzantinischer Vertragsurkunden herauszuarbeiten.⁴ Sie erkannten dabei eine wesentliche Veränderung in der Form der Verträge um die Mitte des 13. Jahrhunderts: Habe es sich in den Jahrhunderten zuvor stets um privilegiale Gnadenerweise der Kaiser gegenüber ihren Vertragspartnern gehandelt (vor allem gegenüber

¹ Eine systematische Zusammenstellung von Verträgen mit byzantinischer Beteiligung ist mir nicht bekannt; vgl. aber die Vielfalt der von *Miller*, *Byzantine Treaties*, passim herangezogenen Beispiele.

² Nach *Dölger/Karayannopoulos*, Urkundenlehre, 94 setzt die handschriftliche Überlieferung von Vertragstexten überhaupt erst im 10. Jahrhundert ein (Verträge mit den Rus' und älteste Privilegierung der Venezianer), während Originalurkunden wiederum erst ab dem späten 13. Jahrhundert überliefert sind (Pisa, Genua).

³ Ein „byzantinisches Vertragsschließungsverfahren“ hatte *Heinemeyer*, Studien, 400–407, gestützt auf Verhandlungen zwischen Byzantinern und dem westlichen Kaisertum postuliert und dann in Verhandlungen mit den Seestädten im 12. Jahrhundert wiedererkannt (vgl. *Ders.*, Verträge, 161). Dabei sei den bevollmächtigten Gesandten einer Seite (nicht Unterhändlern beider Seiten) die Kompetenz zum Vertragsschluss mit dem Herrscher der anderen Seite zugekommen, der Vertrag aber erst mit der Ratifikation in Kraft getreten; daran anschließend *Nerlich*, Gesandtschaften, 175–187. Zum Vertragsschluss auch *Miller*, *Byzantine Treaties*, 71–76.

⁴ Vgl. *Dölger/Karayannopoulos*, Urkundenlehre, 94–105.

Partnern aus der lateinischen Welt), die im inneren und äußerem Formular dem Urkudentyp des Chrysobullos Logos entsprachen und stets in Konstantinopel abgeschlossen worden seien,⁵ so zeige sich in der Spätzeit eine Hinwendung zum symbolischen Ausdruck der Gleichberechtigung beider Vertragspartner. Diese Betonung der Zweiseitigkeit setzt nach Dölger und Karayannopoulos mit dem 1261 in Nymphaion geschlossenen Vertrag Michaels VIII. mit den Genuesen im Vorfeld der Rückerobierung Konstantinopels ein.⁶

Mehr noch als Genua spielte freilich die selbst aus dem Reichsgefüge hervorgegangene Republik Venedig eine herausragende Rolle in den Außenbeziehungen der Byzantiner.⁷ Vom 9. bis zum späten 11. Jahrhundert war Venedig allmählich in die Rolle des wichtigsten strategischen Partners der rhomäischen Kaiser im unruhigen Adria-Raum hineingewachsen. Im Gegenzug hatten die venezianischen Kaufleute ihre Position in Konstantinopel festigen und im Verlauf des 12. Jahrhunderts – nicht ohne temporäre Rückschläge – weiter ausbauen können.⁸ Die Eckpfeiler dieser ambivalenten Symbiose bilden einige oft nur in problembehafteter Textgestalt überlieferte venezianisch-byzantinische Verträge,⁹ die sich seit langem großer Aufmerksamkeit in der Forschung erfreuen¹⁰ und hier

⁵ Dölger/Karayannopoulos, Urkundenlehre, 95 f. Hingegen hebt *Oikonomides*, Treaties, 2111 besonders hervor, dass Byzanz auch im frühen und hohen Mittelalter bereits streng zweiseitige Verträge mit dem Perserreich, dem Kalifat und den bulgarischen Herrschern abschlossen habe, während der gratiale Modus primär die lateinischen Seerepubliken betreffe.

⁶ Dölger/Karayannopoulos, Urkundenlehre, 99 f. Zum Vertrag von Nymphaion vgl. die Edition des lateinischen Textes bei *Manfroni*, Le relazioni, 791–809, sowie *Geanakoplos*, Emperor Michael Palaeologus, 87–91; *Origone*, Bisanzio e Genova, 118–122, und zuletzt *Hilsdale*, Imperial Image, bes. 157–160.

⁷ Grundlegend zur Geschichte des Verhältnisses beider Seiten ist *Nicol*, Byzantium and Venice; siehe auch die kompakte Darstellung von *Ravegnani*, Bisanzio e Venezia. Zur venezianischen Geschichte im Mittelalter gibt es selbstverständlich zahlreiche Überblicksdarstellungen, hervorgehoben seien hier die klassische Monographie von *Lane*, Seerepublik Venedig, sowie *Doumerc*, Venise et son empire.

⁸ Zur wechselhaften Geschichte der Beziehungen in der Komnenenzeit siehe umfassend *Lilie*, Handel und Politik; *Nicol*, Byzantium and Venice, 50–123; *Borsari*, Il commercio veneziano, passim. Zur institutionellen Verankerung der Republik in Konstantinopel jüngst *Jacoby*, Expansion, 74–83. Zu Manuels I. Maßnahmen gegen venezianische Kaufleute in Byzanz im März 1171 und ihren Folgen vgl. insbesondere *Madden*, Venice and Constantinople, 171 f., *Borsari*, Il commercio veneziano, 1004–1007; *Ravegnani*, Bisanzio e Venezia, 87–92.

⁹ Siehe *Pozza/Ravegnani*, 992–1198.

¹⁰ Zum Inhalt grundlegend: *Lilie*, Handel und Politik, 1–49; zum Procedere *Heinemeyer*, Verträge; zum frühesten bekannten Privileg von 992 vgl. *Koder*, Sigillonia, 40–44. Um die Frage der korrekten Datierung des nur als Insert in lateinischer Sprache mit den Datierungselementen AM 6600 (= 1092) und 5. Indiktion (= 1082)

daher nicht erneut betrachtet werden sollen. Begleitet wurde diese Entwicklung freilich vom Aufblühen der Stereotypen gegenseitigen Misstrauens zwischen Griechen und Lateinern,¹¹ die sich nicht zuletzt auch in den Deutungen traumatischer Zäsuren der venezianisch-byzantinischen Beziehungen, wie der Ereignisse von 1171 und 1204, niederschlugen.¹²

Nach der Wiedererrichtung der byzantinischen Herrschaft über Konstantinopel setzt bereits 1265 mit einem von Michael VIII. Palaiologos ausgestellten, vom Dogen jedoch nicht ratifizierten *pactum* erneut eine Serie byzantinisch-venezianischer Verträge ein, die bis zur letzten Erneuerung der gegenseitigen Rechtsbeziehungen im Jahre 1448 die beachtliche Gesamtzahl von 23 regulären Vertragsschlüssen erreicht.¹³ Lediglich in zwei Fällen, 1376 und 1412, ist dabei keine Fassung des Vertragstextes erhalten,¹⁴ während nicht selten sowohl der griechische als auch der la-

überlieferten Chrysobulls Alexios' I. rankt sich eine umfangreiche Debatte: während die Editionen (TT I, Nr. XXIII; *Pozza/Ravegnani*, 992–1198, 35–45) auf 1082 datieren (so auch Borsari und *Lilie*, Handel und Politik, 8), ist auch für 1084 und 1092 plädiert worden: zu den älteren Positionierungen (außer Borsari) vgl. *Tüma*, *Dating*, 171–177; verstärkte Argumente für 1082 bei *Madden*, Chrysobull, bes. 37–40, und *Jacoby*, Chrysobull; für 1092 plädiert (u. a. mit Bezug auf die Türken) *Frankopan*, Trade Privileges, 140–160. Zu den Inhalten der Privilegien für italienische Seestädte vor 1204 zuletzt systematisch *Penna*, Imperial Acts.

¹¹ Die Literatur zur Ausprägung dieser Wahrnehmungsmuster ist zahlreich, verwiesen sei hier nur auf *Kindlimann*, Eroberung; *Ebels-Hoving*, Byzantium (darin 27–31 zu Venedig), sowie *Hunger*, Graeculus.

¹² Dass sich teils offen, teils sehr maßvoll artikulierte negative Züge im Byzanz- und Griechenbild der venezianischen Quellen gerade mit der Deutung der Arrestierung aller Venezianer in Byzanz 1171 verbinden, hat *Perluga*, L'impero bizantino, 18–22, 26–28, im Kontext seiner profunden Untersuchung dieser Wahrnehmungsmuster gezeigt. Zum Fortleben dieser Deutung im 14. Jahrhundert bei Andrea Dandolo siehe *Thiriet*, Byzance, 11. Zur Wirkung des Vierten Kreuzzuges und der Eroberung Konstantinopels 1204 im byzantinischen kollektiven Gedächtnis siehe *Külzer*, Eroberung. Die zeitgenössische venezianische Perspektive auf 1204 scheint sich vor allem durch das Fehlen eines konsistenten Narrativs auszuzeichnen, siehe *Madden*, Venetian Version, 313.

¹³ Für eine Übersicht über die einzelnen Verträge siehe die Tabelle im Anhang, aus der auch die unterschiedlichen Überlieferungssituationen der einzelnen *pacta* hervorgehen.

¹⁴ Vgl. *Dölger*, Regesten, V, 63, Nr. 3150; 98, Nr. 3333; zu 1412 vgl. *Predelli*, Commemorali, III, 361, Nr. 161; zu 1376 existiert kein Eintrag in den Libri Commemorali, doch ist das Zustandekommen dieser Treugua indirekt belegt, so durch Instruktionen für den Gesandten Andrea Bembo 1389: Archivio di Stato di Venezia, Senato, Deliberazioni miste 41, fol. 23v: *post ultimas treugas firmatas 1376*. Siehe auch *Chrysostomides*, Studies on the Chronicle, 153; allerdings bietet der Text der Caroldo-Chronik nach der von Chrysostomides als zuverlässig eingestuften Fassung keinen Beleg für die Verlängerung der Treugua (vgl. ebd., 167f.).

teinische Text existieren. Diese Situation resultiert vor allem aus der Gestalt der im venezianischen Archiv überlieferten Originalverträge, die zwar bis in die letzten Jahrzehnte der Palaiologenherrschaft hinein als kaiserliche Urkunden ausgestellt wurden, aber dennoch seit 1324 den zweiseitigen Charakter der Vereinbarungen visuell durch die Anordnung des griechischen und des lateinischen Vertragstextes in zwei Spalten nebeneinander zum Ausdruck brachten.¹⁵ Dabei wurden zunächst in der Regel beide Spalten von Personen aus der Umgebung des Kaisers in Konstantinopel geschrieben;¹⁶ ab 1406 oblag die Niederschrift der lateinischen Fassung dann jedoch stets einem venezianischen Notar im Dienste des Bailo,¹⁷ beginnend mit dem berühmten Humanisten Guarino Guarini.¹⁸ Aufgrund dieser singulären Überlieferungssituation bilden die Verträge mit Venedig die wichtigste Basis für die diplomatische Analyse spätbyzantinischer Vertragsurkunden überhaupt.¹⁹ Zugleich kann die eindrucksvolle Serie jedoch auch als Indiz für die nachhaltige Verdichtung der venezianisch-byzantinischen Beziehungen im Spätmittelalter gewertet werden, deren zahlreiche Facetten sich seit dem 14. Jahrhundert auch in den Verhandlungsprotokollen des venezianischen Senats

¹⁵ Vgl. Dölger/Karayannopoulos, Urkundenlehre, 100. Gleichwohl handelte es sich im Formular in der Regel um eine vom Kaiser ausgestellte und von ihm oft breit unter beiden Spalten unterschriebene Urkunde.

¹⁶ Die Notare bzw. Schreiber der Verträge und ihre Stellung verdienen mehr Aufmerksamkeit. Beobachtungen dazu in Kolditz, Cultural Brokers, 214, Anm. 169/170. Zu den Strukturen der Kaiserkanzlei in der Palaiologenzeit vgl. Oikonomidès, La chancellerie, 168–173; zum Wirken von Übersetzern in der Kaiserkanzlei im 13. Jahrhundert siehe Pieralli, La corrispondenza, 81–106.

¹⁷ Zum Personal des venezianischen Bailo in Konstantinopel vgl. Maltezou, Ο θεσμός, 81–83 (sehr knapp).

¹⁸ Vgl. MM III, 153: *Ego Guarinus de Guarinis de Verona, imperiali autoritate notarius et canzillarius prefati domini ambassadoris et curie Venetorum in Constantinopoli;* zu Guarinos Studienaufenthalt am Bosporus vgl. Sabbadini, La scuola, 10–16. Zum venezianischen Gesandten und Bailo (1404/06) Paolo Zane siehe Girgensohn, Kirche, II, 1022f; Ganchou, Les ultimae voluntates, 252; Kolditz, Cultural Brokers, 199f. 1423 wirkte der spätere Kuriendiplomat und Bischof Cristoforo Garatone als Schreiber der lateinischen Fassung (siehe MM III, 172), 1431 ein Niccolò de' Martinocci da Fano (siehe MM III, 185).

¹⁹ Vgl. die Belegsituation in den Fußnoten bei Dölger/Karayannopoulos, Urkundenlehre, 100–104. Da die Beziehungen der Palaiologenkaiser zu Genua nicht auf der Basis befristeter Treugueae beruhten und zudem die Kolonie von Pera als eigenständiger Verhandlungspartner auftreten konnte, hat sich in Genua keine vergleichbare Urkundenserie ausbilden können. Die stets nur in lateinischer Fassung überlieferten insgesamt sieben Vertragsurkunden ab 1261 verteilen sich in Genua wesentlich ungleichmäßiger und in großer Formenvielfalt, vgl. Origone, Bisanzio e Genova, 220–248, bes. 221f., sowie 282–288.

(Consiglio dei Pregadi) und weiteren Archivdokumenten spiegeln.²⁰ Gleichwohl stehen die diversen dokumentarischen Hauptzeugnisse der Kontakte zwischen Kaiserreich und Serenissima während der Palaiologenzeit, vor allem aber die Verträge, in der Forschung noch immer deutlich im Schatten ihrer hochmittelalterlichen Vorläufer.²¹

Im Folgenden sollen nun einige Aspekte dieser Vertragsserie genauer in den Blick genommen werden. Dabei ist vor allem nach den Voraussetzungen für Vertrauen zwischen den Vertragspartnern, nach Mechanismen der Absicherung von Vertragstreue sowie nach den Folgen der partiellen Nichterfüllung vertraglicher Bestimmungen für die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu fragen. Es versteht sich, dass das somit umrissene Feld im knappen Rahmen dieses Beitrages nicht vollständig ausgeleuchtet werden kann.

Offiziell handelte es sich bei den venezianisch-byzantinischen Verträgen der Spätzeit weder um Bündnisse noch um Handelskonzessionen,²² sondern um temporäre Friedensschlüsse bzw. Waffenstillstände, die bis

²⁰ Das für die ost-westlichen Beziehungen relevante Material aus den Beständen des Senats sowie einigen weiteren venezianischen Registerserien ist in verschiedenen Editionen und Regesten gründlich aufbereitet worden, auch wenn nach wie vor nicht von absoluter Vollständigkeit der Erfassung ausgegangen werden kann. Siehe insbesondere *Thiriet*, *Régestes* sowie für den Großen Rat und weitere Gremien *Thiriet*, *Délibérations* des assemblées. Für weite Zeiträume des 14. Jahrhunderts kann nun bereits auf die vollständige Edition von Registern der Senatsverhandlungen zurückgegriffen werden: *Venezia – Senato. Deliberazioni miste*, hrsg. v. Maria Francesca Tiepolo/François-Xavier Leduc u. a., Venedig 2004–2016 (bisher 16 Bde. für die Zeiträume 1333–1354, 1357–1361 und 1363–1375). Für frühere Jahre sind nur Fragmente (1300–1303) und Rubriken (1293–1332) überliefert, ediert bei *Cessi/Sambin*, *Le deliberazioni*; dazu Regesten der Register 15 und 16 bei *Cessi/Brunetti*, *Le deliberazioni*. Für das 15. Jahrhundert sind zudem wesentliche Auszüge aus den Senatsprotokollen zum byzantinischen Bereich in Sammelwerken (bes. durch Konstantinos Sahas und Nicolae Iorga) ediert oder paraphrasiert worden.

²¹ Jeder Vertrag wird *suo loco* berücksichtigt bei *Nicol*, *Byzantium and Venice*, jedoch findet dort keine systematische Auswertung statt; ebensowenig im Aufsatz von *Sokolov*, *Venecija*, hier 80–95, der den Ereignissen bis 1328 folgt. Zur systematischen inhaltlichen Analyse eines Teils der Vertragsinhalte siehe allein *Chrysostomides*, *Venetian Commercial Privileges*; zu Fragen der gegenseitigen Bezeichnungsweisen sei zudem verwiesen auf *Skokow*, *Griechenbild*.

²² Für die früheren Jahrhunderte hat *Miller*, *Byzantine Treaties*, 58, betont „that the Empire did not negotiate ‚commercial‘, ‚political‘ or ‚peace‘ treaties, or indeed any treaties at all in separate, exclusive categories.“ Auch wenn die byzantinisch-venezianischen Verträge der Palaiologenzeit ebenfalls diverse inhaltliche Elemente miteinander verbinden, gehören sie doch unzweideutig zur Kategorie temporärer Friedensschlüsse; die Verträge Venedigs mit Trapezunt waren hingegen kommerzieller Natur, vgl. *Tzavara*, I trattati, 74–80.

zuletzt lateinisch als *tre(u)g(u)a*, griechisch als τρέβα(ι) bezeichnet wurden.²³ In dieser inhaltlichen, nicht urkundentypologischen Terminologie²⁴ spiegelt sich zunächst die Ausgangslage militärischer Gegnerschaft nach der griechischen Rückgewinnung Konstantinopels im Jahre 1261 und der damit einhergehenden Vertreibung der Venezianer. Freilich zeigte sich Kaiser Michael VIII. Palaiologos schon bald bemüht, die konfrontative Konstellation zu überwinden, nicht zuletzt, um sich aus der einseitigen, für seine Außenpolitik belastenden Bindung an die Genuesen seit dem Vertrag von Nymphaion zu lösen.²⁵ Vor diesem Hintergrund ist das vertragsartige Chrysobull²⁶ des Kaisers für die Venezianer aus dem Jahre

²³ Die griechischen Termini für Vertrag (σπονδαί, συνθῆκαι, vgl. Miller, Byzantine Treaties, 57) spielen in den Vereinbarungen mit Venedig keine entscheidende Rolle. Der Ausdruck συνθῆκαι kann, wie andere Termini auch, für einzelne Vereinbarungen innerhalb eines Vertrages gebraucht werden, so 1357: MM III, 122: μετὰ πάντων καὶ ἕκαστων κεφαλαίων, τρόπων τε καὶ συνθηκῶν καὶ συμφωνῶν καὶ δηλοποίησεων [...] τῶν ἐν αὐτᾶς [sc. in den früheren Treuguea] ἐμπειριελημμένων. In den griechischen Vertragstexten seit 1390 wird συνθῆκαι zwar gleichsam synonym zu τρέβαι gebraucht, jedoch nur einmal bei der Charakterisierung der Vollmacht der venezianischen Unterhändler: τρακτάσαι, ποιῆσαι, βεβαιοῦν καὶ πληροῦν τρέβας καὶ συνθήκας τὰς κατωτέρω γραφομένας, vgl. zuerst den Vertrag von 1390 (MM III, 135). Von einer eigentlichen Urkundenbezeichnung kann also kaum gesprochen werden.

²⁴ Vom Charakter des Vertrages als Treugua zu unterscheiden ist die Bezeichnung der zwischen beiden Seiten ausgetauschten beiderseitigen Urkunden, etwa als *instrumentum sacramentale* [...] *aurea bulla munitum* (1285: Pozza/Ravegnani, I trattati, 136) oder als *sacramentale grisobolum* (1302: DVL I, 13) in lateinischen Texten oder äquivalent als ὄρκωμοτικὸν (χρυσόβουλλον), so 1324 (MM III, 100), 1332 (MM III, 105), wodurch die eidliche Bindung besonders unterstrichen wird; siehe auch Dölger, Vertrag, 240f. Hingegen setzt sich im 1342 durch einen venezianischen Notar erstellten Vertrag der notarielle Terminus (*publica*) *instrumenta* durch, der als συμβόλαια (MM III, 114; DVL I, 259, Nr. 132), oder δημόσια γράμματα (so etwa MM III, 119, zu 1349) übersetzt wird und bis 1363 (*duo consona instrumenta publica*, DVL II, 91, Nr. 53) begegnet. Ab 1370 werden auch die Vertragsurkunden in der Beurkundungsverfügung nur noch als *presentes treugas* (DVL II, 156, 229) bzw. als τὰς παρούσας τρέβας (MM III, 143 etc.) bezeichnet.

²⁵ In diesen Kontext gehört die Krise um den Umsturzversuch des genuesischen Podestà Guglielmo Guercio, vgl. *Origone*, Bisanzio e Genova, 129, sowie ausführlich *Papacostea*, La première crise, 340–349, der die Hintergründe dieses Konflikts im fragilen Machtgefüge im östlichen Mittelmeerraum aufzeigt.

²⁶ Die Bezeichnung der Urkunde als Chrysobull findet sich weder 1265 noch 1268 im Text des Dokuments, wohl aber im Vertrag von 1277 (vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 106 [*presens chrisobolum fieri imperium nostrum iussit*] bzw. 109 [*τὸ παρὸν χρυσόβουλλον γενέσθαι*]). Doch wird das Vertragswerk hier, wie bereits 1265, eingangs als *capitula*/*κεφάλαια* bezeichnet (siehe ebd., 82f. und 28). Andererseits unterscheiden sich die beiden früheren Urkunden strukturell nicht fundamental von derjenigen des Jahres 1277. Die insgesamt gegebene terminologische Unschärfe lässt Vorsicht geraten erscheinen hinsichtlich der Definition eines eigenen (und neuartigen) Urkundentyps „Chrysobullon“, wie von *Oikonomidès*, La chancelle-

1265 zu sehen, in dessen Zentrum der Eid des Kaisers auf die einzelnen Bestimmungen steht, ein Instrument der Absicherung, das für die gesamte Vertragsserie normsetzend wirkte.²⁷ Das Ziel der Verhandlungen mit den venezianischen Gesandten wird in der griechischen Fassung als ἀγάπη, äquivalent dem lateinischen *amicitia*, in der lateinischen Fassung hingegen als *pax*, welche „deutlich und ohne jede Falschheit“ (*claram et puram absque aliqua caliditate* bzw. καθαρὰν καὶ ἀδολίεντον) sein müsse, charakterisiert.²⁸ Während sich die Venezianer zum Verzicht nicht nur auf direkte Angriffe, sondern auch auf die Unterstützung von Kreuzzugsunternehmen Dritter gegen das Reich verpflichten sollten,²⁹ war der Palaiologe seinerseits bereit, ihre Herrschaft über Kreta, Koron und Modon sowie einen Teil der ägäischen Inseln zu akzeptieren, und gestand ihnen außerdem diverse Handelsstützpunkte und generelle Zollfreiheit im byzantinischen Territorium einschließlich Konstantinopels zu.³⁰ Bei einer Vergabe von Land in Konstantinopel oder Thessalonike an westliche Handelsnationen sollten die Venezianer bevorzugt behandelt werden. Zudem versprach Michael VIII. seinen künftigen Partnern, die Genuesen vollständig aus seinem Reich zu vertreiben und einen Frieden mit ihnen nur mit Wissen der Venezianer einzugehen.³¹ Dass die Venezianer den

rie, 190 f., in Abgrenzung sowohl zum klassischen Chrysobullos Logos als auch zu den Treuguae/τρέψαι postuliert.

²⁷ Vgl. die genau datierte Erwähnung des Eides in *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 28 f., Nr. 2, cap. 1. Ein kaiserlicher Eid auf die Evangelien und das Kreuz gehörte noch in der Spätphase der Serie zu jedem Vertrag (vgl. etwa für 1390 DVL II, 228), auch wenn er sich nicht immer in der Urkundenbezeichnung niederschlug (vgl. oben Anm. 24). Damit ergeben sich weitaus mehr kaiserliche Eidleistungen als *Rochette, Empereurs et serment*, 162–164, für die Palaiologenzeit konstatiert. Die Verträge zwischen Byzanz und den Seerepubliken vor 1204 kannten lediglich Eidleistungen der italienischen Gesandten zur Garantie der Verträge, keine kaiserlichen Eide, vgl. *Penna, Imperial Acts*, 254–275.

²⁸ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 29. Der Vertrag von Nymphaion hatte zwischen Genua und dem Palaiologen *amorem et pacem perpetuam* postuliert, vgl. *Manfroni, Le relazioni*, 792.

²⁹ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 29: Als potentielle Aggressoren werden der Papst (ὁ κύριος πάπας), die Könige von Frankreich, Sizilien (Manfred), Kastilien, England und Aragon sowie Graf Karl (von Anjou: ὁ κόντος Κάρουλος) und die Städte Genua, Pisa sowie Ancona explizit genannt.

³⁰ Vgl. ebd., 31–34 und 37–39.

³¹ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 35, Nr. 2, cap. 5 (gr.): εἰ δὲ ἵσως ποτὲ τῶν καιρῶν θελήσει ἡ βασιλεία μου δοῦναι τόπον ἐντὸς τῆς Κωνσταντινουπόλεως ἢ τῆς Θεσσαλονίκης τινὶ τῶν λατινικῶν κομισούνιων, ἵνα τότε προτιμῆται ἡ βασιλεία μου τοὺς Βενετίκους καὶ διδῷ αὐτοῖς τόπον εἰς τὰ τοιαῦτα κάστρα; bzw. 34 (lat.): *Et si aliquo tempore meum Imperium dare volet terram prope Constantinopolim vel Salonichum alicui comuni Latinorum, quod tunc meum Imperium facere debeat comune Veneciарum prin-*

Vertragsschluss gleichwohl ablehnten,³² bewahrte den Kaiser möglicherweise vor folgenschweren Bindungen, denn eine zeitliche Befristung der vertraglichen Beziehung war in diesem ersten Versuch einer zweiseitigen Übereinkunft noch nicht vorgesehen.³³ Einkalkuliert war hingegen die Möglichkeit von Vertragsverletzungen, indem in betont eirenischer Terminologie bestimmt wurde, dass ein Versehen (*error/σφάλμα*) einer Seite gegen die andere nicht zur Aufgabe (*derelinquere*) des Friedens (*pax/άγαπη*) durch die andere führen möge, sondern zur Information und Abstellung der Verfehlung.³⁴ Derartige Bestimmungen hatten die Verträge vor 1204 noch nicht gekannt, sondern lediglich einseitige Sanktionsdrohungen des Kaisers gegen jedwede Übertretung seiner Verfügungen;³⁵ an dieser Stelle tritt mithin der neue bilaterale Charakter der Vereinbarungen deutlich hervor.

cipalius; et sibi dare debeat terram ad castra predicta. Zur Vertreibung der Genuesen ebd., 34–36, cap. 6.

³² Zur vom Dogen verweigerten Ratifikation vgl. Nicol, Byzantium and Venice, 182; Nicol begründet dies mit dem Stolz und den Ambitionen Raniero Zenos. *Mollov*, Some Aspects, 79 f., führt konkreter ins Feld, dass Venedig wohl u. a. einen Verlust seiner indirekten Suzeränität über ägäische Inseln befürchtet habe.

³³ Nur der Beginn des Friedenszustandes wurde durch den Kaiser auf den Tag der Ausstellung, den 18. Juni (der 8. Indiktion) festgelegt, vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 28 f., Nr. 2, cap. 1. Mit dem Fehlen einer Befristung steht der Vertrag von 1265 somit noch in der Tradition der *a priori* unbefristeten Privilegien für die Venezianer unter den Komnenen und Angeloi, wobei spätere Privilegien die von früheren Herrschern vergebenen Rechte bestätigten, vgl. *Lilie*, Handel und Politik, 17, 22, 29. Auch die fünf überlieferten Privilegien der Kaiser von Trapezunt für die Venezianer weisen keine zeitlichen Befristungen auf. Vielmehr deklarierte Alexios II. (1297–1330) in seiner Urkunde (1319) *quod supradicta omnia observentur inviolabiliter in perpetuum* (*Tzavara*, I trattati, 48, Z. 87 f.) und sein Enkel Alexios III. (1349–1390) versprach 1364 gegenüber den Venezianern, dass er τὰ δεδιωρισμένα θεσπίζει διαφυλάττεσθαι μέχρι παντός (ebd., 57, Z. 137 f.).

³⁴ Vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 44 f., Nr. 2, cap. 17 (gr.): Ἰνα, ἐὰν συμβῇ γενέσθαι τι σφάλμα ἀπὸ τοῦ μέρους τῆς Βενετίας εἰς τὸ μέρος τῆς βασιλείας μου, οὐ μὴν ἀπολύη ἡ βασιλεία μου τὴν ἀγάπην τοῦ εὐγενεστάτου δονκός Βενετίας καὶ τοῦ κοινομονίου αὐτῶν, καὶ κινήται εἰς μάχην [...] bzw. 42 (lat.): *Et si accideret, quod error esset ex parte Veneciarum contra partem imperii mei, quod meum imperium non debeat derelinquere pacem nobilissimi ducis Veneciarum et sui communis, sic, quod guerra fiat; sed quod debeat destinare ad dicendum nobilissimo duci Veneciarum et suo comuni, quod per eos fiat emendum.*

³⁵ Zu den Sanctiones vgl. Penna, Imperial Acts, bes. 33, 45, 98. Allerdings hatten bereits einige frühere Verträge mit den Genuesen seit dem ersten Chrysobull Manuels I. 1169 Informationsbestimmungen enthalten, die inhaltlich auf die Friedensklausel vorausweisen könnten: So sollte sich der Kaiser bei Übergriffen durch Genuesen auf byzantinische Gebiete zuerst an Genua wenden und dort um Bestrafung der Schuldigen ersuchen, bevor er ggf. zur Rache schreiten würde, vgl. Penna, Imperial Acts, 138–140, 186.

Auch wenn sich die 1268 von beiden Seiten beeidete Friedensvereinbarung³⁶ in manchen Details etwas weniger vorteilhaft für Venedig gestaltete,³⁷ ruhte sie doch im Kern auf den Bestimmungen des unwirksam gebliebenen Vertrages von 1265. In diesem Zusammenhang überlebte auch die Vertragsverletzungsklausel: Nun wurden beide Parteien gemahnt, Handlungen der jeweils anderen Seite gegen die Vertragsbestimmungen nicht zum Anlass zu nehmen, die Treugua zu brechen (*rumpere*) und kriegerisch gegen die andere Seite vorzugehen, sondern diese vielmehr zu informieren, damit Abhilfe geschaffen werden könne.³⁸ Die Terminologie ist im Vertragstext von 1268 schärfer ausgeprägt und differenziert sorgfältig: Der Bruch des Vertrages ist nicht identisch mit einer Vertragsverletzung oder -nichterfüllung, welche selbstverständlich zu beheben wäre, sondern er bezeichnet die offizielle, hier notwendig zum Kriegszustand führende vorzeitige Aufkündigung des Vertrages als Reaktion auf eine Verletzung durch die Gegenseite. Diesen Schritt galt es explizit durch eine Bestimmung zu verhindern, sicherte der Vertrag doch beide Seiten gegen eine in der unruhigen Romania dieser Jahrzehnte stets virulente Gefahr ab: die Möglichkeit der Eskalation von Konflikten, wie sie etwa durch Angriffe von Piraten und Korsaren mit Begünstigung oder Duldung einer der beiden Parteien ausgelöst werden konnte.³⁹

³⁶ Zum Kontext dieses Vertrages vor dem Hintergrund der Vereinbarungen von Viterbo zwischen Karl von Anjou und dem lateinischen Kaiser Balduin II. (1267) und der neuen Annäherung zwischen Michael VIII. und den Genuesen siehe *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 50–53; *Mollov*, Some Aspects, 76 f. Der Vertrag wurde am 30. Juni 1268 durch den Dogen Raniero Zeno ratifiziert und ist durch die Ratifikationsurkunde gegenüber den byzantinischen Gesandten Georgios Tzimiskes (nicht in griechischen Quellen überliefert, zu anderen Trägern des Namens Tzimiskes mit meist hohen höfischen Würden in der Palaiologenzeit vgl. PLP 27949–27955) und Georgios Kaladikas [wohl ein Träger des Namens Kalodikes, vgl. PLP 10538] überliefert; vgl. *Nicol*, Byzantium and Venice, 192. Der neue Doge Lorenzo Tiepolo bestätigte am 30. Juli die Geltung des Vertrages: *Pozza/Ravegnani*, I trattati, Nr. 5.

³⁷ So im Hinblick auf die Duldung der Genuesen, mit denen die Venezianer zudem im Gebiet der Meerengen keine bewaffneten Rivalitäten austragen durften, und auf den Wegfall der Zusage eines eigenen Viertels in Konstantinopel. Auch im Hinblick auf den umstrittenen Status von Negroponte blieben die Bestimmungen nun offener; vgl. *Nicol*, Byzantium and Venice, 191; *Sokolov*, Venecija, 82.

³⁸ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 63 f., Nr. 4: *si advenerit, quod aliquid contra dictam conventionem et treuguam factum fuerit ex parte nostra et communis Venetorum et Venetiarum, non rumpet propter hoc ipse dominus imperator istam conventionem vel treuguam, nec movebit propter hoc guerram contra Venetos nostros; immo potius significabit nobis, ut emendetur, quicquid contra ipsam treuguam fuerit acceptatum.* (analog e converso).

³⁹ So enthielt die Treugua unmittelbar vor der Bruch-Bestimmung einen Passus zu diesen Fragen: *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 63, Nr. 4, cap. 15: *Et si Veneti cursa-*

Die Klausel zur Verhinderung des Vertragsbruches lebte auch in den beiden folgenden Treuguae fort: Im Jahre 1277 wurde sie praktisch wörtlich übernommen, im lateinischen Text mit dem feinen Zusatz „*statim*“ im Hinblick auf einen offiziellen Bruch, was streng genommen nur noch einen sofortigen Kriegsausbruch infolge einer Vertragsverletzung ausschloss.⁴⁰ Der griechische Text dieses Vertrages gesteht die äquivalente Präzisierung „ἐκ τοῦ ἀπ' ἐντεῦθεν“ freilich nur dem Kaiser zu, während dem Dogen hier jede Aufhebung des Vertrages verwehrt bleibt.⁴¹ In dem lediglich in lateinischer Sprache ausgefertigten Vertrag Andronikos' II. mit den Venezianern (1285) findet sich die „*statim*“-Formulierung dann gleichberechtigt für beide Seiten.⁴² Doch mit dem danach einsetzenden Übergang zu kürzeren Vertragsdokumenten, die sich pauschal auf die Bekräftigung der älteren Treuguae berufen, ohne deren Bestimmungen vollumfänglich zu repeterieren (so im Jahre 1302, wobei nur die dogale Eid-

rii fecerint aliquod damnum ad teras imperii sui, teneatur baiulus vel vicarius eius, qui pro nobis fuerit, per sacramentum, bona fide et sine fraude invenire eos et tenere et facere vindictam de eis, qui raubariam fecerint, et accipere res eorum et restituere illis, quibus res ablate fuerint, exceptis Venetis, qui tenant et tenebunt de insulis, que non sunt subiecte nobis et comuni Venetiarum. Hingegen wurde keine Bestimmung über den Umgang mit griechischen Seeräubern getroffen. Als Waffenstillstand sollte die Treugua zu Wasser ebenso wie zu Land gelten, siehe ebd, 58: *observabimus et tenebimus veram et puram treugam ipsi imperatori et eius imperio et tere Romanie toti, eius imperio subiugate, tam in mari, quam in terra, sine omni dolo.* Weitgehend analoge Bestimmungen über den Umgang mit venezianischen *cursarii* finden sich auch in den Dokumenten von 1265 (*Pozza/Ravegnani*, I trattati, 41f., Nr. 2, cap. 16 [lat.]) und 1277 (*Pozza/Ravegnani*, I trattati, 100, Nr. 7, cap. 19).

⁴⁰ Siehe *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 101, Nr. 7, cap. 20 (lat.): *Si acciderit, quod aliquid contra dictam convencionem vel treugam factum fuerit ex parte ducis et communis Veneciarum vel Venetorum, non rumpet imperium nostrum propter hoc statim ipsam convencionem vel treugam, nec movebit propter hoc guerram contra Venetos [...].* Eine analoge Verfügung, ebenfalls mit *statim*, wird für den Fall einer Vertragsverletzung durch die byzantinische Seite getroffen.

⁴¹ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 103, Nr. 7, cap. 20 (gr.): έὰν συμβῇ γενέσθαι εἰς τὰς περιλήψεις τῶν τοιούτων συμφωνῶν καὶ τῆς τρέβας σφάλμα τι ἀπὸ τοῦ μέρους τοῦ δουκός [...], οὐ διὰ τὸ τοιούτον σφάλμα ἵνα καταλύῃ ἡ βασιλεία ἡμῶν ἐκ τοῦ ἀπ' ἐντεῦθεν τὴν τρέβαν, καὶ κινῇ κατ' αὐτῶν μάχην, ἀλλ' ἵνα δώσει περὶ τοῦ τοιούτου σφάλματος εἴδησιν αὐτοῖς ἡ βασιλεία ἡμῶν, καὶ γένηται τοῦ τοιούτου σφάλματος διόρθωσις παρ' αὐτῶν. Im Hinblick auf den Umkehrfall heißt es hingegen nur: [...]οὐ μὴν καταλύῃ αὐτός τε ὁ δούξ καὶ τὸ κουμούνιον τῆς Βενετίας καὶ οἱ Βενέτικοι τὴν τρέβαν, καὶ κινῶσι μάχην [...]. Die Formulierungen sind im Übrigen eng an den Wortgebrauch im nichtratifizierten Vertrag von 1265 angelehnt, bis auf den Terminus *τρέβα* statt *ἀγάπη* und die *ἐκ τοῦ ἀπ' ἐντεῦθεν*-Formel (vgl. *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 44f. Nr. 2, cap. 17).

⁴² Siehe *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 145, Nr. 10, cap. 20.

leistungsurkunde erhalten ist, aber auch im Jahre 1310),⁴³ verschwindet diese Klausel aus dem Formular der Verträge.

Ihre vertragsstabilisierende Wirkung hatte sich freilich immer nur auf die Dauer der Geltung der Treuguae bezogen, und diese wurde seit 1268 stets genau terminiert, im ersten Fall auf fünf Jahre, was langfristig auch zur Regel werden sollte.⁴⁴ 1277 verständigten sich der venezianische Gesandte Marco Bembo und Kaiser Michael VIII. hingegen lediglich auf eine Geltung von zwei Jahren, doch mit der Zusatzklausel: *et tantum plus, quantum fuerit de concordia et voluntate utriusque partis*. Sollte eine von beiden Parteien den Vertrag nicht länger einhalten wollen, so sollte sie die andere Seite benachrichtigen und sodann noch sechs Monate gehalten sein, die Treugua und alle ihre Bestimmungen *sine corruptione* einzuhalten.⁴⁵ Diese sechsmontige Kündigungsfrist – angesiedelt in der Schwur-

⁴³ Siehe DVL I, 12–16, Nr. 7 (1302). Der Doge Pietro Gradenigo verweist darauf, dass *inter excellentissimum dominum Imperatorem Grecorum et partem nostram plures habite fuerint ambaxate ac tractatus super conuentionibus et concordie ac treuguarum*, insbesondere mit dem Archimandriten des Michaelsklosters und Protosynkellos Maximos, und er erwähnt schließlich, dass ihm bereits das *sacramentale grisobolum* des Kaisers zur Ratifikation der neuen Treugua vorgelegen habe (vgl. ebd., 13). Zur pauschalen Bestätigung der Beschlüsse der früheren Verträge vgl. ebd.: *Principaliter quod rata habere debeamus omnia et singula capitula que continentur in treuguis prius habitis*, nämlich dem Vertrag, der bei der Legation des Metropoliten Demetrios Eirenikos von Mitylene (1285 ins Amt gekommen, vgl. PLP 5294, *Preiser-Kapeller*, Episkopat, 276 ohne Verweis auf die Legation) und des kaiserlichen *interpres Konstatinos Fiscomalus/Foscamalo* (nicht im PLP, eventuell ein Angehöriger der Familie Faskomelos/Fyskomelos, die sonst erst im 15. Jh. belegt ist, vgl. PLP 29653, 30202) geschlossen wurde, d. h. dem Vertrag von 1285. Vgl. dazu die Erwähnung der Gesandtschaft in *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 146, Nr. 10, cap. 22. Der kürzere Vertrag von 1310 versteht sich als *complementum treguarum* auf 12 Jahre, und zwar *sub eisdem conuentionibus uidelicet et pactis et eisdem capitulis immutabilibus, prout facte fuerunt antecomposite due treugue* (DVL I, 82, Nr. 46).

⁴⁴ Zu den Geltungsdauern vgl. die tabellarische Aufstellung im Anhang.

⁴⁵ *Pozza/Ravegnani*, I trattati, 83 f., Nr. 7, cap. 1: *usque ad complementum duorum annorum, et tantum plus, quantum fuerit de concordia et voluntate utriusque partis. Ita tamen, quod completis duobus annis et alia extensione in antea, que fuerit de concordia et voluntate utriusque partis, quecumque parcium ipsam treugam noluerit, ultra dictum terminum teneatur per sex menses alteri parti notum facere quod eam nolit, et quod treuga sine corruptione servetur infra dictum terminum sex mensium; et una pars alteram non offendat, set promissa omnia secundum tenorem treuge omnimode observentur*. Eine solche Regelung ist keineswegs singulär, sondern begegnet auch bei der Verhängung von Repressalien, die erst nach Verstreichen von Fristen nach ihrer Proklamation zur Anwendung kommen durften, vgl. *Mas-Latrie*, Du droit de marque, 557. Für den Hinweis auf solche Parallelen danke ich Georg Jostkleigrewe.

formel zu Beginn der Vertragsbestimmungen⁴⁶ – bildete ein flexibles Instrument, um die faktische Geltungsdauer der Verträge über ihre genau bestimmte „Mindesthaltbarkeit“ hinaus beliebig auszudehnen.⁴⁷ Es dürfte außer Zweifel stehen, dass dies dem Anliegen der Kaufleute nach langfristiger Sicherheit ihrer Geschäfte und Investitionen entgegenkam. Mit hin scheint diese Klausel auch für die nachfolgenden Erneuerungen der Rechtsbeziehung unverzichtbar gewesen zu sein, obwohl unter Andronikos II. seit 1285 stets sehr lange Geltungsfristen ausgehandelt wurden – 1285 und 1302 je zehn, 1310 sogar zwölf Jahre. Die potentielle Extension und die damit verbundene Bestimmung über einen Zeitraum zur Fortgeltung der Bindung nach Information der Gegenseite wurden weiterhin explizit aufgeführt, ab 1302 jedoch als eigenständige Bestimmung jenseits der Eidesaussage und mit der Begründung, dass so die Untertanen beider Seiten aus dem Gebiet der jeweils anderen ohne Schaden rechtzeitig in ihre jeweilige Heimat zurückkehren könnten.⁴⁸ Zuletzt begegnen solche Bestimmungen im Vertrag von 1332,⁴⁹ was wiederum den Zäsurcharakter des inhaltlich deutlich reduzierten und nur im Namen des minderjährigen Kaisers Ioannes V. Palaiologos auf sieben Jahre geschlossenen, vom venezianischen Notar Andrea da Fermo redigierten Vertrages von 1342 unterstreicht.⁵⁰

⁴⁶ Vgl. ebd., 83f.

⁴⁷ Im Vertrag von 1277 wurde eingangs konstatiert, dass die vorausgehende Treugua (von 1268) durch Gottes Gnade nicht nur gewahrt, sondern bis zur Gegenwart ausgedehnt worden sei, vgl. *Pozza/Ravegnani*, I trattati, Nr. 7, 80f.: *que conservata est Dei gratia et completa secundum pacti tempus, postea extensa fuit usque ad hodiernum diem*. Der 1277 erstmals erfolgten Fixierung einer stillschweigenden Fortgeltung über die vereinbarte Dauer hinaus ging also eine faktische Erfahrung dieses Zustandes voraus. Hingegen geht *Sokolov*, Venecija, 83 und Anm. 52, davon aus, dass Venedig und Byzanz im Jahre 1273 die Treugua von 1268 (mit einem verlorenen Vertrag) förmlich um eine weitere Geltungsdauer verlängert hätten, anders und stärker der Aussage von 1277 entsprechend *Nicol*, Byzantium and Venice, 195.

⁴⁸ Vgl. DVL I, 15, Nr. 7 (Vertrag von 1302 in der Ratifikationsurkunde des Dogen Pietro Gradenigo über die zuvor in Konstantinopel getroffene Vereinbarung): *Cum autem idem excellentissimus dominus Imperator Grecorum uel nos uoluerimus post dictum terminum dictorum decem annorum renuntiare dictis treuguis, possimus renuntiare cum adjuncto termino spatij sex mensium in dictis treuguis, ad hoc ut sine damno ualeat conseruari utraque pars, ita quod qui ex parte fuerint excellentissimi domini Imperatoris Grecorum, qui essent in partibus nostris et qui fuerint ex parte nostra, qui essent in partibus Imperii sui, reuerti possint ad propria nec possint pati damnum utraque partes infra spacium dictorum sex mensium.* Inhaltlich analog in der Urkunde Andronikos' II. von 1310, ebd., 82–85, Nr. 46, hier 84f.

⁴⁹ MM III, 110, Nr. 25; vgl. DVL I, 233, Nr. 118.

⁵⁰ Dieser sehr knappe Vertrag erwähnt eingangs die in Konstantinopel durch den venezianischen Gesandten Pietro da Canal geführten Verhandlungen und als

In den vorangehenden Treuguae variierte die Terminologie für die Aufkündigung des Vertrages im Rahmen eines regulären Verfahrens von *renuntiare* (1302) und *dissoluere* (1310) bis hin zu *frangere [...] hoc est soluere* (1324 und 1332)⁵¹ – mit dem griechischen Äquivalent διαλῦσαι.⁵² Unter Vertragsbruch verstand man mithin die nach dem Ablauf der vereinbarten Geltungszeit durchaus legitime, doch nicht selbstverständliche, geordnete Aufhebung der beiderseitigen Bindungen. Gern wüssten wir nun, wie ein solcher „Vertragsbruch“ vonstatten ging, von welchen Schriftstücken und ggf. symbolischen Akten er begleitet war und welche Folgen er tatsächlich für die „transimperial subjects“ auf beiden Seiten hatte. Allein, zu einem formalen Bruch kam es nicht einmal beim offenkundigen Frontwechsel, den Venedig im Juli 1281 vollzog: Damals trat der Doge Giovanni Dandolo (1280–1289) in Orvieto der von Papst Martin IV. geformten Allianz mit Karl von Anjou und dem lateinischen Titularkaiser Philipp von Courtenay zum Zweck der Wiedererrichtung des Lateinischen Kaiserreichs bei.⁵³ Für dieses Unternehmen sollte die Markus-

deren Ergebnis die Geltung der vereinbarten Treugua auf sieben Jahre, vgl. MM III, 112: ὡς ἀπὸ τῆς ἐνεστόσης ταύτης ἡμέρας μέχρι καὶ χρόνων ἔπειτα πλησιαζόντων τρέβαι τε καὶ λαμπροτάτη ὁμονοία μεταξὺ τῆς βασιλείας αὐτοῦ καὶ τοῦ αὐτοῦ κυροῦ δουκὸς καὶ τοῦ κουμουνίου διαιμείνων bzw. DVL I, 257–259, Nr. 132, hier 258: *quod ab hodierna die usque ad septem annos proxime futuros inter suum Imperium et ipsum dominum Ducem et commune Veneciarum treugue uigeant et sincera concordia*. Darüber hinaus werden die Bestimmungen von 1332 in allen *capitula* explizit bestätigt und erneuert, was im Prinzip auch die Fortgeltungsklausel umfasst. Eine solche findet sich jedenfalls auch in späteren Verträgen nicht mehr explizit formuliert. Der Vertrag wurde vermutlich durch den Patriarchen Ioannes Kalekas in Stellvertretung des jugendlichen Kaisers mit dem Menologem unterfertigt, siehe Müller, Unterschrift.

⁵¹ Vgl. DVL I, 15, Nr. 7; 84, Nr. 46; 202, Nr. 98: *Cum autem Imperium nostrum aut ipse illustris Dux et commune Veneciarum post dictum terminum quinque annorum uellet frangere dictas treugas, possit illud facere, hoc est soluere ipsas* – analog ebd., 233, Nr. 118.

⁵² Dieses kann nur für die beiden Verträge von 1324 und 1332 ermittelt werden, vgl. MM III, 103 (Nr. 24): ἐπὰν δὲ η̄ βασιλεία μου η̄ αὐτὸς ὁ ἐπιφανῆς δοὺξ καὶ τὸ κουμουνίον Βενετίας μετὰ τὴν δηλωθεῖσαν διωρίαν τῶν πέντε ἐτῶν ἐθελήση διαλῦσαι τὴν τοιαύτην τρέβαν [...] und MM III, 110 (Nr. 25). Der letzte zuvor im griechischen Wortlaut erhaltene Vertrag von 1277 hatte die Nichtfortgeltung des Vertrages nur damit umschrieben, dass eine Seite den Vertrag „nicht mehr wolle“ (τὴν τοιαύτην τρέβαν οὐ θελήσει) und die Fortgeltung über mindestens sechs Monate ohne Aufhebung (ἄνευ καταλύσεως) deklariert, siehe Pozza/Ravegnani, I trattati, 84, Nr. 7.

⁵³ Vertragstext in: TT III, 287–295, Nr. CCCLXXIII, hier bes. 289; *ad recuperationem eiusdem Imperij Romanie, quod detinetur per Paleologum et alios occupatores et detentores eiusdem Imperij occupatum, pacta, conuentiones et societatem secundum infrascriptum modum et formam inter se concorditer inierunt*; zu diesem Geschehen vgl. Geanakoplos, Emperor Michael Palaeologus, 335–340; Nicol, Byzantium and Venice, 208.

republik neben der persönlichen Beteiligung des Dogen mindestens 40 Kriegsschiffe zur Verfügung stellen.⁵⁴ Dies widersprach nicht nur, wie schon Donald Nicol meinte,⁵⁵ dem Geist, sondern auch explizit einer Bestimmung der zwar bereits abgelaufenen, aber offenbar nicht offiziell aufgekündigten Treugua von 1277. Darin war festgeschrieben worden, dass sich die Venezianer keinesfalls mit einer *gens christiana vel pagana, seu cum aliqua persona* gegen das Imperium verbünden noch Übereinkommen mit irgendwelchen Königen oder Fürsten zu einem Feldzug gegen Byzanz eingehen dürften.⁵⁶ Und so wirkt es wie eine Belehrung der begriffsstutzigen Venezianer durch den Kaiser, wenn der gleiche Passus im Vertrag von 1285 mit dem „erklärend“-repetitiven Zusatz versehen wurde, dass Doge und Comune mithin auch nicht die Freiheit (*libertas*) hätten, irgendein Bündnis mit irgendwelchen *christiani uel pagani* gegen das Reich einzugehen.⁵⁷

⁵⁴ TT III, 290: *Et Dux habebit quadraginta galeas bene munitas et plures, si dicto Duci uidebitur, quod sit necesse ad hoc, ut habeat posse maris contra inimicos.*

⁵⁵ Nicol, Byzantium and Venice, 213: „The last treaty between Byzantium and Venice, signed in 1277, had run longer than its prescribed term of two years; but its spirit had been violated when Venice joined the Angevin alliance at Orvieto in 1281.“ Nicol scheint andererseits den Vertrag von 1277 doch bereits 1281 für ungültig zu halten, da keine Seite um seine Erneuerung ersucht habe (ebd., 207), nur war ein solches Procedere infolge der automatischen Fristverlängerung gerade nicht für die Fortgeltung erforderlich. Infolge der Entscheidung für die angevinische Partei erließ der Große Rat Venedigs ab 1282 dann wiederholt Verbote für venezianische Kaufleute, sich in Konstantinopel aufzuhalten, siehe Thirié, Délibérations des assemblées I, 41, Nr. LV; 43, Nr. LXVI; 50, Nr. LXXXVII.

⁵⁶ Vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 104 f., Nr. 7: *et quod non associabunt se, nec aliquem Venetum associari permittent cum aliqua gente christiana vel pagana, seu cum aliqua persona contra imperium nostrum et terras et gentem imperii nostri [...] nec convenient nec permittent aliquem de patronibus navium vel de nobilibus Venecie convenire cum aliquibus regibus, principibus vel baronibus seu comitibus vel comunitatibus contra imperium nostrum vel contra terram nostram [...].*

⁵⁷ Pozza/Ravegnani, I trattati, 147, Nr. 10, cap. 23: *Item infra terminum dicte treuge et extensionis [...] non habebit libertatem illustris dux et comune Veneciaram et omnes, qui de parte Veneciarum sunt et gente sua, facere aliquo modo ullam convencionem sive tractatum cum aliquo vel aliquibus omnium christianorum vel paganorum contra imperium nostrum vel aliquam partem imperii nostri.* Inhaltlich bringt dieser Zusatz weder eine Präzisierung noch eine Erweiterung der zuvor aus dem Vertrag von 1277 übernommenen Bestimmungen zum Bündnisverbot für die Venezianer (ebd., cap. 22) und kann daher nur als erfahrungsbedingt gebotene nachdrückliche Bekräftigung verstanden werden. Die analoge Verpflichtung des Kaisers ist am Beginn der Urkunde in der Eidesformel des Kaisers festgeschrieben worden (137, cap. 1). Zu den Hintergründen des Vertrags von 1285 siehe Ravegnani, Bisanzio e Venezia, 147–149.

Gleichwohl betraten die Venezianer 1284/85 die Bühne für erneute Verhandlungen mit dem Kaiserreich keineswegs als reumütige Vertragsverletzer, im Gegenteil: Nachdem der Vertrag von 1277 erstmals dem Reich die Pflicht zur Entschädigung von Venezianern auferlegt hatte, die durch Leute des Kaisers zu Schaden gekommen waren (und zwar rückwirkend seit Geltung der ersten Treugua von 1268)⁵⁸, hatte sich in Venedig umgehend eine Kommission daran gemacht, alle denkbaren Ansprüche auf Schadensersatz, sowohl aufgrund von Piraterie als auch von Willkür der Zollbeamten (*kommerkiarioi*), zu registrieren, und dabei innerhalb weniger Monate 339 Einzelfälle zusammengetragen.⁵⁹ Dies dokumentiert nicht nur die gleichsam alltägliche Realität von Verletzungen der Vertragszusagen über Zoll- und Bewegungsfreiheit der venezianischen Kaufleute, sondern ebenso das eifrige Bestreben Venedigs, von den Schadensersatzbestimmungen umfassend im Sinne der eigenen Rechtsposition Gebrauch zu machen. Vor diesem Hintergrund sah der Vertrag von 1285 erstmals eine Verpflichtung des Kaisers zu Zahlungen in Höhe von 24.000 Hyperpern vor, die *sine aliqua dilacione et prolixitate dierum et mora* zu leisten sein würden.⁶⁰ Damit freilich müsse, so die offenbar von Andronikos II. gestellte Bedingung, die Frage dieser Entschädigungen (*questio de huiusmodi dampnis*) ein für alle Mal behoben sein und dürfe später nie wieder an den Kaiser oder seine Erben herangetragen

⁵⁸ Vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 95, Nr. 7, cap. 12: *Item quod faciet imperium nostrum restitui secundum formam prime treuge Venetis disrobatis, quibus non est satisfactum de robariis et dampnis eis illatis per homines imperii nostri a tempore, quo treuga incepit, usque nunc, et hoc, quod dicimus de ablatis comerclis per homines imperii nostri.* Ebenso sollten aber auch die Venezianer von ihnen zu verantwortende Schäden begleichen. Der Vertrag von 1268 hatte kaiserlichen Schadensersatz nur für den Fall venezianisch-genuesischer Auseinandersetzungen vorgesehen, wobei der Kaiser als Schiedsrichter die Geschädigten eigentlich aus dem Vermögen der Schadensverursacher auszahlen sollte, jedoch *si de havere partis non observantis haberi non poterit, faciet idem imperator restitui de camera sua, habendo regressum ad partem non observantem*. Siehe ebd., 61, Nr. 4. Dass dieser Vertrag aber noch keine Entschädigungsverpflichtung der Byzantiner kannte, hat Morgan, Claims Commission, 411, im Rahmen einer detaillierten Analyse der Schadensfälle festgestellt.

⁵⁹ Vgl. Morgan, Claims Commission, 412; Nicol, Byzantium and Venice, 201. Zur Auswertung der venezianischen Zusammenstellung, die mit Abstand das umfangreichste Dokument in der Sammlung TT III, hier 159–281, Nr. CCCLXX, darstellt, vgl. auch Charanis, Piracy, 130–135.

⁶⁰ Pozza/Ravegnani, I trattati, 147f., Nr. 10, cap. 24: Die Zahlung sollte unmittelbar bei Präsentation der Ratifikation der Vereinbarung durch den Dogen erfolgen: *cum presentatum fuerit, quod super ipsam convencionem treuge fieri debet, instrumentum sacramentale, ipsi dabit imperium nostrum sine aliqua dilacione et prolixitate dierum et mora et condicione predicta viginti quatuor milia yperpera [...].*

werden.⁶¹ Doch ein Muster war auf diese Weise etabliert: Im Verlauf des 14. Jahrhunderts bildeten Entschädigungsforderungen der venezianischen Seite ein permanentes und zugleich dynamisches Element der Abkommen.

Zum Anwachsen der byzantinischen Verbindlichkeiten gegenüber Venedig führten wenig später die im Zuge des venezianisch-genuesischen Krieges (1294/99)⁶² in Konstantinopel und der Ägäis aufbrechenden Gewalteskalationen zwischen den Seerepubliken, in die der Kaiser trotz des 1285 vertraglich verfügten Verbots von Auseinandersetzungen zwischen Venezianern und Genuesen in den Meerengen hineingeriet.⁶³ Obwohl er sich dabei 1296 gegenüber dem Dogen nachdrücklich auf das Fortbestehen dieser Vertragsbestimmung berief,⁶⁴ erhöhten sich die venezianischen Forderungen infolge der weiteren Zuspitzung des Konflikts⁶⁵: Unter expliziter Anerkennung byzantinischer Kompensationsansprüche für ein von Venezianern beschlagnahmtes griechisches Schiff wurden sie in

⁶¹ Ebd., 148: *et extunc nulla questio fiet nec nunc, nec futuris temporibus pro dictis dampnis nec imperio nostro, nec heredibus et successoribus imperii nostri ex parte ducis et communis Veneciarum [...].*

⁶² Zum Verlauf dieses Krieges vgl. u. a. Dotson, Venice, 124–128; Lane, Seerepublik Venedig, 137–140; Nicol, Byzantium and Venice, 216–219.

⁶³ Vgl. Pozza/Ravegnani, I trattati, 140f., cap. 8.

⁶⁴ Nach dem Angriff der venezianischen Flotte unter Ruggiero Morosini auf Konstantinopel im Juli 1296, während dessen der Kaiser den Genuesen von Galata Schutz gewährt hatte, beklagte sich Andronikos II. in einem eilig nach Venedig übersandten Schreiben mit Nachdruck über zahlreiche Verletzungen der *conventiones initas et pacta* durch die Venezianer: siehe den Text (zu Dölger, Regesten, IV, 25, Nr. 2192f.) bei Fenster, Auslandsbrief, 195–198, hier Zitat 196, Z. 20. Obwohl die Treugua von 1285 terminlich bereits ausgelaufen war, wurde sie als weiterhin in Kraft betrachtet, denn der Kaiser stellte fest, dass der venezianische Angriff *manente treugua* (197, Z. 55) erfolgt sei und *multa alia consequata sunt ad contrarietatem treuguarum*. Mit dem im Brief enthaltenen Argument, gemäß dem Vertrag zum Schadensersatz für die Genuesen gezwungen zu sein (ebd., 197, Z. 50–53), rechtfertigte Andronikos schließlich Konfiskationen venezianischen Besitzes in Höhe von 80.000 Hyperpern; vgl. Laiou, Constantinople, 104–106. Für die Terminologie ist entscheidend, dass im Schreiben nicht explizit von „Vertragsbruch“ die Rede ist und der Kaiser gegenüber dem Dogen seinen Willen zu fortgesetzter *pax* und *amicitia* besonders unterstreicht (Fenster, Auslandsbrief, 198, Z. 69f.).

⁶⁵ In die Defensive geriet der Kaiser durch ein im Dezember 1296 von Genuesen an den Venezianern Konstantinopels verübtes Massaker: Die von Leon Bardales und Maximos Planudes geleitete kaiserliche Gesandtschaft nach Venedig beteuerte dort 1297 zwar Andronikos' Unschuld am Massaker, erreichte aber keine Erneuerung des Vertrages, der offenbar als erloschen betrachtet wurde, vgl. Dölger, Regesten, IV, 26, Nr. 2197; Nicol, Byzantium and Venice, 217f.; Laiou, Constantinople, 106.

den Vereinbarungen von 1302 auf insgesamt 69.000 Hyperper beziffert.⁶⁶ 1310 einigte man sich schließlich auf die Kassation aller gegenseitigen Ansprüche bis auf 40.000 Hyperper, die der Kaiser Venedig zahlen müsse.⁶⁷ Zugleich wurde erstmals ein genauer Zahlungsmodus vereinbart: Die Zahlungen sollten sich über vier Jahre erstrecken, wobei zu Beginn jeden Jahres 10.000 Hyperper zu zahlen sein würden.⁶⁸ Als es im September 1319 im Zuge der Legation des Dikaiophylax Georgios Kleidas und des sebastos Andronikos Ierakites nach Venedig zum Austausch zahlreicher Vorwürfe zwischen beiden Seiten kam, mahnte der Doge Giovanni Soranzo (1312–1328) den Kaiser zur Begleichung der ausstehenden Schulden in Höhe von 14.000 Hyperper.⁶⁹ Diese Summe bestand auch noch 1320 (gemäß einem Schreiben des venezianischen Bailo Marco Mi-

⁶⁶ DVL I, 14, Nr. 7: Hier werden als venezianische Forderungen aufgerechnet: 79.000 Hyerper für die Konfiskation von Besitz während Morosinis Flottenunternehmen 1296 und 14.000 Hyperper Altschulden (*que prius pepigerat dare*). Im Gegenzug werden byzantinische Forderungen über 24.000 Hyperper für ein vom Korsar Menego Schiavo beschlagnahmtes Schiff anerkannt. Eine kaiserliche Legation hatte dafür 1301 Schadensersatz in Höhe von 29.000 Hyperpern gefordert und zugleich im Hinblick auf die Erneuerung der Treugua verhandelt. Von byzantinischer Seite wurde dabei eine Geltung über 20 Jahre gefordert, während die Mehrheit des Senats nur mit einer Dauer *usque ad X annos* einverstanden war und sich damit Ende April 1301 gegen eine konziliante Minderheit durchsetzte, vgl. Cessi/Sambin, *Le deliberazioni*, 31f., Nr. 108 und 112; zur Legation siehe auch Dölger, *Regesten*, IV, 33, Nr. 2231; Laiou, Constantinople, 110.

⁶⁷ Zur unsicheren venezianischen Position in der Romania als Hintergrund des Vertrages von 1310, der eine längerfristige Stabilisierung bewirken sollte, vgl. Nicol, *Byzantium and Venice*, 226f.; Sokolov, *Venecija*, 92f. Im Zuge der vertragsvorbereitenden Diplomatie spielte das Problem der vom Kaiser zu fordernden *damna* wiederholt eine Rolle, wobei offenbar Differenzen über deren Höhe bestanden, vgl. Cessi/Sambin, *Le deliberazioni*, 133, Nr. 73 (Dezember 1309) und Nr. 78 (April 1310 im Zuge der neu entsandten Legation nach Konstantinopel, vgl. auch Thirié, *Délibérations des assemblées I*, 133, Nr. 207) sowie Cessi/Sambin, *Le deliberazioni*, 134, Nr. 84 (Juli 1310).

⁶⁸ Vgl. DVL I, 84, Nr. 46: *Concordati sunt autem cum Imperio nostro dicti nuncii, dominus Iacobus Quirinus uidelicet et dominus Gabriel Dandulo, tali modo, quod dare debeat Imperium nostrum eidem illustri Duci et communi Veneciarium yperperorum auri quadraginta milliaria [...]. Dabit autem tali modo, hoc est ab hodie et usque ad complementum quatuor annorum per terminos inferius scriptos, uidelicet statim in principio primi anni dabit yperperorum auri milliaria decem, que ad presens data sunt superius dictis nuncii.*

⁶⁹ DVL I, 128f., Nr. 73: *Et ideo uehementissime admiramur, quod ypperpera quattuordecim millia, que nobis dare tenetur, iam tanto tempore ellapo nobis dare distulit contra formam pactorum et treuguarum in tantum damnum nostorum, totiens requisita et promissa [...].* Zu den Konfrontationen der Jahre 1319/20, die u. a. auch die Stellung venezianischer Juden in Konstantinopel betrafen, vgl. Dölger, *Regesten*, IV, 76–80, Nr. 2423, 2425, 2427; Nicol, *Byzantium and Venice*, 236–245; Laiou, Constantinople, 272–277.

notto an den Dogen)⁷⁰ und 1322 fort,⁷¹ bevor der 1324 vom Palaiologen-
hof nach Venedig entsandte Stephanos Syropulos⁷² sie im Namen des
Kaisers durch Francesco und Bisino Contarini der Serenissima auszahlen
ließ.⁷³ Im danach geschlossenen Vertrag beliefen sich die verbleibenden
venezianischen Forderungen nur noch auf 12.000 Hyperper in drei Jah-
resraten, wobei jedoch nicht ersichtlich wird, woher genau diese Ansprü-
che resultierten.⁷⁴ Die erste Rate konnte der Bailo Tommaso Soranzo je-
denfalls fristgerecht in Empfang nehmen.⁷⁵ Schließlich erkannte Kaiser
Andronikos III. mit seiner Eidleistung auf die nächste Übereinkunft mit
Venedig im November 1332 Schulden in Höhe von 15.800 Hyperper an
und versprach, diese innerhalb von drei Jahren zu begleichen,⁷⁶ was fre-
lich nicht geschah.⁷⁷

⁷⁰ Siehe DVL I, 164–168, Nr. 80, hier 168. Minottos umfangreiche Klageschrift
an den Dogen zielte auf diejenigen Punkte, in denen den Venezianern durch den
Kaiser *contra treugas* Unrecht geschehe (164); vgl. zum Inhalt auch Nicol, By-
zantium and Venice, 233–235; zu Minotto *Maltezou, Ο θεσμός*, 109 f.

⁷¹ Vgl. Cessi/Sambin, *Le deliberazioni*, 254, Nr. 93 (Juni 1322): *Ambaxator mis-
sus ad Imperatorem Constantinopolis requirat satisfactionem XIIIII millium yper-
perorum, antequam incipiat tractatum, et alia plura capitula.*

⁷² Zu ihm siehe PLP 27218: Dieser kaiserliche *oikeios* wurde auch 1319 im
Zuge der Entsendung des Kaisersohnes und Markgrafen Theodoros nach Montfer-
rat geschickt, vgl. Dölger, *Regesten IV*, 75, Nr. 2417f. Im Jahre 1332 begab sich Sy-
ropulos zusammen mit Georgios Kleidas erneut nach Venedig zu einem Vertrags-
abschluss (siehe ebd., 149, Nr. 2784).

⁷³ Vgl. die Quietancia des Dogen Giovanni Soranzo an den Kaiser über die Be-
zahlung der Summe: DVL I, 195 f., Nr. 95. Allerdings gibt der Text nicht deutlich
zu erkennen, ob es sich tatsächlich um den Restbetrag der 40.000 Hyperper han-
delte, es heißt nur: *que dare et satisfacere uestrum debebat et tenebatur Imperium
pro quibusdam damnis illatis per gentem Imperij uestri certis fidelibus et subditis
nostris.*

⁷⁴ DVL I, 201, Nr. 98: *Item pro dampnis datis Venetis et subiectis illustri Duci
Venetiarum per gentem et subiectos Imperij nostri dabit Imperium nostrum yper-
perorum de auro duodecim milia ad terminum trium annorum incipientium ab
undecimo die prefati mensis Junij [...].*

⁷⁵ Thiriet, *Délibérations des assemblées I*, 187 f., Nr. 450 (Text ebd., 307); vgl. Ni-
col, *Byzantium and Venice*, 249.

⁷⁶ Siehe MM III, 106 (Nr. 25): Der Kaiser führt die Zahlungsverpflichtungen ei-
nerseits auf Schäden (ζημιά), verursacht von Untertanen des Imperiums, zurück,
andererseits darauf, dass dem Konsul von Thessalonike κατὰ τὸν τοῦ τρεβῶν
versprochene ὀσπέτια nicht gegeben worden seien.

⁷⁷ Im Januar 1335 beauftragten die Pregadi den Bailo Niccolò Pisani, den Kai-
ser daran zu erinnern, dass er sein vertragliches Zahlungsversprechen nicht er-
füllt habe. Wenn Pisani wiederholt nichts erreichen würde, solle er gegenüber dem
Kaiser oder dessen Vertretern feststellen *quod ipse dominus imperator violavit no-
bis treugas, non satisfaciendo et observando nobis sicut tenetur et promisit nobis
[...]* (trotz wiederholter Bitten und Mahnungen) und schließlich die Treugua auf-

Seit den vom Bürgerkrieg in Byzanz gezeichneten vierziger Jahren des 14. Jahrhunderts wird die notorische Zahlungsunfähigkeit der Kaiser hinsichtlich der nunmehr wieder anwachsenden venezianischen Forderungen dann auch in den Texten der Verträge selbst erkennbar: 1342 wurde die Summe der „*damna*“ auf 19.000 Hyperper festgelegt, von denen 4.000 unmittelbar ausbezahlt wurden, während sich der Basileus verpflichtete, die restlichen 15.000 Hyperper innerhalb von fünf Jahren zu je 3.000 Hyperper auszuzahlen.⁷⁸ Freilich war von diesen Raten bei der Vertragserneuerung 1349 nur eine geleistet worden, denn nun summieren sich 12.000 Hyperper alte und 22.000 Hyperper kriegsbedingte neue „Schulden“ zu 34.000 Hyperpern, wobei Ioannes VI. Kantakuzenos die Summe von 5.667 Hyperpern den Gesandten sofort auszahlen ließ und für den Restbetrag von 28.333 Hyperpern wiederum eine Begleichung in fünf Jahresraten versprach.⁷⁹ Doch bei der Erneuerung der Treuguae am 8. Oktober 1357,⁸⁰ nun wiederum mit Ioannes V. Palaiologos, standen diese 28.333 Hyperper weiterhin aus und wurden unmittelbar nur um 3.000 an die Gesandten ausbezahlte Hyperper reduziert – mit dem erneuten Versprechen von fünf Ratenzahlungen für die kommenden Jahre.⁸¹

kündigen (*denunciet, significet ac notum faciat quod ipsas treugas ex parte nostra non possumus, nolumus nec intendimus tenere, attendere nec servare*) und den Venezianern vor Ort sechs Monate zum Verlassen des byzantinischen Gebiets geben, vgl. Cessi/Brunetti, Le deliberazioni, 389, Nr. 727 sowie Venezia – Senato. Deliberazioni miste XVI, 425 f., Nr. 964 (Zitate).

⁷⁸ DVL I, 258, Nr. 132: *de quibus iam dedit et soluit eidem ambaxatori recipienti nomine dicti domini Ducis et communis yperpera quatuormillia, residuum uero quod est yperpera quindecimillia dare et soluere promittit eidem domino Duci et comuni Veneciarium hinc ad quinque annos proxime futuros, scilicet yperpera triamillia annuatim usque ad satisfactionem plenariam pecunie memorare.* Vgl. Ravegnani, Bisanzio e Venezia, 158.

⁷⁹ Vgl. DVL I, Nr. 171, hier 342 f.: Beide Kaiser (Ioannes V. und Ioannes VI.) verpflichteten sich und ihre Nachfolger zur Zahlung von *triginta quatuor millia yperperorum auri usualium Constantinopolis recti ponderis eiusdem*, wovon 22.000 Hyperper *pro dampnis datis per gentes et subditos imperii sui post dictarum nouissimarum treuguarum confectionem* zu zahlen waren.

⁸⁰ Diese Erneuerung beendete eine Phase beständiger Unsicherheit für die Venezianer in Konstantinopel seit der Durchsetzung Ioannes' V. in Konstantinopel 1355, in der der vorherige Vertrag von 1349 von byzantinischer Seite offenbar als ausgelaufen und nicht mehr bindend angesehen wurde: vgl. Thiriet, Régestes I, 80 f., Nr. 291. Der Volltext des Registers 27 der Deliberazioni Miste des Senats ist noch nicht ediert und leider auch nicht über die Digitalisate des „Progetto Divinire“ des Archivio di Stato di Venezia verfügbar. Siehe auch Nicol, Byzantium and Venice, 297.

⁸¹ DVL II, 39–43, Nr. 21, hier 40: *De quibus dictis viginti octo milibus trecentis triginta tribus yperperis dedit et soluit imperium nostrum dicto domino amb-*

Als jedoch 1363 durch die kaiserlichen Gesandten Theophylaktos Dermokaites und Konstantin Kaballaropoulos⁸² nach diversen Verhandlungen in Venedig ein neuer Vertrag über fünf Jahre – in Gestalt eines zweisprachigen *publicum instrumentum* des Dogen Lorenzo Celsi – vereinbart wurde,⁸³ betrug die Summe der ausstehenden *damna* immer noch 25.663 Hyperper, und bei 330 Hyperpern explizit ausgewiesener neuer Schulden ist evident, dass nach 1357 wiederum keine Rate mehr im vorgesehenen Modus beglichen worden war. Diesmal verpflichtete sich der Basileus *omnino et omni causa remota* 6.000 Hyperper bis zum kommenden Tag der Apostelfürsten (29.6.) zu zahlen, 4.000 weitere bis zum ersten Jahrestag des Vertrages und den gesamten Rest in den darauf folgenden zwei Jahren.⁸⁴ Doch die nächste, mit Ioannes V. 1370 in Rom ausgehandelte Vereinbarung⁸⁵ konstatiert wiederum 21.163 Hyperper (alter und neuer)

sciatori, stipulanti et recipienti nomine predicto, yperpera tria milia auri; residuum vero, quod est yperperorum viginti quinque milium trecentorum triginta trium, dare et soluere promisit per se et suos heredes et successores eidem illustri domino duci et communi Veneciarum usque ad quinque annos proximos, scilicet quintum dictorum yperperorum, ab hodierna die usque ad unum annum, et sic successive annuatim usque ad omnium predictorum satisfactionem plenariam, sub obligatione predicta.

⁸² Zu ihnen vgl. PLP 91760 (Dermokaites, belegt 1362–1366 als *katholikos krites ton Rhomaion* und 1367 auch als Gesandter an den Papst) und 10054 (Kaballaropoulos, er ist wohl nur durch die Legation sicher belegt). Neben ihnen fungierten drei weitere aus Konstantinopel stammende Personen als Zeugen: Manuel Sguropoulos, Sohn des Megas Hetaireiates (wohl identisch mit dem gleichnamigen Kydones-Freund und Prolateiner PLP 25028), der Kalogeros Joseph aus dem Peribleptos-Kloster (im PLP nicht identifiziert) sowie Manuel Kaloeidas (vielleicht identisch mit PLP 10565).

⁸³ Vgl. DVL II, 87–92, Nr. 53. Unabhängig von der singulären Aushandlung des Vertragsabschlusses in Venedig statt Konstantinopel erklärte das in den Treugua-Text inserierte Mandat der byzantinischen Unterhändler die Etablierung einer neuen Treugua *secundum consuetudinem et formam primarum treuguarum* zum Ziel (ebd., 88, Z. 1 f.). Zur Beurkundung des Vertrages in Gestalt zweier *consona instrumenta publica*, wobei die lateinische Fassung vom Notar Petrus quondam Jacobini, die griechische *manu Leonis notarij Carabi, filij condam Johannis Alfanii*, verfasst wurde, vgl. ebd., 91f.

⁸⁴ Ebd., 89f. Der erneute pauschale Erlass jedweder *gravamina*, die beide Seiten gegeneinander haben mögen (ebd., 90f.) ist ohne Veränderung aus früheren Treuguae übernommen.

⁸⁵ Zu den Verhandlungen des Kaisers mit den venezianischen Vertretern während seines Aufenthalts an der römischen Kurie siehe Halecki, Un empereur, 222–227. Die Wertung des sich 1370/71 anschließenden Aufenthalts des Basileus in Venedig ist aufgrund einer schwierigen Quellenlage umstritten, wobei Halecki (ebd., 227–231) diese Zeit zu einseitig als Erfolg des Kaisers versteht; aber auch die verbreitete Sicht, Ioannes V. gleichsam „reduced to the status of a prisoner of the Republic for debt“ zu sehen (so Barker, Manuel II, 11), scheint übertrieben und sachlich inkorrekt, vgl. die differenzierte Charakterisierung durch Loenertz, Jean V

Schulden und sah Jahresraten von 4.212 Hyperpern 14 ½ Karat vor,⁸⁶ während schließlich Ioannes VII. im *pactum* vom Juni 1390 immer noch 17.163 Hyperper *pro satisfactione dampnorum veterum* zu leisten hatte und in gewohnter Weise erneut die Bezahlung in fünf Jahresraten versprach.⁸⁷ Freilich währte seine Herrschaft über Konstantinopel nicht einmal hinreichend lange, um an die erste Rate erinnert werden zu können.⁸⁸ Und so blieb der 1390 festgehaltene Schuldbetrag unverändert bis zum Fall Konstantinopels (1453) bestehen, denn die mit großer Regelmäßigkeit abgeschlossenen Verträge des 15. Jahrhunderts beschränkten sich darauf, die Bestimmungen von 1390 mehr oder minder unverändert zu kopieren.⁸⁹

Paléologue à Venise, 218 und 225; das letztgenannte Werk ist zugleich die umfassendste Erörterung der Quellen zu diesem Venedig-Aufenthalt (zu benutzen aber mit den Modifikationen von *Chrysostomides*, John V Palaeologus in Venice, die zeigt, dass keineswegs sicher von einer negativen Rolle Andronikos' IV. als Grund für das Scheitern der Verhandlungen über Tenedos in Venedig ausgegangen werden kann). Siehe auch *Barker*, Manuel II, 12 f. (Anmerkungen); *Nicol*, Byzantium and Venice, 305–307.

⁸⁶ DVL II, 153f., Nr. 89. Ioannes V. erwähnt dabei, dass er 4.500 Hyperper (d. h. die Differenz zur Schuldensumme von 1363) bereits dem venezianischen Gesandten Jacopo Bragadin gezahlt habe. Zu Bragadins Mission in der ersten Jahreshälfte 1369 vgl. *Bertèle*, I gioielli della corona, 123 f.; *Thiriet*, Régestes I, 120, Nr. 469 f. Im Oktober 1370 wurde Bragadin neben anderen venezianischen Adligen erneut mit Verhandlungen mit Ioannes V. beauftragt, vgl. *Thiriet*, Régestes I, 124, Nr. 490.

⁸⁷ Vgl. DVL II, 226, Nr. 135. Darüber hinaus wurde festgehalten (227): *saluis semper et reservatis omnibus et singulis dampnis Venetorum non taxatis, quibus per presentem reformacionem treuguarum in aliquo non derogatur, et conuerso et saluis semper et reseruatis in integrum domino Duci et communi Veneciarium omnibus juribus et accionibus que et quas dominus Dux et commune Veneciarium habent*. Die Anmahnung neuer Schulden bei neuen Schädigungen bestand also grundsätzlich als Möglichkeit fort, kam aber effektiv nicht mehr zur Anwendung.

⁸⁸ Zur kurzen Herrschaft Ioannes' VII. von April bis September 1390 vgl. *Barker*, Manuel II, 68–79; *Nicol*, Byzantium and Venice, 329 f.; *Harris*, The End of Byzantium, 49 f.

⁸⁹ Zu dieser, mitunter anachronistisch wirkenden Konstanz der Verträge vgl. *Nicol*, Byzantium and Venice, 388 f. („To read the text of the last treaty between Byzantium and Venice is to read what was even then past history“). Jedoch gilt diese Konstanz für den Wortlaut nicht uneingeschränkt. So weisen selbstverständlich die Eingangspassagen der Urkunden situationsbedingt, etwa hinsichtlich des Status des venezianischen Unterhändlers als Gesandter des Dogen wie 1390 (vgl. MM III, 135) oder bevollmächtigter Bailo wie 1442 (MM III, 207), aber auch im Hinblick auf die Terminologie gewisse Unterschiede auf, die noch genauer zu betrachten wären. Insofern ist die Einschätzung von *Wirth*, Untersuchungen, 403, leicht zu modifizieren. In den Bestimmungen selbst dürfte erst ab 1406 eine weitgehend wörtliche Übereinstimmung gegeben sein, während sich zum Vertrag von 1390 noch Differenzen im Detail feststellen lassen. Markant betrifft das, wie schon Nicol gesehen hat, nur die Tenedos-Frage, vgl. dazu MM III, 141 bzw. DVL

Diese hier skizzenhaft in ihrer Entwicklung verfolgten finanziellen Forderungen der Markusrepublik hatten im Übrigen nichts zu tun mit einem weiteren byzantinischen Schuldenberg von mindestens 30.000 Dukaten, welcher auf ein 1343 vom Bailo an die Kaiserin-Regentin Anna von Savoyen ausgezahltes Darlehen gegen Verpfändung der „Kronjuwelen“ des Reiches zurückging.⁹⁰ In den Treuguae wurde das Bestehen dieser Schulden lediglich mit strenger Regelmäßigkeit erwähnt, die Rückzahlung der Summe (ggf. inklusive Zinsen) jedoch nicht eigens geregelt.⁹¹ Sie wurde in anderen Zusammenhängen mehrfach zum Objekt politischen Kalküls, besonders im Hinblick auf die von Venedig begehrte, strategisch außerordentlich wichtige Insel Tenedos am Eingang zu den Meerengen.⁹²

Das allmählich zur Regel gewordene Ausbleiben der in den Verträgen immer wieder mit konkreten Modalitäten fest vereinbarten Zahlungen zum Ausgleich venezianischer Schadenersatzansprüche dürfte hingegen anders zu interpretieren sein. Es kann zunächst als klares Indiz für die bekanntermaßen desaströse finanzielle Lage der letzten Palaiologenkaiser und ihres Reiches gewertet werden. Zugleich handelte es sich aber auch um eine permanente Nichterfüllung vertraglicher Zusagen, zumal die Verträge nicht nur das Bestehen der Gesamtschulden konstatierten, sondern stets aufs Neue einen konkreten, vom Kaiser zugesagten, doch nie eingehaltenen Zahlungsmodus vorsahen. Die Nichterfüllung der finanziellen Vereinbarungen wandelte sich daher im Laufe der Jahre von einer beanstandeten Unregelmäßigkeit⁹³ zur Regel; das wird auch daran

II, 228 (zu 1390) mit der pauschalen Klausel: περὶ δὲ τῶν ἔργων τῆς Τενέδου μηδεμίᾳ γενέσθω μνήμη κατὰ τὸ παρὸν, ἀλλὰ μενέτοσαν οὕτως ἐν μετεώρῳ, die ab MM III, 150 (1406) gebraucht wird. Untersuchungen zum Wortlaut der späten Verträge lassen sich gegenwärtig nur an den edierten griechischen Texten vornehmen, die lateinischen Fassungen liegen ab 1406 nicht mehr in Edition vor.

⁹⁰ Dazu ausführlich *Bertele*, I gioielli della corona, mit einem umfangreichen Dokumentenanhang; vgl. auch *Barker*, Manuel II, 443–445.

⁹¹ Vgl. beispielsweise DVL II, 90, Nr. 53 (1363): *Et saluis semper et reseruatis in integrum nobis duci et communi Veneciarum omnibus iuribus et actionibus, que et quas nos Dux et commune Veneciarum habemus [...] contra imperium in uno instrumento ducatorum triginta millium auri de sorte, prode, penis, expensis, et interesse, ac omnibus et singulis dependentibus ab eisdem, ut in instrumento continetur [...]. Dieses Instrumentum werde durch die Treugua mitnichten hinfällig, sondern firmum et integrum permaneat, sit et esse intelligatur.*

⁹² Vgl. dazu *Thiriet*, Venise et l'occupation de Ténédos, 224–228, 238 f. Zu den Verhandlungen über die Übergabe von Tenedos an die Serenissima im Jahre 1370 in Venedig und der Frage der venezianischen Zinsforderungen für das Darlehen von 1343 siehe *Chrysostomides*, John V Palaeologus in Venice, 79–83.

⁹³ So mahnten die Venezianer den Kaiser nach einem Beschluss des Senats vom 24. Januar 1345 noch höflich, aber deutlich, die eingegangenen Schulden (bezogen

deutlich, dass die venezianische Seite, jedenfalls nach 1390, kaum noch Schritte unternahm, um diesem Umstand Abhilfe zu schaffen. Der fortgesetzte, gleichsam einkalkulierte Vertragsbruch schwächte somit die gegenseitige Bindung beider Seiten nicht, sondern scheint vielmehr die Regularisierung der Beziehungen befördert zu haben;⁹⁴ dies legen die inhaltlich nicht länger veränderten, sondern nur noch sukzessiv erneuerten Vertragsschlüsse im Verlauf der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts nahe – obwohl auch in diesen Jahrzehnten zeitweise nicht geringe Spannungen bestanden.⁹⁵

Der Charakter der Verträge hatte sich im Verlaufe des 14. Jahrhunderts gewandelt, wobei die 1324 und 1332 noch alles überragenden „*damna*“-Bestimmungen zunehmend in den Hintergrund traten. Neue Schadensersatzforderungen wurden kaum noch erhoben, und auf Zinsforderungen für ausgebliebene Zahlungen verzichtete die Serenissima grundsätzlich. Für Venedig rückte stattdessen die Absicherung der wirtschaftlichen Privilegien seiner Bürger in Konstantinopel in den Mittelpunkt⁹⁶: Dass aber

auf die 30.000 Dukaten Kredit von 1343) umgehend zu begleichen, *quia terminus, sicut novit, jam dudum sit elapsus*; vgl. *Bertelè, I gioielli della corona*, 154f., doc. 9; DVL I, 287, Nr. 151; *Thiriet, Régestes I*, 56, Nr. 174. Auch die Gesandtschaft von 1361 sollte vom Kaiser zuerst die Zahlung der ausstehenden *damna*, wie in den vergangenen Treuguae enthalten, einfordern, vgl. *Venezia – Senato. Deliberazioni miste XXIX*, 521, Nr. 926.

⁹⁴ Die Annahme, dass die ausstehenden Forderungen beide Seiten in ihren Vertragsbeziehungen besonders banden, ist auf jeden Fall als Hypothese zu erwägen.

⁹⁵ Beispielsweise die Auseinandersetzungen um eine von Kaiser Manuel II. 1418 verhängte Steuer auf den Weinkonsum der Venezianer, die in Venedig scharfen Protest hervorrief, aber wohl dennoch in Kraft blieb, vgl. dazu *Chrysostomides, Venetian Commercial Privileges*, 308–311. Aber auch militärische Maßnahmen auf der Peloponnes, sowohl in den 1410er Jahren als auch im Zuge der byzantinischen Expansion in den 1420er Jahren, führten wiederholt zu Krisen des Verhältnisses, vgl. dazu u. a. *Thiriet, Régestes II*, 215, Nr. 1930, und 219, Nr. 1948 (April/Juli 1424); 242, Nr. 2049 und 244, Nr. 2065 (Februar/Juli 1427); 252, Nr. 2103 (August 1428) sowie 264, Nr. 2150 (Juli 1429). Die Problematik wird kaum beachtet bei *Nicol, Byzantium and Venice*, 358.

⁹⁶ Andere Handelsplätze auf byzantinischem Gebiet spielen nunmehr in den Privilegien keine explizite Rolle mehr. Die Verträge von 1277 und 1285 hatten hingegen noch Bestimmungen zu venezianischen Besitzungen in Thessalonike enthalten (Konzession der armenischen Kirche und einiger Häuser in ihrer Nähe) sowie die Bestimmung, dass Venezianer in anderen Orten des Reiches Häuser, Backstätten und andere Immobilien frei erwerben dürfen, vgl. *Pozza/Ravegnani, I trattati*, 89f., Nr. 7, cap. 4; 139f., Nr. 10. In den verknappten Verträgen seit 1302 wurden dann keine Bestimmungen zur venezianischen Präsenz an anderen Orten mehr neu formuliert, allerdings berief sich der Bailo Marco Minotto in seinen Klagen über den Kaiser darauf, siehe DVL I, 164, Nr. 80. Explizite Verweise auf andere Orte als Konstantinopel kehrten aber auch im Dokument von 1363 nicht zurück in die Verträge, obwohl die Bestimmungen zum Hausbesitz sich generell auf pos-

auch Weinausschank und Hausbesitz, Getreidehandel und Zollerhebung, die in den Verträgen teils sehr detailliert geregelt wurden, auf unterschiedliche Auslegungen durch beide Seiten stößen und daher oft zum Vorwurf nicht vertragsgemäßen Handelns führen konnten, hat Julian Chrysostomides in seinem fundamentalen Aufsatz zu den Privilegien der Venezianer eingehend aufgezeigt.⁹⁷ In diesen Konflikten zeigte Venedig stets Härte und beharrte auf der strengen Fortgeltung der einmal gewährten Rechte,⁹⁸ um fallweise die eigene Bereitschaft zu Konzessionen gegenüber den Griechen dann besonders herauszustellen.⁹⁹ Dies geschah etwa in der vom Dogen ausgestellten Treugua¹⁰⁰ vom März 1363: Obwohl

sessiones in Constantinopoli et in imperio beziehen (DVL II, 88). Zur venezianischen Präsenz in Thessalonike während des 14. Jahrhunderts siehe *Thiriet*, Les Vénitiens, 323–332.

⁹⁷ *Chrysostomides*, Venetian Commercial Privileges, 290–298 (zum Hausbesitz), 298–311 (zum Weinhandel) und 312–327 (zum Getreidehandel); zu diesem auch *Minne*, À propos des priviléges, 238–241.

⁹⁸ Vgl. die Einschätzung von *Chrysostomides*, ebd., 275: „the Venetians behaved as if these privileges were sacrosanct and consequently their clauses could not be altered.“

⁹⁹ Das betont auch *Chrysostomides*, Venetian Commercial Privileges, 274, schränkt jedoch ein: „These concessions however were not important enough to have any effect on the economy of Constantinople.“ Die yieldiskutierte Frage, welche Folgen die lateinische kommerzielle Hegemonie auf die byzantinische Wirtschaft in der Spätzeit hatte, kann hier nicht thematisiert werden, vgl. dazu beispielsweise die Stellungnahme von *Balard*, *Les hommes d'affaires*. Zu einer Neubewertung des Handels auf Basis agrarischer Erträge im späten Byzanz nunmehr grundlegend *Estangii Gómez*, Byzance, bes. 499–529.

¹⁰⁰ Dieser Vertrag stand durchaus im Horizont gespannter Beziehungen: Einerseits hatte Ioannes V. seine Schulden aufgrund des Darlehens für die Kronjuwelen ebensowenig bezahlt wie weitere 5.000 Dukaten, die ihm 1352 im Gegenzug für die von Venedig begehrte Insel Tenedos (*omnia castra, fortitias, rura, loca et personas spectantia et pertinentia quoquomodo insule Tenedi*) in Ainos offeriert worden waren (siehe DVL II, 17f., Nr. 8). Im Jahre 1362 waren die Kronjuwelen nach Negroponte gebracht worden und hätten dem Kaiser gegen die Übergabe von Tenedos übergeben werden sollen, doch diese Lösung kam letztlich nicht zustande, siehe *Bertele*, I gioielli della corona, 119–121. Andererseits hatte der Senat schon am 30. Januar 1361 eine Beschwerde-Gesandtschaft an den Basileus wegen Gewalttaten seiner Untertanen gegenüber Venezianern beschlossen, vgl. *Venezia – Senato. Deliberazioni miste XXIX*, 490–492, Nr. 881; vgl. *Thiriet*, Régestes I, 97, Nr. 369. Die Angriffe (*excessum enormem ac homicidia, iniuris et offendiones*) waren demnach teils *super galeis nostris Romanie* offenbar von Gasmulen (vgl. 492, zum Problem der Identität der Gasmulen vgl. *Jacoby*, Vénitiens naturalisés, 221–224; *Makris*, Gasmulen, bes. 48–63) verübt worden, auch waren einige venezianische *nobiles et populares* in einer Kirche ermordet worden. Doch der Gesandte sollte sich ebenso über fortwährende Übergriffe kaiserlicher Beamter beschweren, die von venezianischen Kaufleuten *contra formam treuguarum* unzulässige Abgaben erhöben (491). Am 16. März wurden die Instruktionen nochmals erweitert

den Venezianern aus den alten wie neuen Treuguae unzweifelhaft das Recht zustehe, frei Häuser, Gärten und Grundbesitz in Konstantinopel zu erwerben, bestimmte der Doge *per uiam curialitatis et amoris*,¹⁰¹ dass seine Bürger für die Geltungsdauer des Vertrages keine solchen Käufe mehr tätigen, dafür jedoch die bereits erworbenen Besitzungen ohne kaiserliche Steuerforderungen in ihren Händen bleiben sollten.¹⁰² Weil der Kaiser aufgrund der vielen abgabenfreien venezianischen Weinschenken in Konstantinopel über Einnahmeverluste geklagt hatte, wurde deren Zahl für die nähere Zukunft auf 15 begrenzt.¹⁰³ Zudem akzeptierte der Doge den Wunsch des Kaisers, dass der Bailo künftig keine Griechen mehr zu *Veneti* machen solle, damit diese die sonst obligatorische Zahlung des *commercium* für ihre Geschäfte nicht mehr umgehen konnten.¹⁰⁴ Mit seinen später auch in die Verträge von 1370 und 1390 übernommenen¹⁰⁵ Konzessionen reagierte Lorenzo Celsi offenkundig auf ei-

(Venezia – Senato. Deliberazioni miste XXIX, 520–525, Nr. 926–932; vgl. *Thiriet, Régestes I*, 98, Nr. 372), wobei der Senat eingestehen musste, dass auch Griechen durch Venezianer im Hafen von Konstantinopel geschädigt worden waren, und daher zu Kompensationszahlungen bereit war (521f.). Dass die Belastung der Beziehungen schnell beigelegt werden konnte, scheint sich aus einem von *Maltezou, Ο Θεσμός*, 143, publizierten Dokument aus den Akten des Bailo von Konstantinopel zu ergeben.

¹⁰¹ DVL II, 88, Nr. 53: *Quod licet nos Dux et commune Veneciarum manifeste habeamus ex forma treuguarum nouarum et veterarum [sic!] quod liceat nostris emere libere domos, campos, zardinos et possessiones in Constantinopoli et in imperio, tamen, cognoscentes statum presentem imperij sui, ut cognoscat bonam dispositionem nostram ad eius conseruationem, prouidimus per uiam curialitatis et amoris complacere sibi in hunc modum [...].* Zum Hausbesitz von Lateinern am Bosporus vor 1204 siehe *Maltezou, Les Italiens*, 177–191; zur Situation in der Palaiologenzeit auch *Matschke, Grund- und Hauseigentum*, 243f., 252–255.

¹⁰² Vgl. DVL II, Nr. 53, 88.

¹⁰³ Ebd., 88f.: *quod usque ad terminum presentium treuguarum ordinabimus quod nostri Veneti habeant solum in Constantinopoli tabernas quindecim et omnes alie remoueantur; in quibus tabernis ordinatis nostri Veneti possint uendere vinum cuiuscumque manerie ad minutum in quacumque quantitate sine ulla nouitate uel grauitate ullo modo fienda per dominum imperatorem uel alios eius nomine.* Zum Hintergrund der Problematik des Weinhandels in diesen Jahrzehnten vgl. *Chrysostomides, Venetian Commercial Privileges*, 299–304; *Nicol, Byzantium and Venice*, 292f.; zum kommunalen Rechtsstatus der venezianischen Tavernen, von dem auch griechische Wirte als „*Vénitiens naturalisés*“ profitierten, siehe *Jacoby, Vénitiens naturalisés*, 225–226.

¹⁰⁴ DVL II, 89. Zu diesem Bürgerstatus und zur byzantinischen Opposition gegen die venezianische Vergabapraxis siehe *Jacoby, Vénitiens naturalisés*, 218–220, 224f., 232–234.

¹⁰⁵ Vgl. DVL II, 152f. und 225f. Dem venezianischen Gesandten Andrea Grade-nigo wurde 1375 aufgetragen, sich zunächst um eine Erneuerung des Vertrages ohne Verlängerung dieser Konzessionen zu bemühen, jedoch nachzugeben, wenn

nige Forderungen, die Ioannes V. im Vorjahr durch seinen Gesandten Andronikos Oinaiotes übermittelt hatte,¹⁰⁶ wobei sich die byzantinische Seite ebenso auf den Wortlaut einzelner Bestimmungen der Treuguae (*per formam treuguarum*) berufen hatte. Der Vertragstext bzw. dessen korrekte Auslegung bildete mithin nicht nur für die venezianische, sondern auch die griechische Seite den entscheidenden Referenzpunkt für die Artikulierung ihrer Interessen.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass Ioannes V. den Dogen um Kopien der Texte jener Treuguae bitten ließ, die *tribus primis vicibus inter ipsos* abgeschlossen worden seien. Diese Texte seien dem Kaiser nämlich im Verlauf unruhiger Jahre (*propter multas mutationes quas fecit imperium*) verloren gegangen,¹⁰⁷ er wolle jedoch wegen der zwischen ihm und dem Bailo bestehenden Differenzen genau wissen, was er einzuhalten habe.¹⁰⁸ Vermutlich waren damit nicht die ersten Verträge aus der Regierungszeit Ioannes' V. (1342, 1349 und 1357) gemeint, sondern die ausführlichen Verträge am Beginn der Serie (1268, 1277, 1285), wie es der Verweis auf die Knappheit der *treugue noue* nahelegt. Auf jeden Fall aber zeigt sich hier der hohe Stellenwert abgelaufener Vertrags-
texte, deren Einzelbestimmungen nicht mehr wörtlich in jeden neuen Vertrag übernommen wurden.

Gleichwohl blieben die Beziehungen zwischen Byzanz und Venedig in der Spätzeit der ebenso langen wie unruhigen Herrschaft Ioannes' V. (1354–1391) nicht von Brüchen verschont: so erzielte der venezianische

so keine Vereinbarung zu erzielen sein sollte, siehe *Chrysostomides*, Venetian Commercial Privileges, 348, doc. 13 mit Verweis darauf, dass diese Konzessionen eigentlich *solum durare debebant usque ad complementum dictarum treuguarum*.

¹⁰⁶ Vgl. den Text der *capitula ambaxiate* des Oinaiotes nach den Libri Commemorali, in: DVL II, 82–85, Nr. 49. Als signifikanter Fall eines Byzantiners, der für sich in Konstantinopel die Privilegien eines Venezianers in Anspruch nehme, wird ein *Manoli prothouestarius natus in Constantinopoli et grecus* aus Mesembria angeführt, siehe auch *Chrysostomides*, Venetian Commercial Privileges, 283. Zu Oinaiotes PLP 21024.

¹⁰⁷ DVL II, 83, Nr. 49: *Primo quod dominus imperator constantinopolitanus [...] misit ipsum ambaxatorem suum ad requirendum sibi dari in scriptis formam treuguarum tribus primis vicibus inter ipsos celebratarum. Et hoc, quia idem dominus imperator ipsas non habet propter multas mutationes quas fecit imperium.*

¹⁰⁸ Vgl. ebd.: *et propter multas differentias surgentes inter baiulum nostrum et dominum imperatorem in facto franchisiarum quas Veneti habere debent in suo imperio, uellet ipsas habere [d. h. die Kopien], ut sciret quod habeat obseruare, quoniam treugue noue quasi nullam aliam mentionem faciunt, nisi quod confirmant antiquas; quoniam per libertatem quam habet a domino suo, domino imperatore, potest aquiescere hijs omnibus que sibi rationabilia videbuntur, et ipsa confirmare, contenta videlicet in treuguis ipsis.*

Gesandte Andrea Gradenigo 1375 in Konstantinopel nicht die erwünschte Erneuerung der Verträge,¹⁰⁹ was die Venezianer im Folgejahr zum Einsatz einer Flotte unter Marco Giustinian veranlasste, die Ioannes V. schließlich eine neue Treugua abnötigte.¹¹⁰ Als diese auslief, schien sich die Ausgangslage von 1375 zu wiederholen: Obwohl sich Ioannes V. gegen die Rebellion seines Sohnes Andronikos IV. letztlich nur mit Hilfe der Venezianer (und Türken) hatte behaupten können,¹¹¹ ließ er die Mission des Pantaleon Barbo 1381/82 ins Leere laufen.¹¹² Auch mit dem 1383/84 folgenden Legaten Ludovico Contarini kam es zu keiner Einigung. So ließ Ioannes V. den Dogen Antonio Venier in einem Schreiben vom 12. Juni 1384 wissen, dass ein neuer Vertrag *propter duritiam et uerba dishonestissima ambaxiatoris predicti* nicht erreicht worden sei. Contarini habe vor dem Kaiser weder offen und friedfertig verhandeln noch den Beamten des Kaisers seine Forderungen schriftlich übergeben wollen und sich stattdessen in Drohungen und Beschimpfungen ergangen.¹¹³ Gleichwohl bekundete Ioannes V. seinen Willen *quod omnes Veneti habeant iura sua et honores, sicut unquam habuerint*.¹¹⁴ Damit dürfte er sich indirekt auf

¹⁰⁹ Zu Gradenigos Instruktionen siehe *Thiriet, Régestes I*, 136 f. Nr. 551–553 und *Chrysostomides, Venetian Commercial Privileges*, 345–348, doc. 13. Nach dem Scheitern der Gesandtschaft benannte der venezianische Senat im November 1375 eine Kommission von 5 *sapientes*, um unter Beteiligung Gradenigos die Lage der Romania zu sondieren (*Thiriet, Régestes I*, 140, Nr. 567).

¹¹⁰ Zu diesen Vorgängen vgl. *Chrysostomides, Studies on the Chronicle*, 148–153; *Nicol, Byzantium and Venice*, 309–312; *Ravegnani, Bisanzio e Venezia*, 166 f. Auch 1375 bestanden bereits Vorwürfe über die schlechte Behandlung der Venezianer durch kaiserliche Beamte, die noch im 15. Jahrhundert mitunter zu finden sind. Ausschnitte aus dem Text von Giustinians Instruktionen bei *Chrysostomides, Venetian Commercial Privileges*, 349 f., doc. 14 (März 1376): darin wurde Venedigs Beharren auf der Geltung der Verträge und auf seinen implizierten Rechten betont – so im Hinblick auf den Weinhandel in Konstantinopel: *quia tregue sunt clare et aperte et sic semper servatum fuit et quod bene cognoscimus quod istud dicere de stando iuri non est aliud quam velle ducere factum in longum et rumpere libertates et franchisias nostras*. Die Instruktionen sahen im Fall einer permanenten Weigerung Ioannes' V. einen respektvollen Besuch Giustinians bei Murad I. und die Bitte um Einrichtung einer Kolonie in dessen Gebieten vor (siehe *Thiriet, Régestes I*, 143, Nr. 575).

¹¹¹ Vgl. dazu *Nicol, Byzantium and Venice*, 320; *Barker, Manuel II*, 32–35.

¹¹² *Nicol, Byzantium and Venice*, 322 mit Verweis auf die entsprechenden Regesten.

¹¹³ DVL II, 192 f., Nr. 115: [...] *qui neque coram nobis noluit honeste et pacifice facta communis agere, neque cum nobilibus et sapientibus nostris, nec petitiones suas tradere in scriptis nobilibus nostris qui commissionem habebant tractandi cum eo, [...] semper cum minis suis et verbis duris et vituperosis contra nos et nos-tros prodecdebant*.

¹¹⁴ Ebd., 193.

sein früheres Schreiben vom 25. November 1383 an den Dogen¹¹⁵ bezogen haben: Denn als sich damals bereits das Scheitern der Verhandlungen abzeichnete, hatte sich Ioannes V. nicht nur in ähnlicher Weise über Contarini beklagt, der die Erneuerung der Treugua verweigert habe, sondern auch in gleichsam urkundlicher Weise versprochen: „[...] halten und bestätigen wir alle vorangegangenen Treuguae und bekräftigen den Frieden und die *amicitia* mit euch und halten sie ein, als wäre eine Treugua vereinbart worden.“¹¹⁶ Alle Venezianer sollten auf byzantinischem Gebiet ohne Hindernisse ihren Geschäften nachgehen und ihnen sei das stetige Wohlwollen des Kaisers sicher.¹¹⁷ Ioannes V. hatte sein Schreiben mit der bemerkenswerten Formulierung *ideo presentes nostras imperiales litteras vigorem treuguarum habere uolumus* geschlossen. In gewisser Weise hatte der Palaiologe damit in einer latenten Krisensituation der Beziehungen den alten Gratiamodus einseitiger Privilegierung wiederbelebt und zugleich gegenüber den Forderungen des Gesandten, unter anderem die Integration weiterer Schadensersatzforderungen in die Treuguae betreffend, eine rote Linie gezogen.¹¹⁸ Dieser Ausgang der Verhandlungen muss nicht als vollständiges Scheitern verstanden werden: Einerseits wa-

¹¹⁵ Dieses Schreiben ist gleichfalls ediert in DVL II, 196 f., Nr. 117, jedoch wurde das in der Form *die vigesimo quinto Nouembris, inductione septima* gegebene Datum falsch zu 1384 aufgelöst (Indiktionswechsel im September nicht beachtet). Korrekt datiert bei *Predelli, Commemorali*, III, 166, Nr. 168. Dass das Schreiben von 1383 datieren muss, wird zudem durch seine Erwähnung in einer Senatsverhandlung vom 20. Januar 1384 (=1383 m.v.) bezeugt: Archivio di Stato di Venezia, Senato, Deliberazioni Miste 38, fol. 94r: *Domino Imperatori constantinopolitano scribatur per literas nostras quod recepimus literas excellencie sue, datas Constantinoli die 25 mensis novembris quas plene intelleximus [...]* (vgl. Thiriet, Régestes, I, 161 f., Nr. 665). Der Brief ist trotz seines prominenten Editionsortes auch von Dölger, Regesten, V, hier 69 f. übersehen worden.

¹¹⁶ DVL II, 197, Nr. 117: *Idcirco scribimus et notificamus vobis, quod licet ambaxiator predictus noluit et renuit treuguam fieri propter dictas occasiones, nos tam tenemus et confirmamus omnes preteritas treugas, et confirmamus pacem vestram et amicitiam, et tenemus ac si treugua fuisset facta.*

¹¹⁷ Ebd.: *Et quod omnes uestri Veneti, qui sunt in partibus nostri imperij faciant negotia sua libere sine aliquo obstaculo, et sic debent facere in antea secundum formam treuguarum et secundum consuetudinem, et habebunt illam affectionem et amorem ab imperio nostro, quam consueuerunt habere ab antiquo [...].*

¹¹⁸ Vgl. ebd., 196: Contarini habe darauf bestanden, *quod scriberetur in treuguis, quod imperium teneretur ad commune Veneciarum ad illa que dicunt quod amblata (sic) sunt Venetis ab imperatore domino Andronico [...]*. Freilich dürfte sich Contarini damit streng an seine Instruktionen gehalten haben, denn im Januar 1384 sah der Senat keinen Grund zur Kritik an dessen Verhandlungsführung, sah es aber als wahrscheinlich an, dass Contarini *non obtinuerit nostram intentionem sibi commissam circa factum treuguarum* (Archivio di Stato di Venezia, Senato, Deliberazioni Miste 38, fol. 94r).

ren die traditionellen rechtlichen Grundlagen für die venezianische Präsenz am Bosporus durch den Palaiologen weiterhin garantiert worden, so dass sich die vermeintliche Lücke zwischen dem Vertrag von 1376 und demjenigen von 1390 zwar nicht durch eine weitere Treugua, aber doch durch diese eigentümliche „Erneuerung“ schließt. Die venezianischen Entscheidungsträger sahen wohl auch deshalb im Januar 1384 keine Notwendigkeit, noch zwingend einen erfolgreichen Ausgang der Mission Contarinis herbeizuführen und wollten erst später über Konsequenzen beraten.¹¹⁹ Andererseits mag die Situation von 1384 letztlich durchaus wegweisend gewesen sein für die ab 1390 so charakteristische inhaltliche Konstanz der Treuguae, was einer indirekten Durchsetzung der byzantinischen Haltung gleichkäme.

Konklusion

Die umfangreichen Texte der Verträge, das Oszillieren ihrer formalen Gestalt zwischen östlichen und westlichen Urkundentraditionen,¹²⁰ die ebenfalls Wandlungen (zwischen gestaffelter bzw. einmaliger Beeidung) unterliegenden Verfahren von Vertragsschluss und Garantie¹²¹ sowie ihre

¹¹⁹ Vgl. im Verhandlungsprotokoll des Senats (ebd.) die Aufforderung an Contarini, bei weiterer Erfolglosigkeit dem Kaiser mitzuteilen, *qualiter dominatio nostra est multum grauata de modo seruato per excellentiam suam et de longa mora*, und sodann Konstantinopel schnell zu verlassen. *Postea uero in processu temporis prouidebitur, sicut videbitur isti consilio pro bono nostro et mercatorum nostrorum.* Ein Bruch war jedoch nicht intendiert, denn der Senat verfügte auch, dass ein neuer Vizebailo für Konstantinopel gewählt werden sollte.

¹²⁰ Eine eingehende diplomatische Untersuchung der Verträge, nicht nur der im Archivio di Stato di Venezia erhaltenen byzantinischen Originalurkunden, ist nach wie vor ein Desiderat. Methodisch müsste sie sich an der wegweisenden Studie von Pieralli, La corrispondenza, 33–106, orientieren: vgl. ebd., 70–75 zu den Verträgen mit den Seerepubliken, wobei auch Pieralli eine starke Prägung durch lateinische Urkundentraditionen konstatiert. Zu berücksichtigen sind auf jeden Fall auch notarielle Urkundentraditionen, besonders in den als *publicum instrumentum* bezeichneten Verträgen zwischen 1342 und 1363 (vgl. oben Anm. 24).

¹²¹ Das anhand der überlieferten Gesamtdokumentation jeweils mehr oder weniger deutlich erkennbare Prozedere von Verhandlungen und Vertragsschluss und die jeweilige Rolle der Urkundenaussteller wären unbedingt genauer zu untersuchen: Für das späte 13. und frühe 14. Jahrhundert ist grundsätzlich ein gestaffeltes Verfahren mit der separaten, zeitlich aufeinander folgenden Beeidung und Ausstellung von Eidurkunden durch Kaiser und Dogen anzunehmen, deutlich sichtbar anhand der beiden Dogenurkunden von 1268 (*Pozza/Ravegnani*, I trattati, Nr. 4) und 1302 (DVL I, Nr. 7). Dieses dürfte in der Nachfolge des sog. „zusammengesetzten Vertragsverfahrens“ nach Heinemeyer, Verträge, 94–157 (detailliert) und 158f. (zusammengefasst) stehen, dessen teils postulierte Bestandteile jedoch auch für das 12. Jahrhundert noch einmal kritisch gesichtet werden müssten. Am

in diesem Beitrag nur knapp beleuchteten, je spezifischen politischen Kontexte böten noch reichlich Stoff für weitere Betrachtungen. Doch stattdessen sei hier eine kurze Konklusion gewagt: Die lange Geschichte der byzantinisch-venezianischen Verträge in der Palaiologenzeit war von zahlreichen Konflikten begleitet, in denen beide Seiten Anlass fanden, die Vertragstreue ihrer Partner zu bezweifeln. Die ersten Verträge, aus der Situation offener Feindschaft entstanden, hatten derartige Vertragsverletzungen bzw. -verstöße auch terminologisch deutlich vom expliziten Vertragsbruch als dem Aufkündigen des Bindungsverhältnisses unterschieden. Durch die prinzipielle Fortgeltung der Verträge über die explizit vereinbarte Geltungsdauer hinaus und durch das Mittel der sechsmonatigen Kündigungsfrist wurde ein subtiles Gleichgewicht zwischen den Vorteilen temporärer Geltung, die größere Handlungsspielräume zur situativen Adaption eröffnete, und dem Gewinn langfristiger Rechtssicherheit erzeugt. Derartige Klauseln kamen zwar seit Mitte des 14. Jahrhunderts nicht mehr explizit zur Anwendung, scheinen aber implizit weiterhin beachtet worden zu sein, denn der Rhythmus tatsächlicher Vertragserneuerungen wichen auch weiterhin teils deutlich von den vereinbarten Geltungszeiträumen ab, ohne dass dadurch erkennbar vertragsfreie Zeiträume entstanden wären. Der Zustand vertraglicher Bindung bildete mithin trotz aller Unregelmäßigkeiten die Grundnorm, obwohl die bis zuletzt beibehaltene Bezeichnung der Texte als *treugue/trebai* den konfrontativen Ursprung dieser Partnerschaft am Bosporus stets in Erinnerung hielt und manche Situationen noch in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die alte agonale Beziehung gleichsam zu aktualisieren

anderen Ende des zeitlichen Spektrums steht seit 1390 klar die einmalige Urkundenausstellung (in zwei zweisprachigen Exemplaren) und Vertragsbeeidigung jeweils in Konstantinopel durch den Kaiser sowie die zur Beeidung bevollmächtigten Vertreter der Republik, vgl. den Eidpassus im Vertrag von 1390, DVL II, 228f.: *Que omnia et singula suprascripta nos Imperator [...] in presentia prefati domini ambaxiatoris sindici et procuratoris, et idem dominus ambaxiator, sindicus et procurator, nomine domini Ducus et communis Venetiarum [...] jurauimus et promissimus vicissim firma et rata predicta omnia habere [...]* und die danach folgende Erwähnung der Exemplare. Dem Kaiser wurde dabei ein inhaltlich identisches Exemplar der Treugua übergeben, welches jedoch statt des kaiserlichen Siegels das Siegel des Heiligen Markus trug, als Zeichen der Bekräftigung des Vertrages duch das *Commune Venetiarum* und den Gesandten bzw. Bailo, so explizit in der griechischen Fassung von 1406 und den späteren, vgl. MM III, 152: ἔχοντες παρ' ἡμῖν ἑτέρας ὁμοίας τρέβας τὴν αὐτὴν περιληφτινήν ἐχούσας καὶ κατοχυρωμένας τοῦ κουμουνίου Βενετίας καὶ τοῦ εἰρημένου κυροῦ ἀποκρισιαρίου καὶ συνδίκου βούλλη κηρίνη τῆς τοῦ ἄγιου Μάρκου εἰκόνος ἐντετυπωμένης. Ein im wesentlichen analoges Procedere zeichnet sich schon 1370 in Rom ab (DVL II, 155f.), für die Zeit zuvor wäre der Übergang zwischen beiden Verfahren noch herauszuarbeiten. Der Präzisierung bedürften dazu auch einige Annahmen von Dölger, Vertrag, 236–244.

schienen. Vergangene Vertragsverletzungen kamen in den Vertragstexten selbst praktisch nie zur Sprache, nicht einmal im gravierenden Fall eines faktisch vollständigen Vertragsbruchs, wie er allen drei Vertragserneuerungen in der früheren Regierungszeit Andronikos' II. jeweils vorausging: 1285 und 1310 durch das Paktieren Venedigs mit den lateinischen Titularkaisern¹²² und 1302 durch den genuesisch-venezianischen Krieg, in den auch das Kaiserreich der Palaiologen involviert war.¹²³ Stattdessen suggerieren die in den Verträgen oft explizit evozierten Vorläufer und die Fortgeltung ihrer Bestimmungen eine ungebrochene Kontinuität vertraglicher Beziehungen, so dass die Regularisierung dieser Bindungen zum 15. Jahrhundert hin sicher keinen Zufall darstellt. Die sukzessive Schwächung des Palaiologenreichs ging mit der Stabilisierung seiner Beziehungen zur Serenissima einher, und als Stabilisator dürften dabei auch die permanent offenen finanziellen Forderungen Venedigs gewirkt haben: So war es paradoxerweise die damit einhergehende stetige Verletzung der immer wieder erneuerten Vertragsbestimmungen, die beide Seiten zusätzlich aneinander band. Denn gerade im Umgang mit dem perennisierten Vertragsbruch zeigte sich trotz aller Konflikte und bewussten oder unbewussten Verstöße doch auf beiden Seiten durchaus ein Bewusstsein für die verpflichtende Wirkung der Vertragsnormen: Die *fides Grecorum* scheint in venezianischen Augen letztlich an Stabilität gewonnen zu haben, und auch bei den Venezianern war der Appetit auf ein neues lateinisches Kaisertum recht bald dem Bewusstsein für die Vorteile stabiler Beziehungen zu einem immer schattenhafteren Imperium an der Drehscheibe zwischen Europa und Asien gewichen.

¹²² Zur Situation vor 1285 vgl. oben bei Anm. 53. Der Vertragserneuerung von 1310 ging 1306 ein Bündnis zwischen dem Dogen und Karl von Valois, dem Bruder Philipps IV. von Frankreich und Gatten der Titularkaiserin Katharina von Courtenay, zur Rückgewinnung Konstantinopels voraus, vgl. DVL I, 48–53, Nr. 27; siehe auch Nicol, Byzantium and Venice, 225 f.; Laiou, Constantinople, 204–207; Jostkleigrewe, *heres imperii Constantinopolitani*, 170–172; Carr, Merchant Crusaders, 28 f.

¹²³ Vgl. Nicol, Byzantium and Venice, 220; Laiou, Constantinople, 106–111.

Anhang

Tabelle 1

Übersicht über die venezianisch-byzantinischen Verträge der Palaiologenzeit

(verwendete Abkürzungen: DVL, MM, TT – siehe Quellenverzeichnis; PR = *Pozza/Ravegnani*, I trattati; Pieralli = *Pieralli*, La corrispondenza; Not. = kein Volltext, nur regestenartige Notiz ediert; * Sonderfall [siehe Bemerkungen])

Jahr, Datum/ Ort	Aussteller (Regest bei Dölger)	Griech. Text (Edition)	Lat. Text (Edition)	Geltungs- dauer	Bemerkungen
1265, 18. Juni/ Kpl.	Michael VIII. (1934)	PR, 27–47 (Nr. 2)/ Pieralli, 185– 197/ MM III, 76–84 (Nr. 20)/ TT III, 62–77 (Nr. 355A)	PR, 27–47 (Nr. 2)/ Pieralli, 198– 204/ TT III, 77–89 (Nr. 355 B)	un- befristet	Nicht ratifiziert, Original griech; lat. Übersetzung wohl von einem Übersetzer in Kpl. (vgl. Pieralli, 101–103); venez. Gesandte: Gia- como Dolfin/Gia- como Contarini
1268, 4. April/ Kpl.	Michael VIII. (1960)	–	(nicht überliefert)	5 Jahre	Nur lateinisch in- seriert in der do- galen Ratifica- tion; venez. Ge- sandte: Marco Bembo/Pietro Zeno
1268, 30. Juni/ Ven.	Raniero Zeno, Doge		PR, 57–65 (Nr. 4)/ TT III, 92–100 (Nr. 358)		dogale Ratifica- tion; byz. Ge- sandte: Georgios Tzimiskes/Geor- gios Kaladikas
1277, 19. März/ Kpl.	Michael VIII. (2026)	PR, 80–110 (Nr. 7)/ Pieralli, 267– 289/ MM III, 84–96 (Nr. 21)	PR, 80–107 (Nr. 7)/ Pieralli, 289– 301/ TT III, 133– 149 (Nr. 368)	2 Jahre	Originalurkunde griech.; separate lateinische Über- setzung durch Notar Ogerius in Kpl.; venez. Ge- sandte: Marco Bembo/Matteo Gradenigo
1277, 8. Juli/Ven.	Giacomo Contarini, Doge		PR, 124 f. (Nr. 9)		dogale Ratifica- tion; byz. Ge- sandte: Theodo- sios <i>princeps/Si- mon magister</i>

Jahr, Datum/ Ort	Aussteller (Regest bei Dölger)	Griech. Text (Edition)	Lat. Text (Edition)	Geltungs- dauer	Bemerkungen
1285, 15. Juni/ Kpl.	Andronikos II. (2104)	–	PR 135–150 (Nr. 10)/ TT III, 322– 339 (Nr. 378)	10 Jahre	kaiserliche Ur- kunde nur in La- tein ausgefertigt; venez. Gesandte: Angelo Marcello/ Marco Zeno
1285, 28. Juli/Ven.	Giovanni Dandolo, Doge		PR 151–165 (Nr. 11)/ TT III, 339– 353 (Nr. 379)		dogale Ratifika- tion; byz. Ge- sandte: Metrop. Demetrios Eirene- kos v. Mytilene/ Konstantinos <i>Fis- comalus</i>
1302, Sept/Kpl.	Andronikos II. (2247)	–	(nicht überlie- fert)	10 Jahre	nur erwähnt in der dogalen Rati- fikation; venez. Gesandter: Bel- letto Giustinian
1302, 4. Okt./Ven.	Pietro Gra- denigo, Doge		DVL I, 12–16 (Nr. 7)		dogale Ratifika- tion; byz. Ge- sandte: Maximos, Archimandrit/Ge- orgios Koronios.
1303, 7. März/Kpl.	Andronikos II. (2251)		DVL I, 16–19 (Nr. 8)		kaiserliche Ratifi- kation; nur kopial lateinischer Text; venez. Gesandter: Ugolino Giusti- nian
1310, 14. Aug./ Kpl.	Andronikos II. (kein Re- gest)	–	(nicht überlie- fert)	12 Jahre	nur erwähnt in der ksl. Ratifika- tion; venez. Ge- sandte: Iacopo Querini/Gabriele Dandolo, Bailo
1310, 3. Okt./Ven.	Pietro Gra- denigo, Doge		DVL I, 82 Not. (Nr. 45)		dogale Ratifika- tion; byz. Ge- sandte (2. Legation): Alexios Diplovatatzes/ Konstantinos <i>Fis- comalus</i> /Stepha- nos Syropulos
1310, 11. Nov./ Kpl.	Andronikos II. (2325)		DVL I, 82–85 (Nr. 46)		kaiserliche Ratifi- kation, nur kopial lateinischer Text; venez. Gesandter: Iacopo Querini

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung Tabelle 1)

Jahr, Datum/ Ort	Aussteller (Regest bei Dölger)	Griech. Text (Edition)	Lat. Text (Edition)	Geltungs- dauer	Bemerkungen
1324, 11. Juni/ Ven.	Giovanni Soranzo, Doge		DVL I, 194 f. Not. (Nr. 94)	5 Jahre	„Treugua praeliminaris“ in Venedig verhandelt; ¹²⁴ byz. Gesandter: Stephanos Syropulos
1324, Okt./Kpl.	Andronikos II. (2515)	MM III, 100– 105 (Nr. 24)	DVL I, 200– 203 (Nr. 98)		zweispaltige Urkunde; venez. Empfänger: Tommaso Soranzo, Bailo
1325, 30. April/ Ven.	Giovanni Soranzo, Doge		DVL I, 203 f. Not. (Nr. 99)		dogale Ratifikation; byz. Gesandter: Konstantinos <i>Fiscomalus</i>
1332, 4. Juli/Ven.	Francesco Dandolo, Doge		DVL I, 223– 224 Not. (Nr. 112)	6 Jahre	„Treugua praeliminaris“ in Venedig verhandelt; byz. Gesandte: Georgios Kleidas/ Stephanos Syropulos
1332, Nov./Kpl.	Andronikos III. (2787)	MM III, 105– 111 (Nr. 25)	DVL I, 230– 234 (Nr. 118)		zweispaltige Urkunde; venez. Empfänger: Jacopo Soranzo, Bailo
1342, 25. März/ Kpl.	Ioannes V. (2876)	MM III, 111– 114 (Nr. 26)	DVL I, 257– 259 (Nr. 132)	7 Jahre	zweispaltige Urkunde; im Namen des Kaisers ausgestellt; venez. Gesandter: Pietro da Canal
1349, 9. Sept/Kpl.	Ioannes VI./ Ioannes V. (2952)	MM III, 114– 120 (Nr. 27)	DVL I, 341– 345 (Nr. 171)	5 Jahre	zweispaltige Urkunde; venez. Ge- sandter: Zaccaria Contarini

¹²⁴ Die Aushandlung des Vertragsinhalts in Venedig statt Konstantinopel stellt eine besondere Situation dar, die nur vereinzelt im Material erkennbar wird, so auch 1332 und besonders 1363, wo es sich nicht mehr um einen „Präliminarvertrag“, sondern die eigentliche Treugua handelt. Dölger, Vertrag, 242 und Anm. 108 vermutet eine solche Situation auch für den rein lateinischsprachigen Vertrag von 1285: Andronikos II. habe eine von lateinischer Seite vorgelegte *conventio* unterschrieben.

Jahr, Datum/ Ort	Aussteller (Regest bei Dölger)	Griech. Text (Edition)	Lat. Text (Edition)	Geltungs- dauer	Bemerkungen
1357, 8. Okt/Kpl.	Ioannes V. (3070)	MM III, 121– 126 (Nr. 29)	DVL II, 39–43 (Nr. 21)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Ge- sandter: Giovanni Gradenigo
1363, 13. März/ Ven.	Lorenzo Celsi, Doge (kein Re- gest)	–	DVL II, 87–92 (Nr. 53)	5 Jahre	Je ein lat./gr. <i>pub- licum instrumen- tum</i> mit Dogensie- gel; byz. Ge- sandte: Theophylaktos Dermokaites/ Konstantinos Ka- ballaropoulos
1370, 1. Febr/Rom	Ioannes V. (3127)	–	DVL II, 153– 156 (Nr. 89)	5 Jahre	Nur lat. Text ko- pial überliefert, Original wohl zweispaltig; ve- nez. Gesandte: Marco Giustinian/ Tommaso Sanudo
1376*/Kpl.	Ioannes V. (3150)	–	–	(5 Jahre)	Kein Text, nur in- direkt belegt (vgl. Anm. 14); venez. Gesandte: Pietro Corner/Marino Memmo
1383, 25. Nov.*	Ioannes V. (kein Re- gest)	–	DVL II, 196f. (Nr. 117)	(ohne Aus- sage)	Kaiserbrief an den Dogen an- stelle einer Ver- tragserneuerung
1390, 3. Juni ¹²⁵ / Kpl.	Ioannes VII. (3192)	MM III, 135– 144 (Nr. 33)	DVL II, 224– 229 (Nr. 135)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Ge- sandter: Francesco Foscolo
1406, 22. Mai/Kpl.	Manuel II. (3311)	MM III, 144– 153 (Nr. 34)	DVL II, 301f. Not. (Nr. 163)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Ge- sandter: Paolo Zane

(Fortsetzung nächste Seite)

¹²⁵ So das im lateinischen Text der Urkunde gegebene Datum, vgl. DVL II, 229: *die tercia mensis Junij*. Der griechische Text in der Edition von MM III, 143, bietet hingegen kein Tagesdatum und keine Indiktion; worauf sich die Angabe 2. Juni (im Kopfregest von MM III, 135; danach auch Dölger, Regesten, V, 72, Nr. 3192) gründet, ist nicht ersichtlich.

(Fortsetzung Tabelle 1)

Jahr, Datum/ Ort	Aussteller (Regest bei Dölger)	Griech. Text (Edition)	Lat. Text (Edition)	Geltungs- dauer	Bemerkungen
1412, 31. Okt./ Kpl.	Manuel II. (3333)	–	DVL II, 304 Not. (Nr. 165)	(5 Jahre)	Keine textliche Überlieferung, nur Notiz in Comme- moriali; venez. Gesandter: Fan- tino Viaro, Bailo
1418, 31. Okt. ¹²⁶ / Kpl.	Manuel II. (3373)	MM III, 153– 163 (Nr. 35)	DVL II, 317 Not. (Nr. 171)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Ge- sandter: Bertuccio Diedo; Vertrag erst am 8. März 1419 beeidet
1423, 30. Sept./ Kpl.	Ioannes VIII. (3408)	MM III, 163– 173 (Nr. 36)	DVL II, 341 Not. (Nr. 178)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Gesandter: Pietro Contarini
1431, 26. Mai/Kpl.	Ioannes VIII. (3433)	MM III, 177– 186 (Nr. 39)	DVL II, 346 Not. (Nr. 183)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Gesandter: Mart- tino da Mosto
1436, (30. Okt.) ¹²⁷ / Kpl.	Ioannes VIII. (3464)	MM III, 186– 195 (Nr. 40)	DVL II, 346f. Not. (Nr. 185)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Gesandter: Cristo- foro Marcelllo
1442, (19. Sept.)/ Kpl.	Ioannes VIII. (3497)	MM III, 207– 215 (Nr. 44)	DVL II, 352 Not. (Nr. 188)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; venez. Gesandter: Marco Querini, Bailo
1448, 21. April/ Kpl.	Ioannes VIII. (3516)	MM III, 216– 224 (Nr. 45)	DVL II, 372 Not. (Nr. 204)	5 Jahre	zweispaltige Ur- kunde; bereits im Juli 1447 ausge- stellt, aber erst im April 1448 be- eidet; venez. Ge- sandter: Dardi Moro, Bailo

¹²⁶ Anders Dölger, Regesten, V, 105, Nr. 3373 sowie die Kopfregesten in MM III, 153, und DVL II, 317 (jeweils 30. Oktober), jedoch gegen den Wortlaut des Vertrages, vgl. MM III, 162: ἡμέρᾳ τελευταίᾳ μηνὸς ὁκτωβρίου. Das spätere Datum der kaiserlichen Eideistung wird in einem Zusatz unmittelbar vor der Unterschrift Manuels II. als krankheitsbedingt erklärt.

¹²⁷ So die Datierung nach MM III, 186 (Kopfregest) und danach in Dölger, Regesten, V, 122, Nr. 3464. Das Tagesdatum ist jedoch im griechischen Urkundentext nicht angegeben. Da der lateinische Text nicht ediert zur Verfügung steht, kann die Datierung aktuell nicht als gesichert gelten, zumal DVL II, 346 (Nr. 185) den 30. November angibt. Ebenso ist das Datum der Folgeurkunde von 1442 aktuell nicht gesichert.

Unedierte Quelle

Archivio di Stato di Venezia, Senato, Deliberazioni miste, reg. 38, fol. 94r; reg. 41, fol. 23v. (Digitalisate unter: <http://www.archiviodistatovenetia.it/divenire/collazione.htm?idColl=43>).

Quellen und Regesten

Cessi, Roberto/Brunetti, Mario; Le deliberazioni del Consiglio dei Rogati (Senato). Serie „Mixtorum“, Bd. 2: Libri XV–XVI, Venedig 1961.

Cessi, Roberto/Sambin, Paolo, Le deliberazioni del Consiglio dei Rogati (Senato). Serie „Mixtorum“, Bd. 1: Libri I–XIV, Venedig 1960.

Dölger, Franz, Regesten der Kaiserurkunden des oströmischen Reiches, Teil 4: Regesten von 1282–1341, München/Berlin 1960; Teil 5: Regesten von 1341–1453, unter verantwortlicher Mitarbeit von Peter Wirth, München/Berlin 1965.

DVL: Diplomatarium Veneto-Levantinum sive Acta et diplomata res venetas, graecas atque Levantis illustrantia, hrsg. v. Georg M. Thomas/Riccardo Predelli, Bd. 1: a. 1300–1350, Bd. 2: a. 1351–1454, Venedig 1880–1899.

Manfroni, Camillo, Le relazioni fra Genova, l'impero bizantino e i Turchi, in: Atti della Società Ligure di Storia Patria 28/3 (1898), 575–858.

MM: Acta et diplomata graeca medii aevi sacra et profana, Bd. 3: Acta et diplomata graeca res graecas italasque illustrantia e tabulariis anconitano, florentino, melitensi, taurinensi, veneto, vindobonensi, hrsg. v. Franz Miklosich/Joseph Müller, Wien 1865.

I trattati con Bisanzio 992–1198, hrsg. v. Marco Pozza/Giorgio Ravegnani (Pacta Veneta 4), Venedig 1993 (zitiert: *Pozza/Ravegnani*, 992–1198).

I trattati con Bisanzio 1265–1285, hrsg. v. Marco Pozza/Giorgio Ravegnani (Pacta Veneta 6), Venedig 1996 (zitiert: *Pozza/Ravegnani*, I trattati).

Predelli, Riccardo, I libri commemorali della Repubblica di Venezia. Regesti, Bd. 3, Venedig 1883.

Thiriet, Freddy, Délibérations des assemblées vénitaines concernant la Romanie, 2 Bde., Paris 1966–1971.

– Régestes des délibérations du Sénat de Venise concernant la Romanie, 3 Bde., Paris/La Haye 1958–1961.

TT: Urkunden zur älteren Handels- und Staatsgeschichte der Republik Venedig: mit besonderer Beziehung auf Byzanz und die Levante, hrsg. v. Gottlieb L. Tafel/Georg M. Thomas, 3 Bde. (Fontes Rerum Austriacarum, Diplomataria et Acta, 12–14), Wien 1856–1857.

Venezia – Senato. Deliberazioni miste. Registre XVI (1333–1335), hrsg. v. François-Xavier Leduc, Venedig 2013; Registro XXIX (1359–1361), hrsg. v. Laura Levantino, Venedig 2012.

Literatur

- Balard*, Michel, Les hommes d'affaires occidentaux ont-ils asphyxié l'économie byzantine?, in: Europa medievale e mondo bizantino. Contatti effettivi e possibilità di studi comparati, hrsg. v. Girolamo Arnaldi/Guglielmo Cavallo (Nuovi Studi Storici, 40), Rom 1997, 255–265.
- Barker*, John W., Manuel II Palaeologus (1391–1425). A Study in Late Byzantine Statesmanship, New Brunswick, NJ 1969.
- Bertelè*, Tommaso, I gioielli della corona bizantina dati in pegno alla Repubblica veneta nel sec. XIV e Mastino II della Scala, in: Studi in onore di Amintore Fanfani, Bd. 2: Medioevo, Mailand 1962, 89–177.
- Borsari*, Silvano, Il commercio veneziano nell'impero bizantino nel XII secolo, in: Rivista Storica Italiana 76 (1964), 982–1011.
- Carr*, Mike, Merchant Crusaders in the Aegean 1291–1352, Woodbridge 2015.
- Charanis*, Peter, Piracy in the Aegean during the reign of Michael VIII Palaeologus, in: Annuaire de l'Institut de philologie et d'histoire orientales et slaves 10 (1950), 127–136.
- Chrysostomides*, Julian, Studies on the Chronicle of Caraldo, with special reference to the history of Byzantium from 1370 to 1377, in: Orientalia Christiana Periodica 35 (1969), 123–182.
- Venetian Commercial Privileges under the Palaeologi, in: Studi Veneziani 12 (1970), 267–356.
 - John V Palaeologus in Venice (1370–1371) and the Chronicle of Caraldo: a re-interpretation, in: Orientalia Christiana Periodica 31 (1965), 76–84.
- Dölger*, Franz, Der Vertrag des Sultans Qalā'ūn von Ägypten mit dem Kaiser Michael VIII. Palaionlogos (1281), in: Ders., Byzantinische Diplomatik. 20 Aufsätze zum Urkundenwesen der Byzantiner, Ettal 1956, 225–244.
- Dölger*, Franz/*Karayannopoulos*, Johannes, Byzantinische Urkundenlehre. Abschnitt 1: Die Kaiserurkunden (Handbuch der Altertumswissenschaft, XII, 3.1), München 1968.
- Dotson*, John, Venice, Genoa and Control of the Seas in the Thirteenth and Fourteenth Centuries, in: War at Sea in the Middle Ages and the Renaissance, hrsg.v. John B. Hattendorf/Richard W. Unger, Woodbridge 2003, 119–135.
- Doumerc*, Bernard, Venise et son empire en Méditerranée. IX^e–XV^e siècle, Paris 2012.
- Ebels-Hoving*, Bunna, Byzantium in Westerse Ogen 1096–1204, Assen 1971.
- Estangüí Gómez*, Raúl, Byzance face aux Ottomans. Exercice du pouvoir et contrôle du territoire sous les derniers Paléologues (milieu XIV^e–milieu XV^e siècle) (Byzantina Sorbonensis, 28), Paris 2014.
- Fenster*, Erwin, Der Auslandsbrief Kaiser Andronikos' II. an den Dogen Pietro Gradenigo vom August 1296, in: Byzantinoslavica 56 (1995), 189–200.

- Ferluga*, Jadran, L'impero bizantino nel giudizio dei Veneziani fino alla IV Crociata, in: *Rivista Storica Italiana* 105 (1993), 5–35.
- Frankopan*, Peter, Byzantine trade privileges to Venice in the eleventh century: The chrysobull of 1092, in: *Journal of Medieval History* 30 (2004), 135–160.
- Ganchou*, Thierry, Les *ultimae voluntates* de Manuel et Ioannis Chrysoloras et le séjour de Francesco Filelfo à Constantinople, in: *Bizantinistica* 7 (2005), 195–285.
- Geanakoplos*, Deno J., Emperor Michael Palaeologus and the West: 1258–1282. A Study in Byzantine-Latin Relations, Cambridge, Mass. 1959.
- Girgensohn*, Dieter, Kirche, Politik und adelige Regierung in der Republik Venedig zu Beginn des 15. Jahrhunderts, 2 Bde. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 118), Göttingen 1996.
- Halecki*, Oskar, Un empereur de Byzance à Rome. Vingt ans de travail pour l'union des églises et pour la défense de l'Empire d'Orient 1355–1375, Warschau 1930 (ND London 1972).
- Harris*, Jonathan, The End of Byzantium, New Haven/London 2010.
- Heinemeyer*, Walter, Studien zur Diplomatik mittelalterlicher Verträge vornehmlich des 13. Jahrhunderts, in: *Archiv für Urkundenforschung* 14 (1936), 321–413.
- Die Verträge zwischen dem Oströmischen Reiche und den italischen Städten Genua, Pisa und Venedig vom 10. bis 12. Jahrhundert, in: *Archiv für Diplomatik* 3 (1957), 79–161.
- Hilsdale*, Cecily J., The Imperial Image at the End of Exile. The Byzantine Embroidered Silk in Genoa and the Treaty of Nymphaion (1261), in: *Dumbarton Oaks Papers* 64 (2010), 151–199.
- Hunger*, Herbert, Graeculus perfidus – Ἰταλὸς ἵταμός. Il senso dell'alterità nei rapporti greco-romani ed italo-bizantini (Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell'Arte in Roma. Conferenze, 4), Rom 1987.
- Jacoby*, David, Les Vénitiens naturalisés dans l'empire byzantin: un aspect de l'expansion de Venise en Romanie du XIII^e au milieu du XV^e siècle, in: *Travaux et Mémoires* 8 (1981), 217–235.
- The chrysobull of Alexius I Comnenus to the Venetians: the date and the debate, in: *Journal of Medieval History* 28 (2002), 199–204.
- The Expansion of Venetian Government in the Eastern Mediterranean until the Late Thirteenth Century, in: Il Commonwealth veneziano tra 1204 e la fine della Repubblica. Identità e peculiarità, hrsg. v. Gherardo Ortalli/Oliver Jens Schmitt/Ermanno Orlando, Venedig 2015, 73–106.
- Jostkleigrewe*, Georg, *heres imperii Constantinopolitani – frater regis Franciae – defensor populi christiani*. Zur Deutung konkurrierender Legitimitätskonstruktionen im Umfeld der französischen Mittelmeerpolitik des frühen 14. Jahrhunderts, in: Genealogisches Bewusstsein als Legitimation. Inter- und intragenerationelle Auseinandersetzungen sowie die Bedeutung von Verwandtschaft bei Amtswechseln, hrsg. v. Hartwin Brandt/Katrin Köhler/Ulrike Siewert (Bamberger Historische Studien, 4), Bamberg 2009, 167–192.

- Kindlimann*, Sibyll, Die Eroberung von Konstantinopel als politische Forderung des Westens im Hochmittelalter: Studien zur Entwicklung der Idee eines lateinischen Kaiserreichs in Byzanz (Geist und Werk der Zeiten, 20), Zürich 1969.
- Koder*, Johannes, Das Sigillion von 992 – eine „außenpolitische“ Urkunde?, in: *Byzantinoslavica* 52 (1991), 40–44.
- Kolditz*, Sebastian, Cultural Brokers in Relation with the Byzantine Court in the Later 14th and 15th Centuries, in: Cultural Brokers at Mediterranean Courts in the Middle Ages, hrsg. v. Marc von der Höh/Nikolas Jaspert/Jenny Rahel Oesterle (Mittelmeerstudien, 1), Paderborn 2013, 183–215.
- Külzer*, Andreas, Die Eroberung von Konstantinopel im Jahre 1204 in der Erinnerung der Byzantiner, in: *Quarta crociata: Venezia – Bisanzio – Impero Latino*, hrsg. v. Gherardo Ortalli/Giorgio Ravegnani/Peter Schreiner, Venedig 2006, Bd. 2, 619–632.
- Laiou*, Angeliki E., Constantinople and the Latins. The Foreign Policy of Andronikos II 1282–1328 (Harvard Historical Studies, 88), Cambridge Mass. 1972.
- Lane*, Frederic C., Seerepublik Venedig, München 1980.
- Lilie*, Ralph-Johannes, Handel und Politik zwischen dem byzantinischen Reich und den italienischen Kommunen Venedig, Pisa und Genua in der Epoche der Komnenen und der Angeloi (1081–1204), Amsterdam 1984.
- Loenertz*, Raymond-J., Jean V Paléologue à Venise (1370–1371), in: *Revue des Études Byzantines* 16 (1958), 217–232.
- Madden*, Thomas F., The chrysobull of Alexius I Comnenus to the Venetians: The date and the debate, in: *Journal of Medieval History* 28 (2002), 23–41.
- Venice and Constantinople in 1171 and 1172. Enrico Dandolo's Attitudes towards Byzantium, in: *Mediterranean Historical Review* 8 (1993), 166–185.
 - The Venetian Version of the Fourth Crusade: Memory and the Conquest of Constantinople in Medieval Venice, in: *Speculum* 87 (2012), 311–344.
- Makris*, Georgios, Die Gasmulen, in: *Thesaurismata* 22 (1992), 44–96.
- Maltezou*, Chryssa, Ό θεσμὸς τοῦ ἐν Κωνσταντινουπόλει βενετοῦ βαῦλου (1268–1453), Athen 1970.
- Les Italiens propriétaires „terrarum et casarum“ à Byzance, in: *Byzantinische Forschungen* 22 (1996), 177–191.
- Mas-Latrie*, René de, Du droit de marque ou droit de représailles au Moyen Age, in: *Bibliothèque de l'École des chartes* 27 (1866), 529–577.
- Matschke*, Klaus-Peter, Grund- und Hauseigentum in und um Konstantinopel in spätbyzantinischer Zeit, in: Ders., *Das spätbyzantinische Konstantinopel. Alte und neue Beiträge zur Stadtgeschichte zwischen 1261 und 1453*, Hamburg 2008, 223–262.
- Miller*, Dean A., Byzantine Treaties and Treaty-making: 500–1025 A. D., in: *Byzantinoslavica* 32 (1971), 56–76.
- Minne*, D., À propos des priviléges vénitiens à Constantinople sous les Paléologues, in: *Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg* 48 (1969/70), 235–241.

- Mollov, Dimitar, Some Aspects of the Relations between Venice and Byzantium in the Second Half of the 13th Century, in: *Études Balkaniques* 38/1 (2002), 74–85.
- Morgan, Gareth, The Venetian Claims Commission of 1278, in: *Byzantinische Zeitschrift* 69 (1976), 411–438.
- Müller, Andreas E., Die Unterschrift unter dem Vertrag zwischen Byzanz und Venedig aus dem Jahr 1342, in: *Österreichische Akademie der Wissenschaften. Anzeiger der phil.-hist. Klasse* 135 (2000), 89–103.
- Nerlich, Daniel, Diplomatica Gesandtschaften zwischen Ost- und Westkaisern 756–1002 (Geist und Werk der Zeiten, 92), Bern u. a. 1999.
- Nicol, Donald M., *Byzantium and Venice. A study in diplomatic and cultural relations*, Cambridge 1988.
- Oikonomidès, Nicolas, La chancellerie impériale de Byzance du 13^e au 15^e siècle, in: *Revue des Études Byzantines* 43 (1985), 167–195.
- Treaties, in: *Oxford Dictionary of Byzantium*, Bd. 3, Oxford 1991, 2111.
- Origone, Sandra, *Bisanzio e Genova*, Genua 1992.
- Papacostea, Šerban, La première crise des rapports byzantino-génois après Nymphaion. Le complot de Guglielmo Guercio (1264), in: *Revue Roumaine d'Histoire* 27 (1988), 339–350.
- Penna, Dafni, *The Byzantine Imperial Acts to Venice, Pisa and Genoa, 10th–12th Centuries. A Comparative Legal Study*, The Hague 2012.
- Pieralli, Luca, *La corrispondenza diplomatica dell'imperatore bizantino con le potenze estere nel tredicesimo secolo (1204–1282). Studio storico-diplomatico ed edizione critica (Collectanea Archivi Vaticani, 54)*, Vatikanstadt 2006.
- PLP: Prosopographic Lexikon der Palaiologenzeit, hrsg. v. Erich Trapp, 12 Bde. und 3 Ergänzungsbde., Wien 1976–1996 [zitiert PLP + Nummer des Eintrags].
- Preiser-Kapeller, Johannes, *Der Episkopat im späten Byzanz. Ein Verzeichnis der Metropoliten und Bischöfe des Patriarchats von Konstantinopel in der Zeit von 1204 bis 1453*, Saarbrücken 2008.
- Ravegnani, Giorgio, *Bisanzio e Venezia*, Bologna 2006.
- Rochette, Renaud, Empereurs et serment sous les Paléologues, in: *Oralité et lien social au Moyen Age (Occident, Byzance, Islam)*, hrsg. v. Marie-France Au-zépy/Guillaume Saint-Guillain, Paris 2008, 157–167.
- Sabbadini, Remigio, *La scuola e gli studi di Guarino Guarini Veronese*, Catania 1896.
- Skokow, Katja, Das Griechenbild im Spiegel venezianischer Dokumente in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, Magisterarbeit (unpubl.), Universität Leipzig 2008.
- Sokolov, N. P., Venecija i Vizantija pri pervych Paleologach (1263–1328), in: *Vizantijskij Vremennik* 12 (1957), 75–96.
- Thiriet, Freddy, Les Vénitiens à Thessalonique dans la première moitié du XIV^e siècle, in: *Byzantion* 22 (1952), 323–332.

- Venise et l'occupation de Ténédos au XIV^e siècle, in: *Mélanges d'archéologie et d'histoire de l'Ecole française de Rome* 65 (1953), 219–245.
- Byzance et les byzantins vus par le vénitien Andrea Dandolo, in: *Revue des études sud-est européennes* 10 (1972), 5–15.

Tůma, Oldřich, The Dating of Alexius's Chrysobull to the Venetians: 1082, 1084 or 1092?, in: *Byzantinoslavica* 42 (1981), 171–185.

Tzavara, Angeliki, I trattati commerciali tra Venezia e l'impero di Trebisonda, 1319–1396, in: *Thesaurismata* 41/42 (2011/12), 41–87.

Wirth, Peter, Untersuchungen zu byzantinischen Kaiserurkunden des späten Mittelalters, in: *Archiv für Diplomatik* 18 (1972), 399–412.

**Grenzüberschreitende Diplomatie
und Vertragsbeziehungen innerhalb
von Herrschaftsverbänden:
Mittel- und nordeuropäische Konstellationen
des Vertragsbruchs**

Advocati ecclesiae – zwischen Schutz und Eigennutz. Oder: Warum die Grafen von Görz die Verträge mit der Aquileier Kirche brachen

Von *Anja Thaller*

Im Jahr 1150 war Patriarch Pilgrim I. von Aquileia auf dem Weg zu einem Rechtstag, zu dem er Graf Engelbert II. von Görz, seinen Vogt, vorgeladen hatte, damit dieser sich für seine gewalttätigen Übergriffe auf Güter und Leute des Patriarchen verantworte. Der Graf soll seine Vogteigewalt missbräuchlich ausgenützt, das Land, Kirchen und Friedhöfe verwüstet, den Bauern *multa alia mala* zugefügt, das Herbergsrecht missbraucht und mit diesen *sacrilegiis* den zwischen seinem Vater und dem Patriarchen geschlossenen Vertrag gebrochen haben. Plötzlich wurde der Patriarch, der sich auf dem Weg zu diesem Treffen befand, von seinem Vogt überfallen und gefangen genommen. Getreue der Aquileier Kirche konnten die bedingungslose Freilassung des Patriarchen erzwingen. Einen Ausgleich brachten nur hochrangige Vermittler zustande, und man schloss in symbolträgiger Weise am Ort der Gefangennahme im Wald bei Ramuscello Frieden.¹ Mit diesem Friedensvertrag beginnt die Serie der überlieferten Vertragsschlüsse zwischen den Grafen von Görz und den Patriarchen von Aquileia.

Gegen Ende des Untersuchungszeitraums, das mit der Teilung des Hauses Görz in zwei Linien im Jahr 1271 angesetzt wird, ist erneut eine Gefangennahme des Oberhaupts der Aquileier Kirche durch einen Grafen von Görz zu verzeichnen: Im Juli 1267 setzte Graf Albert II. von Görz den Patriarchen Gregor von Montelongo gefangen, nur kurze Zeit nachdem ein gemeinsames Vorgehen gegen die Stadt Koper vereinbart worden war. Auch in diesem Fall kam es erst durch die Einschaltung hochrangiger Persönlichkeiten zur Freilassung des Patriarchen. Am Anfang und am Ende des Untersuchungszeitraumes stehen also jeweils ein Vertragsbruch und eine Gefangennahme eines Aquileier Patriarchen durch einen Grafen von Görz.

¹ Zur Urkunde siehe Anm. 20. Bei der Wiedergabe von Auszügen aus bislang unedierten Urkunden wurde die Schreibung von *u* und *v* normalisiert (mit Ausnahme der Eigennamen).

In diesem Beitrag geht es um die Frage, wie verbindlich die zwischen den Patriarchen von Aquileia und den Grafen von Görz geschlossenen Friedensverträge waren. Dabei werden die Friedensvertragsurkunden im Hinblick auf die Thematisierung von Vertragsbrüchen in Folgeverträgen, die möglichen Motive und die Folgen der Vertragsbrüche sowie hinsichtlich der Versuche der Erzeugung von Verbindlichkeit in Form von Sicherungsmaßnahmen untersucht.

I. Die Akteure

Die Verleihung der Grafschaft Friaul (sowie der Mark Krain und der Grafschaft Istrien) mit herzoglichen Befugnissen an den Patriarchen Sighard durch Kaiser Heinrich IV. im Jahr 1077 bildete die Grundlage der weltlichen Herrschaft der Patriarchen von Aquileia,² die neben dem Friaul zeitweise auch Istrien und zahlreiche Besitzungen im heutigen Veneto und in Slowenien sowie im Süden Österreichs umfasste.³ Die Patriarchen, die damit nicht nur die geistliche, sondern auch die weltliche Oberhoheit im Friaul inne hatten, entstammten zum Teil bereits ab dem Ende der Langobardenherrschaft, jedenfalls aber vom 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, der ins Friaul zugezogenen, „transalpinen“ bairisch-fränkischen Oberschicht,⁴ derentwegen die Region als „weitgehend süddeutsche Kulturlandschaft“⁵ bezeichnet wurde.

Diesem Adel mit „transalpinem Migrationshintergrund“ gehörten auch die Grafen von Görz an, deren Wurzeln in Oberkärnten und Osttirol lagen.⁶ Um 1200 verlagerten sie ihren Herrschaftsschwerpunkt auf ihre südlich des Alpenhauptkammes gelegenen Güter mit dem Hauptsitz Görz.⁷ Ihr Grafentitel resultierte aus dem Besitz der Grafschaft Lurngau

² DD H. IV. 293 und 295.

³ Für Literatur zur Geschichte des Friaul und des Patriarchats Aquileia im Mittelalter sei auf *Thaller*, Frieden, 102 Anm. 5, verwiesen.

⁴ Vgl. dazu *Schwartz*, Besetzung; *Schmidinger*, Besetzung; *Bauerreiss*, *Vescovi*.

⁵ *Zips*, Klosterchronik, 198. Zu den Verbindungen zwischen Friaul und dem deutschen Kulturraum siehe auch *Härtel*, Friaul.

⁶ An dieser Stelle kann auf die Ursprünge und den Aufstieg der Familie nicht näher eingegangen werden; ein Hinweis auf die Literatur mag ausreichen: *Štih*, Studien, bes. 11–39; *Meyer/Karpf*, Herkunft; *Dopsch*, Origine; *Härtel*, Görz; *Dopsch/Meyer*, Bayern; *Štih*, Origini; *Härtel*, Personalunion; *Štih*, Counts, bes. 321–329.

⁷ Die Burg Görz ist erst 1202 urkundlich erwähnt (Druck der Urkunde in *Jaksch*, MHDC 4/1, 1–3 Nr. 1524; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 86 f. Nr. 317), obwohl sie bereits um 1100 erbaut worden sein dürfte. Vgl. *Štih*, Origini, 43. Zur frühen (Besitz-)Geschichte von Görz siehe *Štih*, Villa; *Härtel*, Görz, 9–21; *Štih*, Origini.

im oberen Drautal und wurde auf ihre Herrschaft im Süden „transferiert“.⁸ Ab 1146 nannten sich Mitglieder der Familie „Grafen von Görz“, zuvor werden sie als „von Görz“ oder nur als *com(it)es* bezeichnet.⁹ Die Grafschaft Görz, die erst im Zuge der Teilung des Grafenhauses 1271 als solche (*comitatus Goricie*) erwähnt ist,¹⁰ war eine nach dem „Stammsitz“ der Familie benannte und gleichsam aus der „echten“ Grafschaft Friaul „herausgewachsene“ sogenannte „Allodialgrafschaft“.¹¹

Seit etwa 1125 hatten die Görzer die Vogtei über die Aquileier Kirche inne, in diesem Jahr wurde Meinhard I. erstmals als *advocatus* bezeichnet.¹² Für die Herausbildung ihrer territorialen Herrschaften war die Hochstiftsvogtei von großer Bedeutung. Die Görzer Grafen waren sich der Rolle der Vogtei offenbar auch selbst bewusst. So bedienten sie sich – zumindest in ihrer „italienischen“ Frühzeit von 1125 bis 1150 – in der Umgebung des Patriarchen vorzugsweise ihres Vogt-Titels und nicht des Grafentitels.¹³ Bald gelang es ihnen auch, die Vogtei in der Familie zumindest *de facto* erblich zu machen.¹⁴ Wie viele Kirchenvögte, die zunächst wähl- und absetzbare Verwalter waren, wurden auch die Grafen von Görz im Laufe der Zeit immer mächtiger und agierten weniger als *defensores* der ihnen anvertrauten Kirchen und Klöster, sondern nutzten

⁸ Vgl. *Dopsch*, Origine, 35–40; *Härtel*, Görz, 37.

⁹ Vgl. *Štih*, Studien, 14 f.; *Härtel*, Görz, 35, 38–39, 41–51.

¹⁰ Im Zuge der Teilung sollte damit wohl die Gleichrangigkeit der Görzer Herrschaft im Süden mit der Grafschaft Tirol betont werden. Vgl. dazu *Härtel*, Personalunion, 68 f.

¹¹ *Härtel*, Görz 35 f.

¹² Druck der Urkunde in *Kandler*, Codice diplomatico istriano 1, 255 Nr. 128; vgl. *Štih*, Studien, 11 mit Anm. 11 (zur Datierung der Urkunde); *Härtel*, Görz 42, 46; *Dopsch/Meyer*, Bayern, 332. Unklar bleibt, wie der Übergang der Hochstiftsvogtei auf die Görzer erfolgte. Zu diesem Problem existiert zahlreiche, zum Teil widersprüchliche Literatur. Einen Überblick hierzu bietet *Härtel*, Görz, 28–35. Siehe dazu auch *Dopsch/Meyer*, Bayern, 331–337. Zum Verhältnis zwischen Bischöfen und ihren Vögten siehe *Riedmann*, Vescovi.

¹³ Siehe dazu *Härtel*, Görz, 41–43, 45–47.

¹⁴ Vgl. *Härtel*, Görz, 4 mit Anm. 16; *Dopsch/Meyer*, Bayern, 337. So lässt die Nennung des Sohnes Meinhards I., Heinrichs I., als Mitvogt (*consors*) in einer Urkunde von 1139 (Druck in *Thaller*, S. Stefano, 117–122 Nr. 3) bereits das Durchsetzen der Erblichkeit erkennen. Auch die Söhne Engelberts II., Meinhard II. und Engelbert III., waren Mitvögte des Vaters. Vgl. *Härtel*, Görz, 40. Der aktuelle Forschungsstand zu den Beziehungen zwischen dem Patriarchat Aquileia und den Grafen von Görz findet sich bei *Härtel*, Görz. Zeitlich nach dem Beitrag von Härtel erschien *Brunettin*, Fedeltà. Dieser Aufsatz verfolgt, nur auf Literatur basierend, allerdings primär das Ziel, die Kontinuitäten und Unterschiede hinsichtlich der strukturellen Entwicklung des Patriarchats und der Grafschaft Görz herauszuarbeiten.

vielmehr ihr Amt immer wieder dazu, sich deren Rechte und Güter anzueignen und vor allem die weltlichen Hoheitsrechte der Patriarchen auszuhöhlen.¹⁵ Die Görzer verfolgten ihre Ziele mit besonderer Härte und Konsequenz und stiegen so zu einem der führenden Geschlechter in der Alpen-Adria-Region auf. Nach der am 4. März 1271 erfolgten Teilung des görzischen Grafenhauses in die meinhardinische und die albertinische Linie und der damit einhergehenden Länderteilung¹⁶ hatte es der Patriarch von Aquileia nun nicht mehr mit dem Gesamthaus zu tun, sondern nur mit Albert II. und dessen Nachkommen, deren Herrschaft auf die Innere Grafschaft Görz (Istrien, Friaul, Kärnten, Pustertal), die Grafschaft Pazin/Mitterburg und die Grafschaft in der Metrika beschränkt war. Die Linien gingen getrennte Wege, dementsprechend trat Meinhard IV. nicht mehr in Rechtshandlungen im Friaul auf.¹⁷

II. Die Friedensverträge

Zwischen den Eckdaten 1125 und 1271, das heißt von der Übernahme der Vogtei bis zur Teilung des Hauses Görz, sind insgesamt sieben Friedensverträge zwischen dem Patriarchat Aquileia und den Grafen von Görz erhalten:¹⁸ Es handelt sich um die Verträge von 1150, 1202, 1234, 1251, 1260, 1264 und 1266, die im Folgenden kurz charakterisiert werden.

¹⁵ Vgl. Štih, Villa, 9 f.; Härtel, Görz, 3 f.; Dopsch/Meyer, Bayern, 337.

¹⁶ Ausfertigung der Teilungsurkunde für Albert II.: Druck in Wiesflecker, MHDC 5, 46–50 Nr. 72; Regesten in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 233–234 Nr. 868 und Wiesflecker, Regesten Görz 2, 1–2 Nr. 11; Ausfertigung für Meinhard IV.: Druck in Wiesflecker, MHDC 5, 43–45 Nr. 71; Regesten in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 233 Nr. 866 und Wiesflecker, Regesten Görz 2, 1 Nr. 1.

¹⁷ Die Grenze zwischen den Ländern der Linien lag an der Haslacher Klause bei Mühlbach (Rio di Pusteria, Eingang zum Pustertal). Vgl. Wiesflecker, Entwicklung, 341; Štih, Counts, 324.

¹⁸ Nicht aufgenommen wurden die Verträge von [1132–1142] sowie vom 13. Dezember 1202 und vom 12. Mai 1252, da keine gewaltsamen Auseinandersetzungen im Vorfeld nachweisbar sind. Der Vertrag von [1132–1142] zwischen Graf Meinhard I. und Patriarch Pilgrim I. ist nicht erhalten, kann aber aus einer Erwähnung im Vertrag von 1150 (siehe Anm. 20) erschlossen werden. Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 54 Nr. 192; vgl. noch Härtel, Görz, 4, 6; Brunettin, Fedeltà, 284; Dopsch/Meyer, Bayern, 336; Riedmann, Gorizia, 210. Die Datierung des Deperditums ergibt sich aus dem Amtsantritt des Patriarchen Pilgrim I., der am 29. Mai 1132 in dieser Funktion erstmals urkundlich erwähnt wird (vgl. Klebel, Geschichte, 334, 350), und dem Tod des Graf Meinhard I. am 14. September 1142 (siehe Härtel, Görz, 43 M19; Dopsch/Meyer, Bayern, 312, setzen den Todestag mit 12. Mai 1142 an). – 1202 Dezember 13, Cividale: Hierbei handelt es sich um ein Weistum über die Vogteirechte des Grafen Meinhard II. von Görz über die Kirche von Aquileia. Da die Vogteirechte im Friedensvertrag von S. Quirino im Januar 1202 (siehe Anm. 22) nicht definitiv geregelt worden waren, wurden diese Detail-Feststellun-

Bereits eingangs wurde näher auf den am 21. April 1150 bei Ramuscello¹⁹ auf Vermittlung der Bischöfe Gerwig von Concordia und Werner von Triest sowie der Grafen Berthold II. von Andechs, Wolfrad II. von Treffen und Rapoto I. von Ortenburg zwischen Patriarch Pilgrim I. und seinem Vogt Engelbert II. von Görz geschlossenen Vertrag eingegangen.²⁰ Der zeitlich nächste überlieferte Vertrag datiert von Ende Januar bzw. Anfang Februar 1202 und sollte einen Konflikt zwischen dem Patriarchat und den Grafen von Görz beenden, nachdem in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts eine längere Periode ohne nachweisbare größere Auseinandersetzungen vergangen war. Um die Jahrhundertwende traten wieder verstärkt Spannungen auf, was auch im Zusammenhang mit dem weitgehenden Wegfallen der Unterstützung der Patriarchen durch die römisch-deutschen Könige und Kaiser nach dem deutschen Thronstreit und die Konflikte des Patriarchats mit der Kommune Treviso zu sehen ist.²¹ Zunächst schlossen am 27. Januar 1202 in der Kirche des heiligen Quirinus bei Cormons Patriarch Pilgrim II. von Aquileia und die Brüder Graf Meinhard II. und Graf Engelbert III. von Görz auf Anordnung der Herzöge Leopold VI. von Österreich und Steier, Bernhard II. von Kärnten und Berthold IV. von Meranien sowie der Grafen Ulrich III. von Eppan, Albert III. von Tirol und Albert von Weichselburg Frieden, am folgenden Tag wurde der Friede von Seiten des Patriarchen in Udine beschworen. Am 5. Februar 1202 wurde schließlich in Görz die Urkunde ausgefertigt und besiegelt.²² Mit diesem Vertrag konnten neben einigen wichtigen Rechten der Grafen im Rahmen ihres Verhältnisses zum Patriarchat auch die Beziehungen derselben zur Kommune Treviso geregelt werden. Die Görzer verhielten sich in den für die inneren und äußeren Beziehungen des Patriarchats turbulenten Jahren um 1220 ru-

gen einer eigens beauftragten Kommission bestehend aus vier Schiedsleuten überlassen, die am 13. Dezember des Jahres einen ausführlichen Spruch erließ. Druck in Ausgewählte Urkunden, hrsg. v. *Schwind/Dopsch*, 32–35 Nr. 20; Regest in *Härtel*, Moggio, 104 f. U 38. – 1252 Mai 12, Cividale: Hierbei handelt es sich um die Bestätigung des Schiedsspruchs von 1251 (siehe Anm. 29) nach der Ernennung Gregors von Montelongo zum Elekten der Aquileier Kirche. Druck in *Schumi*, UB Krain 2, 144 Nr. 186; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 148 Nr. 568. – Der am 11. November 1269 in S. Quirino bei Cormons geschlossene Waffenstillstand ist ebenfalls kein Friedensvertrag im engeren Sinne. Druck in *Chmel*, Urkunden, 100–103 Nr. LXXXIX; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 226 Nr. 842.

¹⁹ Ramuscello liegt nordöstlich von Sesto al Reghena in der Nähe des Tagliamento und ist heute ein Ortsteil von Sesto al Reghena, Provinz Pordenone.

²⁰ Druck in *Jaksch*, MHDC 3, 349–351 Nr. 900; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 63 Nr. 230. Vgl. noch *Härtel*, Görz, 4.

²¹ Vgl. *Härtel*, Görz, 5 f.; *Brunettin*, Fedeltà, 28.

²² Druck in *Jaksch*, MHDC 4/1, 1–3 Nr. 1524; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 86 f. Nr. 317.

hig.²³ Die Beziehungen zu Patriarch Berthold verkomplizierten sich erst aufgrund des *Statutum in favorem principum*²⁴ – vor allem das Geleitrecht und die Hochgerichtsbarkeit waren strittige Gegenstände.²⁵ Am 27. November 1234 wurde in Cividale der Konflikt zwischen Patriarch Berthold und Graf Meinhard III. von Görz um die Kreuzbergstraße und das Geleitrecht auf derselben beigelegt, diesmal per Schiedsgericht.²⁶ Mit dem Wechsel des Patriarchen Berthold zur päpstlichen Partei erfuhren die Beziehungen zwischen ihm und den kaisertreu bleibenden Görzern um 1245 eine gravierende Veränderung.²⁷ Von einem weiteren Schiedsverfahren, mit dem ein gewaltsam ausgetragener Konflikt beendet werden sollte, berichtet die am 1. April 1249 bei Manzano ausgestellte Urkunde,²⁸ mit der sich Patriarch Berthold von Aquileia und Graf Meinhard III. von Görz auf eine Konfliktlösung durch Schiedsrichter einigten. Zuvor war es bei Görz zu einer Schlacht gekommen, welche durch einen Waffenstillstand auf Geheiß des Generalstathalters der Mark, Guecello da Prata, sowie von Ezzelino III. da Romano beendet worden war. Der zugehörige Schiedsspruch ist jedoch nicht überliefert. Die Situation scheint sich in der Folge nicht beruhigt zu haben, denn schon vom 8. Januar 1251 datiert der nächste Schiedsspruch, der zwischen dem Patriarchen Berthold und dem Grafen Meinhard III. Frieden stifteten sollte.²⁹ Es ging hierbei, wie schon 1249, um die wechselseitige Eroberung von Burgen und Gütern. Nach dem Tod des Patriarchen Berthold versprach sein Nachfolger Gregor von Montelongo zunächst am 12. Mai 1252 dem Grafen Meinhard III., die mit seinem Vorgänger geschlossenen Abmachungen einzuhalten.³⁰ Dennoch kam es in den Jahren

²³ Doch gab es auch noch andere Gründe dafür, dass sich die Görzer in jenen Jahren nicht gegen das Patriarchat stellten, so die Verschwägerung der Görzer mit den Andechsern, der Familie Patriarch Bertholds, oder die gemeinsame kaisertreue Politik. Vgl. *Schmidinger*, Patriarch, 125; *Härtel*, Görz, 7.

²⁴ Druck der Fassung vom 1. Mai 1231 in MGH Const. 2, 418–420 Nr. 304; Druck der Fassung vom Mai 1232 ebd., 211–213 Nr. 171.

²⁵ Vgl. *Schmidinger*, Patriarch, 127; *Härtel*, Görz, 8; *Štih*, Counts, 326.

²⁶ Druck der Urkunde in *Jaksch*, MHDC 4/1, 222–223 Nr. 2094; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 123 Nr. 459. Zum Geleitrecht der Görzer siehe *Klein*, Geleitsrecht, zu dieser Urkunde bes. 322.

²⁷ Siehe hierzu *Paschini*, Bertoldo (MSF 16), 56 f.; *Schmidinger*, Patriarch, 95 f.; *Riedmann*, Beziehungen, 43; *Härtel*, Comune, 216, *Brunettin*, Fedeltà, 291, 293.

²⁸ Druck in *Bernhard*, Documenta patriarchalia, 238–240; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 141 Nr. 539.

²⁹ Druck der Urkunde in *Joppi*, Documenti goriziani (NS 12), 6–14 Nr. 25; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 145 f. Nr. 558.

³⁰ Zur Urkunde siehe Anm. 18.

1258/59 erneut zu Auseinandersetzungen,³¹ die am 11. Dezember 1260 in einem Friedensvertrag zwischen Patriarch Gregor und dem Grafen Meinhard IV. mündeten.³² Nach schweren Kampfhandlungen zwischen dem Patriarchen und den Brüdern Meinhard IV. und Albert II. von Görz gelang am 20. März 1264 in Buzet/Pinguente der Abschluss eines Friedensvertrags. Mit diesem Vertrag wurden alle bisherigen Verträge sowie ein geplantes Schiedsgericht durch König Ottokar II. von Böhmen und die Bischöfe von Prag und Olmütz für hinfällig erklärt.³³ Dass man sich zumindest auf kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitete, belegen unter anderem eine Urkunde der Görzer für den Venezianer Marino Zorzano vom 1. Januar 1265.³⁴ Am 5. Juni 1265 wurde in Cormons vereinbart, dass man sich in Streitfragen und Kämpfen seit dem Friedensschluss von 1264 nun einem Spruch zweier Schiedsrichter unterwerfen wolle, der längstens bis zum kommenden Martinstag ergehen sollte.³⁵ Doch ist in diesem Fall nicht sicher, ob das Schiedsgericht, auf das man sich hier einigte, später auch tatsächlich zusammentrat und einen Spruch fällte. Zumindest ist kein entsprechendes Dokument erhalten. Da schon acht Monate später – im Februar 1266 – ein Vertrag mittels eines direkten Verfahrens geschlossen wurde, wäre es denkbar, dass das geplante Schiedsgericht, wie schon im Jahr zuvor, nie tätig geworden ist. In der vom 14. Februar 1266 datierenden und in Cividale gefertigten Friedensvertragsurkunde versicherten sich Patriarch Gregor und die beiden Görzer Brüder ihres gegenseitigen Beistands und wandten sich gemeinsam gegen die istrischen Städte, allen voran Motovun. Mehrmals wird im Vertragstext darauf hingewiesen, dass der Vertrag von Buzet/Pinguente aus dem Jahr 1264 noch gültig sei.³⁶

Anfang Juli 1267 entschlossen sich Patriarch Gregor und Graf Albert II. zum gemeinsamen Vorgehen gegen die istrische Stadt Koper, die

³¹ Siehe Wiesflecker, Regesten Görz 1, 172 Nr. 657; ebd., 175 f. Nr. 665.

³² Druck in Joppi, Documenti goriziani (NS 12), 26–28 Nr. 33; Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 179 f. Nr. 684. Vgl. auch Annales Foroiulienses, 196 Z. 4 f.; Juliani Canonici Civitatensis Chronica, 4, Z. 5 f., sowie Riedmann, Beziehungen, 57 f.

³³ Druck in Joppi, Documenti goriziani (NS 12), 31–35 Nr. 35; Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 188 f. Nr. 716. Vgl. noch Riedmann, Beziehungen, 58 f.

³⁴ Siehe Wiesflecker, Regesten Görz 1, 192 Nr. 730; vgl. Pizzinini, Grafen, 187. Auch die Erneuerung des Bündnisses zwischen Patriarch Gregor und Herzog Ulrich III. von Kärnten ist in diesem Zusammenhang zu sehen (Druck der Urkunde vom 22. Mai 1265, Antro in Jaksch, MHDC 4/2, 621–623 Nr. 2863).

³⁵ Druck der Urkunde in Joppi, Documenti goriziani (NS 12), 36–39 Nr. 37; Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 193 Nr. 733.

³⁶ Druck in Joppi, Documenti goriziani (NS 12), 39–41 Nr. 38; Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 197 f. Nr. 747.

sich gegen den Patriarchen als Landesherrn auflehnte.³⁷ Schon kurz darauf, möglicherweise am 20. Juli,³⁸ kam es allerdings zur Gefangennahme des Oberhaupts der Aquileier Kirche durch Albert II., dessen Bruder Meinhard wohl ebenfalls daran beteiligt war.³⁹ Die historiographischen Quellen überliefern zwei unterschiedliche Varianten der Ereignisse: Antonio Belloni und die *Annales Foroiulienses* berichten, dass die Gefangennahme bei Villanova, einem Ort in der Nähe von Rosazzo, stattfand. Die Annalen ergänzen darüber hinausgehend, dass Patriarch Gregor im Morgengrauen aus dem Bett heraus gefangen genommen und mit bloßen Füßen auf einem gewöhnlichen Marschpferd nach Görz gebracht wurde (*Captus fuit [...] in aurora diei, dum erat in lecto, et nudipes ductus fuit Goritiam in uno roncino [...]*).⁴⁰ Daraus wurde beim Friulaner Geschichtsschreiber Marcantonio Nicoletti, bekannt für die Anreicherung seiner Erzählung durch Anekdoten,⁴¹ dass der Patriarch im Hause des Finosio, eines Adeligen aus Manzano, nichtsahnend die Nacht verbracht habe, als Graf Albert den Patriarchen, „der noch im Bette lag, gefangen [nahm] und [...] ihn unverschämter Weise nicht einmal alle Kleider anziehen, sondern mit bloßen Füßen auf einen Karren bringen [ließ] und [...] ihn nach Görz [führte], wo er in hartem Gewahrsam gehalten wurde.“⁴² Nach Andrea Dandolo hingegen habe der Görzer den Patriarchen bei der Belagerung der Stadt Koper gefangen genommen.⁴³ Auch

³⁷ Zwei diesbezügliche Vereinbarungen datieren vom 3. Juli 1267: Druck in *Chmel*, Urkunden, 84–86 Nr. LXXVIIa und 86–87 Nr. LXXVIIb; *Kandler*, Codice diplomatico istriano 2, zu 1267; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 206f. Nr. 778 und 207 Nr. 779; ebd., 200 Nr. 755, irrig zu 1266 Juli 3: Es handelt sich um denselben Vertrag wie unter Nr. 779.

³⁸ *Annales Foroiulienses*, 197, Z. 8f.; *Juliani Canonici Civitatensis Chronica*, 5, Z. 6f.

³⁹ Von der Gefangennahme des Patriarchen durch den Görzer berichten auch *Andreae Danduli ducis Venetiarum Chronica*, hrsg. v. *Pastorello*, 315, sowie die *Annales S. Rudberti*, ad a. 1267, 797, Z. 38f. Vgl. noch *Riedmann*, Beziehungen, 59f.

⁴⁰ *Belloni*, De vitis, 46; *Annales Foroiulienses*, 197, Z. 6–8; *Juliani Canonici Civitatensis Chronica*, 5, Z. 4–6.

⁴¹ Vgl. *Aurigemma*, Art. Nicoletti.

⁴² Zitiert nach: *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 208f. Nr. 783.

⁴³ *Andreae Danduli ducis Venetiarum Chronica*, hrsg. v. *Pastorello*, 315: *Tunc Gregorius Aquileiensis patriarcha Iustinopolitanam urbem obsidens, illorum subiestedione, a comite Goricie capitur, et in eius castro reclucitur [...]*. Dieser Ansicht schließt sich auch *Pizzinini*, Grafen, 188, an. In einer Handschrift der Chronik Dandolos, findet sich ein Randvermerk, der die angebliche Behandlung des gefangenen Patriarchen durch die Bewohner von Koper schildert: *Alii asserunt Iustinopolitanos iussisse patriarcham captum super dorsum muli revinciri, atque eius facie ad muli caudam versa per urbem vehi, praecone praeente et proclamante: Hic est malus sacerdos qui deum sprevit suo tempore et repertus est malus* (*Andreae Danduli Venetorum ducis Chronicon Venetum*, hrsg. v. *Muratori*, 375f. Anm. c.).

im Falle dieser zweiten dokumentierten Gefangenschaft eines Aquileier Patriarchen kam es erst durch das Eingreifen hochrangiger Persönlichkeiten zur Freilassung des Patriarchen, die Ende August 1267 erfolgte.⁴⁴ Man einigte sich auf ein Schiedsgericht König Ottokars II. von Böhmen und Erzbischof Wladislaus' von Salzburg.⁴⁵ Zu diesem Verfahren, belegt unter anderem durch ein Beschwerdeschreiben des Abts von Moggio an die beiden Schiedsrichter,⁴⁶ ist allerdings kein Schiedsspruch erhalten. Im Sommer 1268 eskalierte zudem der Konflikt durch die Ermordung Bischof Alberts von Concordia, des Vizedoms des Patriarchen, bei einem Überfall durch Parteigänger Alberts II. von Görz. Während der anschließende Feldzug des Patriarchen ab etwa Mitte August 1268 auch doku-

⁴⁴ Papst Clemens IV. hatte die wesentlichen Weichen gestellt: So forderte er den Kardinalleuten Guido zum Eingreifen auf (Druck des Schreibens in *Simonsfeld*, Fragmente, 518–521 Nr. 12; vgl. *Johanek*, Wiener Konzil, 324; *Härtel*, Böhmens Ausgriff, 223). Guido wiederum betraute König Ottokar II. von Böhmen, Bischof Bruno von Olmütz und Erzbischof Wladislaus von Salzburg mit der Vermittlung in dieser Sache. Vgl. *Johanek*, Wiener Konzil, 324f. Der Papst hatte bereits am 12. August in der Angelegenheit der Gefangennahme Gregors an den Dekan und das Kapitel von Aquileia geschrieben (Druck des Registereintrags in *Jordan*, Registres, 201f. Nr. 593; siehe auch *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 209 Nr. 784). Am 30. September bedankte sich Clemens IV. bei König Ottokar, der durch seinen Neffen, den Erzbischof Wladislaus, die Freilassung des Patriarchen aus der Gefangenschaft bewirkt habe (Druck des Schreibens in der vorläufigen Edition von *Thumser*, Briefe, 262f. Nr. 389; siehe auch *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 212 Nr. 793). Zur Freilassung des Patriarchen siehe darüber hinaus *Annales Foroiulienses*, 197 Z. 12–17; *Juliani Canonici Civitatis Chronica*, 5, Z. 11–14 und 6, Z. 1–3; *Annales S. Rudberti*, 797, Z. 38f. Eine angebliche venezianische Intervention erwähnt Andrea Dandolo: *Tunc Gregorius Aquileiensis patriarcha Iustopolitanam urbem obsidens, illorum subiessione, a comite Goricie capitul; et in eius castro reclucitur, quem interveniente tractatu Leonardi Dandulo et Marini Grandonico nunciorum ducis, et aliorum principum, idem comes denique liberavit* (*Andreae Danduli ducis Venetiarum Chronica*, hrsg. v. *Pastorello*, 315). Papst Clemens IV. veranlasste später auch eine Untersuchung der mutmaßlichen Mitwissenschaft und Beteiligung des Feltriner Bischofs Adalgerius von Villalta an der Gefangennahme des Patriarchen (Druck in der vorläufigen Edition von *Thumser*, Briefe, 264f. Nr. 392; siehe auch *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 212 Nr. 792).

⁴⁵ Die Kompromissurkunde Graf Alberts II. von Görz datiert vom 25. August 1267: Druck in *Chmel*, Urkunden, 87–90 Nr. LXXIX; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 211 Nr. 788. – Die Gegenurkunde des Patriarchen Gregor trägt das Datum 27. August 1267: Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 211f. Nr. 789. Zudem gibt es zwei undatierte Entwürfe von Urkunden, die vor dem 25. August 1267 entstanden und von görzischer Seite diktiert worden sein dürften: Einmal verpflichtete sich Patriarch Gregor, den Bischof von Olmütz als Schiedsrichter anzuerkennen, mit dem anderen Vertragsentwurf willigte der Patriarch in einen Waffenstillstand ein. Siehe *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 210f. Nr. 787 und 787¹. Zu Ottokars Eingreifen im Friaul siehe noch *Härtel*, Böhmens Ausgriff, 211f., 223f.

⁴⁶ Siehe *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 212 Nr. 791.

mentarisch gut belegt ist,⁴⁷ lassen sich für die am 3. Juli 1268 stattgefundene Ermordung des Bischofs hauptsächlich spätere historiographische Quellen heranziehen.⁴⁸ Nicht mehr erhalten ist der Schiedsspruch, den Herzog Ulrich III. von Kärnten – möglicherweise bestochen – wohl in der zweiten Jahreshälfte 1268 zugunsten des Patriarchen und gegen den Görzer fällte.⁴⁹ Ebenfalls unbekannt ist das Datum eines von König Ottokar II. von Böhmen und Herzog Ulrich von Kärnten vermittelten Waffenstillstands zwischen dem Patriarchen und Albert von Görz sowie denen von Koper, der allerdings noch vor dem Tod des Patriarchen am 8. September 1269⁵⁰ gebrochen wurde.⁵¹ Der als Nachfolger gewählte, aber vom Papst nicht bestätigte Philipp von Spanheim, Bruder des Kärntner Herzogs Ulrich, soll laut Bauzer⁵² durch den Grafen Albert II. von Görz im Jahr 1269 gefangen genommen worden sein, diese Nachricht wird jedoch von der Forschung angezweifelt.⁵³ Am 11. November 1269 wurde in S. Quirino bei Cormöns ein Waffenstillstand zwischen den Grafen von Görz und Hartwig von Castelleroio als Generalkapitän des Friaul sowie dem Kapitel von Aquileia bis zum nächsten Georgstag (24. April) geschlossen, der Erwählte Philipp wird in diesem Dokument nicht einmal erwähnt.⁵⁴

Drei der soeben vorgestellten Friedensverträge sind im Original erhalten,⁵⁵ vier sind kopial überliefert, und zwar in zeitnahen Abschriften.⁵⁶ Dazu kommen noch vier im Original erhaltene Kompromissurkun-

⁴⁷ Siehe ebd., 217–219, Nr. 811–813, 815, 817; vgl. noch Annales Foroiulienses, 197, Z. 22–25; Juliani Canonici Civitatensis Chronica, 6, Z. 10–14.

⁴⁸ Annales Foroiulienses, 197, Z. 18–21; Juliani Canonici Civitatensis Chronica, 6, Z. 4–9; darauf fußen die Erwähnungen bei Bauzer sowie Nicoletti, auf die *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 217 Nr. 809 (s), 810 (s), referiert. Zu diesen beiden Historiographen und ihrer Glaubwürdigkeit siehe Anm. 41 und 52. Aus den letzten Lebenstagen Patriarch Gregors datieren allerdings einige Urkunden, in denen sich entsprechende Erwähnungen des (verstorbenen) Bischofs Albert von Concordia finden, siehe *Blancato*, Note, 235–255, Nr. 36, 42, 44, 46–47.

⁴⁹ *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 219 Nr. 817.

⁵⁰ Vgl. *Klebel*, Geschichte, 350.

⁵¹ Siehe *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 224f. Nr. 836f.

⁵² *Bauzer*, Martin (1595–1668), *Historia rerum Noricarum et Foroiuliensium* (ungedruckt). Eine Zusammenstellung der Literatur zu Bauzer findet sich bei *Makuc*, Gian Giacomo d'Ischia, 1f. Anm. 1, dort in Anm. 2 auch zur Überlieferung seines Werks.

⁵³ Siehe *Degrassi*, Cormöns, 45. Vgl. auch *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 225f. Nr. 840.

⁵⁴ Zur Urkunde siehe Anm. 18.

⁵⁵ Im Original liegen die Verträge von 1234, 1264 und 1266 vor; siehe dazu Anm. 26, 33 und 36.

⁵⁶ Es handelt sich um die Verträge von 1150, 1202, 1251 und 1260; siehe dazu Anm. 20, 22, 29 und 32.

den,⁵⁷ mit denen man sich im Rahmen von Schiedsgerichtsbarkeit auf Schiedsrichter einigte⁵⁸ und die weitere Konfliktlösungsversuche in jenen Fällen dokumentieren, in denen die Schiedsurkunden verloren gegangen sind. Hinsichtlich der Quellenproblematik ist zu bemerken, dass – mit Ausnahme der Kompromissurkunden⁵⁹ – keine zusätzlichen Dokumente erhalten sind, welche die Verfahren illustrieren könnten. Informationen über Hergang und Verlauf der Konfliktlösungsverfahren sind somit nur über das am Ende der Verfahren stehende Ergebnis, die Friedensvertragsurkunden, zu erlangen.

III. Konfliktursachen und Motive der Vertragsbrüche

Eine der grundlegenden Wurzeln der Konflikte zwischen den Patriarchen und den Grafen von Görz lag in der Vogtei der Görzer über die Aquileier Kirche, die sie bereits früh dazu nutzten, die weltlichen Hoheitsrechte der Patriarchen zu unterminieren und an sich zu bringen:⁶⁰ „Die Geschichte der geistlichen Territorien [...] ist gleichzeitig auch immer die Geschichte ihres Verhältnisses zu ihren Vögten.“⁶¹ Die feudalen Bindungen zwischen den Patriarchen als Lehnsherren und den Görzern als Lehensträgern sowie die sich im Zusammenhang mit der Vogtei ergebenden, oft unklaren Herrschaftsverhältnisse trugen zu den Spannungen bei.⁶² Schon etwa 100 Jahre nach der ersten Erwähnung eines Vogts aus der Familie der Görzer war es nicht mehr mit Sicherheit möglich, Lehen und Eigengüter auseinanderzuhalten.⁶³ Ein weiteres Konfliktmotiv war das Streben der Görzer nach der Bildung eines geschlossenen Territoriums und der Beseitigung von Exklaven anderer Grundherren innerhalb ihrer Herrschaft.⁶⁴ Die Expansionsversuche der Grafen folgten meist einem ähnlichen Schema: Zunächst wurden Besitzungen gewaltsam erobert oder man eignete sich Rechte anderer an, woraufhin eine Legalisie-

⁵⁷ Je eine Kompromissurkunde von 1249 und 1265 sowie zwei von 1267. Siehe dazu Anm. 28,35 und 45.

⁵⁸ Das Kompromiss war konstitutiv für das Schiedsverfahren und stellte die rechtliche und politische Grundlage des Schiedsspruchs dar. Vgl. Frey, Schiedsgericht, 73, 93; Heinemeyer, Studien, 324; Weitzel, Art. Schiedsgericht, 1454.

⁵⁹ Zu den überlieferten Kompromissurkunden fehlen die entsprechenden Schiedsurkunden.

⁶⁰ Vgl. Härtel, Görz, 3f.

⁶¹ Göbel, Entstehung, 254.

⁶² Vgl. Härtel, Görz, 4.

⁶³ Vgl. Wiesflecker, Entwicklung, 333 f.; Wakounig, Avvocato, 342.

⁶⁴ Vgl. Štih, Studien, 20; Brunettin, Fedeltà, 284.

rung dieser Güter und Rechte versucht wurde.⁶⁵ Aber auch die politischen Rahmenbedingungen spielten eine Rolle, die wiederum in regionalen Bündnissen und Konflikten ihren Niederschlag fanden: Während Patriarch Berthold um die Mitte der 1240er-Jahre mit der Tradition brach, nach der die Patriarchen seit Jahrhunderten auf Seiten der römisch-deutschen Könige und Kaiser standen, und zur päpstlichen Partei wechselte,⁶⁶ blieb Graf Meinhard III. kaisertreu.⁶⁷ Sein Sohn Meinhard IV. trat durch seine Heirat mit Elisabeth von Bayern, der Mutter Konradins, in eine noch engere Verbindung mit den Staufern.⁶⁸ Im Zusammenhang mit Konradins Italienzug in den Jahren 1267 bis 1268 dürfte auch die Gefangennahme des Patriarchen Gregor 1267 zu sehen sein.⁶⁹

Wenn also der erste überlieferte Friedensvertrag von Konflikten der Jahre 1149/50 berichtet, so waren die Beziehungen spätestens zwei Jahrzehnte nach der Vogteiübernahme von Konflikten geprägt. Die Auseinandersetzungen mit den Patriarchen wurden bei den Görzern, wie dies Peter Štih treffend formuliert hat, zur „Familientradition“⁷⁰. Ab dem beginnenden 13. Jahrhundert ging es ihnen im Wesentlichen nicht mehr um die Erlangung von einzelnen Gütern und Rechten, sondern um die Aufteilung der politischen Macht zwischen ihnen und dem Patriarchat, um die regionale Vorherrschaft und die Abtrennung des Görzer Territoriums vom Patriarchat.⁷¹ In diesen Konfliktursachen liegen auch die Motive für die Vertragsbrüche begründet. In den allermeisten Fällen ist aus den Dokumenten nicht direkt zu erfahren, warum es zum Konflikt gekommen war, sondern es können höchstens aus einzelnen Vertragsvereinbarungen die strittigen Güter und Rechte abgelesen und davon die Konfliktmotive abstrahiert werden. Recht konkret benannt werden sie nur in dem bereits mehrfach erwähnten Friedensvertrag von 1150, weiterhin im Schiedsspruch von 1234, laut dem der vorangegangene Konflikt um die Kreuzbergstraße und das Geleitrecht auf derselben entbrannt war,⁷² sowie in

⁶⁵ Vgl. *Wiesflecker*, Entwicklung, 335; *Štih*, Counts, 325; *Härtel*, Görz, 4.

⁶⁶ Siehe dazu Anm. 27.

⁶⁷ Nach dem Aussterben der Babenberger wurde Graf Meinhard III. von Görz 1248 von Kaiser Friedrich II. zum Reichsstatthalter der Steiermark ernannt (Druck in MGH Const. 2, 377 f. Nr. 270; Regest in *Wiesflecker*, Regesten Görz 1, 138 f. Nr. 527). Vgl. dazu *Paschini*, Bertoldo (MSF 16), 67 f., 73 f.; *Riedmann*, Beziehungen, 43; *Härtel*, Görz, 8; *Brunettin*, Fedeltà, 295.

⁶⁸ Zu Elisabeth siehe *Goez*, Elisabeth.

⁶⁹ Vgl. *Pizzinini*, Grafen, 189.

⁷⁰ *Štih*, Studien, 31.

⁷¹ Vgl. *Degrassi*, Cormòns, 37; *Härtel*, Görz, 5.

⁷² 1234 November 27, Cividale: [...] cum quedam discordia verteretur inter nos [Patriarch Berthold von Aquileia] ex una parte et dilectum nepotem et fidelem

den beiden Kompromissurkunden von 1249 und 1265, wo es um gegenseitig verübte Schäden seit dem Waffenstillstand⁷³ bzw. seit dem letzten Friedensschluss⁷⁴ ging. 1267 gelang es der Stadt Koper, den Grafen aus seinem Bündnis mit dem Patriarchen zu lösen und mit ihm einen Separatvertrag gegen Aquileia zu schließen: „Was den Grafen zum Vertragsbruch verleitet hat, dürfte wohl in der besseren Aussicht auf eigenen Erfolg gelegen sein.“⁷⁵ Schließlich stellte die eingangs erwähnte Gefangenannahme des Patriarchen im Jahr 1267 durch den Grafen von Görz den Höhepunkt eines Konflikts dar.⁷⁶ Darüber hinaus konnte natürlich jederzeit ein als ungerecht empfundener Friedensvertrag oder Schiedsspruch, der keinen tatsächlichen Ausgleich bewirkte, zum Bruch des Vertrages oder zur Nichteinhaltung einzelner Bestimmungen und damit zum Wiederaufflammen eines Konflikts führen.

nostrum Meinhardum comitem Goricie ex altera supra strata que dicit per monatem Crucis, de qua idem comes asserebat, quod ad eum pertinebat dare conductum omnibus transeuntibus per ipsam et nos quoslibet inde venientes aut redeuntes nec per mutam nec alio modo deberemus aliquatenus impedire [...]. Zur Urkunde siehe Anm. 26. Zum Geleitrecht der Görzer siehe Klein, Geleitsrecht, zu dieser Urkunde bes. 322.

⁷³ 1249 April 1, Manzano: [...] *de omnibus dampnis datis post diem treugue indice(!) inter ipsum dominum patriarcham et suos ex una parte et dictum dominum comitem et suos ex altera post prelum Goricie [...] et de omnibus aliis causis et questionibus habitis [...]. Zur Urkunde siehe Anm. 28.*

⁷⁴ 1265 Juni 5, Cormôns: *Super omnibus questionibus dampnis ofensis(!) et iniuriis datis et illatis inter venerabilem patrem dominum Gregorium dei gratia sancta sedis Aquilegensis patriarcham et suos ex parte una et dominos Meynardum et Albrettum(!) comites Goricie et suos ex altera a tempore pacis facte inter ipsos dominos patriarcham et comites apud Pivventum [20. März 1264] usque ad presentem diem [...]. Zur Urkunde siehe Anm. 35.*

⁷⁵ Pizzinini, Grafen, 188.

⁷⁶ 1267 August 25, Görz: [...] *super facto captionis reverendi patris domini Gregorii dei gratia sancte sedis Aquilegensis patriarche, et super concordia et pace inter ipsum dominum patriarcham et ecclesie Aquilegensis devotos et fideles et inter nos nostrosque complices et fautores [...], et super restitutione nostra et dictorum nostrorum complicum et fautorum facienda in statum pristinum in quo ante captivitatem ipsius domini patriarche fueramus constitute, et super renunciatione impeticionis seu actionis, que ipsi domino patriarche et suis successoribus seu capitulum Aquileensem occasione huiusmodi captivitatis contra nos et nostros complices et fautores ex lege vel ex canone competere dinoscitur ex hoc facto, et super universis iniuriis, violencias, gravaminibus atque dampnis que vel quas nos et nostri complices et fautores ipsi domino patriarche et ecclesie Aquileensi nec non et eiusdem ecclesie fidelibus et devotis irrogavimus personam ipsius domini patriarche Aquilegensis captivando [...]; in selber Weise – nur aus Sicht des Patriarchen formuliert – enthalten in der Kompromissurkunde des Patriarchen Gregor von 1267 August 27, Cividale. Zu den Urkunden siehe Anm. 45.*

IV. Vertragsbruch und Urkunde

Ein Vertragsbruch wird bisweilen Ausgangspunkt für diplomatische Verhandlungen gewesen sein, manchmal unmittelbar oder mittelfristig nach dem Scheitern der Verhandlungen ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen sein, auch wenn die Quellen darüber kaum etwas berichten. Vertragsbrüche waren somit Ursache für unterschiedliche Aushandlungsprozesse. Vertragsverletzungen und -brüche konnten aber auch von vornherein einkalkuliert oder vom Gegner antizipiert worden sein.⁷⁷ Wollte man die Auseinandersetzungen beenden, so wurde zunächst ein temporärer Waffenstillstand geschlossen, diplomatische Verhandlungen wurden aufgenommen und nach deren positivem Abschluss konnte ein neuer Vertrag abgeschlossen werden.

Ein Vertragsbruch wird im untersuchten Quellencorpus explizit nur in einem einzigen Fall thematisiert, im eingangs erwähnten ersten überlieferten Friedensvertrag zwischen den Protagonisten aus dem Jahr 1150. Dessen Narratio berichtet, dass Graf Engelbert II. den zwischen seinem Vater und dem Patriarchen geschlossenen Vertrag von [1132–1142] gebrochen habe.⁷⁸ Umgekehrt hält der im Jahr 1202 in S. Quirino bei Cormôns zwischen Patriarch Pilgrim II. und den Brüdern Graf Meinhard II. und Graf Engelbert III. von Görz geschlossene Vertrag fest, dass es keinen Friedens- bzw. Vertragsbruch darstelle, wenn einer der Görzer Leute bei einer Belagerung oder einem Feldzug [gegen die Trevisaner] verletzt oder getötet werden würde.⁷⁹ Da die Grafen von Görz wenige Jahre zuvor mit der Kommune Treviso ein Bündnis gegen den Patriarchen eingegangen waren, mussten sie sich nun nicht nur verpflichten, in Zukunft kein Bündnis mit Treviso zu schließen (was der Patriarch ebenfalls garantierter), sondern auch versprechen, sich an einem Feldzug gegen ihre ehemaligen Verbündeten zu beteiligen.⁸⁰

⁷⁷ Vgl. dazu auch Härtel, Frieden, bes. 539–549.

⁷⁸ Die betreffende Passage lautet: [...] comes Engelbertus invalescens pactum quod pater eius cum domino patriarcha pepigerat [...]. Zur Urkunde siehe Anm. 20.

⁷⁹ 1202 Januar 27, Cormôns: *Et si interim in obsidione vel expeditione ipsa [aliquis hominum o]ccideretur vel lederetur, per hoc pax non erit violata.* Zur Urkunde siehe Anm. 22. Dass es hier um ein gemeinsames, gegen Treviso gerichtetes Vor gehen geht, ist aus dem Kontext zu erschließen.

⁸⁰ 1202 Januar 27, Cormôns: *Item comites presentem expeditionem Taruisinorum bona fide [**10** ex]pedire debent et, si non possunt facere vel vitare, quin cum eis equitant cum triginta tantum vel quadraginta militibus ad plus ien [**18**] debent nec studiose patriarcham aut suos offendere, ne extra expediti onem a dominibus aut hominibus eorum in tota [**21**] extra hinc inde debet esse offensio, sed firma pax utrimque debet haberi. [...] Finita vero expeditione ista vel si destiterit, comites a Tar(uisini)s recedere debent [incont]inenti s(ecundum) con-*

Häufiger als auf Vertragsbrüche wird in Friedensverträgen auf frühere Verträge rekuriert. Dies ist immerhin in drei Friedensverträgen und einer Kompromissurkunde der Fall:⁸¹ Im Vertrag von 1150 wurde, wie bereits geschildert, ein früherer Vertrag explizit erwähnt, der gebrochen worden war. Mit dem Friedensvertrag von 1264 wurden alle vorherigen Verträge zwischen den Grafen und dem Patriarchat für ungültig erklärt. Dies schloss auch alle mündlichen Abmachungen, die keinen schriftlichen Niederschlag fanden, mit ein: *pacta facta [...] cum cartis aut sine cartis.*⁸² In der Kompromissurkunde von 1265 wurde ebenso wie im daraufliegenden Friedensvertrag von 1266 auf den in Buzet/Pinguente geschlossenen Vertrag von 1264 Bezug genommen.⁸³

Vertragsbrüche lassen sich in den überlieferten Dokumenten also nur schwer fassen. Sie treten nur indirekt dort zu Tage, wo ein neuer Friedensvertrag abgeschlossen wurde. Erst der – im besten Fall noch historiographisch dokumentierte – Beginn von Auseinandersetzungen und der diesen folgende, jetzt aber auch in Urkunden Niederschlag findende, Ab-

silium patriarche et eius mi(sericordi)am et quamcumque securitatem a patriarcha exegerint, quod non faciet aliquo tempore confederationem aut [socie]tatem cum Tar(uisinis) contra eos, ipse eis prestabit eandem et comites ei prestabunt eandem cautionem, quod contra eum numquam cum Tar(uisinis) confe[derat]ionem facient aut societatem. Zur Urkunde siehe Anm. 22.

⁸¹ 1150, 1264, 1266 sowie 1265, siehe dazu Anm. 20, 33, 36 und 35.

⁸² 1264 März 20, Buzet/Pinguente: *Item quod omnes penes obligaciones et pacta facta inter dominum patriarcham et dominos M(ainhardum) et Al(bertum) comites Goritie usque ad presentem diem cum cartis aut sine cartis sint cassa et vana preter ea que superius sunt expressa.* Zur Urkunde siehe Anm. 33.

⁸³ 1265 Juni 5, Cormôns: *Promisit quoque predictus dominus Al(bertus) vicedominus facere et operari quod dominus patriarcha predictus presens compromisum et omnia et singula supradicta confirmabit et habebit rata et firma sub eadem pena mille marcarum. Et dominus Meynardus comes predictus promisit facere quod dominus Albrettus (!) frater eius similiter compromissum presens et omnia et singula supradicta confirmabit et ea habebit rata et firma sub eadem pena salvo in omnibus privilegio pacis et concordie facto apud Pivventum inter ipsos dominos patriarcham et comites.* [Hervorhebung durch die Verf.] – 1266 Februar 14, Cividale: [...] *quod ipse dominus patriarcha debet iuvare dictos dominos Albertum et Maynhardum comites et astare eis contra quamlibet personam exceptis omnibus illis cum quibus ipsi dominus patriarcha et comites confederate sunt vinculo unionis prout continetur in instrumento concordie facto inter ipsos dominum patriarcham et comites apud Pinguentum.* Que quidem concordia seu pax secundum quod continetur in dicto instrumento in omnibus et per omnia non obstante pacto presenti omni tempore inviolabilem optineant firmitatem [...]. Et econverso supradicti comites in omnibus et per omnia de suis ipsi domino patriarche teneantur facere illud idem, contractu predicte pacis et concordie facto apud Pinguentum inter dictos dominum patriarcham et comites in sua firmitate nichilominus in omnibus et per omnia perdurante.

[Hervorhebungen durch die Verf.] Zu den Urkunden siehe Anm. 35 und 36.

schluss eines neuen Abkommens impliziert, dass einer der Vertragspartner den früheren Vertrag als verletzt und als in irgendeiner Form nicht eingehalten erachtete. Es handelt sich also zumeist um eine Zuschreibung aus der Sicht eines der Vertragspartner. Eine Grenze zwischen Vertragsverletzung und Vertragsbruch lässt sich insofern nur schwer ziehen, als jede Vertragsverletzung zum Bruch führen konnte, was vereinzelt auch in Urkunden angesprochen wird.⁸⁴

V. Schuldzuschreibungen

Antworten auf die Frage, ob im Friedensvertrag die Ursache(n) des Vertragsbruchs dargelegt wurde(n) und damit Schuldzuweisungen an eine Partei verbunden waren, können mithilfe der Untersuchung der urkundlichen Narrationes und der darin verkürzt wiedergegebenen Vorgeschichte des Konflikts gefunden werden. Wird hier eine Schuldzuweisung schriftlich festgehalten, muss die Frage gestellt werden, ob und wie sich darin möglicherweise die Überlegenheit einer der Parteien ausdrückt.

Im Untersuchungsmaterial wird einzig im Vertrag von 1150 ausführlich dargelegt, wodurch es zum Vertragsbruch gekommen sein soll. Gleichzeitig wird eine klare Schuldzuweisung an Graf Engelbert II. von Görz vorgenommen. Die Narratio erzählt zunächst die mit Topoi angereicherte Vorgeschichte vom Vertragsbruch, von den Bedrückungen der Kirche und der Bauern durch den Grafen,⁸⁵ berichtet dann von der Gefangenennahme des Patriarchen und schließlich von dessen Befreiung durch die *fideles* der Aquileier Kirche. Als der in der Urkunde beschuldigte Ur-

⁸⁴ So etwa im Friedensvertrag vom 21. Mai 1221 zwischen Patriarch Berthold und einigen seiner Vasallen, die zuvor zur gegnerischen Seite, der Kommune Treviso, übergetreten waren (Original in Joannis, Archivio Frangipane, Pergamene 1 Nr. 12; Regest in Wiesflecker, Regesten Görz 1, 108 Nr. 396). Es wurde vereinbart, dass die Vasallen, die den Treueid gegenüber dem Patriarchen erneuert hatten und von ihm wiederbelehnt wurden, bei Bruch des Vertrags oder einzelner seiner Bestimmungen sowie bei künftigem Ungehorsam aller ihrer Güter und Lehen verlustig gehen sollten: [...] *quod si ipsi vel eorum heredes contra ea, que supradicta sunt, in toto vel in parte venire presupserint(!) aliqua occasione et omnia que superius scripta sunt incorrupta non observaverint et illesa perpetuo omnes eorum proprietates et feuda prefata debent ex tunc pure et libere ad Aquileiensem ecclesiam pertinere, predictis liberis et eorum heredibus ab omni iure suo super nominatis proprietatibus et feudis irregulariter cadentibus.*

⁸⁵ 1150 April 21, bei Ramuscello: [...] *comes Engelbertus invalescens pactum quod pater eius cum domino patriarcha pepigerat, irritum fecit hospitando enim bona diripiendo in ecclesia et in cimiteris eorum et multa alia mala colonis inferendo terram vastare cepit.* Siehe auch am Beginn dieses Beitrags. Zur Urkunde siehe Anm. 20.

heber des Konflikts erscheint der Graf von Görz, wenngleich wir nicht mit letzter Klarheit erfahren, worin der eigentliche Streitgegenstand bestand. Dies könnte gänzlich ausgeklammert worden sein, oder es ging um die Aufteilung der mit dem Vertrag neu geregelten Vogtei-Gebühren, wie die Vertragsbestimmungen vermuten lassen. Der Görzer sollte jedenfalls Schadensersatz für das von ihm zu Verantwortende leisten. Die fünf mit der Konfliktbeendigung betrauten Vermittler werden als *fideles domini patriarche* bezeichnet, was darauf hindeuten könnte, dass diese „Kommission“ vom Patriarchen eingesetzt worden war. Vielleicht zählten einige von ihnen zu den Befreieren des Patriarchen. Durch die Annahme einer unilateralen Beschickung wird klarer, warum sich die Urkunde über das Zustandekommen der Schlichtungskommission ausschweigt, während bei einer gemeinsamen Vertrauenserklärung durch beide Parteien wohl ein entsprechender Hinweis angebracht worden wäre, wie dies in zahlreichen Kompromiss- und Schiedsurkunden der Fall ist. Die Vermittler, denen die Initiative bei diesem Friedensschluss zugeschrieben wird, wollten den Streit befrieden.⁸⁶ Ihre Tätigkeit scheint dabei aber sehr undurchsichtig. Im Gegensatz zu Schmidinger, der von einem Schiedsspruch spricht⁸⁷ dürfte hier vielmehr eine, wenn auch an der Grenze zum Friedensgebot bzw. zur autoritativen Schlichtung zu verortende, Vermittlungstätigkeit angenommen werden, ausgedrückt durch die Verben *pacare* und *componere*.⁸⁸ Möglicherweise stand bei der Tätigkeit der Schlichtungskommission der steirische Markgraf, der mit anderen Getreuen der Kirche den Patriarchen gewaltsam aus der Hand des Görzers befreit hatte,⁸⁹ noch irgendwie drohend im Hintergrund und verlieh dem Ganzen Nachdruck. Dass die autoritative Ausprägung der Vermittlungstätigkeit nicht deutlicher Eingang in den Urkundentext fand, könnte mit einer gewissen Rücksichtnahme auf den Görzer erklärt werden. Wie schon die Narratio die Schuld eindeutig dem Grafen von Görz zuweist, so spiegelt sich die Einseitigkeit der Vermittlertätigkeit auch im Ergebnis, d. h. in den Friedensbestimmungen, wider.

⁸⁶ 1150 April 21, bei Ramuscello: [...] *dissensionem pacare satagentes taliter inter eos composuerunt [...]*. Zur Urkunde siehe Anm. 20.

⁸⁷ Vgl. Schmidinger, Patriarch, 78.

⁸⁸ Nach Kamp, Friedensstifter, 21–23, handelt es sich bei *pacare* um ein Verb, das auf das Ziel und den Zweck des Handelns fokussiert, dabei aber, wie auch *componere*, auf eine außergerichtliche, allerdings nicht näher differenzierte Konfliktbeilegung verweist.

⁸⁹ Die Passage *qui eum [den Patriarchen] in manu valida sine omni condicione liberaverunt* lässt vermuten, dass die Befreiung nicht alleine mit diplomatischen Mitteln erfolgte, sondern zum mindesten eine militärische Drohung angenommen werden kann.

Im geschilderten Fall zeigt sich, dass die Bewertung der Handlungen und die Schuldzuweisung von vornherein durch das Ergebnis des vorangegangenen Konflikts determiniert sein konnte, dass weiters die Parteilichkeit der Darstellung eine Folge der Überlegenheit einer der beteiligten Parteien ist und dass dabei nicht die eigene Position als besonders rechtmäßig oder gut hervorgehoben wurde, sondern es zu einer „Verteu felung“ der Handlungen und Motive des unterlegenen Parts kam, wobei auch gerne die gängigen Topoi von Gräueltaten bedient wurden. Die Darstellung der Vorgeschichte und die Auswahl dessen, was als solche festgehalten wurde, konnte für Schuldzuschreibungen oder zumindest für eine parteiische Darlegungen der Situation in besonderem Maße instrumentalisiert werden. Damit bot sich eine Gelegenheit, das tatsächliche Geschehen zum Teil zu verschleiern oder zu verzerrn. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Patriarch von Aquileia als Geistlicher wie aufgrund seiner Stellung mehr Gelegenheit wie auch mehr Interesse daran hatte, den Vertragsbruch in einer für ihn günstigen Weise darzustellen. Zudem befand er sich im konkreten Fall als die überlegene Kraft in einer günstigeren Ausgangsposition für eine Einflussnahme auf die Gestaltung des Vertrags und die Darstellung der Vorgeschichte wie die damit verbundenen Schuldzuschreibungen.⁹⁰

Bei allen anderen zwischen den Görzern und dem Patriarchat von Aquileia geschlossenen Friedensverträgen wurden derartige Bemühungen offenbar nicht unternommen oder es wurde aus verschiedenen Gründen ein anderer Weg gewählt: Die überwiegende Mehrzahl der Verträge beantwortet die Schuldfrage nicht, wahrscheinlich wurde sie ganz bewusst nicht thematisiert. Meist wird nur erwähnt, dass *discordia* zwischen den Beteiligten geherrscht habe.⁹¹ In zwei Fällen, den Verträgen von 1251 und 1264, findet sich eine „neutrale“ Lösung, als Motiv für den Ausbruch des Konflikts wird hier das Wirken des Bösen bemüht: Der *imicus humani generis* habe dafür gesorgt, dass ein schwerer Krieg zwischen dem Patriarchen und den Grafen von Görz ausgebrochen war.⁹²

⁹⁰ Der die Urkunde ausfertigende Notar und Richter *Theodericus* ist der Umgebung des Patriarchen zuzurechnen, wodurch die Parteilichkeit des Texts einfacher herzustellen war. *Theodericus* bzw. *Dietericus* (1103–1146) fertigte 1146 zwei Urkunden für das Kloster Moggio: Druck in Härtel, Moggio, 83f. U 9 und 84f. U 10. Siehe auch Härtel, Entstehung, 118 mit Anm. 100.

⁹¹ So in den Friedensverträgen von 1202, 1234 und 1260 (hier: *qui non erant concordes*). Zu den Urkunden siehe Anm. 22, 26 und 32.

⁹² 1251 Januar 8, 11 und 15, Cividale: *Cum inter dominum Bertoldum venerabilem patriarcham Aquilegensem nomine universalis et Aquilegensis ecclesiarum ex parte una et dominum Meinardum comitem Goritie advocatum Aquilegensis ecclesie ex altera exhorta sit hactenus hinc inde ac diutius ventilata multiplex ma*

Durch die Schuldzuweisung an den Teufel konnten die Konfliktparteien ihr Gesicht wahren. Auch eine Darstellung der Vorgeschichte wird in diesen Urkunden vermieden, denn Schuldzuschreibungen, die damit vermutlich fast zwangsläufig verbunden gewesen wären, hätten eine Lösung des Konflikts verhindern und weitere Auseinandersetzungen nach sich ziehen können.

VI. Sicherungsmaßnahmen

Allein die Häufigkeit der belegten Konfliktlösungsversuche zeigt die Instabilität der Verträge. Da der vereinbarte Friede meist nur kurzlebig war, hat man den Eindruck, dass die Verträge oft schon im Moment ihres Abschlusses überholt waren. Dennoch, oder gerade deswegen, wurde versucht, die Verbindlichkeit der Friedensverträge durch Sicherungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Zur Sicherung der Friedensabkommen diente zunächst einmal, wie bei anderen Rechtsgeschäften auch, die schriftliche Fixierung in Form von Urkunden.⁹³ Sowohl das Aquileier Patriarchat als auch die Görzer gehörten prinzipiell dem Bereich des nördlichen Urkundenwesens, der „Kultur der Siegelurkunde“, an. Ab dem Beginn des 13. Jahrhunderts wurden öffentliche Notare häufiger zur Beurkundung herangezogen. Nun traten auch Notariatsinstrumente auf.⁹⁴ Das *Breve recordationis* mit Notarsunterfertigung, d. h. die südliche Notitia, die mit dem Vertrag von 1150 vorliegt, stellt als beachtenswerte „notarielle Beweisurkunde“⁹⁵ eine Ausnahme dar, sie fügt sich nicht in das Schema, das für interne Angelegenheiten in jener Schicht von Zuwanderern, die kurz zuvor aus dem – nach heutigen Maßstäben – süddeutschen und österreichischen

teria questionum procurante humani generis inimico favente tandem illo qui disidentium mentes ad unam sepe reconciliat voluntatem ut inter eos pacis et concordie federa reformentur. Vgl. dazu Härtel, Frieden, 546. – 1264 März 20, Buzet/Pinguente: *Procurante humani generis inimico qui per discordie seminarium delere nititur bonum pacis inter venerabilem patrem dominum G(regorium) dei gracia sancte sedis Aquilegensis patriarcham ex una parte et nobiles viros dominos Meinhardum et Albertum fratres comites Goritie ac Tirolis ex altera, olim gravia gwerrarum discrimina sunt exorta, set faciente illo qui ad concordiam revocat discordantes talis inter eos concordia intervenit.* Zu den Urkunden siehe Anm. 29 und 33.

⁹³ Mit dem Einsatz von Schrift beabsichtigte man eine dauerhafte Sicherung eines Rechtsgeschäfts. Stieldorf, Magie, 30, spricht von der „Überlegenheit der Urkunde“ gegenüber mündlichen Verhandlungen und symbolischen Akten, die in der „höheren Speicherfunktion“ von Schrift lag.

⁹⁴ Vgl. Härtel, Notariat, 890–892, 906.

⁹⁵ Ebd., 919 Anm. 146; vgl. auch ebd., 893.

Raum ins Friaul gekommen waren, die Verwendung von Siegelurkunden vorsieht.⁹⁶ Die Wahl dieser im geschilderten Umfeld „untypischen“ urkundlichen Form könnte dadurch bedingt sein, dass man dem Grafen von Görz bei den Friedensverhandlungen zwar einige Aussagen und Zugeständnisse abringen konnte, dieser einen solchen für ihn einigermaßen negativen Entscheid allerdings vermutlich nicht besiegelt hätte, weshalb man – d. h. der Patriarch und die von ihm eingesetzte Kommission – auf die Form der notariellen Beweisurkunde zurückgriff. Die Friedensverträge von 1202 und 1234 können dem Typus Siegelurkunde zugerechnet werden. Ab etwa 1250 wurde dann nur mehr die Mischform des besiegelten Notariatsinstruments verwendet.⁹⁷ Obwohl nun von öffentlichen Notaren gefertigt, wurde zur zusätzlichen Absicherung das typisch nördliche Beglaubigungsmittel, das Siegel, an den Verträgen angebracht und die Besiegelung auch in einer Corroboratio angekündigt. Diese zusätzliche Besiegelung erfolgte zum Zweck der Erhöhung der Sicherheit, was in den Formeln betont wird.⁹⁸ Die Beteiligten, d. h. die Parteien wie auch die Schiedsrichter im Falle der Schiedsverfahren, entstammten allesamt derselben „Urkundenkultur“. Sie werden sich durch ihr (zusätzlich angebrachtes) Siegel in höherem Maße gebunden gefühlt haben als durch ein Instrument, an dessen Zustandekommen sie keinen Anteil hatten. Wie wichtig den Vertragsparteien trotz der *publica fides* des Notars und seines Instruments die Besiegelung war, kann man auch daran erkennen, dass im Vertrag von 1266 Graf Albert II. von Görz bei einer Strafe von 1.000 Mark Aquileier Pfennigen und unter Aufbietung von Bürgen versprach, seinen Bruder Meinhard IV. zur Bestätigung des mit dem Patriarchen geschlossenen Vertrags bis Michaelis (29. September) anzuhalten. Je schneller der Bruder den Vertrag durch eine eigene Urkunde mit Siegel bestätigte, desto eher sollten die Bürgen von ihrer Pflicht befreit sein.⁹⁹

Rechtsbegründend für den Abschluss eines Friedensvertrags war dessen Beeidung durch die Konfliktparteien,¹⁰⁰ die auch in allen untersuchten Friedensverträgen erwähnt wird. Dabei wird allerdings nicht der exakte Wortlaut der Eide überliefert, sondern die Urkunden enthalten nur

⁹⁶ Vgl. ebd., 919.

⁹⁷ Diese Urkunden enthalten eine Siegelankündigung und eine notarielle Unterfertigung.

⁹⁸ So zum Beispiel im Vertrag von 1264: *In cuius rei evidentiam et stabilem firmatatem; in ähnlicher Weise in den anderen Urkunden.*

⁹⁹ 1266 Februar 14, Cividale: *Quam cito vero predictus dominus Meinhardus comes pactum presens per patentes litteras suas suo sigillo pendenti munita ratum et firmum habuerit, fideiussores predicti ab hac fideiussione sint penitus absoluti.* Zur Urkunde siehe Anm. 36.

¹⁰⁰ Zum Eid siehe Schmidt-Wiegand, Eid; Kolmer, Eide.

einen protokollartigen Hinweis auf den erfolgten Vollzug der Eidesleistung. Drei Mal, 1150, 1260 und 1264, kam es zur Erneuerung des Treueeid durch einen Grafen von Görz und zu dessen erneuter Belehnung durch den Patriarchen.¹⁰¹ Ab der Mitte des 13. Jahrhunderts sind immer häufiger zusätzliche Sicherungsmaßnahmen festzustellen. Der Eid scheint demnach an Bedeutung eingebüßt zu haben.¹⁰² Solche zusätzliche Sicherung geschah etwa in Form von Eidgaranten, die in den Friedensverträgen von 1202 und 1251 erwähnt werden.¹⁰³ Sie sollten durch Einflussnahme auf die jeweilige Partei deren Vertragstreue gewährleisten und übten damit eine Garantiefunktion aus. Dafür sollten sie ihre Autorität und gegebenenfalls auch militärischen Druck einsetzen. Die Eidgaranten leisteten entweder denselben Eid wie die Parteien oder versprachen, für die Einhaltung des Vertrags von Seiten der Konfliktpartei Sorge zu tragen. Meist wurden dafür bedeutende Personen herangezogen,¹⁰⁴ welche einerseits das Vertrauen der Konfliktpartei, für welche sie den Eid ablegten, genossen; es ist aber auch anzunehmen, dass sie andererseits vom Konfliktgegner als vertrauenswürdige Personen eingestuft wurden, welche in der Lage waren, die Einhaltung des Vertrags zu garantieren. Dass häufig Vasallen als Eidgaranten bzw. Bürgen dienten, dürfte darauf hinweisen, dass hiermit ein gutes Druckmittel vorlag, denn vertragswidriges Verhalten war oft ohne die Hilfe der eigenen Vasallen nicht möglich, ohne ihre Unterstützung konnten auch schwerlich kriegerische Auseinandersetzungen begonnen werden.¹⁰⁵

Neben dem Eid sollten Akte symbolischer Kommunikation zusätzliche Verbindlichkeit erzeugen. Explizit werden solche allerdings nur in einer Urkunde erwähnt: 1251 wurde den Konfliktparteien von den Schiedsrichtern befohlen, durch die wechselseitige Annahme des Friedenskusses Freundschaft zu schließen, woraufhin der Graf von Görz den Patriarchen küsst.¹⁰⁶ Der Friedenskuss war – innerhalb der symbolischen Handlungen

¹⁰¹ Zu den Urkunden siehe Anm. 20, 32 und 33.

¹⁰² Eine Relativierung und Säkularisierung der Eide begann laut Weinfurter bereits um 1100. Vgl. *Weinfurter, Lehnswesen*, 446, 453.

¹⁰³ Zu den Urkunden siehe Anm. 22 und 29.

¹⁰⁴ Vgl. dazu die Mitbeschwörung herrscherlicher Urkunden durch die Großen. Dazu etwa *Heinemeyer, Studien*, 338 f.

¹⁰⁵ Vgl. *Ogris, Sicherheiten*, 509.

¹⁰⁶ 1251 Januar 8, 11 und 15, Cividale: [...] *quod dominus comes [...] amicari de cetero debeat domino patriarche et dominus patriarcha eidem comiti amicetur mutuum ad invicem pacis osculum assumentes, quo facto dominus comes iuravit corporaliter ad sancta dei evangelia parere mandatis ecclesie secundum formam scriptam superius et in signum pacis osculatus est dominus patriarcha (!).* Zur Urkunde siehe Anm. 29.

gen – das „ausdruckstärkste Zeichen mittelalterlicher Friedensstiftung“¹⁰⁷ und wies den höchsten Grad an Verbindlichkeit auf.¹⁰⁸ Er war allerdings für den rechtsverbindlichen Abschluss von Friedensverträgen keineswegs unabdingbar,¹⁰⁹ was sich hier auch in der geringen Belegdichte des *osculum pacis* zeigt.

Nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Bürge ist besser“¹¹⁰ kamen im Friedensvertrag von S. Quirino 1202 neben Eidgaranten auch noch weitere persönliche Sicherungen zum Einsatz:¹¹¹ Es wurde vereinbart, dass Patriarch Pilgrim II. jede Vertragsverletzung durch die Grafen von Görz nach vorheriger Abmahnung derselben den Herzögen von Steier, Meranien und Kärnten melden könnte. Wenn die Grafen nach Ermahnung durch die genannten Herzöge die Vereinbarungen dennoch nicht einhielten, werde der Patriarch nach bestem Können von seinem Recht Gebrauch machen.¹¹² Diese interessante non obstante-Bestimmung sieht vor, dass der Patriarch auch bei Anwendung von (Gegen-)Gewalt nicht vertragsbrüchig wird. Die Herzöge sollten im nötigen Fall mit ihrer Autorität auf die Görzer einwirken, damit diese ihr vertragswidriges Verhalten beendeten. Die beabsichtigte Wirkung dieser Ermahnungen beruhte auf den Beziehungen zwischen Bürgen und Schuldern. Es bestand umso mehr Aussicht auf Erfolg, je enger das Vertrauens- und Autoritätsverhältnis war und je stärker die Vertragsbrüchigen moralischem, wirtschaftlichem oder politisch-militärischem Druck ausgesetzt werden konnten,¹¹³ weswegen den Bemühungen hier nicht von vornherein jegliche Erfolgsausichten abzusprechen sind. Allerdings handelt es sich dabei um keine besonders starke Garantie,¹¹⁴ weshalb noch weitere Sicherungsmaßnahmen, wie etwa Einlagerbürgen, vereinbart wurden: So versicherte Herzog Berthold IV. von Meranien, im Falle des Vertragsbruchs durch die Grafen von Görz, seinen Sohn zum Patriarchen schicken zu wollen, ebenso sollten die Grafen Ulrich III. von Eppan und Albert III. von Tirol bis zu sechs

¹⁰⁷ Schreiner, Gerechtigkeit, 78.

¹⁰⁸ Vgl. Schreiner, *Osculum pacis*, 202.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., 200f.

¹¹⁰ In Anlehnung an Althoff, Zusammenfassung I, 593.

¹¹¹ Zum Terminus „persönliche Sicherheiten“ im engeren Sinne, der für Bürgschaft steht, siehe Ogris, Sicherheiten, 552f. Anm. 1.

¹¹² 1202 Januar 27, Cormons: *Statutum est etiam, ut, si comites aliqua eorum que supradicta sunt, infringere molirentur [et a patriarcha comm]oniti non desisterent, patriarcha id duci Styrie, duci Meranie et duci Karinthie notificare debet et, si ab eis [commoniti desistere nollent, tunc patriarcha non obstante pace que facta est, iure suo, prout melius poterit, utetur*. Zur Urkunde siehe Anm. 22.

¹¹³ Vgl. Ogris, Sicherheiten, 508.

¹¹⁴ Vgl. ebd., 509, 515.

Wochen beim Patriarchen verbleiben.¹¹⁵ Die Genannten – allesamt untereinander sowie mit den Görzern verwandt bzw. verschwägert¹¹⁶ – hätten demnach für den Misserfolg ihrer Bemühungen um Vertragseinhaltung einzustehen gehabt. Abschreckend wirkten für den vertragsbrüchigen Teil bei dieser abgeschwächten Form von Geiselschaft auch die damit verbundenen hohen Kosten. Der vertragstreue Teil durfte aber hoffen, dass der Bürge auf den Schuldner schon im Vorfeld einwirkte, damit es gar nicht erst zum Vertragsbruch kam und sich der Bürge nicht ins Einlager begeben musste.¹¹⁷

Auch rechtliche Klauseln sollten ein Fehlschlagen der Friedensbemühungen verhindern. So fanden etwa Interpretationsvorbehalte und Renuntiationsklauseln im Rahmen der Schiedsgerichtsbarkeit Anwendung, wie sie in der Kompromissurkunde von 1249 und im Schiedsspruch von 1251 enthalten sind. Mit der *reservatio interpretandi* behielten sich die Schiedsrichter die Ergänzung, die nähere Auslegung und Erläuterung ihres Spruchs vor.¹¹⁸ Dies sollte Problemen vorbeugen, die sich aus der Unabänderlichkeit der schiedsrichterlichen Entscheidung sowie der prinzipiell fehlenden Appellationsmöglichkeit gegen Schiedssprüche ergaben und diese Art der Konfliktlösung oft scheitern ließen.¹¹⁹ Unter dem Rechtsmittelverzicht, der in Form von *renuntiationes* in den Urkunden festgeschrieben wurde, versteht man den Verzicht auf vom römischen Recht gewährte Einspruchsmöglichkeiten für den Prozessfall. Ziel war es, eine Aufhebung des mit dem Rechtsakt konstituierten Rechtsverhältnisses oder eine Verhinderung der Durchführung des Rechtsgeschäfts auszuschließen.¹²⁰ Die Rechtsmittelverzichte in den Urkunden von 1249

¹¹⁵ 1202 Januar 27, Cormôns: [...] *si ipse comes [pac]em nollet servare memoratam, dux Meranie filium suum patriarche mittet et comes W(odalricus) de Epan et comes A(lbertus) [de Tirolo] ad patriarcham venire debent ab eo die quo a patriarcha sine dolo requisiti fuerint usque ad VI septimanas nec [sine] ipsius gratia et licentia recedent.* Zur Urkunde siehe Anm. 22.

¹¹⁶ Vgl. *Landi*, *Dilectus consanguineus*, 122 f.

¹¹⁷ Zum Typus des Einlagerbürgen siehe *Ogris*, Sicherheiten, 509–515; *Kosto*, Hostages, 130–162.

¹¹⁸ In der Urkunde von 1249 April 1 wurde festgehalten, die beiden weltlichen Schiedsrichter *possint diffinire arbitrari pronunciare sententiare interpretari declarare dillucidare [...] sicut voluerint*. Beim Schiedsverfahren von 1251 verfügten die Schiedsrichter über *libero arbitrio seu dominio [...] arbitrandi, finiendi, pronuntiandi, sententiandi et interpretandi semel et pluries*. Zu den Urkunden siehe Anm. 28 und 29.

¹¹⁹ Vgl. *Frey*, Schiedsgericht, 170–172.

¹²⁰ Vgl. *Schlosser*, Rechts- und Einredeverzichtsformeln, 8, 17; siehe auch die kritischen Anmerkungen zu Schlosser bei *Köbler*, Verzicht, und *Behrmann*, Ad maiorem cautelam, 34. Zu den Renuntiationen siehe noch *Riesenberg*, Roman Law; *Schlosser*, Art. Renuntiationen; *Kroeschell*, Art. Renuntiationen.

und 1251 beziehen sich auf das *ius civile* und das *ius canonicum*, auf Rechtsgewohnheiten sowie auf Privilegien und sonstige Rechtsverleihungen. Die Verzichtsformel in der Urkunde von 1251 ist sehr ausdifferenziert, denn sie nennt in Bezug auf das Kirchenrecht sogar einzelne Dekretalenkapitel,¹²¹ schriftliche Verordnungen und Rechtsgewohnheiten; hier liegt der Schluss nahe, dass man im Bestreben nach lückenloser Sicherung des Rechtsgeschäfts alle Eventualitäten bedenken wollte. Während 1249 beide Parteien – also der Patriarch und der Graf von Görz – auf die genannten Rechtsmittel verzichteten,¹²² hält die Urkunde von 1251 lediglich die Renuntiationsformel des Patriarchen fest. Der Graf von Görz scheint in diesem Fall keinen Verzicht auf Rechtsmittel erklärt zu haben oder erklärt haben zu müssen. Diese Ungleichbehandlung könnte darauf hinweisen, dass man mit dem Einsatz kanonisch-rechtlicher Mittel durch den Patriarchen zur Verhinderung der Durchführung des Schiedsspruchs rechnete. Beim Görzer erwartete man vielleicht eher den Einsatz anderer, handfesterer, Mittel, denen mit Renuntiationsformeln nicht beizukommen war.

Häufig wurden für den Fall des Vertragsbruchs in den Friedensverträgen Sanktionen angedroht. Geistliche Strafen wie Exkommunikation und Interdikt treten uns allerdings, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre, in den vorliegenden Urkunden nicht entgegen, sondern nur weltliche. Bei diesen ist zwischen der Androhung von Geldstrafen einerseits sowie Grund und Boden betreffenden Strafen andererseits zu unterscheiden. Die gegenseitige Verpflichtung der Parteien zur Zahlung einer Geldsumme bei Vertragsverletzung findet sich häufig, nämlich in drei Friedensverträgen (1264, 1266, 1269) und in allen Kompromissurkunden (1249, 1265, 1267).¹²³ Die Höhe der Strafsummen unterlag der Vertrags-

¹²¹ 1251 Januar 8, 11 und 15, Cividale: [...] renuncians per pactum et ex certa scientia dominus patriarcha consilio generali De foro competenti, Si diligenti et capitulo Significasti et omni beneficio utriusque iuris et facti et consuetudinis per quod ipse dominus patriarcha vel sui successores possint se a predictorum observatione tueri. Der Patriarch verzichtete hier auch auf die Anwendung der Beschlüsse, welche als Kapitel *Si diligenti* (X 2,2,12) und *Significasti* (X 2,2,18) zum Titulus *De foro competenti* (X 2,2) in den Dekretalen Gregors IX. enthalten sind. Siehe Decretales Gregorii p. IX, hrsg. v. Richter/Friedberg, 248, 251, 255.

¹²² 1249 April 1, Manzano: Renunciantes dicti dominus patriarcha et comes omni legali auxilio et privilegio ecclesiastico et tam speciali quam communi. Zur Urkunde siehe Anm. 28.

¹²³ Auch im Schiedsspruch von 1251 wird auf eine Strafe hingewiesen, die offenbar im nicht überlieferten Kompromiss enthalten war (*sub pena predicta ut in instrumento compromissi*). Es ist nicht mehr festzustellen, welcher Natur die vereinbarte Sanktion war.

freiheit und oblag den Parteien.¹²⁴ Die vereinbarten Summen erscheinen allesamt sehr hoch und belaufen sich auf 1.000 bis 2.000 Mark Agleier Pfennige. Dies wirft die Frage nach der Verhältnismäßigkeit auf: Bei Friedensschlüssen handelt es sich um wichtige Vereinbarungen zwischen Herrschaftsträgern, insofern scheint eine hohe Strafsumme angemessen. Als Gedanken hinter der Androhung von Strafzahlungen werden einerseits die Schadensersatzfunktion, andererseits die Abschreckungswirkung diskutiert.¹²⁵ Die Pön zeigt, wie auch der Eid, dass die Verpflichtung zur Vertragstreue nicht nur rein formale Bedeutung hatte.¹²⁶ Konventionalstrafen bedeuteten eine tatsächliche Strafe und stellten keine Loskaufsumme dar, denn die Bezahlung befreite nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung des Vertrags und zur Erfüllung der vereinbarten Bedingungen,¹²⁷ wie das auch sonst im „privatrechtlichen“ Bereich schon seit langem die Regel, um nicht zu sagen selbstverständlich war. Die Strafsummen konnten aber auch durch Pfandsetzung garantiert werden, wie generell zur vorsorglichen Absicherung des gesamten Vertrags oder einzelner Bestimmungen Pfänder gegeben werden konnten, was hier in den Friedensverträgen von 1251, 1266 und in den Kompromissurkunden von 1267 der Fall ist. Man verpflichtete sich zunächst mit Gütern und Immobilien, in den vorliegenden Fällen meist Burgen, auf die Einhaltung des Vertrags. Bei Vertragsabschluss wurden die Pfänder dann in die Gewalt Dritter, etwa der Schiedsrichter, übergeben, vereinzelt auch zwischen den Gegnern ausgetauscht. Im Falle des Vertragsbruchs sollte Pfandverfall eintreten und der Gegner konnte das Pfand behalten. Der Vertrag blieb allerdings – theoretisch – weiterhin aufrecht.¹²⁸ Ein tatsächlicher Einzug oder eine Einbehaltung der Güter scheint jedoch nicht in jedem Fall praktikabel gewesen zu sein und zog mit ziemlicher Sicherheit den nächsten Konflikt nach sich. Eine Durchführung der Sanktionen bei Vertragsbruch ist in den vorliegenden Fällen nicht belegt. Vielmehr dürfte, wenn sich eine Partei über den Vertrag hinwegsetzte, auch eine Nichtbefolgung der Sanktionen wahrscheinlich gewesen sein.¹²⁹ Denn

¹²⁴ Dies wurde erstmals von Placentinus († 1192) gefordert und schließlich auch von Azo in seiner 1208 vollendeten *Summa Codicis* und von seinen Nachfolgern vertreten. Vgl. *Sossna*, Begrenzung, 28–34.

¹²⁵ Vgl. *Studtmann*, Pönformeln, 346; *Munzel*, Art. Schadensklage, 1340; *Schlinker/Willowweit*, Art. Vertragsstrafe; *Nehlsen-von Stryk*, Art. Schadensersatz, 1432.

¹²⁶ Vgl. *Heinemeyer*, Studien, 333.

¹²⁷ Vgl. *Frey*, Schiedsgericht, 176; *Kobler*, Schiedsgerichtswesen, 18 Anm. 132; *Schlinker/Willowweit*, Art. Vertragsstrafe, 858.

¹²⁸ Vgl. *Sellert*, Art. Pfandverfall; Zum Pfand siehe auch *Schmidt-Wiegand*, Art. Pfand, 1672–1674.

¹²⁹ Vgl. dazu auch *Frey*, Schiedsgericht, 178.

konnte es sich eine Partei leisten, die Vereinbarungen zu ignorieren, so konnte sie sich wohl auch über die angedrohten Strafmaßnahmen hinwegsetzen. Abschließend lässt sich zu den Sicherungsmaßnahmen sagen, dass ihr Zweck wohl mehr die vorbeugende Abschreckung als die tatsächliche Bestrafung im Falle eines Vertragsbruchs war. Bei den Friedensschlüssen zwischen den Patriarchen von Aquileia und ihren Vögten kamen materielle Sicherungen häufiger zum Einsatz als persönliche Sicherheiten. Ab der Mitte des 13. Jahrhunderts ist zudem in den Verträgen eine Ausdifferenzierung und Zunahme der friedenssichernden Elemente, vor allem materieller Sicherungsmaßnahmen, feststellbar, was auf ein stärkeres Sicherheitsdenken zurückzuführen sein kann.

Bei Friedensverträgen kamen nicht nur unterschiedliche Sicherungsmaßnahmen zum Einsatz, auch die Verfahren, welche zur Beilegung der Auseinandersetzungen herangezogen wurden, variierten: Sie umfassen Friedensstiftung bzw. -vermittlung (1150, 1202), Schiedsverfahren (1234, 1249, 1251, 1265, 1267) sowie unmittelbare Verfahren (1260, 1264, 1266).¹³⁰ Der Einsatz unterschiedlicher Verfahrensformen in ein und derselben Konfliktgemengelage macht deutlich, dass bei mangelndem Willen zumindest einer der Parteien keine Verfahrensart den Frieden garantieren konnte. Vielmehr war bei allen Arten von Konfliktbeendigung die Anerkennung des Ergebnisses durch die Vertragsparteien von entscheidender Bedeutung – nur so bestand die Chance auf Durchsetzung der Bedingungen und Beendigung des Konflikts. Führte eine Konfliktlösungsstrategie hier nicht zum Ziel, musste man es eben mit einer anderen versuchen.

VII. Fazit

Das reziproke Verhältnis zwischen dem hohen Aufwand an Beglaubigungs- und Sicherungsinstrumentarien und der tatsächlichen (geringen) Wirksamkeit und Dauer der Verträge, das sich darin zeigt, dass trotz detaillierter Sicherungsbestimmungen die Verträge bei nächstbester Gelegenheit gebrochen wurden, zieht abschließend die Frage nach sich, warum trotz der häufigen Friedens- und Vertragsbrüche weiterhin Verträge geschlossen wurden. Die Beziehungen zwischen dem Patriarchat Aquileia und den Grafen von Görz waren ein Kräftemessen zweier einigermaßen ebenbürtiger Partner, die aber auch als geistlicher Immunitätsherr und Vogt in einem besonderen Verhältnis zueinander standen. Da es dieses besonderen Verhältnisses, des Status' der Beteiligten und der räum-

¹³⁰ Im unmittelbaren Verfahren wird direkt zwischen den Streitparteien, in persönlicher Zusammenkunft der Herrschaftsträger, ein Vertrag geschlossen. Siehe dazu Heinemeyer, Studien, 342–357.

lichen Nähe wegen undenkbar war, die Beziehungen komplett abzubrechen oder den Gegner zu delegitimieren, spielte man mit bei dem dynamischen Spiel von Vertragsschluss–Vertragsbruch–Vertragsschluss, bei dem die Friedensinstrumentarien versagten, wenn die Ursachen des Streits nicht beseitigt wurden und man sich vom Krieg mehr als vom Frieden versprach. Friedensinstrumentarien hatten vielmehr nur dann Aussicht auf längerfristigen Erfolg, wenn eine Partei eindeutig unterlegen war oder die Rahmenbedingungen für eine echte Verständigung gegeben waren – und in jedem Fall nur solange bei beiden Parteien der Willen zum Frieden vorhanden war. Der Erfolg eines Friedensschlusses hing also von den Parteiinteressen und ihren Durchsetzungsmöglichkeiten ab.

Greifen wir noch einmal die eingangs geschilderten Gefangennahmen von Aquileier Patriarchen durch ihre Vögte auf. Trotz dieser massiven Vertrags- und Treuebrüche wurde weder im Jahr 1150 noch 1267 ein Ruf nach Entzug der Vogtei laut, zumindest nicht in den überlieferten Dokumenten.¹³¹ Nur ein einziges Mal findet sich die Androhung des Vogteiverlusts (allerdings nicht im Zusammenhang mit einer Gefangennahme): 1251 sollten die Grafen von Görz im Falle des Vertragsbruchs der Vogtei über Kirche und Stadt Aquileia, über Cividale und über alle Klöster sowie einiger Lehen verlustig gehen.¹³² Dass dies letztlich eine leere Strafandrohung war, zeigt sich darin, dass trotz Fortgang des Konflikts, trotz Vertragsbruchs, die Görzer die Vogtei nicht abgeben mussten. Es ist im gesamten Untersuchungszeitraum keine ernsthafte Anstrengung der Aquileier Patriarchen belegt, den Görzern die Vogtei über das Hochstift zu entziehen. Vielmehr versuchten die Patriarchen durch militärische und diplomatische Mittel, ihre Landeshoheit zu behaupten und durch feierliche, öffentlich vollzogene Belehnungen zu demonstrieren, dass die Grafen ihre Lehensleute waren. So schien für sie die Zugehörigkeit der Görzer Besitzungen zum „Patriarchenstaat“ gesichert.¹³³ Die Versuche

¹³¹ Erstmals belegt ist ein Entzug der Hochstiftsvogtei im Jahr 1348: Graf Heinrich V. von Görz wurde exkommuniziert und der Vogtei sowie aller Lehen und Rechte der Aquileier Kirche enthoben. Vgl. *Sgubin*, Avvocazia 146f.; *Hugues*, L'istituto, 116.

¹³² 1251 Januar 8, 11 und 15, Cividale: *Si vero dominus comes aut sui heredes attemptarent contra predicta vel aliqua predictorum cadat ipse et sui heredes a iure sue advocatie tam Aquilegensis ecclesie quam Civitatis Aquilegensis, Civitatis Austrie et monasteriorum omnium et de advocatio bonorum omnium ecclesiarum, liberorum et ministerialium et ab omni feudo quod olim fuit proprietas domini Meynardi comitis Goritie patrui predicti domini comitis quam ipse comes antiquus dedit et tradidit Aquileensi [ecclesie] et postea ambo comites ab Aquileensi ecclesia receperunt in feudum et ea bona pertineant ad dominum patriarcham et Aquileensem ecclesiam [...]. Zur Urkunde siehe Anm. 29.*

¹³³ Vgl. auch *Dopsch/Meyer*, Bayern, 365.

der Patriarchen, die Macht der Grafen von Görz zu reduzieren, führten aber keineswegs zur Wiederherstellung ihrer Autorität, sondern gipfelten 1350 während einer bewaffneten Auseinandersetzung im Tod des Patriarchen Bertrand von Saint Geniès, an dem eine Beteiligung der Grafen von Görz nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.¹³⁴ Trotz aller Bemühungen konnte die albertinische Linie der Görzer jedoch nie die Kontrolle über das Patriarchat erringen, wie das den Tiroler Görzern mit den Bistümern Brixen und Trient gelang.¹³⁵ Vielmehr führte unter anderem ihr Verhalten, ihre *fedeltà insidiosa*, wie es Brunettin nannte,¹³⁶ ihre hinterhältige, tückische Treue gegenüber ihren Lehnsherren, den Patriarchen von Aquileia, zur Destabilisierung von deren Herrschaft und der gesamten Region. Das Patriarchat wurde ab der Mitte des 13. Jahrhunderts von inneren und äußeren Feinden „systematisch zerstückelt“¹³⁷ und war dann 1420 leichte Beute für Venedig,¹³⁸ jener Macht, die neben den Görzern wesentlich zur Schwächung und zum Niedergang der Patriarchenherrschaft beigetragen hat.

Unedierte Quellen

Joannis, Privatarchiv des Marchese Frangipane: Pergamene, tom. 1, Nr. 12.

Edierte Quellen

Andreae Danduli ducis Venetiarum Chronica per extensum descripta aa. 46–1280 d. C., hrsg. v. Ester Pastorello (Rerum Italicarum Scriptores, 12/1), Bologna 1938–1958.

Andreae Danduli Venetorum ducis Chronicon Venetum: a pontificatu S. Marci ad annum usque MCCXXXIX [...], in: Ludovico Antonio Muratori, Rerum Italicarum Scriptores 12, Mailand 1728, 1–524.

Annales Foroiulienses a. 1252–1331, hrsg. v. Wilhelm Arndt, in: Monumenta Germaniae Historica, Scriptores 19, Hannover 1866 (ND Leipzig 1925), 194–222.

Annales S. Rudberti Salisburgenses, hrsg. v. Georg H. Pertz, in: Monumenta Germaniae Historica, Scriptores 9, Hannover 1851, 758–810.

Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter, hrsg. v. Ernst Schwind/Alfons Dopsch, Innsbruck 1895.

¹³⁴ So *Wakounig*, Avvocato, 353; zu den Vorgängen vgl. noch *Brunettin*, Fedeltà, 326.

¹³⁵ Siehe dazu *Wiesflecker*, Meinhard der Zweite; *Riedmann*, Beziehungen.

¹³⁶ *Brunettin*, Fedeltà.

¹³⁷ *Göbel*, Entstehung 266.

¹³⁸ Siehe dazu *Fedalto*, Fine.

Belloni, Antonio, De vitis et gestis patriarcharum Aquileiensium, hrsg. v. Ludovico Antonio Muratori (Rerum Italicarum Scriptores, 16), Mailand 1730 (ND Bologna 1980), 25–106.

Bernhard, Günther, Documenta patriarchalia gestas slovenicas illustrantia. Listine oglejskih patriahov za slovensko ozemlje in listine samostanov v Stični in Gornjem Gradu (1120–1251). Patriarchenurkunden von Aquileia für Slowenien und die Urkunden der Klöster Sittich und Oberburg (1120–1251), Wien [u. a.] 2006.

Blancato, Sebastiano, Le note di Giovanni da Lupico, notaio patriarchale 1265, 1267–1271, 1273, 1211–1279, 1283–1285, 1288, 1294–1298) (Fonti per la Storia della Chiesa in Friuli. Serie medievale, 15), Rom 2013.

Chmel, Joseph, Urkunden zur Geschichte von Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Triest, Istrien, Tirol. Aus den Jahren 1246–1300, aus den Originalen des Kais. Kön. Haus-, Hof- und Staats-Archives (Fontes Rerum Austriacarum, 2/1: Diplomatarium miscellum seculi XIII), Wien 1849.

Constitutiones et acta publica imperatorum et regum, Bd. 2: Inde ab a. MCXCVIII usque ad a. MCCLXXII (1198–1272), hrsg. v. Ludwig Weiland (Monumenta Germaniae Historica, Legum sectio IV, Constitutiones et acta publica imperatorum et regum, 2), Hannover 1896. Zitiert als MGH Const. 2.

Decretales Gregorii p[apae] IX, in: Corpus Iuris Canonici, pars secunda: Decretarium collectiones, hrsg. v. Emil Ludwig Richter/Emil Friedberg, Leipzig 1881, 2–928.

Härtel, Reinhard, Die älteren Urkunden des Klosters Moggio (bis 1250) (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom, 2/6/1), Wien 1985.

Heinrici IV. Diplomata, hrsg. v. Dietrich von Gladiss/Alfred Gawlik (Monumenta Germaniae Historica, Diplomata regum et imperatorum Germaniae 6/2), Hanover 1952 (zitiert als DD H. IV.).

Jaksch, August von, Monumenta Historica Ducatus Carinthiae (MHDC), Bd. 3: Die Kärntner Geschichtsquellen 811–1202, Klagenfurt 1904; Bd. 4/1: Die Kärntner Geschichtsquellen 1202–1262, Klagenfurt 1906; Bd. 4/2: Die Kärntner Geschichtsquellen 1263–1269, Klagenfurt 1906.

Joppi, Vincenzo, Documenti goriziani del secolo XII e XIII, in: Archeografo Triestino NS 11 (1885), 377–405 und Archeografo Triestino NS 12 (1886), 1–89, 277–310.

Jordan, Édouard, Les registres de Clement IV (1265–1268). Recueil des bulles de ce pape (Bibliothèque des Écoles Françaises d'Athènes et de Rome 2/11), Paris 1893.

Juliani Canonici Civitatensis Chronica (aa. 1252–1364), hrsg. v. Giovanni Tambara (Rerum Italicarum Scriptores², 24/14), Città di Castello 1906, 1–54.

Kandler, Pietro, Codice diplomatico istriano, Trieste [o. J.]. Es handelt sich um eine Loseblattausgabe ohne Angabe von Abteilungen, Seiten oder Nummern. Zitiert wird nach dem Nachdruck Trieste 1986, der mit Bandzählung sowie mit Seiten- und Nummernangaben versehen ist. Bd 1: 50–1194; Bd 2: 1200–1299.

Schumi, Franz, Urkunden- und Regestenbuch des Herzogtums Krain, Bd. 2: 1200–1269, Laibach 1887. Zitiert als *Schumi*, UB Krain 2.

Thumser, Matthias, Die Briefe Papst Clemens' IV. (1265–1268). Vorläufige Edition. Monumenta Germaniae Historica 2015. URL http://www.mgh.de/fileadmin/Downloads/pdf/clemens_2015.pdf (abgerufen am 13.06.2015).

Wiesflecker, Hermann, Die Regesten der Grafen von Görz und Tirol, Pfalzgrafen in Kärnten, Bd. 1: 957–1271, Bd. 2,1: Die Regesten Meinhardis II. (I.) 1271–1295 (Publikationen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, 4/1/1 und 4/1/2), Innsbruck 1949 und 1952.

Wießner, Hermann, Monumenta Historica Ducatus Carinthiae (MHDC), Bd. 5: Die Kärntner Geschichtsquellen 1269–1286, Klagenfurt 1956.

Literatur

Althoff, Gerd, Zusammenfassung I, in: Träger und Instrumentarien des Friedens, hrsg. v. Johannes Fried (Vorträge und Forschungen, 43), Sigmaringen 1996, 587–598.

Aurigemma, Marcello, Art. Nicoletti, Marcantonio, in: Enciclopedia Dantesca, Bd. 4, Rom 1973, 47.

Bauerreiss, Romuald, Vescovi bavaresi nell'Italia settentrionale tra la fine del X secolo e l'inizio dell'XI, in: Vescovi e diocesi in Italia nel medioevo (sec. IX–XIII). Atti del II convegno di storia della Chiesa in Italia, Roma, 5–9 sett. 1961 (Italia sacra, 5), Padova 1964, 157–160.

Behrmann, Thomas, „Ad maiores cautelam“. Sicherheitsdenken, Zukunftsbewußtsein und schriftliche Fixierung im Rechtsleben der italienischen Kommunen, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 72 (1992), 26–53.

Brunettin, Giordano, Una fedeltà insidiosa: la parabola delle ambizioni goriziane sul Patriarcato di Aquileia (1202–1365), in: Da Ottone III a Massimiliano I. Gorizia e i conti di Gorizia nel Medioevo, hrsg. v. Silvano Cavazza (Storia goriziana e regionale, 4), Mariano del Friuli 2004, 281–338.

Degrassi, Donata, Cormons nel medioevo, Cormons 1996.

Dopsch, Heinz, Origine e ascesa dei conti di Gorizia. Osservazioni su un problema di ricerca genealogica, in: La contea dei Goriziani nel medioevo, hrsg. v. Sergio Tavano, Gorizia 2002, 13–59.

Dopsch, Heinz/Meyer, Therese, Von Bayern nach Friaul. Zur Herkunft der Grafen von Görz und ihren Anfängen in Kärnten und Friaul, Krain und Istrien, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 65 (2002), 293–370.

Fedalto, Giorgio, La fine del Patriarcato di Aquileia, in: Storia e arte del Patriarcato di Aquileia (Antichità altoadriatiche, 38), Udine 1992, 115–136.

Frey, Siegfried, Das öffentlich-rechtliche Schiedsgericht in Oberitalien im XII. und XIII. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte völkerrechtlicher Institutionen, Luzern 1928.

Göbel, Walter, Entstehung, Entwicklung und Rechtsstellung geistlicher Territorien im deutsch-italienischen Grenzraum. Dargestellt am Beispiel Trients und Aquileias, Phil. Diss. Universität Würzburg 1976 (masch.).

Goez, Elke, Elisabeth von Bayern, Gemahlin Konrads IV. und Meinhards II. von Görz-Tirol, in: Frauen der Staufer, hrsg. v. Karl-Heinz Rueß (Schriften zur staufischen Geschichte und Kunst 25), Göppingen 2006, 151–170.

Härtel, Reinhard, Notariat und Romanisierung. Das Urkundenwesen in Venetien und Istrien im Rahmen der politischen und der Kulturgeschichte (11.–13. Jh.), in: Notariado público y documento privado: de los orígenes al siglo XIV. Actas del VII Congreso Internacional de Diplomática Valencia 1986, Bd. 2 (Papers i Documents, 7), Valencia 1989, 879–926.

- Il Comune di Treviso e l'area patriarchina (secoli XII–XIV), in: Il Medioevo, hrsg. v. Daniela Rando/Gian Maria Varanini (Storia di Treviso, 2), Venezia 1991, 213–241.
- Friaul als Brücke zwischen Nord und Süd, in: Kommunikation und Mobilität im Mittelalter. Begegnungen zwischen dem Süden und der Mitte Europas (11.–14. Jahrhundert), hrsg. v. Siegfried de Rachewiltz/Josef Riedmann, Sigmaringen 1995, 291–304.
- Vom nicht zustandegekommenen, gebrochenen und mißbrauchten Frieden, in: Träger und Instrumentarien des Friedens, hrsg. v. Johannes Fried (Vorträge und Forschungen, 43), Sigmaringen 1996, 526–559.
- Görz und die Görzer im Hochmittelalter, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 110 (2002), 1–66.
- Personalunion oder mehr? Zum Werden der Grafschaft Görz im Hochmittelalter, in: L'Autriche intérieure/Im Inneren Österreichs, hrsg. v. Thomas Bussel/Luigi Lorenzetti/Reinhard Stauber, Zürich 2005, 57–74.
- Böhmens Ausgriff nach Süden, in: Böhmen und seine Nachbarn in der Přemyslidenzzeit, hrsg. v. Ivan Hlaváček und Alexander Patschovsky (Vorträge und Forschungen, 74), Ostfildern 2001, 203–245.
- Zu Entstehung und Funktion des Notarssignets, in: KunstKritikGeschichte. Festschrift für Johann Konrad Eberlein, hrsg. v. Johanna Aufreiter/Gunther Reisinger/Elisabeth Sobieczky, Berlin 2013, 107–133.

Heinemeyer, Walter, Studien zur Diplomatik mittelalterlicher Verträge vornehmlich des 13. Jahrhunderts, in: Archiv für Urkundenforschung 14 (1936), 321–413.

Hugues, Guido, L'istituto dell'avvocazia. Con particolare riguardo a quella dei conti di Gorizia, in: Studi Goriziani 34 (1963), 109–117.

Johaneck, Peter, Das Wiener Konzil von 1267, der Kardinallegat Guido und die Politik Ottokars II. Přemysl, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich NF 44/45 (1978/79), 312–340.

Kamp, Hermann, Friedensstifter und Vermittler im Mittelalter (Symbolische Kommunikation in der Vormoderne), Darmstadt 2001.

Klebel, Ernst, Zur Geschichte der Patriarchen von Aquileja, in: Carinthia I 143 (1953), 326–352.

- Klein*, Herbert, Das Geleitsrecht der Grafen von Görz „vom Meer bis zum Katschberg“, in: *Carinthia* I 147 (1957), 316–333.
- Kobler*, Michael, Das Schiedsgerichtswesen nach bayerischen Quellen des Mittelalters (*Münchener Universitätsschriften. Reihe der Juristischen Fakultät*, 1), München 1967.
- Köbler*, Gerhard, Verzicht und Renuntiation, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanist. Abt.* 85 (1968), 211–216.
- Kolmer*, Lothar, Promissorische Eide im Mittelalter (*Regensburger Historische Forschungen*, 12), Kallmünz 1989.
- Kosto*, Adam J., *Hostages in the Middle Ages*, Oxford 2012.
- Kroeschell*, Karl. A., Art. Renuntiationen, in: *Lexikon des Mittelalters* 7 (1995), 738–739.
- Landi*, Walter, *Dilectus consanguineus*. Die Grafen von Eppan und ihre Verwandten, in: *Eppan und das Überetsch: Wohnen und Wirtschaften an der Weinstraße und in angrenzenden Gebieten*, hrsg. v. Rainer Loose (Veröffentlichungen des Südtiroler Kulturinstitutes, 7), Launa 2008, 109–144.
- Makuc*, Neva, Gian Giacomo d’Ischia: identità e concezioni etniche di un nobile goriziano del ‘600, in: *Studi Goriziani* 101/102 (2008), 243–249.
- Meyer*, Therese/*Karpf*, Kurt, Zur Herkunft der Grafen von Görz. Genealogische Studie einer Dynastie im Südostalpenraum, in: *Südostforschungen* 59 (2000), 1–65.
- Munzel*, Dietlinde, Art. Schadensklage, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte* 4 (1990), 1340–1342.
- Nehlsen-von Stryk*, Karin, Art. Schadensersatz, in: *Lexikon des Mittelalters* 7 (1995), 1431–1432.
- Ogris*, Werner, Die persönlichen Sicherheiten im Spätmittelalter. Versuch eines Überblicks, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanist. Abt.* 82 (1965), 140–189. Zitiert nach dem Nachdruck in: Ders., *Elemente europäischer Rechtskultur. Rechtshistorische Aufsätze aus den Jahren 1961–2003*, hrsg. v. Thomas Olechowski, Wien/Köln/Weimar 2003, 499–546.
- Paschini*, Pio, Bertoldo di Merania patriarca d’Aquileia (1218–1251), in: *Memorie Storiche Forgiuliesi* 16 (1920), 1–94.
- Pizzinini*, Meinrad, Die Grafen von Görz und die Terra-ferma-Politik der Republik Venedig in Istrien in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts, in: *Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum* 54 (1974), 183–211.
- Riedmann*, Josef, Die Beziehungen der Grafen und Landesfürsten von Tirol zu Italien bis zum Jahre 1335 (Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, phil.-hist. Klasse, 307), Wien 1977.
- Vescovi e avvocati, in: *I poteri temporali dei vescovi in Italia e in Germania nel Medioevo*, hrsg. v. Carlo Guido Mor/Heinrich Schmidinger (*Annali dell’Istituto storico italo-germanico, Quaderno*, 3), Bologna 1979, 35–76.

- Gorizia e Tirolo. I conti di Gorizia, i conti del Tirolo, i conti di Gorizia-Tirolo e i conti di Tirolo-Gorizia. Elementi comuni e contrapposizioni fra due dinastie unite da vincoli familiari. Uno sguardo d'insieme (secolo XI-1363), in: Da Ottone III a Massimiliano I. Gorizia e i conti di Gorizia nel Medioevo, hrsg. v. Silvano Cavazza (*Storia goriziana e regionale*, 4), Mariano del Friuli 2004, 205–230.

Riesenbergs, Peter, Roman Law, Renunciations, and Business in the twelfth and thirteenth centuries, in: Essays in Medieval Life and Thought, presented in honor of Austin Patterson Evans, hrsg. v. John H. Mundy/Richard W. Emery/Benjamin N. Nelson, New York 1955, 207–225.

Schlinker, Steffen/*Willowei*t, Dietmar, Art. Vertragsstrafe, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 5 (1996), 858–860.

Schlosser, Hans, Die Rechts- und Einredeverzichtsformeln (*renuntiationes*) der deutschen Urkunden des Mittelalters (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte NF, 2), Aalen 1963.

- Art. Renuntiationen, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 4 (1990), 901–903.

Schmidinger, Heinrich, Die Besetzung des Patriarchenstuhls von Aquileja bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 60 (1952), 335–354.

- Patriarch und Landesherr. Die weltliche Herrschaft der Patriarchen von Aquileja bis zum Ende der Staufer (Publikationen des Österreichischen Kulturinstituts in Rom, 1/1), Graz/Köln 1954.

Schmidt-Wiegand, Ruth, Eid und Gelöbnis, Formel und Formular im mittelalterlichen Recht, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hrsg. v. Peter Classen (Vorträge und Forschungen, 23), Sigmaringen 1977, 55–90.

- Art. Pfand (sprachlich), in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 3 (1984), 1672–1674.

Schreiner, Klaus, „Gerechtigkeit und Frieden haben sich geküßt“ (Ps. 84,11). Friedensstiftung durch symbolisches Handeln, in: Träger und Instrumentarien des Friedens, hrsg. v. Johannes Fried (Vorträge und Forschungen, 43), Sigmaringen 1996, 37–86.

- Osculum pacis. Bedeutungen und Geltungsgründe einer symbolischen Handlung, in: Spielregeln der Mächtigen. Mittelalterliche Politik zwischen Gewohnheit und Konvention, hrsg. v. Claudia Garnier/Hermann Kamp, Darmstadt 2010, 165–203.

Schwartz, Gerhard, Die Besetzung der Bistümer Reichsitaliens unter den sächsischen und salischen Kaisern mit den Listen der Bischöfe 951–1122, Leipzig/Berlin 1913.

Sellert, Wolfgang, Art. Pfandverfall als Strafe, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 3 (1984), 1706–1707.

Sgubin, Elsa, L'avvocazia dei conti di Gorizia nel patriarcato d'Aquileia, in: Studi goriziani 33/1 (1963), 96–154.

- Simonsfeld*, Henry, Fragmente von Formelbüchern auf der Münchener Hof- und Staatsbibliothek, in: Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und der historischen Classe der k.b. Akademie zu München 1892, 443–536.
- Sossna*, Ralf-Peter, Die Geschichte der Begrenzung von Vertragsstrafen. Eine Untersuchung zur Vorgeschichte und Wirkungsgeschichte der Regel des § 343 BGB (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 9), Berlin 1993.
- Stieldorf*, Andrea, Die Magie der Urkunden, in: Archiv für Diplomatik 55 (2009), 1–32.
- Štih*, Peter, Studien zur Geschichte der Grafen von Görz. Die Ministerialen und Milites der Grafen von Görz in Istrien und Krain (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Erg.-Bd., 32), Wien/München 1996.
- „Villa quae Sclavorum lingua vocatur Goriza“. Studie über zwei Urkunden Kaiser Ottos III. aus dem Jahre 1001 für den Patriarchen Johannes von Aquileia und den Grafen Werihen von Friaul (DD. O. III. 402 und 412), Nova Gorica 1999.
 - Le origini: Gorizia e Salcano intorno all’anno 1000, in: Da Ottone III a Massimiliano I. Gorizia e i conti di Gorizia nel Medioevo, hrsg. v. Silvano Cavazza (Storia goriziana e regionale, 4), Mariano del Friuli 2004, 31–50.
 - The counts of Gorizia as domini terrae in Gorizia, Carniola, and Istria, in: The Middle Ages between the Eastern Alps and the Northern Adriatic. Selected Papers on Slovène Historiography and Medieval History, hrsg. v. Peter Štih (East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450, 11), Leiden/Boston 2010, 318–337.
- Studtmann*, Joachim, Die Pönformel der mittelalterlichen Urkunden, in: Archiv für Urkundenforschung 12 (1932), 251–374.
- Thaller*, Anja, Die älteren Urkunden der Propstei S. Stefano zu Aquileia, in: Archiv für Diplomatik 52 (2006), 1–147.
- Frieden schließen – in Tat, Wort und Schrift. Die Friedensverträge zwischen dem Patriarchat Aquileia und seinen Nachbarn im Früh- und Hochmittelalter, in: Konfliktbewältigung und Friedensstiftung im Mittelalter, hrsg. v. Roman Czaja/Eduard Mühlé/Andrzej Radzimiński, Toruń 2012, 31–51.
- Wakounig*, Marija, ‘Avvocato’ contro signore. Il ruolo dei conti di Gorizia nel Patriarcato d’Aquileia, in: Aquileia e il suo Patriarcato. Atti del Convegno Internazionale di Studio, Udine 21–23 ott. 1999, hrsg. v. Sergio Tavano/Giuseppe Bergamini/Silvano Cavazza (Pubblicazioni della Deputazione di Storia Patria per il Friuli, 29), Udine 2000, 339–354.
- Weinfurter*, Stefan, Lehnswesen, Treueid und Vertrauen. Grundlagen der neuen Ordnung im hohen Mittelalter, in: Das Lehnswesen im Hochmittelalter. Forschungskonstrukte – Quellenbefunde – Deutungsrelevanz, hrsg. v. Jürgen Den dorfer/Roman Deutinger (Mittelalter-Forschungen, 34), Ostfildern 2010, 443–462.
- Weitzel*, Jürgen, Art. Schiedsgericht, in: Lexikon des Mittelalters 7 (1995), 1454–1455.

Wiesflecker, Hermann, Meinhard der Zweite. Tirol, Kärnten und seine Nachbarländer am Ende des 13. Jahrhunderts (Schlern-Schriften, 124 = Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 16), Innsbruck 1955.

- Die politische Entwicklung der Grafschaft Görz und ihr Erbfall an Österreich, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 56 (1948), 329–384.

Zips, Manfred, Eine mittelalterliche Klosterchronik aus Friaul im Traditionsfeld deutscher „Historiae fundationum monasteriorum“, in: Die kulturellen Beziehungen zwischen Italien und den anderen Ländern Europas im Mittelalter, Florenz, 28.–31. Mai 1993, hrsg. v. Danielle Buschinger/Wolfgang Spiewok (Wodan. Recherches en littérature médiévale, 28 = Greifswalder Beiträge zum Mittelalter, 13 = Jahrestagung der Reineke-Gesellschaft, 4), Greifswald 1993, 197–209.

Das zerstückelte Versprechen. Thronfolgeabkommen im jagiellonischen Polen um 1400

Von *Julia Burkhardt*

Der Tod des russischen Zaren Peter II. im Jahre 1730 bildete den Auftakt zu einer Phase, die in der Geschichtsschreibung vielfach als „Thronfolgekrise“ beschrieben wurde: In Ermangelung eines direkten Erben (mit Peter II. war das Haus Romanow in männlicher Linie ausgestorben) sowie eindeutiger Erbbestimmungen rangen gleich mehrere Kandidaten und ihre Parteien um die Thronfolge. Mit der Unterstützung des aristokratischen Obersten Geheimen Rates, der schon unter Peter II. maßgeblich an Einfluss gewonnen hatte, sollte sich schließlich Herzogin Anna von Kurland, eine Nichte Peters II., durchsetzen, die als Zarin Anna Iwanowna von 1730 bis 1740 regierte. Im Gegenzug für ihre Anerkennung sah sich Anna freilich genötigt, die sogenannten „Konditionen“ zu unterzeichnen, eine Wahlkapitulation, welche die absolute Macht der Monarchin zugunsten grundlegender Herrschaftsrechte des Rats zu begrenzen versuchte.¹ Schon kurze Zeit nach dieser Vereinbarung geschah jedoch Ungeheuerliches: Bei einer Zusammenkunft in Moskau, in deren Verlauf die jüngsten Machtavancen des Rats von den anwesenden Adeligen scharf kritisiert waren, ließ Anna Iwanowna die umstrittene Wahlkapitulation in den Saal bringen und zerriss sie vor den Augen der Anwesenden in zwei Teile.² Auf eindrückliche Weise erteilte sie damit den im Dokument enthaltenen Prinzipien eine Absage: Mit der Zerstörung wurde die Signalwirkung, die von der Wahlkapitulation im Hinblick auf eine Umgestaltung der russischen Regierung ausgegangen war, jäh aufgehoben. Zugleich bildete sie den Auftakt für eine zunehmend autokratische Herrschaftsgestaltung der Zarin. Bei den betroffenen Adeligen und Mitgliedern des Kronrats rief das Zerreißen freilich Bestürzung, Empörung und möglicherweise auch Resignation hervor: Hier waren schriftlich fixierte Ver-

¹ Die Redaktionen dieser Wahlkapitulation finden sich in englischer Übersetzung bei Raeff, Plans, 41–52. Zu Anna Iwanowna vgl. Fenster, Anna sowie zur Entstehung der „Konditionen“ de Madariaga, Portrait.

² Vgl. dazu Anisimov, Five Empresses, 55–125, besonders 80–82 (dort mit Anmerkungen zum Archivbefund des Dokuments).

einbarungen, deren Inhalt durch eine beidseitige Anerkennung als unverletzlich deklariert worden war, nicht nur abgelehnt, sondern auch materiell, gewissermaßen also „physisch“ endgültig beseitigt worden.

Etliche weitere Beispiele aus Geschichte und Gegenwart zeugen von der Wirkmacht solch demonstrativer Zerstörungen.³ Ihnen liegt die Vorstellung zugrunde, dass mit dem Vernichten einer schriftlichen Vereinbarung in der Öffentlichkeit auch deren Wirksamkeit erlischt – faktisch oder zumindest symbolisch. Versteht man die von Anna Iwanowna zerrissene Wahlkapitulation als Abkommen oder „Vertrag“, d. h. als „ gegenseitige bewilligung einer zusage, [als] ein versprechen mit gegenversprechen, [und] besonders [als] eine feierliche verabredung einer solchen bewilligung“⁴ offenbart sich die Vielschichtigkeit dieser Akte: Konstitutiv für gemeinschaftlich vereinbarte und gegenseitige Versprechen sind demnach nicht allein die eigentlichen Bestimmungen, sondern auch deren Kontext – eine Zusammenkunft etwa und die mit einem gemeinschaftlichen Abschluss verbundene Solennität, die sich folglich auch bei einem Protest öffentlichkeitswirksam nutzen lässt. Endet aber die Wirksamkeit der schriftlichen Vereinbarung mit der Vernichtung des Schriftstücks, das diese dokumentiert? Oder anders gefragt: Wie entsteht und worauf gründet die Verbindlichkeit einer gegenseitigen Vereinbarung? Welchen Stellenwert hat ein geschriebenes Dokument, welchen das gesprochene Wort? (Wie) kann die Gültigkeit eines Abkommens aufgehoben werden?²⁵

Ausgehend von diesen Fragen soll im Folgenden ein Beispiel aus dem spätmittelalterlichen Königreich Polen betrachtet werden, bei dem ähn-

³ Vgl. dazu neuerdings *Mauntel*, Charters sowie *Mauntel et al.*, Beschädigen und Zerstören. Grundlegend zum Thema: *Declercq*, La destruction de textes. Christoph Mauntel (Tübingen) sei für seine hilfreichen Hinweise herzlich gedankt.

⁴ So die Definition im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (vgl. Art. „Vertrag“). S. überdies *Grimm*, Deutsche Rechtsalterthümer, dort: Viertes Buch: Gedinge, Abschnitt I: Benennungen, 140 f. („Unser gewöhnliches vertrag für conventio ist auch nicht in der älteren sprache, vertragen bedeutete eigentlich aussöhnen, nach dem streit ruhe und friedem herstellen, wie freilich pactum und pax einander naheliegen.“) sowie ebd., 145, Abschnitt II: Form des gedinges („.1. kein zweifel, daß im alterthum alle wichtigen verträge, namentlich die, welche abtretung von grund und boden oder auch werthvoller gegenstände der fahrenden habe enthielten, feierlich geschlossen wurden. Diese feier bestand nun theils in der anwendung von symbolen, theils im gebrauch gelehrter worte, theils in der zuziehung von zeugen.“). S. dazu auch *Fisch*, Vertrag, Gesellschaftsvertrag, Herrschaftsvertrag.

⁵ Zur Bedeutung von Verträgen für Gemeinschaftsstrukturen vgl. *Foronda*, Avant le contrat social sowie (mit Blick auf dynastische Verbindungen) *Müller/Spiel/Tresp*, Erbeinungen und Erbverbrüderungen.

lich wie in der Eingangsepisode aus dem russischen Zarenreich (mutmaßlich) ein Schriftstück zu Schaden kam. Im Mittelpunkt stehen Auseinandersetzungen zwischen dem polnischen König Władysław Jagiełło und Vertretern des polnischen Adels, die in den 1420er Jahren um die Fortführung der jagiellonischen Herrschaft einerseits und die politischen Teilhaberechte des Adels andererseits geführt wurden. In der Darstellung des polnischen Chronisten Jan Długosz kulminierten diese Debatten 1426 während einer Reichsversammlung in Łęczyca in der spektakulären Zerstörung eines Dokumentes.⁶ Mit dem Bericht des Jan Długosz über dieses Ereignis, das den folgenden Überlegungen als Ausgangspunkt dienen soll, rücken „Innensichten“ des Königreichs Polen in den Blick, das sich in jener Zeit in einem bemerkenswerten Prozess der Standortbestimmung des Königtums (Erb- vs. Wahlmonarchie) und der Unionsverbindung mit Litauen befand und in dem deshalb Formen und Normen politischer Handlungsspielräume beständig neu verhandelt und ausgetragen wurden.⁷ Vor diesem Hintergrund ist nach dem Stellenwert gemeinschaftlicher Abkommen zu fragen, nach dem performativen Umgang mit solchen Vereinbarungen im öffentlichen Raum als dem sozialen Kontext ihrer Anerkennung sowie schließlich nach dem Spannungsverhältnis zwischen dem schriftlichen Dokument und der mündlichen Zu- oder Absage.

I. Ausgangspunkt: Die Eskalation der Thronfolgediskussionen während der Reichsversammlung zu Łęczyca (1426) in der Darstellung des Jan Długosz

In der monumentalen „Chronik des Königreichs Polen“ (*Annales seu Cronicae incliti Regni Poloniae*) des polnischen Historiographen Jan Długosz findet sich im Kapitel über das Jahr 1426 eine beachtenswerte Episode.⁸ Długosz berichtete darin, dass sich der polnische König Władysław Jagiełło im Frühjahr jenen Jahres in die Stadt Łęczyca begeben habe, um eine allgemeine Versammlung (Sejm; *convencio generalis*)

⁶ In der polnischen Geschichtswissenschaft fand die Episode bereits verschiedentlich Beachtung. S. beispielsweise *Falkowski*, Moźnowładzwo polskie; *Roman*, Konflikt prawno-polityczny oder (mit einem Plädoyer für eine politik- und verfassungsgeschichtliche Auswertung des Ereignisses) *Adamska/Mostert*, The ‚violent death‘, besonders 706.

⁷ Grundlegend dazu: *Falkowski*, Idea monarchii sowie *Gawlas*, Król i stany.

⁸ Als Überblick zu Jan Długosz s. *Kürbis*, Johannes Długosz als Geschichtsschreiber. Zum Quellenwert der *Annales* für die politische Geschichte vgl. *Skomiał*, Z Problematyki ustroju sowie zur Beschreibung schriftlicher Dokumente durch Długosz *Nalewajek*, Dokument w rocznikach.

mit „einer großen Zahl an Ratgebern“ abzuhalten.⁹ Die genauen Gründe für das Zustandekommen der Versammlung benannte der Chronist indes nicht¹⁰, und auch aus dem ereignisgeschichtlichen Kontext sind sie nicht unmittelbar abzuleiten: Bereits im Jahr zuvor hatte nämlich im kujawischen Brest (Brześć 1425) eine vergleichbare Zusammenkunft stattgefunden, in deren Rahmen sich der König und die anwesenden Adeligen gegenseitige Versprechen hinsichtlich der königlichen Thronfolge und der Rechte des Adels gegeben hatten.¹¹ Allerdings hatte der König eine weitere, für die Mitte der Fastenzeit 1426 nach Warta angesetzte Versammlung wegen einer Erkrankung am Bein (*propter pedis languorem*) nicht persönlich besuchen können, so dass man vermutlich deshalb an Pfingsten 1426 erneut zusammenkam – in Łęczyca.¹² Thematisch setzte man hier vielleicht zunächst die Debatte über eine außenpolitische Frage fort, die bereits in Warta behandelt worden war: Die (Neu-)Errichtung der befestigten Mühle von Lubicz, die im Gebiet des Deutschen Ordens an der Grenze mit Polen lag und einen wichtigen Übergang über den Fluss Drwęca markierte. Gegen ihren Abriss, der im Frieden von Melnosee 1422 festgelegt worden war, ging der Deutsche Orden vor und wurde in dieser Haltung von Jagiełłos Vetter Witold, dem politisch zunehmend eigenständig agierenden Großfürsten von Litauen, unterstützt.¹³ Möglicherweise waren es aber auch – dies hat Wojciech Fałkowski mit Blick auf das Itinerar des Königs vorgeschlagen – Auseinandersetzungen um

⁹ Zu polnischen Reichsversammlungen vgl. Dürker, Reichsversammlungen, 25–90; Burkhardt, Procedure; Wünsch, Mittelalterliche Anfänge sowie Bardach, Początki Sejmu.

¹⁰ Auch dem Schreiben, mit dem König Władysław Jagiełło im Mai 1426 Amtleute des Gnesener Erzbischofs *ad convencionem proximam in Lancicia celebrandam per nos, prelatos et barones nostros* nach Łęczyca vorlud, sind keine allgemeinen Verhandlungsthemen zu entnehmen. In der Auseinandersetzung mit den Gnesener Repräsentanten wollte der König eine Erbangelegenheit rechtlich entscheiden. KDW 9, Dokument Nr. 1088. Zu diesen Versammlungen s. auch Fałkowski, Idea monarchii.

¹¹ Zum Kontext s. Uruszczaak, Das Privileg.

¹² *Acta est autem pro Quadragesime medio in opido Wartha convencio generalis, ad quam licet Wladislaus Polonie rex propter pedis languorem non venisset, consiliarii tamen principales illuc convenientes tractabant, qualiter Alexandro Withaudo duci magno Lithuaniae molendinum Lubicz donari Cruciferis petenti responderent.* Joannis Dlugossii Annales, 215. Dass die Versammlung in Abwesenheit des Monarchen stattfand, belegt auch eine in Warta ausgefertigte Urkunde des Generalstarosten von Großpolen. KDW 9, Dokument Nr. 1081 vom 27. Februar 1426. Zur Tradition Łęczycas als Tagungsort für Landtage (sejmiki) bzw. Synoden vgl. Włodarczyk, Sejmiki łęczyckie sowie Wünsch, Ritual und Politik.

¹³ Zum Kontext s. Lückerath, Paul von Rusdorf; Frost, Oxford History, 135 sowie Neitmann, Grenzstreit.

den Treueid des masowischen Herzogs, die eine neuerliche Zusammenkunft mit den Großen des Reiches erforderlich machten.¹⁴

Welche Gründe letztlich auch den Ausschlag für die Einberufung der *conventio generalis* von Łęczyca gegeben haben mögen, die Versammlung wurde jedenfalls eröffnet und dem Chronisten Dlugosz zufolge von „allen Prälaten und Edlen“ des Reiches dazu genutzt, den König um die Anerkennung und Bestätigung von neuen Privilegien und alten Rechten zu bitten; dies habe Władysław Jagiełło ihnen ein Jahr zuvor bei der Zusammenkunft in Brześć zugesagt.¹⁵ Der König indes habe gezögert, denn schließlich hatte er von Sigismund, dem römisch-deutschen und ungarischen König, einen anderen Lösungsvorschlag für diesen Streit übermittelt bekommen: So solle sich Władysław Jagiełło, bevor er die für ihn und seine Nachfolger nachteilige Ausgabe von Adelsprivilegien vornehme, von jedem Adeligen einzeln die Zustimmung zur Sohnesfolge geben lassen. Wenn man dem ungarischen Chronisten János Thuróczy Glauben schenkt, hatte sich auch Sigismund in seinen Anfangsjahren im Königreich Ungarn persönlich der Treue einzelner Gefolgsleute versichert.¹⁶

Der Chronist Dlugosz jedenfalls ließ Władysław Jagiełło den Rat Sigismunds befolgen und die Forderungen der Adeligen verweigern. Inmitten der daraufhin ausbrechenden Unmutsbekundungen (*murmur*) sei Zbigniew Oleśnicki, der erst kurz zuvor Bischof von Krakau geworden war, in die Mitte der Versammlung getreten und habe eine Urkunde zutage gefördert, in der die Prälaten und Edlen mit ihren Siegeln zugesagt hatten, Jagiełłos Sohn als nächsten König zu akzeptieren. „Dies hier ist“, sagte Oleśnicki, „die Urkunde, die mir anvertraut wurde. Ich gebe sie, da es unser König ablehnt, das Versprochene zu halten, unversehrt zurück.“ Nachdem die Adeligen von dem Bischof das Dokument entgegengenommen

¹⁴ Fałkowski, Król i biskup, besonders 137. S. dazu auch Tyszkiewicz, Książęta mazowieccy.

¹⁵ Ex terra Cuiaviensi venit Lanciciam et generalem pro festo Pentecostes frequenti numero consiliariorum ad illam confluente tenuit convencionem. In qua cum in primis Wladislaus Polonie rex a prelatis et proceribus universis rogaretur, ut vigore recessum convencionis Brestensis iura et libertates novas et veteras confirmare et innovare dignaretur, respondere diu cius rogacioni cunctatus est. Joannis Dlugossii Annales, 217.

¹⁶ Während seiner Haft, in die der König 1401 von ungarischen Baronen genommen worden war, habe sich Sigismund zunächst durch ein persönliches Treueversprechen die Freiheit gesichert. Nach seiner Rückkehr ins Königreich Ungarn habe er dann sukzessive Gefolgsleute durch Treuebekundungen an sich gebunden: Johannes de Thurocz, Chronica Hungarorum, Cap. 205–207, 217–220. Zum Kontext s. Malyusz, Kaiser Sigismund, 59–69, sowie Burkhardt, Königreich im Wandel.

men hatten, „zogen sie ihre Schwerter heraus und zerhackten es, nicht ohne Getöse und Krachen, vor den Augen des Königs in kleine Stücke“.¹⁷

Wie das bedauernswerte Schriftstück nach dieser Reaktion ausgesehen haben mag, bleibt freilich der Phantasie des Lesers überlassen; Beispiele zerstörter oder zerschnittener Urkunden aus anderen historischen Kontexten können hier lediglich eine Hilfestellung bieten.¹⁸ Leichter ist dagegen die Frage nach der Gestalt der Urkunde vor dem Wüten der Adeligen zu beantworten, denn obgleich Długosz mit dem Begriff der *litera* zunächst einmal nur allgemein ein schriftliches Dokument bezeichnete, beschrieb er im Folgenden explizit eine Urkunde „mit den Siegeln aller Herren des Königreichs“. Ein vergleichbares Dokument mit insgesamt 59 Siegeln als Zeichen der Zustimmung bzw. Konfirmierung durch die adelige *communitas* des Königreiches, hat sich aus dem Jahr 1430 erhalten; auf sein Zustandekommen und seinen Inhalt wird noch einzugehen sein.¹⁹

Schließlich erscheint an der Episode von Łęczyca die Reaktion des Königs bemerkenswert, welcher zunächst „betrübt und ärgerlich“ die Versammlung verließ. „Da er die Herzen seiner Ratgeber nicht weiter erbittern wollte, gab er an den folgenden Tag Anlass zur Hoffnung, dass er nach weiteren Verhandlungen die versprochene Bestätigung alter Rechte und neuer Privilegien vornehmen werde.“ In der Zwischenzeit jedoch habe er nicht davon abgelassen, sich von den Edlen einzeln die Thronfolge seines Sohnes zusichern zu lassen (wie es Sigismund ja angeblich empfohlen hatte). Długosz schloss seine Ausführung mit dem Hinweis, dass sich nur wenige von diesen königlichen „Geschenken“ nicht hatten er-

¹⁷ *Murmure illico coorto Sbigneus Cracoviensis episcopus in concionis medio assurgens literam universalem Regni sigillis prelatorum et procerum communiam, qua se filium regis rege obeunte pro rege accipere astinxerant, reproducit. „Hec – inquit – est litera fidei mee credita, quam rege nostro servare promissa abnuente integrum reddo“. Excepta illico a proceribus est et gladiis nudatis, non sine strepitu et fragore micantium mucronum et pavorem nimium adferencium inspectante rege in partes minutus discepta. Quo pacto rex tristis et anxius e consilio discessit.* Joannis Dlugossii Annales, 217.

¹⁸ Zur materiellen (Un)versehrtheit von Rechtsdokumenten s. Rauschert, Gelöschert und befleckt. Zur Kassation von Urkunden durch Zerschneiden s. außerdem Mauntel et al., Beschädigen und Zerstören. Diese Praxis wurde für ein polnisches Beispiel 1879 von dem Historienmaler Jan Matejko ins Bild gesetzt: In seinem Gemälde „Łokietek zrywa układy z Krzyżakami w Brześciu Kujawskim“ stellte er dar, wie König Władysław „Ellenlang“ zu Beginn des 14. Jahrhunderts mit dem Schwert ein Abkommen zwischen Polen und dem Deutschen Orden zerschnitt.

¹⁹ Zur Terminologie bei Długosz vgl. Nalewajek, Dokument w rocznikach, 27–43. Eine Abbildung der beschriebenen Urkunde vom 4. März 1430 findet sich in: Polen im Zeitalter der Jagiellonen, 526.

weichen lassen; vielmehr hätten sie, indem sie öffentliche Rechte und Angelegenheiten missachteten, ihren persönlichen über den gemeinen Nutzen gestellt.²⁰

Da das erstaunliche Zerstückeln der Urkunde (anders als die emotional aufgeladene und aggressive Stimmung in der Versammlung) selbst in der reichen Historiographie des Jan Długosz ein einzigartiger Fall ist, erscheint eine nähere Betrachtung lohnenswert.²¹ Dabei sollten die Antworten auf einige Fragen vorweggenommen werden: Die „Chronik“ des Jan Długosz ist offenbar die einzige Quelle, die von dem Zerfetzen der ständischen Zustimmung zur jagiellonischen Thronfolge berichtet. Scharfe Auseinandersetzungen um den Charakter der Monarchie und das damit zusammenhängenden Mitspracherecht des Adels lassen sich dagegen ebenso belegen wie die rechtlichen Vereinbarungen zur Thronfolge, die in Łęczyca angesprochen wurden. Es dürfte überdies weitgehend unstrittig sein, dass es sich bei der von Oleśnicki angesprochenen Vereinbarung zwischen König und Adel um ein Vertragsmoment handelt – wenn auch nicht mit einem von zwei Parteien unterzeichneten Rechtsdokument, so doch mit einer gegenseitigen Einigung in Form von Herrschaftsverträgen oder Wahlkapitulationen: Das zerstörte Dokument ist die Vertragsleistung der Adeligen, nämlich die Anerkennung der Thronfolge des Königssohnes, während die Gegenleistung in der Privilegienvergabe durch den König besteht.²² Obgleich man mit Blick auf die Vernichtung des von den Adeligen ausgestellten Dokumentes nicht von einer juristisch festgelegten Sanktionsmöglichkeit sprechen kann, ist es vielleicht nicht falsch, diese Zerstörung als faktische Sanktionsmöglichkeit zu deuten: als Rück-

²⁰ Joannis Dlugossii Annales, 217: *Ne tamen animos consiliariorum exacerbatos relinquaret, diebus sequentibus spem dabat deliberacione sumpta promissam iurum et libertatum confirmacionem et donacionem se daturum. Interim tamen a pluribus consiliariis singulares literas exigere non destitut paucique admodum reperi, qui largicionibus et promissis regiis non cederent et publicis rebus atque iuribus neglectis se per singulares literas de suscipiendo filio regis, propiores utilitati private quam publice, non obligarent.* Zur Idee des *bonum commune* bzw. der *utilitas publica* vgl. Dücke, König und Reich sowie grundlegend die jüngsten Sammelbände *Lecuppre-Desjardin/Van Bruaene* (Hrsg.), *De bono Communi und Il bene comune: Forme di Governo e Gerarchie Sociali*.

²¹ Adamska/Mostert, The ‘violent death’, 706f. Obgleich das Ziehen eines Schwertes vor dem König als Verbrechen galt, sind auch andere Auftritte von Adeligen mit Waffen bei polnischen Reichsversammlungen belegt. Zum Tatbestand des Majestätsverbrechens im frühneuzeitlichen Polen s. Lichy, *Lex est rex*. In England dagegen war das bewaffnete Erscheinen im Parlament seit spätestens 1426 („Parliament of Bats“) untersagt. Vgl. dazu Butt, *A history of Parliament* 1, 507f.

²² Vgl. dazu Vierhaus, Herrschaftsverträge; Uruszcak, Przywileje w dawnej Polsce.

nahme der Anerkennung der Thronfolge und als Antwort auf die königliche Weigerung, die versprochenen Adelsrechte urkundlich zu bestätigen. Ein „Vertrag“ oder „Abkommen“ muss also nicht notwendigerweise nur einen „normativ-konstruktiven Charakter“ haben, sondern ist stets auch ein „Deutungs- und Darstellungselement“.²³

II. Königsherrschaft auf dem Prüfstand: Das Ringen um Formen und Normen politischer Handlungsspielräume

In der politischen Dynamik des Königreichs Polen waren seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert solche Eingaben und Abkommen von besonderer Relevanz. Nachdem 1370 mit Kasimir III. (1333–1370) der letzte König aus der Dynastie der Piasten kinderlos verstorben war, hatte sich unter Verweis auf die zwischen Ungarn und Polen bestehenden Erbverträge zunächst der ungarische König Ludwig von Anjou (1370–1382) durchgesetzt. Als Ludwig jedoch den polnischen Thron für eine seiner Töchter zu sichern versuchte, sah er sich genötigt, im Gegenzug für die Akzeptanz dieser Sukzession Begünstigungen zugunsten des polnischen Adels zu kodifizieren. Das so genannte „Privileg von Koszyce“ (1374) war an die Gesamtheit des Adels adressiert und benannte deren Rechte in Bezug auf steuerliche und militärische Leistungen; zugleich billigte der Adel eine Sukzessionsordnung zugunsten von Ludwigs Töchtern.²⁴ Eine wichtige Bezugsgröße im Text war die *corona regni*, ein Begriff, der freilich schon zuvor verwendet worden war, im ausgehenden 14. Jahrhundert aber vermehrt gebraucht wurde: Er implizierte neben der territorialen Integrität des Königreichs und seiner Provinzen auch eine Unterscheidung zwischen dem König und seinen Rechten einerseits, dem Reich und seinen Rechten andererseits.²⁵

Kurz nach Ludwigs Tod verdeutlichten die Großen des Reichs dann auch eindrücklich, dass allein ihnen die Entscheidung über die königliche Sukzession zukomme: Nachdem 1384 Ludwigs Tochter Hedwig von

²³ So *Fisch*, Vertrag, Gesellschaftsvertrag, Herrschaftsvertrag, Zitat 910 mit Blick auf den mittelalterlichen Herrschaftsvertrag (*pactum*).

²⁴ Zuletzt hat der ungarische Historiker Dániel Bagi Zustandekommen und Inhalt des sogenannten „Privilegs von Koszyce“ neu untersucht. Er grenzt sich deziert von der älteren Verfassungsgeschichte ab, die in dem Dokument aus Koszyce den Erlass gänzlich neuer Bestimmungen (darunter ein Steuererlass zugunsten des Adels) mit dem Gehalt eines „quasi-Grundgesetzes“ sehen wollte. S. *Bagi*, Az Anjouk Krakkóban. Einen deutschsprachigen Überblick über die Thematik bietet *Gawlas*, Polen – eine Ständegesellschaft.

²⁵ S. *Dąbrowski*, Die Krone; *Gawlas*, Król i stany, sowie *Burkhardt*, Frictions and Fictions, bes. 199–200.

den „Adeligen des gesamten Reiches zur Herrschaft über Polen angenommen und zum König von Polen“ gekrönt worden war,²⁶ waren es polnische Adelige, die Hedwigs Vermählung mit dem litauischen Fürsten Władysław Jagiełło (1386–1434) arrangierten.²⁷ Unabhängig von der Person des Herrschers konnte der Fortbestand des Königreichs nun aufgrund der adeligen Wahlverantwortung gesichert werden. Bald nach seiner Krönung 1386 bestätigte und ergänzte der neue König im „Privileg von Krakau“ deshalb die von seinem Vorgänger erlassenen Adelsprivilegien.²⁸ Und auch in den folgenden Jahrzehnten leiteten polnische Adlige von der Vorstellung, es sei die *communitas* des polnischen Adels gewesen, deren rechtmäßiges Handeln die Kontinuität des Königtums wie auch das Wohl der *res publica* gesichert hatte, immer wieder Ansprüche auf eine Mitverantwortung für das Reich ab und forderten deren rechtliche Spezifizierung und Dokumentation in Form von Privilegien ein. Zu den darin formulierten Bestimmungen gehörten weitreichende Prinzipien wie Einschränkungen des Königs bei der Besetzung von Ämtern (Piotrków 1388), ein Verbot für den König, Rittergüter ohne gerichtliches Urteil zu konfiszieren (im gewissen Sinne also eine Unantastbarkeit des Besitzes: Czerwińsk 1422) oder die Verpflichtung des Königs, keinen Adeligen mit Güterbesitz ohne ein rechtskräftiges Gerichtsurteil verhaften zu lassen (Prinzip des *neminem captivabimus nisi iure victum*, Brześć 1425 bzw. Jedlnia 1430).²⁹

Mit der Geburt des ersten Sohnes von Władysław Jagiełło (aus der Ehe mit Zofia Holszańska, seiner mittlerweile vierten Ehefrau) im Jahre 1424 erhielt die Debatte um die Thronfolge eine neue Qualität und Intensität.³⁰ Bis dahin war die Sukzessionsfrage nämlich ungeklärt ge-

²⁶ So wurde es zumindest in den „Heiligkreuz-Annalen“ formuliert: *Hedwigis ... recipitur in regnum Polonie per nobiles terre, et coronatur in regem Polonie ...* Rocznik Świętokrzyski, 81. Analog dazu s. auch den Eintrag im Kalendarz Krakowski, 934 sowie für den historischen Kontext *Nikodem*, Jadwiga, król Polski.

²⁷ S. die Wahlanzeige der polnischen Delegierten vom 11. Dezember 1386, Nr. 2, in: Akta Unji, 3–4 sowie zum Kontext *Nikodem*, Elżbieta – Julianna – Jadwiga. Eine kritische Sicht auf die Union von 1385 formulierte zuletzt *Błaszczyk*, Czy była unia krewska?

²⁸ *Jus Polonicum*, 189–190. S. dazu auch *Goźdź-Roszkowski*, Z badań.

²⁹ Für einen Überblick s. *Uruszczak*, Das Privileg und *Frost*, Oxford History, 131–150; s. außerdem *Burkhardt*, Handeln und Verhandeln, 177–178. Der Text der Privilegien findet sich in: *Jus Polonicum*, 191–193 (Privileg von Piotrków 1388), 221–223 (Privileg von Czerwińsk 1422) bzw. in: *Codex epistolaris II*, Nr. 149, 187–192 (Privileg von Brześć).

³⁰ *Gawlas*, Zbigniew Oleśnicki sowie *Roman*, Konflikt prawno-polityczny. Das Geburtsdatum ist in der Mehrheit der Quellen für 1424 belegt – vgl. z.B. den Eintrag im Kalendarz Krakowski, 905–941. Eine Ausnahme sind chronikalische Ver-

blieben, war doch die 1408 geborene Tochter Jadwiga das einzige Kind des alternden Königs.³¹ Für sie und ihren Verlobten Friedrich von Brandenburg hatten deshalb ebenso Ansprüche geltend gemacht werden können wie für Witold, den Vetter des Königs und Großfürsten von Litauen.³² Dass mit der Geburt Władysławs, der in der Nachfolge seines Vaters von 1434–1444 als Władysław III. über Polen herrschen sollte, eine signifikante Änderung der dynastischen Ausgangslage einherging und dass dies auch die Zeitgenossen schon so deuteten, belegt eine kurze Chronik, welche wohl in den 1420er Jahren entstand und die Geschichte Polens im Zeitraum 1370–1427 beschreibt. Unter dem Eintrag des Jahres 1424 findet sich dort die Prophezeiung eines gewissen *Iohannis monachus*, welcher den Aufstieg eines jungen Adlers (Władysław) bei „Sonnenaufgang“ (Polen) sowie im „Reich des Löwen“ (Böhmen) parallel zur Erlangung der Lilie (Königswürde Ungarns) durch den „Menschensohn“ (Großfürst Witold von Litauen) bis hin zur Etablierung der christlichen Universalherrschaft des polnischen „Adlers“ über den gesamten Erdkreis vorhersagte.³³

Die aufwändige und prachtvolle Tauffeier, die im Februar 1425 für den jungen Kronprinzen in Krakau abgehalten wurde, ist somit sicherlich als programmatischer Versuch des Königs zu verstehen, die Rechtmäßigkeit der dynastischen Herrschaft zu demonstrieren und gewissermaßen performativ zu festigen. So berichtete der Chronist Długosz nicht nur von der Gegenwart vieler königlicher Gesandter, sondern erwähnte auch die kostbaren Geschenke, welche dem König von anderen europäischen Potentaten zugesandt worden waren. Bezeichnenderweise ist es in seiner Darstellung aber keine Einzelperson, sondern eine Gemeinschaft, die dem Täufling Pate stand: Es waren die „Prälaten und Edlen, die in ihrem und dem Namen derer, welche sie vertraten, den Knaben aus der Taufe hoben“.³⁴

merke aus Bochnia, welche das Ereignis in das Jahr 1423 verlegen: Spominki Bochnieńskie, 243.

³¹ Die Mutter Jadwigas war Anna von Cilli, die zweite Ehefrau Władysław Jagiełłos. Zum Status der polnischen Königinnen und Königswitwen vgl. *Rutkowska*, Status wdów; zu Jadwiga s. *Duczmal*, Jagiellonowie, 273–278.

³² Müller, Besiegelte Freundschaft, 93. Grundlegend zu den jagiellonischen Heiratsverbindungen: *Tresp*, Dynastie und Heiratspolitik sowie *Borkowska*, Pacta matrimonialia.

³³ Dopełnienie Szamotulskie, 870. Zur Chronik s. *Soszyński*, Art. „Dopełnienie szamotulskie“ sowie *Ożóg*, Dopełnienie szamotulskie und *Potkowski*, Sarmatismus.

³⁴ *Aderant Regni Polonie prelati et proceres, qui infantem, et eorum quorum nomine advenerant, et proprio de fonte levarunt*. Joannis Dlugossii Annales, 209 f.

Die sich hier andeutende Spannung zwischen königlichem und adeligem Gestaltungsanspruch bestimmte auch die weiteren politischen Schritte des Jahres 1425. Unmittelbar nach der Taufe seines Sohnes begann König Władysław Jagiełło nämlich, im gesamten Königreich Treuebekundungen für das Königspaar und den neugeborenen Sohn als dessen Thronfolger zu erwirken. Entsprechende Schreiben sind zunächst aus dem städtischen und dann auch aus dem ritterlichen Milieu überliefert.³⁵ Obgleich der Inhalt der Schreiben variierte, ist in ihnen eine deutliche Unterstützung für die Sicherung der jagiellonischen Herrschaft zu erkennen: Der in den Schreiben geleistete Eid galt stets dem König und seiner Frau Zofia³⁶, sodann seinem Sohn Władysław, seiner Tochter Jadwiga und schließlich seinem Vetter Witold von Litauen, der gegebenenfalls gemeinsam mit Königin Zofia als Regent fungieren sollte. Entscheidend war dabei, dass der Kronprinz vor der königlichen Tochter in die Eidempfänger eingereiht und somit seine Position als erster Thronfolger unterstrichen wurde.³⁷

Mitten in diese Phase fand im April 1425 überdies eine *conventio generalis* in Brześć statt, in deren Kontext dem Chronisten Jan Długosz zufolge umfassende Bestimmungen zur Thronfolge schriftlich festgehalten wurden. Auf Initiative des Königs hätten sich nämlich die *praelati, principes et barones Regni Poloniae* dazu verpflichtet, im Falle des Todes von Władysław Jagiełło den neugeborenen Thronfolger als „König und Herrn“ durch eine Urkunde anzuerkennen. Diese sei dann Bischof Zbigniew Oleśnicki anvertraut worden, der sie wiederum dann erst dem König auszuhändigen habe, wenn dieser die „Rechte und Freiheiten“ des Adels bestätigt habe.³⁸ Diese Schilderung, die narrativ gleichsam auf die dra-

Vgl. dazu auch *Falkowski*, Król i biskup sowie *Żołędź-Strzelczyk*, Expecting a Child.

³⁵ Eine Auflistung aller Schreiben findet sich in der Studie von Nowak, Postawa miast Korony. Zum Thema der Treueeide s. auch Sperka, Osobiste akty holdownicze.

³⁶ Zum politischen Einfluss von Königin Zofia in jener Zeit s. die klassische Studie. *Maleczyńska*, Rola polityczna królowej Zofii Holszańskiej.

³⁷ Beachtenswert ist etwa der Text des Krakauer Eides, der als erstes dieser Dokumente gilt: Darin wurde zugesichert, den neugeborenen Königssohn als *verus dominus et heres* anzuerkennen. Im Falle seines Todes indes sollten seine Schwester Jadwiga oder andere Kinder des Königs anerkannt werden. Kodeks dyplomatyczny miasta Krakowa I, Nr. CCL, 359. S. dazu Nowak, Postawa miast Korony, 80f. sowie *Falkowski*, Król i biskup, 127–129.

³⁸ *In die Sancti Marci in Brzescze Cuiaviensi convencio generalis habita est, in qua Wladislao Polonie rege petente et instante, prelati, principes et barones Regni Polonie obligarunt se filium regis noviter natum Wladislaum patre mortuo pro rege et domino per literas speciales suscepturos. Literas tamen huiusmodi in Sbig-*

matischen Ereignisse von Łęczyca vorbereitet, lässt sich auch urkundlich belegen: Bei den beschriebenen Dokumenten handelt es sich um das sogenannte „Privileg von Brest“ einerseits und die adelige Wahlzusage andererseits. In dem königlichen Privileg sicherte Władysław Jagiełło dem polnischen Adel entsprechend dessen Forderungen zentrale Vorrechte zu; die Urkunde allerdings wurde nicht ausgegeben, sondern in der königlichen Kanzlei verwahrt.³⁹ Zu den königlichen Zusagen gehörten grundlegende Bestimmungen wie etwa die Unantastbarkeit von adeligem Besitz und Personen bei Fehlen eines gültigen Gerichtsurteils. Zugleich betonte der König, dass die Empfänger dieser Privilegien gewissermaßen als Gegenleistung versprochen hatten, seinen Sohn als „wahren und rechtmäßigen Nachfolger“ anzuerkennen.⁴⁰ In der Urkunde, welche in Reaktion darauf im Namen der Adeligen und Städte ausgestellt wurde, findet sich allerdings nichts von dieser weitreichenden Zusage. Vielmehr weist die ständische Einwilligung einen provisorischen Charakter auf, denn die Unterzeichner betonten den Prinzen „als König, Herrn und wahren Erben“ nur unter der Voraussetzung anzuerkennen, dass er – wie seine Vorgänger, die „erblichen“ Könige, Fürsten und Herzöge und die „natürlichen sowie die gewählten Herren Polens“ – nach seiner Krönung ihre Privilegien erneuern werde. Würde er dies nicht tun, seien die Unterzeichner ihrer „Versprechen und der vorliegenden Schriftstücke“ entbunden.⁴¹ Diese Bedingung, die übrigens in der königlichen Urkunde nicht zu finden ist, barg in zweierlei Hinsicht politischen Sprengstoff: Neben dem unmissverständlichen Verweis auf den Wahlcharakter der polnischen Monarchie wurde hier erstmals die Anerkennung der jagiellonischen Herrschaft explizit mit der Konfirmation adeliger Privilegien verbunden und mit einem Widerspruchsmoment versehen. Überdies war in der königlichen Urkunde von „rechtmäßiger“ Herrschaft die Rede – im adeligen

nei Cravociensis episcopi fidem commendarunt, tunc demum Wladislao regi tradendas, cum Regno et cuilibet terre litere speciales regie sigillo maiestatis munite libertates et immunitates continentes iuxta minutam tunc conceptam forent consignate. Joannis Dlugossii Annales, 211.

³⁹ Für eine gekürzte, jedoch annotierte Fassung s. Liber cancellariae, Nr. LXV, 115–118. Das vollständige Dokument findet sich als Nr. 149, in: Codex epistolaris II, 187–192. S. dazu auch Frost, Oxford History, 139 sowie Falkowski, Król i biskup, 134.

⁴⁰ Liber cancellariae, Nr. LXV, 117: *tamquam verum et legitimum successorem.*

⁴¹ Liber cancellariae, Nr. LXVI, 118–119: *In casu vero, quo predictus dominus Wladislaus ... easdem litteras ... nollet nobis dare, extunc prout exnunc esse volumus a premisso et litteris huiusmodi sunt testimonio litterarum.* Diese Klausel findet sich auch bei Jan Dlugosz: *In spem itaque huiusmodi libertatum obligacio de suscipiendo filio Regis inita est, que si negarentur, non teneri se ad illam, et Sbigneum Cracoviensem episcopum ad literam obligacionis reddendam arctabant.* Joannis Dlugossii Annales, 211.

gen Dokument dagegen wurde explizit zwischen „erblichen“ Herrschern (also den 1370 in männlicher Linie ausgestorbenen Piasten) und den „natürlichen sowie gewählten“ Herrschern (den nachfolgenden Königen Ludwig und Władysław Jagiełło) unterschieden.

Mutmaßlich war es also dieses Dokument, das ein Jahr später von seinen Urhebern in Łęczyca zerstört wurde – unter Verweis auf die nicht erfolgte Privilegienvergabe durch den König, der an einer Definition des Königtums im beschriebenen Sinne freilich kein Interesse haben konnte. In der einschlägigen Forschung ist diese Bestimmung als Recht auf Gehorsamsentzug gegenüber der königlichen Majestät (*de non praestanda oboedientia*) beschrieben worden – eine Lesart, die der Text freilich nur im Hinblick auf die Königswahl hergibt.⁴² Man könnte vielmehr von einer Klausel für den Fall der „vertraglichen Nichterfüllung“ sprechen, denn genau auf diesen Aspekt bezog sich ja auch der Akt von Łęczyca ein Jahr später: Die abschlägige Antwort des Königs auf die Bitten um Erteilung der Privilegien war 1426 als Verweigerung der „Vertragsleistung“ seitens Władysław Jagiełłos gedeutet worden. Natürlich sind mit Blick auf die Frage, warum Władysław Jagiełło das „Privileg von Brest“ nicht rechtsgültig ausgab und somit den Eklat von Łęczyca begünstigte, unterschiedliche Hypothesen entwickelt worden. Indizien oder gar Belege dafür, dass der König die Verzögerung bewusst in Kauf nahm, um einen „Alternativplan“ in Sachen Thronfolge zu verfolgen, lassen sich jedoch nicht finden. Betrachtet man die Bestimmungen der ständischen Urkunde, so erscheint es einleuchtend, dass der König in dem Moment, da der lang ersehnte Thronfolger geboren war, grundsätzlichen Begrenzungen der königlichen Macht in Gegenwart oder Zukunft nicht mehr zustimmen wollte und im „Privileg von Brest“ gleichsam seine Maximalkonzessionen formuliert hatte.⁴³

Auch ein Blick auf die bei Dlugosz beschriebenen personalen Strukturen der Versammlung von Łęczyca vermag die Wucht der dortigen Ereignisse nicht zu erklären. Namentlich tritt allein Zbigniew Oleśnicki in Erscheinung, der aus dem mittleren Adel Krakaus stammte, nach seiner Ausbildung zunächst in der königlichen Kanzlei gearbeitet hatte und im Jahr 1423 unerwartet und beinahe sensationell zum Bischof von Krakau

⁴² S. hierzu die Ausführungen bei *Roman*, Konflikt prawno-polityczny, 78–80.

⁴³ Ein ganz praktischer Grund, warum die Ausgabe des Privilegs zurückgehalten wurde, könnte nach Ansicht von Frost der Unterschied im Wortlaut beider Dokumente gewesen sein, die man zunächst habe angelegen wollen. Vgl. *Frost*, Oxford History, 140. Wie Wojciech Falkowski dargelegt hat, ging es über den singulären Moment hinaus um grundsätzliche Fragen, wie etwa: Hatte fortan jeder König vor seiner Krönung die Rechte des Adels zu bestätigen? S. *Falkowski*, Król i biskup, 138 ff. sowie *Roman*, Konflikt prawno-polityczny, 82–85.

avanciert war.⁴⁴ In der chronikalischen Darstellung erscheint er als Schlüsselfigur in gleich zwei Funktionen, als Hüter der Urkunde und als Richter über sie: Es ist Oleśnicki, der öffentlich den Vertrauensbruch erklärt, mit einem Vertragsbruch gleichsetzt und daraus das Ende der Wirksamkeit des Abkommens ableitet; manifest wird dies in der Rückgabe des Schriftstücks an deren Urheber, die *proceres*. Freilich ist der tatsächliche Anteil des Bischofs an dieser Geschichte schwer zu beurteilen, denn der Chronist Jan Długosz, der lange Jahre für Oleśnicki gearbeitet hatte, wusste seinen Dienstherren immer wieder in den Mittelpunkt seiner Darstellung zu rücken. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass Oleśnickis politischer Einfluss im Königreich und besonders in Kleinpolen mit Erlangung der Krakauer Bischofswürde stetig gewachsen war, und so erscheint es beinahe folgerichtig, dass er in Łęczyca als Fürsprecher der Opposition einer adeligen Elite agierte.⁴⁵ In der Theatralik seines Auftritts kam die Tragweite, welche seine Rolle für die Standortbestimmung des Königtums hatte, auf imponierende Weise zum Ausdruck: Ein klares Engagement für die Absicherung der königlichen Thronfolge bei gleichzeitiger vehementer Parteinaahme für die Kodifizierung alter adeliger Privilegien ließ Oleśnicki gleichsam als Verteidiger des Reiches erscheinen – eine Position, die sich gut in den spannungsreichen innenpolitischen Kontext der Zeit einfügt.⁴⁶

Ein weiterer Name, der zwar nicht unmittelbar in Łęczyca, aber doch im Umfeld der Versammlung auftauchte und für deren Verständnis bedeutsam ist, ist derjenige Witolds von Litauen. Immer wieder ist in der historischen Forschung auf eine zunehmende Entzweiung des Königs und seines Vetters hingewiesen worden, die bereits in den 1420er Jahren manifest gewesen und in den Jahren 1429/1430 in der Auseinandersetzung um die Krönung Witolds zum „König von Litauen“ kulminierte. Nicht unschuldig an dieser Deutung dürften Bemerkungen wie diejenige

⁴⁴ Grundlegend zum Pontifikat Oleśnickis und den Kirchenstrukturen seiner Zeit Koczerska, Zbigniew Oleśnicki.

⁴⁵ S. zu den Hofstrukturen der Zeit Sperka, Biskup krakowski Zbigniew Oleśnicki.

⁴⁶ S. dazu Tęgowski, Stosunek Zbigniewa Oleśnickiego sowie Gawlas, Zbigniew Oleśnicki, 223. Bereits ein Jahr zuvor, als der Bischof einen kirchenpolitischen Disput mit dem König ausgefochten hatte, deutete sich die Formierung dieser Opposition um Oleśnicki an: 1425 wollte der König die *terra Lubliniensis* der Diözese Kulm zuschlagen. Während eines königlosen Sejms zu Sieradz verfassten die anwesenden Adeligen als *consiliarii regni* (und nicht *regis!*) gemeinsam einen Brief an den Papst, um die territoriale Unantastbarkeit der Krakauer Diözese anzuerkennen zu lassen. Dabei verwendeten sie das Argument des durch den Adel geschützten „wahren“ katholischen Glaubens. Vgl. hierzu Joannis Dlugossii Annales, 208 sowie Fałkowski, Król i biskup, 129 f.

des Chronisten Długosz gewesen sein, wonach die Versammlung von Łęczyca 1426 in der Diskussion um die befestigte Mühle von Lubicz vor allem darauf bedacht gewesen sei, „dass es zu keinerlei Spaltung zwischen König Wladislaus von Polen und Fürst Alexander Witold komme“. Die letztlich gefällte Entscheidung, dem Hochmeister des Deutschen Ordens, Paul von Rusdorf, die Genehmigung zum Wiederaufbau der umstrittenen Mühle zu erteilen, beschrieb Długosz als klares Zugeständnis – und zwar nicht nur gegenüber dem Deutschen Orden, sondern auch gegenüber dem litauischen Großfürsten.⁴⁷ Dieser vorrangig territorial-politische Streit um die an der Grenze zwischen Polen und dem Ordensstaat gelegene Mühle repräsentiert die zunehmend divergierenden Interessen der beiden Herrscher, die sich für die 1420er Jahre, vor allem aber seit der Geburt des Kronprinzen Władysław im Jahr 1424 gut nachvollziehen lassen. Zum offenen Konflikt zwischen König Władysław und Großfürst Witold sollte es jedoch erst im Jahre 1429 kommen, als der römisch-deutsche König Sigismund vorschlug, den außenpolitisch vor allem im Osten erfolgreichen Witold zum König zu erheben und Litauen damit zum Königreich aufzuwerten.⁴⁸ Aus polnischer Sicht oder genauer: aus Sicht der Verfechter einer engen polnisch-litauischen Verbindung musste dieses Angebot als hochproblematisch gelten, stellte es doch die Existenz der Union grundlegend in Frage.⁴⁹ Damit verbunden waren Fragen nach dem Charakter der Verbindung: Handelte es sich um eine Inkorporation Litauens in das polnische Königreich oder um eine (gleichberechtigte) Föderation beider Länder? Und welche Folgen hatte die Entscheidung für die eine oder andere Position für Rechte und Pflichten des (polnischen bzw. litauischen) Adels einerseits und die Kompetenzen des Herrschers andererseits?

Überlegungen wie diese hatten die politische Debatte freilich seit dem Unionsakt von 1385 geprägt und waren auch durch die genaueren Bestimmungen der sogenannten „Union von Horodło“ (1413) nicht beseitigt worden.⁵⁰ Im Jahr 1429 trug ihre Brisanz auch für den Kontext der polnischen Thronfolgedebatten jedoch wohl dazu bei, dass König Władysław Jagiełło seinen Beratern (darunter prominent Bischof Oleśnicki) folgte und seine anfängliche Zustimmung zu einer Königskrönung Witolds zu-

⁴⁷ Joannis Dlugossii Annales, 218: ... ne scisma aliquot inter Wladislaum Poloniae regem et ducem Alexandrum Withaudum incideret ... Vgl. zur gesamten Auseinandersetzung Neitmann, Grenzstreit.

⁴⁸ S. dazu Frost, Oxford History, 138; Dücker, Sigismund und der Konflikt sowie Hoensch, König/Kaiser Sigismund, der Deutsche Orden und Polen-Litauen.

⁴⁹ Zur Unionsfrage s. die luziden Ausführungen bei Frost, The Polish-Lithuanian Union.

⁵⁰ Vgl. dazu neuerdings die Beiträge in: Górzynski (Hrsg.), Unia w Horodle.

rückrief.⁵¹ Weder zahlreiche Gesandtschaften noch bilaterale Verhandlungen oder juristische Gutachten über die Rechtmäßigkeit eines litauischen Königstums konnten den Streit in den folgenden Monaten beilegen, und so wurde die Krönung des litauischen Fürsten für den Herbst des Jahres 1430 geplant; dass dieses feierliche Ereignis wegen des unerwarteten Todes Witolds nicht zustande kommen würde, war zu diesem Zeitpunkt nicht zu ahnen.

Es ist bezeichnend für die politischen Verwicklungen dieser Zeit, dass die Auseinandersetzung um die Sukzession in Polen im Frühjahr des Jahres 1430 vorläufig abgeschlossen wurde. Im Rahmen einer Versammlung mit den *prelati et barones Polonie* erließ König Władysław Jagiełło nämlich in der Stadt Jedlnia ein weiteres Privileg für die polnischen Stände, für ihre Treue und „das von ihnen gegebene Versprechen, (...) als Erben des Königreiches einen der königlichen Söhne anzuerkennen, und zwar diesen, der ihnen zum Herrschen am besten geeignet scheinen wird“.⁵² Neben Zugeständnissen, die schon aus früheren Privilegien bekannt sind, beinhaltete das Privileg von Jedlnia auch bedeutende neue Prinzipien. Zu ihnen gehörte z.B. das wegweisende Recht für den Adel, nicht ohne rechtskräftiges Urteil verhaftet werden zu können (Prinzip des *neminem captivabimus nisi iure victum*). Vergleicht man das königliche Privileg von Jedlnia allerdings mit dem Text des bereits beschriebenen „Privilegs von Brest“ von 1425, so erkennt man, dass die Texte in

⁵¹ Dabei argumentierte Zbigniew Oleśnicki, ein leidenschaftlicher Fürsprecher der Union, dass König Sigismund dessen Hoffnungen auf ein Königreich allein deshalb geweckt habe, um die polnisch-litauische Union (*liga Regni Polonie et Ducatus Lithuaniae*) zu zerstören und dem Deutschen Orden damit wieder einen Anlass zur Invasion des „heidnischen“ Litauen zu geben; eine litauische Krönung sei deshalb zum Schaden ganz Polens. Joannis Dlugossii Annales, 297. S. dazu auch Tegowski, Stosunek Zbigniewa Oleśnickiego, 76f.

⁵² Nach dem Tod des 1426 geborenen zweiten Sohnes des Königs wenige Monate nach seiner Geburt wurde 1427 der dritte Sohn des Königs geboren. Er sollte als Kasimir IV. von 1447–1492 als König über Polen herrschen. Die Bestimmungen des Privilegs sahen also eine Wahlmöglichkeit zwischen den beiden Söhnen vor: ... *ut benivolencia eorum et fidei affectus, quos cum tanta sinceritate in filios nostros preclaros principes Wladislaum et Kazimirum direxerunt, quorum unum, quem apciorem ad regimen congnoverint (sic), quem nostris requisicionibus admoniti sibi expleta vite nostre periodo pro rege principe domino et herede regni huius Polonie et terrarum Littuanie et Russie ... sicut patentibus litteris ad hoc confectis est firmatum, devote et humiliter suscepserunt et corona regni sceptrisque regalibus cum sollempnitate ceremoniorum (sic) debita promiserunt tamquam verum et legitimum successorem, postquam etatem legitimam habuerit, insignire ...* Urkunde vom 4. März 1430, Nr. 177, in: Codex epistolaris II, 228–233. Die Herrschaft über Litauen sollte erst nach dem Tod Witolds auf die Erben des polnischen Königs übergehen. Eine Beschreibung der Versammlung findet sich bei: Joannis Dlugossii Annales, 276–282.

weiten Teilen übereinstimmen: 1430 wurde somit rechtskräftig ausgegeben, was fünf Jahre zuvor schon einmal formuliert worden war. Im Gegenzug versprach die *comunitas regni Polonie* in einer weiteren Urkunde, nach dem Tode Jagiełłos den zur Herrschaft Befähigteren seiner Söhne anzuerkennen, zu wählen und zu krönen – unter der bereits bekannten Bedingung, dass dieser zuvor die bisherigen Rechte bestätige. Während auch dieser Text wesentliche Formulierungen der (mutmaßlich zerschnittenen) Adelsurkunde von 1425 aufgreift, endet er anders als die ältere Vorlage nicht mit der Klausel, bei Nichterfüllung von der Verpflichtung entbunden zu sein. Am Ende steht stattdessen das Versprechen, gegen jeden, der die Sukzessionsentscheidung nicht anerkennen werde, politisch und ggf. auch militärisch vorzugehen.⁵³

Die Einigung von 1430, die dem Adel nicht nur bedeutende Grundrechte, sondern auch die Wahl des Herrschers zubilligte, wurde offenbar als endgültig betrachtet und deshalb umfassend von den Großen des Reiches bestätigt – in eindrucksvoller Weise künden davon die 59 Siegel geistlicher und weltlicher Herren, die an der Urkunde angebracht sind.⁵⁴ Drei Jahre später, zu Beginn des Jahres 1433, wurden die Bestimmungen des „Privilegs von Jedlnia“ im „Privileg von Krakau“ noch einmal konfirmiert.⁵⁵ Kurz vor dem Tod des betagten Władysław Jagiełło (1434) war die Frage der Sukzession damit nicht nur faktisch vereinbart, sondern auch rechtlich formuliert und verankert worden.

⁵³ Urkunde vom 4. März 1430, Nr. 178, in: Codex epistolaris II, 234–237, hier 235.

⁵⁴ Vgl. erneut Polen im Zeitalter der Jagiellonen, 526. Eine Auflistung der Siegelträger wurde der Edition des Dokuments beigelegt, vgl. dafür Codex epistolaris II, 235–237. S. zur Anzahl der ausgegebenen Exemplare überdes *Roman*, Konflikt prawno-polityczny, 90. Auch der Chronist Jan Długosz berichtete, in Jedlnia habe der König alle rechtlichen Fragen, die zuvor in Zweifel gestanden hätten, eindeutig klären wollen: Joannis Dlugossii Annales, 276: *Item omnes abusus et gravamina Regnum premencia sustulit, plures articulos, qui saepius revocabantur in dubium, dilucidans et declarans, quemadmodum in ipsis literis, quarum tenor hic insertus est, lacius continetur* (es folgt der Inhalt des königlichen Privilegs).

⁵⁵ Urkunde vom 9. Januar 1433, Nr. 212, in: Codex epistolaris II, 308–313. Wie Jerzy Sperka in seiner Analyse der Jahre 1430–1433 betont, wurden dabei keine für die Frage der Thronfolge wesentlichen Änderungen an den Bestimmungen des Jahres 1430 vorgenommen: Sperka, Zjazd sieradzki, 192.

**III. Was bedeutet das Wort des Königs?
Abkommen und ihre Verbindlichkeit im politischen Diskurs
der 1420er Jahre**

Die Frage, wie die Einigung von 1430 letztlich zustande kam, kann aus den Quellen wohl nicht eindeutig beantwortet werden; und auch die zwischen urkundlicher Überlieferung und historiographischer Darstellung bisweilen aufscheinenden Fragen oder Widersprüche können nicht alle abschließend geklärt werden. Zu erklären und einzuordnen bleibt jedoch ein in vielen Textzeugen belegter politischer Diskurs, der mit Kategorien wie Vertrauen, Einigung, Verbindlichkeit und eben auch dem Vorwurf des Wortbruchs operiert, und ein damit einhergehender Normierungsprozess mit „verfassungsgeschichtlichen“ Implikationen.⁵⁶ Daraus lässt sich Wesentliches über den Wert vertraglicher Einigungen und Abkommen sowie über ihre zeitgenössische Wahrnehmung ableiten. Die polnische Thronfolgedebatte der 1420er Jahre war gekennzeichnet von einem Spannungsverhältnis zwischen Vorstellungen personaler Bindungen und mithin persönlich hergestellten Vertrauens sowie normativen Ansprüchen und einem Beharren auf Schriftlichkeit. Immer wieder versuchte die adelige *communitas*, die Zustimmung zur Nachfolgeregelung von einer Garantie aller bereits erlassenen Privilegien auch durch den Thronfolger abhängig zu machen. Im Wissen um die Bedeutung dieser Normierungen für beide „Parteien“ wurden Absprachen auf mehreren Ebenen geschlossen – zwischen dem König und der „Reichs-Gemeinschaft“ ebenso wie zwischen dem König und verschiedenen Einzelpersonen oder politischen Entitäten (z. B. Städten).

Die Formulierung und Beglaubigung der Absprachen konnte auf zwei verschiedenen Wegen erfolgen: durch interpersonale Bindungen und „Ehrenworte“ ebenso wie durch Schriftlichkeit und deren gemeinschaftliche Bezeugung. Letztere kam offenbar dann zum Tragen, wenn es um allgemeine rechtliche Regelungen ging, die reichsweit und dauerhaft Geltung beanspruchen sollten. Vor diesem Hintergrund können die materielle Präsenz des Abkommens im „öffentlichen Raum“ (etwa beim Vorweisen durch Oleśnicki und die wiederholte Konfirmierung der Inhalte) als Maßnahmen zur Verankerung im Rechtsbewusstsein und zur Schaffung einer (Rechts-)Kontinuität interpretiert werden. Wesentlich für die Akzeptanz scheint schließlich die Solennität der „Vertragssituation“ bzw. der „politisch öffentliche“ Rahmen gewesen zu sein, denn die behandel-

⁵⁶ S. dazu Garnier, Wie vertraut man seinem Feind? sowie die Beiträge in: *Frevert* (Hrsg.), Vertrauen, insbesondere: Dorothea Weltecke, Gab es „Vertrauen“ im Mittelalter? Methodische Überlegungen, 67–89.

ten Einigungen wurden alle während großer Versammlungen erlassen oder aber verhandelt. In ihrem Kontext sozialer Performanz wurden die Vertragsparteien und -ansprüche sichtbar, hier konnten Zweifel am Vertragspartner – wie eben dem Wort des Königs – artikuliert und das Ende eines Abkommens erklärt werden. Folgt man der Argumentation in dem adeligen Wahlversprechen, das 1426 zerfetzt wurde, so dürfte die Rückgabe der materiell unversehrten Urkunde durch Bischof Oleśnicki das Ende der Verbindlichkeit, ihre Zerstückelung hingegen Ausdruck der Wut oder auch Enttäuschung über das gebrochene Wort gewesen sein. Das weitere Ringen um die Vergabe der Adelsprivilegien bis zum Erlass der Privilegien von Jedlnia und Krakau zeigt schließlich auch, dass vor dem Hintergrund des „zerstückelten Versprechens“ des Königs die individuellen Einigungen, die dieser im Anschluss an die Versammlung von Łęczyca erwirkte, eine kollektive Verpflichtung nicht zu überlagern vermochten.

Vertrauen, Verbindlichkeit und schließlich schriftliche Fixierungen erwiesen sich in der politischen Dynamik der 1420er Jahre somit als vielleicht entscheidende Kategorien – für die Sicherung monarchischer Kontinuität ebenso wie für die Definition und Ausgestaltung innenpolitischer Handlungsspielräume.

Quellen

- Akta Unii Polski z Litwą 1385–1791 [Akten der Union Polens mit Litauen 1385–1791], hrsg. v. Stanisław Kutrzeba/Władysław Semkowicz, Kraków 1932.
- Codex epistolaris saeculi decimi quinti. Tomus II: 1382–1445, hrsg. v. Anatol Lewicki (Monumenta Medii Aevi Historica Res Gestas Poloniae Illustrantia XII; Wydawnictwa Komisji Historycznej Akademii Umiejętności w Krakowie 46), Kraków 1891.
- Dopełnienie Szamotulskie, in: Monumenta Poloniae Historica 2, hrsg. v. August Bielowski, Lwów 1872, 861–871.
- Joannis Dlugossii Annales seu Cronicae Incliti Regni Poloniae. Liber Undecimus 1413–1430, hrsg. v. Krzysztof Baczkowski u. a., Warszawa 2000.
- Johannes de Thurocz, Chronica Hungarorum. I. Textus, hrsg. v. Elisabeth Galántai/Julius Kristó (Bibliotheca Scriptorum Medii Recentisque Aevorum, Series Nova 7), Budapest 1985.
- Jus Polonicum, codicibus veteribus manuscriptis et editionibusque quibusque collatis, hrsg. v. Joannes Vincentius Bandtkie, Warszawa 1831.
- Kalendarz Krakowski, in: Monumenta Poloniae Historica 2, hrsg. v. August Bielowski, Lwów 1872, 905–941.
- KDW = Kodeks Dyplomatyczny Wielkopolski. Tom 9: Zawiera dokumenty nr 1075–1380 z lat 1426–1434 [Diplomaticus Codex Großpolens. Band 9: Enthält

die Dokumente Nr. 1075–1380 aus den Jahren 1426–1434], hrsg. v. Antoni Gąsiorowski und Tomasz Jasiński (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk Wydawnictwa Źródłowe Komisji Historyczne XXI), Warszawa/Poznań 1990.

Kodeks dyplomatyczny miasta Krakowa 1257–1506: Tom I, hrsg. v: Franciszek Piekosiński (Monumenta Medii Aevi Historica Res Gestas Poloniae Illustrantia V; Wydawnictwa Komisyji Historycznej Akademii Umiejętności w Krakowie 13), Kraków 1879.

Liber cancellariae Stanislai Ciołek. Ein Formelbuch der polnischen Königskanzlei aus der Zeit der husitischen Bewegung, hrsg. von J. Caro, Wien 1871.

Rocznik Świętokrzyski do r. 1490, hrsg. v. August Bielowski, in: Monumenta Poloniae Historica 3, hrsg. v. Akademia Umiejętności w Krakowie, Lwów 1878, 53–87.

Spominki Bochnieńskie, hrsg. von Stanisław Lukas, in: Monumenta Poloniae Historica 3, hrsg. v. Akademia Umiejętności w Krakowie, Lwów 1878, 243–245.

Literatur

Adamska, Anna/Mostert, Marco, The ‚violent death‘ of medieval charters. Some observations on the symbolic uses of documents, in: Ecclesia, cultura, potestas. Studia z dziejów kultury i społeczeństwa. Księga ofiarowana siostrze Profesor Urszuli Borkowskiej OSU [Ecclesia, cultura, potestas. Studien aus der Geschichte von Kultur und Gesellschaft. Festschrift zu Ehren von Prof. Urszula Borkowska OSU], hrsg. v. Paweł Kras/Agnieszka Januszek/Agnieszka Nalewajek u. a., Kraków 2006, 699–709.

Anisimov, Evgenij Viktorovich, Five Empresses: Court Life in Eighteenth-century Russia. Translated by Kathleen Caroll, Westport, Conn. 2004.

Art. „Vertrag“, in: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. 16 Bände, in 32 Teilbänden, Leipzig 1854–1961, Quellenverzeichnis Leipzig 1971. Bd. 25, Sp. 1921 bis 1924. Online unter: http://woerterbuchnetz.de/DWB/wbgui_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&hitlist=&patternlist=&lemid=GV05478#XGV05478 (letzter Abruf 26.05.2015).

Bagi, Dániel, Az Anjouk Krakkóban. Nagy Lajos lengyelországi uralmának belpolitikai kérdései [=Die Anjou in Krakau. Innenpolitische Fragen der Herrschaft Ludwigs des Großen in Polen], Pécs 2014.

Bardach, Juliusz, Początki Sejmu [Die Anfänge des Sejms], in: Historia Sejmu Polskiego. Tom I: Do Schyłku Szlacheckiej Rzeczypospolitej [Geschichte des polnischen Sejms. Band 1: Bis zum Ende der Adelsrepublik], hrsg. v. Jerzy Michałski, Warszawa 1984, 5–62.

Błaszczyk, Grzegorz, Czy była unia krewska? [Gab es eine Union von Krewo?], in: Kwartalnik Historyczny 110 (2003), 83–96.

Borkowska, Urszula, Pacta matrimonialia domu Jagiellonów [Die Eheverträge des Hauses der Jagiellonen], in: Roczniki Humanistyczne 48,2 (2000), 45–60.

Burkhardt, Julia, Procedure, rules and meaning of political assemblies in Late Medieval Central Europe, in: Parliaments, Estates and Representation (2015), DOI: 10.1080/02606755.2015.1023666.

- Frictions and Fictions of Community. Structures and Representations of Power in Central Europe, c. 1350–1500, in: The Medieval History Journal 19, 2 (2016), 191–228. DOI: 10.1177/0971945816651029.
- Ein Königreich im Wandel: Ungarn um 1400, in: Biuletyn Polskiej Misji Historycznej/Bulletin der Polnischen Historischen Mission 11 (2016), 407–437. URL: <http://apcz.umk.pl/czasopisma/index.php/BPMH/article/view/BPMH.2016.013>.
- Handeln und Verhandeln. Außenpolitische Dimensionen polnischer und ungarischer Reichsversammlungen im Spätmittelalter, in: Akteure mittelalterlicher Außenpolitik: Das Beispiel Ostmitteleuropas, hrsg. v. Stephan Flemmig/Norbert Kersken (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 35), Marburg 2017, 169–196.

Butt, Ronald, A history of Parliament. 1: The Middle Ages, London 1989.

Dąbrowski, Jan, Die Krone des polnischen Königtums im 14. Jahrhundert. Eine Studie aus der Geschichte der Entwicklung der polnischen ständischen Monarchie, in: Corona Regni. Studien über die Krone als Symbol des Staates im Späteren Mittelalter, hrsg. v. Manfred Hellmann (Wege der Forschung III), Darmstadt 1961, 399–548.

Declercq, Georges, *Habent sua fata libelli et acta. La destruction de textes, manuscrits et documents au Moyen Âge*, in: La destruction dans l'histoire. Pratiques et discours, hrsg. v. David Engels/Didier Martens/Alexis Wilkin, Bruxelles 2013, 129–161.

Dücker, Julia, Reichsversammlungen im Spätmittelalter. Politische Willensbildung in Polen, Ungarn und Deutschland (Mittelalter-Forschungen 37), Ostfildern 2011.

- *pro communi reipublicae bono*. König und Reich im jagiellonischen Polen um 1500, in: Between Worlds. The Age of the Jagiellonians, hrsg. v. F. Ardelean/C. Nicholson/J. Preiser-Kapeller (Eastern and Central European Studies 2), Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2013, 61–78.
- Sigismund und der Konflikt um die Königskrönung Witolds von Litauen (1429/30), in: Emperor Sigismund and the Orthodox World, hrsg. v. Ekaterini Mitsiou/Mihailo Popović/Johannes Preiser-Kapeller/Alexandru Simon (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Denkschriften der philosophisch-historischen Klasse 410; Veröffentlichungen zur Byzanzforschung 24), Wien 2010, 17–25.

Duczmal, Małgorzata, Jagiellonowie. Leksykon biograficzny [Die Jagiellonen. Ein biographisches Lexikon], Poznań 1996.

Fałkowski, Wojciech, Król i biskup. Spór o rację stanu Królestwa Polskiego w latach 1424–1426 [König und Bischof. Der Streit um die Staatsraison des Königreiches Polen in den Jahren 1424–1426], in: Zbigniew Oleśnicki. Księże kościoła i mąż stanu, Materiały z konferencji Sandomierz 20–21 maja 2005 roku [Zbig-

- niew Oleśnicki. Kirchenfürst und Staatsmann. Akten der Tagung in Sandomierz, 20.–21. Mai 2005], hrsg. v. Feliks Kiryk/Zdzisław Noga, Krakau 2006, 123–142.
- Możnowładztwo polskie wobec króla. Zabiegi i działania polityczne wokół monarchii w XV stuleciu [Polnisches Magnatentum vs. König. Politisches Handeln im 15. Jahrhundert um den König herum], in: Kolorystyka i struktury średniowiecza [Farben und Strukturen des Mittelalters], hrsg. von Wojciech Falkowski, Warszawa 2004, 9–24.
 - Idea monarchii w Polsce za pierwszych Jagiellonów [Das Monarchieverständnis in Polen unter den ersten Jagiellonen], in: Polska okolo roku 1400. Państwo, społeczeństwo, kultura [Polen um 1400. Staat, Gesellschaft, Kultur], hrsg. v. Wojciech Falkowski, Warszawa 2001, 195–218.
- Fenster*, Aristide, Anna, in: Die russischen Zaren 1547–1917, hrsg. v. Hans-Joachim Torke, 2. Aufl. München 1999, 191–201.
- Fisch*, Jörg, Vertrag, Gesellschaftsvertrag, Herrschaftsvertrag, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 6: St.-Vert, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosellek, Stuttgart 1990, 901–954.
- Foronda*, François (Hrsg.), Avant le contrat social. Le contrat politique dans l'Occident médiéval XIIe–XVe siècle. Colloque international de Madrid (2008) (Publications de la Sorbonne: Histoire ancienne et médiévale 107), Paris 2011.
- Frevert*, Ute (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.
- Frost*, Robert, The Oxford History of Poland-Lithuania. I: The making of the Polish-Lithuanian Union, 1385–1569 (Oxford History of Early Modern Europe), Oxford 2015.
- The Polish-Lithuanian Union, 1386–1795, in: British Academy Review, 21 (2013), 7–10.
- Garnier*, Claudia, Wie vertraut man seinem Feind? Vertrauensbildung und Konsensfindung der rheinischen Kurfürsten um 1400, in: Frühmittelalterliche Studien 39 (2005), 271–291.
- Gawlas*, Sławomir, Król i stany w późnośredniowiecznej Europie Środkowo-Wschodniej wobec modernizacji państwa [König und Stände im spätmittelalterlichen Ostmitteleuropa angesichts der Modernisierung des Staates], in: Król w Polsce XIV i XV w. [Der König in Polen im 14. und 15. Jahrhundert], hrsg. v. Andrzej Marzec/Maciej Wilamowski (Maiestas – Potestas – Communitas I), Kraków 2007, 155–185.
- Zbigniew Oleśnicki wobec sporu o urząd państwa (1425–1430) [Zbigniew Oleśnicki im Streit um die Gestalt des Staates 1425–1430], in: Zbigniew Oleśnicki. Książę kościoła i mąż stanu, Materiały z konferencji Sandomierz 20–21 maja 2005 roku [Zbigniew Oleśnicki. Kirchenfürst und Staatsmann. Akten der Tagung in Sandomierz, 20.–21. Mai 2005], hrsg. v. Feliks Kiryk/Zdzisław Noga, Krakau 2006, 211–223.
 - Polen – eine Ständegesellschaft an der Peripherie des lateinischen Europa, in: Europa im späten Mittelalter: Politik – Gesellschaft – Kultur, hrsg. v. Rainer

- Christoph Schwinges/Christian Hesse/Peter Moraw (HZ Beihefte NF 40), München 2006, 237–261.
- Górzyński, Sławomir (Hrsg.), *Unia w Horodle na tle stosunków polsko-litewskich od Krewy do Zaręczenia wzajemnego Obojga Narodów*, Warszawa 2015.
- Goźdź-Roszkowski, Krzysztof, *Z badań nad nietykalnością majątkową polskiej szlachty Postanowienia przywilejów z lat 1386–1454 [Aus den Forschungen zur Unverletzlichkeit des Vermögens des polnischen Adels. Bestimmungen der Privilegien aus den Jahren 1386–1454]*, in: *Studia z Dziejów Państwa i Prawa Polskiego* 10 (2007), 15–32.
- Grimm, Jacob, *Deutsche Rechtsalterthümer*. Band 2, Leipzig 1899.
- Hoensch, Jörg K., *König/Kaiser Sigismund, der Deutsche Orden und Polen-Litauen. Stationen einer problembeladenen Beziehung*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), 1–44.
- Il bene comune: Forme di Governo e Gerarchie Sociali nel Basso Medioevo. Atti del XLVIII Convegno storico internazionale Todi, 9–12 ottobre 2011 (Atti dei convegni del Centro Italiano di Studi sul Basso Medioevo, Accademia Tudertina N. S. 25), Spoleto 2012.
- Koczerska, Maria, *Zbigniew Oleśnicki i Kościół Krakowski w czasach jego pontyfikatu 1423–1455 [Zbigniew Oleśnicki und die Krakauer Kirche zur Zeit seines Pontifikats 1423–1455]*, Warszawa 2004.
- Kürbis, Brigitte, *Johannes Dlugosz als Geschichtsschreiber*, in: *Geschichtsschreibung und Geschichtsbewußtsein im späten Mittelalter*, hrsg. v. Hans Patze (Vorträge und Forschungen 31), Sigmaringen 1987, 483–496.
- Lecuppre-Desjardin, Elodie/Van Bruaene, Anne-Laure (Hrsg.), *De bono Communi. The Discourse of the Common Good in the European City (13th-16th c.)/Discours et pratique du Bien Commun dans les villes d'europe (XIIIe au XIVe siècle)* (Studies in European Urban History (1100–1800) 22), Turnhout 2010.
- Lichy, Kolja, *Lex est rex und rex supremus iudex. Das crimen laesae maiestatis zwischen Monarch und Adel im Königreich Polen des 16. Jahrhunderts*, in: *Adel, Recht und Gerichtsbarkeit im frühneuzeitlichen Europa*, hrsg. v. Annette Baumann/Alexander Jendorff (Bibliothek altes Reich 15), München 2014, 185–121.
- Lückerath, Carl August, Paul von Rusdorf. Hochmeister des Deutschen Ordens 1422–1441 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 15), Bad Godesberg 1969.
- Madariaga, Isabel de, *Portrait of an eighteenth-century Russian statesman: Prince Dmitry Mikhaylovich Golitsyn*, in: Dies., *Politics and Culture in Eighteenth-Century Russia*, London 1998, 57–77.
- Maleczynska Ewa, *Rola polityczna królowej Zofii Holszańskiej na tle walki stronniczej w Polsce w latach 1422–1434 [Die politische Rolle von Königin Zofia Holszańska vor dem Hintergrund der Parteikämpfe in Polen in den Jahren 1422–1434]* (Archiwum Towarzystwa Naukowego we Lwowie 2, Historyczno-filozoficzny 19,3), Lwów 1936.

Mályusz, Elemér, Kaiser Sigismund in Ungarn 1387–1437, Budapest 1990.

Mauntel, Christoph, Charters, pitchforks and green seals. Written documents between text and materiality in late medieval revolts, in: Communication and materiality: written and unwritten communication in pre-modern societies, hrsg. v. Susanne Enderwitz/Rebecca Sauer (Materiale Textkulturen 8), Berlin/München/Boston 2015, 93–112.

Mauntel, Christoph/Sauer, Rebecca/*Theis*, Christoffer/*Trampedach*, Kai, Beschädigen und Zerstören, in: Materiale Textkulturen. Konzepte – Materialien – Praktiken, hrsg. v. Thomas Meier/Michael R. Ott/Rebecca Sauer (Materiale Textkulturen 1), Berlin/München/Boston 2015, 735–746.

Müller, Mario, Besiegelte Freundschaft. Die brandenburgischen Erbeinungen und Erbverbrüderungen im späten Mittelalter (Schriften zur politischen Kommunikation 8), Göttingen 2010.

Müller, Mario/*Spieß*, Karl-Heinz/*Tresp*, Uwe (Hrsg.), Erbeinungen und Erbverbrüderungen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit: generationsübergreifende Verträge und Strategien im europäischen Vergleich (Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte 17), Berlin 2014.

Nalewajek, Agnieszka, Dokument w rocznikach Jana Długosza [Das Dokument in den Annalen des Jan Długosz] (Prace Wydziału Historyczno-Filologicznego 124), Lublin 2006.

Neitmann, Klaus, Der Grenzstreit zwischen dem Deutschen Orden und Polen um die Mühle von Leibitsch und die Drewenz, in: Festschrift Dr. Ernst Bahr zum 80. Geburtstag am 19. August 1987. Gewidmet von der Copernicus-Vereinigung zur Pflege der Heimatkunde und Geschichte Westpreußens e.V., hrsg. v. Bernhart Jähnig/Peter Letkemann (Beiträge zur Geschichte Westpreußens 10), Münster 1987, 111–137.

Nikodem, Jarosław, Jadwiga, król Polski [Hedwig, der König von Polen], Wrocław 2009.

– Elżbieta – Julianna – Jadwiga. Przyczynek do genezy związku polsko-litewskiego [Elisabeth – Julianna- Hedwig. Beitrag zur Genese der polnisch-litauischen Verbindung], in: *Cognitioni Gestorum. Studia z dziejów średniowiecza dedykowane Profesorowi Jerzemu Strzelczykowi* [*Cognitioni Gestorum. Studien zur mittelalterlichen Geschichte zu Ehren von Professor Jerzy Strzelczyk*], hrsg. v. Dariusz A. Sikorski/Andrzej M. Wyrwa, Poznań/Warszawa 2006, 459–481.

Nowak, Bożena, Postawa miast Korony wobec planów sukcesyjnych Władysława Jagiełły [Die Haltung der Städte der Krone gegenüber den Sukzessionsplänen von Władysław Jagiełło], in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska Lublin*, Sectio F 1 (1995), 77–90.

Ożóg, Krzysztof, Dopełnienie szamotulskie – studium źródłoznawcze [Die Ergänzungen aus Szamotuły – quellenkundliche Studie], in: *Studia Historyczne* 35/2 (1992), 143–153.

Polen im Zeitalter der Jagiellonen 1386–1572. Schallaburg, 8. Mai–2. November 1986, hrsg. v. Franciszek Stolot (Katalog des Niederösterreichischen Landesmuseums N.F. 171), Wien 1986.

Potkowski, Edward, Sarmatismus als politische Ideologie der jagiellonischen Dynastie, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, 45 (1996), 364–80.

Raeff, Marc, Plans for political reform in imperial Russia, 1730–1905 (Russian civilization series), Englewood Cliffs, NJ 1966.

Rauschert, Jeanette, Gelöchert und befleckt. Inszenierung und Gebrauch städtischer Rechtstexte und spätmittelalterlicher Öffentlichkeit, in: Text als Realie. Internationaler Kongress, Krems an der Donau, 3.–6. Oktober 2000, hrsg. v. Karl Brunner/ Gerhard Jaritz (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Sitzungsberichte 704, Veröffentlichungen des Instituts für Re alienkunde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit 18), Wien 2003, 163–181.

Roman, Stanisław, Konflikt prawno-polityczny 1425–1430r. a przywilej brzeski [Der rechtlich-politische Konflikt der Jahre 1425–1430 und das „Privileg von Brest“], in: Czasopismo Prawno-Historyczne 14 (1962), 63–92.

Rutkowska, Grażyna, Status wdów po królach polskich z dynastii Jagiellonów [Der Status der polnischen Königswitwen aus der Dynastie der Jagiellonen], in: Kobiety i władza w czasach dawnych [Frauen und Macht in vergangenen Zeiten], hrsg. v. Bożena Czwojdrak/Agata Aleksandra Kluczek Katowice 2015, 229–258.

Skomiał, Jakub, Z Problematyki ustroju Polski w Rocznikach Długosza [Zur Problematik des polnischen Staates in den Annalen von Długosz], in: Studia Prawno-Ekonomiczne 54 (1996), 35–49.

Soszyński, Jacek, Art. „Dopełnienie szamotulskie“, in: Encyclopedia of the Medieval Chronicle. Vol. 1: [A-I], Leiden 2010, 547.

Sperka, Jerzy, Biskup krakowski Zbigniew Oleśnicki a ugrupowanie dworskie w okresie panowania Władysława Jagiełły i w pierwszych latach Władysława III [Der Krakauer Bischof Zbigniew Oleśnicki und die höfischen Gruppen während der Herrschaft von Władysław Jagiełło und in den ersten Jahren Władysławs III.], in: Zbigniew Oleśnicki. Książę kościoła i mąż stanu, Materiały z konferencji Sandomierz 20–21 maja 2005 roku [Zbigniew Oleśnicki. Kirchenfürst und Staatsmann. Akten der Tagung in Sandomierz, 20.–21. Mai 2005], hrsg. v. Feliks Kiryk/Zdzisław Noga, Krakau 2006, 107–122.

- Zjazd sieradzki z 1432 roku a sprawą następczości tronu polskiego po Władysławie Jagiełły [Die Versammlung von Sieradz im Jahre 1432 und die Frage der polnischen Thronfolge nach Władysław Jagiełło], in: Średniowiecze polskie i powszechnie 2, hrsg. v. Idzi Panic/Jerzy Sperka, Katowice 2002, 185–196.
- Osobiste akty hołdownicze panów polskich z okresu panowania Władysława Jagiełły [Persönliche Treueeide der polnischen Herren während der Herrschaft von Władysław Jagiełło], in: Społeczeństwo Polski średniowiecznej. Bd. 9, hrsg. v. Stefan K. Kuczyński, Warszawa 2001, 221–255.

Tęgowski, Jan, Stosunek Zbigniewa Oleśnickiego do unii Polski z Litwą [Die Haltung Zbigniew Oleśnickis gegenüber der Union Polens mit Litauen], in: Zbigniew Oleśnicki. Książę kościoła i mąż stanu, Materiały z konferencji Sandomierz 20–21 maja 2005 roku [Zbigniew Oleśnicki. Kirchenfürst und Staats-

- mann. Akten der Tagung in Sandomierz, 20.–21. Mai 2005], hrsg. v. Feliks Kiryk/Zdzisław Noga, Krakau 2006, 73–84.
- Tresp, Uwe, Eine „famose und grenzenlos mächtige Generation“. Dynastie und Heiratspolitik der Jagiellonen im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 8 (2007), 3–28.
- Tyszkiewicz, Jan, Księżyta mazowieccy na Podlasiu (1385–1440): Od unii krewskiej do Kazimierza Jagiellończyka [Die Herzöge von Masowien in Podlachien (1385–1440): Von der „Union von Krewo“ bis zu Kasimir dem Jagiellonen], in: Rocznik Mazowiecki 17 (2005), 27–36.
- Uruszczak, Wacław, *Species privilegium sunt due, unum generale, aliud speciale. Przywileje w dawnej Polsce [Species privilegium sunt due, unum generale, aliud speciale. Privilegien im alten Polen]*, in: Studia z Dziejów Państwa i Prawa Polskiego 11 (2008), 19–38.
- Das Privileg im alten Königreich Polen (10.–18. Jahrhundert), in: Das Privileg im europäischen Vergleich. Band 2, hrsg. v. Barbara Döhlemeyer/Heinz Mohnhaupt (*Ius Commune – Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte Frankfurt am Main, Sonderheft Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 125*), Frankfurt 1999, 253–274.
- Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 56; Studies presented to the International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions 59), Göttingen 1977.
- Weltecke, Dorothea, Gab es „Vertrauen“ im Mittelalter? Methodische Überlegungen, in: Vertrauen. Historische Annäherungen, hrsg. v. Ute Frevert, Göttingen 2003, 67–89.
- Włodarczyk, Jerzy, Sejmiki łęczyckie do początku XVI wieku [Landtage in Łęczyca bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts], in: Czasopismo Prawno-Historyczne 12 (1960), 9–46.
- Wünsch, Thomas, Ritual und Politik. Partikularsynoden als Instrumente der politischen Willensbildung in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, in: Ritualisierung politischer Willensbildung. Polen und Deutschland im hohen und späten Mittelalter, hrsg. v. Wojciech Fałkowski/Bernd Schneidmüller/Stefan Weinfurter (Deutsches Historisches Institut Warschau – Quellen und Studien 24), Wiesbaden 2010, 243–258.
- Mittelalterliche Anfänge der Parlamentsgeschichte: Heiliges Römisches Reich und Polnisch-Litauische Union im Vergleich, in: Studia Warmińskie 37 (2000), 69–88.
- Żołędź-Strzelczyk, Dorota, „A blessing most desired“. Expecting a Child and the First Tribulations of Life among the Polish Jagiellonians, in: Hofkultur der Jagiellonenendynastie und verwandter Fürstenhäuser. Culture of the Jagiellonian and Related Courts, hrsg. v. Urszula Borkowska/Markus Hösch (Studia Jagello-nica Lipsiensia 6), Ostfildern 2010, 193–197.

Der Vertrag von Sallinwerder (1398) und sein Bruch aus der Sicht des Deutschen Ordens – mit einem Quellenanhang

Von *Sebastian Kubon*

*Derselbe herczog Wytold von angeborner bosheit ist eyn vorreter, und dy heylige cristinheit an des ordins lande und lute nu czum virden mole jemerlichin hat vorrothin, und der cristinheit und dem ordin grosin schadin hat czugeczogin, und hat nort eynen cristinlichin schin.*¹ Diese harsche Charakterisierung des litauischen Großfürsten Vytautas und seines Verhaltens findet sich in der zeitgenössischen Chronik von Johann von Posilge zum Jahre 1409 anlässlich des gerade in die Brüche gegangenen Friedens von Raciążek/Racianz (1404). Angesprochen ist damit der Bruch der vier Verträge, die der Deutsche Orden² in Preußen mit Vytautas in der Vergangenheit geschlossen hatte.³ Der Umgang des Litauers mit den Vertragswerken wird hier als (viermaliger) Verrat gewertet. Gemeint

¹ Johann von Posilge, 307. Zu Chronik und Verfasser vgl. die neuesten Bemerkungen bei *Mentzel-Reuters*, vride (mit Verweisen auf die ältere Literatur).

² An Überblicksdarstellungen und Handbüchern zum Deutschen Orden bzw. dem Ordensland Preußen herrscht mittlerweile kein Mangel mehr: Genannt seien für den ersten Zugriff nur: *Sarnowsky*, Orden; *Biskup/Czaja*, Państwo; *Gouguenheim*, chevaliers und weiterhin die klassische Abhandlung von *Boockmann*, Orden. Zur Geschichte Polen-Litauens s. *Kiaupa*, Lithuania; *Kiaupienė/Petrauskas*, Istorija; *Jurek/Kizik*, Historia.

³ Der Forschungsstand zu den Verträgen des Deutschen Ordens ist generell als eher unbefriedigend einzuschätzen. Das gilt nicht nur für die Verträge mit Vytautas im Speziellen, sondern für die Ordensverträge im Allgemeinen. An übergreifenden Untersuchungen existiert nur *Neitmann*, Staatsverträge. Hier wird jedoch mehr das formale Vertragsschließungsverfahren in den Mittelpunkt gestellt als die Auswertung der politischen Inhalte. Neueste Einzelstudien zu Verträgen zwischen dem Ordensland bzw. dem Herzogtum Preußen und Polen finden sich im Sammelband *Bues*, Frieden. Für die Verträge von Sallinwerder und Racianz s. die Dissertation des Autors: *Kubon*, Außenpolitik. Hier steht in der Regel die Frage im Mittelpunkt, inwieweit sich in den Verträgen eine Expansionspolitik des Ordens vornehmlich gegenüber Samaiten widerspiegelt. Zur Beantwortung dieser Frage mussten jedoch die Vertragsinhalte *in toto* aufgearbeitet werden. Die Edition von Erich Weise, Staatsverträge wurde in einigen wesentlichen Punkten korrigiert.

waren 1. der Vertrag von Königsberg (1384),⁴ 2. der Vertrag von Lyck (1390),⁵ 3. der Vertrag von Sallinwerder (1398)⁶ und eben 4. der Vertrag von Racianz⁷.

Abgeschlossen wurden diese Verträge vor dem Hintergrund einer historischen Umbruchssituation in Ostmitteleuropa, die nicht zuletzt das Deutschordensland Preußen traf:⁸ Litauen war lange Zeit das letzte heidnische Land Europas und damit Ziel von Kriegszügen, den sog. Litauerenreisen bzw. Preußenreisen.⁹ Durch den Übertritt des litauischen Großfürsten Jagiełło zum Christentum und seine Heirat mit der polnischen Thronerbin Hedwig entstand 1386 die polnisch-litauische Union¹⁰, in deren Rahmen auch die Litauer zum Christentum bekehrt werden sollten. Die Stiftungsaufgabe des Ordens, der Heidenkampf, schien damit in dieser Region erfüllt, die Rechtfertigung für weitere militärische Aktivitäten fortgefallen zu sein. Der Orden reagierte darauf, indem er die Christianisierung der Litauer bis ins 15. Jahrhundert hinein als eine bloß scheinbare behandelte.

Nicht zuletzt Vytautas trug zu einer unübersichtlichen Gesamtlage bei. Dieser war nicht nur ein Cousin des neuen polnischen Königs, sondern auch schon vor dessen Übertritt zum Christentum sein größter Rivale. Vytautas verfolgte mit großer Selbstständigkeit eigene Interessen der Herr-

⁴ Codex epistolaris Vitoldi, XIII; vgl. *Kiaupa, Lithuania*, 128; *Krumbholtz, Samaiten*, 5–7; *Rhode, Ostgrenze*, 343–344.

⁵ Codex epistolaris Vitoldi, LXIII; vgl. *Krumbholtz, Samaiten*, 10; *Rhode, Ostgrenze*, 344–345.

⁶ Staatsverträge, Nr. 2–3. Nr. 2 ist die deutsche Fassung des Hauptvertrags in der Ausfertigung von Vytautas. Die deutsche Urkunde des Hochmeisters ist gedruckt im Liv-, Esth- und Curländischen Urkundenbuch 4, MCDLXXVIII. Beide Fassungen müssen parallel genutzt werden, da Weise es versäumt hat, alle teils fundamentalen Abweichungen in seiner Edition auszuweisen. Diese Problematik ist hier aber nicht weiter von Bedeutung. Staatsverträge, Nr. 3 (Regest) umfasst die Urkunde mit Sonderbestimmungen, die den Vertrag von Sallinwerder erst komplettiert; gedr. in Beiträge zur Kunde Preußens, 418–419, Nr. 2. Die spärliche Sekundärliteratur bzw. die Erwähnungen des Friedens in übergreifenden Darstellungen ist aufgeführt in Anm. 14.

⁷ Staatsverträge, Nr. 22–39. Nur dieser Vertrag wurde in letzter Zeit durch zwei Spezialstudien gewürdigt: *Kubon, Friedensvertrag*; *Kubon, Friede*. Zudem hat *Nowak, Dokumenty* die Quellengrundlage gründlich untersucht.

⁸ Der historische Hintergrund findet sich konzise zusammengefasst bei *Boockmann, Orden*, 138–150 (zum 14. Jahrhundert) und 171–180 (zur Zeit der polnisch-litauischen Union) (danach hier); vgl. auch *Bues, Jagiellonen*.

⁹ Vgl. zu diesem Aspekt speziell weiterhin *Paravicini, Preussenreisen*.

¹⁰ Zur polnisch-litauischen Union s. einführend *Rhode, Ostgrenze*, 294–305 sowie v.a. *Blaszczyk, Dzieje I*, 195–267 (hier finden sich auch die entsprechenden Literatur- und Quellenangaben).

schaftsbildung in Litauen und im Osten, zwischen Nowgorod und dem Schwarzen Meer. Je nach Situation und Notwendigkeit suchte er dabei Anlehnung beim Deutschen Orden. Er scheute sich aber auch nicht, die Allianzen schnell zu wechseln, wovon die genannten Vertragsbrüche Zeugnis ablegen. Mit den Allianzen bzw. ihrem Wechsel eng einher ging auch Vytautas' Wendigkeit in seiner religiösen Ausrichtung: Fünf Tauen – bald nach griechischem, bald nach lateinischem Ritus – wechselten sich ab mit Phasen der Rückkehr zum Heidentum.¹¹

Dem Orden wurde damals wie in der späteren Forschung vorgeworfen, dass er sich in der Folgezeit mit den neuen Gegebenheiten nicht habe abfinden wollen und die Litauenreisen zu Expansionszwecken (unter dem Deckmantel der Christianisierung) weiterhin durchgeführt habe.¹² Man muss jedoch konzedieren, dass die damalige Situation aufgrund der geschilderten Umstände für die Akteure ausgesprochen diffus war. Die ‚endgültige‘ Christianisierung Litauens ist schließlich erst *ex eventu* zu erkennen. Gerade Vytautas' Wendigkeit musste die Wahrnehmung des Hochmeisters und die Haltung des Ordens beeinflussen und eine Christianisierung unter Ordensbedingungen weiterhin als möglich und auch gegenüber der christlichen Öffentlichkeit (v.a. im Reich) ohne Weiteres als wünschenswert kommunizierbar erscheinen lassen.

Vor diesem Hintergrund ist die zitierte Passage der Chronik besonders interessant, handelt es sich doch um die (teils gekürzte) Übernahme eines Ordensausschreibens durch Johann von Posilge.¹³ Man findet daher hier die Deutung, die der Orden von Vytautas' Umgang mit den zwischen ihnen abgeschlossenen Vertragswerken nach außen trug, schlaglichtartig zusammengefasst. Der Orden hält Vytautas demnach für einen notorischen Verräter, weil Vertragsbrecher aus angeborener Bosheit. Darüber hinaus klingt der Vorwurf eines nur scheinbaren Christentums an. Nimmt man diese Ordensauffassung zum Ausgangspunkt, die zeigt, dass im Orden zumindest um 1409 ein Bewusstsein von Vytautas' früherem mehrfachen „Verrat“ oder – neutraler formuliert – von seiner Wendigkeit herrschte, dann liegen zwei Fragenkomplexe auf der Hand, die sich auf die Verträge selbst bzw. deren Vor- und Nachgeschichte beziehen:

¹¹ Boockmann, Orden, 154; Boockmann, Falkenberg, 59–60.

¹² Paravicini, Preussenreisen, 23–24, spricht explizit von einem „Eroberungskrieg“; vgl. auch Boockmann, Orden, 153–155.

¹³ Die Übernahmen sind in der Edition der Chronik ausgewiesen; s. Johann von Posilge; vgl. die Erläuterungen der Herausgeber bes. 306, Anm. 2, 304, Anm. 1 und in der Einleitung, 39–40. Ansonsten bieten diese und die andere zeitgenössische Chronik, die Franciscani Thorunensis Annales Prussici, keine weiterführenden Hinweise für die hier zu untersuchende Fragestellung, da die Verträge nur knapp erwähnt werden.

1. Inwieweit lässt sich vielleicht schon vor den Vertragsabschlüssen eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung auf Ordensseite feststellen? Inwieweit erhoffte man sich ihre Kompensation durch Sicherungsklauseln in den Verträgen?

2. Wie erklärte sich der Hochmeister den Vertragsbruch nachträglich? Sah er diesen tatsächlich nur in einem persönlich-moralischen Defizit begründet, wie die Vytautas unterstellte „angeborene Bosheit“ nahelegt? Sah der Hochmeister dieses Problem in einer kulturell-religiösen Differenz begründet? Oder vermutete er bei Vytautas nicht vielleicht auch machtpolitisch fundierte Erwägungen?

Erstaunlicherweise haben diese – eigentlich doch naheliegenden – Fragen bislang kein spezielles Augenmerk erfahren. Das gilt insbesondere für den Frieden von Sallinwerder¹⁴ (1398–1401), obgleich dieser regelhaft unter die großen Vertragswerke des Ordenslandes Preußen gezählt wird.¹⁵ Dieser Vertrag ist es daher, der hier in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt werden soll. Es ist für die Zeit um 1398 zudem eine im Ver-

¹⁴ Obgleich der Frieden von Sallinwerder sogar einen Eintrag im Lexikon des Mittelalters erhalten hat (*Boockmann*, Sallinwerder), fehlen Spezialstudien bis auf *Neitmann*, Friede gänzlich. Hier wird allerdings mehr die Vorgeschichte für ein breites Publikum aufbereitet. Man ist daher weiterhin auf die verschiedenen, oft älteren Überblicksdarstellungen angewiesen bzw. auf solche Studien, in denen andere Fragestellungen im Mittelpunkt stehen. Hier werden zumeist nur die prominenten Aspekte des Friedens angesprochen. Über die bloße Erwähnung gehen in unterschiedlichem Ausmaß hinaus: *Boockmann*, Falkenberg, 72–74; *Krumbholtz*, Samaiten, 21–25, bes. 22; *Rhode*, Ostgrenze, 354–355; *Osten-Sacken*, Beziehungen, 25, 29–31; *Heinl*, Fürst, 158–170; *Voigt*, Geschichte, 93–100; *Caro*, Polens, 172–175; *Boockmann*, Orden, 174–176; *Gouguenheim*, chevaliers, 479; *Pfitzner*, Witold, 126–127; *Hellmann*, Großfürstentum, 756–757; *Urban*, Samogitian Crusade, 221–223; *Lückerath*, Konrad, 98–99; *Kolankowski*, Polska Jagiellonów, 22–23; *Krzyżaniakowa/Ochmański*, Władysław II Jagiełło, 174; *Prochaska*, Król, passim, v.a. 109–114; *Bujack*, Orden, 20; *Lohmeyer*, Westpreussen, 334–335; *Krollmann*, Geschichte, 78–79 (sehr fehlerhaft); *Nikodem*, Witold, v.a. 179–182; *Karp*, Grenzen, 45–46; vgl. auch ferner *Blaszczyk*, Dzieje II, passim, v.a. 82–89, 172–176. Vgl. sonst auch *Neitmann*, Staatsverträge, 150–153, 563–564, der jedoch das Verfahren und nicht den Inhalt in den Mittelpunkt stellt. Die Vor- und Nachgeschichte hat in den angeführten Studien sogar noch weniger spezielle Beachtung als das Vertragswerk selbst gefunden. Meist findet sich nur eine knappe Zusammenfassung. Eine detaillierte Rekonstruktion der vor- und nachgelagerten Prozesse bei *Kubon*, Außenpolitik, 66–144.

¹⁵ *Gouguenheim*, chevaliers, 479, rechnet ihn als einzigen Vertrag zwischen Kalisch (1343) und dem Ersten Thorner Frieden (1411) unter die „grands traités“ des 14. und 15. Jahrhunderts. Auch *Krumbholtz*, Samaiten, 21, und *Blaszczyk*, Dzieje II, 176, heben explizit die große Bedeutung hervor. Weise nennt ihn die „Grundlage“ aller folgenden Verträge und lässt damit sogar seine Edition der Staatsverträge des 15. Jahrhunderts beginnen; Staatsverträge, 1.

gleich zu den anderen genannten Verträgen einzigartige Quellendichte zu konstatieren, die die Beantwortung der gestellten Fragen auch erlaubt. So sind die Vertragsurkunden gut greifbar in der Edition von Erich Weise zusammengestellt, die so bequem auf Sicherungsklauseln durchgesehen werden können. Grundlegend für die Beantwortung der beiden Fragenkomplexe ist, dass die flankierende Korrespondenz Konrads von Jungingen in den Ordensfolianten 2c und 3 umfänglich erhalten ist.¹⁶ Über diese lassen sich die diplomatischen Prozesse vor Abschluss des Vertrags bzw. die Nachwirkungen seines Bruchs nachverfolgen.¹⁷

Eine solche Untersuchung ist dabei nicht nur für ein besseres Verständnis des Vertrags von Sallinwerder im Speziellen und von Vertragswerken des Ordens im Allgemeinen von Bedeutung, sondern erlaubt auch darüber hinausgehende Erkenntnisse: In der Art und Weise, wie sich die reduzierte Verbindlichkeitserwartung im Vorhinein zeigt, und vor allem in den nachträglichen Erklärungen des litauischen Vertragsbruchs durch den Orden dürften sich erste Hinweise auf die allgemeine hochmeisterliche Auffassung von der Lage des Ordenslandes Preußen in seiner Beziehung zum litauischen Nachbarn ca. 14 Jahre nach der polnisch-litauischen Union spiegeln.

Der Vertrag von Sallinwerder wurde nach langen Vorverhandlungen schließlich am 12. Oktober 1398 zwischen Vytautas von Litauen und dem

¹⁶ Es handelt sich hierbei um zwei Briefauslaufregister; Historisches Staatsarchiv Königsberg, nunmehr Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, XX. Hauptabteilung, OF 2c und OF 3. Die Briefe sind nur teilweise gedruckt. Die Register sind in dem wenig ausführlichen und nicht immer zuverlässigen Findbuch 65 erschlossen. Im Bestand des Ordensbriefarchivs (OBA) finden sich kaum einschlägige Schreiben.

¹⁷ Für die Verträge von Königsberg und Lyck liegt eine flankierende Korrespondenz nicht bzw. zumindest nicht in diesem Maße vor. Sie werden daher hier aus der Betrachtung ausgeschlossen. Das gilt aus mehreren Gründen auch für den Frieden von Racianz: Für die Zeit nach dessen Bruch ist kein Briefauslaufregister erhalten, sodass nachträgliche Erklärungsversuche für Vytautas' Verhalten nicht auf einer ähnlichen Quellenbasis ermittelt werden können. Obgleich für die Zeit vor 1404 der vorbereitende Briefwechsel im Ordensfolianten 3 erhalten ist, haben sich hier, d. h. im Vorwege des Friedens von Racianz, erstaunlicherweise keine Hinweise auf eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung seitens des Hochmeisters gefunden! Diese Beobachtung kann an dieser Stelle nur als höchst bemerkenswert konstatiert werden, ohne dass eine Erklärung dafür gegeben werden kann. Dass es eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung gegeben hat, zeigt schließlich der Vertrag von Racianz selbst, in dem die Sicherungsklauseln erheblichen Raum einnehmen. Zwar erscheint ihre Untersuchung lohnend, da sich dort zeigt, wie Konrad von Jungingen mit seinen eigenen Erfahrungen hinsichtlich der Wankelmüdigkeit des Litauers umgegangen ist, doch würde eine solche Untersuchung den gegebenen Rahmen sprengen.

Deutschen Orden unter Hochmeister Konrad von Jungingen geschlossen. Obgleich der Hauptvertrag aus insgesamt zwölf Artikeln besteht, die verschiedenste Fragen zwischen Vytautas und dem Orden regeln, wurde der Vertrag häufig auf den Erwerb Samaitens durch den Orden reduziert (Artikel 4).¹⁸ In diesem Artikel wurde der besondere Erfolg für den Orden gesehen.¹⁹ Eine solche Interpretation wird der Komplexität des Vertrags jedoch bei Weitem nicht gerecht. Im Kern handelte es sich vielmehr um einen Friedensvertrag (Artikel 2). Erwähnung verdient dazu noch Artikel 7), in dem sich beide Parteien verpflichteten, keine Zinshaftigen der Gegenseite aufzunehmen; an dieser Klausel sollte der Vertrag letztlich scheitern. Als erster Artikel (1), der damit auch die Grundlage des Vertrags darstellt, ist in der Ausfertigung des Littauers die Verpflichtung zur Ausbreitung des Christentums in seinen Ländern zu nennen sowie zu einem Verhalten gegenüber Reich und Römischer Kirche, *was andere cristene frie konige und frie fursten pflichtig sin zu thun*. Dieser Artikel findet in der Ordensausfertigung naturgemäß keine Entsprechung. Der Orden dürfte mit diesem Artikel geglaubt haben, eine Christianisierung zu Ordensbedingungen vertraglich durchzusetzen. Am 14. Oktober 1398 ist zudem eine Extraurkunde ausgestellt worden, in der sich Vytautas neben der Erteilung einer Jagderlaubnis für den Hochmeister auf litauischem Gebiet vor allem verpflichtet, dem Orden beim Bau von zwei Burgen innerhalb von zwei Jahren an den Grenzen Preußens zu helfen.²⁰ Weise ordnete diese Urkunde dem Vertrag als „Sonderbestimmung“ zu.²¹

Betrachtet man dieses Vertragswerk für sich, dann sind keine Artikel enthalten, die auf den ersten Blick unbedingt als Sicherungsklauseln verstanden werden müssten,²² d. h. als Klauseln, durch die Vytautas ge-

¹⁸ Vgl. nur das Kopfregest von Staatsverträge, Nr. 2.

¹⁹ Vgl. u. a. *Gouguenheim*, Chevaliers, 479; *Boockmann*, Falkenberg, 72–73. Dass der Orden im Gegenzug auf weiteren Erwerb verzichtete, wurde von Erich Weise in seiner Edition der Staatsverträge unterschlagen und auch sonst nicht weiter bemerkt (vgl. Artikel 4 in der Ausfertigung des Hochmeisters; dazu detailliert *Kubon*, Außenpolitik, 116 f.).

²⁰ Staatsverträge, Nr. 3.

²¹ Er konnte sich die Form, d. h. die Verbriefung in einer separaten Urkunde, allerdings nicht recht erklären. Er vermutet hier etwas ratlos, dass dies an der zeitlichen Befristung des Burgenbaus liegen könnte bzw. an zu geringer Wichtigkeit der ohnehin immer separat ausgestellten Jagderlaubnis, doch können diese Mutmaßungen nicht zur Gänze überzeugen.

²² Die Sicherungsklauseln der Ordensverträge haben bislang keine größere Beachtung gefunden. Einzig *Neitmann*, Staatsverträge, 302–310, hat einige Beobachtungen zu diesem Thema gesammelt. Er weist auf Seite 302 darauf hin, dass für den Fall der Vertragsverletzung durch eine der Vertragsparteien nur in wenigen Verträgen Vorkehrungen in Form von Sanktionsregeln getroffen wurden.

zwungen werden sollte, den Vertrag auch wirklich einzuhalten.²³ Erst wenn man den Vorfrieden von Garten vom 23. April 1398 in die Betrachtungen mit einbezieht, ergeben sich in dieser Frage weitere Aufschlüsse. Es lassen sich hier wenigstens ein paar Hinweise finden, die darauf hindeuten, dass versucht wurde, die Einhaltung des späteren Vertrags zu sichern:²⁴ So wird in Artikel 3) festgehalten, dass die Siegel der Bojaren an den endgültig abzuschließenden Vertrag angehängt werden sollten, wie es dann in der Urkunde von Sallinwerder auch geschehen ist. Artikel 4) regelt, dass Vytautas – *ap her will, und ap is im gefellet* – auf Verlangen des Hochmeisters eine besiegelte Bestätigung durch den König von Polen beschaffen sollte. In Artikel 5) wird Vytautas verpflichtet, dem Hochmeister beim Bau von zwei oder drei Grenzburgern zu helfen. Dieser Artikel, der am Ende auch in der Zusatzurkunde von Sallinwerder erscheint, sticht deutlich heraus: Es wird hier die Verpflichtung von Vytautas, beim Bau von einer oder zwei Grenzburgern schon bis zum 29. September zu helfen, in doch reichlich unorthodoxer Weise in der Urkunde direkt vor dem Datum, aber schon nach den Bestimmungen, die die Besiegelung betreffen, als „Zusatz“ angehängt.²⁵ In der Verbriefung dieses Artikels scheint der Orden eine ausgeprägte Dringlichkeit gesehen zu haben, wenn eine schnellere Errichtung zumindest von einer oder zwei Burgen zusätzlich auf geschilderte Weise vermerkt wird.

Außer dieser spürbaren Dringlichkeit des Festungsbaus deutet allerdings auch im Vorfrieden von Garten wenig darauf hin, dass beim Orden eine übermäßig stark reduzierte Verbindlichkeitserwartung gegenüber Vytautas' Abmachungen herrschte, die man mit Sicherungsklauseln zu kompensieren gedachte. Die Besiegelung von Verträgen durch die Großen des Landes, mit dem die Einhaltung des Abkommens gesichert werden sollte, war kein seltenes Vorgehen. Als eine Sicherungs- oder gar eine Sanktionsklausel im engeren Sinn, dürfte diese aber nicht betrachtet werden, ging es hier zwar um die Sicherung des Vertrags, allerdings durch eine abschließende Besiegelung und nicht durch eigene Vertragsklauseln. Die wachsweiche Formulierung in Artikel 4 stellte es hingegen

²³ Das gilt umso mehr, wenn man den Frieden von Racianz vor Augen hat, bei dem auch der König von Polen Vertragspartner war und der zum großen Teil aus Vertragsklauseln besteht, die darauf abzielten, Vytautas' Wohlverhalten abzusichern, indem sie mehr als nur demütigend wirkende Sanktionsmaßnahmen im Falle der Zu widerhandlung androhten. Konrad von Jungingen hatte offenbar aus dem Verhalten von Vytautas beim Bruch des Friedens von Sallinwerder seine Schlüsse gezogen.

²⁴ Staatsverträge, Nr. 1. Zum Vorfrieden von Garten vgl. Kubon, Außenpolitik, 94–99.

²⁵ S. Staatsverträge, 8.

Vytautas anheim, eine Bestätigung vom polnischen König einzuholen – oder es eben auch zu lassen. Eine solche Bestätigung unterblieb letztlich. Auch hier bemühte sich der Orden nicht darum, den Vertrag von Sallinwerder weiter abzusichern zu lassen.²⁶ Aus den Vertragsurkunden lassen sich zwar schon reduzierte Verbindlichkeitserwartungen beim Hochmeister erkennen, aber auf den ersten Blick keine Kompensationsversuche in Form von Sicherungsklauseln. Das alles ist mehr als überraschend: Der letzte Vertragsbruch durch Vytautas aus dem Jahre 1392 war schließlich nicht lange her. Es bietet sich daher an, einen Blick auf die Vorgeschichte des Friedensvertrags bzw. genauer auf seine diplomatische Genese zu werfen, die sich in der hochmeisterlichen Korrespondenz spiegelt.

In einem Brief aus dem Jahr 1396 finden sich in der Tat handfeste Hinweise auf eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung. In diesem zentralen Schreiben berichtete der Hochmeister dem Generalprokurator des Ordens in Rom über eine gescheiterte Tagfahrt mit Vytautas, in der auf einen ewigen Frieden hingearbeitet werden sollte:²⁷ Der Orden hatte demnach drei Forderungen aufgestellt, die für einen Friedensvertrag erfüllt werden müssten. Die ersten beiden Forderungen sind in diesem Zusammenhang von Interesse: Erstens sollten Vytautas und die Litauer, um ihr Christentum zu beweisen, der Römischen Kirche und dem Reich gehorsam sein und *das were der anvang sienes cristenthums*. Es wird deutlich, dass der Hochmeister den Litauer nicht als Christen wahrnimmt oder wenigstens nicht als solchen behandelt. Im zweiten Artikel werden dann reduzierte Verbindlichkeitserwartungen explizit gemacht: Angesichts *mancherley vorretnes* von Vytautas' Seite gegen den Orden sollte dieser sein Christentum *vorsichern* mit dem Bau von zwei oder drei Grenzfesten. Dies geschehe – so der Bericht –, damit sich der Orden somit besser gegen einen evtl. erneuten Abfall erwehren könne, wie er vormals auch *ofte* vorgekommen sei, bei ihm selbst, Vytautas, und seinen Vorfahren, wie König Mindaugas²⁸ von Litauen. Zur weiteren Absicherung sollte Vytau-

²⁶ Es herrscht immer noch die verbreitete Auffassung vor, dass der Orden auf diese Weise erfolgreich versucht habe, die polnisch-litauische Union zu sprengen; vgl. nur Staatsverträge, 9; Boockmann, Falkenberg, 73; Krumbholz, Samaiten, 21–25. Eine weitere Diskussion dieses umstrittenen Aspekts, seiner politischen Implikationen und seiner allgemeinen Bedeutung muss an dieser Stelle unterbleiben. In Hinblick auf die hier zu untersuchende Fragestellung kann der Hinweis reichen, dass es sich auch bei Ausstellung einer solchen Bestätigung ohnehin wieder nur um eine weitere Methode zur Sicherung des Vertrags, aber nicht um eine Sicherungsklausel im Vertrag *strictu sensu* gehandelt hätte.

²⁷ OF 2c, 69–72; gedr. Berichte der Generalprokuratoren, Nr. 246, vom 8. August 1396. Der Brief ging in Kopie auch an den Deutschmeister und den Landkomtur von Böhmen.

²⁸ Zur Zeit von Mindaugas s. Kiaupa, Lithuania, 45–68.

tas zudem die Kinder seiner besten Bojaren als Geiseln stellen sowie einen Eid mit seinen Bojaren gegenüber der ganzen Christenheit ablegen.

Dieses Schreiben des Hochmeisters ist höchst aufschlussreich. Besonders bemerkenswert ist, dass er nicht nur auf die litauischen Vertragsbrüche in seiner Lebenszeit rekurrierte, sondern sogar auf König Mindaugas. Dessen Übertritt zum Christentum und sein späterer Abfall lagen immerhin schon ca. 140 Jahre zurück. Alleine mit der Klage, mit dem historischen Bewusstsein über den vielfachen Verrat der litauischen Fürsten und der Furcht vor zukünftigen Abfällen ist eine deutlich reduzierte Verbindlichkeitserwartung belegt. Explizit werden als Kompensations- bzw. als Sicherungsmechanismen der Bau von Grenzfesten, Geiselstellung und Eidesleistung vorgesehen.

Nur die Forderung nach Hilfe beim Bau von Ordensburgen tauchte dann später sowohl im Vorfrieden von Garten als auch im Vertrag von Sallinwerder auf – einmal als etwas unorthodox angehängter Zusatzartikel und einmal als Sonderbestimmung in einer separaten Urkunde. Angesichts des diplomatischen Aushandlungsprozesses im Vorfeld des Vertragsschlusses von Sallinwerder muss dieser Artikel als Sicherungsklausel aufgefasst werden. Aus dem hochmeisterlichen Schreiben geht darüber hinaus deutlich hervor, welch eine besondere Bedeutung dieser Artikel für den Orden hatte. Ist in der ersten Forderung des Ordens mit der Christianisierung der Litauer und des Großfürsten Vytautas die grundlegende Bedingung für einen Vertrag genannt, ohne die der Vertrag nicht zustande kommen würde, so war auch der Burgenbau nicht nur eine reine Sicherungsklausel, die der Einhaltung des späteren Vertrags dienen sollte, sondern stellte, wie der Forderungskatalog belegt, sogar die zweite wesentliche Grundvoraussetzung für eine vertragliche Einigung überhaupt dar. Zu einer Einigung aber kam es zu diesem Zeitpunkt nicht. Vytautas lehnte die Erfüllung dieser beiden Ordensforderungen kompromisslos ab.

Im Weiteren finden sich keine tiefergehenden Hinweise mehr zur Frage nach reduzierter Verbindlichkeitserwartung und ihrer Kompensation. Auch Erklärungen für das Verhalten von Vytautas sind dem diplomatischen Prozess im Vorfeld von Sallinwerder kaum zu entnehmen. Zu bemerken ist nur, dass gegenüber König Sigismund einmal im Jahr 1397 sehr allgemein die *ofsetze*, also Aufsässigkeit, und *unstetikeit* von Vytautas betont werden sollten, die nahelegen, dass eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung aufgrund von Vytautas' Persönlichkeit zumindest implizit bei Konrad vorherrschend war.²⁹ Hinweise auf eine explizite und tiefergehende Ursachenanalyse beim Orden finden sich nicht.

²⁹ OF 2c, 122–123; gedr. Liv-, Esth- und Curländisches Urkundenbuch 4, MCD-LXII.

Fasst man also die Ergebnisse dieses Fragenkomplexes zusammen, dann muss man festhalten, dass sich beim Hochmeister zwar nur vereinzelt, dann aber deutlich eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung hinsichtlich vertraglicher Abmachungen mit Vytautas zeigt. Diese ergab sich nicht alleine aufgrund von Vytautas' Verhalten; vielmehr wurde eine Kontinuitätslinie bis zu König Mindaugas und dessen Abfall vom Christentum gezogen. Nicht nur aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen mit Vytautas selbst stand also die Befürchtung eines schnellen Vertragsbruchs im Raum, sondern auch aufgrund des Verhaltens litauischer Fürsten in der entfernten Vergangenheit! Offensichtlich war diese Erfahrung tief im historischen Bewusstsein des Ordens verankert.

Die reduzierte Verbindlichkeitserwartung wird schließlich auch durch die hochmeisterlichen Kompensationsversuche belegt. Der Vertrag von Sallinwerder weist jedoch nur auf den zweiten Blick eine Sicherungsklausel auf. Offensichtliche und demütigende Sicherungs- und Sanktionsklauseln wie später beim Vertrag von Racianz gab es hier noch nicht.³⁰ Erst die Untersuchung der Vorgeschichte hat gezeigt, dass die nur in der Sonderurkunde festgelegte Verpflichtung des Litauers zur Hilfe beim Burgenbau wohl als Sicherungsartikel gedacht war.³¹ Doch auch hier bleibt es letztlich Auslegungssache, ob diese Verpflichtung als Sicherungsklausel *strictu sensu* angesehen werden kann, handelt es sich hierbei doch eher um eine Sicherungsklausel in ‚zweiter Potenz‘. Es ging dem Ordensoberhaupt schließlich in erster Linie darum, dass die Litauer damit beim Christentum gehalten würden, was auf einer zweiten, tieferen Ebene in der hochmeisterlichen Auffassung eine Grundbedingung für die Gültigkeit des Vertrags war. Dieser Umstand zeigt jedoch eindringlich, wie fundamental für vertragliche Bindungen die Bedingung war, dass sich Vytautas (mit den Litauern) zum Christentum bekannte – unter Ordensbedingungen wohlgemerkt! Es zeigt sich hier, dass die einzige Sicherungsklausel

³⁰ Vgl. Staatsverträge, Nr. 25 (Vollregest); gedr. Codex epistolaris Vitoldi, CCLXXXV (unvollständig: es fehlt eine Zeile das Verbot des Handelsverkehrs betreffend). So ist die hier schriftlich fixierte Bestimmung, dass sich Vytautas, sollte er den Orden bei der Unterwerfung Samaitens behindern, *mannunge, getwank unde obirlast* zu unterwerfen habe, ohne dass ein daraus entstehender Krieg den ewigen Frieden von Racianz mit dem König von Polen verletzte, in ihrer Deutlichkeit als demütigende Klausel für den Litauer hervorzuheben.

³¹ Aus welchen Gründen diese Abmachung letztlich in einer Sonderurkunde zwei Tage nach dem Vertragswerk von Sallinwerder verbrieft worden war, muss weiterhin offen bleiben. Vielleicht hatte Konrad von Jungingen nachträglich auf diese Art der Versicherung bestehen müssen? Das würde die Bedeutung dieses Artikels für den Hochmeister zwar noch einmal unterstreichen, erklärt dann aber nicht, wie es passieren konnte, dass er nicht schon vorher in den Hauptvertrag aufgenommen wurde.

rungsklausel des Vertrags von Sallinwerder im engeren Sinne nicht bloß der Versuch war, eine reduzierte Verbindlichkeitserwartung abzufedern. Diese unscheinbare Sicherungsklausel war grundlegende Vorbedingung für den Vertragsabschluss, weil Hochmeister Konrad von Jungingen Vytautas und die Litauer weiterhin als Heiden behandelte, da er sie als solche wahrnahm.³²

Zwar machte letztlich die Durchsetzung der Ordensforderungen den Abschluss des Vertrags am 12. Oktober 1398 möglich; als übermäßig bruchfest erwies er sich dadurch dennoch nicht. Den Anlass für den Bruch bot die unterschiedliche Auslegung eines Artikels des Friedens, dem zufolge es beiden Parteien untersagt war, Zinshaftige der Gegenseite aufzunehmen.³³ Vytautas arbeitete dem Bruch offensichtlich durch eine sehr eigene Auslegung des Begriffs „zinshaftig“ vor³⁴ und zog zahlreiche unzufriedene Samaiten zu sich ins Land. Schon Mitte März 1401 erhoben sich die Samaiten mit Vytautas' tatkräftiger Unterstützung plötzlich gegen den Orden, brannten die jüngst erbauten Grenzfesten nieder und nahmen zahlreiche Gefangene.³⁵ Der Vertrag von Sallinwerder war somit schon zweieinhalb Jahre später hinfällig geworden.

Wie, um zum zweiten Fragenkomplex zu kommen, erklärte Hochmeister Konrad von Jungingen nun aber Vytautas' Vertragsbruch? Für die relevante Zeit zwischen Mai 1401 und Mai 1403 – kurz danach setzte eine Wiederannäherung und mithin die Vorgesichte des Friedens von Racianz ein – muss die Quellenlage als ausgesprochen gut bewertet werden, sind doch zahlreiche einschlägige Schreiben überliefert, die aufgrund dieser Situation abgefasst worden sind.³⁶ Diese sind in der Regel vom

³² Betont werden muss, dass sich in dem dafür angeführten Bericht die Auffassung des Hochmeisters ohne wesentliche Verzerrungen widerspiegeln dürfte, handelte es sich doch um ein ordensinternes Dokument an den Generalprokurator, der die Geschäfte des Ordens in Rom zu vertreten hatte. Verzerrungen durch den Hochmeister wären kontraproduktiv gewesen und sind daher nicht anzunehmen.

³³ Aufschluss über die unterschiedlichen Standpunkte bieten: OBA 672; gedr. Codex epistolaris Vitoldi, CCXLI (undatiert) und OBA 665; gedr. Codex epistolaris Vitoldi, CCXXXVIII vom 20. März 1401; vgl. auch OF 3, 27–28; gedr. Quellenanhang 2. Die unterschiedliche Auslegung wird am treffendsten erläutert von Krumbholz, Samaiten, 32.

³⁴ Vgl. auch Pfitzner, Witold, 129.

³⁵ Die Ordenssicht auf diese Ereignisse findet sich *en détail* in den Berichten dargestellt, die dem Schreiben OF 3, 28–29; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CIX vom 17. Mai 1401 an den Deutschmeister, die Landkomture von Elsass und Österreich sowie den Komtur von Koblenz beigelegt waren: OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII; vgl. dazu Krumbholz, Samaiten, 34.

³⁶ OF 3, 27; gedr. Quellenanhang 1 vom 16. Mai 1401 an die Erzbischöfe von Trier, Köln, Mainz und den Herzog von Österreich; OF 3, 27–28; gedr. Quellenan-

Hochmeister an verschiedene Empfänger (*mutatis mutandis*) gerichtet; hinzu kommen Schreiben, die eher den Charakter offener Briefe tragen sowie detaillierte Berichte über diese Angelegenheit, die zumeist als Beilage versandt wurden. Insgesamt handelt es sich um knapp 20 Einzeladressaten sowie mehrere Personengruppen. Dabei wurden die höchsten Stellen angesprochen, so der Papst, das Kardinalskollegium und die Erzbischöfe im Reich, um nur die prominentesten zu erwähnen. Besonders hervorzuheben ist das ordensinterne Schreiben – und die beigelegten detaillierten Berichte – an den Deutschmeister und die Landkomture von Elsass und Österreich sowie den Komtur von Koblenz, da diese auf Grundlage dieser Informationen die Klagen über den Verrat von Vytautas weiter vor Fürsten und Herren verbreiten sollten.³⁷ Alles in allem kann man daher von einer breit angelegten Kommunikationsoffensive des Ordens sprechen, für die es in diesem Umfang und dieser Konzentration sonst kaum weitere Beispiele in dieser Zeit gibt.

Die hochmeisterliche Sicht auf den erneuten Konflikt mit Vytautas, die sich in den Schreiben spiegelt und die der Hochmeister verbreitet wissen wollte, kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Konrad betont in den Schreiben regelmäßig, den Frieden von Sallinwerder geschlossen

hang 2 vom 16. Mai 1401 an die Herzöge von Sachsen und von Geldern; OF 3, 28–29; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CIX vom 17. Mai 1401 an den Deutschmeister, die Landkomture von Elsass und Österreich sowie den Komtur von Koblenz. Die hier genannten Berichte finden sich in OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII. Die am Ende dieses Stückes gedruckten Kanzleinotizen stehen zwar auf Seite 34 des OF 3, gehören jedoch zu dem auf der nachfolgenden Seite gebuchten Brief des Folianten: OF 3, 35; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXXII vom 3. September 1401 an den Papst, das Kardinalskollegium, den Patriarchen von Grado, die Kardinäle von Neapel und Bologna und den Advokaten des Ordens Bartholomäus de Novaria sowie den König von Frankreich. OF 3, 30, gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXVI vom 24. Mai 1401 an den Herzog von Burgund; OF 3, 105–107, gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXXXIV aus dem Jahre 1402 an Herzog Ruprecht von Liegnitz (zur Datierungsfrage dieses Briefes s. Kubon, Außenpolitik, 141f.); OF 3, 112–114; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXIII; undatiert, aber wohl ebenfalls aus dem Jahre 1402 an den Domherrn Hieronimus von Breslau. OF 3, 23–25; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXIII ist ein fragmentarischer Bericht (aufgrund von Textverlust durch starke Beschädigung) des Hochmeisters wohl vom 2. April 1402 über das Verhalten von Vytautas. OF 3, 41–43; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXXXV vom 23. April 1403 ist eine Rechtfertigungsschrift des Hochmeisters gerichtet an den König von Frankreich und die deutschen Fürsten; deutsche Übertragung OF 3, 44, 49–51 (45–48 sind Leerseiten); gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, XCLVI [!; gemeint ist CXLVI] vom 3. Mai 1403; vgl. dazu Rüther, Geheimdiplomatie.

³⁷ OF 3, 28–29; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CIX und OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII.

zu haben trotz seiner Sorgen vor der *unstetikeit*³⁸ und des *gewonlichen Verrats*³⁹ des litauischen Fürsten bzw. *quamquam verebar de solitis eiusdem prodiciosis machinacionibus*,⁴⁰ wie es in der lateinischen Formulierung an den Papst heißt. Er hebt damit hervor, dass er schon im Vorfeld des Vertragsschlusses von einer reduzierten Verbindlichkeit der litauischen Versprechungen ausgehen musste. Dass dies nicht bloß eine Aussage *ex eventu* ist, sondern die Wahrnehmung des Hochmeisters zutreffend beschreibt, dürften die Ergebnisse des ersten Teils dieser Untersuchung nahelegen.

Zwar benennt der Hochmeister als konkreten Anlass des Bruchs auch die schon oben angesprochene unterschiedliche Auslegung der Vertragsklausel, die die Aufnahme von Zinshaftigen der Gegenseite verbieten sollte. Als eigentliche Ursache für den Bruch wird aber folgende Erklärung angeführt: Er nennt Vytautas einen *natürlichen* und *vorstockten vorrether*, dessen Bosheit und *yngenaturthe* Arglist unterstrichen wird; auf Latein heißt es: *Witoldus vir utique dolosus*.⁴¹ Die vollständige Begründung für Vytautas' Verhalten liest sich folgendermaßen:⁴² *als Witold dirkante und tegelich sach, das grosse gnedige czuwachsen der heiligen cristenheit, der selbe Witold yn syner gewonethen vorretlichen bosheit yemirlichen vorstockt hassende und nydende czuwachsunge der heiligen cristenheit, wedir innehaldunge syner briffe, vil der Samaythen czu sich czog us irem lande (...).* Die Erklärung des Hochmeisters für den explizit genannten Bruch des Vertrags ist deutlich: Der Litauer habe die Ausbreitung des Christentums in Samaiten nicht ertragen können aufgrund seiner gewohnten, verräterischen Bosheit und Verstocktheit und daher den Vertrag gebrochen. Der Hochmeister zeiht ihn damit des wiederholten Rückfalls ins Heidentum, der Apostasie, und des vorsätzlichen Verharrens in der Sünde. Die Erklärung Konrads ist also noch dezidierter als die eingangs angeführte von 1409.

Allerdings wird auch eine andere Erklärung für den Friedensbruch wenigstens angedeutet. Ab 1402 verweist der Hochmeister ganz vereinzelt darauf, dass der polnische König Vytautas zum Bruch angestiftet ha-

³⁸ OF 3, 28–29; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CIX.

³⁹ So u. a. in OF 3, 27; gedr. Quellenanhang 1; OF 3, 27–28; gedr. Quellenanhang 2.

⁴⁰ OF 3, 35; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXXII vom 3. September 1401.

⁴¹ OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII und OF 3, 30; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXVI.

⁴² OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII.

be, indem er mit ihm eine Verbindung eingegangen sei.⁴³ Der Hochmeister dürfte damit auf die Union von Wilna und Radom von 1401 anspielen, in der eine Wiederannäherung zwischen dem polnischen König und Vytautas stattgefunden hatte.⁴⁴ Da diese Erklärung jedoch ausschließlich in direkter Reaktion auf einen umlaufenden Klagebrief des polnischen Königs auftaucht, scheint es sich hierbei eher um eine Art Verteidigungsreflex gegen die Vorwürfe des polnischen Königs denn um eine auf tieferer politischer Analyse beruhende Einschätzung der Situation durch den Hochmeister zu handeln. Es kann keine Rede davon sein, dass der Hochmeister wiederholt und offen gesagt habe, dass der König von Polen die Hauptursache von Vytautas' Verrat gewesen sei.⁴⁵ Es ist die Rückführung auf dessen angeborene Bosheit, die in den Quellen deutlich größeren Raum einnimmt, wohingegen die Rolle von Władysław-Jagiełło nur vereinzelt und *en passant* angeführt wird.

Bemerkenswerterweise spricht der Hochmeister nur einmal den Umstand an, dass er Vytautas nach dem Frieden als Beweis der Freundschaft im Kampf gegen die Tataren der Goldenen Horde unterstützt habe.⁴⁶ Gemeint ist damit nicht zuletzt die Waffenhilfe, die der Orden Vytautas beim Zuge gegen die Tataren 1399 gewährt hatte. Dieser mündete jedoch in der verheerenden Niederlage bei der Schlacht an der Worskla.⁴⁷ Regelmäßig wurde diese als weltgeschichtlicher Wendepunkt gewertet.⁴⁸ Zum mindesten hat sie die politische ‚Großwetterlage‘ in Mitteleuropa komplett verändert und eine politische Umorientierung von Vytautas von einer östlichen Expansionspolitik wieder gegen den Orden nach Westen zur Folge gehabt.⁴⁹ Obgleich dies heutzutage als die zugrundeliegende Ursache für die Abwendung des Litauers vom Orden gilt, kommt dem Hochmeister aber offenbar überhaupt nicht in den Sinn, dass dieser Umstand für Vytautas handlungsleitend gewesen sein könnte.

⁴³ OF 3, 105–107; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 5, CXXXIV; OF 3, 112–114; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXIII; OF 3, 44, 49–51; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, XCLVI [!; gemeint ist CXLVI].

⁴⁴ Zur Union vgl. z.B. *Rhode*, Ostgrenze, 359; *Boockmann*, Falkenberg, 75; *Błaszczyk*, Dzieje II, 249–283.

⁴⁵ So *Voigt*, Geschichte, 241–242.

⁴⁶ OF 3, 44, 49–51; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, XCLVI [!; gemeint ist CXLVI].

⁴⁷ Vgl. dazu *Boockmann*, Falkenberg, 74–75.

⁴⁸ So am deutlichsten *Osten-Sacken*, Beziehungen, 32; vgl. aber auch *Pfitzner*, Witold, 223, und jüngst *Hellmann*, Großfürstentum, 840.

⁴⁹ Vgl. *Osten-Sacken*, Beziehungen, 33; *Rhode*, Ostgrenze, 357–359; *Krumbholtz*, Samaiten, 26.

Alles in allem muss daher festgehalten werden, dass Konrad von Jungingen in seinen Schreiben den Bruch des Vertrags mit Vytautas' Charakter erklärt, mit dessen ihm von Natur aus eigener Bosheit, Arglist und Wankelmüttigkeit. Die Ursache von Vertragsbruch und Verrat ist in Konrads Darstellung also ein persönlich-moralisches Defizit in Zusammenspiel mit kulturell-religiöser Differenz – so wäre die Ordensauffassung wohl in moderner Diktion zu beschreiben. Machtpolitisch-taktische Erklärungen für Vytautas' Verhalten werden nur am Rande gestreift und scheinen für den Hochmeister nicht zum Bruch beigebracht zu haben. Beim Litauer eine längerfristige Strategie zu suchen, die mit der sich ändernden politischen Situation im Osten Litauens zu tun hat, war offenbar keine Idee, auf die man im Orden gekommen wäre. Zumindest deutet nichts darauf hin. Zusammenfassend muss daher gesagt werden, dass den hochmeisterlichen Briefen und Berichten zufolge der eigentliche Grund für den Vertragsbruch und damit der (wiederholte) „Verrat“ in der von heidnischer Bosheit gekennzeichneten Persönlichkeit des Litauers angelegt ist, was dazu führt, dass dieser als Apostat zu betrachten und zu bekämpfen sei.

Allerdings muss eingeräumt werden, dass diese Sichtweise, die Konrad verbreitet wissen wollte, ausschließlich aus Ordensquellen – genauer gesagt aus hochmeisterlichen Schreiben – hervorgeht.⁵⁰ Daher liegt die Frage auf der Hand, ob diese Erklärungen wirklich als glaubhaft einzuschätzen sind. Anders formuliert: Handelte es sich hierbei um die tatsächliche Situationsdeutung des Hochmeisters? Oder müssen diese Ausführungen nicht doch vielmehr als verzerrte Propagandaschreiben gewertet werden, die der Orden verbreitete, um seine politischen Ziele durchzusetzen, d. h. konkret, um seine eigentlich – und wie ihm auch selbst bewusst war – obsolet gewordene Stiftungsaufgabe und die Unterstützung der Fürsten im Reich und in Westeuropa nicht zu verlieren? Wie schon angemerkt, wird im Allgemeinen die Auffassung vertreten, dass der Orden die Christianisierung Litauens im Rahmen der polnisch-litauischen Union in den Folgejahren wider besseres Wissen nicht akzeptieren wollte und weiterhin gegen die Litauer kämpfte, d. h. Macht- und Expansionspolitik unter dem Deckmantel der Christianisierung betrieb. Nimmt man eine solche Auffassung als Interpretationsschablone für die angeführten Quellen, dann kann man die Aussagen Konrads von Jungingen durchaus als Propaganda verstehen, die er verbreitete, um weiterhin Eroberungszüge betreiben zu können, obgleich er eigentlich wissen musste, dass die Litauer schon als christianisiert zu gelten hatten.

⁵⁰ Einschlägige Quellen anderer Provenienz liegen für diesen Zeitraum und zu dieser Frage bedauerlicherweise nicht vor.

So ist schon Hartmut Boockmann in seiner Analyse dieses speziellen Zeitraums zu dem Schluss gekommen, dass der Orden mit den genannten Briefen eine Art Propagandaoffensive gestartet habe, indem er auf den erneuten Abfall der Samaiten von Neuem mit einem Rückgriff auf die alte Argumentationsfigur vom angeblichen Heidentum von Vytautas reagiert habe.⁵¹ In einer ausnahmsweise einmal recht dunklen und schwer nachvollziehbaren Ausführung behauptet er daran anschließend sogar, dass es eigentlich der Orden gewesen sei, der mit seinem Verhalten den Vertrag von Sallinwerder „gewissermaßen“ aufgekündigt habe. Er habe Vytautas schließlich nicht das dort eingeräumte Recht zum Konflikt auch mit einem christlichen Gegner in der Praxis zugestanden. Jeder Konflikt mit Vytautas sei vom Orden nach Belieben zum Abfall vom Glauben deklariert worden, um sich die Stiftungsaufgabe zu sichern, da der Kampf gegen Apostaten noch verdienstlicher als der gegen Heiden sei. Boockmann wirft dem Orden damit ein von Taktik und Überlegung geprägtes Verhalten gegenüber Vytautas vor, der dessen wechselhaftes Verhältnis zum Christentum als Vorwand zum Erhalt und sogar zum Ausbau seiner Daseinsberechtigung genutzt habe.

Gegen diese Annahme einer (mehr oder weniger impliziten) Aufkündigung des Vertrags von Sallinwerder durch den Orden sprechen jedoch schon die Quellenzeugnisse, die über den Anlass des Bruchs und die Querelen um den fraglichen Artikel informieren. Die zentrale Quelle stammt zwar auch hier aus der Ordenskanzlei, doch ist diese als eine Art „Protokoll“⁵² aufzufassen, die mit größter Wahrscheinlichkeit für den ordensinternen Gebrauch abgefasst worden war. Verzerrungen in der Situationsbeschreibung sind aus diesem Grunde nicht zu erwarten. Schließlich wären diese bei einem Protokoll, mithin einer Gedächtnisstütze für die eigene Nutzung, kontraproduktiv. Eine Sabotage des Vertragswerks durch den Orden selbst, um sich einen apostatischen Gegner zu konstruieren, ist daher nicht anzunehmen. Hinzu kommt nicht zuletzt, dass auch die skizzierten Veränderungen in der politischen Gesamtsituation Ostmitteleuropas nach der Schlacht an der Worskla die Interpretation, dass es Vytautas gewesen ist, der den Vertrag von Sallinwerder hat scheitern lassen wollen, als deutlich naheliegender erscheinen lassen.⁵³

⁵¹ Boockmann, Falkenberg, 76–77.

⁵² OBA 672; gedr. Codex epistolaris Vitoldi, CCXLI.

⁵³ Pfitzner, Witold, 128, hat den unterschiedlichen Umgang beider Seiten mit diesem Vertrag und allen weiteren Verträgen am pointiertesten zusammengefasst: „Aber der Orden gab auf Verträge sehr viel, sammelte sie sorgsam und verwandte sie in seinen manchmal sehr geschickt angelegten Beschwerdeschriften und Manifesten, während darin gerade Witold skrupellos, traditionslos und leicht vergess-

Hinsichtlich der versandten Briefe und der Berichte des Ordens muss betont werden, dass diese selbstverständlich die Ordenssicht auf die Geschehnisse verbreiten sollten. Dieser Aspekt steht außer Frage. Jedoch spricht – entgegen der *opinio communis* – einiges dafür, dass der Orden der von ihm hier formulierten Situationsdeutung tatsächlich auch selbst anhing. Mit anderen Worten: Es ist wahrscheinlich, dass in diesen Briefen die un- bzw. nur wenig verzerrte Wahrnehmung Konrads von Jungingen zu erkennen ist!

Es ist vornehmlich der ordensinterne Charakter zweier Quellen, der belegen dürfte, dass in diesen tatsächlich die Ordenswahrnehmung kommuniziert wird und es sich daher bei dem untersuchten Quellenbestand eben nicht um wider besseres Wissen verzerrte Propaganda aufgrund politisch-taktischer Absichten handelt. Gemeint ist das schon oben besonders herausgehobene Schreiben des Hochmeisters an den Deutschmeister und einige Komture im Reich sowie die diesem Brief beigelegten Berichte.⁵⁴ Diese Quellen dürften der Schlüssel für die Beurteilung von Konrads Aussagen sein, findet sich doch hier die gleiche Situationsbeschreibung wie in den anderen Briefen an das westeuropäische Publikum. Konrad vertrat also auch ordensintern die oben skizzierte Situationsdeutung, was unnötig, kaum zu erwarten und ggf. auch wenig hilfreich gewesen wäre, hätte er eigentlich eine abweichende Auffassung gehabt. Das gilt umso mehr für die beigelegten Berichte, von denen einer an auswärtige Fürsten und der andere an die Gebietiger, d. h. an die höchsten Amtsträger des Ordens, gerichtet war. Es wären bei wissentlich falschen Behauptungen der ordensexternen Briefe und Berichte in den internen Abhandlungen zumindest Hinweise oder ein knapper Kommentar auf die Unterschiede zu erwarten gewesen. Der Hochmeister hätte hier seine Ordensamtsträger entsprechend instruiert, wie es auch an anderer Stelle zuweilen vorkam. Das ist aber nicht geschehen. Der Hochmeister vertrat nach innen und nach außen die gleiche Auffassung. Es spricht daher einiges dafür, dass Hochmeister Konrad von Jungingen tatsächlich und nicht nur aus vorgeblichen taktischen und machtpolitischen Gründen Vytautas als notorischen Vertragsbrecher, Verräter und Apostaten wahrnahm und entsprechend reagierte.

lich war. Er lebte nur dem Frommen seines Staates, schloß und brach Verträge ganz nach den Vorteilen, wie sie für den Staat günstig waren.“

⁵⁴ OF 3, 28–29; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CIX vom 17. Mai 1401 an den Deutschmeister, die Landkomture von Elsass und Österreich sowie den Komtur von Koblenz; die Berichte im OF 3, 31–34; gedr. Codex diplomaticus Prussicus 6, CXII.

Für eine solche Deutung spricht nicht zuletzt auch das allgemeine Verhalten des Hochmeisters Konrad von Jungingen in außenpolitischen Fragen – insbesondere in seinen Reaktionen auf Vytautas' Politik. Es konnte an anderer Stelle gezeigt werden, dass er sich in diesen Angelegenheiten insgesamt nicht von weitreichenden Überlegungen hat leiten lassen. Strategische Planungen spielten erst recht keine Rolle. Er reagierte vielmehr spontan. Die ganze Art und Weise seiner politischen „Führung“ spricht gegen die Annahme, dass in diesen Fragen seinem Verhalten solche machtpolitischen Überlegungen zugrunde gelegen haben. Konrad reagierte in der Regel nur *ad hoc* und unmittelbar auf an ihn von außen herangetragene Problemstellungen.⁵⁵ Alles in allem muss man aus diesen Gründen in den schriftlichen Briefen und Berichten Konrads tatsächliche Wahrnehmung der Situation erkennen und eben keine Propaganda, die aus politisch-taktischen Gründen verzerrt war.⁵⁶

Konklusion

Zusammenfassend können als wesentliche Ergebnisse folgende Aspekte hervorgehoben werden:

1. Eine explizit reduzierte Verbindlichkeitserwartung kommt beim Hochmeister überraschend selten, dann aber deutlich zum Vorschein. Ein Nachweis ist vor allem mittels des Ordensschrifttums, das im Rahmen der Vorverhandlungen entstanden ist, möglich. Aber auch einzelne Vertragsartikel wie derjenige über Hilfe beim Bau von Grenzfesten, der auch im eigentlichen Vertrag von Sallinwerder verbrieft wurde, lassen sich als Ausdruck reduzierter Verbindlichkeitserwartung interpretieren: Solche Bestimmungen können als Kompensationsmaßnahme gewertet werden, mittels derer die negativen Folgen des als wahrscheinlich angenommenen Vertragsbruchs der Gegenseite begrenzt werden konnten, und belegen damit indirekt eine reduzierte Erwartungshaltung. Bemerkenswert ist,

⁵⁵ Dies konnte ausführlich in der Dissertation des Autors anhand der Politik des Hochmeisters gegenüber Samaiten, der Neumark und Gotland gezeigt werden; vgl. ausführlich Kubon, Außenpolitik. In keinem der genannten außenpolitischen Tätigkeitsfelder war Hochmeister Konrad von Jungingen Herr des Verfahrens, vgl. auch Kubon, Grundzüge.

⁵⁶ Dem steht aber nicht entgegen, dass insbesondere der polnische König eine andere Wahrnehmung von dieser historischen Situation haben konnte. Beide Wahrnehmungen, die der polnischen und die der Ordensseite, schließen sich zwar in der Sache aus, haben aber natürlich dennoch nebeneinander bestehen können. Die Umbruchssituation war schließlich auch 14 Jahre nach der polnisch-litauischen Union weiterhin nicht zuletzt aufgrund von Vytautas' Verhalten ausgesprochen uneindeutig und zu einem gewissen Maße auch offen. Sie hat nur im Nachhinein den Anschein von Zwangsläufigkeit.

dass diese Sicherungsklausel nur dann als solche erkennbar ist, wenn man den diplomatischen Prozess in seiner Gänze betrachtet. Dabei war diese eher unscheinbare Klausel im Vorwege für den Hochmeister von fundamentaler Bedeutung für den Vertragsschluss.

2. Als Begründung für den dennoch bald folgenden Vertragsbruch wurde angeführt, dass Vytautas aufgrund seiner Bosheit ein verstockter Verräter und Apostat sei. Der Orden erklärte Vytautas' Verhalten somit fast ausschließlich mit einem charakterlichen Defizit in Zusammenspiel mit religiös-kultureller Differenz. Dass Vytautas' Verhalten auch aus Gründen politischer Taktik oder Strategie erfolgt sein könnte, wurde offensichtlich nicht in Betracht gezogen. Da auch ordensinterne Quellen diese Wahrnehmung aufzeigen, dürfte es sich hierbei nicht um verzerrte Propaganda gehandelt haben.

Diese Erkenntnisse haben damit eine Bedeutung über die Analyse des Friedens von Sallinwerder hinaus, berühren sie doch die grundlegende Frage nach dem Umgang des Ordens mit der Umbruchssituation nach der Errichtung der polnisch-litauischen Union. Wurden die nachfolgenden Erklärungen des Ordens bislang doch zumeist als Propaganda bezeichnet, mit der der Orden wider besseres Wissen die eigentlich schon erfolgte zumindest formale Aufnahme Litauens in die christliche Ökumene negieren wollte, deutet die minutiöse Rekonstruktion der Verhandlungen sowie der Erklärungen nach erfolgtem Bruch doch darauf hin, dass Konrad auch um 1400 noch an die Stiftungsaufgabe des Ordens, an den Christianisierungsauftrag, geglaubt hat. Territoriale Expansionsabsichten hingegen dürften in den Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.⁵⁷ Gerade angesichts der vielfachen Vertragsbrüche von Vytautas muss man dem Orden wohl zugute halten, dass er eine offenere historische Situation wahrgenommen hat als die moderne Sekundärliteratur. Nur *ex eventu* ist schließlich zu erkennen, dass die Christianisierung Litauens dieses Mal eine endgültige gewesen sein sollte – anders eben als diejenige zu Zeiten von König Mindaugas. Dessen Verhalten war im Orden weiterhin so präsent, dass es auch 140 Jahre später noch zu einer reduzierten Verbindlichkeitserwartung führte. Den Zeitgenossen, wie dem Hochmeister, war die historische Entwicklung indes weit weniger klar als späteren Historikern – und so blieb ihre Wahrnehmung der

⁵⁷ Vgl. dazu Kubon, Außenpolitik. Es konnte dort gezeigt werden, dass die Politik Konrads gegenüber Samaiten, der Neumark und Gotland nicht wie bislang angenommen von einem Willen zur territorialen Ausbreitung geprägt war. Es ist anzunehmen, dass ein solches Motiv auch bei den Litauenreisen keine oder zumindest nicht die bestimmende Rolle gespielt hat doch steht zur Frage nach der hier vorherrschenden Motivationslage des Ordens in der Zeit um 1400 eine detaillierte Untersuchung noch aus.

Litauer und ihres Fürsten noch auf Jahre hinaus von der Möglichkeit erneuter Apostasie und wiederholten Verrats geprägt; Konrads Reaktion auf den Bruch des Vertrags von Sallinwerder dürfte diese Deutung mit einiger Sicherheit belegen. Sogar um 1410 war eine solche Sicht – zumindest in ordensnahen Kreisen – offenbar noch anschlussfähig, wie das Eingangszitat von Johann von Posilge andeutet. Doch muss diese übergreifende Fragestellung nach der Wahrnehmung der Litauer und des Großfürsten Vytautas an anderer Stelle auf breiterer Quellenbasis *en détail* analysiert werden.⁵⁸ Hier müssen diese in wenigen Strichen skizzierten Bemerkungen vorerst genügen, um anzudeuten, welche Aufschlüsse die vertiefte Beschäftigung mit Vertragswerken auch jenseits eines diplomatiegeschichtlichen Erkenntnisinteresses bieten kann.

Dieser Umstand sowie die dargelegten Einzelergebnisse in Bezug auf den Frieden von Sallinwerder dürften die Notwendigkeit unterstreichen, die bislang zumeist stiefmütterlich behandelten Verträge des Deutschen Ordens in weiteren speziellen oder auch übergreifenden Studien zu würdigen, um ihr Erkenntnispotential voll auszuschöpfen. So würde sich eine systematische und vergleichende Forschungsarbeit, die die Verträge des Deutschen Ordens in ihrer Gesamtheit auf Situationen reduzierter Verbindlichkeitserwartungen und deren Kompensation vor allem in Form von Sicherungsklauseln untersucht, sicherlich lohnen.⁵⁹ Bis dahin müssen die am Beispiel des Friedens von Sallinwerder gewonnenen Erkenntnisse mehr als Diskussionsanregung gelten denn als abschließende Ergebnisse.

Abschließend dürften die Ausführungen nicht zuletzt gezeigt haben, dass als Grundlage für ein besseres Verständnis der Vertragswerke des

⁵⁸ Sehr aufschlussreich in dieser Frage dürfte die auch schon oben mehrfach aufgeführte Rechtfertigungsschrift sein: OF 3, 41–43; gedr. Codex diplomaticus Prussianus 5, CXXXV vom 23. April 1403; die deutsche Übertragung in OF 3, 44, 49–51; gedr. Codex diplomaticus Prussianus 6, XCLVI [!; gemeint ist CXLVI] vom 3. Mai 1403. Diese Quelle wurde schon von Boockmann, Falkenberg, 78–79 und Rüther, Geheimdiplomatie ausführlicher diskutiert. Sie enthält wesentliche Hinweise auf die Wahrnehmung von Kirche, Religion und Christianisierung in Litauen durch den Hochmeister. Eine Diskussion dieser bislang nicht *en détail* untersuchten Frage musste an dieser Stelle unterbleiben, stehen die meisten der hier angesprochenen Aspekte nur noch in mittelbarem Zusammenhang zur Frage nach den Vertragsbrüchen von Vytautas.

⁵⁹ Hier sollte dann noch mit einer größeren theoretischen Begriffsschärfe herangegangen werden, indem z.B. Sicherungsklauseln von Sanktionsklauseln etc. unterschieden würden. Handelt es sich hierbei um eine Untersuchung aus politikgeschichtlicher Perspektive, wäre vor allem eine Analyse der Ordensverträge auf der Grundlage von rechtshistorischer Forschung und Theorie gefragt, die vertiefte Erkenntnisse bringen könnte.

Deutschordenslandes Preußens die Analyse der flankierenden hochmeisterlichen Korrespondenz die unabdingbare Voraussetzung ist.⁶⁰ Im Gegensatz zu den auf Pergament fixierten Vertragsergebnissen erlauben es diese Zeugnisse der Verhandlungen und ihrer Vorgeschichte nicht nur, die Prozesse zu fassen, die zum Abschluß eines Friedens wie auch zu dessen Bruch führen, sondern sie eröffnen auch einen Zugriff auf die Wahrnehmungen, Vorstellungen und Motive der Akteure. Es wäre daher wünschenswert, würden auch die Briefregister Konrads von Jungingen in Form von neubearbeiteten ausführlichen Regesten der Forschung zum schnellen Zugriff zur Verfügung gestellt werden.⁶¹ Erst wenn solche Grundlagenarbeit geleistet ist, dürfte auch eine verstärkte Auswertung der teils äußerst komplexen Vertragswerke des 14. und 15. Jahrhunderts bequem möglich sein.

Quellenanhang

Vorbemerkung: Beide Briefe entstammen dem Ordensfolianten 3 aus der XX. Hauptabteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin. Die Schreiben befinden sich hintereinander auf den Seiten 27 und 28 gebucht. Dieses Blatt ist beschädigt und weist starken Papier- und dadurch Textverlust auf. Der Anfang von Nr. 1 kann durch Nr. 2 ergänzt werden. Die Punkte zeigen bzw. deuten den Textverlust an. Das kann aufgrund der massiven Beschädigung nur annähernd, aber nicht zeichengenau geschehen. Der Druck folgt grundsätzlich den Editionsrichtlinien von Dieter Heckmann (vgl. Heckmann, Leitfaden).

1. 1401 Mai 16. Marienburg.

Hochmeister [Konrad von Jungingen] an die Erzbischöfe von Trier, Köln und Mainz und den Herzog von Österreich: beklagt sich über den erneuerten Verrat von Großfürst Vytautas von Litauen [durch den Bruch des Friedens von Sallinwerder] und insbesondere über dessen Besetzung von

⁶⁰ Eigentlich sollte man das für eine Binsenwahrheit halten, doch hat sich bei der Durchsicht der einschlägigen Sekundärliteratur gezeigt, dass ein solches Vorgehen bislang keineswegs gängige Praxis gewesen ist.

⁶¹ In dem DFG-Projekt „Erschließung und virtuelle Rekonstruktion der Älteren Register der Kanzlei des Deutschen Ordens“ (Universität Hamburg) wurden die Ordensfolianten 2a, 2aa sowie 8 und 9 neu bearbeitet und in zwei Regestenbänden herausgegeben; vgl. Regesten und Regesten II. Weitere Bände zu den Ordensfoian-ten 5 und 6 sowie 10 und 11 befinden sich in Bearbeitung. Die Vorarbeiten für OF 2c und 3 liegen vor, harren allerdings einer endgültigen Bearbeitung, solange eine weitere Finanzierung nicht geklärt ist; vgl. zum Projekt Kubon, Briefregister; Kubon, Quellen, sowie demnächst Homann, Regesten.

*Samaiten und die Gefangennahme von Ordensbrüdern und -untertanen.
Kündigt den Komtur von Koblenz als mündlichen Berichterstatter an.*

*Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. Hauptabteilung,
Ordensfoliant 3, 27; Registerüberlieferung.*

Regest/Literatur: Findbuch 65, 154; Voigt, Geschichte, 196–197.

..... eben den dryn erzbisschofen Tryre¹⁾, Collen²⁾, Mertz³⁾, hertzogen tzu Osterrich⁴⁾, mutatis mutandis.

..... libera^{a)} gnediger^{b)} here, euwir allir erwirdigeste ... [begeren wir tzu wissen, wie das]^{c)} Wytowd^{d)}, grosfurste czu Lyttawen, mit deme [wir yn guten truwen tzu merunge der]^{d)} [hey]lgen cristenheit hatten gemacht und vorschreiben [eynen ewigen frede,^{e)} alleyne]^{e)} wir uns doch do bie besorgitten synes gewonlichen [vorretnis]^{f)}, und nulichin in der vasten⁷⁾ das begangen hat [und] luthe czu Samaythen, unserm orden vorschreiben, [hersch]aft und nuczen sich underwonden had czwu nüwe^{g)} deme lande,^{h)} unser bruder des ordens und luthe, dor uff ch feste held in sienerⁱ⁾ hafte, dorczu her von unswir czu sicherheit der heilgen cristenheit und der selbigen l.. men und die haben wil vor die gefangen bruder und luthe, die w. [...h] unmöglich dorvor geben, sust wie das vorretniss daer gekomen ist und wor[umb].

Euwir allererwirdigiste grosmechtikeit, unser komphur von Covelencz⁸⁾ wol wird underrichten, den wir bitten mit fleisse gnediclich czu vorhoren, und was her euwir aller erwirdigisten wisheit von der selbin sache wegen vorlegen wird, die gerucht in ganczir worheit uff czu nehmen als ap wir sie muntlich usrichten euwir grosmechtickeit; und wen wir und unser orden den ungelowbigen nahe siczen czu der hant, so ist uns sweer czu lyden ein semlich vorretnisse, wend dovon der heilgen cristenheit entsteen mochte eyn grosser unvorwintlich vorterpiss, des wir uns besorgen, worumb, allererwirdigister grosmechtiger liber here, bitten wir euwer hochwirdikeit mit allem fleisse, das ir gedenkit vor die heilge

^a Überschrieben: b über b.

^b Überschrieben: a über erstem e.

^c Ergänzt nach Quellenanhang 2.

^d Ergänzt nach Quellenanhang 2.

^e Ergänzt nach Quellenanhang 2.

^f Ergänzt nach Quellenanhang 2.

^g Streichung vor dem Wort: nwe.

^h Folgt Streichung: i.

ⁱ Folgt Streichung: huthe.

cristenheit und uns dorczu geraten siet, wie wir sotanen mancherley vorretnisse, itczunt uft mit grossem schaden gescheen, widder steen mogen und underwysen den selbin, das das nicht me geschee und mit der holfe gotes und euwir allererwirdigisten grosmechtikeit die heilge cristenheit bas vorsichert werde und bewaret, dorumb wir gerne got den heren fleislich^j) bitten wellen mit unserm ganczen orden umb euwir gnediges wolfaren tzu aller gesundikeit.

Gegeben czu Marienburg am montage vor pfingsten im xiiij^C und dornoch im ersten jare.

2. [1401 Mai 16. Marienburg.]

Hochmeister [Konrad von Jungingen] an die Herzöge von Sachsen und Geldern: Erinnert an den Abschluss des ewigen Friedens [von Sallinwerder] mit Vytautas; beklagt sich über dessen Verstöße gegen verschiedene Klauseln des Vertrags und insbesondere die Besetzung Samaitens. Bittet um Rat und Hilfe.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. Hauptabteilung, Ordensfoliant 3, 27–28; Registerüberlieferung.

Regest/Literatur: Findbuch 65, 154; Voigt, Geschichte, 196–197.

Item de eadem materia dem hertzogen tzu Sachsen und dem hertzogen tzu Gelren¹⁾.

Irluchter forste und grosmechtiger besunder liber herre,
euwir grosmechtikeit begeren wir tzu wissen, wie das Witowt²⁾, grosfors-te tzu Littowen, mit deme wir yn guten truwen tzu merunge der heiligen

^j Folgt Streichung: gerne.

¹ Erzbischof von Trier, Werner von Falkenstein (1388–1418).

² Erzbischof von Köln, Friedrich III. von Sarwerden (1370–1414).

³ Erzbischof von Mainz, Johann II. von Nassau (1397–1419).

⁴ Herzog von Österreich, Wilhelm (* ~1370–† 1406).

⁵ Vytautas, Herzog bzw. Großfürst von Litauen (1392–1430).

⁶ Gemeint ist der Frieden von Sallinwerder 1398; gedr. Staatsverträge, Nr. 2–3.

⁷ 16. Februar 1401–03. April 1401.

⁸ Koblenz.

¹ Herzog von Geldern, Wilhelm (* 1364–† 1402).

² Vytautas, Herzog bzw. Großfürst von Litauen (1392–1430).

cristenheit hatte gemachet und achbarlich vorschreiben eynen ewigen frede³⁾, alleyne wir uns doch do by besorgeten synis gewonlichen vorretnis. Und yn dem briffe obir den frede geschrieben bewaret was, wie das der egenante Witwt keynen tzinshaftigen ader gebuerlichen menschen des ordens nemen ader setzen salde willen, auch so salde her keyn heer noch k..... en landen den orden tzu beschedigen, auch s..... ader durch syne landt, das her offenlich b..... by guten truwen die obgeschreben artikel vorgangen vasten⁴⁾ us des ordens lande mit allem nutze und friheiten der ynw[ohner] globde und goben wedir unsern willen, do dirkante unsern ernst, das wir jo gerne we..... ens luthe von Samaithen, wend her sich der bem..... it, die her synem vorretnis duchte bequeme sien eyne grosse menye usryten und gab in houpt[lute] dt vorgenant und unentsaget yn guten truwen lys vorhornen, dor tzu nomen sie gefangen unser bruder un.. t noch hutis tages helt gefangen swerlich und nam die selb[en] t und saczte doryn syne houptlute und das her ir gewys sey nymph..... gysel als vil als her wil, und also hat er uns die selben landt entweldigt ... ch uns vormols gantz und gar undirtenig worn unsern amptluthen dar gesetzt tzu male gehorsam und vil der besten und der andern sich hatten lassen touffen und lebenton itzunt cristenlich und das her mit synem vorretnis uns moge beschedigen, heisschet her unser gysel, die wir umb sicherheit der heiligen cristenheit us dem selben lande haben genomen vor die gefangen unser bruder und luthe.

Grosmechtiger libir herre, wen wir und unser orden von der heiligen kirchen und dem heiligen riche an den ort der ungloubigen geschicket sient, sie tzu vorsichern und tzu bewaren als vil an uns ist, und die heilige cristenheit itzunt an manchen enden grossen gedrankt lydet von der heidenschaft, so bitte wir begerlich mit allem flisse euwir grosmechtigkeit, das ir geruchet gnedeclich uns tzu besorgen mit rathe und hulfe, wie wir eyme semelichem, ader eyme grossem vorretnis und vorterbnis, des wir uns stete besorgen von den ungloubigen, wie dirsteen mogen, dorumb wir gerne fliseclich got beten wellen mit allem unserm orden umb euwir gnedigkeit wolfaren tzu allir gesundikeit.

Datum ut supra.

³ Gemeint ist der Frieden von Sallinwerder 1398; gedr. Staatsverträge, Nr. 2–3.

⁴ 16. Februar 1401–03. April 1401.

Quellen

Beiträge zur Kunde Preußens 2 (1819), hrsg. v. Ludwig *von Baczko*, 418–419, Nr. 2.

Die Berichte der Generalprokuratorien des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. 1:
Die Geschichte der Generalprokuratorien von den Anfängen bis 1403, bearb. v.
Kurt *Forstreuter*, Göttingen 1961.

Codex diplomaticus Prussicus, Urkunden-Sammlung zur ältern Geschichte Preus-
sens aus dem Königl. Geheimen Archiv zu Königsberg nebst Regesten, Bde 4–6,
hrsg. v. Johannes *Voigt*, Königsberg 1853, 1857, 1861.

Codex epistolaris Vitoldi magni ducis Lithuaniae. 1376–1430, hrsg. v. Antoni *Pro-
chaska* (Monumenta medii aevi historica res gestas Poloniae illustrantia, VI),
Krakau 1882.

Franciscani Thorunensis Annales Prussici (941–1410), in: Scriptores rerum Prussi-
carum. Die Geschichtsquellen der preussischen Vorzeit bis zum Untergange der
Ordensherrschaft, Bd. III, hrsg. v. Theodor *Hirsch*/Max *Töppen*/Ernst *Strehlke*,
Leipzig 1866, 57–316.

Johanns *von Posilge*, Officials von Pomesanien, Chronik des Landes Preussen, in:
Scriptores rerum Prussicarum. Die Geschichtsquellen der preussischen Vorzeit
bis zum Untergange der Ordensherrschaft, Bd. III, hrsg. v. Theodor Hirsch/Max
Töppen/Ernst Strehlke, Leipzig 1866, 79–388.

Liv- Esth- und Curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, Bd. IV, hrsg. v.
Friedrich Georg *von Bunge*, Reval 1859.

Regesten zu den Briefregistern des Deutschen Ordens: die Ordensfolianten 2a, 2aa
und Zusatzmaterial. Mit einem Nachdruck von Kurt Lukas: Das Registerwesen
der Hochmeister des Deutschen Ritterordens, maschinenschriftl. Phil. Diss. Kö-
nigsberg 1921, hrsg. und bearb. v. Sebastian *Kubon*/Jürgen *Sarnowsky* (Beihefte
zum Preußischen Urkundenbuch, 1), Göttingen 2012.

Regesten zu den Briefregistern des Deutschen Ordens II: die Ordensfolianten 8, 9
und Zusatzmaterial. Mit einem Anhang: Die Abschriften aus den Briefregistern
des Folianten APG 300, R/LI,74, hrsg. und bearb. v. Sebastian *Kubon*/Jürgen
Sarnowsky/Annika *Souhr-Könighaus* (Beihefte zum Preußischen Urkunden-
buch, 2), Göttingen 2014.

Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Bd. I,
hrsg. v. Erich *Weise*, 2. Aufl., Marburg 1970.

Literatur

Biskup, Marian/Roman Czaja (Hrsg.), Państwo zakonu krzyżackiego w Prusach.
Władza i społeczeństwo, Warszawa 2008.

Błaszczyk, Grzegorz, Dzieje stosunków polsko-litewskich od czasów najdawniej-
szych do współczesności. I: Trudne początki, Posen 1998.

– Dzieje stosunków polsko-litewskich. II: Od Krewa do Lublina, Posen 2007.

- Boockmann*, Hartmut, Johannes Falkenberg, der Deutsche Orden und die polnische Politik. Untersuchungen zur politischen Theorie des späteren Mittelalters (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 45), Göttingen 1975.
- Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte, München 1981.
 - Sallinwerder, Vertrag v., in: Lexikon des Mittelalters VII (1999), Sp. 1306.
- Bues*, Almut, Die Jagiellonen. Herrscher zwischen Ostsee und Adria, Stuttgart 2010.
- Bues*, Almut et al. (Hrsg.), Od traktatu kaliskiego do pokoju oliwskiego. Polsko-Krzyżacko-Pruskie stosunki dyplomatyczne w latach 1343–1660 = Vom Frieden von Kalisch bis zum Frieden von Oliva, Warschau 2014.
- Bujack*, G., Der Deutsche Orden und Herzog Witold von Litauen, in: Bericht des Altstädtischen Gymnasiums zu Königsberg Pr. (1869), 1–24.
- Caro*, Jakob, Geschichte Polens. 3. Theil 1386–1430, Gotha 1869.
- Gouguenheim*, Sylvain, Les chevaliers teutoniques, Paris 2007.
- Heckmann*, Dieter, Leitfaden zur Edition deutschsprachiger Quellen (13.–16. Jahrhundert), <http://www.hiko-owp.eu/Editionsempfehlungen.pdf> (letzter Zugriff am 17.10.2017).
- Heinl*, Karl, Fürst Witold von Litauen in seinem Verhältnis zum Deutschen Orden in Preussen während der Zeit seines Kampfes um sein litauisches Erbe 1382–1401, Diss. Berlin 1925.
- Hellmann*, Manfred, Das Grossfürstentum Litauen bis 1569, in: Handbuch der Geschichte Russlands. Bd. I, 2, hrsg. v. Manfred Hellmann/Peter Hoffmann/Klaus Zernack, Stuttgart 2004, 718–848.
- Homann*, Mats, Regesten zu den Briefregistern des Deutschen Ordens. Von bewährten Methoden und neuen Funden – die Ordensfolianten 10 und 11 (im Druck).
- Jurek*, Tomasz/*Kizik*, Edmund, Historia Polski do 1572, Warschau 2013.
- Karp*, Hans-Jürgen, Grenzen in Ostmitteleuropa während des Mittelalters. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Grenzlinie aus dem Grenzsaum (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, 9), Köln/Wien 1972.
- Kiaupa*, Zigmantas, The History of Lithuania before 1795, Vilnius 2000.
- Kiaupienė*, Jūratė/*Petrauskas*, Rimvydas, Lietuvos istorija. IV tomas, Vilnius 2009.
- Kolankowski*, Ludwik, Polska Jagiellonów. Dzieje polityczne, Allenstein 1991.
- Krollmann*, Christian, Politische Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen, Königsberg i. Pr. 1932.
- Krumbholz*, Robert, Samaiten und der Deutsche Orden bis zum Frieden am Melno-See, in: Altpreußische Monatsschrift 26–27 (1889–1890), 193–258, 461–484, 1–84, 193–227.

Krzyżaniakowa, Jadwiga/Ochmański, Jerzy, Władysław II Jagiełło, Breslau/Warschau/Krakau 2006.

Kubon, Sebastian, Der Friede von Racianz/Raciążek, in: *Ordines Militares. Yearbook for the Study of the Military Orders XVIII* (2013), 39–53.

- Der Friedensvertrag von Raciążek 1404 im Lichte seines Entstehungsprozesses, in: *Od traktatu kaliskiego do pokoju oliwskiego. Polsko-Krzyżacko-Pruskie stosunki dyplomatyczne w latach 1343–1660 = Vom Frieden von Kalisch bis zum Frieden von Oliva*, hrsg. v. Almut Bues et al., Warschau 2014, 53–74.
- Die älteren Briefregister des Deutschen Ordens – eine Sammlung auch von Selbstzeugnissen? Quellenkundliche Überlegungen zur Erschließung und virtuellen Rekonstruktion der ehem. Hochmeister-Registranten, in: *Editionswissenschaftliches Kolloquium 2013. Neuere Editionen der sogenannten „Ego-Dokumente“ und andere Projekte in den Editionswissenschaften*, hrsg. v. Helmut Flachenecker/Janusz Tandecki, (Publikationen des Deutsch-Polnischen Gesprächskreises für Quelleneditionen, 7), Thorn 2015, 271–293.
- Wiederaufgefundene Quellen des Deutschen Ordens aus der Zeit des Konstanzer Konzils vorwiegend zur Auseinandersetzung mit Polen-Litauen. Die Abschriften aus den verschollenen Ordensfolianten 8, 9 und 10 (Hist. Staatsarchiv Königsberg) im *Corpus historico-diplomaticum veteris Livoniae* des Archivs der livländischen Ritterschaft (Historisches Staatsarchiv Lettlands, Riga), in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 61 (2015), 3–41.
- Die Außenpolitik des Deutschen Ordens unter Hochmeister Konrad von Jungingen (1393–1407) (Nova Mediaevalia, 15), Göttingen 2016.
- Die Grundzüge der Außenpolitik des Deutschordenshochmeisters Konrad von Jungingen (1393–1407), in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 152 (2016), 85–97.

Lohmeyer, Karl, *Geschichte von Ost- und Westpreussen*. I. Bd. Bis 1411, 3. Aufl., Gotha 1908.

Lückerath, Carl August, Konrad von Jungingen. Vorüberlegungen zu einer biographischen Studie, in: *Zapiski Historyczne* 58, 4 (1993), 91–101.

Mentzel-Reuters, Arno, Unde den vride machten wider in dem lande – Kriegsziele in der Historiographie des Deutschen Ordens, in: *Ordines Militares. Yearbook for the Study of the Military Orders XVIII* (2013), 81–103.

Neitmann, Klaus, *Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen 1230–1449 (Neuere Forschungen zur Brandenburg-Preussischen Geschichte, 6)*, Köln/Wien 1986.

- Friede von Sallinwerder zwischen dem Deutschen Orden und Litauen, in: *Ostdeutsche Gedenktage* 1998 (1997), 331–335.

Nikodem, Jarosław, Witold. Wielki Książę Litewski (1354 lub 1355–27 października 1430), Krakau 2013.

Nowak, Przemysław, Dokumenty pokoju w Raciążku z 1404 roku, in: *Studia Źródłoznawcze* XL (2002), 57–77.

- Osten-Sacken*, Paul von der, Livländisch-Russische Beziehungen während der Regierungszeit des Grossfürsten Witowt von Litauen, Riga 1908.
- Paravicini*, Werner, Die Preussenreisen des europäischen Adels. 2 Bde (Beihefte der Francia 17, 1-2), Sigmaringen 1989–1995.
- Pfitzner*, Josef, Groszfürst Witold als Staatsmann, Brünn/Prag/Leipzig/Wien 1930.
- Prochaska*, Antoni, Król Władysław Jagiełło, Krakau 1908.
- Rhode*, Gotthold, Die Ostgrenze Polens. Politische Entwicklung, kulturelle Bedeutung und geistige Auswirkung, Köln/Graz 1955.
- Rüther*, Andreas, Geheimdiplomatie – Schauprozess – Medienkrieg. Polen-Litauen und der Deutsche Orden um die Zeit des Konzils von Konstanz (1414–1418), in: *Biuletyn Polskiej Misji Historycznej* 8 (2013), 43–74.
- Sarnowsky*, Jürgen, Der Deutsche Orden, München 2007.
- Urban*, William, The Samogitian Crusade, Chicago 1989.
- Voigt*, Johannes, Geschichte Preußens von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des Deutschen Ordens. Bd. VI, Königsberg 1834.

Die Vertragsbrecher sind immer die anderen. Der Waffenstillstand von Lindholm (1395) und seine Nachgeschichte im Kontext der zeitgenössischen Diplomatie

Von *Gregor Rohmann*

I. Vertrag und Vertragsbruch als taktisches Mittel und politisches Argument

Wenn wir über den „Bruch des Vertrags“ sprechen, müssen wir uns fragen, ob wir damit nicht Gefahr laufen, fatale Voraussetzungen zu formulieren: etwa, dass Verträge normalerweise nicht gebrochen würden; dass Verträge mit dem Ziel abgeschlossen würden, nicht gebrochen zu werden; oder dass wir für die Gegenwart oder die Vergangenheit mit hinreichender Sicherheit eruieren könnten, wer wann wo welchen Vertrag eingehalten oder gebrochen habe.¹ Statt dessen sollten wir uns klar machen, dass:

1. politische Verträge geschlossen werden, um in einer bestimmten Situation einen taktischen Erfolg zu erzielen;
2. politische Verträge in dem Wissen geschlossen werden, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf und Gelegenheit gebrochen werden. Denn nur durch den Bruch des Vertrags kann eine stillgestellte politische Situation wieder in Bewegung gebracht werden;
3. wir als Beobachter in der Regel weder für gegenwärtige politische Prozesse noch für historische Ereignisse über ausreichendes Wissen verfügen, um über Bruch oder Einhaltung eindeutige Aussagen treffen zu können.

Warum aber schließen politische Akteure dann überhaupt Verträge?

¹ Die folgenden Vorüberlegungen verstehen sich als solche eines diplomatiegeschichtlichen Laien. Sie sollen lediglich den gedanklichen Rahmen für das Folgende markieren; vgl. daneben die stärker theoretisch fundierten weiteren Beiträge des vorliegenden Bandes.

1. Weil beide Seiten sich davon taktische Vorteile erwarten: Der Unterlegene, um durch eine Bindung des Siegers die eigene Position zu stabilisieren; der Überlegene, um den Gegner zumindest zeitweise auf Unterordnung festlegen zu können.
2. Weil zum Funktionieren der Ordnung ein normativer Grundsatz notwendigerweise bestehen muss: Tatsächlich können die Akteure von einem grundsätzlichen Prinzip des „*Pacta sunt servanda*“ ausgehen, welches beide Seiten dem Anspruch nach an Vereinbarungen bindet.

Der schriftliche Vertrag behauptet so Stabilität, während der Vertragsbruch Dynamik ermöglicht, indem er eine Neuaushandlung erzwingt. Für ein Funktionieren der Ordnung sind beide Faktoren notwendig: Vertragstreue, um das System zu stabilisieren, Vertragsbrüche, um die Adaptation an gewandelte Bedingungen möglich zu machen. Was aber erhält dieses fragile Gleichgewicht aus moralischer Begrenzung und ihrer Überschreitung? Es ist die gegenseitige Anerkennung der politischen Akteure und ihres Anspruchs auf eigenständige Handlungsfähigkeit (welche die neuzeitliche Staatsphilosophie als Souveränität fassen wird). Wer die Verhältnisse überstrapaziert, läuft Gefahr, diese diplomatische Anerkennung zu verlieren. Bei der Abgrenzung von akzeptablem und inakzeptablem Umgang mit Verträgen spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Dazu gehört „Glaubwürdigkeit“, also die Zuschreibbarkeit von relativer Vertragstreue, aber auch eine Evaluation der aktuellen und potentiellen Machtmittel: Ein mächtiger Akteur mit starken Loyalitätsbindungen kann sich mehr erlauben als ein vergleichsweise unbedeutender Akteur, mit dem die anderen Akteure nichts verbindet.

Im Diskurs von Vertragstreue und Vertragsbruch wird also de facto der machtpolitische und diplomatische Rang eines Akteurs bemessen. Und dies ist so, nicht obwohl, sondern weil das ethische Postulat des „*Pacta sunt servanda*“ zwar permanent gebrochen wird, aber doch weiter Gültigkeit besitzt. Gerade aus diesem Widerspruch von Norm und Praxis speist sich dessen Funktionalität für das politische Spiel. Denn wäre der Vertragsbruch nicht grundsätzlich illegitim, wäre es ja gar nicht möglich, dem Gegner Vertragsbrüche vorzuwerfen und daraus die Legitimität des eigenen Handelns abzuleiten. Wir können also nachzeichnen, wie der Vertrag als politisches Mittel seine Funktionalität gerade in der Ambivalenz von Vertragstreue und Vertragsbruch entfaltet. Insofern gehört es zur politischen Funktionalität von Verträgen, dass sie gebrochen werden und dass dieser Bruch selbst wieder politisch funktionalisiert werden kann.

Ein weiteres kommt hinzu: Wenn schon die Zeitgenossen kaum eindeutig und unparteiisch klären können, ob und wann welche Seite einen Ver-

trag gebrochen hat, wie sollen wir dies dann retrospektiv für unseren Untersuchungszeitraum feststellen? Der Bruch des Vertrags ist also ohne Zweifel ein historisches Faktum. Nur entzieht er sich quellenkritisch sehr weitgehend unserer Einsicht, wollen wir nicht vergangene politische Kämpfe immer wieder neu austragen. Das heißt nicht, dass wir politische oder ethische Beurteilungen zugunsten eines wohlfeilen Relativismus aufgeben müssten. Sondern es bedeutet, dass wir eine neue Frage stellen müssen: Wenn der Bruch des Vertrags der Normalfall ist, welche Medien, Mechanismen und Formen entwickelt ein politisches Milieu dann, um mit diesem Normalfall umzugehen? Wie wird er wahrgenommen, reguliert und praktiziert?

Die meisten historischen wie gegenwärtigen Konfliktkonstellationen sind so komplex, dass der Vertragsbruch der Gegenseite weniger eine Frage der Faktizität ist als vielmehr eine solche des politischen Willens, ihn als solchen zu benennen und damit eine diplomatische Eskalation herbeizuführen. Oft sind beide Seiten und auch die Beobachter sich implizit darüber einig, dass sie Verstöße unterhalb einer impliziten oder expliziten Toleranzschwelle nicht aufdecken wollen, um sich nicht der Möglichkeit des Ausgleichs zu begeben. Um das Gesamtsystem am Laufen zu halten, finden sich die Parteien also in einem diskursregulierenden Zweckbündnis zusammen, dessen Sinn darin besteht, den jeweiligen Konflikt nicht als solchen manifest werden zu lassen. Dieser stille Konsens der Diplomatie freilich funktioniert nur in machtpolitisch relativ symmetrischen Konstellationen: Ist eine der beiden Seiten politisch zu schwach, so kann es für die überlegene Seite plausibler sein, ihr die „Souveränität“ grundsätzlich abzuerkennen. Auch die Toleranzschwelle bemisst sich weniger an ethischen Postulaten als an konkreten Machtverhältnissen. Und wird der Konsens der Tolerierung von minderen Vertragsbrüchen schließlich von einer Seite überdehnt, bricht er. Dann wird der Verstoß des Gegners zum Argument in der Konkurrenz der Legitimitätsansprüche. Der Bruch des Vertrags ist insofern immer schon einkalkuliert, und die Vertragsbrecher sind immer die anderen.

Vertrag und Vertragsbruch sollen uns also nicht als rechtsgeschichtliches Faktum interessieren, sondern als Mittel auf dem Feld der Politik, auf dem sie immer schon variabel und mehrdeutig sind. Wie und warum benutzen historische Akteure den Vertrag als Werkzeug in der politischen Konkurrenz? Wie und warum benutzen sie den „Vertragsbruch“? Wie gestalten sie ihr eigenes Handeln so, dass es als „vertragstreu“ plausibilisiert werden kann? Wie und warum rekurrieren sie auf den Vertragsbruch und die Vertragstreue der Gegenseite als Argument?

Zwei Aspekte fallen dabei besonders ins Auge:

1. Den Bruch des Vertrags kann man nicht immer offen praktizieren, darum braucht man stellvertretende Akteure, an die man die Verantwortung delegieren kann, deren graduelle Autonomie man dafür aber auch aushalten muss. Dieses Vorgehen hängt jedoch von der Akzeptanz der Umgebung ab. Die Delegation von tendenziell vertragswidrigem Vorgehen an Akteure, deren Status als Kombattanten im Ungefahren gehalten wird, kann man in aktuellen Kriegen immer wieder beobachten. Anders als heute war sie im Untersuchungszeitraum jedoch alternativlos, da es eindeutig von einem Souverän legitimierte Kombattanten noch gar nicht gab: Solange die entstehenden Staaten keine stehenden Streitkräfte besaßen, mussten sie sich für die Kriegsführung auf die Beauftragung halb-autonomer Gewaltakteure verlassen. Auch das „reguläre“ Aufgebot bestand ja aus selbständig handelnden Kämpfern. Allenfalls konnten die Formen der Rekrutierung differieren zwischen Lehnsbindung, Aufgebot zur Landesverteidigung, Soldvertrag, mehr oder weniger stabiler Dienststellung und bloßer Geleiterteilung bei völliger operativer Selbständigkeit. Und damals wie heute konnte diese Autonomie auch politisch genutzt werden als Mechanismus der plausiblen Abstreitbarkeit („*plausible deniability*“, Alfred Rubin):² Im Zweifel sind immer die außer Kontrolle geratenen Untergebenen schuld, während man dem Gegner natürlich alle Aktionen seines Umfelds zuzuschreiben versucht.

2. Den Bruch des Vertrags muss man legitimieren können, was man am einfachsten dadurch tut, dass man dem Gegner unterstellt, als Erster vertragsbrüchig geworden zu sein. Dieser Mechanismus greift jedoch nur, solange sich die Kontrahenten als prinzipiell gleichrangig wahrnehmen. Hegemoniale Akteure haben aber oft auch die Möglichkeit, die Ansprüche strukturell unterlegener Parteien grundsätzlich zu disqualifizieren, indem sie ihnen nicht nur die Vertragstreue, sondern ihrem Anliegen den politischen Charakter überhaupt absprechen, d. h. indem sie dem Gegenüber die Anerkennung als diplomatisch gleichwertiger Akteur verweigern. Dazu wiederum ist es notwendig, den Kämpfern der Gegenpartei den Kombattantenstatus ausdrücklich nicht zuzuerkennen, sondern sie zu kriminalisieren: Die autonomen Gewaltakteure werden so etwa zu „Piraten“ gemacht, um auch die Ansprüche ihrer Auftraggeber aus dem Raum des Politischen hinauszudrängen.³

² Rubin, Law of Piracy, 21, 43f.; Rubin überträgt damit einen Begriff aus den Lehrbüchern moderner Geheimdienste auf die historische Analyse; vgl. für die populäre Rezeption nur: https://en.wikipedia.org/wiki/Plausible_deniability [15.04.2016].

³ Rubin, Law of Piracy, 348–372; vgl. Thomson, Mercenaries, Pirates, and Sovereigns, 115ff., 143ff.; Tai: Marking Water, 213f.

Diese Probleme sollen im Folgenden exemplarisch behandelt werden anhand des Konflikts zwischen den Herzögen von Mecklenburg und der Königin Margarethe I. von Norwegen und Dänemark um die Macht in Schweden, oder genauer: anhand der Ereignisse der Jahre 1395–1398 mit dem Frieden (richtiger wohl: Waffenstillstand) von Skanör und Falsterbo bzw. Lindholm und dem mehrjährigen Kleinkrieg um die Insel Gotland.

II. Der Kampf um die Vorherrschaft in Skandinavien 1375–1395

Im Jahr 1375 starb König Waldemar IV. Atterdag von Dänemark (*1321, reg. ab 1340).⁴ Da er keinen Sohn hatte, beanspruchten die Heiratsfamilien seiner Töchter das Erbe für sich: Die jüngere, Margarethe (1353–1412), die Frau des Königs Håkon VI. von Norwegen (1341–1380, reg. ab 1355), betrieb die Krönung ihres kleinen Sohnes Olaf (1370–1387, Kg. ab 1376).⁵ Die ältere, Ingeborg (ca. 1347–1370), war mit Herzog Heinrich III. von Mecklenburg (1337–1383, reg. ab 1379) verheiratet gewesen, der nun den gemeinsamen Sohn Albrecht IV. (ca. 1363–1388) auf den Thron bringen wollte. Man konnte sich dabei darauf berufen, dass König Waldemar diesen seinen Enkel 1371 zum Nachfolger bestimmt hatte.⁶ Treibende Kraft in diesem Kampf um die Vorherrschaft in Skandinavien war auf mecklenburgischer Seite der alte Herzog Albrecht II. (1318–1379, reg. ab 1336), der Vater Heinrichs III., der seinen anderen Sohn als Albrecht III. (1338–1412, Hzg. ab 1388, Kg. 1364–1389) auf den schwedischen Thron gebracht hatte und nun auch Dänemark gewinnen wollte.⁷

Von den in der „Kölner Konföderation“ verbundenen Hansestädten wäre zu erwarten gewesen, dass sie die Ansprüche Herzog Albrechts unterstützten.⁸ Sie hatten Waldemar 1370 im Bündnis mit den Mecklenburgern besiegt und im Frieden von Stralsund ein Vetorecht bei der Königswahl in Dänemark erzwungen.⁹ Nun aber konnten die Hansen sich (wie

⁴ Hoffmann, König Waldemar IV, 271–288.

⁵ Über sie vgl. Teichmann, Stellung, 21f.; Etting, Queen Margrete I.; Christiansen et al., Margrete I. – Für eine Übersicht über die genealogischen Zusammenhänge vgl. S. 343.

⁶ Auge, Handlungsspielräume, 84 f.; Bjork, Piracy, 41; Krüger, Könige als Lehnsherren, 24, weist darauf hin, dass diese Bestimmung aber aus formalen Gründen für den dänischen Reichsrat nicht bindend gewesen sei.

⁷ Vgl. hierzu Koppmann, Vitalienbrüder, vi; Puhle, Vitalienbrüder, 18; Teichmann, Stellung, 12–15; Dollinger, Hanse, 98–100; vgl. zum Kontext allg. Auge, Handlungsspielräume, 77–87.

⁸ Vgl. hierzu Puhle, Vitalienbrüder, 13–15; Niitema, Strandrecht, 289–300; Teichmann, Stellung, 15 f.

⁹ Dollinger, Hanse, 83–90.

üblich) nicht auf eine gemeinsame Linie einigen und duldeten, dass der dänische Thronrat Olaf zum König krönte. Es kam zu einem mehrjährigen Kleinkrieg in der Ostsee, in dem die „Kölner Konföderation“ immer wieder auf Schonung der Kaufleute drängte, während die Verwalter der seit 1370 von ihr besetzten Schlösser rechts und links des Öresunds die Seekriegsführung der beiden Gegner aufgrund von persönlichen Loyalitäten eher förderten.¹⁰

Nach dem Tod Albrechts II. von Mecklenburg, im Jahr 1379 schlossen seine Söhne einen Waffenstillstand mit Margarethe. Als 1383 auch Heinrich III. von Mecklenburg starb, nahm sein Bruder, König Albrecht III. von Schweden, den jungen Thronprätendenten Albrecht in seine Obhut.¹¹ 1387 jedoch verstarb auch der minderjährige König Olaf von Dänemark, und seine Mutter ließ sich selbst als Regentin huldigen. Margarethe favorisierte als neuen Erben den Sohn einer Schwester des jungen Albrecht, Maria, die mit dem Herzog Wartislaw VII. von Pommern-Stolp (+1395, reg. ab 1377) verheiratet war: Der kleine Bogislaw von Pommern wurde 1388 als Erik III. im Alter von sechs Jahren zum König von Norwegen gewählt, 1389 als Erik VII. auch zum König von Dänemark. Er sollte nach Margarethes Tod im Jahr 1412 ihr vereinigtes Reich engagiert, aber letztlich recht glücklos regieren (1382–1459, Kg. 1412–1439).¹²

1388 war auch sein mecklenburgischer Konkurrent, der junge Albrecht, gestorben. Damit und mit Erichs Wahl in Dänemark und Norwegen wäre die Angelegenheit beendet gewesen, wenn Margarethe nicht im gleichen Jahr 1388 die Adelsopposition in Schweden dazu gebracht hätte, König Albrecht III. seines Thrones zu entheben.¹³ Mit einem großen Heer wollte er seine Herrschaft zurückerobern. Doch am 24. Februar 1389 fiel er in der Schlacht von Åsle bzw. Falköping mit seinem Sohn Erich von Mecklenburg (nach 1359–1397) in dänische Gefangenschaft. Vergeblich forderten die Mecklenburger von der „Hanse“ Hilfe bei der Befreiung des Königs. Die Städte konnten sich aber weder auf eine militärische Parteinahme noch auf eine diplomatische Vermittlerrolle einigen.¹⁴ Verhandlungen

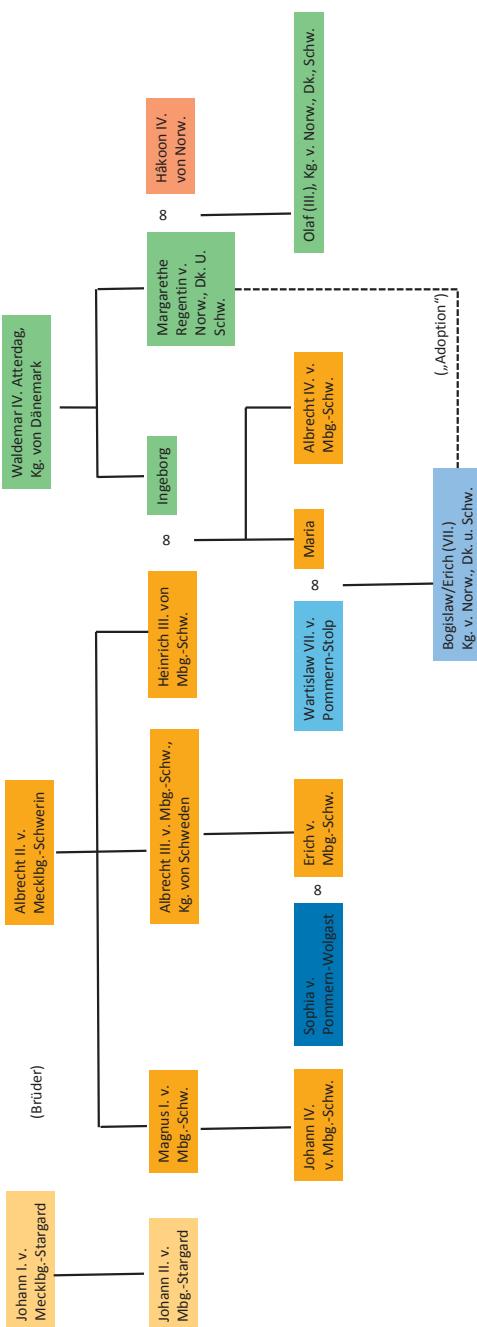
¹⁰ *Puhle*, Vitalienbrüder, 25; Vgl. hierzu demnächst auch: *Rohmann*, Piraterie, S. 2–10.

¹¹ *Koppmann*, Vitalienbrüder, vii, x; *Puhle*, Vitalienbrüder, 22; *Teichmann*, Stellung, 20 f.

¹² *Auge*, Handlungsspielräume, 88–94; *Olesen*, Alleinherrschaft, 199–239; *Neustadt*, Kommunikation.

¹³ *Puhle*, Vitalienbrüder, 34; *Teichmann*, Stellung, 34 f.; *Girgensohn*, Skandinavische Politik, 78–80.

¹⁴ Vgl. *Teichmann*, Stellung, passim; *Koppmann*, Vitalienbrüder, x.



Konzeption: Gregor Rohmann

Machtkämpfe in Skandinavien bis zur Einführung der Kalmarer Union: Genealogische Übersicht

zwischen den Kontrahenten scheiterten daran, dass Margarethe als Voraussetzung einer Freilassung den Verzicht auf die schwedischen Thronansprüche forderte, was Albrecht und Erich aus naheliegenden Gründen ablehnten.¹⁵

Die Mecklenburger besetzten daher 1390/91 Stockholm als Brückenkopf in Schweden, plünderten Bornholm und begannen mit angeworbenen Kämpfern einen Handelskrieg gegen Dänemark.¹⁶ Wismar und Rostock schlossen sich dazu wie die mecklenburgische Ritterschaft und die kleineren Städte des Herzogtums ihren Landesherren an,¹⁷ während die pommerschen Städte Stralsund, Greifswald und Stettin relativ offen Margarethe unterstützten.¹⁸ Dieser Handelskrieg wurde (wohlgerne auf beiden Seiten) mit Hilfe von Gewaltdienstleistern geführt, für die offenbar schon zeitgenössisch die Bezeichnung „Vitalienbrüder“ gebräuchlich wurde; und bis heute werden diese oft als „Seeräuber“ missverstanden.¹⁹ Man sollte aber festhalten, dass eine Gruppenbildung dieses Namens in archivalischen Quellen nicht nachweisbar ist. Eher schon handelt es sich dabei um eine politische Fiktion der diplomatischen Kommunikation, mit der man das Bedrohungspotential zu benennen versuchte, welches von den professionellen Gewaltdienstleistern, die in den Kriegen des Spätmittelalters ihr Auskommen suchten, ausging.²⁰ Ebenso handelte es sich bei ihnen auch nicht um Kriminelle, sondern um Dienstleister, die mehr oder weniger autonom von ihren Auftraggebern agierten.

Der Handelskrieg der Mecklenburger folgte denn auch geflissentlich den Regeln des Fehderechts:²¹ Sie baten zunächst die Hansestädte, den König, den Kurfürsten von Brandenburg und andere Verbündete um Hilfe,²² und zeigten sich dann immer wieder verhandlungsbereit.²³ Zu Kriegsbeginn schickten sie fristgerecht schriftliche Warnungen an alle

¹⁵ Puhle, Vitalienbrüder, 67–77; Koppmann, Vitalienbrüder, xi; Oelgarte, Herrschaft, 51.

¹⁶ Koppmann, Vitalienbrüder, x.; zu den mecklenburgischen Operationen in Schweden vgl. Eimer, Gotland, 23 f.; Girgensohn, Skandinavische Politik, 108 f.

¹⁷ HR I.4, Nr. 12–15; Auge, Handlungsspielräume, 140 f.; zu den Hintergründen der Parteinahme Rostocks und Wismars vgl. Bei der Wieden, Seepolitik, 17–35.

¹⁸ Koppmann, Vitalienbrüder, x; Puhle, Vitalienbrüder, 35–40, 49–67; Teichmann, Stellung, 35 ff., 40 ff.

¹⁹ Dagegen schon: Oelgarte, Herrschaft, 54 f., 57 f., der freilich rechtsgeschichtlich anachronistisch argumentiert.

²⁰ Vgl. Rohmann, Johann Stortebeker; Ders., Wegnehmen.

²¹ Zur Diskussion um die Existenz und Funktionen des „Fehderechts“ vgl. Rohmann, Seeräuber, Kap. 1.

²² Teichmann, Stellung, 39 f., 43.

²³ Teichmann, Stellung, 53 f., 56.

Anrainer,²⁴ versprachen Schadensersatz für ungerechtfertigte Prisennahmen²⁵ und schonten nachweislich unbeteiligte Kauffahrer, die schuldlos in das Kampfgebiet geraten waren.²⁶ 1394 gestanden sie gegenüber dem Hansetag ausdrücklich zu, dass strittige Prisennahmen nach Kriegsende durch ein Schiedsgericht der Städte geklärt werden sollten.²⁷ Und schon 1394/95²⁸ und dann noch einmal 1398/99 sollten Rostock und Wismar tatsächlich mit den preußischen Städten über Schadensersatzleistungen für die Angriffe im Krieg gegen Margarethe verhandeln.²⁹

Die Forschung wiederholt hingegen bis heute unkritisch die Klage des zeitgenössischen Lübecker Chronisten Detmar, die „Vitalienbrüder“ hätten unterschiedslos Freund und Feind angegriffen:

Jn deme sulven jare warp sik tosamende en sturlos volk von meniger segen, van hoveluden, van borgeren ute velen steden, van ampluden, van buren, unde heten sik vitalienbroder. se spreken, se welden teen up de koninghinnen van Denemarken to hulpe deme koninghe van Sweden, den see hadde gevangen, ene los tho ridende, unde se nemande nemen scolden noch beroven, sunder de dar sterkeden de koninghinnen mit gude edder mit hulpe. so bedroven den se leider de gansen see unde alle koplude, unde roveden beide, uppe vrunt unde viande, also dat de Sconesche reise wart nedderleget wol 3 jaar, dar umme was in den jaren de harink vul dure.³⁰

²⁴ Vgl. HR I.4, Nr. 12, 14, 15; Nr. 59 f.; vgl. dazu: *Koppmann*, Vitalienbrüder, x f.; *Teichmann*, Stellung, 43 f.; auf Beschwerden der preußischen Städte reagierte man denn auch mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den öffentlich erklärten Kriegszustand, vgl. HR I.4, Nr. 28, § 6 und 10, Nr. 29, Nr. 32; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xi.

²⁵ Vgl. z.B.: HR I.4, Nr. 28, § 6, Nr. 29 (Oktober 1391): Rostock und Wismar gegenüber den preußischen Städten wegen Schädigungen von Bornholm aus; dazu *Teichmann*, Stellung, 42; HR I.4, Nr. 192 § 4 (März 1994); dazu *Koppmann*, Vitalienbrüder, xiii.

²⁶ HR I.4, Nr. 160, Nr. 162, Nr. 163; vgl. dazu *Teichmann*, Stellung, 50 f.: vor Beginn des Handelsverbots ausgefahrenre preußische Schiffe werden im Sommer 1393 in Wismar arrestiert mit der Zusage, sie nach einem Friedensschluss unbeschadet zurückzugeben; HR I.4, Nr. 168; vgl. dazu *Teichmann*, Stellung, 51: Im November 1393 können vier flandrische Schiffe, die in einem Sturm von ihrem Konvoi getrennt wurden, unbeschadet den Wismarer Hafen anlaufen. Geschont wurden freilich nur preußische Schiffe, während solche aus den wendischen und südseeischen (niederländischen) Städten nicht als unbeteiligt wahrgenommen wurden, vgl. *Teichmann*, Stellung, 51, zu HR I.4, Nr. 169.

²⁷ HR I.4, Nr. 160; Nr. 182 § 3; Nr. 199; vgl. dazu *Koppmann*, Vitalienbrüder, xii f.; *Teichmann*, Stellung, 55 f.; hierzu und zum Folgenden vgl. *Rohmann*, Vitalian Brethren.

²⁸ HR I.4, Nr. 256, 261 § 4, dazu *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvi.

²⁹ HR I.4, Nr. 168, 169, 172 § 11, 199; Lüb UB IV, Nr. 593; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xiii; *Teichmann*, Stellung, 88; *Daenell*, Geschichte, 156 ff.

³⁰ Schluss der Detmar-Chronik, 50 f.; vgl. *Puhle*, Vitalienbrüder, 49 ff.

Was Detmar offenbar nicht wusste (und heutige Historikerinnen und Historiker mehrheitlich auch nicht wahrhaben wollen): In der nordeuropäischen Seekriegspraxis des 14. Jahrhunderts gab es keine Neutralität. Wer nach erfolgter „Warschau“ noch im Kriegsgebiet angetroffen wurde, galt als potentieller Helfer des Gegners und war somit angreifbar.³¹ Die Betroffenen, zumal die Städte der Hanse, neigten natürlich dazu, diese Rechtsgewohnheit im Interesse ihrer Kaufleute zu verneinen – soweit sie nicht selbst von ihr profitierten.³²

1392 gelang es den Mecklenburgern, Lübeck und die wendischen Hansestädte zur Schließung der Schonenfahrt zu zwingen. Für drei Jahre wurde allen hansischen Kauffahrern der Handel mit dem Zentrum der Heringsverarbeitung untersagt. Damit war die Haupteinnahmequelle des dänischen Königiums tangiert – offenbar auch aus Sicht der Städte die *Ultima Ratio* gegenüber der diplomatischen Hartleibigkeit der Regentin. Prompt zeigte sich Margarethe verhandlungsbereit, und auch die Städte verstanden sich nun dazu, die ihnen fast zwangsläufig zuwachsende Vermittlerrolle anzunehmen.³³ Der Handelskrieg durch autonome Gewalt-dienstleister erwies sich also für die Mecklenburger in jedem Fall als zumindest taktischer Erfolg. Als Lübeck die Mecklenburger im Juli 1394 aufforderte, die Angriffe auf der Ostsee zu beenden, antwortete Johann II. von Mecklenburg-Stargard (vor 1370–1416, reg. ab 1393/93), der Vetter des gefangenen Königs Albrecht,³⁴ denn auch sachlich:

dat stünde en nich to doende, dat he syne were wedder leghede unde sterke
dy koningynne und den tolne up Schone.³⁵

Als Margarethe die Verhandlungen erneut verschleppte, eroberten die Mecklenburger Ende 1394 Visby und begannen von hier aus, Gotland unter ihre Kontrolle zu bringen.³⁶ Zugleich nahmen sie die Plünderungszüge auf dem schwedischen Festland wieder auf.³⁷ Damit drohte der däni-

³¹ Böhrringer, Recht.

³² von Brandt, Hansestädte, 179–193.

³³ Koppmann, Vitalienbrüder, xi; Oelgarte, Herrschaft, 60 f.; Teichmann, Stellung, 46–48; zu den ökonomischen Folgen vgl. ebda., 52 f.

³⁴ Puhle, Vitalienbrüder, 35 f., identifiziert ihn als Johann I. von Mecklenburg-Stargard (1326–1392/93), den Onkel Albrechts III. Nach Teichmann, Stellung, 35, hatte Albrecht III. vor seinem Feldzug nach Schweden seinen Neffen Johann IV. von Mecklenburg, den Sohn eines Bruders Magnus, als Nachfolger im Herzogtum eingesetzt. Da Johann IV. noch unmündig war, sei Johann I. von Mecklenburg-Stargard zum vormundschaftlichen Regenten bestellt worden, dem nach seinem Tod sein Sohn Johann II. folgte.

³⁵ HR I.4, Nr. 236, III, § 8; vgl. Teichmann, Stellung, 60.

³⁶ Vgl. dazu: Koppmann, Vitalienbrüder, XVI; Eimer, Gotland, 27 f.; Teichmann, Stellung, 62 f.; Girgensohn, Skandinavische Politik, 165 f., 170.

³⁷ Nordman, Albrecht, 244.

schen Seite ein Umschwung des Kriegsglücks, weshalb im Sommer 1395 eine seit mehreren Jahren in erfolglosen Verhandlungen vorbereitete Lösung greifbar wurde:³⁸ König Albrecht III. und sein Sohn Erich sollten gegen ein Lösegeld von 60.000 Mark Silber für eine Frist von drei Jahren frei kommen. Die Städte Lübeck, Stralsund, Greifswald, Thorn, Elbing, Danzig und Reval sollten als Garantiemächte die Verwaltung Stockholms übernehmen. Wenn Albrecht das Lösegeld nicht binnen drei Jahren aufbringen würde, sollte die Stadt an Margarethe fallen. Zugleich gab die Königin ihre Forderung auf, dass die Mecklenburger ausdrücklich auf ihre Herrschaftsansprüche in Dänemark und Schweden verzichteten – für diese wohl der entscheidende diplomatische Erfolg.³⁹ In Skanör und Falsterbo einigten sich die Städte, Margarethe und Johann II. von Mecklenburg-Stargard auf die beschriebene Lösung, in Lindholm besiegelte der Gefangene selbst den Vertrag. Auf Gotland wurde der Status quo des 23. April 1395 festgeschrieben, d. h. eine Teilung der Insel zwischen beiden Parteien.⁴⁰ Albrecht sollte Ende September für drei Jahre freikommen, die Kampfhandlungen sollten schon Ende Juli eingestellt werden und die von beiden Seiten angeworbenen Gewaltdienstleister sollten das Meer räumen.

III. Der Kleinkrieg nach dem Frieden von 1395 und das Eingreifen des Deutschen Ordens

Die Forschung geht bis heute vielfach davon aus, die angenommene Seesöldner-Kompanie der „Vitalienbrüder“ habe damit ihren legitimen Kombattantenstatus eingebüßt und sei zu offener Piraterie übergegangen.⁴¹ Andererseits ist darauf hingewiesen worden, dass die vormals in mecklenburgischen und dänischen Diensten stehenden Truppen bald in verschiedenen benachbarten Konflikten auftauchen.⁴² Vor allem aber behielten sowohl Dänemark als auch Mecklenburg Truppen unter Waffen, zumal auf Gotland.⁴³

³⁸ HR I.4, Nr. 261–274; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvi; *Teichmann*, Stellung, 49 f., 59–64.

³⁹ Vgl. *Koppmann*, Vitalienbrüder, xi.

⁴⁰ HR I.4, Nr. 261, § 4; Nr. 262; *Eimer*, Gotland, 29 f.; *Kattinger*, Verhandlungen 49; *Kindahl*, Sven Sture, 99 f.

⁴¹ *Puhle*, Vitalienbrüder, 87, behauptet sogar, de facto habe sich an der Rechtsstellung der „Vitalienbrüder“ wenig geändert, da Kaperung im zeitgenössischen Recht ohnehin nicht als legitime Kriegshandlung anerkannt gewesen sei.

⁴² *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvii; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 424 f.

⁴³ Rekrutierung durch die Mecklenburger: *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvii; *Daenell*, Blütezeit, Bd. 1, 134 f.; *Teichmann*, Stellung, 70; Rekrutierung durch Dänemark/Schweden bis 1398/99: *Teichmann*, Stellung, 88 f.

Margarethe setzte den schwedischen Wäppner (ab 1406 Ritter) Sven Sture (gest. 1423/24) als Statthalter auf Gotland ein, der bald daran ging, Visby zurückzuerobern.⁴⁴ Albrecht III. schickte daraufhin seinen Sohn Erich auf die Insel. 1397 gelang es diesem, Sven Sture zu besiegen und ganz Gotland unter seine Kontrolle zu bringen. Sture wechselte daraufhin die Seiten, da er wohl auf einen machtpolitischen Umschwung in Schweden und Dänemark spekulierte.⁴⁵

Einen besseren Ausgangspunkt für die Behauptung ihrer Ansprüche in Skandinavien hätten die Mecklenburger sich kaum suchen können: Die Insel war seit je her die Drehscheibe der Schifffahrt in der Ostsee, hier ließ sich also leicht politischer Druck aufbauen. Zugleich war sie gut zu verteidigen und bildete eine optimale Basis für eigene Operationen.⁴⁶ In einer vergleichbaren Situation sollte ab 1439 auch der abgesetzte Unionskönig Erich von Pommern sich nach Gotland zurückziehen. Und auch ihm wird bis heute oft unterstellt, sich mit „Seeräubern“ gemein gemacht zu haben.⁴⁷ Erich von Mecklenburg jedenfalls durfte Gotland nur als Sprungbrett gesehen haben,⁴⁸ und zumindest von außen wurde er nun wiederholt mit dem Titel eines Königs bezeichnet, was seine Ansprüche auf den schwedischen Thron unterstrich.⁴⁹ Schon Nordman hat jedoch darauf hingewiesen, dass Erich selbst diesen Titel nicht verwendete.⁵⁰

Jedenfalls sollte er bald zur Offensive gegen das Festland übergehen, während sich in Schweden die pro-mecklenburgische Partei um die Witwe des ehemaligen Reichsdrosten Bo Jonsson Grip (+1386),⁵¹ Margareta

⁴⁴ Über ihn vgl. *Kindahl*, Sven Sture; *Mogren*, Vitalienbrüder, 629 f.; zum Folgenden vgl. *Puhle*, Vitalienbrüder, 90; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xviii.

⁴⁵ In der Forschung wird dieser Seitenwechsel zumeist mit der Niederlage und einem anschließenden Lehnseid begründet, vgl. etwa *Puhle*, Vitalienbrüder, 93; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 428. Man wird Sture doch aber wohl machtpolitisches Kalkül unterstellen können, vgl. *Teichmann*, Stellung, 70; *Meichsner*, Parteischrift, 336 f.; *Eimer*, Gotland, 124 f., 320. Um eine Neubewertung bemüht sich: *Kindahl*, Sven Sture, 101 f.. *Etting*, Queen Margrete, 140, sieht ihn als illoyalen Opportunisten.

⁴⁶ *Kattinger*, Verhandlungen, 48.

⁴⁷ Vgl. dazu *Auge*, Handlungsspielräume, 92 f.

⁴⁸ So schon *Nordman*, König Albrecht, 256 f.

⁴⁹ HR I.4, Nr. 370; 398 § 18; 408; MUB XXIII, Nr. 13136; ebenso die Detmar-Chronik in Lübeck: „coning Erik, een sone koningh albertes van Sweden uppe Godlande“, vgl. Lübeckische Chroniken, Bd. 1, 379, 373; vgl. dazu: *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvii, xix; *Meichsner*, Parteischrift, 335; *Eimer*, Gotland, 32, 120.

⁵⁰ *Nordman*: König Albrecht, 257 f., unter Verweis auf HR I.4, Nr. 385.

⁵¹ Svenskt Biografiskt Lexikon, Bd. 5, 82.

Dume (+1410)⁵² und ihren Sohn Knut Bosson (+1406),⁵³ sammelte. Bo Jonsson hatte seit den 1370er Jahren Albrecht III. immer mehr entmachtet und zudem bis zu seinem Tod im Jahr 1386 beinahe das halbe Königreich durch Verpfändung an sich gebracht. Seine riesigen Besitzungen hatte er dann testamentarisch einem Gremium von Magnaten zur treuhänderischen Verwaltung übertragen und so seine eigene Familie weitgehend enterbt. Als nun diese „*testamentarii*“ 1388 einen Großteil ihrer Ansprüche an Margarethe von Dänemark übertrugen, bot sich ausgerechnet König Albrecht III. als Garant der Ansprüche der Erben seines alten Plagegeists an.⁵⁴ Während er in Lindholm in Haft saß, engagierten nun auch Dume und ihr zweiter Mann Bengt Nielsson (ca. 1350–1423)⁵⁵ Truppen für den Krieg gegen die Königin.⁵⁶ Es zeichnete sich hier eine pro-mecklenburgische Achse ab, die von Gotland über das (ab 1395 an die Garantiemächte verlorene) deutschsprachig dominierte Stockholm und das von dem Kreis um Margareta Dume dominierte Karelien bis nach Livland reichte. Hier wehrten sich die Domstifte von Riga und Dorpat erbittert gegen die Inkorporation in den Deutschen Orden, der zugleich ihr Landesherr war. In diesen Konflikt griff die Stargarder Linie des Hauses Mecklenburg auf ordensfeindlicher Seite ein, indem sie Kandidaten für die Bischofssitze lieferte. Zugleich gingen offenbar Teile der zuvor von den Mecklenburgern geleiteten Truppen in den Dienst der beiden Domstifte. Für diplomatische wie militärische Verwicklungen war also auch am Finnischen Meerbusen gesorgt.⁵⁷

Auf der anderen Seite schuf Margarethe I. 1396/97 Fakten, indem sie Erich von Pommern, der seit 1387 als König von Norwegen firmierte, auch als König in Dänemark und Schweden inthronisieren ließ, um dann im Juni 1397 überstürzt die Vereinigung der drei nordischen Königreiche in der Kalmarer Union durchzusetzen.⁵⁸ Die Mecklenburger konnten darin nur einen Verstoß gegen den Waffenstillstand von Lindholm sehen, in

⁵² Svenskt Biografiskt Lexikon, Bd. 11, 510.

⁵³ Svenskt Biografiskt Lexikon, Bd. 17, 301 (zum Geschlecht der Grip).

⁵⁴ Zur Verbindung zwischen Nielsson und Dume einerseits, Sture und Erich von Mecklenburg andererseits vgl. grundlegend: *Kindahl*, Sven Sture, 102 f.; *Eimer*, Gotland, 26; zum Testament Bo Jonssons vgl. *Girgensohn*, Skandinavische Politik, 61 f., 77 f.

⁵⁵ Svenskt Biografiskt Lexikon, Bd. 3, 195.

⁵⁶ *Teichmann*: Stellung, 59, 64 f.; *Mogren*, Burgenbau, 631 f.; *Eimer*, Gotland, 121 f.

⁵⁷ *Eimer*, Gotland, 120 ff.; vgl. etwa HUB V, Nr. 214 (8. Dez. 1395). Zu den Konflikten in Livland vgl. *Koppmann*, Vitalienbrüder, xvii; *Teichmann*, Stellung, 65; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 425–427; *Eimer*, Gotland, 22 f., 127; *Nordman*, König Albrecht, 261–264.

⁵⁸ Vgl. allgemein: *Auge*, Handlungsspielräume, 88–94.

dem sie ja ausdrücklich ihre Ansprüche auf den schwedischen Thron aufrechterhalten hatten.⁵⁹

Schon im November 1396 hatte Erich von Mecklenburg von den preußischen Städten Rückendeckung für seine Operationen und Lebensmittellieferungen für die hungernden Gotländer erbeten – vergeblich.⁶⁰ Im Juni 1397 tauchte eine große Flotte der Mecklenburger unter der Führung des Ritters Otto von Peccatell und Sven Stures vor Stockholm auf und verlangte Einlass.⁶¹ Offenbar hatte man von den aus Danzig stammenden hansischen Stadtkommandanten Unterstützung erhofft. Die Preußen sympathisierten zwar mit den Mecklenburgern, konnten aber eine offene Parteinaahme politisch nicht vertreten.⁶² Die Hauptleute verweigerten daher die Öffnung der Tore. Nicht einmal den Einkauf von Proviant gestattete man, woraufhin die Mecklenburger friedlich abzogen. Offenbar wollte man für die Invasion des schwedischen Festlandes das Stillhalten der Städte nicht gefährden. Denn die Verlierer waren wieder auf dem Vormarsch – da starb am 27. Juli 1397 überraschend der junge Herzog Erich auf Gotland.⁶³ Der Versuch der Mecklenburger, die Initiative im Machtkampf zurückzuerlangen, war gescheitert.

Erich hatte 1396 Sophia von Pommern-Wolgast geheiratet (+ nach 1453), die Tochter des Herzogs Bogislaw VI. (ca. 1350–1393).⁶⁴ Nun fiel

⁵⁹ HR I.4, Nr. 413, § 8; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xviii; *Teichmann*, Stellung, 70; *Etting*, Queen Margrete, 105 f.

⁶⁰ HR I.4, Nr. 385; vgl. *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 428; *Meichsner*: Parteischrift, 335 f.; *Kindahl*, Sven Sture, 101; *Nordman*, König Albrecht, 263, hat hingegen annehmen wollen, dass der Deutsche Orden die Politik Erichs von Mecklenburg auf Gotland unterstützt habe.

⁶¹ HR I.4, Nr. 410 (1397 Juli 3); vgl. *Koppmann*, Vitalienbrüder, xix; *Puhle*, Vitalienbrüder, 94; *Teichmann*, Stellung, 74 f.; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 429; *Meichsner*, Parteischrift, 336; *Eimer*, Gotland, 32, 136 f.; *Etting*, Queen Margrete, 140 f.; *Kindahl*, Sven Sture, 103 f.

⁶² Zur pro-mecklenburgischen Tendenz in der Politik des Deutschen Ordens und der preußischen Städte vgl. *Teichmann*: Stellung, bes. 51 ff.; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xv; *Schmandt*: Gotland Campaign, 251; *Bjork*, Piracy in the Baltic, 62 f.; vgl. hingegen *Eimer*, Gotland, die für die Zeit Konrads von Jungingen eine pro-dänische Ausrichtung konstatiert.

⁶³ *Eimer*, Gotland, 136 f.; *Auge*, Handlungsspielräume, 87.

⁶⁴ Vgl. die Stammtafel bei *Auge*, Handlungsspielräume, 498. Sie ist nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Tochter ihres Cousins, des Herzogs Wartislaw VIII. (1373–1415), die ebenfalls um 1453 starb. Zum Kontext: *Eimer*, Gotland, 31; *Nordman*, König Albrecht, 252 f. Seit Koppmann, Vitalienbrüder wird sie in der Forschung zu den Vitalienbrüdern fälschlich als „Margarethe von Pommern-Wolgast“ bzw. „Margarethe von Barth“ identifiziert; vgl. etwa: *Koppmann*, Vitalienbrüder, xix; *Teichmann*, Stellung, 67 mit Anm. 25, 76; *Puhle*, Vitalienbrüder, 94; korrekt aber schon: *Voigt*, Vitalienbrüder, 69; *Oelgarte*: Herrschaft, 66.

der jungen Witwe das Erbe auf Gotland zu. Was dann passierte, ist in der Forschung sehr umstritten. Offenbar übergab Sophia das militärische Kommando an Sven Sture. Unklar ist, ob sie dabei selbst politisch Einfluss behielt. Jedenfalls öffneten sie und Sven Sture nun die Häfen der Insel für einen allgemeinen Angriff auf die Handelsschifffahrt. Gegen eine Gewinnbeteiligung von 50 % sollte jeder gegen jedes Schiff fahren dürfen – so behauptet zumindest die spätere Rechtfertigungsschrift des Deutschen Ordens.⁶⁵ Wurde Gotland damit zu einem „Piratennest“ unter der Herrschaft eines Renegaten oder gar eines Renegatenpaars, wie in der Literatur immer wieder insinuiert worden ist?⁶⁶ Natürlich: „Staatsrechtlich“ hatten Sophia und Sven Sture keine Legitimität. Eine solche hatten andere politische Akteure ihrer Zeit aber abseits anachronistischer Projektionen auch nicht. Es dürfte den beiden auch wohl kaum nur um den kurzfristigen Gewinn gegangen sein. Viel eher strebten sie danach, eine politische Position aufzubauen, von der aus sie dann in die Machtkämpfe im Ostseeraum hätten eingreifen können. Und für die Ausrufung eines allgemeinen Handelskrieges gegen eine hälftige Gewinnbeteiligung hatten sie ein prominentes Vorbild: Niemand anders als Margarethe von Dänemark hatte ab 1381 auf diesem Weg die Kölner Konföderation zu einer vorzeitigen Rückgabe der besetzten Schlösser am Öresund zu zwingen versucht.⁶⁷

Ebenso umstritten ist, wieviel Einfluss die Mecklenburger auf Gotland nach dem Tod Erichs behielten. Kindahl nimmt an, dass schon die Übertragung des Kommandos an Sture durch Sophia auf die Initiative der pro-mecklenburgischen Partei in Schweden zurückzuführe sei und dass Sture hier eng mit den Mecklenburgern kooperiert habe.⁶⁸ Er kann sogar für 1397 die Anwesenheit Bengt Nielssons, des zweiten Ehemannes Margaretha Dumes, auf Gotland nachweisen.⁶⁹ Demnach hätten wir von ei-

⁶⁵ HR I.4, Nr. 438 § 5 (die „Parteischrift des Hochmeisters des Deutschen Ordens“ von 1401); Vgl. hierzu *Teichmann*, Stellung, 75; *Meichsner*, Parteischrift, 337.

⁶⁶ Vgl. etwa: *Bjork*, Piracy in the Baltic, 66–68; *Rebas*, Frustration, 231; *Puhle*, Vitalienbrüder, 94f.; *Teichmann*, Stellung, 74; *Eimer*, Gotland, 141; *Schmandt*, Gotland Campaign, 252; *Nordman*, König Albrecht, 266ff. Nach *Kattinger*, Verhandlungen, 51, verlor auch Sture bald die Kontrolle über die „Vitalienbrüder“.

⁶⁷ HR. I.4, Nr. 185, Nr. 154 § 4; vgl. dazu *Teichmann*, Stellung, 21ff.; *Daenell*, Kölner Konföderation, 110; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 429; *Girgensohn*, Skandinavische Politik, 16f.; *Bjork*, Piracy in the Baltic, 48f.; die Urheberschaft Margarethes leugnet: *Bøgh*, Sejren i kvindens hånd, 187–217, 352 (English Summary); vgl. dagegen: *Olsen*, Ufredens hav, 18–27; dazu: *Etting*, Queen Margrete, 31 Anm. 7, allg.: 33.

⁶⁸ *Kindahl*, Sven Sture, 105f.

⁶⁹ *Kindahl*, Sven Sture, 102f.

ner Kooperation Stures und Sophias von Pommern mit der anti-dänischen Partei in Schweden auszugehen.

Michael Meichsner hat unlängst versucht zu belegen, dass die Mecklenburger die Kontrolle über die Insel nach dem Tod Herzog Erichs zunächst verloren, dann jedoch spätestens ab dem Januar 1398 zurückerlangt hätten.⁷⁰ Denn noch 1397 schickten sie ihren Verwandten Johann IV. (d.J.) von Mecklenburg-Schwerin (vor 1370–1422) nach Gotland, nachdem die Hansestädte sich bei Herzog bzw. König Albrecht III. über die dortigen Zustände beschwert hatten.⁷¹ Folgt man Meichsner, dann gelang es Johann schnell, Sture und Sophia auf Linie zu bringen und die Insel zu sichern.⁷² Im Januar 1398 versicherte er dem Hochmeister des Deutschen Ordens, seine Hauptleute auf die Schonung der Handelsschifffahrt eingeschworen zu haben.⁷³ Die in der Forschung dominante gegenteilige Darstellung, dass Johann von Schwerin gegenüber den wilden Seeräuberhorden machtlos geblieben sei,⁷⁴ stützt sich auf die erkennbar tendenziöse Darstellung der Ereignisse aus der Sicht eines neuen Akteurs, der in der Zwischenzeit die Szene betreten hatte: auf den eben erwähnten Rechenschaftsbericht des Deutschen Ordens aus dem Jahr 1401.⁷⁵ Denn im Frühjahr 1398 ließ Hochmeister Konrad von Jungingen (um 1355/60–1407, reg. ab 1393), ohne die Hansestädte oder gar Margarethe zu informieren, Gotland von einer Expeditionsflotte handstrechartig besetzen. An Ostern 1398 zwang der Ordenskomtur Johannes von Pfirt Johann von Schwerin, Sven Sture und Sophia von Pommern vor

⁷⁰ Meichsner, Parteischrift. Vgl. aber neuerdings Kubon, Außenpolitik, 259–277, der die Eroberung Gotlands wiederum als Reaktion auf die Bedrohung durch Piraterie erklären möchte. Dabei bezieht er sich ganz unmittelbar auf den Sprachgebrauch des Ordens. Es geht ihm aber vor allem darum, die Idee einer langfristigen Expansionspolitik des Hochmeisters im Ostseeraum zurückzuweisen. Eine sorgfältigere Quellenkritik der „Parteischrift“ stünde dem freilich überhaupt nicht entgegen: Die Intervention auf Gotland lässt sich auch dann als Ergebnis einer taktisch bestimmten Politik deuten, wenn man die Akteure dort nicht als „Piraten“ identifiziert.

⁷¹ Teichmann, Stellung, 76, und Koppmann, Vitalienbrüder, xix, identifizieren ihn mit Johann II. von Mecklenburg-Stargard; Meichsner, Parteischrift, 339 f., 341 f. (mit Forschungsüberblick) hingegen mit Johann IV. von Schwerin; ebenso Eimer, Gotland, 143 f.; Nordman, König Albrecht 267 f., hat hier wiederum Johann II. von Stargard und ein Täuschungsmanöver der Mecklenburger sehen wollen. Vgl. zum Folgenden: Meichsner, Parteischrift, 334 f.

⁷² Meichsner, Parteischrift, 340.

⁷³ HR I.4, Nr. 425, Nr. 426.

⁷⁴ Zur Forschungsgeschichte vgl. Meichsner, Parteischrift, 338.

⁷⁵ HR I.4, Nr. 438: „Von dem lande Gotland und der stad Wsbw, wy is dem orden cu getruwer hand gesaczt ist“ [1401]; dazu: Meichsner, Parteischrift, 333; zur quellenkritischen Einordnung dieses Texts vgl. schon Eimer, Gotland, 15 f., 190 f.

den Mauern des belagerten Visby kampflos zur Aufgabe. Binnen zweier Tage sollten sie mit ihren 400 Mann zählenden Truppen die Insel räumen – und taten dies dann auch.⁷⁶

Der Abzug erfolgte beinahe ohne Blutvergießen. Dies war zunächst einmal bei Verhandlungslösungen nach Belagerungen schlicht üblich.⁷⁷ Es war aber auch taktisch geboten: Um das Überraschungsmoment auf ihrer Seite zu haben, war die Ordensflotte zu früh ausgelaufen, so dass ihre Belagerungstruppen auf Gotland im Tiefschnee zu versinken drohten – schlechte Bedingungen für eine Menschenjagd auf „Seeräuber“. Mit den Mecklenburgern verband den Orden zudem eine erhebliche Interessenkonvergenz, warum also hätte man ihre Truppen eliminieren sollen? Jedenfalls ging es hier nicht um eine radikale Lösung, nicht um Piratenbekämpfung, sondern um einen politischen Geländegegewinn.

Wie Meichsner wohl zurecht angemerkt hat, diente die folgende, Johann von Schwerin in den Mund gelegte Schutzbehauptung vor allem dazu, diese Invasion nachträglich als Polizeiaktion gegen ein Räuberfest unter Führung eines Rebellen zu legitimieren:

Dornoch zo woren dy gebitiger und dy howptlute, dy der hochmeister hatte usgesandt, und quomen vor dy stad, so das herczog Johan und Swan Schur czu yn herus qwoman und sprochen mit yn, so das man herczog Johan beschuldigte, worumme er dy serouber hilde, huszete und hovete, und bath yn, das her obir sy richten zulde. Do sprach her, her were ir nicht geweldig, sy hetten mee macht obir yn czu richten, wen her obir sy. Ydach zo vorteydingete her sy vor syne knechte.⁷⁸

Bemerkenswert bleibt, dass der Deutsche Orden hier die Herrschaftsrechte der Mecklenburger betont, welche nur eben ihren Polizeiaufgaben nicht gerecht geworden seien. Aus Sicht des Hochmeisters war Albrecht von Schweden der legitime Herr Gotlands, dem er lediglich in einer Krise unter die Arme gegriffen hatte.⁷⁹ Johann von Schwerin war es dann auch, mit dem die Ordenshauptleute den Waffenstillstand verhandelten.⁸⁰ Dabei wurde eine endgültige Klärung der Gotlandfrage ausdrücklich auf Verhandlungen zwischen König Albrecht III. und dem Hochmeis-

⁷⁶ Koppmann, Vitalienbrüder, xix; Oelgarte, Herrschaft, 66 f.; Puhle, Vitalienbrüder, 99–102; Teichmann, Stellung, 76–78; Schmandt, Gotland Campaign, passim; Benninghoven, Gotlandfeldzüge, 433 f., 444 und passim; Eimer, Gotland, 150 f., 154–156; zum diplomatischen Kontext ebenda, 139–143, 149–151; Kattinger, Verhandlungen, 52 mit Anm.; Etting, Queen Margrete, 107.

⁷⁷ Prietzel, Krieg, 128–130.

⁷⁸ HR I.4 438 § 11; dazu Meichsner, Parteischrift, 339 f.

⁷⁹ Eimer, Gotland, 154 ff.

⁸⁰ Kindahl, Sven Sture, 107.

ter verschoben.⁸¹ Tatsächlich sollte Konrad von Jungingen die gerade eroberte Insel im Vertrag von Schwaan 1399 noch einmal gegen die hohe Summe von 30.000 englischen Nobel als Pfand von dem klammen König Albrecht erwerben. 20.000 Nobel wurden dem landlosen König dabei für die Kosten von Invasion und Besatzung in Rechnung gestellt, 10.000 ausgezahlt.⁸² Alle dänischen Ansprüche wehrte der Hochmeister unter Hinweis auf den legitimen Eigentümer ab.⁸³

Richtete sich der Angriff des Ordens also tatsächlich gegen eine außer Kontrolle geratene Soldateska, die insbesondere die Interessen der preußischen Städte bedrohte?⁸⁴ Oder doch eher gegen deren Heger, die eigentlich befriedeten Mecklenburger? Birgitta Eimer etwa hat annehmen wollen, dass Konrad von Jungingen unter dem Eindruck der Verehrung der Birgitta von Schweden mit der Unionspolitik Margarethes von Dänemark sympathisiert habe.⁸⁵

Eine alternative Interpretationsmöglichkeit wird von Michael Meichsner nicht erwähnt, obwohl sie schon von Fritz Teichmann 1931 erwogen worden ist: Dass Sophia von Pommern hier nämlich das Spiel ihres Herkunftshauses, der mit Margarethe von Dänemark und ihrem Erben Erich/Bogislaw verbündeten Herzöge von Pommern-Wolgast gespielt habe.⁸⁶ Gesichert ist, dass die Herzöge Barnim VI. (1365 – ca. 1405) und Wartislaw VIII. von Pommern-Wolgast zu Barth (1373–1415) im Frühjahr 1398 selbst Seestreitkräfte rekrutierten, um auf dänischer Seite in die Kämpfe einzugreifen⁸⁷ – und dass der Deutsche Orden nach der Sicherung Gotland auch gegen diese vorging.⁸⁸ Gesichert ist auch, dass sie im Dezember 1397 Verhandlungen zwischen ihrer Cousine Sophia auf Gotland und Margarethe zu vermitteln versuchten.⁸⁹

⁸¹ *Koppmann*, Vitalienbrüder, xix.

⁸² HR I.4, 510, 512, 521; HR I.4, Nr. 657; vgl. *Koppmann*, Vitalienbrüder, xx ff.; *Daenell*, Blütezeit, 141 f.; *Teichmann*, Stellung, 79 f.; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 448 f.; *Eimer*, Gotland, 165 ff.; *Etting*, Queen Margrete, 134; *Kattinger*, Verhandlungen, 53.

⁸³ *Kattinger*, Verhandlungen, 54 f.

⁸⁴ So *Schmandt*, Gotland Campaign, 252 f., 255.

⁸⁵ *Eimer*, Gotland, 173 f.

⁸⁶ *Teichmann*, Stellung, 76; ähnlich: *Eimer*, Gotland, 141.

⁸⁷ Diese pommersche Flotte wurde dann durch eine Expedition der Städte in Kopenhagen zum Waffenstillstand gezwungen; vgl. HR I.4, Nr. 427, Nr. 415–423, Nr. 428, Nr. 431–436, Nr. 486; *Eimer*, Gotland, 157; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xix f.; *Puhle*, Vitalienbrüder, 103; *Teichmann*, Stellung, 76, 84 f.

⁸⁸ So schon *Voigt*, Vitalienbrüder, 77 f.; *Eimer*, Gotland, 157.

⁸⁹ Zur Genealogie vgl. die Tafel bei *Auge*, Handlungsspielräume, 498; HR I.4, Nr. 427; Nr. 438, § 6–8; *Puhle*, Vitalienbrüder, 97; *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge,

Anders als in der landesgeschichtlichen Literatur häufig kolportiert, befanden sich die verschiedenen pommerschen Teilherzogtümer bis 1438 in einem mehrfach erneuerten Lehnsvorverhältnis zum Königreich Dänemark. Dieses ging auf die dänische Oberhoheit über das Fürstentum Rügen zurück. 1348 hatten sich die Pommernherzöge von König Karl IV. (1316–1378, Kg. 1346, Ks. 1355) belehnen lassen, um der dänischen Dominanz zu entgehen. Schon ein Jahr später aber hatten sie sich offenbar wiederum Waldemar IV. unterworfen, der gerade daran gegangen war, sein Reich zu erneuern.⁹⁰ Daraus folgte nun keine Interessenidentität von Pommern und Dänemark, wohl aber eine politische Tendenz: Sowohl die einzelnen Teilherzogtümer als auch die größte Stadt des alten Fürstentums Rügen, Stralsund, suchten ihren Vorteil mehr und mehr im Umfeld des expansiven nordischen Königtums. 1368/69 z.B. hielten die Pommern im Krieg gegen die Kölner Konföderation zu Waldemar von Dänemark.⁹¹ Zugleich musste Stralsund immer auf die doppelte Loyalität zu den Städten des „Gemeinen Kaufmanns“, also der Hanse, achten, während die Herzöge sich in dem zusehends schärfer werden Konflikt zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen taktisch mehr und mehr an die neue Großmacht der Jagiellonen anlehnten. Diese wurde ihrerseits durch das Nordische Unionskönigtum heftig umworben.⁹²

Unklar bleibt die Rolle Sven Stures in diesem Spiel.⁹³ Auffällig ist, dass der Hochmeister kurz nach dessen Vertreibung von Gotland das pro-dänische Stralsund anklagte, Sture und seinen Leuten auf Bitten Margarethes Geleit gegeben zu haben.⁹⁴ Schon im November 1397 hatte der Deutsche Orden Stralsund vorgeworfen, mit den „Vitalienbrüdern“ auf Gotland gemeinsame Sache zu machen.⁹⁵ Mithilfe einer erst kürzlich von Jan Habermann entdeckten Quelle lässt sich zudem nachweisen, dass Sven Sture im Jahr 1396, also vor seinem temporären Seitenwechsel, di-

427; *Meichsner*, Parteischrift, 337 f., der darauf hinweist, dass die Pommernherzöge gegenüber Margarethe die Verhandlungsführung Sophias betonten und Sven Sture nicht erwähnten. Man wird daraus aber nicht unmittelbar auf eine reale politische Machtstellung der Herzoginwitwe schließen können, denn Sture stand zu diesem Zeitpunkt ja (vermutlich) in Opposition zum dänischen Hof und wurde vielleicht deshalb nicht ins Spiel gebracht.

⁹⁰ Vgl. *Auge*, Handlungsspielräume, 31 f.; *Krüger*, Dänische Könige, passim.

⁹¹ *Oelgarte*, Herrschaft, 22 f.

⁹² Zu den zeitgenössischen Vereinigungsbestrebungen zwischen Polen-Litauen und der Nordischen Union vgl. *Auge*: Handlungsspielräume, 89 f.; *Girgensohn*: Skandinavische Politik, 169 mit Anm.

⁹³ Vgl. auch: *Meichsner*, Parteischrift, 343.

⁹⁴ HR I.4, Nr. 441 § 21 (12. April 1398), vgl. *Kindahl*, Sven Sture, 106; *Meichsner*, Parteischrift, 338, mit weiteren Hinweisen auf Kontakte Stures zu Margarethe.

⁹⁵ HR I.4, Nr. 420 f.; vgl. *Meichsner*, Parteischrift, 338.

rekt mit den Herzögen Wartislaw und Barnim von Pommern kooperiert hatte. In diesem Jahr nämlich traten sie gemeinsam auf Seiten der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in den sogenannten „Satekrieg“ zwischen diesen und den Hansestädten Lüneburg, Lübeck und Hamburg ein. Eine in Hamburg überlieferte Akte über die Fehdehelfer der Welfen enthält ihre Namen neben jenen von u.a. Eler Rantzau⁹⁶ und Wedigge Bugenhagen,⁹⁷ die beide auch ansonsten im Umfeld der Königin Margarethe nachweisbar sind.⁹⁸ Sture und die Pommernherzöge werden nun wohl nicht ins Lüneburgische gereist sein. Vielmehr dürfte die Unterstützung für die Herzöge ihnen die Rechtfertigung geboten haben, von Gotland aus auch Schiffe der betreffenden Städte anzugreifen. Man kumulierte also Rechtsansprüche, um die eigenen Gewalthandlungen legitimieren zu können: Warum nicht im Kleinkrieg zwischen Dänen und Mecklenburgern noch einen weiteren fehderechtlichen Anspruch übernehmen, der die geschäftlichen und politischen Möglichkeiten ohne großen Mehraufwand erweiterte? Die Braunschweig-Lüneburger werden sich davon wohl vor allem eine Beeinträchtigung der für Lübeck und Lüneburg so wichtigen Schonenfahrt erhofft haben. Und Stures Verhalten auch in den Jahren 1397 und 1398 wird wohl verständlicher, wenn man es vor dem Hintergrund seiner Verbindung nach Pommern sieht. Da sowohl die Mecklenburger als auch die Pommernherzöge mit den Braunschweig-Lüneburgern durch aktuelle Heiratsallianzen verbunden waren,⁹⁹ konnte man diese Ansprüche sogar nach einem Seitenwechsel auf Gotland weiterbetreiben.

Hatte Sven Sture also heimlich einen erneuten Kurswechsel zurück zur Königin vollzogen? Und wenn, dann wann? War er 1397/98 überhaupt eindeutig zu den Mecklenburgern übergelaufen?¹⁰⁰ Eher schon könnte Sven Sture darauf spekuliert haben, auf Gotland durch eine Politik des Lavierens zu einem selbständigen Machtfaktor zu werden, dem die Köni-

⁹⁶ Eler Rantzau ist 1382 und 1386 an von der Dänischen Königin vermittelten Waffenstillständen mit der Hanse beteiligt: HR I.2, Nr. 240, § 3; Nr. 330; HR I.3, Nr. 146, Nr. 207.

⁹⁷ Wedigge Bugenhagen chartert 1412 im Auftrag der Königin Schiffe: HUB V, Nr. 1055.

⁹⁸ Habermann, Spätmittelalterlicher Niederadel, 2015, 402–404; Habermann erwähnt nur Wartislaw, nach Ausweis der ebenda, 1151, im Bild dokumentierten Liste ist aber auch „hertoghe Barnym van Stetyn“ aufgelistet; zum Satekrieg allg.: Schubert, Geschichte Niedersachsens 2.1, 777–781.

⁹⁹ Schubert, Geschichte Niedersachsens 2.1, 715, 778.

¹⁰⁰ Vgl. Meichsner, Parteischrift, 344, dem zufolge die Preußen Sture schon 1397/98 durchgehend mit Margarethe assoziierten. Nach Kindahl, Sven Sture, 104 f.; und Eimer, Gotland, 136, 142, entzog sich Sture im Herbst 1397 mehreren Versuchen Margarethes, ihn zur Rechenschaft zu ziehen.

gin seine temporäre Illoyalität nicht mehr würde übel nehmen können.¹⁰¹ Tatsächlich sehen wir ihn nach einer erfolglosen Belagerung schon im Winter 1398 in Faxeholm (Norrland) wieder an der Seite Margarethes.¹⁰² 1406 wurde Sven Sture zum Ritter erhoben, galt also offenkundig zumindest nicht mehr als Feind der Königin.

Er stünde mit einer solchen halb-autonomen Machtpolitik unter den Magnaten der nordischen Reiche nicht allein: Zur gleichen Zeit etablierte sich in Åbo/Turku in Karelien der Burghauptmann Thord Röríksson Bonde (+ 1417), dessen Enkel Karl Knutson als Karl VIII. (1408/09–1470) den schwedischen Thron besteigen sollte. Im benachbarten Wiborg sehen wir ab 1417 Christer Nilsson Wasa (1365–1442), den Stammvater des späteren Königsgeschlechts, seine undurchschaubaren Kreise ziehen.¹⁰³ Gotland sollte bis Anfang des 16. Jahrhunderts als bevorzugtes Spielfeld solcher erfolgreichen Magnaten dienen, wie Hain Rebas gezeigt hat.¹⁰⁴ Diese waren auch mit den Stures verschwägert, die es bis zum Amt des Reichsverwesers bringen sollten.¹⁰⁵ Hier kommt ein Milieu von Aufsteigern in den Blick, die die politischen Kämpfe ihrer Zeit zum Aufbau einer eigenen Machtposition nutzten, Nähe zum Hof erlangten und vielfach auch miteinander Heiratsverbindungen eingingen. Ihre Nachkommen sollten dann um die Herrschaft in Skandinavien konkurrieren.

Wenn der Deutsche Orden 1401 in seiner „Parteischrift“ Sture als Renegaten angriff, so traf er damit wohl einen Mann, der sich längst wieder am Hof Margarethes etabliert hatte.¹⁰⁶ Auf ihn und die „Seeräuber“ konnte man nun die Schuld schieben, um die eigene Position auf Gotland zu rechtfertigen, ohne die unterlegenen Mecklenburger verantwortlich machen zu müssen.¹⁰⁷ Andererseits hätte der Hochmeister die Möglichkeit einer pommersch-dänischen Machtübernahme auf Gotland in seiner Rechtfertigungsschrift von 1401 kaum noch thematisieren können, richtete sich diese doch zuvörderst an Dänemark selbst, dessen Ansprüche gerade abgewehrt werden sollten. Gegenüber anderen Adressaten konnte

¹⁰¹ So auch *Kindahl*, Sven Sture, 111; wenn *Kindahl*, Sven Sture, 110, annimmt, Sture habe 1397–1399 im Auftrag Knut Bossons und Bengt Nielssons gestanden, so steht dies dem nicht entgegen, denn auch diese kapitulierten ja nach der Niederlage 1389/99 zu günstigen Konditionen gegenüber Margarethe.

¹⁰² HR I.4, Nr. 522; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xxif.; *Mogren*, Burgenbau, 632; *Eimer*, Gotland, 34, 37, 161f.; *Kindahl*, Sven Sture, 108–10; zur Kritik an Kindahl vgl. *Meichsner*, Parteischrift, 337, 343.

¹⁰³ Hierzu vgl. *Rohmann*, Seeräuber, Kap 2.

¹⁰⁴ *Rebas*, Frustration and Revenge.

¹⁰⁵ *Kindahl*, Sven Sture, 98; *Dahlbäck*, Sten Sture.

¹⁰⁶ *Meichsner*, Parteischrift, 344.

¹⁰⁷ *Kindahl*, Sven Sture, 106f.

er sie bereits im Vorfeld der Invasion hingegen offen ansprechen: In einer Instruktion für eine Gesandtschaft an verschiedene deutsche Fürstenhöfe vom Februar 1398 beklagte der Hochmeister ausdrücklich, dass die Herzöge von Pommern im Bündnis mit Polen und Litauen die notorischen „Vitalienbrüder“ angeheuert und die Insel Gotland unter ihre Kontrolle gebracht hätten.¹⁰⁸

Bei der Eroberung Gotlands durch den Deutschen Orden handelt es sich um die bei weitem umfangreichste maritime Operation dieser klassischen Landmacht, zugleich um einen der letzten militärischen Erfolge vor dem vernichtenden Schlag von Tannenberg/Grunwald 1410. Nicht nur sollte der Orden auf den exorbitanten Kosten der Invasion und der anschließenden zehnjährigen Besatzung sitzen bleiben, inklusive einer erneuten Flottenoperation nach einem dänischen Eroberungsversuch 1403/04.¹⁰⁹ Obendrein ließ sich der entmachtete König Albrecht III. seine 1399 schon einmal verpfändeten Ansprüche auf die Insel 1405 noch einmal abkaufen – nun von Margarethe und Erich.¹¹⁰ 1407/08 schließlich überließ der Orden die Insel der Nordischen Union.¹¹¹ Langfristige Expansionsabsichten darf man also wohl ausschließen. Warum ließ sich der Orden auf dieses Abenteuer ein? Vielleicht sah man auf der Marienburg tatsächlich die Gefahr einer Einkreisung durch die beiden gerade entstandenen Unionskönigtümer Dänemark/Norwegen/Schweden und Polen/Litauen, wie sie sich in einer von den Pommernherzögen vermittelten Einigung mit Sophia von Pommern-Wolgast und Sven Sture auf Gotland hätte konkretisieren können. Dass den preußischen Städten bei alledem eher an einer Verringerung des tendenziell unkontrollierbaren Gewaltpotentials auf der zwischen allen Seiten umstrittenen Insel gelegen war, soll damit nicht in Abrede gestellt werden. Die vielschichtigen und wechselnden Loyalitäten der beteiligten Akteure machten die Situation zweifellos unübersichtlich. Auch die Eingriffe von außen dürften aber eher den ganz spezifischen taktischen und strategischen Erwägungen der jeweils Handelnden und den allemal kontingennten Handlungsspielräumen ge-

¹⁰⁸ HR I.4, Nr. 434, Nr. 436; die Marienburger Kanzlei verwechselt dabei offenbar die Linien Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin; vgl. *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 429, 435; *Schmandt*, Gotland Campaign, 253.

¹⁰⁹ Zum zweiten Krieg um Gotland vgl.: *Daenell*, Blütezeit, 145; *Mogren*, Burgenbau, 632; *Eimer*, Gotland, 206–225 (auch über die Beteiligung pommerscher, ebda., 206, und Stralsunder Truppen, ebda., 222); *Kattinger*, Verhandlungen, 56 f.; allg. vgl. *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 448 f., 454–472, zur Vorgesichte vgl. ebenda, 451 f.

¹¹⁰ *Benninghoven*, Gotlandfeldzüge, 473 (zu 1408); *Eimer*, Gotland, 236–239 (zu 1405); *Kattinger*, Verhandlungen, 57 (1405); *Etting*, Queen Margrete, 134.

¹¹¹ *Eimer*, Gotland, 261–270; *Kattinger*, Verhandlungen, 58.

schuldet gewesen sein. Verträge zu schließen und wieder zu brechen gehörte dabei zum Alltag. Die „Seeräuberbekämpfung“ jedenfalls war bei alledem wohl eher eine angenehm schlichte Konsensformel, auf die man sich frontenübergreifend einigen konnte.

IV. Konkurrierende Strategien in der politischen Kommunikation

Nimmt man mit der Mehrheit der Forschung an, dass die Gewaltdienstleister der Dänen und Mecklenburger mit dem Frieden vom Juli 1395 ihre Legitimität eingebüßt hätten und von „Kaperfahrern“ zu „Piraten“ geworden seien, dann wäre dies kein Fall von Vertragsbruch, sondern tatsächlich ein solcher von Kriminalität einer marodierenden Soldateska. Nimmt man hingegen an, dass sie weiter für ihre Auftraggeber fochten, seien es die Mecklenburger, Dänen, Pommern oder ein autonomer politischer Akteur wie Sven Sture, so stellt sich die Frage nach der Legitimität dieser Tätigkeit: Wurde ein Gewaltdienstleister, der im Auftrag eines vertragsbrüchigen Herren arbeitete, dadurch zum „Seeräuber“, oder blieb er durch die Dienststellung geschützt? Es war dies wohl letztlich eine Frage der militärischen Opportunität: In aller Regel stellte man besiegt Kämpfergruppen wie vor Visby 1398 eher Geleitbriefe aus, als dass man sie als Räuber verfolgt hätte.

Immerhin eine vielsagende Anekdote dürfte sein, dass einer der Kommandanten der mecklenburgischen Truppen in Stockholm und auf Gotland, der in der Forschung gern den „Vitalienbrüdern“ zugerechnete mecklenburgische Ritter Otto von Peccatel, zwischen den Engagements für seine Landesherren 1396 auch von der Stadt Lübeck für ihre Fehde gegen den Herzog von Braunschweig-Lüneburg angeheuert wurde.¹¹² Das „Haupt der Hanse“, die maßgebliche Garantiemacht des Waffenstillstands, heuerte also selbst bei der nächstbesten Gelegenheit Personal an, dem man kurz zuvor noch Seeraub unterstellt hatte – ein sicheres Zeichen für die mangelnde Tragfähigkeit einschlägiger Semantiken.¹¹³

Thomas Heebøll-Holm hat für Konflikte zwischen England und Frankreich im Kanal zu Beginn des 14. Jahrhunderts gezeigt, dass autonom agierende Gewaltakteure von den Obrigkeitene bevorzugt dann engagiert wurden, wenn ein bestehender Waffenstillstand offene Operationen unmöglich machte.¹¹⁴ So konnten Fürsten extralegal ihre politischen Ziele weiter verfolgen, ohne selbst eindeutig als Vertragsbrecher identifizierbar

¹¹² MUB XXIII, Nr. 12982; *Eimer*, Gotland, 125.

¹¹³ Vgl. dazu jetzt *Rohmann*, Piraterie.

¹¹⁴ *Heebøll-Holm*, Ports, Piracy and Maritime War.

zu sein – ganz dem Prinzip der „*plausible deniability*“ folgend, wie es Alfred Rubin benannt hat. Der Vertrag von Skanör und Falsterbo stellte die Heger von Friedensbrechern hingegen ausdrücklich mit diesen gleich: „*Und we den vredebreker witlien huset, hovet edder vordegedinget, den schal men holden allike schuldlich dem vredebrekere, und helpen also wol over em tho richtende, alse over den vredebrekere*“.¹¹⁵

Es versteht sich von selbst, dass eine solche Bestimmung dazu führen musste, dass die Auftraggeber, wenn es zum Schwur kam, jede Verantwortung ablehnten, wie Albrecht III. im Oktober 1395 gegenüber den Städten, die ihm gegenüber die (wohl durch die Rekrutierungskampagne Margaretha Dumes ausgelöste) Zusammenrottung von „Vitalienbrüdern“ vor dem karelischen Wiborg beklagt hatten.¹¹⁶ Und diese Bestimmung wird auch ausschlaggebend gewesen sein, wenn – zumindest der „Parteischrift“ des Deutschen Ordens zufolge – Johann von Schwerin im April 1398 gegenüber den Ordenshauptleuten die Verantwortung für seine Truppen ablehnte. Noch im Herbst 1395 hatten die preußischen Städte selbst bei den Beratungen der Städte die Anwendung dieser Bestimmung gegenüber den Mecklenburgern ausdrücklich abgelehnt.¹¹⁷

Und es ist schließlich ebenso wenig überraschend, dass beide Seiten diese Vertragsklausel für ihre diplomatische Verhandlungsführung nutzten. Ganz deutlich ist dies bei Margarethe von Dänemark: In ihrer Korrespondenz mit den Hansestädten und dem Deutschen Orden versuchte sie erst gar nicht, ihren mecklenburgischen Kontrahenten einen Bruch des Vertrags nachzuweisen, um ihr eigenes Vorgehen zu legitimieren. Vielmehr ignorierte sie schlicht deren Ansprüche auf die Kronen von Schweden und Dänemark, indem sie den Konflikt immer wieder als ein Problem der Seeräuberbekämpfung behandelte. Schon 1391–1394 war sie einer Verhandlungslösung immer wieder ausgewichen und hatte stattdessen bei den Städten für ein Bündnis zur gemeinsamen Bekämpfung der „*seerovers edder [...] de jhenen, de de koplude arghit hebben up dessen jaren [...]*“ geworben.¹¹⁸ Besonders die preußischen Städte und der Hochmeister hatten daraufhin ein ums andere Mal betont, die Dänen sollten doch bitte zunächst einmal selbst die Schädigung des Kaufmanns einstellen, dann könne man über ein Zusammengehen gegen die „Piraten“

¹¹⁵ HR I.4, Nr. 262.

¹¹⁶ HR I.4, Nr. 312; vgl. dazu *Teichmann*, Stellung, 70; zum Kontext vgl. *Rohmann*, Seeräuber, Kap. 2.

¹¹⁷ HR I.4, Nr. 309; vgl. dazu: *Teichmann*, Stellung, 67.

¹¹⁸ HR I.4, Nr. 191; vgl. dazu *Koppmann*, Vitalienbrüder, xiii; *Teichmann*, Stellung, 49f.; ähnlich HR I.4, Nr. 239 I, § 3, dazu *Koppmann*, Vitalienbrüder, xv.

reden.¹¹⁹ Umgekehrt verwendeten die Hansestädte den Rekurs auf die Seeräuber-Gefahr auch als vorgeschobene Begründung für eigene Flottenrüstungen, die sich mindestens ebenso gegen Dänemark selbst richteten.¹²⁰ Doch auch nach 1395 legitimierte die dänische Seite ihre Flottenoperationen immer wieder mit diesem Argument und forderte die Städte als Garantiemächte des Waffenstillstands auf, endlich gegen die „Seeräuberei“ vorzugehen.¹²¹ Dass dieses Argumentationsmuster vor wie nach Skanör/Falsterbo vorherrscht, zeigt gerade, dass es hier nicht um eine konkrete vertragsrechtliche Frage im Kontext des Waffenstillstands geht, sondern um die viel grundsätzlichere diskursive Disqualifikation der Herrschaftsansprüche des Gegners.

Und dieser Mechanismus funktionierte nicht nur gegenüber dem äußeren Feind, sondern auch gegenüber dessen inneren Verbündeten: Die innerschwedische und innerdänische Opposition gegen Margarethe, die offenbar sehr engen als bisher bekannt mit den Mecklenburgern kommunizierte und vielfach die Truppen anwarb, die zuvor in Albrechts Diensten gestanden hatten,¹²² wird in der skandinavischen Forschung bis heute mit den „Vitalienbrüdern“ gleichgesetzt.¹²³ „Rebellio“ und „pirateria“ werden hier deckungsgleich, auch dies ein Phänomen, das weit in die Neuzeit vorausweist. Eine quellenkritisch fundierte Analyse müsste diese Argumentationsfigur doch wohl dekonstruieren.

Nach 1395 rekurrerten dann auch die Mecklenburger auf dieses Argument, indem sie den Dänen vorwarfen, vertragswidrig „Seeräuber“ bzw. „Vitalienbrüder“ zu rekrutieren, so etwa Erich von Mecklenburg im November 1396 gegenüber Danzig:

[...] dat wi gherne wolden sturen unde vorstoren den serof unde mort de den iuwen unde meniken deme kopmanne schah van Swen Sturen vorscreeven unde synen vrunden, beyde to lande unde to watere.¹²⁴

Sie stellten aber die politische Legitimität der Königin Margarethe abseits der umstrittenen Ansprüche nicht grundsätzlich in Frage. Vielmehr wählten sie eine streng legalistische Argumentationsstrategie, indem sie Sture wiederum als autonomen Akteur anklagten und so die „*plausible deniability*“ aus Sicht der Königin anerkannten. Diese diplomatische Zu-

¹¹⁹ Vgl. z.B.: HR I.3, Nr. 411f.; HR I.4, Nr. 153 ff., 192 § 18 (März 1394); HR I.4, Nr. 505; *Koppmann*, Vitalienbrüder, xiiif.; *Teichmann*, Stellung, 55 ff.; *Eimer*, Gotland, 158.

¹²⁰ *Koppmann*, Vitalienbrüder, xiiif. (Frühjahr 1394).

¹²¹ HR I.4, Nr. 405 (Juli 1397).

¹²² *Kindahl*, Sven Sture.

¹²³ Vgl. *Mogren*, Vitalierna vid Bottenhavet; *Ders.*, Burgenbau.

¹²⁴ HR I.4, Nr. 385; vgl. dazu *Meichsner*, Parteischrift, 335; *Eimer*, Gotland, 126f.

vorkommenheit konnten sie sich freilich nicht durchgehend erlauben, denn immer wieder beklagten sie die aus ihrer Sicht vorliegenden Vertragsbrüche Margarethes: Diese habe mit der Offensive Sven Stures auf Gotland 1395/96 die Teilungsregelung verletzt;¹²⁵ sie habe mit der Erhebung Erichs von Pommern zum König von Schweden im Juli 1396 die weiter bestehenden Ansprüche Albrechts missachtet;¹²⁶ sie verschleppe die Besiegelung des Waffenstillstandsvertrags und habe im Sommer 1396 von Kalmar aus einen Invasionsversuch gegen Visby unternommen;¹²⁷ schließlich habe sie mit der Vereinigung der drei Königreiche unter der Herrschaft Erichs im Sommer 1397 (der Kalmarer Union) den vertraglich festgeschriebenen Status quo endgültig mit Füßen getreten.¹²⁸ Deshalb sahen sich die Mecklenburger gezwungen, so Johann II. von Stargard gegenüber dem Orden im Januar 1398 (also kurz vor der Invasion auf Gotland), ihrerseits Truppen anzuwerben. Diese hätte man aber darauf verpflichtet, nur zu Lande zu kämpfen. Auch sagte man erneut schon prophylaktisch Kompensation für etwaige Schädigungen von Kaufleuten zu.¹²⁹ Die Reaktion des bereits zum Krieg entschlossenen Hochmeisters auf diese „Warschau“ freilich fiel kühl aus: Er verwies nun auf die Bestimmung des Vertrags von Lindholm, Heger der „Vitalienbrüder“ wie diese selbst zu behandeln.¹³⁰

Grundsätzlich erkannten der Deutsche Orden und die preußischen Städte die legalistische Position der Mecklenburger bis 1398 und auch darüber hinaus durchaus an. Von dieser Einschätzung rückte man nicht einmal ab, als man gegen die Auflösungstendenzen in der mecklenburgischen Herrschaft auf Gotland ein Eingreifen für notwendig erachtete. Anders die wendischen Städte um Lübeck: In ihren Beratungen werden die Truppen der Mecklenburger mehr und mehr zu „Seeräubern“ und „Vitalienbrüdern“, die man unterschiedslos bekämpfen müsse. In der Praxis reichte es freilich diesbezüglich in der Regel nur zu Lippenbekennissen: Nicht ein einziges Mal wurde wirklich eine wirksame hanseatische Flotte in die See gelegt. Es blieb bei alljährlichen Appellen an die kriegsführenden Mächte, den Kaufmann zu schonen.¹³¹ Da auch die

¹²⁵ HR I.4, Nr. 438 § 4; vgl. die Darstellung bei *Meichsner*, Parteischrift, 335. Die Forschung hat diesen Legitimationsversuch der Mecklenburger tendenziell ignoriert, weil sie die „Vitalienbrüder“ einseitig mit Albrecht II. und Erich identifizierte.

¹²⁶ HR I.4, Nr. 425 § 1; vgl. 424 § 1 (Januar 1398).

¹²⁷ HR I.4, 370; 438 § 4, dazu *Kattinger*, Verhandlungen, 50 f.

¹²⁸ HR I.4, Nr. 413, § 8; vgl. allgemein *Etting*, Queen Margrete, 105 f.

¹²⁹ HR I.4, Nr. 424 § 1; 425 § 1; vgl. *Meichsner*, Parteischrift, 339.

¹³⁰ HR I.4, Nr. 425 § 5.

¹³¹ Vgl. schon *Teichmann*, Stellung, passim.

wendischen Städte hinsichtlich ihrer politischen Parteinahme uneins waren, blieb ihnen die Möglichkeit verschlossen, die Kämpfer einer oder beider Seiten pauschal und wirksam als „Seeräuber“ zu disqualifizieren. Sie wollten sich aber erkennbar auch nicht auf eine Debatte über die Vertragstreue der beiden Kontrahenten einlassen, da dies den Friedensschluss in Frage gestellt hätte. Die Aufforderungen der Mecklenburger, ihrer Rolle als Garantiemacht gegenüber Margarethe gerecht zu werden, wurden immer wieder dilatorisch behandelt, weil man sonst zwangsläufig vom Schiedsrichter zur Partei geworden wäre.¹³² Lieber hielt man an der Fiktion der Vertragsgültigkeit fest und akzeptierte dann die von anderen hergestellte Faktenlage. Alles andere als ein solches Lavieren hätte offenbar den Minimalkonsens innerhalb der Hanse gesprengt.

V. Fazit

Analysiert man die Konflikte der 1390er Jahre rund um Gotland also ohne die traditionell erkenntnisleitende Fokussierung auf die „Piraterie“, so lassen sich die Akteure und ihre Frontlinien präziser benennen. Die politische Funktionalität von Vertragsschluss und Vertragsbruch wird deutlicher erkennbar. Und die Rolle von autonomen Gewaltakteuren und marktorientiert operierenden Gewaltdienstleistern für die Weiterverfolgung politischer Ziele in Zeiten eines bestehenden Vertrags wird besser verständlich.

Damit ist nicht gesagt, dass die mecklenburgische Partei sich nach 1395 vertragstreu verhalten hätte, während die dänische vertragsbrüchig geworden wäre, sondern dass beide Parteien unterschiedliche Legitimationsstrategien für ihr politisches Handeln wählten: Die unterlegenen Mecklenburger waren auf das Wohlwollen der Städte angewiesen. Es empfahl sich daher, deren Ansprüchen entgegenzukommen und an ihre Schiedsrichterrolle zu appellieren. Zugleich versuchte man natürlich, militärisch und politisch wieder in die Offensive zu kommen. Margarethe hingegen konnte mit machtpolitischen Mitteln Fakten schaffen, so dass sich ihr die vertragsrechtliche Legitimitätsfrage nicht mehr stellte. Sie konnte schließlich den politischen Souveränitätsanspruch ihres Kontrahenten grundsätzlich in Frage stellen, indem sie dessen Kämpfer als „seerover“ disqualifizierte.

Die bisherige Interpretation der Ereignisse vor und nach 1395 krankt daran, dass die hansegeschichtliche Forschung tendenziell immer die Lübecker im Recht sieht, und dass sie immer noch von einer staatszentrier-

¹³² Vgl. HR I.4, Nr. 413, § 8.

ten Sicht der Dinge ausgeht. Darum ist für sie die dänische Argumentationsstrategie besonders anschlussfähig, wie sie im Lübecker Rat um 1395 aus taktischen Gründen vorherrschend war. Und darum werden bis heute in der Forschung die mecklenburgischen „Seeräuber“ bevorzugt thematisiert, nicht aber die dänischen.

Schon die Fürsten des 14. Jahrhunderts überließen den Kleinkrieg nach Vertragsschluss gern autonomisierten Gewaltanbietern mit begrenzter Loyalität, um sich gegenüber Klagen verantwortungslos halten zu können. Auch Albrecht III. von Schweden und Johann IV. von Schwerin spielten 1397/98 mit dem Argument, ihre Truppen nicht im Griff zu haben. Damit lieferten sie freilich der Gegenseite ein Argument an die Hand: „*Plausible deniability*“ heißt für die konkreten Gewaltausführenden immer, dass ihr Auftraggeber sie nicht decken kann, wenn es gefährlich wird. Dieses Risiko lassen sie sich durch umso höhere Gewinnaussichten prämieren. Dem oberflächlichen Betrachter erscheinen sie dann als „Piraten“.

Der Vertragsbruch ist integraler Bestandteil des politischen Spiels, dessen Funktionalität gerade davon lebt, dass er zugleich ethisch delegitimiert und praktisch alltäglich ist. Gerade weil es den Grundsatz des *Pacta sunt servanda* gibt, werden Verträge auch weiterhin geschlossen, werden sie gebrochen, und wird dieser Vertragsbruch beklagt, wenn es taktisch und strategisch opportun ist. Umso mehr gilt dies für das späte Mittelalter, jene Epoche, in der sich der moderne Territorialstaat mit seinem Anspruch auf Transpersonalität und Souveränität und seinem durch ein Fiskalsystem finanzierten Militär im Entstehungsprozess befand. Die Grenze zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren war um 1400 fließender als heute, soweit sie schon existierte. Der Blick in die Tageszeitung darf also nicht zur vorschnellen Gleichsetzung verleiten. Er schärft jedoch den Blick für die Kritik an jenen Forschungstraditionen, die politische Konflikte des Spätmittelalters eindimensional durch die Brille der modernen Staatlichkeit betrachten. Zu klären bliebe, ob der gegnerische Bruch des Vertrags tendenziell eine diplomatische Ressource der Schwachen ist, während die Starken lieber auf die Macht des Faktischen und die grundsätzliche Disqualifizierung des Gegners setzen. Aber dies könnten wir erst im Vergleich beantworten.

Quellen

Die lübeckischen Chroniken in niederdeutscher Sprache. 2 Bände, hrsg. von F. H. Grauhoff, Hamburg 1829/30 Bd. 1.

Hansisches Urkundenbuch, hrsg. v. Verein für Hansische Geschichte, Bd. 5, Halle a. d. Saale 1899, hrsg. v. Karl Kunze (zitiert HUB V).

Mecklenburgisches Urkundenbuch, hrsg. v. Verein für Mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde, 25 Bde. in 3 Abteilungen., Bd. 23: 1396–1399, Schwerin 1911 (zitiert als: MUB XXII).

Die Recessen und andere Akten der Hansetage, herausgegeben durch die Historische Comission bei der Königlichen [Bayerischen] Academie der Wissenschaften, später vom Verein für Hansische Geschichte, Bd. I.3 und I.4, hrsg. v. Karl Koppmann, Leipzig 1875/77 (zitiert als: HR).

„Schluss der Detmar-Chronik“, hrsg. von Karl Koppmann, in: Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 26: Lübeck, Bd. 2, Leipzig 1899, ND Göttingen 1967.

Urkundenbuch der Stadt Lübeck, hrsg. v. Verein für Lübeckische Geschichte und Alterthumskunde, Abth. 1: Codex diplomaticus Lubecensis, Teil 4, Lübeck 1873 (zitiert als: Lüb UB IV).

Literatur

Auge, Oliver, Handlungsspielräume fürstlicher Politik im Mittelalter. Der südliche Ostseeraum von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in die frühe Reformationszeit (Mittelalter-Forschungen, Bd. 28), Ostfildern 2009.

Benninghoven, Friedrich, Die Gotlandfeldzüge des Deutschen Ordens, 1398–1408, in: Zeitschrift für Ostforschung 12 (1964), 421–478.

Bjork, David K., Piracy in the Baltic, 1375–1398, in: Speculum 18 (1943), 39–68.

Bøgh, Anders, Sejren i kvindens hånd. Kampen om magten i norden ca. 1365–89. Århus 2003.

Böhringer, Karl-Heinz, Das Recht der Prise gegen Neutrale in der Praxis des Spätmittelalters (Das Geltende Seekriegsrecht in Einzeldarstellungen, Bd. 7), Frankfurt am Main 1972.

von Brandt, Ahasver, Die Hansestädte und die Freiheit der Meere, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedenkschrift Fritz Rörig, hrsg. v. Ahasver von Brandt/Wilhelm Koppe, Lübeck 1953, 179–193.

Christiansen, Kirsten/Davidson, Joan F. /*Liebgott*, Niels-Knud/*Lindgreen Pedersen*, Anne Marie (Hrsg.), Margrete I. Regent of the North. The Kalmar Union 600 Years. Kopenhagen 1997.

Daenell, Ernst, Die Blütezeit der deutschen Hanse. Hansische Geschichte von der zweiten Hälfte des XIV. bis zum letzten Viertel des XV. Jahrhunderts, 2 Bde., Berlin 1905.

– Geschichte der Deutschen Hanse in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts, Leipzig 1897.

– Die Kölner Konföderation vom Jahre 1367 und die schonischen Pfandschaften: Hansisch-dänische Geschichte 1367–1385 (Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte, I.1), Leipzig 1894.

- Dahlbäck, Göran, Sten Sture – der schwedische Reichsverweser und die deutschen Städte (1470–1500),* in: Akteure und Gegner der Hanse. Zur Prosopographie der Hansezeit, hrsg. v. Detlef Kattinger/Horst Wernicke/Ralf-Gunnar Werlich (Hansische Studien, Bd. 9), Weimar 1998, 299–306.
- Dollinger, Philippe, Die Hanse, neu bearbeitet von Volker Henn und Nils Jörn,* Stuttgart 2012.
- Eimer, Brigitta, Gotland unter dem Deutschen Orden und die Komturei Schweden zu Årsta.* Innsbruck 1966.
- Etting, Vivian, Queen Margrete I. (1353–1412) and the Founding of the Nordic Union,* Leiden/Boston 2004.
- Girgensohn, Paul, Die Skandinavische Politik der Hansa 1375–95,* Uppsala 1898.
- Habermann, Jan: Spätmittelalterlicher Niederadel im Raum nördlich der Elbe. Soziale Verflechtung, Fehdepraxis und Führungsanspruch regionaler Machtgruppen in Südholstein und Stormarn (1259 bis 1421),* Norderstedt 2015 (Verherrschaftungen in Reich, Raum und Regionen, 1) (ePub).
- Heebøll-Holm, Thomas, Ports, Piracy and Maritime War. Piracy in the English Channel and the Atlantic, c. 1280–c. 1330 (Medieval Law and its Practice, Bd. 15),* Leiden 2013.
- Hoffmann, Erich, König Waldemar IV. als Politiker und Feldherr,* in: Akteure und Gegner der Hanse. Zur Prosopographie der Hansezeit, hrsg. v. Detlef Kattinger/Horst Wernicke/Ralf-Gunnar Werlich (Hansische Studien, Bd. 9), Weimar 1998, 271–288.
- Kattinger, Detlef, Die Verhandlungen zwischen König Albrecht von Schweden, dem Deutschen Orden, dem Unionskönigtum und den Hansestädten um die Gotlandfrage. Eine Studie zum Kräfteverhältnis im Ostseeraum am Beginn des Unionszeitalters,* in: Der Deutsche Orden in der Zeit der Kalmarer Union, 1397–1521, hrsg. v. Zenon Hubert Nowak (Ordines militares: Colloquia Torunensis historica, X), Bd. 1, Torun 1999, 47–68.
- Kindahl, Leif, Sven Sture – drottning Margaretas stådhållare på Gotland eller sjörövarhövding,* in: Gotländskt Arkiv 69 (1997), 95–114.
- Koppmann, Karl, Die Vitalienbrüder,* in: Die Recessen und andere Akten der Hansetage, herausgegeben durch die Historische Commission bei der Königlichen [Bayerischen] Academie der Wissenschaften, später vom Verein für Hansische Geschichte, 22 Bde., Leipzig 1870–1905, Bd. I.4, S. v–xxiii.
- Krüger, Joachim, Die dänischen Könige als Lehnsherren der Herzöge von Pommern-Wolgast, 1325–1438,* in: Baltische Studien 95 (2009), 9–34.
- Kubon, Sebastian, Die Außenpolitik des Deutschen Ordens unter Hochmeister Konrad von Jungingen (Nova Mediaevalia, 15),* Göttingen 2016.
- Meichsner, Michael, Die sogenannte „Parteischrift des Hochmeisters des Deutschen Ordens“ und ihre Aussagekraft für die Verhältnisse auf Gotland 1398,* in: Hansegeschichte als Regionalgeschichte, hrsg. v. Oliver Auge (Kieler Werkstücke. Reihe A, Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, Band 37), Frankfurt am Main 2014, 333–348.

Mogren, Mats, Vitalierna vid Bottenhavet – pirater eller länsherrar? En tolkning av 1398 års överlätsele dokument, in: En Norrlandsbygd möter yttervärlden, hrsg. v. Leif Grundberg (Styresholmprojekts skrifter, bd. 3), Härnösand 1994, 105–112.

- Die Vitalienbrüder und der Burgenbau im nördlichen Ostseeraum, in: Die Hanse: Lebenswirklichkeit u. Mythos, Katalog Hamburg 1989, hrsg. v. Jörgen Bracker, Bd. 1, 627–633.

Neustadt, Cornelia, Kommunikation im Konflikt. König Erich VII. von Dänemark und seine Kontrahenten im Ostseeraum (1397–1439), Leipzig 2012.

Niitema, Vilho, Das Strandrecht in Nordeuropa im Mittelalter (Annales Academiae Scientiarum Fenniae, 94), Helsinki 1956.

Nordman, Viljo Adolf, Albrecht, Herzog von Mecklenburg, König von Schweden, Helsinki 1938.

Oelgarte, Friedrich, Die Herrschaft der Mecklenburger in Schweden, Halle 1902.

Olesen, Jens E., Erich von Pommerns Alleinherrschaft, 1412–1440, in: „huru thet war talet j kalmarn“. Union und Zusammenarbeit in der Nordischen Geschichte. 600 Jahre Kalmarer Union, hrsg. v. Detlef Kattinger/Dörte Putensen/Horst Wernicke (Greifswalder Historische Studien), Hamburg 1997, 199–239.

Olsen, Olaf, Ufredens hav. En 600 år gammel sørøverhistorie fra Ostersoen. København 2002.

Prietzl, Malte, Krieg im Mittelalter, Darmstadt 2006.

Puhle, Matthias, Die Vitalienbrüder. Klaus Störtebeker und die Seeräuber der Hansezeit, Frankfurt am Main/New York 21994.

Rebas, Hain, Frustration and Revenge? Gotland strikes back – during the long 15th Century, 1390's-1525, in: The Image of the Baltic. A Festschrift for N. Blomkvist, hrsg. v. Michael F. Scholz/Robert Bohn/Carina Johansson, Visby 2012, 229–246.

Rohmann, Gregor, Jenseits von Piraterie und Kaperfahrt. Für einen Paradigmenwechsel in der Geschichte der Gewalt im maritimen Spätmittelalter, in: Historische Zeitschrift 304 (2017), 1–48.

- Wie wird man ein Seeräuber? Die Fehden des Bernd van Vreden (1407–1419) und des Claus Doeck (1419–1425) gegen die Stadt Reval im Vergleich, erscheint in: Die Hanse im Konflikt, hrsg. v. Ortwin Pelc, (Hansische Studien), Trier 2018.
- Did the „Vitalian Brethren“ Forbid the Trade in the Baltic Area?, erscheint in: The Sea in History. The Medieval World, hrsg. v. Michel Balard, Woodbridge 2017, S. 585–594.
- Wegnehmen, Verhandeln, Erstatten. Politischer Alltag im Hanseraum um 1400, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), H. 9/10, 574–585.
- Der Kaperfahrer Johann Stortebeker aus Danzig. Beobachtungen zur Geschichte der „Vitalienbrüder“, in: Hansische Geschichtsblätter 125 (2007), 77–119.

Rubin, Alfred P., The Law of Piracy, Irvington-on-Hudson 21998.

Schmandt, Raymond H., The Gotland Campaign of the Teutonic Knights, in: *Journal of Baltic Studies* 6 (1975), 247–258.

Schubert, Ernst: Geschichte Niedersachsens, begründet von Hans Patze, hg. von Ernst Schubert. Bd. 2. Teil 1. Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Hannover 1997 (Veröffentlichungen der Hist. Komm. für Niedersachsen und Bremen. Geschichte Niedersachsens, 2.1).

Svenskt Biografiskt Lexikon, Stockholm 1918–2002, 34 Bde.

Tai, Emily Sohmer, Marking Water. Piracy and Property in the Pre-Modern West, in: *Seascapes, Littoral Cultures, and Trans-Oceanic Exchanges*, hrsg. v. Jerry Bentley/Renate Bridenthal/Karen Wigen, Honolulu 2007, 205–220.

Teichmann, Fritz, Die Stellung und Politik der hansischen Seestädte gegenüber den Vitalienbrüdern in den nordischen Thronwirren, 1389–1400, Berlin 1931.

Thomson, Janice E., Mercenaries, Pirates, and Sovereigns. State-building and Extraterritorial Violence in Early Modern Europe, Princeton, N.J. 1994.

Voigt, Johannes, Die Vitalienbrüder, in: *Historisches Taschenbuch*, hrsg. v. Friedrich Raumer. NF 2 (1841), 3–159.

Bei der Wieden, Helge, Die Seepolitik der Herzöge von Mecklenburg, in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 126 (1990), 17–35.

Konkurrenzverbot und Kontorsverlegungen, oder: Wie das institutionelle Setting den Vertragsbruch erklärt

Von *Ulla Kypta*

Gleich welche grausigen Höllenqualen dem Vertragsbrecher angedroht wurden, wie elaboriert die Poenformel formuliert worden war, wie viele Zeugen zur Bestätigung des Vertrags angeführt wurden, Verträge wurden immer wieder gebrochen. Die Tagung in Münster führte so viele Beispiele für Vertragsbrüche zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten im Verlauf des Mittelalters auf, dass es auf den ersten Blick schien, als seien die Verträge das Papier respektive Pergament nicht wert gewesen, auf dem sie geschrieben worden waren. Will man die mittelalterlichen Diplomaten und andere Vertragsparteien nicht als irrationale Ressourcenverschwender aburteilen, die Verträge aushandelten und ausfertigten, an die sich anschließend ohnedies niemand hielt, muss man – wie auf der Tagung geschehen – die Funktion untersuchen, die einem Vertrag zukam und die offenbar nicht darin bestand, einmal ausgefertigt und anschließend buchstabentreu verfolgt zu werden.

Dazu muss man analysieren, mit welchen impliziten Annahmen und unausgesprochenen Übereinkünften die explizit ausformulierten Regeln des Vertrags im Zusammenhang standen. Dazu eignet sich die institutionelle Analyse besonders gut, wie hier anhand von zwei Beispielen aus der Wirtschaftsgeschichte gezeigt werden soll. Die Institutionenanalyse bietet einen systematischen Ansatz, um Regeln in ihrem Beziehungsgeflecht mit Normen und Überzeugungen zu erfassen, das die Funktionsweise einer Regel erst verständlich werden lässt. Eine Institution, wie hier eine Übereinkunft zwischen zwei Parteien, besteht immer aus einem Komplex aus Regeln, Normen und Überzeugungen.¹ Scott spricht von drei Säulen, einer regulativen, einer normativen und einer kognitiv-kulturellen Säule.² Regeln begrenzen (und ermöglichen) bestimmte Verhaltensweisen und Handlungen; sie werden gesetzt und durchzusetzen versucht. Regeln bestehen üblicherweise explizit, d. h. den Mitgliedern der betreffenden Gruppe ist bewusst, dass diese Regeln existieren und sie sie einhalten

¹ Scott, Institutions, 48; Greenwood, Introduction, 4.

² Scott, Institutions, 50–69.

oder brechen können. Normen und Überzeugungen hingegen können auch verfolgt (oder missachtet) werden, ohne dass die Akteure sich dessen bewusst wären. Normative Systeme definieren die legitimen Ziele (Werte) einer Gruppe und die legitimen Wege (Normen), sie zu erreichen. Unter Überzeugungen (auch als „ideologies“³ oder „cognitive structures“⁴ bezeichnet) sind allgemein anerkannte Bedeutungszuweisungen zu verstehen, die die Grundlage bilden für unhinterfragte, selbstverständlich wiederholte Handlungen.⁵ Diese drei Elemente können in unterschiedlichen Institutionen verschieden stark ausgeprägt sein. Man muss jedoch alle drei Komponenten berücksichtigen, um die Funktionsweise einer Institution zu erfassen.⁶

Übertragen auf die Übereinkunft zwischen zwei Parteien kann man den schriftlich (oder mündlich) explizit ausgearbeiteten Vertrag entsprechend als Sammlung von Regeln erfassen. Diese Regeln entfalten sich auf einem Fundament von Normen und Überzeugungen. Zwischen beiden Parteien bestand neben dem konkret (schriftlich oder mündlich) ausgearbeiteten Vertrag noch ein gleichsam grundsätzlicherer Vertrag, der bestimmte, welche Verhaltensweisen und Ziele als legitim angesehen wurden und unter welchen Bedingungen sich die Zusammenarbeit lohnte. Bei der folgenden Analyse der zwei Fallbeispiele werden entsprechend zwei Arten von Verträgen untersucht: Der konkret ausgearbeitete Vertrag, der eine Vielzahl an Regeln umfasste, und die grundsätzliche Übereinkunft über die wechselseitigen Ziele, Annahmen und Wertvorstellungen. Wird im Folgenden nur vom „Vertrag“ gesprochen, so ist stets erstere Form gemeint.

Implizite Annahmen und Übereinkünfte lassen sich natürlich weniger gut rekonstruieren als ausformulierte Regelungen. Deswegen wurden für den vorliegenden Beitrag zwei Beispiele aus der Geschichte des Handels ausgewählt, denn auf diesem Gebiet kann zumindest von einer Grundan-

³ Meyer, Institutionalized Organizations, 84.

⁴ Greenwood, Introduction, 3.

⁵ Am Beispiel des Fußballspiels könnte man illustrieren, dass formelle oder informelle Regeln etwa festlegen, wer warum eine rote Karte erhält oder welche Laufwege ein 6er zu gehen hat. Ein normatives Element kann z.B. im Trikottausch nach dem Spiel gefunden werden. Kognitiv-kulturell hingegen wird festgelegt, wer sich als Mitspieler wahrnehmen darf, was das Erzielen eines Tores bedeutet usw. Scott beschreibt die Säulen entsprechend am Beispiel des American Football, siehe ebd., 65.

⁶ Dieses Vorgehen ähnelt der klassischen Kontextklärung, die jeder Historiker vornehmen sollte. Die Institutionenanalyse geht allerdings noch systematischer vor, indem sie die drei Ebenen Regeln, Normen und Überzeugungen analysiert. Die Abstrahierung nach diesen drei Kategorien erleichtert zudem Vergleiche zwischen verschiedenen Fallstudien, wie die folgenden Analysen deutlich machen werden.

nahme ausgegangen werden:⁷ Handelsgeschäfte mussten sich für die Beteiligten mindestens langfristig lohnen. Damit soll nicht propagiert werden, dass die Kaufleute eine Strategie der strikten Nutzenmaximierung verfolgten, sondern lediglich eine Mindestanforderung an ihr Handeln formuliert werden: Wenn die Handelsgeschäfte eines Kaufmanns über längere Zeit keinerlei Gewinne abwarf, konnte er sie nicht weiter ausführen, ganz unabhängig von seinen weiteren Norm- und Wertvorstellungen. Zumindest eine implizite Übereinstimmung zwischen beiden Vertragsparteien lässt sich also in der Handelsgeschichte begründet vermuten: Die Übereinkunft sollte dem beiderseitigen wirtschaftlichen Nutzen dienen. Diese Annahme muss natürlich im konkreten Fall überprüft werden. Dazu bedarf es einer ausreichenden Quellenbasis, die es ermöglicht zu hinterfragen, ob sich das Verhalten der Kaufleute sinnvoll und stimig damit interpretieren lässt, dass die Kaufleute sich an ihrem wirtschaftlichen Gewinn orientierten. Deshalb wurden hier zwei gut dokumentierte Fälle ausgewählt.

Das erste Beispiel liefern Gesellschaftsverträge: Kaufleute schlossen sich zu Gesellschaften zusammen, um ihren Geschäften gemeinsam nachzugehen. Dabei stellten sie meistens das Verbot auf, zur gleichen Zeit anderen Handel zu treiben, sei es Handel auf eigene Rechnung, sei es Handel für andere Kaufleute, die nicht der Gesellschaft angehörten. Dieses so genannte Konkurrenzverbot⁸ – manchmal auch als Wettbewerbsverbot bezeichnet⁹ – wurde jedoch häufig gebrochen. Die zweite Fallstudie beschäftigt sich mit den Verträgen zwischen dem Hansekontor in Brügge und den flandrischen Autoritäten, in denen das Kontor Handelsprivilegien erhielt und dafür die Zusicherung gab, dass hansische Kaufleute ihren Handel über Brügge durchführen würden. Auch diese Verträge wurden mehrfach gebrochen.

Wie die Analysen zeigen werden, lassen sich beide Fälle etwas anders interpretieren, als die bisherige Forschung es vornimmt, wenn man nicht nur die vereinbarten Regeln, sondern auch Normen und Überzeugungen

⁷ Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die institutionelle Analyse in der heutigen Forschung zwar hauptsächlich in den Wirtschaftswissenschaften und insbesondere der Wirtschaftsgeschichte verwendet wird, die weite Definition von Institutionen als Regeln, Normen und Überzeugungen jedoch ermöglicht, jeden Bereich einer Gesellschaft auf seine Institutionen hin zu analysieren. Die Institutionenanalyse hat Wurzeln nicht nur in der Wirtschaftswissenschaft, sondern auch in der Soziologie und Politikwissenschaft. Einen guten Überblick über die Geschichte der Institutionenanalyse gibt Scott, Institutions.

⁸ Riebartsch, Handelsgesellschaften, 235; Ortner, Handlungsgehilfe, 20; Denzel, Merchant Family, 386.

⁹ Lutz, Struktur, 307–321.

berücksichtigt. Beide Beispiele unterscheiden sich in der Form des konkret ausgearbeiteten Vertrags, der die Regeln festhielt. Die Gesellschaftsverträge ähneln dem, was man heute alltagssprachlich als Vertrag bezeichnet: Alle Regelungen wurden in einem einzigen Schriftstück zusammengestellt, das von allen Vertragsparteien unterzeichnet wurde. Der Vertrag zwischen dem Hansekontor und den flandrischen Autoritäten hingegen zeigt eher die im Mittelalter wesentlich häufiger anzutreffende Form der wechselseitigen, aufeinander bezogenen Versprechungen, die zwar ausdrücklich schriftlich (oder mündlich) formuliert, nicht aber in einem von allen unterzeichneten Schriftstück festgehalten wurden. So lässt sich zeigen, dass die Institutionenanalyse zur Untersuchung beider Arten von Verträgen beitragen kann und neue Interpretationen ermöglicht. Das zweite Fallbeispiel stellt zudem den Zusammenhang zu den anderen Beiträgen des Sammelbands her, die sich hauptsächlich mit dieser Art von Verträgen im Sinne wechselseitiger Vereinbarungen beschäftigen.

I. Gesellschaftsverträge: Der Bruch des Konkurrenzverbots

Gesellschaftsverträge schlossen Kaufleute miteinander. Beispielsweise vereinigten sich im Jahr 1473 die Gebrüder Claus und Kraft Stalburg, deren Schwester Katharina Bromm und die Frau von Claus Stalburg zu einer Gesellschaft.¹⁰ In Augsburg gründeten Andreas Grander, Conrad Rehlinger und Hans Hanolt im Jahr 1503 eine Gesellschaft.¹¹ Ganz ähnliche Verträge wurden auch vereinbart, wenn eine solche Gesellschaft einen Handelsdiener aufnahm.¹² So verpflichtete sich Clas Scherpelin von Lypen im Jahr 1479, für die Frankfurter Gesellschaft von Kraft Stalburg zu arbeiten.¹³ Simon Pechori schloss im Jahr 1546 einen Vertrag, der ihn in den Dienst der Gesellschaft von Sebastian Neithart und Hieronymus Sayler stellte.¹⁴ Für den vorliegenden Beitrag habe ich insgesamt 34 Verträge untersucht, davon 28 Verträge unter Gesellschaftern und Gesellschafterinnen und sechs Anstellungsverträge. Die Mehrzahl stammt aus dem süddeutschen Raum des 15. und 16. Jahrhunderts.¹⁵

¹⁰ Abgedruckt in *Kriegk*, Bürgerthum, 437–439.

¹¹ Abgedruckt in *Schöningh*, Rehlinger, 67–73.

¹² Allgemein zu den Handelsdienern siehe *Hildebrandt*, Diener.

¹³ Gedruckt in *Kriegk*, Bürgerthum, 443 f.

¹⁴ Gedruckt in *Bauer*, Unternehmung, 129–131.

¹⁵ Da die Forschung bisher davon ausging, dass Handelsgesellschaften mit vielen Teilnehmern und langer Laufzeit vor allem in Süddeutschland gegründet wurden, sind aus diesem Raum wesentlich mehr Gesellschaftsverträge aufgearbeitet und ediert. Im norddeutschen Raum wurde nach solchen Verträgen noch nicht sys-

In den Gesellschaftsverträgen verpflichten sich die Vertragsparteien, ein bestimmtes Kapital zusammenzulegen und damit zum gemeinsamen Nutzen oder Schaden Geschäfte zu treiben.¹⁶ Handelsdiener versprachen ihren Dienst und erhielten dafür einen gewissen Lohn sowie meistens Kost und Logis. Als beispielsweise die oben genannte Gesellschaft von Kraft Stalburg im Jahr 1479 Wolf Kemmerer als ihren Vertreter in Venedig einstellte, wurden Kemmerer als Lohn 125 Gulden sowie die Übernahme von Kost und Kleidung zugesagt. Dafür verpflichtete er sich, in Venedig und Umgebung alle Geschäfte durchzuführen und Wechsel anzunehmen sowie bei Bedarf zu reisen, wohin die Gesellschafter es wünschten.¹⁷ Die genaue Ausgestaltung der Beziehung unter den Gesellschaftern oder zwischen Gesellschaftern und Handelsdienern wurde in zahlreichen Bestimmungen festgelegt. Eine dieser Regeln wird in der Forschung als besonders wichtig angesehen und steht deshalb hier im Fokus: Das so genannte Konkurrenzverbot untersagte es den Vertragsparteien, neben dem Handel für einen bestimmten Partner oder eine Gruppe von Partnern noch eigenen Handel zu treiben oder mit weiteren Partnern zu kooperieren.¹⁸ Die Forschung sieht im Konkurrenzverbot ein besonderes Charakteristikum süddeutscher Gesellschaften, denn norddeutsche Kaufleute hätten einem solchen Konkurrenzverbot nicht unterlegen.¹⁹ Darin zeige sich mithin der spezifische Charakter oberdeutscher Handelshäuser, denn das Konkurrenzverbot bringe „den Einheitsgedan-

tematisch gesucht, obwohl Beispiele wie die Falbrecht-Morser-Rosenfeld-Gesellschaft mit Sitz in Thorn und Danzig oder die Firma Loitz aus Stettin darauf hindeuten, dass auch im Norden im Laufe des 15. Jahrhunderts große Handelshäuser entstanden. Siehe zur Falbrecht-Gesellschaft *Hucker*, *Fernhändler*, *Irsigler*, Kupferhandel; zum Handelshaus Loitz *Böcker*, Handelshaus, *Papritz*, Handelshaus.

¹⁶ So beginnt zum Beispiel der Gesellschaftsvertrag zwischen Peter, Ludwig, Jérónimus, Simon, Peter dem Jüngeren, Andreas, Gabriel und Linhart Imhoff: „Wyr her noch benantten mit nomen [...] alle zu Nurmberg und Augspurg purger bekennen und thun kundt allermenigklich in krafft dies prieffs, also das wir uns gutlich und freuntlich einer geschellschaft und kauffschlagshandlung zu gewin und verlust mie ein ander vereint und vertagen haben.“ *Lutz*, Struktur, 60.

¹⁷ *Kriegk*, Bürgerthum, 443.

¹⁸ So schreibt zum Beispiel Ortner: „Hiermit ist eine weitere sehr wichtige Vertragsbestimmung berührt: Das Konkurrenzverbot. Dieses findet sich in fast sämtlichen Verträgen im ausgedehntesten Maße vor. Dem Diener war meist jedes, auch das geringfügigste Unternehmen auf eigene Rechnung verboten, mochte es sich um ein eigentliches Handelsgeschäft, ein Geldgeschäft oder die Teilnahme an irgend einem Geschäft eines Dritten handeln.“ *Ortner*, Handlungsgehilfe, 20.

¹⁹ Ein Hansekaufmann sei immer an mehreren Geschäften gleichzeitig beteiligt gewesen, weshalb seine verschiedenen Handelspartner durchaus zugleich in Konkurrenz zueinander stehen konnten, siehe *Ewert/Selzer*, Stärke, 44f. Ein oberdeutscher Kaufmann hingegen habe seine Geschäfte innerhalb eines Handelshauses durchgeführt. Er habe die Firma wechseln, aber nicht gleichzeitig für ver-

ken sowie den Exklusivcharakter“ zum Ausdruck, „der dem gesellschaftlichen Gefüge zugrunde lag“.²⁰ In 18 der 34 untersuchten Verträge wird ein Konkurrenzverbot formuliert. So heißt es zum Beispiel in dem Gesellschaftsvertrag, den die Augsburger Bürger Andreas Grander, Conrad Rehlinger der Jüngere und Hans Hanolt im Jahr 1503 abschlossen: „Item es yst ach weyter geret und peschlossen worden, dass kainer nicht in sunderkeyt sell handlen ausserthalb der gesellschaft weder umb wenig noch umb fyl das kafmanschaft antref.“²¹ Wenn Diener oder Faktoren in den Dienst einer Gesellschaft traten, erklärten sie ebenfalls den Verzicht darauf, nebenher für sich selbst oder andere Handel zu treiben. Als sich der oben genannte Clas Scherpelin von Lypen als Diener der Gesellschaft von Kraft Stalburg und Co. in Frankfurt verpflichtete, versicherte er, nirgendwo Teilhaber zu werden und keinen Handel auf eigene Rechnung zu treiben.²²

In der Praxis jedoch arbeiteten Kaufleute keineswegs immer nur für eine Gesellschaft. Will man untersuchen, wie süddeutsche Kaufleute im 15./16. Jahrhundert ihren Handel organisierten, bietet es sich an, ihre Geschäfte in einer der blühenden Handelsmetropolen dieser Zeit zu analysieren, nämlich in Antwerpen.²³ Donald Harreld hat kürzlich die Geschäftsbeziehungen der oberdeutschen Kaufleute in Antwerpen intensiv untersucht.²⁴ Außerdem haben sich diverse Quellen aus dem Antwerpen des 16. Jahrhunderts erhalten, so zum Beispiel die Akten der Notare, darunter Kaufverträge, Bürgschaften, Schuldverschreibungen und (wenige) Gesellschaftsverträge.²⁵ Nach Antwerpen importierten süddeutsche Kaufleute zum Beispiel Kupfer und Eisenwaren, norddeutsche brachten beispielsweise Getreide und Felle. Dafür kauften sie Gewürze²⁶ von den portugiesischen Kaufleuten, Edelsteine²⁷ und Salz²⁸ von den spanischen oder Tuche²⁹ von den englischen Händlern. Wechselbriefe wurden in

schiedene Unternehmen arbeiten können. *Lutz*, Struktur, 307–321, *Riebartsch*, Handelsgesellschaften, 235 f.

²⁰ *Riebartsch*, Handelsgesellschaften, 235.

²¹ *Schöningh*, Rehlinger, 68.

²² „... keine eygen kaufmansaschate, noch mit nyemants teyle oder gemeyne haben oder handel tryben.“ *Kriegk*, Bürgerthum, 444.

²³ Eine ausführliche Analyse des Handels im spätmittelalterlichen Antwerpen bietet *Van der Wee*, Growth.

²⁴ *Harreld*, Germans.

²⁵ *Strieder*, Notariatsarchive.

²⁶ Siehe beispielsweise *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 63, 61 f.

²⁷ *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 150, 115.

²⁸ *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 684, 356.

²⁹ *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 228, 158–161.

London, Lissabon, Lübeck und Augsburg ausgestellt und in Antwerpen eingelöst.³⁰

Die Kaufleute, die an diesem Handelsknotenpunkt Geschäfte machten, kann man keineswegs immer eindeutig einer Gesellschaft zuordnen. In Missachtung des Konkurrenzverbots arbeiteten sie für verschiedene Gesellschaften gleichzeitig. Lazarus Tucher zum Beispiel machte Geschäfte nicht nur für die Tucher-Gesellschaft, sondern gleichzeitig für weitere oberdeutsche Handelshäuser, so die Fugger, die Höchstetter, die Manlich und die Welser.³¹ In den Notariatsakten tritt Lazarus Tucher zudem als Bevollmächtigter der Handelsgesellschaft eines Olivera von Schetz auf, in deren Namen er Gewürze einkaufte.³² Wolf Puschinger trieb in Antwerpen Handel auf eigene Rechnung und fungierte zugleich als Faktor für den Breslauer Kaufmann Niclaus Eydinger und als Bevollmächtigter für die Augsburger Kaufleute Marx und Georg Herwart.³³ Der Faktor dieser Kaufmannsfamilie der Herwart in Venedig, Michael Imhof, arbeitete ebenfalls nicht nur für die Herwart: Joachim Pruner, ein Kaufmann, der aus Berlin stammte, aber in Antwerpen ansässig war, beauftragte Imhof damit, für ihn eine Abrechnung von einem anderen Kaufmann einzufordern, dem Pruner Edelsteine zum Verkauf in Kommission gegeben hatte.³⁴ Die Notariatsakten halten zudem fest, dass Johann Zwertzer als Faktor der Welser in Lissabon keineswegs seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Handelshauses der Welser stellte, sondern zugleich eine Gesellschaft für den Handel mit Edelsteinen mit Franz de Greve gründete.³⁵ Auch insgesamt scheint unter den oberdeutschen Kaufleuten in Antwerpen keineswegs eine erbitterte Konkurrenz geherrscht zu haben, vielmehr kooperierten sie in vielerlei Bereichen. Sie bürgten für Schulden oder halfen dabei, welche einzuziehen; nahmen Waren entgegen und vertraten einander vor Gericht; und sie beschäftigten teilweise die gleichen Einkäufer, wie zum Beispiel den Tucheinkäufer Ulrich Hainhofer.³⁶ Nicht aus Antwerpen, sondern aus Spanien nennt Ortner einige Beispiele für Faktoren der Fugger, die ebenfalls regen Handel auf eigene Rechnung trieben.³⁷ Die Kaufleute interpretierten ihre Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft demnach offensichtlich nicht allzu exklusiv.

³⁰ Beispielsweise *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 714, 375–377.

³¹ *Harrel*, Germans, 73.

³² *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 20, 31.

³³ *Harrel*, Germans, 73; *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 79, 71.

³⁴ *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 21, 31–33.

³⁵ *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 150, 115.

³⁶ Siehe beispielsweise *Strieder*, Notariatsarchive, Regest Nr. 178, 137 und Nr. 199, 147.

³⁷ *Ortner*, Handlungsgehilfe, 20.

Die Gesellschafter und Faktoren handelten keineswegs im Verborgenen für andere Handelsgesellschaften respektive auf eigene Rechnung. Schließlich wissen wir von diesen Geschäften, da sie sie von einem Notar festhalten ließen. Die Kaufleute sahen demnach kein großes Problem darin, die Regeln des Vertrags zu brechen. Die Diskrepanz zwischen Regeln und Handeln lässt sich erstens damit erklären, dass Gesellschafter und Handelsdiener schwer zu überwachen waren, wenn sie erst einmal in Antwerpen oder anderswo ihren Geschäften nachgingen, mehrere Tagesreisen von dem Sitz der Gesellschaft entfernt.³⁸ Zweitens und vor allem aber kann man die entsprechenden Paragraphen in den Gesellschaftsverträgen auch anders interpretieren, als es die Forschung bisher tut: Sie sollten gar kein absolutes Verbot aussprechen, für andere oder auf eigene Faust zu handeln. Stattdessenstellten sie sicher, dass die anderen Gesellschafter für solche Geschäfte außerhalb der Gesellschaft nicht haften mussten. Für letztere Interpretation spricht, dass die Verträge Regelungen enthielten, in denen explizit anerkannt wird, dass Gesellschafter oder Diener auch außerhalb ihrer Gesellschaft Geschäfte trieben. Ein Beispiel dafür liefert der Gesellschaftsvertrag zwischen den Augsburgern Andreas Grander, Conrad Rehlinger dem Jüngeren und Hans Hanolt aus dem Jahr 1503. Wie oben beschrieben, enthielt der Gesellschaftsvertrag ein Konkurrenzverbot. Dem widerspricht eine andere Regelung darüber, wie viel die Gesellschafter zu zahlen bereit seien, wenn einer von ihnen in Gefangenschaft geriete. Die Gesellschafter wollen bis zu 800 rheinische Gulden an Lösungssumme füreinander bezahlen, aber nur in dem Fall, dass der Partner in Gefangenschaft geriet, weil er im Rahmen der Gesellschaft handelte. War er aber wegen seines eigenen Handels unterwegs und nicht wegen des Handels der Gesellschaft, sollte der Gefangene selbst für seine Lösungssumme aufkommen.³⁹ Offenbar gingen die Gesellschafter also selbst nicht davon aus, dass jeder Teilhaber verlässlich darauf verzichten würde, Handel außerhalb der Gesellschaft zu treiben. Das gleiche galt im Übrigen für die Handelsdiener dieser Gesellschaft, Peter und Marx Hanolt. Auch sie wären nur dann mit einer Summe von maximal 400 rheinischen Gulden aus der Gefangenschaft ausgelöst worden, wenn sie im Namen der Gesellschaft unterwegs gewesen wären, nicht aber, wenn sie ihren eigenen

³⁸ Siehe etwa Lutz, Struktur, beispielsweise 310, 350.

³⁹ „Wer aber sach, dass ainer oder mer aus uns forgenannten treyen aus wer fon sein selbs handels wegen und nit fon gemainer gesellschaft handels wegen und er gefangen wurd da gott der allmechtyg for sein well, so sell er sych selbs ledy machen fon seiner aygen hab und gut und im dye gesellschaft in dem nit schuldyg sein.“ Schöningh, Rehlinger, 69.

Handel betrieben hätten.⁴⁰ Trotz des Verbots von Eigenhandel rechneten die Gesellschafter damit, dass sowohl die anderen Gesellschafter als auch die Handelsdiener eigenen Handel betreiben würden.

Die Regelung der Gefangenenauslösung bietet damit ein erstes Indiz dafür, dass das Konkurrenzverbot nicht dazu dienen sollte, jeglichen anderen Handel tatsächlich komplett zu verbieten. In einigen Verträgen zeigt sich das bereits in der genauen Formulierung des Konkurrenzverbots. Zum Beispiel heißt es im eben zitierten Vertrag zwischen Grander, Rehlinger und Hanolt: Keiner solle anderen Handel treiben ohne Kunst, Willen und Wissen der Gesellschafter, so lange die Gesellschaft bestehe.⁴¹ Handel außerhalb der Gesellschaft wird hier also keineswegs komplett verboten, wie es die Interpretation der bisherigen Forschung nahelegt, die das Konkurrenzverbot als Ausdruck des Exklusivcharakters eines Handelshauses interpretiert.⁴² Er wird erlaubt, insofern die anderen Gesellschafter davon unterrichtet worden sind und zugestimmt haben. Eine ganz ähnliche Formulierung wählen die Mitglieder der Kaufmannsfamilie der Imhof in ihrem Gesellschaftsvertrag: Es soll keiner besonderen Handel treiben (d. h. außerhalb der Gesellschaft) für sich oder andere, es sei denn, es wäre ihm von der Mehrheit der Gesellschaft erlaubt.⁴³

Das Konkurrenzverbot lässt sich demnach sinnvoller interpretieren, berücksichtigt man die Norm der Gesellschafter, aus der Vereinbarung wirtschaftlichen Nutzen zu gewinnen, das heißt umgekehrt wirtschaftlichen Schaden möglichst zu vermeiden: Die Gesellschafter wollten sicherstellen, dass sie nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten für Geschäfte, die andere Gesellschafter ohne Wissen und ohne Zustimmung ihrer Partner abgeschlossen hatten. Wenn die Kaufleute solche Geschäfte trotzdem getätigt hatten, konnten die anderen Gesellschafter mit Hilfe des Konkurrenzverbots im Vertrag nachweisen, dass sie solche Geschäfte

⁴⁰ „Wer aber sach, dass ainer oder mer aus den forgenannten zween aus wer fon sein selbs handels wegen und nit von gemaier gesellschaft handels wegen und er gefangen wurd da gott der allmechtyg for sein well, so sell er sych selbs ledy machen fon seiner aygen hab und gut und im dye gesellschaft in dem nit schuldig sein.“ *Schöningh*, Rehlinger, 70.

⁴¹ „Item es yst ach weyter geret und peschlossen worden, dass kainer nicht in sunderkeyt sell handeln ausserhalb der gesellschaft weder umb wenig noch umb fyl das kafmanschaft antref sunder fergunst und willen wyssen yrer gesellen, so lang und pyss dye zeyt ferschinen yst so und wir zusamen ferpunden seyen alls treylych und ungefarlych.“ *Schöningh*, Rehlinger, 68.

⁴² Siehe oben, Ann. 16.

⁴³ „Es sol auch unsser kainer kein besonderen handel treiben oder haben, fur siech oder ander, es wer im dan von der merreren menigk der geschelschafft erlaubt“. *Lutz*, Struktur, 68.

verboten hatten.⁴⁴ Damit musste der Kaufmann, der auf eigene Faust Handel getrieben hatte, für Schäden und Verluste selbst aufkommen und konnte sich nicht an seine Partner wenden. Das wird explizit so formuliert in dem Vertrag, den Alex Grimmel als Beauftragter der Kaufleute Neithart und Sayler mit Simon Pechori schloss, der für die Gesellschaft von Neithart und Sayler den Handel in Lyon übernehmen sollte. Besagter Simon Pechori verpflichtete sich, keine anderen Geschäfte zu tätigen. Wenn er dieser Verpflichtung zuwider handelte, müsste er alle Schäden selbst übernehmen.⁴⁵ Schlüssiger denn als Ausdruck des Exklusivcharakters der oberdeutschen Handelshäuser lässt sich das Konkurrenzverbot damit als Haftungsausschluss der Gesellschafter für gesellschaftsfremde Geschäfte interpretieren, der ihren möglichen wirtschaftlichen Schaden begrenzte.

Eine zweite Funktion des Konkurrenzverbots ergibt sich, wenn man die Verträge der süddeutschen Gesellschafter mit den Vereinbarungen vergleicht, die hansische Kaufleute trafen, wenn sie im 14. Jahrhundert Handelsgesellschaften gründeten. Albrecht Cordes hat entsprechende Gesellschaftsverträge, die im Lübecker Niederstadtbuch verzeichnet wurden, intensiv untersucht.⁴⁶ Diese Verträge enthielten implizit ebenfalls eine Art von Konkurrenzverbot: Die Gesellschaften bestanden aus zwei Parteien, wobei entweder nur eine oder beide Parteien Kapital beisteuerten, jedoch meistens nur eine Partei damit Handel trieb. Letztere, nämlich der Kapitalführer, musste häufig bestätigen, dass er außer dem Gesellschaftsgut kein weiteres Handelsgut besitze. Daraus folgt, dass der Kapitalführer bei der Abrechnung nicht behaupten konnte, er habe bestimmte Güter in eigenem Namen oder für einen anderen Partner mitgeführt, so dass dem Kapitalgeber kein Anteil daran zustünde. Die Klausel, dass der Kapitalführer kein eigenes Handelsgut besitze, schloss damit Eigenhandel und Gesellschaftsgründungen mit anderen Partnern aus.⁴⁷ Ähnlich wie in den hansischen Gesellschaftsverträgen könnte das Konkurrenzverbot auch in den süddeutschen Gesellschaften dazu gedient haben, die Vermögensverhältnisse zu klären und sicherzustellen, dass jeder Partner seinen Anteil an den Handelsgewinnen erhielt, den die Gesellschafter jeweils einzeln erwirtschafteten. Einige Formulierungen in

⁴⁴ Ob Verträge tatsächlich solchermaßen als Beweismittel vor Gericht vorgelegt wurden, habe ich noch nicht untersucht.

⁴⁵ „Item durante l’administrazione il detto Symon s’obligha di non intraprendere neghozi alchuno ne far fare a persona che sia alchuna choxa ma tutto seghuire per conto e beneficio di questo neghozio [...] e contrafacendo a detta sua promissa tutti li danni saran per lui ...“. *Bauer*, Unternehmung, 130.

⁴⁶ *Cordes*, Gesellschaftshandel.

⁴⁷ *Cordes*, Gesellschaftshandel, 152.

den süddeutschen Verträgen lassen anklingen, dass das Konkurrenzverbot diesen Zweck erfüllen sollte. So heißt es zum Beispiel im Vertrag zwischen Michael Behaim, Bernhard Geisler und Christoph Scheurl aus dem Jahr 1540: „Sol kheimer macht haben [...] fur sich selbst, und ime allein zu nutz zu handlen, noch mit andern leutt gesellschaft zu machen, noch verdingne factoreien anzunemmen, sunder alles das wir sambtlich, und unser yeder in sunderheit, mit khauffmans handeln, oder factoriren gewinnen ... das sol gemainer gesellschaft gehandelt sein, zu guttem kho-mmen und eingeworffen werden.“⁴⁸ Anders ausgedrückt: Alles, was jemand in der Zeit, in der die Gesellschaft bestand, handelte und einnahm, galt als im Namen der Gesellschaft gehandelt und eingenommen. Ein Gesellschafter konnte demnach nicht Teile des erwirtschafteten Gewinns allein für sich behalten, ohne seine Partner zu beteiligen.

Die Missachtung der Konkurrenzverbotsklausel wurde also nicht geahndet, weil die Vertragspartner solche Geschäfte neben der Gesellschaft gar nicht unbedingt als Vertragsbruch ansahen. Handel außerhalb der Gesellschaft wurde nicht moniert, solange die anderen Gesellschafter keinen Schaden davon trugen und ihre Gewinne nicht beeinträchtigt wurden. Es mag einer Gesellschaft sogar genützt haben, wenn eines ihrer Mitglieder an seinem Handelsort gut vernetzt war, mit zahlreichen Partnern Geschäfte trieb und somit gut über Chancen und Risiken verschiedener Handelsoptionen informiert war.⁴⁹ Kurz gesagt, mochte sich die Erfahrung eines Partners oder Dieners für die Gesellschaft mehr auszahlen als seine strikte Weisungsgebundenheit. Solch ein Mitglied handelte gegen den Buchstaben der entsprechenden vertraglichen Regelung, erfüllte aber die Norm, den wirtschaftlichen Gewinn der gemeinsamen Unternehmung zu erhöhen. Das Konkurrenzverbot lässt sich somit nicht als Ausdruck des Exklusivcharakters eines Handelshauses interpretieren, sondern als Lösung praktischer Probleme, nämlich als Mittel zur Haftungsbeschränkung und Gewinnsicherung der Mitgesellschafter.

⁴⁸ Lutz, Struktur, 117.

⁴⁹ In vielen Gesellschaftsverträgen wurden den Partnern oder Dienern bestimmte Transaktionen – insbesondere Bürgschaften – verboten, jedoch sogleich die Ausnahme hinzugefügt, das Verbot gelte nicht, wenn seine Geschäfte der Gesellschaft nützten. Grob zusammengefasst war den Partnern und Dienern also im Grunde alles erlaubt, was der Gesellschaft zu Gute kam. Beispielsweise heißt es im Vertrag zwischen Hans dem Älteren, Ulrich und Hans dem Jüngeren Meuting, Claus Grandner, Conrad Raud und Ludwig Hörnlin aus dem Jahr 1436: „Es were denn sollich sach daz sich fügte daz unser ainem begegnete mit kauffen oder wechseln daz in beducht, daz es gemainer gesellschaft nütz und gut wer, so mocht er daz tun und wir andern sullen daz migebruchen ungeuarlich.“ Lutz, Struktur, 3.

Die Regel des Konkurrenzverbots lässt sich damit erst verstehen, wenn die zugehörigen Normen und Überzeugungen ebenfalls im Blick behalten werden. Das Verbot von Handel außerhalb der Gesellschaft lässt sich besser interpretieren, wenn man zugleich die Norm berücksichtigt, dass die Gesellschaftsmitglieder wirtschaftlichen Schaden vermeiden und Nutzen erhöhen wollten. Die Gesellschafter teilten zudem die Überzeugung, dass es legitim sei, nach dem Maßstab des eigenen Interesses zu handeln. Eine rücksichtslose Durchsetzung des Eigeninteresses wurde verhindert, indem die Zustimmung der anderen Gesellschafter eingeholt werden musste und Schäden nicht auf die Gesellschaft abgewälzt werden durften.

II. Kontorsverlegungen: Der Bruch des Vertrags ,Privilegien gegen Handel‘

Als zweites Beispiel wird ein diplomatischer Vertrag zwischen zwei wirtschaftlich interessierten Parteien untersucht, nämlich die Vereinbarung zwischen den niederdeutschen Kaufleuten, genauer gesagt deren Zusammenschluss im Kontor, und den flandrischen Autoritäten. Unter einem Kontor versteht man die Gemeinschaft von Kaufleuten fern ihrer Heimat, die sich selbst Regeln gab und für die lokalen Autoritäten als Ansprechpartnerin fungierte.⁵⁰ Als „Hansekontor“ kann man die Gemeinschaft der niederdeutschen Kaufleute in Brügge seit der Mitte des 14. Jahrhunderts bezeichnen: Als die niederdeutschen Kaufleute und ihre Heimatstädte im Jahr 1358 im Rahmen der sogenannten Flandernblockade beschlossen, keine Güter mehr nach Flandern zu senden oder von dort zu kaufen, nutzten sie den Namen „Hanse“ erstmals als Selbstbezeichnung ihres Kollektivs.⁵¹ Ihre Verhandlungspartner, die Autoritäten Flanderns, bestanden aus den vier so genannten Leden (den Städten Brügge, Gent, Ypern und dem Landbezirk Brügge) sowie der Gräfin bzw. dem Grafen von Flandern respektive dem Herzog von Burgund, dem Flandern seit 1384 unterstand.

Die Übereinkunft zwischen beiden Parteien kann man als Vertrag im Sinne eines Rechtsgeschäfts bezeichnen, „das aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen von mindestens zwei Personen besteht“.⁵² Die Flamen erklärten ihren Willen, den norddeutschen Kaufleuten Handelsvorteile (so genannte Pri-

⁵⁰ Zum Brügger Kontor allgemein siehe *Schubert*, Kontor, 18–27; *Henn*, Brügger Kontor.

⁵¹ *Behrmann*, Zeichen.

⁵² *Brox*, BGB, 43.

vilegien)⁵³ zuzugestehen, wenn die Norddeutschen dafür ihren Handel über Brügge durchführten. Die Hansekaufleute erklärten entsprechend ihren Willen, in Brügge ihren Stapel zu errichten,⁵⁴ wenn sie bestimmte Privilegien erhielten. Solche Privilegierungen⁵⁵ erfolgten in den Jahren 1252/53,⁵⁶ 1282,⁵⁷ 1309,⁵⁸ 1360,⁵⁹ 1392⁶⁰ und 1457.⁶¹ Die niederdeutschen Kaufleute brachten insbesondere Getreide nach Brügge, aber auch Pelz, Holz, Wachs, Wein und weitere Waren, und exportierten dafür hauptsächlich flandrisches Tuch in den Ostseeraum.⁶²

Die früheste Privilegierung der niederdeutschen Kaufleute in Flandern bestand darin, dass die Gräfin Margarethe von Flandern und ihr Sohn Guido feste Zollsätze festschrieben. In der so genannten Zollrolle von Damme⁶³ wurden die Zölle für sämtliche Güter festgesetzt, die in Brügge gehandelt wurden, so zum Beispiel für Pelz und Tuche, Wachs, Mandeln, Stockfisch oder Zwiebeln.⁶⁴ Theoretisch konnten die Kaufleute so bei ihrer Ankunft in Damme nicht mit einem erhöhten Zoll überrascht werden. Das Privileg vom 13. April 1253 erleichterte es den Kaufleuten in vielfacher Hinsicht, eigene Rechte einzuklagen und fremde Rechtsansprüche abzuwehren.⁶⁵ So sollte kein niederdeutscher Kaufmann mehr für einen anderen haften müssen; Gläubiger eines Niederdeutschen durften sich nicht an seinen Landsleuten gütlich tun. Das Einklagen von Schulden wurde erleichtert, wobei sich niederdeutsche und flandrische Städte gegenseitig gegen flüchtige Schuldner zu unterstützen versprachen. Wenn sie Angelegenheiten, die ihren Handel betrafen, vor das Gericht in Brügge

⁵³ Das Wort *privilegium* wird hier also einfach im Sinne von Rechten verstanden, die von einem Herrscher verliehen werden, nicht in einem juristisch-dogmatischen Sinne in klarer Abgrenzung von anderen möglichen Formen von Vereinbarungen. Zu letzterem siehe *Mohnhaupt*, Privileg.

⁵⁴ Das Stapelrecht wird erläutert in *Gönnenwein*, Stapel- und Niederlagsrecht.

⁵⁵ Einen Überblick über die Privilegierungen und die vorhergehenden Kontorsverlegungen bietet *Greve*, Kaufleute, 134–158.

⁵⁶ Hansisches Urkundenbuch I, Nr. 421, 137–139 und Hansisches Urkundenbuch I, Nr. 432, 143–147.

⁵⁷ Hanserezesse I, 1, Nr. 12–27, 8–15.

⁵⁸ Hansisches Urkundenbuch II, Nr. 154, 65–69.

⁵⁹ Latein: Hansisches Urkundenbuch III, Nr. 495, 243–249, Flämisch: Hansisches Urkundenbuch III, Nr. 497, 250–267.

⁶⁰ Hansisches Urkundenbuch V, Nr. 9–17, 8–22 und Nr. 22–28, 24–29.

⁶¹ Hansisches Urkundenbuch VIII, Nr. 499, 324f.

⁶² Einen Überblick über Brügge in seiner Blütezeit bietet *Murray*, Cradle of Capitalism.

⁶³ In Damme lag der Vorhafen Brüggens am Meeresarm Zwin.

⁶⁴ Hansisches Urkundenbuch I, Nr. 432, 143–147.

⁶⁵ Hansisches Urkundenbuch I, Nr. 421, 137–139.

oder Damme brachten, sollten diese innerhalb von höchstens acht Tagen erledigt werden. In keinem Fall sollten sie Streitigkeiten von einem Gottesurteil entscheiden lassen müssen, das heißt einen Zweikampf austragen müssen, bei dem man davon ausging, dass Gott denjenigen gewinnen ließe, der sich im Recht befand. Außerdem wurden die niederdeutschen Kaufleute vom Strandrecht ausgenommen, das besagte, dass an den Strand gespülte Güter von den Findern behalten werden durften.⁶⁶

Die Privilegien von 1309 und 1360 gestanden den niederdeutschen Kaufleuten Rechte zu, die ihre Vereinbarungs-, Such- und Messkosten senkten.⁶⁷ Die Rahmenbedingungen für Verträge mit Dienstleistern wurden festgesetzt, zum Beispiel mit den Lastenträgern, den Kranarbeitern und Bootsfahrern, mit dem Personal an der Waage, den Maklern⁶⁸ und Wechslern.⁶⁹ So sparten die Kaufleute Mühe und Aufwand, da sie über diese Regelungen nicht mehr verhandeln mussten. Bei Warengeschäften sollten die Kunden niederdeutscher Kaufleute sich nicht nachträglich beschweren dürfen, wenn sie das Handelsgut vorher begutachtet hatten. Bei Kreditgeschäften sollten die Kaufleute dagegen abgesichert werden, dass der ihnen geschuldete Betrag weniger wert wurde, weil die Währung abgewertet worden war. Sie sparten Zeit, weil sie ihre Schiffe bei Tag und Nacht und an Sonn- und Feiertagen ent- und beladen durften. Die Zollabfertigung und das Wiegen der Güter sollten ebenfalls ohne Verzögerung durchgeführt werden. Die Privilegien von 1392 und 1457 bestätigten die alten Rechte und fügten ihnen wenig Neues hinzu.

Im Gegenzug erhielten die Flamen die Zusicherung, dass die niederdeutschen Kaufleute ihren Handel in Nordwesteuropa über Brügge ab-

⁶⁶ Siehe auch Jenks, Transaktionskostentheorie, 37, Sprandel, Merkmale, 72 f., Stein, Privilegien, 53.

⁶⁷ Der wirtschaftliche Nutzen von Privilegien besteht darin, dass sie die Transaktionskosten senken, das heißt die Kosten, die bei jeder wirtschaftlichen Transaktion für die Nutzung des Marktes entstehen. Transaktionskosten bestehen aus den Kosten für den Transport, für die Suche und das Prüfen und Messen geeigneter Handelsgüter (Such- und Messkosten, search and information costs), für die Vereinbarung eines Geschäfts (Vereinbarungskosten, bargaining costs) und die Durchsetzung aller Vereinbarungen (Durchsetzungskosten, enforcement costs). Im Gegensatz zu den neoklassischen Modellen der Wirtschaftswissenschaftler, die Transaktionskosten nicht berücksichtigen, versucht die Neue Institutionenökonomik, die Transaktionskosten in ihre Analyse einzubeziehen. Jenks interpretiert die Privilegien als Mittel zur Senkung der Transaktionskosten, siehe Jenks, Transaktionskostentheorie.

⁶⁸ Die wichtige Rolle der Brügger Makler für die Geschäfte der Hansekaufleute wurde kürzlich aufgearbeitet von Greve, Kaufleute.

⁶⁹ Wechsler tauschten nicht nur Geld, sondern verliehen es auch und tätigten außerdem Überweisungen untereinander. Blockmans, Handelstechniken.

wickelten und nicht über eine andere Stadt, die nicht in Flandern, sondern in Brabant oder Holland gelegen hätte. Antwerpen und Bergen op Zoom mit ihren Messen oder Dordrecht mit seiner starken Stellung im regionalen Handel stellten potenzielle Konkurrenten um Brügges herausragende Position im internationalen Handel dar. Wenn die Flamen nun sicherstellten, dass die niederdeutschen Kaufleute ihren Handel stets über ihre Stadt lenkten, wurden zugleich weitere Kaufleute etwa aus England, Spanien und Frankreich angezogen, die wussten, dass sie in Brügge gute Geschäfte mit den Niederdeutschen machen konnten.⁷⁰ Davon profitierte natürlich die flandrische Bevölkerung, die zum Beispiel mit Getreide, Holz und Pelzen aus dem Ostseeraum versorgt wurde. Hansekaufleute zählten zudem unter die Hauptabnehmer der flandrischen Tuchproduktion.⁷¹ Der Graf von Flandern bzw. der Herzog von Burgund erhielt Zölle und Abgaben von den Kaufleuten. Als Gegenleistung für die Privilegien versprachen die niederdeutschen Kaufleute deshalb, den Stapel für alle wichtigen Waren, insbesondere Tuch, nach Brügge zu legen.⁷² Jeder niederdeutsche Kaufmann, der in Nordwesteuropa mit Tuch handelte, musste es also in Brügge zum Verkauf anbieten. Sehr konkret formuliert wurden die gegenseitigen Leistungen in einer Vereinbarung aus dem Jahr 1392, die einem Kaufvertrag gleichkommt: Flandern zahlte 5.500 Pfund in bar und 5.500 Pfund mit Hilfe eines Schuldbriefs, damit der „gemeine Kaufmann“ (das heißt das Kontor) nach Brügge komme.⁷³

Diese Vereinbarung – Handel in Flandern gegen Handelsvorrechte – wurde immer wieder missachtet. Auf der einen Seite gewährten die lokalen Autoritäten den niederdeutschen Kaufleuten nicht immer alle Vorrechte, die ihnen in den Privilegien zugestanden worden waren. Einige Beispiele aus den Klagen zahlreicher niederdeutscher Städte im Zuge der oben bereits erwähnten Flandernblockade von 1358–60 können illustrieren, worüber sich die Kaufleute beschwerten. Ungerechte Zölle wurden häufig moniert. Wenn ein Schiff zum Beispiel vom Wind über den Zwin zurückgetrieben wurde, sollte es nicht noch einmal Zoll bezahlen

⁷⁰ Murray konstatiert, dass spätestens um 1350 die Anzahl an Kaufleuten eine kritische Masse erreicht habe: In Brügge gingen so viele Händler ihren Geschäften nach, dass es sich für weitere Kaufleute lohnte, nach Brügge zu kommen, so dass die Anzahl an Kaufleuten weiter stieg, so dass es sich für weitere Kaufleute noch stärker lohnte etc. Murray, *Nodes*, 9.

⁷¹ Dollinger, Hanse, 323.

⁷² So heißt es zum Beispiel im Privileg von 1309: „de vrieden die hierna ghescreven staen tanticne ende te userne ende ghetrouwelike te houdene tallen daghen also langhe, als zi houden zullen haren stapel in de vorseide steide“. Hansisches Urkundenbuch III, Nr. 154, 65.

⁷³ „et si ita factum fuerit, mercatores hanse Theutonice cum suis mercimoniis ad patriam Flandrie debent revenire“, Hanserezesse I, 4, Nr. 70, 71f.

müssen.⁷⁴ Die Befreiung vom Strandrecht sei nicht beachtet worden: Verunglückte Kaufleute hätten ihr Schiff oder ihre Waren zurückkaufen müssen.⁷⁵ Gegen Räuber und Seeräuber fühlten sie sich nicht genug geschützt, denn gegen solche Übeltäter werde nicht entschieden genug vorgegangen.⁷⁶ Einige Städte äußerten außerdem je eigene Beschwerdepunkte. Die Kölner beispielsweise wollten ihren Wein nicht nur in Brügge, sondern auch in anderen Städten verkaufen; wenn sie in Brügge Wein ausschenkten, wollen sie dafür keine Assise (Abgabe) zahlen; Gesinde und Knappen, die den Wein zapften, sollten einen festgesetzten Lohn empfangen. Die Kölner beklagen sich außerdem, dass sie über Damme fahren müssten, auch wenn sie weiter nach England reisen wollten. Die Weinschröter, die Wein transportierten, und die Kranmeister in Damme nähmen zudem unredlichen Lohn. Nur am Montag dürften sie ihr Gut in der Halle zeigen und verkaufen, und die Waage in Brügge arbeite auch nicht korrekt.⁷⁷ Dortmund stellt eine lange Beschwerdeliste auf, die in einzelnen Punkten zunächst eine Bestimmung der lateinischen Privilegien anführt und daraufhin auf niederdeutsch ausführt, inwiefern sie gebrochen worden sei.⁷⁸ Auf der anderen Seite hielten sich auch die niederdeutschen Kaufleute nicht an ihr Versprechen, ihren Handel auf Brügge zu konzentrieren. In der Zeit vom späten 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts verlegten sie ihr Kontor fünfmal in eine andere Stadt. Bei jeder Rückkehr sicherten sie den Flamen zu, ihren Handel nun wieder in Brügge abzuhalten. Viermal brachen sie die Zusage. 1280–82 und 1307–09 verlegten die niederdeutschen Kaufleute ihre Niederlassung nach Aardenburg, 1358–60 und 1388–92 nach Dordrecht und 1451–57 nach Deventer und Utrecht.

Obwohl die Privilegien häufig nicht beachtet wurden und obwohl die niederdeutschen Kaufleute wiederholt ihr Versprechen brachen, ihren Handel über Brügge zu lenken, bezeichneten die flandrischen Autoritäten und das Hansekontor einander nicht als generell unzuverlässige Partner. Wie eben angeführt, beschwerten sich die Niederdeutschen zwar darüber, dass ihre Privilegien nicht ausreichend berücksichtigt würden, sie erwähnten aber selten, dass dieser Vertragsbruch nicht zum ersten Mal stattfand. Die Missachtung der vereinbarten Regel wurde von keiner Seite als Abbruch der Beziehungen verstanden, sondern legte im Gegenteil

⁷⁴ Hanserezesse I, 1, Nr. 249, 176.

⁷⁵ Hanserezesse I, 1, Nr. 250, 177 oder Hanserezesse I, 3, Nr. 240 (5), 234.

⁷⁶ Hanserezesse I, 3, Nr. 240 (4c), 233 f., Hanserezesse I, 3, Nr. 240 (9), 239, Hanserezesse I, 3, Nr. 238, 225.

⁷⁷ Hanserezesse I, 3, Nr. 240 (9), Art. 14 und 15, 237–39.

⁷⁸ „Ista sunt latina privilegia comitis Flandrensis super terram. Item vendere et marcandizare etc. Dyt is gebroken ...“. Hanserezesse I, 1, 176 f., 250.

den Grund für neue Verhandlungen und den Abschluss eines weiteren Vertrags. Offenbar bewerteten beide Parteien den Bruch der niedergeschriebenen Regelung als legitimes Mittel, um in der nächsten Runde bessere Bedingungen auszuhandeln. Entsprechend reagierten die flandrischen Autoritäten auf die Vorwürfe, sie hätten die hansischen Privilegien nicht genug beachtet, nicht mit einer Rechtfertigung ihres Verhaltens.⁷⁹ Stattdessen nahmen sie die hansischen Klagen als Aufforderung zu neuen Verhandlungen wahr und reagierten entsprechend, indem sie Beratungen in Flandern ansetzten oder Abgesandte zum Hansetag schickten.⁸⁰ Dass sie die Regeln des Vertrags im Handelsalltag nicht immer durchsetzen konnten, empfanden die flandrischen Autoritäten augenscheinlich nicht als etwas, wofür man sich rechtfertigen müsste. Auch den niederdeutschen Kaufleuten ging es offenbar weniger darum, Genugtuung für erlittenes Unrecht zu erhalten, wenn sie ihre Klagen äußerten, denn solche Klagen wurden nur dann laut, wenn sie die Verhandlungsposition des Kontors stärken konnten: Die Hansekaufleute beschwerten sich keineswegs jedes Mal, wenn ein Zöllner, Waagmeister oder Makler den Bestimmungen in den Privilegien zuwider handelte. Sie verlegten ihr Kontor auch nicht immer dann, wenn die Verletzungen der Privilegien ein bestimmtes Maß überschritten hatten. Vielmehr verließen die Kaufleute Brügge, wenn die politische Lage so instabil geworden war, dass sich der Handel in der Stadt zu risikoreich gestaltete.⁸¹ Vom neuen Standort des Kontors aus ließen sie Klagen über Privilegienverletzungen laut werden, um ihre Position in den Verhandlungen über die Bedingungen für ihre Rückkehr nach Brügge zu verbessern. Dazu musste das Kontor bisweilen erst einmal bei den Hansestädten anfragen, welche Klagen denn vorlagen.⁸² Die alltägliche Privilegienverletzung empfanden die Hansekaufleute offenbar nicht als so unaushaltbar, dass sie beständig dagegen vor-

⁷⁹ Im Gegensatz zur Stadt Brügge reagierte später Antwerpen auf die Klage, die Privilegien seien missachtet worden, mit ausführlichen Rechtfertigungen, siehe zum Beispiel Hanserezesse III, 2, Nr. 553, 634–636.

⁸⁰ Siehe zum Beispiel Hanserezesse II, 4, Nr. 489 f., 351 f.

⁸¹ Greve, Kaufleute, 134–158. Im 13. Jahrhundert störten Aufstände in Brügge die Geschäfte der Kaufleute. Im 14. Jahrhundert geriet Flandern in die Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich, die in den Hundertjährigen Krieg mündeten. Außerdem beeinträchtigten die Kämpfe zwischen dem Grafen von Flandern und dem Herzog von Luxemburg um die Nachfolge des Herzogs von Brabant den Handel in Flandern. Gegen Ende des Jahrhunderts nahmen zudem die Konflikte zwischen Gent, Brügge und dem Grafen von Flandern um die wirtschaftliche Vormacht und den Einflussbereich des Grafen zu.

⁸² So fragte zum Beispiel im Jahr 1447 der deutsche Kaufmann (das heißt das Kontor) in Köln an, ob es ihm ein Verzeichnis der Beschwerden der Kölner Kaufleute gegen Flandern schicken könnte, was Köln auch tat. Hanserezesse II, 3, Nr. 356, 307.

gegangen wären. Nur wenn das Kontor ohnehin in eine andere Stadt verlegt worden war, nutzten die Hansekaufleute die Gelegenheit, den Vertragsbruch anzuprangern.

Beide Parteien interpretierten die Missachtung der vereinbarten Regeln also nicht als Abbruch der Beziehungen, sondern als Auftakt zu neuen Verhandlungen. Entsprechend wurde nicht der wiederholte Vertragsbruch thematisiert, sondern die Harmonie in der Vergangenheit betont: Herzog Philipp II. der Kühne von Burgund erinnerte zum Beispiel 1391 in seinem Schreiben an die Ratssendeboten des Hansetags in Hamburg an den gemeinsamen Nutzen, der aus dem Handel erwachse.⁸³ Im Jahr 1456 unterstrich Herzog Philipp III. der Gute in seiner Bestätigung der Privilegien die lange gemeinsame Geschichte der Hansekaufleute und seines Landes.⁸⁴ Den Bitten der flandrischen Leden, die Privilegien für ihre Handelspartner zu erneuern, sei er zum Besten des flandrischen Handels nachgekommen.⁸⁵

Die vereinbarte Regel – nicht andernorts als über Brügge zu handeln und die Privilegien zu gewährleisten – lässt sich demnach ähnlich wie das Konkurrenzverbot der Gesellschaftsverträge schlüssiger interpretieren, wenn man die zugehörigen Normen berücksichtigt. Im Handelsalltag konnte eine Missachtung der Privilegien den wirtschaftlichen Nutzen der flandrischen Handelspartner der Hansekaufleute kurzfristig steigern, ein kompletter Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen hätte ihren Geschäften jedoch massiv geschadet. Mit der Verlegung des Kontors besaßen die Hansekaufleute ein Mittel, neue Verhandlungsrunden einzuläuten und ihre Position darin zu stärken. Sie hätten jedoch hohe wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen, wenn sie nicht mehr nach Brügge zurückgekehrt wären. Die konkreten vertraglichen Regelungen ruhten auf dem gegenseitigen Interesse, das die Hansen und die Flamen aneinander hatten, weil sie beide der Norm folgten, ihren wirtschaftlichen Nutzen zu mehren: Die Hansekaufleute wollten natürlich am Welthandelsplatz

⁸³ Er bittet die Ratssendeboten um Maßigung, um den gemeinsamen Handel und damit den gemeinsamen Nutzen nicht zu gefährden: „rogamus, quatenus ad dictam dietam ... vos cum ratione moderare velitis et sic exhibere placidos et modestos, ut, soppitis discordiis quibuscumque, negotia ad finem utilem et optatum ... deduci possint et pervenire, quodque deinceps mercatura ad utilitatem reipublice de una patria in aliam amicabiliter valeat exerceri“, Hanserezesse I, 4, Nr. 37, 29.

⁸⁴ „mercatores Almannie de Hanza Theutonica [...], qui longis retro temporibus patriam nostram Flandrie mercancialiter sub libertatibus et privilegiis per nos nostrosque progenidores Flandrie comites et comitissas concessis frequentare et in ea conversari et commorari soliti fuerunt“, Hansisches Urkundenbuch VIII, Nr. 499, 324 f.

⁸⁵ Hanserezesse II, 4, Nr. 483, 346 f.

Brügge ihre Waren kaufen und verkaufen, und die Stadt Brügge profitierte davon, dass die Hansekaufleute als Anbieter und Nachfrager fungierten.⁸⁶ Zudem teilten Hansekaufleute und Flamen die implizite Annahme, dass es für beide Parteien legitim sei, die konkreten Regelungen im praktischen Handelsalltag zum eigenen Besten auszulegen. Da die Partner die Verfolgung eigener Interessen als legitimen Maßstab des Handelns betrachteten, stieß ein entsprechendes Vorgehen der Gegenseite auch dann nicht auf übermäßigen Unwillen, wenn es mit Verstößen gegen vertragliche Abmachungen einherging. Um aber zu verhindern, dass die eigenen Interessen allzu sehr Schaden litten, nutzten sie den Vorwurf des Vertragsbruchs, um den Partner zu einer Neuverhandlung des Verhältnisses zu veranlassen.

Entsprechend endete die Beziehung zwischen den Hansekaufleuten und der Stadt Brügge auch nicht deshalb, weil der Vertrag „Privilegien gegen Handel“ einmal zu oft gebrochen worden wäre. Die Hansekaufleute kamen im späten 15. und im 16. Jahrhundert nicht mehr in großer Zahl nach Brügge, weil das gegenseitige Interesse zu stark abgenommen hatte; beide Seiten profitierten nicht mehr ausreichend voneinander. Wann der gegenseitige wirtschaftliche Nutzen nicht mehr hoch genug veranschlagt wurde, um weitere Verhandlungen als lohnend erscheinen zu lassen, lässt sich nicht so einfach datieren wie die Missachtungen der konkreten Regelungen zuvor, die von demonstrativen Auszügen, Beschuldigungen und aufwendigen Verhandlungen begleitet worden waren. Ein endgültiges Ende fand die Zusammenarbeit zwischen den Hansekaufleuten und Brügge im Jahr 1546, als das Kontor offiziell nach Antwerpen verlegt wurde.⁸⁷ Damit wurde aber nur eine Entwicklung zum Abschluss gebracht, die sich bereits mindestens ein halbes Jahrhundert lang vollzogen hatte: Wer im Welthandel große Geschäfte machen wollte, zog nicht mehr nach Brügge, sondern nach Antwerpen.⁸⁸ Die letzte Verlegung des Kontors – der letzte Bruch des Vertrags – fand demnach zu einer Zeit statt, in der niederdeutsche Kaufleute bereits seit längerem regelmäßig über Antwerpen handelten.⁸⁹ Dass danach nicht wieder über Vertrags-

⁸⁶ Diesen gemeinsamen Nutzen betont Herzog Philipp II. in seinem Brief an den Hansetag, siehe Fußnote 83.

⁸⁷ Henn, Brügger Kontor, 163. Bereits 1468 übertrug der Antwerpener Rat den Hansekaufleuten ein Haus am Kornmarkt, siehe Hanserezesse II, 6, Nr. 88, 63 f., siehe auch dort Fußnote 2.

⁸⁸ Antwerpen löste im 16. Jahrhundert Brügge als Welthandelsplatz ab und wurde selbst im 17. Jahrhundert wiederum von Amsterdam überflügelt. Siehe dazu *Blondé*, Communities.

⁸⁹ Insbesondere die Kölner Kaufleute zogen den Handel über Antwerpen dem Handel über Brügge vor. Zu den Kölner Handelsverbindungen mit Antwerpen sie-

brüche diskutiert wurde, zeugt nicht etwa von einer Besserung des Verhältnisses zwischen Hansen und Flamen, sondern von dessen baldigem Ende.

III. Bilanz: Regeln, Normen und Überzeugungen

In beiden geschilderten Fällen lassen sich die Regeln des Vertrags besser interpretieren, wenn man die Normen und Überzeugungen berücksichtigt, die die beiden Vertragsparteien teilten. Eine „bessere“ Interpretation meint dabei eine, die das Handeln der Akteure verständlicher werden lässt. Die Forschung zu oberdeutschen Gesellschaften hielt es bisher schlicht für einen Vertragsbruch, wenn ein Gesellschaftspartner oder Diener für mehr als eine Gesellschaft handelte. Deshalb ließ sich schwer erklären, warum so viele Kaufleute Aufträge mehrerer Gesellschaften annahmen. Sieht man die entsprechenden Abschnitte in den Verträgen weniger als Konkurrenzverbot denn als Haftungsausschluss, erscheint es verständlich, dass eine Vielzahl an Kaufleuten sich davon nicht abhalten ließ, mit verschiedenen Gesellschaften oder Partnern in geschäftlichen Verbindungen zu stehen und so ihren Umsatz und potenziell auch ihren Gewinn zu steigern. Die Kontorsverlegungen der hansischen Kaufleute nahm man bisher für Indizien einer Störung der Beziehung zwischen Flamen und Hansen. So schien es verwunderlich, dass beide Parteien immer wieder zu einer Einigung kamen. Interpretiert man das Zusammenspiel von Kontorsverlegungen und Neuverhandlungen jedoch als Ausdruck für die Solidität der gemeinsamen grundlegenden Normen und Überzeugungen, erscheint es schlüssig, dass auf jede Kontorsverlegung die Rückkehr nach Brügge folgte.

Das Verhalten der Vertragspartner ließ sich in beiden Fällen besser verstehen, wenn man als Norm berücksichtigte, dass jeweils beide Parteien ihren wirtschaftlichen Nutzen steigern wollten. Damit wurde die oben getroffene Annahme bestätigt, dass eine solche Norm die Grundlage für Handelsgeschäfte bildete. In die Gesellschaftsverträge wurde deshalb eine Klausel eingebaut, die verhindern sollte, dass ein Partner wegen der unabgesprochenen Geschäfte eines anderen Partners zu Schaden kam. Die flämischen Vertragspartner des Hansekontors versuchten, ihren kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen durch großzügige Interpretation der getroffenen Vereinbarungen zu steigern, ohne aber die Zusammenarbeit gänzlich zu gefährden, die beiden Seiten langfristig massive Vorteile brachte. In beiden Fällen teilten die Parteien jeweils die Überzeugung,

he *Hirschfelder*, Kölner Handelsbeziehungen, 299–322; *Irsigler*, Kölner Wirtschaft, 279–282; *Pohl*, Köln.

dass ein solches Handeln im eigenen wirtschaftlichen Interesse legitim sei. Auf dieser Grundlage ließen sich Vorkehrungen dagegen treffen, dass einer der Partner seinen eigenen Nutzen zu sehr über den der anderen stellte: Die Gesellschaftsverträge formulierten zu diesem Zweck eine konkrete Bestimmung; die Hansekaufleute konnten die Kontorsverlegung nutzen, um Neuverhandlungen einzuleiten und damit mindestens die bestehenden Regeln wieder zu bekräftigen.

Darauf ließe sich die These aufbauen, dass Kooperation nicht unbedingt behindert wurde, sondern vielleicht sogar besser funktionierte, wenn beide Seiten die Überzeugung teilten, dass es legitim sei, den eigenen wirtschaftlichen Nutzen eventuell sogar unter Bruch der konkreten Regelungen steigern zu wollen. Diese gemeinsame Überzeugung ermöglichte es, gegen eine zu ausgeprägte Verfolgung des Eigeninteresses entweder Vorkehrungen zu treffen (wie im Falle des Konkurrenzverbots) oder einen Mechanismus einzuführen, der entsprechende Konflikte zu beseitigen half (wie im Falle der Neuverhandlungen nach Kontorsverlegungen). Weder in den Gesellschaftsverträgen noch in den Vereinbarungen zwischen dem Hansekontor und den Flamen musste als Drohung gegen Vertragsbrecher auf die eingangs zitierten Höllenqualen zurückgegriffen werden, die gemäß den Vorträgen auf der Münsteraner Tagung in diplomatische Verträge häufiger aufgenommen wurden. So ließe sich die Hypothese aufstellen, dass die Handelspartner der hier untersuchten Verträge solcher martialischen Formeln nicht bedurften, weil sie die Normen und Überzeugungen ihrer Vertragspartner berücksichtigten und entsprechende Vorkehrungen dagegen trafen, dass ein Bruch des Vertrags ihnen zum Schaden gereichen konnte.

Quellen

- Hanserezesse I, 1, bearbeitet von Karl Koppmann, Leipzig 1870.
- Hanserezesse I, 3, bearbeitet von Karl Koppmann, Leipzig 1875.
- Hanserezesse I, 4, bearbeitet von Karl Koppmann, Leipzig 1877.
- Hanserezesse II, 3, bearbeitet von Goswin von der Ropp, Leipzig 1881.
- Hanserezesse II, 4, bearbeitet von Goswin von der Ropp, Leipzig 1883.
- Hanserezesse III, 2, bearbeitet von Dietrich Schäfer, Leipzig 1883.
- Hansisches Urkundenbuch I, bearbeitet von Konstantin Höhlbaum, Halle 1876.
- Hansisches Urkundenbuch II, bearbeitet von Konstantin Höhlbaum, Halle 1879.
- Hansisches Urkundenbuch III, bearbeitet von Konstantin Höhlbaum, Halle 1882–86.
- Hansisches Urkundenbuch V, bearbeitet von Karl Kunze, Leipzig 1899.

Hansisches Urkundenbuch VIII, bearbeitet von Walther *Stein*, Leipzig 1899.

Strieder, Jakob, Aus Antwerpener Notariatsarchiven. Quellen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 16. Jahrhunderts (Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit, IV), Wiesbaden 1962 [unveränderter Nachdruck von 1930].

Literatur

Bauer, Clemens, Unternehmung und Unternehmensformen im Spätmittelalter und in der beginnenden Neuzeit, Jena 1936.

Behrmann, Thomas, Über Zeichen, Zeremoniell und Hansebegriff auf hansischen Tagfahrten, in: Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit, hrsg. v. Volker Henn, Trier 2001, 109–124.

Blockmans, Wim, Handelstechniken in Flandern und Brabant im Vergleich mit denjenigen der Hanse, 14.–15. Jahrhundert, in: Brügge-Colloquium des Hansischen Geschichtsvereins 26.–29. Mai 1988. Referate und Diskussionen, hrsg. v. Klaus Friedland, Köln/Wien 1990, 25–32.

Blondé, Bruno/*Gelderblom*, Oscar/*Stabel*, Peter, Foreign Merchants Communities in Bruges, Antwerp and Amsterdam, c. 1350–1650, in: Cultural Exchange in Early Modern Europe. Volume II: Cities and Cultural Exchange in Europa, 1400–1700, hrsg. v. Donatella Calabi/Stephen Turk Christensen, Cambridge 2007, 154–74.

Böcker, Heidelore, Das Handelshaus der Loitz. Urteil der Zeitgenossen – Stand der Forschung – Ergänzungen, in: Akteure und Gegner der Hanse – Zur Prosopographie der Hansezeit, hrsg. v. Detlef Kattinger/Horst Wernicke, Weimar 1998, 203–218.

Brox, Hans/*Walker*, Wolf-Dietrich, Allgemeiner Teil des BGB, 38. Aufl., München 2014.

Cordes, Albrecht, Spätmittelalterlicher Gesellschaftshandel im Hanseraum, Köln 1998.

Denzel, Markus A., The Merchant Family in the „Oberdeutsche Hochfinanz“ from the Middle Ages up to the Eighteenth Century, in: La Familia nell’Economia Europea secc. XIII–XVIII. The Economic Role of the Family in the European Economy from the 13th to the 18th Centuries, hrsg. v. Simonetta Cavaciocchi, Firenze 2009, 365–388.

Dollinger, Philippe, Die Hanse, 5. Aufl., Stuttgart 1998.

Ewert, Ulf Christian/*Stelzer*, Stephan, Wirtschaftliche Stärke durch Vernetzung. Zu den Erfolgsfaktoren des hansischen Handels, in: Praktiken des Handels. Geschäfte und soziale Beziehungen europäischer Kaufleute in Mittelalter und früher Neuzeit, hrsg. v. Mark Häberlein/Christof Jeggle, Konstanz 2010, 39–69.

Gönnenwein, Otto, Das Stapel- und Niederlagsrecht (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, NF XI), Weimar 1939.

Greenwood, Royston/*Oliver*, Christine/*Sahlin*, Kerstin/*Suddaby*, Roy, Introduction, in: The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, hrsg. v.

- Royston Greenwood/Christine Oliver/Kerstin Sahlin/Roy Suddaby, London 2008, 1–46.
- Greve, Anke, Hansische Kaufleute, Hosteliers und Herbergen im Brügge des 14. und 15. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 2011.
- Harrel, Donald J., High Germans in the Low Countries. German Merchants and Commerce in Golden Age Antwerp*, Leiden 2004.
- Henn, Volker, Das Brügger Kontor*, in: *Die Hanse: Lebenswirklichkeit und Mythos. Katalog der Ausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte*, hrsg. v. Jörgen Bracker, Lübeck 1989, 160–164.
- Hildebrandt, Reinhard, Diener und Herren. Zur Anatomie großer Unternehmen im Zeitalter der Fugger*, in: *Augsburger Handelshäuser im Wandel des historischen Urteils*, hrsg. v. Johannes Burkhardt, Berlin 1996, 149–174.
- Hirschfelder, Gunther, Die Kölner Handelsbeziehungen im Spätmittelalter*, Köln 1994.
- Hucker, Bernd Ulrich, Der Köln-Soester Fernhändler Johann von Lunen (1415–1443) und die hansischen Gesellschaften Falbrecht & Co. und v.d. Hosen & Co.*, in: *Soest. Stadt – Territorium – Reich. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest*, hrsg. v. Gerhard Köhn, Soest 1981, 383–421.
- Irsigler, Franz, Hansischer Kupferhandel im 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts*, in: *Hansische Geschichtsblätter* 97 (1979), 15–35.
- *Kölner Wirtschaft im Spätmittelalter*, in: *Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft*, hrsg. v. Hermann Kellenbenz, Köln 1975, 217–319.
- Jenks, Stuart, Transaktionskostentheorie und die mittelalterliche Hanse*, in: *Hansische Geschichtsblätter* 123 (2005), 31–42.
- Kriegk, Georg Ludwig, Deutsches Bürgerthum im Mittelalter. Nach urkundlichen Forschungen*, Frankfurt am Main 1871.
- Lutz, Elmar, Die rechtliche Struktur süddeutscher Handelsgesellschaften in der Zeit der Fugger. I. Darstellung*, Tübingen 1976.
- Meyer, John W./Rowan, Brian, Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony*, in: *The American Journal of Sociology* 83 (1977), 340–363.
- Mohnhaupt, Heinz, Privileg, Gesetz, Vertrag, Konzession. Subjektives Recht und Formen der Rechtserteilung zwischen Gnade und Anspruch*, in: *Das Recht und seine historischen Grundlagen. Festschrift für Elmar Wadle zum 70. Geburtstag*, hrsg. v. Tiziana J. Chiusi/Thomas Gergen/Heike Jung, Berlin 2008, 627–641.
- Murray, James M., Bruges, Cradle of Capitalism, 1280–1390*, Cambridge 2005.
- *Of Nodes and Networks: Bruges and the Infrastructure of Trade in Fourteenth-Century Europe*, in: *International Trade in the Low Countries (14th-16th Centuries). Merchants, Organisation, Infrastructure*, hrsg. v. Peter Stabel/Bruno Blondé/Anke Greve, Leuven-Apeldoorn 2000, 1–14.

- Ortner*, Rudolf, Der Handlungsgehilfe, im Besonderen der Faktor des süddeutschen Kaufmanns im 15. und 16. Jahrhundert, München 1932.
- Papritz*, Johann, Das Handelshaus der Loitz zu Stettin, Danzig und Lüneburg, in: Baltische Studien 44 (1957), 73–94.
- Pohl*, Hans, Köln und Antwerpen um 1500, in: Köln, das Reich und Europa. Abhandlungen über weiträumige Verflechtungen der Stadt Köln in Politik, Recht und Wirtschaft im Mittelalter, hrsg. v. Hugo Stehkämper, Köln 1971, 469–552.
- Riebartsch*, Joachim, Augsburger Handelsgesellschaften des 15. und 16. Jahrhunderts. Eine vergleichende Darstellung ihres Eigenkapitals und ihrer Verfassung, Bergisch-Gladbach/Köln 1987.
- Schöningh*, Franz Josef, Die Rehlinger von Augsburg. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts, Paderborn 1927.
- Schubert*, Ernst, Novgorod, Brügge, Bergen und London: Die Kontore der Hanse, in: Concilium medii aevi 5 (2001), 1–50.
- Scott*, W. Richard, Institutions and Organizations. Ideas and Interest, 3. Aufl., Los Angeles 2008.
- Sprandel*, Rolf, Die strukturellen Merkmale der hansischen Handelsstellung in Brügge, in: Brügge-Colloquium des Hansischen Geschichtsvereins 26.–29. Mai 1988. Referate und Diskussionen, hrsg. v. Klaus Friedland, Köln/Wien 1990, 69–81.
- Stein*, Walther, Über die ältesten Privilegien der deutschen Hanse in Flandern und die ältere Handelspolitik Lübecks, in: Hansische Geschichtsblätter 30 (1902), 51–133.
- Van der Wee*, Hermann, The Growth of the Antwerp Market and the European Economy (fourteenth-sixteenth centuries), II. Interpretation, Den Haag 1963.

Die Beiträgerinnen und Beiträger

Dr. Julia Burkhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Mittelalterliche Geschichte an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Universität Heidelberg. Zu ihren Forschungsgebieten zählen Politik- und Herrschaftsgeschichte im Spätmittelalter, die Geschichte Ostmitteleuropas sowie die Geschichte der Bettelorden im Mittelalter.

Dr. David Crispin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Vechta. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die Kulturgeschichte des Krieges im Mittelalter, interreligiöse Kontakte und Konflikte im Mittelalter sowie die mittelalterliche Historiographie.

Prof. Dr. Malika Dekkiche ist Assistant Professor an der Universität Antwerpen. Ihre Forschungsschwerpunkte betreffen die vormoderne islamische Diplomatie (13.–16. Jahrhundert), die Geschichte des mamlukischen Sultanats sowie der timuridischen und turkmenischen Dynastien (15. Jahrhundert). Sie erforscht zugleich auch Formen religiöser Patronage im Hedschas. Zur Zeit arbeitet sie an einem Buchprojekt über die mamlukische Diplomatie (Keeping the Peace in Premodern Islam, EUP 2019).

Dr. Georg Jostkleigrewe ist Privatdozent für Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften an der Universität Münster. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die volkssprachliche und lateinische Historiographie des hohen und späten Mittelalters und die Untersuchung spätmittelalterlicher politischer Interaktionsmechanismen. Der geographische Schwerpunkt seiner Arbeiten liegt auf dem deutschen und westeuropäischen Raum sowie dessen transmediterraner Verflechtung. Im Sonderforschungsbereich „Kulturen des Entscheidens“ beschäftigt er sich darüber hinaus mit der Entwicklung scholastischer Kontingenzkonzepte und deren Einbettung in universitäre Auseinandersetzungen.

Dr. Sebastian Kolditz ist Akademischer Rat auf Zeit für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg. Zu seinen Forschungsgebieten zählt die Geschichte der byzantinisch-westlichen Beziehungen im Mittelmeer, die maritime Geschichte des Mittelmeeres, die Geschichte der spätantiken und frühmittelalterlichen Patriarchate und der ökumenischen Konzilien sowie die Geschichte der Byzanzrezeption und der Byzantinistik.

Dr. Sebastian Kubon ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Mittelalterliche Geschichte und am Arbeitsfeld Public History des Fachbereichs Geschichte der Universität Hamburg. Zu seinen Forschungsgebieten zählen: Außenpolitik im Mittelalter; die geistlichen Ritterorden, v. a. der Deutschen Orden in Preußen; die Geschichte Hamburgs und der Hanse; Reiseberichte der europäischen Expansion (13. bis 17. Jahrhundert); Medievalisms; Geschichte im öffentlichen Raum (Denkmäler, Museen, Reenactments).

Dr. *Ulla Kypta* ist Assistentin für Allgemeine Geschichte des Mittelalters an der Universität Basel. Ihre Forschungsinteressen gelten der spätmittelalterlichen Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte. Sie ist Mitbegründerin des Arbeitskreises „Spätmittelalterliche Wirtschaftsgeschichte“ und des daraus hervorgegangenen DFG-Netzwerks: „Kalkulieren – Handeln – Wahrnehmen. Für eine neue Methodik der spätmittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte“. Zur Zeit bereitet sie eine Habilitationsschrift zum Thema „Strukturelle Wandlungen des Handels im Spätmittelalter? Vertretungsbeziehungen nieder- und oberdeutscher Kaufleute ins Antwerpen des 16. Jahrhunderts“ vor.

Prof. *Jean-Marie Moeglin* ist Directeur d'études an der Pariser École pratique des Hautes Études und Professor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Paris IV – Sorbonne sowie u. a. korrespondierendes Mitglied der Zentraldirektion der MGH. Zu seinen Forschungsbereichen zählen die deutsche Geschichte des Mittelalters, die Geschichte der Historiographie, die Erforschung politischer Rituale und die Untersuchung mittelalterlicher Kulturtransferprozesse zwischen Frankreich und Deutschland.

Stéphane Péquignot ist Maître de conférence für Mittelalterliche Geschichte an der École Pratique des Hautes Études, PSL (Paris). Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte der mittelalterlichen Diplomatie und des Verhandelns sowie die Geschichte der iberischen Halbinsel im Mittelalter, insbesondere die Krone Aragón, das Königreich Mallorca sowie der katalanische Bürgerkrieg.

Dr. *Gregor Rohmann* ist Privatdozent an der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Fach Mittelalterliche Geschichte. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen: Städtische Chronistik und Familienbuchschreibung im Spätmittelalter; Tanz, Körper und Medizin im Mittelalter; Gewalt und Konflikttausch im maritimen Raum im spätmittelalterlichen Nordeuropa.

Dr. *Anja Thaller* ist Akademische Rätin a. Z. an der Abteilung Mittlere Geschichte der Universität Stuttgart. Zu ihren Forschungsbereichen zählen das mittelalterliche Oberitalien, Friedens- und Konfliktforschung sowie historische Hilfswissenschaften, besonders Diplomatik und Paläographie.

Dr. *Martin Marko Vučetić* ist Mitarbeiter am Projekt „Edition und Bearbeitung byzantinischer Rechtsquellen“ der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen mit Sitz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er eine kommentierte Edition der „Eisagogē tu nomu“, eines um 900 entstandenen mittelbyzantinischen Rechtsbuchs, vorbereitet. Zu seinen Forschungsbereichen zählen insbesondere die byzantinische Rechtsgeschichte, Diplomatie sowie generell unterschiedlichste Aspekte der politischen Geschichte der mittelbyzantinischen Zeit (ca. 600–1204).

Dr. *Gesa Wilangowski* hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin für mittelalterliche Geschichte an der Universität Münster eine Dissertation zur deutsch-französischen Diplomatie im ausgehenden Mittelalter verfaßt („Frieden schreiben im Spätmittelalter. Vertragsdiplomatie zwischen Maximilian I., dem römisch-deutschen Reich und Frankreich“). Zu ihren Forschungsinteressen zählen die Geschichte der internationalen Beziehungen und des vormodernen Völkerrechts sowie die politische Ideengeschichte.

Personenverzeichnis

- Abū Ḥanīfa, islam. Rechtsgelehrter
(gest. 768) 132
- Abū Yūsuf, islam. Rechtsgelehrter,
Schüler von Abū Ḥanīfa (gest. 798)
132
- Adalgerius v. Villalta, Bf. v. Belluno-Feltre (1257–1290) 255
- Adam v. Usk, Geschichtsschreiber
(gest. 1430) 81
- Ahmad al-Qalqashandi, mamluk.
Kanzleibeamter 145, 146, 147,
148, 150, 151, 152
- ‘Alam al-Dīn Sulaymān b. Germiyān,
karamanidischer Gesandter 141
- al-Amīn, abbasid. Kalif (gest. 813)
148
- al-Ashraf Īnāl, mamluk. Sultan
(1453–1460) 129, 138, 139, 140,
141, 142, 144, 150
- al-Ashraf Shaban, mamluk. Sultan
(gest. 1377) 139
- Albert II., Gf. v. Görz (gest. 1304)
247, 250, 253, 254, 255, 256, 259,
- 266
- Albert III., Gf. v. Tirol (gest. 1253)
251, 268
- Albert, Gf. v. Weichselburg (gest.
1209) 251
- Albert, Bf. v. Concordia (1260–1268)
255, 256
- Albert v. Aachen, Geschichtsschreiber
163, 165, 170
- Albrecht II., Hzg. zu Mecklenburg
(1336–1379) 341, 342
- Albrecht III., Hzg. zu Mecklenburg,
Kg. v. Schweden (gest. 1412) 341,
342, 344, 346, 353, 358, 360, 361,
364
- Albrecht IV., Hzg. zu Mecklenburg
(gest. 1388) 341, 342
- Alexander III., Papst (1159–1181)
195
- Alexios I. Komnenos, byz. Ks. (1081–
1118) 160, 161, 192, 205
- Alexios V. Dukas Murtzuphlos, byz.
Ks. (gest. 1204) 179
- Alexios II. Komnenos, Ks. v. Trape-
zunt (1297–1330) 210
- Alexios III. Komnenos, Ks. v. Trape-
zunt (1349–1390) 210
- Alfons II. der Keusche, Kg. v. Aragón
(gest. 1196) 95, 104, 105
- Alfons IV. der Gütige, Kg. v. Aragón
(1327–1336) 113
- Alfons VII., Kg. v. León und Kasti-
lien (gest. 1157) 95, 96, 104, 105
- Alfons VIII., Kg. v. Kastilien (gest.
1214) 95, 105
- Alfons X. der Weise, Kg. v. Kastilien
und León (gest. 1284) 95, 97, 105,
109, 110, 112, 113
- ‘Alī ibn Abī Ṭālib, Vetter und Schwei-
gersohn des Propheten Mohammed
(gest. 661) 135, 137, 147
- al-Ma’mūn, abbasid. Kalif (813–833)
148
- al-Shaybānī, islam. Rechtsgelehrter,
Schüler von Abū Ḥanīfa (gest. 805)
132
- Altamish, Milchbruder Timurs 149
- Amalrich, Kg. v. Jerusalem (1163–
1174) 167, 185, 188, 190
- Anar, Herrscher v. Damaskus 164
- Andronikos I. Komnenos, byz. Ks.
(1183–1185) 176

- Andronikos II. Palaiologos, byz. Ks. (1282–1328) 212, 216, 218, 219, 235, 236
- Andronikos III. Palaiologos, byz. Ks. (1328–1341) 220
- Andronikos IV. Palaiologos, byz. Ks. (gest. 1385) 223
- Anna Iwanowna, russ. Zarin (gest. 1740) 283, 284
- Anna Komnene, Geschichtsschreiberin 175, 189
- Anna v. Savoyen, byz. Ksn. (gest. 1365) 224
- Anne de Bretagne, Hzgn. der Bretagne, Kgn. v. Frankreich (gest. 1514) 51
- Ašot II., arm. Kg. (gest. 928/9) 193
- as-Sarachṣī, islam. Rechtsgelehrter (gest. ca. 1090) 132, 135
- Aydakī al-Ashrafi al-Khāṣṣakī, Emir des Sultans al-Ashraf Īnāl 142
- Az-Zahir Saif ad-Din Dschaqmaq, mamluk. Sultan (gest. 1453) 139
- Balduin I., Kg. v. Jerusalem (1100–1118) 164, 169, 170
- Balduin III., Kg. v. Jerusalem (1143–1163) 157, 158, 167, 185
- Balduin II., lat. Ks. v. Konstantinopel (1228–1261) 211
- Barbo, Pantaleon, venez. Gesandter 229
- Bardales, Leon, Gesandter des byz. Ks. Andronikos II. Palaiologos 218
- Barnim VI., Hzg. zu Wolgast-Demmin (gest. 1405) 354
- Bartholomäus de Novaria, Advocat des Deutschen Ordens 320
- Bauzer, Martin, Geschichtsschreiber (1595–1668)
- Behaim, Michael, Kaufmann 379
- Belloni, Antonio, Geschichtsschreiber (ca. 1480–1554) 254
- Bembo
– Andrea, venez. Gesandter 205
– Marco, venez. Gesandter 213, 234
- Bernhard II. v. Spanheim, Hzg. v. Kärnten (1202–1256) 251
- Bertha v. Sulzbach, byz. Ksn. (gest. 1156/60) 176
- Berthold II., Gf. v. Andechs (gest. 1151) 251
- Berthold IV., Gf. v. Andechs, Hzg. v. Meranien (gest. 1204) 251, 268
- Berthold v. Andechs-Meranien, Patriarch v. Aquileia (1218–1251) 252, 258, 262
- Bertrand v. Saint Geniès, Patriarch v. Aquileia (1260–1350) 274
- Blanca v. Anjou, Kgn. v. Aragón (gest. 1310) 94
- Bogislaw VI., Hzg. v. Pommern-Wolgast (gest. 1393) 350
- Bohemund I. v. Tarent, Fs. v. Antiochia (1198–1111) 160, 189, 192
- Bonifatius VIII., Papst (gest. 1303) 98, 99, 103
- Bosson, Knut, Sohn Bo Jonssons (gest. 1406) 349, 356
- Bragadin, Jacopo, venez. Gesandter 223
- Bromm, Katharina, Schwester d. Gebrüder Stalburg 372
- Bruno v. Schauenburg, Bf. v. Olmütz (1245–1281) 255
- Burgund, Hzm. 46, 380, 383
- Celsi, Lorenzo, venez. Doge (gest. 1365) 222, 227
- Christine de Pisan 71
- Chrysoberges, Lukas, Patriarch v. Konstantinopel (1157–1169) 185
- Claudia von Frankreich, Kgn. v. Frankreich (gest. 1524) 53, 54, 55
- Clemens IV., Papst (gest. 1268) 255
- Commynes, Philippe de, burg.-frz. Staatsmann u. Geschichtsschreiber (gest. 1511) 86
- Contarini
– Bisino, Venezianer 220
– Francesco, Venezianer 220

- Giacomo, venez. Doge (1275–1280) 234
- Ludovico, venez. Legat 229, 230, 231
- Pietro, venez. Gesandter 238
- Zaccaria, venez. Gesandter 236
- Corner, Pietro, venez. Gesandter 237
- Cousinot, Guillaume, frz. Kanzler 44, 58
- Crivelli, frz. Gesandter Ludwigs XII. 53

- Da** Canal, Pietro, venez. Gesandter 214, 236
- Da Fermo, Andrea, venez. Notar 214
- Da Mosto, Martino, venez. Gesandter 238
- Dandolo 242, 244, 255
 - Andrea, Geschichtsschreiber, venez. Doge (1343–1354) 205, 255
 - Enrico, venez. Doge (1192–1204) 179
 - Francesco, venez. Doge (1328–1339) 236
 - Gabriele, venez. Bailo 235
 - Giovanni, venezianischer Doge (1280–1289) 215, 235
- Demetrios Eirenikos, Metropolit v. Mytilene 213, 235
- Dermokaites, Theophylaktos, byz. Gesandter 222, 237
- Desclot, Bernat, Geschichtsschreiber 107, 108
- Detmar v. Lübeck, Geschichtsschreiber 345
- Diedo, Bertuccio, venez. Gesandter 238
- Dionysius, Kg. v. Portugal (gest. 1325) 96, 112
- Diplovatatzes, Alexios, byz. Gesandter 235
- Dolfin, Giacomo, venez. Gesandter 112, 234
- Dschaqmaq *siehe* Az-Zahir Saif ad-Din Dschaqmaq

- Dü'l-Nün, Schwager Kılıç Arslans II. 194
- Dume, Margareta, Gem. Bo Jons-sons, (gest. 1410) 349, 351

- Eduard III., Kg. v. England (1327–77) 9, 24, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 72, 77, 78, 80, 82, 85
- Eduard, Prince v. Wales (der Schwarze Prinz) (gest. 1376) 65, 68, 80
- Elisabeth v. Bayern, Gem. Kg. Konrads IV. (gest. 1273) 258
- Engelbert II., Gf. v. Görz (gest. 1191) 247, 249, 251, 260, 262, 263
- Engelbert III., Gf. v. Görz (gest. 1220) 249, 251, 260
- Erich VII., Kg. v. Dänemark, Norwegen und Schweden (gest. 1459) 342, 348, 349, 354, 357, 361
- Erich, Hzg. zu Mecklenburg (gest. 1397) 342, 344, 347, 348, 350, 351, 360
- Eugen IV., Papst (1431–1447) 85
- Everardi, Nicolas, Jurist (gest. 1532) 53
- Eyddinger, Niclaus, Breslauer Kaufmann 375
- Ezzelino III. da Romano, oberit. Signore (gest. 1259) 252

- Faradsch, mamluk. Sultan (gest. 1412) 148, 149
- Ferdinand IV. el Emplazado, Kg. v. Kastilien (1295–1312) 95, 96, 112, 115
- Ferran Sánchez de Valladolid, Kanzler u. Geschichtsschreiber 112, 113
- Finosio, Adeliger aus Manzano 254
- Foscolo, Francesco, venez. Gesandter 237
- Franz I., Kg. v. Frankreich (1515–1547) 54
- Friedrich I. (Barbarossa), Ks., dt. Kg. (gest. 1190) 177, 195

- Friedrich II., Ks., dt. Kg. (gest. 1250) 258
- Friedrich III. (II.) v. Aragón, Kg. v. Sizilien (gest. 1337) 102, 103
- Friedrich II., Mgf. v. Brandenburg (gest. 1470) 292
- Friedrich III. von Saarwerden, Ebf. v. Köln (1370–1414) 319
- Froissart, Jean, Geschichtsschreiber 82
- Fulcher v. Chartres, Geschichtsschreiber (gest. 1127) 170
- Fulko, Kg. v. Jerusalem (1131–1143) 164
- Garatone, Cristoforo, Diplomat der Kurie (gest. 1448) 206
- Geisler, Bernhard, Kaufmann 379
- Georg v. Podiebrad, Kg. v. Böhmen (gest. 1471) 22
- Gerson, Jean *siehe* Johannes Carrius de Gerson
- Gerwig, Bf. v. Concordia (1139–1158) 251
- Giustinian
- Belletto, venez. Gesandter 235
 - Marco, Befehlshaber d. venez. Flotte 229, 237
 - Ugolino, venez. Gesandter 235
- Gottfried v. Bouillon, Hzg. v. Niederlothringen (1087–1096) 162, 165
- Gradenigo
- Andrea, venez. Gesandter 227, 229
 - Giovanni, venez. Gesandter 237
 - Matteo, venez. Gesandter 234
 - Pietro, venez. Doge (1289–1311) 213, 214, 233, 235
- Grander, Andreas, Augsburger Kaufmann 372, 374, 376, 377
- Gregor v. Montelongo, Patriarch v. Aquileia (1251–1269) 247, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 258, 259
- Gregor XI., Papst (1370–78) 68
- Greve, Franz de, Kaufmann 375
- Grimm, Jacob u. Wilhelm 284
- Guarino Guarini Veronese, humanist. Gelehrter (gest. 1460) 206
- Guecello da Prata (gest. 1262) 252
- Guercio, Guglielmo, genues. Podestà 208
- Guido III., Gf. v. Flandern (1278–1305) 381
- Hainhofer, Ulrich, Tucheinkäufer 375
- Håkon VI., Kg. v. Norwegen (1355–1380) 341
- Hanolt
- Hans, Augsburger Kaufmann 372, 374, 376, 377
 - Marx, Handelsdiener 376
 - Peter, Handelsdiener 376
- Hartwig v. Castellerio, Generalkapitän des Friaul 256
- Hārūn ar-Raschīd, abbasid. Kalif (gest. 809) 148
- Hedwig v. Anjou, Gem. Gfs. Jagiełłos, (gest. 1399) 290, 310
- Heinrich IV., Ks., dt. Kg. (gest. 1106) 248
- Heinrich II. Trastámara, Kg. v. Kastilien (gest. 1379) 102, 114, 116
- Heinrich IV., Kg. v. England (1399–1413) 72
- Heinrich V., Kg. v. England (1413–22) 78, 82, 83, 84, 85
- Heinrich VI., Kg. v. England u. Kg. v. Frankreich (gest. 1421) 85
- Heinrich VII., Kg. v. England (1485–1509) 51, 55, 56
- Heinrich I., Gf. v. Görz (gest. 1148/49) 249
- Heinrich V., Gf. v. Görz (gest. 1362) 273
- Heinrich III., Hzg. zu Mecklenburg (1379–1383) 341, 342
- Herwart
- Georg, Augsburger Kaufmann 375
 - Marx, Augsburger Kaufmann 375
- Hieronymus v. Breslau, Domherr 320

- Ibrāhīm II., Bey v. Karaman (1424–1464) 129, 138, 139, 140, 141, 142, 144
- Ierakites, Andronikos, Sebastos 219
- Imad ad-Din Zengi, Atabeg (gest. 1146) 164
- Imhof, Michael, Faktor d. Kaufhauses Herwart 375
- Ingeborg, Gem. Hzg. Heinrichs III. zu Mecklenburg, (gest. 1370) 341
- Isabella v. Bayern, Kgn. v. Frankreich (gest. 1435) 83
- Isabella v. Kastilien, Infantin (gest. 1328) 106, 112
- Isabelle de Valois, Gem. Kg. Richards II. (gest. 1409) 78, 81
- Jadwiga, Tochter Władysław Jagiełło 292
- Jagiełło, Gfs. v. Litauen, Kg. v. Polen *siehe* Władysław II. Jagiełło
- Jakob I. (der Eroberer), Kg. d. Krone Aragón (gest. 1276) 92, 109, 110
- Jakob II. der Gerechte, Kg. d. Krone Aragón (gest. 1327) 92, 93, 94, 95, 96, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 106, 107, 112
- Jakob II., Kg. v. Mallorca (gest. 1311) 92
- Jan Długosz, Geschichtsschreiber 285, 287, 289, 292, 293, 296, 299
- Jean D'Auffay, Jurist, Berater Ks. Maximilians I. 45, 46, 47, 48, 56
- Jean Juvénal des Ursins, Jurist u. Geschichtsschreiber 84
- Jihād* *siehe* Dschihād
- Jizyah* *siehe* Dschizya
- Jizyah*, Tribut nichtmuslimischer Schutzbefohlener 144
- Jofré de Loaysa, Erzdiakon v. Toledo 106
- Johann II. (der Gute), Kg. v. Frankreich (1350–64) 30, 65, 66, 70, 78, 80
- Johann II., Kg. v. Zypern (gest. 1458) 144
- Johann Ohnefurcht, Hzg. v. Burgund (gest. 1419) 83
- Johann I. v. Mecklenburg-Stargard, Hzg. (gest. 1392/93) 346
- Johann II. v. Mecklenburg-Stargard, Hzg. (gest. 1416) 346, 347, 362
- Johann IV., Hzg. zu Mecklenburg (gest. 1422) 346, 352, 353, 359, 363
- Johann II., Ebf. v. Mainz (1397–1419) 319
- Johann v. Posilge, Geschichtsschreiber 309, 311
- Johannes II. Komnenos, byz. Ks. (1118–1143) 181
- Johannes V. Palaiologos, byz. Ks. (gest. 1391) 214, 221, 227, 228, 231
- Johannes VI. Kantakuzenos, byz. Ks. (gest. 1383) 221, 236
- Johannes VII. Palaiologos, byz. Ks. (gest. 1408) 223
- Johannes VIII. Palaiologos, byz. Ks. (1425–1448) 238
- Johannes XIV. Kalekas, Patriarch v. Konstantinopel (1334–1347) 215
- Johannes Carlerius de Gerson, frz. Theologe (gest. 1429) 55
- Johannes Drasxanakertc'i, arm. Geschichtsschreiber 192
- Johannes Monachus, Geschichtsschreiber 292
- Johannes v. Pfirt, Komtur d. Deutschen Ordens 352
- Johannes v. Winterthur, Geschichtsschreiber 10
- John of Lancaster, 1. Duke of Bedford (gest. 1435) 84
- Jonsson (Grip), Bo, Reichsdrost (gest. 1386) 348
- Joseph, Kalogeros d. Peribleptos-Klosters 222
- Jurist 66

- Jus ad bellum* 131, 132
Jus in bello 131, 132
 Justinian II., byz. Ks. (gest. 711) 184

Kaballaropoulos, Konstantin, byz.
 Gesandter 222, 237
Kaladikas, Georgios, byz. Gesandter 211, 234
Kaloeidas, Manuel, byz. Gesandter 222
Karl IV. v. Luxemburg, röm.-dt. Ks. (1346–1378), Kg. von Böhmen (1347–1378) 355
Karl V., Ks., dt. Kg. (gest. 1558) 54, 55
Karl IV., Kg. v. Frankreich (1322–28) 63
Karl V., Kg. v. Frankreich (1364–80) 65, 66, 67, 68, 69, 72, 79, 80
Karl VI., Kg. v. Frankreich (1380–1422) 47, 83, 320
Karl VII., Kg. v. Frankreich (1422–1461) 45, 50, 75
Karl VIII., Kg. v. Frankreich (1483–1498) 51, 52
Karl II. der Böse, Kg. v. Navarra (1349–1387) 30, 116
Karl VIII., Kg. v. Schweden u. Norwegen (gest. 1470) 356
Karl I. v. Anjou, Kg. v. Sizilien (gest. 1285) 110, 209, 211, 215
Karl II. v. Anjou, Kg. v. Sizilien (Napoli) (gest. 1309) 94, 98, 107
Karl der Kühne, Hzg. v. Burgund (gest. 1477) 44, 46, 47, 48, 49, 56
Karl I. v. Valois (gest. 1325) 233
Kasimir Andreas IV., Gfs. v. Litauen, Kg. v. Polen (1447–1492) 298
Kasimir III. d. Große, Kg. v. Polen (1333–1370) 290
Katharina v. Courtenay, Titularksn. v. Konstantinopel 233
Katharina v. Valois, Kgn. v. England (gest. 1437) 83

Kegen, petschenegischer Potentat 184
Kemmerer, Wolf, Handelsdiener 373
Kerbogha, Atabeg (gest. 1102) 161
Khushqadam, mamluk. Sultan (gest. 1461) 144
Kılıç Arslan II., seldschuk. Sultan (1155–1192) 175, 176, 178, 181, 183, 184, 185, 187, 188, 189, 190, 193, 196
Kinnamos, Johannes, Epitomē 176, 181, 196
Kleidas, Georgios, Dikaiophylax 219
Knighton, Henry, Geschichtsschreiber 79, 80
Konrad v. Jungingen, Hochm. d. Deutschen Ordens 311, 313, 314, 315, 316, 317, 319, 320, 321, 322, 323, 325, 326, 327, 350, 352, 353, 354, 355, 357, 360, 361
Konradin, Kg. v. Sizilien und Jerusalem (gest. 1268) 258
Konstantin IX. Monomachos, byz. Ks. (1042–1055) 184
Kontostephanos, Johannes, byz. Gesandter u. Feldherr 176
Koronios, Georgios, byz. Gesandter 235
Krum, bulg. Khan (gest. 814) 179

Leon V., byz. Ks. (813–820) 179
Leopold VI. d. Glorreiche, Hzg. v. Österreich und Steier(-mark) (gest. 1230) 251
Loitz, Stettiner Handelshaus 373
López de Ayala, Pedro, Crónica del Rey don Pedro y del Rey don Enrique, su hermano, hijos del rey don Alfonso Onceno 113, 114, 116
Losse, Rudolf, Jurist (gest. 1364) 10
Ludovicus de Garsiis, Jurist 48, 49, 84
Ludwig IV., der Bayer, röm.-dt. Ks. (1314–1347) 9, 10, 24

- Ludwig VII., Kg. v. Frankreich (1137–1180) 185
- Ludwig IX., d. Hl., Kg. v. Frankreich (gest. 1270) 92
- Ludwig X. (Louis Hutin), Kg. v. Frankreich (1314–16) 24
- Ludwig XI., Kg. v. Frankreich (1461–1483) 47, 49, 52
- Ludwig XII., Kg. v. Frankreich (1498–1515) 53, 56
- Ludwig I. d. Große, Kg. v. Ungarn (1342–1382), Kg. v. Polen (1370–1382) 290, 295
- Luxemburg, Hzm. 385
- Machiavelli, Niccolò (1469–1527) 43, 44, 56, 57, 117
- Manfred, Kg. v. Sizilien (gest. 1266) 209
- Manuel I. Komnenos, byz. Ks. (1143–1180) 175, 176, 178, 180, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 193, 195, 196, 210
- Manuel II. Palaiologos, byz. Ks. (1391–1425) 225
- Marcello, Angelo, venez. Gesandter 235
- Marcello, Cristoforo, venez. Gesandter 238
- Margarethe, Kgn. v. Norwegen, Reichsverweserin v. Dänemark (gest. 1412) 341, 342, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 351, 352, 354, 356–359, 360, 361, 362
- Margarete v. Österreich, Regentin der Niederlande, Hzgn. v. Savoyen (gest. 1530) 51
- Margarete v. Konstantinopel, Gfn. v. Flandern (gest. 1280) 381
- Maria de Molina, Kgn. v. Kastillien u. León (gest. 1321) 112
- Maria v. Antiochien, Gem. Ks. Manuels I. Komnenos (gest. 1183) 176
- Maria v. Burgund, Hzgn. v. Burgund (gest. 1482) 44, 45
- Maria v. Mecklenburg, Gem. Hzg. Wartislaws VII. v. Pommern-Wolgast-Stolp 342
- Martin I. (el Humano), Kg. v. Aragón (gest. 1410) 91
- Martin IV., Papst (1281–1285) 215
- Martinus Garatus Laudensis, ital. Rechtsgelehrter 43
- Mas'ūd al-Kujajānī, Gesandter Timurs 148
- Matthias v. Neuenburg, Geschichtsschreiber 10
- Maximilian I., röm.-dt. Ks. (1493–1519) 44, 45, 51, 52, 53, 55, 56, 57
- Maximos, Archimandrit des Michaelsklosters 213, 235
- Mehmed II., osman. Sultan (gest. 1481) 139
- Meinhard I., Gf. v. Görz (gest. 1142) 249, 250, 260
- Meinhard II., Gf. v. Görz (gest. 1231) 249, 250, 251, 260
- Meinhard III. (I.), Gf. v. Görz und Tirol (gest. 1258) 252, 258
- Meinhard IV. (II.), Gf. v. Görz und Tirol (gest. 1295) 250, 253, 254, 258, 266
- Melisende v. Tripolis 177
- Memmo, Marino, venez. Gesandter 237
- Michael VIII. Palaiologos, byz. Ks. (1259–1281) 204, 205, 208, 209, 210, 234
- Mindaugas I., Kg. v. Litauen (1253–1263) 316, 318, 327
- Minotto, Marco, venez. Bailo 220, 225
- Mohammed, Prophet und Religionsstifter des Islams (gest. 632) 129, 131, 133, 135, 145, 149
- Montreuil, Jean de, frz. Humanist (gest. 1418) 72, 73
- Moro, Dardi, venez. Gesandter u. Bailo 238

- Morosini, Ruggiero, Befehlshaber der venez. Flotte 218
- Mu'awiyya, fünfter Kalif und Gründer der Omayyadendynastie (661–680) 135, 147
- Muntaner, Ramon, Geschichtsschreiber 108
- Murad I., osman. Sultan (gest. 1389) 229
- Neithart, Sebastian, Kaufmann 372, 378
- Niccolò de' Martinocci da Fano, Schreiber 206
- Nicoletti, Marcantonio, Geschichtsschreiber (1536–1596) 254, 256
- Niketas Choniates, byz. Geschichtsschreiber 181, 184, 185, 186, 188, 190, 192, 194, 195, 196, 197
- Nilsson (Wasa), Christiern, Ritter u. Reichsrat (gest. 1442) 356
- Noël de Fribois, Jurist u. Geschichtsschreiber 85
- Nur ad-Din, islam. Herrscher (gest. 1174) 157, 164, 168, 194, 195
- O**inaiotes, Andronikos, byz. Gesandter 228
- Olaf II., Kg. v. Dänemark (1376–1387) 341, 342
- Otakar III., Mgf. der Steiermark (ca. 1125–1164) 263
- Otto v. Peccatel, Ritter 350, 358
- Ottokar II. Přemysl, Kg. v. Böhmen (1253–1278) 253, 255, 256
- Ottokar v. Steiermark, Geschichtsschreiber 11
- Paul v. Rusdorf, Hochm. d. Deutschen Ordens 297
- Pechori, Simon, Handelsdiener 372, 378
- Pero Aonés, aragon. Adeliger 109
- Peter II., Kg. v. Aragón (gest. 1213) 105, 106
- Peter III., Kg. v. Aragón und Valencia (gest. 1285) 95, 97, 99, 100, 107, 108, 110, 111
- Peter IV., Kg. v. Aragón (gest. 1387) 92, 100, 102, 103, 106, 113, 114, 115, 116, 117
- Peter I., Kg. v. Kastilien (gest. 1369) 92, 100, 102, 103, 114, 115, 116
- Peter II. Alexejewitsch, russ. Zar (gest. 1730) 283
- Petrus de Vinea 64
- Philipp III. der Kühne, Kg. v. Frankreich (1270–1285) 92, 107, 108, 110
- Philipp IV. der Schöne, Kg. v. Frankreich (1285–1314) 10, 92, 98, 99, 103, 233
- Philipp VI. v. Valois, Kg. v. Frankreich (1328–50) 10, 11
- Philipp II. der Kühne, Hzg. v. Burgund (gest. 1404) 320, 386, 387
- Philipp III. der Gute, Hzg. v. Burgund (gest. 1467) 45, 49, 50, 83, 85, 386
- Philipp v. Courtenay (gest. 1283) 215
- Philipp v. Spanheim, Elekt v. Salzburg und Aquileia (gest. 1279) 256
- Pierre d'Orgemont, frz. Kanzler Karls V. 79
- Pierre d'Orolie, Kanzler Ludwigs XI. 47, 48
- Pilgrim I., Patriarch v. Aquileia (1132–1161) 247, 250, 251, 262, 263
- Pilgrim II., Patriarch v. Aquileia (1194–1204) 251, 260, 268
- Pisani, Niccolò, venez. Bailo 220
- Planudes, Maximos, Gesandter des byz. Ks. Andronikos II. Palaiologos 218
- Pruner, Joachim, Antwerpener Kaufmann 375
- Puschinger, Wolf, Kaufmann 375

- Querini**
 – Iacopo, venez. Gesandter 235
 – Marco, venez. Gesandter u. Bailo 238
- Raimund Berengar IV.**, Gf. v. Barcelona (1131–1162) 95, 96, 97
- Raimund IV.** v. St. Gilles, Gf. v. Toulouse (1093–1105) 162, 169
- Raimund v. Aguilers**, Geschichtsschreiber 163
- Rainald v. Châtillon**, Fs. v. Antiochia 176
- Rapoto I.**, Gf. v. Ortenburg (gest. 1186) 251
- Rehlinger**, Conrad, Augsburger Kaufmann 372, 374, 376, 377
- Richard II.**, Kg. v. England (1377–99) 72, 77, 81
- Richard Olivier**, Gesandter Karls VII. 45, 49
- Ridwan v. Aleppo** 165
- Robert II.** v. Jerusalem, Gf. v. Flandern (gest. 1111) 162
- Robert III.**, Gf. v. Flandern (1305–22) 24
- Rodrigo Jiménez de Rada**, Ebf. v. Toledo, Geschichtsschreiber (gest. 1247) 105
- Rolin**, Nicolas, Kanzler Philipp III. des Guten 49, 50
- Romanos I.** Lakapenos, byz. Ks. (920–944) 192
- Röriksson Bonde**, Thord, Burghauptmann in Åbo (gest. 1417) 356
- Ruprecht I.**, Hzg. v. Liegnitz (gest. 1409) 320
- Šähānšāh**, Bruder Kılıç Arslans II. 194
- Saladin** (gest. 1193) 159
- Sancho IV.**, Kg. v. Kastilien (gest. 1295) 95, 101, 106, 112
- Sanudo**, Tommaso, venez. Gesandter 237
- Sayler**, Hieronymus, Kaufmann 372, 378
- Schawar**, Wesir v. Ägypten (gest. 1169) 168
- Scherpelin von Lypen**, Clas, Handelsdiener 372, 374
- Schetz**, Olivera von, Kaufmann 375
- Scheurl**, Christoph, Kaufmann 379
- Schiavo**, Menego, Korsar 219
- Seyssel**, Claude de, frz. staatsrechtl. und polit. Gelehrter (gest. 1520) 55
- Sguropulos**, Manuel, byz. Gesandter 222
- Shaykh Jamāl al-Dīn al-Balkhī**, Gesandter des Sultans al-Ashraf İnāl 141
- Sighard**, Patriarch v. Aquileia (1068–1077) 248
- Sigismund**, röm.-dt. Ks. (1411–1437), Kg. v. Ungarn (1387–1437) und Böhmen (1420–1437) 287, 288, 297, 298, 317
- Simeon I.**, bulg. Herrscher (gest. 927) 192
- Sophia v. Pommern-Wolgast**, Gem. Hzg. Erichs zu Mecklenburg 350, 351, 352, 354, 358
- Soranzo**
 – Giovanni, venez. Doge (1312–1328) 219, 236
 – Jacopo, venez. Bailo 236
 – Tommaso, venez. Bailo 220, 236
- Stalburg**
 – Claus, Frankfurter Kaufmann 372
 – Kraft, Frankfurter Kaufmann 372, 373, 374
- Stefan III.**, Kg. v. Ungarn (gest. 1172) 177
- Sture**, Sven, Ritter u. a. in Diensten Margarethes, Kgn. v. Norwegen (gest. 1423/23) 348, 350, 351, 352, 355, 356, 357, 358, 359, 362
- Sunqur al-Zardkash**, mamluk. Emir 140

- Syropulos, Stephanos, byz. Gesandter
220, 235, 236
- Tamerlan *siehe* Timur
- Tankred v. Tarent, Fs. und Kreuzfahrer (gest. 1112) 163, 169
- Tervel, bulg. Khan (701–721) 184, 192
- Theodericus, Notar und Richter (1103–1146) 234
- Theodoros I. Palaiologos, Mgf. v. Montferrat (gest. 1338) 220
- Tiepolo, Lorenzo, venez. Doge (1268–1275) 211
- Timur, zentralasiat. Eroberer (gest. 1405) 148, 149, 153
- Tucher, Lazarus, Kaufmann 375
- Tudebode, Peter, Geschichtsschreiber 169
- Tzimiskes, Georgios, byz. Gesandter 211, 234
- Ulrich III. v. Spanheim, Hzg. v. Kärnten (1256–1269)** 253, 256
- Ulrich III., Gf. v. Eppan (1180–1232) 251, 268
- Umar, Gouverneur v. Azaz 165
- Urban II., Papst (1088–1099) 162
- Venier, Antonio, venez. Doge (1382–1400) 229
- Viaro, Fantino, venez. Gesandter u. Bailo 238
- Vytautas d. Große, Gfs. v. Litauen (1392–1430) 286, 292, 293, 296, 297, 298, 309, 310, 311, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 324, 327
- Waldemar IV., Kg. v. Dänemark (1340–1375) 341, 355
- Walsingham, Thomas, Geschichtsschreiber 79
- Wartislaw VII., Hzg. v. Pommern-Wolgast-Stolp (gest. 1395) 342
- Wartislaw VIII., Hzg. v. Pommern-Wolgast (gest. 1415) 350, 354
- Werner von Falkenstein, Ebf. v. Trier (1388–1418) 319
- Wernher, Bf. v. Triest (1149–1186) 251
- Wilhelm v. Tyrus, Geschichtsschreiber (gest. 1186) 157, 158, 164, 167, 168, 172
- Wladislaus v. Schlesien, Ebf. v. Salzburg (1265–1270) 255
- Władysław III. Warneńczyk, Kg. v. Polen (1434–1444) 292, 293, 297
- Władysław II. Jagiełło, Gfs. v. Litauen, Kg. v. Polen (gest. 1434) 285, 287, 291, 293, 294, 295, 297, 299, 310, 315, 316, 321, 322
- Wolfrad II., Gf. v. Treffen (gest. ca. 1180) 251
- Yağıbasan, Schwager Kılıç Arslans II. 194
- Zane, Paolo, venez. Gesandter u. Bailo 206, 237
- Zbigniew Olenicki, Bf. v. Krakau 287, 293, 295, 297, 300
- Zeno
- Marco, venez. Gesandter 235
 - Pietro, venez. Gesandter 234
 - Raniero, venez. Doge (gest. 1268) 210, 211, 234
- Zofia Holszańska, Gem. Gfs. Jagiełłos, (gest. 1461) 291, 293
- Zorzano, Marino, Venezianer 253
- Zwertzer, Johann, Faktor d. Kaufhauses Welser 375

Ortsverzeichnis

- Aardenburg 384
Åbo 356
Aga-Çayiri
– Schlacht v. (1488) 153
Agincourt
– Schlacht v. (1415) 78, 82
Ägypten 128
Akkon
– Eroberung v. 169, 170
Alcalá de Henares
– Vertrag v. (1308) 91, 95
Alcañices
– Vertrag v. (1297) 112
Alençon 78
Aleppo 143
al-Hārūwiyyatayn 140
Almizra
– Vertrag v. (1244) 91
Amaseia 194
Anagni
– Friede v. (1295) 92, 93, 98, 99, 102
Anatolien 128
Ancona 209
Antiochia 161
– Eroberung v. 161
– Schlacht v. 161
Antwerpen 374, 375, 376, 383, 385,
 387
Aquileia 259, 273
– Patriarchat 249, 250, 252
– Vogtei 249, 250, 257, 258, 263, 273
Aquitaniens, Hzm. 65
Arqa 162
– Belagerung v. 162
Arras
– Frieden v. (1435) 85
– Frieden v. (1482) 46, 51
– Konferenz v. (1435) 47, 50, 56
– Vertrag v. (1435) 45, 46, 49, 56
Åsle
– Schlacht v. (1389) 342
Athis-sur-Orge
– Vertrag v. (1305) 24
Augsburg 375
Ayas 140
Azincourt *siehe* Agincourt

Bagdad 128, 134
Banyas 157, 165
Bergen op Zoom 383
Bilislüş 140
Böhmen
– Kgr. 292
Bordeaux 75
Bornholm 344
Brabant 383
Brabant, Hzm. 385
Brest/Brzeę 286, 287, 291, 293
– Privileg v. 294, 295, 298
Brétigny
– Friede v. (1360) 65, 66, 68, 69, 72,
 73, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 84, 85,
 86
Brixen 274
Brügge 66, 371, 380, 381, 382, 384,
 385, 386, 387, 388
– Gericht 381
Brüssel 9
Burgund
– Hzm. 44
Buzet 253, 261, 265

Calais 65, 79, 80
Calatayud 110

- C**ampillo-Agréda
– Vertrag v. (1281) 91, 95, 97, 98,
100
- C**arrión
– Vertrag v. (1140) 95
- C**azola
– Vertrag v. (1179) 91, 95
- C**ividale 250, 251, 252, 253, 258,
259, 261, 264, 266, 267, 270, 273
- C**onflans
– Vertrag v. (1465) 45, 46, 56
- C**orbeil
– Vertrag v. (1258) 92
- C**ormòns 251, 253, 256, 259, 260,
261, 268, 269
- C**uenca
– Vertrag v. (1177) 105
- C**zerwińsk
– Privileg v. 291
- D**amaskus 143, 157
- D**amme 381, 384
– Gericht 382
- D**anzig 347, 350, 361, 373
- D**arende 140
- D**eventer 384
- D**ivriği 140
- D**ordrecht 383, 384
- D**orpat 349
- D**ortmund 384
- D**oryläum
– Festung 196
– Schlacht v. (1097) 160
- Drwęca** 286
- E**dessa 172
- E**lbing 347
- E**lche
– Vertrag v. (1305) 92, 99
- E**n gland 55, 384
– Kaufleute 374, 383
- F**axeholm (Norrland) 357
- F**landern 46, 52, 380, 383, 385
– Gft. 380, 383, 385
– Städte 381
- F**lorenz 91
- F**rankfurt 374
- F**rankreich
– Kaufleute 383
– Kgr. 56
- F**riaul
– Gft. 248
- G**alata 218
- G**arten
– Vorfrieden v. (1398) 315, 317
- G**ent 380, 385
- G**enua 53, 91, 169, 195, 204, 206,
209, 210, 211, 218
– Kaufleute 114, 143
- G**ibraltar 91
- G**nesen, Ebt. 286
- G**örz 259
– Burg 248
– Gft. 249, 250
- G**otland 326, 327, 341, 346, 347,
348, 351, 352, 353, 354, 355, 356,
357, 358, 361, 362
- G**reifswald 344, 347
- G**renada 108, 110
- G**ülek, Festung nördl. v. Tarsus 139,
140, 143, 153
- G**uyenne, Hzm. 66, 78
- H**amburg
– Hansetag 386
- H**edschas 128
- H**olland 383
- I**strien
– Gft. 248
- I**talien 44, 53
- J**edlnia 291, 299
– Privileg v. 298, 299, 301

- Jerusalem 157, 159, 172
 – Eroberung v. 160, 161, 168
 – Patriarchat v. 170
- Kairo 138, 139, 140, 141, 143
- Kalmar 361
- Kāwarra 140
- Kayseri 141
- Kilikien 129, 139, 140, 143, 152,
 153, 178
- Kirzāl 140
- Koblenz
 – Reichstag (1338) 24
- Köln 385
 – Kaufleute 384, 387
- Königsberg
 – Vertrag v. (1384) 310, 313
- Konstantinopel 176, 177, 178, 179,
 187, 196, 204, 206, 209, 211, 214,
 216, 218, 225, 227, 229
 – Eroberung v. (1204) 182, 205
 – Eroberung v. (1261) 204, 208
 – Eroberung v. (1453) 139, 223
- Konstanz
 – Reichstag 53, 56
- Konya 178, 194, 195
- Kopenhagen 354
- Koper 247, 253, 254, 256, 259
- Koron 209
- Koszyce
 – Privileg v. (= Kaschauer Privileg)
 290
- Krain
 – Mgft. 248
- Krakau 292
 – Privileg v. 291, 299, 301
- Kreta 209
- Kulm, Diözese 296
- Kūmī 140
- Łęczyca 285, 286, 287, 288, 289,
 294, 295, 297, 301
- Levante 160
- Lindholm 349
 – Frieden v. (1395) 341, 347, 349,
 362
- Lissabon 375
- Litauen 297, 310, 323, 327
 – Christianisierung 298, 310, 311,
 323, 327, 328
 – Litauenreise 310, 327
- London 80, 375
- Lübeck 346, 347, 356, 359, 362, 375
- Lubicz 286, 297
- Lucca 91
- Lurngau
 – Gft. 248
- Lüttich 52
- Lyck
 – Vertrag v. (1390) 310, 313
- Lyon 378
- Madrid
 – Vertrag v. (1339) 91
- Mailand 56
- Malatya 140
- Manzano 252, 254, 259, 270
- Melitene 194
- Melnosee
 – Frieden v. (1422) 286
- Mesembria, Stadt im heutigen Bulgarien
- Metlika
 – Gft. 250
- Modon 209
- Monteagudo
 – Vertrag v. (1291) 91, 95, 102
- Montereau 83
- Montferrat 220
- Motovun 253
- Mühlbach (Südtirol) 250
- Murviedro
 – Vertrag v. (1363) 102
- Myriokephalon
 – Schlacht v. (1176) 181, 186, 193,
 195

- Negroponte 211
 Neumark 326, 327
 Nikää 160
 – Belagerung v. 160
 – Übergabe v. (1097) 164
 Nikaia 182
 Nil 151
 Nowgorod 311
 Nymphaion
 – Vertrag v. (1261) 204, 208, 209
- Orvieto** 215
- Pazin**
 – Gft. 250
 Pera 206
 Péronne
 – Vertrag v. (1312) 24
 – Vertrag v. (1468) 45, 46, 47, 48, 56
Pinguente siehe Buzet
 Piotrków
 – Privileg v. 291
 Pisa 91, 169, 195, 203, 209
 Poissy
 – Vertrag v. (1313) 92, 103
 Polen 288
 – Kgr. 284, 285, 290, 292, 297
 – Städte 300
 Ponthieu 80
 Portugal
 – Kaufleute 374
 Preußen 309, 312, 313
 – Ordensland 329
 – Preußenerreise 310
- Qal'at al-Nijmah** 140
Qal'at Bārī Karūk 140
Qal'at Humaynīn 140
Qal'at Kūmī 140
Qal'at Lu'lū'ah 140
Qal'at Tāmrūn 140
- Racianz**
 – Frieden v. 309, 313, 315, 319
- Vertrag v. (1404) 310, 313, 318
 Ramuscello 247, 251, 262, 263
 Reval 347
 Riga 349
 Rom 316, 319
 Rostock 344, 345
- Sallinwerder**
 – Frieden v. 312, 320, 327, 328
 – Vertrag v. (1398) 310, 312, 313, 315, 316, 317, 318, 319, 324, 326
 Samaiten 314, 326, 327
- Saniyāt Kalā** 140
 Schwaan 354
 Schwarzes Meer 311
 Sebasteia 193, 194
 Serdika 177
 Sieradz 296
Siffin
 – Schlacht v. (657) 135, 137, 147
Sirfandikār 140
 Sis 140
 Sizilien 108
 Skanör u. Falsterbo
 – Frieden v. (1395) 341, 347, 359–361
 Spanien 375
 – Kaufleute 374, 383
 Steiermark 258
 Stettin 344, 373
 Stockholm 344, 347, 349, 350, 359
 Stralsund 344, 347, 355
 – Frieden v. (1370) 341
 Sublaion
 – Festung 196
 Syrien 128
- Tall Ḥamdūn** 140
 Tannenberg
 – Schlacht v. (1410) 358
 Tarsus 139, 140, 143, 153, 163, 169
 Tenedos 223, 224, 226

- Thessalonike (Thessaloniki, Saloni^{niki}), Stadt in Makedonien am Fuß der Chalkidike 209
- Thorn 347, 373
- Tirol
– Gft. 249
- Torrellas
– Vertrag v. (1304) 92, 99
- Tours 55
- Trapezunt, Stadt und spätmittelalterliches Kaisertum im nordöstlichen Kleinasiens 210
- Treviso 251, 260, 262
- Trient 274
- Tripolis 162
- Troyes
– Vertrag v. (1420) 47, 50, 65, 73, 74, 83, 84, 85, 86
- Tudillén
– Vertrag v. (1151) 91, 96, 98, 100
- Turku *siehe* Åbo
- Udine** 251
- Ungarn
– Kgr. 287, 292
- Utrecht 384
- Val d'Aran** 92
- Valognes
– Vertrag v. (1355) 30
- Venedig 91, 195, 203, 204, 206, 211, 212, 215, 218, 219, 220, 274, 373, 375
– Consiglio dei Pregadi 207
– Kaufleute 204, 214, 216, 217
- Villabertrán, Kloster 94
- Villanova, Ort bei Rosazzo 254
- Visby 346, 348, 353, 359, 362
- Warta 286
- Wiborg 357, 360
- Wismar 344, 345
- Worskla
– Schlacht a. d. 322, 324
- Xàtiva 109
- Yenişehir** 139
- Ypern 380
- Zypern 143

Sachverzeichnis

- Abbasiden, Dynastie 128, 134
Akteure
– Bürge 147, 153, 189, 222, 266, 268, 360, 362
– Eidgarant 189, 267, 268
– Einlagerbürge 268
– Gesandter 47, 77, 108, 134, 142, 148, 162, 179, 203
– Jurist 66
– Notar 206, 265, 266, 374, 376
– Schiedsrichter 217, 252, 253, 257, 267, 269, 271, 272, 362
– Vermittler 63, 134, 135, 247, 263, 272
Assise (Handelsabgabe) 384
Auslieferungsvertrag 164
- Bāghī**, im islam. Recht Term für einen Aufständigen 136, 137, 153
Bellum iustum 43, 52, 57, 72, 114
Besiegelung 57, 232, 266, 362
Breve recordationis 265
Brief 52, 115; 129, 140, 141, 142, 144, 145, 149, 150, 151, 152, 153, 162, 296, 316, 320, 323, 325
Bughāh *siehe* Bāghī
Bürge 147, 153, 189, 222, 266, 268
Bürgschaft 266, 268
Byzantinisches Reich 115; 134, 203, 216, 217
- Chambre des comptes, Institution des Finanzwesens der frz. Monarchie 46
Chambre du Trésor, kgl. frz. Ge richtshof 46
- Chrysobullos logos, byz. Kaiser urkunde 115, 179, 204, 209
Corona regni 290
Crimen laese majestatis 56
- Dār al-Harb, Haus des Krieges, Gebiete unter nichtislam. Herrschaft 130, 146
Dār al-Islām, Haus des Islam, Gebiete unter islam. Herrschaft 130, 134
Dār al-Şuhūd, Haus des Friedens, Gebiete nichtislam. Herrschaft, mit denen Verträge bestehen 130
Deutscher Orden 286, 288, 297, 298, 309, 310, 311, 313, 316, 317, 318, 320, 322, 324, 349, 353, 354, 355, 357, 358, 360, 362
Differenz, religiös-kulturelle 24, 205, 312, 323, 327
Dispositio 142
Dschihād 130, 132, 136, 150
Dschezya, Tribut nichtmuslimischer Schutzbefohlener 143
Dulgadır-ogulları, turkmen. Dynastie 139
- Ehevertrag 44, 54, 56, 94
Eidgarant 189, 267, 268
Eidleistung 23, 50, 52, 54, 56, 57, 65, 84, 93, 94, 149, 153, 159, 166, 179, 189, 197, 209, 213, 214, 216, 231, 262, 266, 267, 271, 293, 300, 317
– Krönungseid 56
Einlagerbürge 268
États généraux 57
Exkommunikation 270

- Falbrecht-Morser-Rosenfeld-Gesellschaft, Thorner Handelsgesellschaft** 373
- Festmahl** 65, 187, 197
- Festzug** 185, 197
- Fiqh*, islam. Jurisprudenz 129
- Fitnah*, islam. Bürgerkrieg 128
- Friedenskuss** 267
- Friedensvertrag** 64, 73, 115, 143, 146, 147, 148, 149, 152, 159, 161, 162, 166, 171, 178, 179, 190, 196, 207, 247, 248, 259, 261, 264, 266, 270, 272, 314, 316
- Fugger, Handelshaus** 375
- Geheimer Vorbehalt** *siehe* Reservatio mentalis
- Geiselstellung** 149, 165, 166, 269, 317
- Geleitversprechen** 142, 143, 169, 353, 355, 358
- Gesandter** 47, 77, 108, 115, 134, 142, 148, 162, 179, 203
- Geschenk** 80, 143, 151, 191, 192, 197
- Gesellschaftsvertrag** (zw. Kaufleuten) 371, 372, 373, 374, 376, 377, 378, 386, 388
- Gnade Gottes** 162
- Goldene Horde** 322
- Goldenes Vlies, Orden vom** 50
- Gott, Eingriff in den Geschichtsverlauf** 55, 82, 106, 114, 115, 129, 133, 152, 185, 186, 214, 264
- **Gnade Gottes** 162
- **Gottes Gebot** 168
- **Gottesurteil** 382
- **Gotteszorn** 96, 158, 171, 185, 186
- Grand Conseil, Beratungsorgan der frz. Monarchie** 46
- Guerra de los dos Pedros* (1356–69) 92, 100, 106, 107, 113
- Habsburg, Dynastie** 44, 55
- Hadd-Strafe** *siehe* *Hudūd*
- Hadīt, Bericht über Handlungen oder Aussprüche des Propheten Mohammed** 136
- Hanafiten, islam. Rechtsschule** 136
- Hanbaliten, islam. Rechtsschule** 136
- Handelsvertrag** 166
- Handzeichen** 52
- Hanse** 342, 358, 362, 388
- **Flotte** 362
- **Hansestädte** 341, 344, 346, 352, 356, 360–362, 385
- **Hansetag** 345, 385, 386, 387
- **Kaufleute** 342, 346, 373, 378, 381, 383, 386, 388
- **Kontor** 371, 380, 384, 388
- Heidenkampf** 310
- Höchstetter, Handelshaus** 375
- Horodło, Union v.** 297
- Hosenbandorden** 63
- Hudnāh, Waffenstillstand mit nicht-muslim. Akteuren** 147, 152
- Hudūd, Strafen des islam. Rechts* 136
- Hundertjähriger Krieg** 50, 63, 64, 86, 385
- İlāf, islam. Grundsatz, der das sichere Reisen garantiert* 133
- Institutionenanalyse** 14, 115, 369, 370, 372
- Inszenierung** 94, 183, 187, 196
- Interdikt** 270
- Interreligiöser/-kultureller Vertrag** 127, 133, 134, 146, 159, 165, 166, 171, 204
- Islamisches Recht** 129, 130, 132, 133, 146, 153
- Kalifat**
- v. Bagdad 128, 134
- Kalmarer Union** 349, 362
- Karamaniden, Dynastie** 138, 139, 144, 152, 153
- Katharer** 106

- Kaufvertrag 374, 383
Khutbah, Predigt des Freitagsgebetes 138
 Kölner Konföderation, Bündnis v. Hansestädten 341, 351, 355
 Konkurrenzverbot (Handel) 373, 375, 376, 377, 378, 380, 386, 388, 389
 Kontor (Handel) 380, 383, 385
 – Verlegung des K. 384, 385, 386, 387, 388, 389
 Konversion 130, 131, 167, 316, 317, 318
 Koran *siehe Qur'ān*
 Kreuzzüge 82, 127
 – 1. Kreuzzug 160, 168, 192
 – 4. Kreuzzug 182, 205
 – Aragonesischer Kreuzzug 92
 Litera 288
 Lösegeld 65, 78, 79
- Maghāzī, Feldzüge des Propheten Mohammed 132
 Majestätsbeleidigung *siehe Crimen laese majestatis*
 Majestätsverbrechen 289
 Malikiten, islam. Rechtsschule 136
 Mamluken
 – Dynastie 128, 139, 144, 152
 – Kanzlei 129, 145, 146, 150, 153
 – Sklavenhandel 143
 – Sultanat 128
 Manlich, Handelshaus 375
 Materialität 284, 288, 300
 – Brief 52, 129, 140, 141, 142, 144, 145, 149, 150, 151, 152, 153, 162, 296, 316, 320, 323, 325
 – Geschenk 143, 151
 – Litera 288
 – Mündlichkeit 82, 141, 142, 261, 284, 300, 370
 – Papier 145, 147, 149, 369
 – Pergament 369
- Schriftlichkeit 45, 57, 78, 81, 93, 148, 166, 203, 205, 215, 228, 284, 288, 293, 296, 300, 370
 – Siegel 48, 52, 265, 266, 287, 288, 299, 315
 – Urkunde 46, 203, 206, 231, 265, 287, 288, 289, 294, 313, 314, 317, 318
 – Vertrag 145, 148, 150, 153, 179, 203, 206, 228
 Militärischer Vertrag 166
 Mongolen 127
Muḥāribūn, im islam. Recht Term für Akteure, die durch räuberische Handlungen und Ungehorsam die soziale Ordnung gefährden 136, 137, 153
 Mündlichkeit 82, 141, 142, 261, 284, 300, 370
Munshā'ah, Sammlung von Schriftstücken der mamluk. Kanzlei 129
- Narratio* 142
Neminem captivabimus nisi iure victum 291, 298
 Nikaia, Kaiserreich (1204–1261) 182
 Notar 206, 265, 266, 374, 376
- Pacta sunt servanda* 31, 44, 338, 364
 Papier 145, 147, 149, 369
 Parlement, kgl. Gerichtshof im Kgr. Frankreich 46, 48, 57
 Patronat 138
 Pergament 369
 Persönliche Sicherungen *siehe Bürgschaft*
 Pfandleistung 94, 97
 Pfandsetzung 271
 Piasten, Adelsgeschlecht 290, 295
 Polnisch-litauische Union 285, 297, 310, 316, 327, 358
 Pönformel 271
 Privileg (Adel) 290, 291, 294, 295, 296, 300

- Privileg (Handel) 145, 205, 209, 225, 227, 230, 381, 382, 383, 384, 386, 387
- Qur'ān** 129, 130, 131, 133, 134, 135, 136, 137, 147, 150
- Ramazān-ogulları**, turkmen. Dynastie 139
- Ratifikation 31, 46, 48, 65, 77, 79, 84, 91, 93, 166, 205
- Recht 129, 300
- Islamisches R. 129, 130, 132, 133, 146, 153
 - Kanonisches R. 57
 - Römisches R. 23, 57
- Rechtsverzicht 269, 270
- Reichstag 57
- Renuntiatio* 269
- Renuntiationsformel *siehe* Rechtsverzicht
- Reparation 97
- Reservatio interpretandi* 269
- Reservatio mentalis* 53
- Romanow, Adelsgeschlecht 283
- Salutatio* 142
- Sanktion 95, 210, 213, 270, 271
- Exkommunikation 270
 - Geldstrafe 270
 - Interdikt 270
 - Materielle Strafe 262, 270
- Schāfi'iiten, islam. Rechtsschule 136
- Scharia *siehe* Shari'ah
- Schiedsgericht 252, 253, 257, 272
- Schiedsrichter 217, 252, 253, 257, 267, 269, 271, 272, 362
- Schriftlichkeit 45, 57, 78, 81, 93, 148, 166, 203, 205, 215, 228, 284, 288, 293, 296, 300, 370
- Schutzversprechen 163, 164, 169
- Schwur 54
- Sejm 296
- Shari'ah 129, 132, 133, 136, 151
- Sicherung 196, 207, 256, 267
- Besiegelung 232, 266, 361
 - Bürgschaft 266, 268
 - Eidgarant 267, 268
 - Eidleistung 23, 50, 52, 54, 56, 57, 65, 84, 93, 94, 149, 153, 159, 179, 189, 197, 209, 213, 214, 216, 231, 262, 266, 267, 271, 293, 300
 - Einlagerbürg 268
 - Geiselstellung 269
 - Herrschertreffen 196
 - Materialität 256, 316
 - Mündlichkeit 300
 - Pfandsetzung 271
 - Pönformel 271
 - Rechtsverzicht 269, 270
 - Sanktion 270, 271
 - Schriftlichkeit 265, 296, 300
 - Siegel 48, 266
 - Symbolische Kommunikation 267
 - Urkunde 46, 48, 257, 265, 287, 288, 289, 294, 313, 314, 316, 317, 318
 - Vertragstext 159, 166
- Sicherungsklausel 23, 29, 30, 54, 94, 102, 116, 211, 212, 213, 214, 232, 265, 266, 269, 272, 295, 299, 312, 313, 314, 315, 317, 318, 327, 328
- Siegel 48, 52, 265, 266, 287, 288, 299, 315
 - Besiegelung 315
- Sikkah*, Münzprägung 138
- Siyar* 129, 132, 133, 134, 135, 136, 153
- Sizilianische Vesper 92, 100, 110
- Sklavenhandel 143
- Statutum in favorem principum* 252
- Strandrecht 382, 384
- Şubḥ al-A'shā' fī ṣinā'at al-inshā'*, Sammlung mamluk. Dokumente 145, 148, 150, 151
- Sulh*, Friedensabkommen mit muslim. Akteuren 147, 152, 153

- S. Quirino bei Cormôns 250, 251, 256, 260, 268
- Sunnah 129, 131, 133
- Symbolische Kommunikation 17, 94, 142, 151, 177, 180, 183, 185, 187, 196, 204, 215, 267
 - Festmahl 65, 187, 197
 - Festzug 185, 197
 - Friedenskuss 267
 - Handzeichen 52
 - Inszenierung 23, 94, 183, 187, 196
 - Schwur 54
- Treug(u)a 211, 212, 213, 215, 216, 217, 221, 224, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 236
- Tributzahlung 138, 143, 162, 164, 166
- Tucher, Handelshaus 375
- Urkunde 46, 203, 206, 231, 257, 265, 287, 288, 289, 294, 313, 314, 316, 317, 318
- Valois, frz. Dynastie 44, 55, 57
- Verhandlung 162
 - ü. Kapitulation 164
- Vermittler 63, 134, 135, 247, 263, 272
- Vertrag 145, 150, 153, 179, 203, 206, 228
- Vertragsbruch, Vorwurf 12, 27, 29, 44, 47, 48, 49, 50, 51, 57, 67, 68, 72, 77, 80, 102, 152, 260, 262, 264, 300, 317, 318, 321, 323, 326, 338, 339, 340, 387
- Vertragsformen
 - Auslieferungsv. 164
 - Ehev. 44, 54, 56, 94
 - Friedensv. 64, 73, 143, 146, 147, 148, 149, 152, 159, 161, 162, 166, 171, 178, 179, 190, 196, 207, 247, 248, 259, 261, 264, 266, 270, 272, 314, 316
 - Gesellschaftsv. (zw. Kaufleuten) 371, 372, 373, 374, 376, 377, 378, 386, 388
 - Handelsv. 166
 - *Hudnah*, Waffenstillstand mit nichtmuslim. Akteuren 147, 152
 - Interreligiöser/-kultureller V. 127, 133, 134, 146, 159, 165, 166, 171, 204
 - Kaufv. 374, 383
 - Militärischer V. 166
 - Patronat 138
 - *Sulh*, Friedensabkommen mit muslim. Akteuren 147, 152, 153
 - Treug(u)a 211, 212, 213, 215, 216, 217, 221, 224, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 236
 - Waffenstillstand 133, 146, 147, 152, 207, 212, 359, 361, 362
- Vertragskonditionen 146
 - Eidleistung 166, 216, 317
 - Geiselstellung 149, 165, 166, 269, 317
 - Geleitversprechen 143, 146, 169, 353, 358
 - Geschenk 143
 - Konversion 167, 314, 316, 317
 - Lösegeld 65, 78, 79
 - Pfandleistung 94, 97
 - Reparation 97, 143, 217, 218, 224, 225, 230
 - Sanktion 95, 270
 - Schutzversprechen 163, 164, 169
 - Tributzahlung 138, 143, 162, 164, 166
- Vertragstext 159, 166
- Vitalienbrüder 344, 345, 347, 351, 355, 358–362
- Waffenstillstand 133, 146, 147, 152, 207, 212, 359, 361, 362
- Welser, Handelshaus 375
- Wilna und Radom, Union v. (1401) 322

Quellenverzeichnis

- Adam v. Usk, *Chronicon* 81
Albert v. Aachen, *Historia Ierosolimitana* 163, 166, 169, 170
Annales Foroiulienses 254
Anonimalle Chronicle 79
- Chronica Adefonsi Imperatoris* 104
Chronica Naierensis 104
Chronicon anonymi cantuariensis 79
Chronique des quatre premiers Valois 71
Commynes, Philippe de, *Mémoires* 86
Contra falsas francoru[m] litteras, Kriegsmanifest Maximilians I. 51
Crónica de Alfonso XI 112, 113
Crónica de los tres reyes 112
Crónica de San Juan de la Peña 106, 107, 110, 117
- Dandolo, Andrea, *Chronica* 254
Desclot, Bernat, *Crònica* 107
Dopełnienie Szamotulskie 292
- Everardi, Nicolas, *Consilia Sive Responsa* 53
Everardi, Nicolas, *Topicorum sive de locis legalibus liber* 53
- Franciscani Thorunensis *Annales Prussici* 311
Fulcher v. Chartres, *Historia Hierosolymitana* 169, 170
- Gelmírez, Diego, *Historia compostelana* 104
Gesta comitum barchinonensium 104
- Gesta Francorum et aliorum Hierosolimanorum 160, 162, 167, 169
- Historia silensis* 104
- Jakob I., *Llibre dels fets* 109, 110
Jan Długosz, *Annales seu Cronicae incliti Regni Poloniae* 285, 286, 287, 288, 289, 292, 294, 296, 298, 299
Jofré de Loaysa, *Crónica de los reyes de Castilla* 106
Johann v. Posilge, *Chronike des Landes von Prussin* 309
Johannes de Thurocz, *Chronica Hungarorum* 287
Juan de Osma, *Chronica (latina) regum Castellae* 104
- Kinnamos, Johannes, byz. Geschichtsschreiber 175, 176, 178, 179, 181, 183, 185, 187, 189, 190, 195, 197
Knighton, Henry, *Chronicon* 79
- López de Ayala, Pedro, Geschichtsschreiber 107, 113, 115, 116, 117
Lübecker Niederstadtbuch 378
Lucas de Tuy, *Chronicon mundi* 104
- Malakes, Euthymios, *Logoi* 176
Martin Bauzer, *Historia rerum Noricarum et Foroiuliensium* 256
- Niketas Choniates, *Chronikē diēgēsis* 176, 181, 182, 196
- Osmanen, Dynastie 139, 144, 153

- P**eter IV., Crònica 113, 114, 115,
116, 117
- R**aimund v. Aguilers, Liber 163,
167, 169
- R**odrigo Jiménez de Rada, Historia
de rebus Hispaniae sive historia
gotica 105
- S**onge du Vergier, Le 69, 70
- T**udebode, Peter, Historia Hierosoly-
mitano Itinere 169
- W**ilhelm v. Tyrus, Chronicon 157,
158, 164, 168
- X**enophon, Anabasis 55
- Z**ollrolle von Damme 381